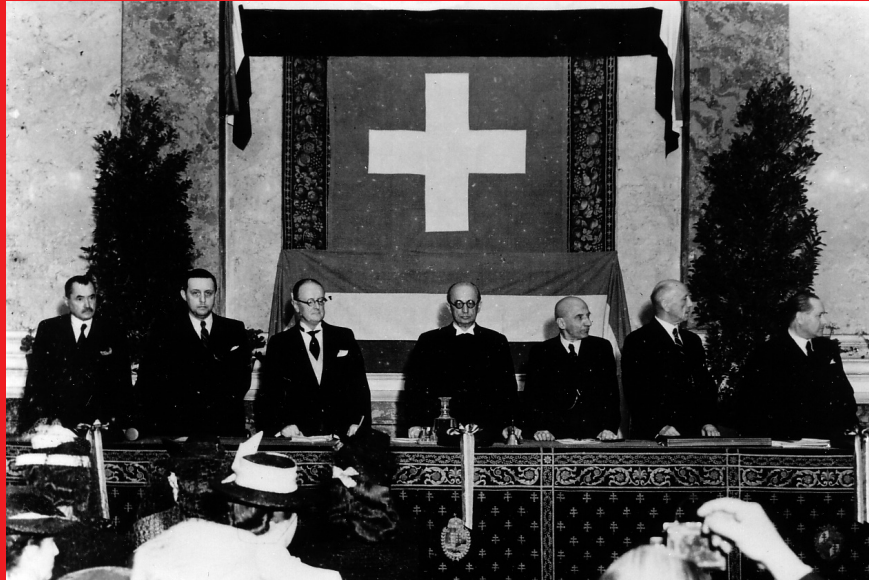


David Tréfás

Die Illusion, dass man sich kennt



Schweizerisch-ungarische Beziehungen
zwischen 1945 und 1956

CHRONOS

David Tréfás

Die Illusion, dass man sich kennt

**Schweizerisch-ungarische Beziehungen
zwischen 1945 und 1956**

CHRONOS

Diese Arbeit wurde unter dem Titel «Die Illusion, dass man sich kennt. Die Beziehungen zwischen der Schweiz und Ungarn 1944/45 bis 1956.» am 26. April 2006 von der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel auf Antrag von Prof. Dr. Georg Kreis und Prof. Dr. Heiko Haumann als Dissertation angenommen.

Autor und Verlag danken folgenden Stiftungen für einen

Druckkostenbeitrag:

Josef und Olga Tomcsik Stiftung, Basel

Dissertationsfonds der Universität Basel

Max Geldner-Fonds, Basel

Werenfels-Fonds, Basel



Weitere Informationen zum Verlagsprogramm:

www.chronos-verlag.ch

Umschlagfoto: Gründungsakt der Ungarisch-Schweizerischen Gesellschaft in Budapest, 29. Mai 1940. (Archiv der Schweizerisch-Ungarischen Gesellschaft, Twann)

© 2008 Chronos Verlag, Zürich

Print: ISBN 978-3-0340-0904-1

E-Book (PDF): DOI 10.33057/chronos.0904

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	9
I. EINLEITUNG	11
Die Illusion, dass man sich kennt	11
Beziehungen kleiner Staaten	13
Die Krux mit der «kollektiven Identität»	15
«Tacit Knowledge»	18
Die Differenzierung der Gesellschaft	22
Aufbau der Arbeit	23
II. DIE NACHKRIEGSZEIT	25
1. Einleitung	27
2. Die Petitpierre-Doktrin als Richtlinie der schweizerischen Aussenpolitik	29
Bedingungen bei Amtsantritt Petitpierres	30
Flankierende Massnahmen	32
Die Maxime der Universalität	33
3. Die Grundzüge der ungarischen Aussenpolitik der Nachkriegszeit	35
Der politische Wiederaufbau	36
Durchbrechen der Isolation als vordringliches Ziel	38
Vorbereitung für den Friedensvertrag	39
Wegfall des gemeinsamen Ziels	40
Neuwahlen im September 1947	41
Der Konflikt mit Jugoslawien	42
4. Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und Ungarn	43
Exkurs: Die Beziehungen zwischen 1919 und 1944	44
Die Beziehungen während des Zweiten Weltkriegs	45
Probleme mit der Anerkennung des Pfeilkreuzlerregimes	46
Intermezzo zwischen Károly Bothmer und Ferenc Gordon	47
Die Anerkennung der ungarischen Regierung durch die Schweiz	48
Die Zeit von Ferenc Gordon	48
Die Pressearbeit der ungarischen Gesandtschaft	49
Weitere Aufgaben der ungarischen Gesandtschaft	51
Der Kállay-Fonds	51
Die Zeit von Imre Oltványi	52
Die Arbeit der Schweizer Vertreter in Budapest	53
5. «Das Offenhalten des Schweizer Tores»: Die Neuknüpfung der Handelsbeziehungen	56
Die grossen Zerstörungen in Ungarn als Handicap	56
Zerstörung und Wiederaufbau	57
Die schweizerisch-ungarischen Handelsbeziehungen vor 1945	57
Wachsendes Interesse der Schweiz am Handel mit Ungarn	59
Aussichten nach Kriegsende	60

Erste Kontakte nach dem Krieg	61
Das Takácsy-Geschäft	61
Erste ungarische Bemühungen	62
Das Warenaustauschabkommen vom April 1946	63
Handlungsreisende aus Ungarn	66
Belebung des Handels nach der Stabilisierung der ungarischen Währung	66
Verhandlungen im September 1947	68
Kritik am Verhandlungsergebnis	71
1948: Jahr der Wende	72
Strukturelle Mängel der ungarischen Wirtschaft	74
6. «dass wir also über die Länder hinweg zusammengehören in Ost und West»:	
Die Kirche als Brücke	76
Die Reformierten	77
Die Schweizer Verbindungen des Diakonissenhauses Filadelfia in Budapest	79
Abbruch der Kontakte nach staatlichen Eingriffen	81
Karl Barth, Eduard Thurneysen und Walter Lüthi begeben sich nach Ungarn	82
Die Katholiken	84
Die Berichterstattung der katholischen Presse	85
Die jüdischen Gemeinden	89
7. Die ungarische Emigration als Vermittlerin ungarischer Identitätswürfe in der Schweiz	90
Die Auslandsungarn	90
Die MNFF: eine erste Schaltstelle zwischen Politik, Wirtschaft, Kultur und Emigration	91
Die Entwicklung des Widerstandes in der Schweiz bis 1945	92
Exkurs: Die schweizerische Sektion der Ungarischen Kommunistischen Partei	94
Die Reise der kommunistischen Gruppe nach Ungarn 1944/45	96
Die Arbeit der MNFF in der Schweiz	97
Heimkehr der Aktivisten und der Rajk-Prozess 1949	100
Die Schweizer Gruppe im Rajk-Prozess	100
Neue Flüchtlinge in der Schweiz	104
Die spektakuläre Flucht des Ministerpräsidenten Ferenc Nagy	107
Die Gruppe der Sozialdemokraten	109
Anhänger der Nationalen Bauernpartei NPP	110
Die Schweizer Presse als Kampfarena der ungarischen Emigranten	111
Die Spionageaffäre László Tarr	112
8. Die Nachkriegshilfe der Schweiz als Imagepflege und Schrittmacherin guter Beziehungen	115
Die Vorläufer der Hilfe in Ungarn	116
Carl Lutz und Friedrich Born	116
Die Schweizerisch-Ungarische Gesellschaft des Pfarrers Carl Irlet	118
Organisieren und Koordinieren der neuen Hilfsorganisation	121
Die Tätigkeit der Schweizer Spende in Ungarn	123
Die Zusammenarbeit der Hilfsorganisationen in der Ungarnhilfe	124
Max Vischer und die Ungarn-Hilfe	126
Centrale Sanitaire Suisse CSS	129

Comité Hongrois de Secours en Suisse	131
Schweizerisches Rotes Kreuz und Schweizerisches Rotes Kreuz, Kinderhilfe	132
Die Milieuorganisationen Caritas und Schweizerisches Arbeiterhilfswerk	133
Die Zusammenarbeit mit der ungarischen Regierung	134
Reaktion in der Berner Zentrale des SRK	136
Das Verbreiten eines positiven Schweiz-Bildes in Ungarn	137
Die Empfänger der Hilfe	140
9. Erste Zwischenbetrachtung	141
III. IM KALTEN KRIEG	145
1. Einleitung	147
Bildung neuer Militärbündnisse	148
Neue politische Orientierung	149
Wirtschaftliche Integration	150
2. Die Schweiz zwischen Marshallplan und Osthandel	151
3. Kommunistischer Umsturz in Ungarn	154
Konkurrierende Identitätskonstruktionen	154
Bedrohungsszenario	157
Diskursverbot auch in der Aussenpolitik	159
Wirtschaftspolitik	160
Wirtschaftliche (Des-)Integration	160
Militärpolitik	161
Kurzzeitige Veränderungen im Sommer 1953	162
4. Das schwindende gegenseitige Interesse Ungarns und der Schweiz	164
Die Beziehungen der Schweiz zu den USA	165
Titoismus und die linken Kreise in der Schweiz	167
Änderung der Wahrnehmung	169
Wiederannäherung Ungarns an die Schweiz 1956	172
5. Konflikte im Warenaustausch und Zahlungsverkehr	174
Osthandel zwischen Planwirtschaft und amerikanischer Kontrolle	174
Verstimmungen zwischen Ungarn und der Schweiz	176
Schwierige Wirtschaftsverhandlungen 1950	177
Der Tiefpunkt bei den Wirtschaftsverhandlungen im September 1952 in Budapest	180
Wiederannäherung Ungarns an die Schweiz infolge der Entstalinisierung im Sommer 1955	182
6. «Die Gehörlosigkeit und das Misstrauen ist auf beiden Seiten erschreckend gross geworden.»	184
Karl Barths Position zu ungarischen Kirchenfragen (Bereczky vs. Ravasz)	184
Kirche zwischen Ost und West	185
Auseinandersetzung auch mit Albert Bereczky	187
Der Mindszenty-Prozess und die Haltung der Schweizer Katholiken	189
Beunruhigung der Juden wegen antisemitischer Prozesse im Ostblock (Slánsky-Prozess)	190
Kritik an der Assimilation der Juden in Ungarn und Aliah	191

7. Schweizerischer Aussenposten in Ungarn und die ungarischen Emigranten in der Schweiz	193
Die deutschsprachige (Kirch-)Gemeinde in Budapest	193
Ostflüchtlinge in der Schweiz und die Neuorganisation der ungarischen Emigration	196
Flüchtlinge aus dem alten Ungarn: Der Fall Tibor Zsitvay	197
Ungarn kümmert sich um die eigenen Emigranten	199
8. Zweite Zwischenbetrachtung: Anpassung oder Widerstand?	200
Grenzen des Gestaltungsrahmens	200
IV. DER UNGARN-AUFSTAND UND DIE SCHWEIZ 1956	203
1. Einleitung	205
Das internationale Krisenjahr	206
Was in Ungarn geschah	207
2. Forderung nach einer neuen Wachsamkeit	208
Demonstrationen in der ganzen Schweiz	208
«Eine ganz neue Wachsamkeit tut Not!»	210
Diplomatische Note des Bundesrates	211
Historische Bewertungsmuster	211
Von der Euphorie zur Kriegsangst	212
Ein Aufruf an die Grossmächte	213
Militärische Vorbereitungen	214
Unsicherheitsfaktor Österreich	215
Kriegsvorbereitungen der Schweizer Bevölkerung	216
Abrechnung mit der Partei der Arbeit (PdA)	218
Kampf gegen den inneren Feind	220
Hetzjagd gegen Konrad Farner	222
Forderung nach politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen	223
3. Die Hilfsaktion für Ungarn	225
4. Die Aufnahme der Flüchtlinge	227
Die Umstände der Flucht	229
Aufnahme der Flüchtlinge und kulturelle Konflikte	232
V. SCHLUSSBETRACHTUNG	237
Epilog	241
Abkürzungsverzeichnis	243
Anmerkungen	245
Literatur- und Quellenverzeichnis	287

VORWORT

Am Anfang dieser Arbeit stand im Frühjahr 2002 ein Besuch in der Zentral- und Hochschulbibliothek in Luzern, wo ich eine Archivkiste mit unbekanntem ungarischen Zeitschriften identifizieren sollte. Die Zeitschriften stammten aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges und waren illegale Druckerzeugnisse der Ungarischen Nationalen Unabhängigkeitsfront, die in der Schweiz verbreitet worden waren. Aus dem Inhalt erschloss sich mir eine bis dahin unbekannte Welt der politischen ungarischen Emigration. Die Fährte führte mich nach Basel ins Wirtschaftsarchiv, nach Riehen ins Diakonissenhaus, nach Bern zum Schweizerischen Roten Kreuz, nach Twann in ein altes verwinkeltes Gebäude, wo ich auf das Archiv der Schweizerisch-ungarischen Gesellschaft stiess, ins Karl Barth-Archiv und von dort nach Budapest an die Schweizer Gesandtschaft und zu einer Reihe von Personen, die mir einen Einblick in ein weit verzweigtes Netz schweizerisch-ungarischer Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher, kirchlicher und humanitärer Ebene ermöglichten. Auf dem Weg von der Luzerner Bibliothek bis zum Doktoratsexamen vier Jahre später begegnete ich einer grossen Anzahl von Menschen, die mich begleiteten, berieten und beherbergten. An erster Stelle gebührt meinem Doktorvater Georg Kreis Dank dafür, dass er mich gewähren liess, Türen öffnete, wo es notwendig war, und stets ein offenes Ohr für meine Anliegen hatte. Ihm und Heiko Haumann danke ich für das spannende Examen. Den Damen und Herren Annelise Zwez, Anneliese Bodoky, Helen Nyikos, Raymonde Berthoud, Werner Schweizer, Hans-Anton Drewes, Nicole Häfeli, Ágnes Ravasz und vielen anderen Personen danke ich für ihre wertvolle Mithilfe bei der Beschaffung und Sichtung von Primärquellen und für die vielen abendlichen Diskussionen bei Schmalzbrot und Wein.

Ich danke meinen Freunden Bence Aradi, Noémi Tréfás und Sándor Tréfás, die mich bei meinen Archivaufenthalten in Ungarn beherbergten, Dominik Lachenmeier, Esther Stebler, Christoph Manasse und Julia Richers für die kritische Durchsicht einzelner oder ausgedehnter Teile der Dissertation, dem Werenfels-Fonds für die grosszügige finanzielle Unterstützung in wichtigen Schreibphasen, meiner Lebenspartnerin Judith Meier für ihr nie erlahmendes Interesse am Fortgang meiner Arbeit, meinen Töchtern Alma und Nava für ihren Gleichmut. Dass diese Reise ihren Abschluss finden konnte, dafür danke ich den aufgeführten Stiftungen sowie Monika Bucheli und Hans-Rudolf Wiedmer vom Chronos-Verlag.

I. EINLEITUNG

«Ha azt a képet akarjuk megrajzolni, ami a magyarságról mások szemében: a külföld szemében kialakult, akkor nem indulhatunk ki egy centrális, a mai külföld által alapvetően jellemzőnek ismert vonásból, mert ilyent nem találunk. Mozaikszerűen egymás mellé helyezve kell fölvezelnünk azokat a különböző színfoltokat, melyekből a magyarságnak a mai külföld szemében ismert képe összetevődik. Tennünk kell ezt azért, mert ennek a képnek a legjellemzőbb és legdöntőbb vonása a szerveslenség és összefüggéstelenség, vagy mondhatjuk így is: a kulcsjellemvonások teljes nem ismerése, félreismerése.»¹ (István Bibó, 1936)

Die Illusion, dass man sich kennt

Die ersten ungarischen Flüchtlinge trafen am 8. November 1956 in der Schweiz ein. Sie hatten eine lange Fahrt aus einem ostösterreichischen Auffanglager hinter sich. Der streitbare ungarische Psychiater Emil Pintér, selbst 1956er-Flüchtling, beschrieb die Szene wie folgt: «Die erste Begegnung der Flüchtlinge mit dem Schweizervolk im Herbst 1956 auf dem Grenzbahnhof Buchs vollzog sich im Zeichen des Unterganges einer alten Illusion, dass man sich kennt. Schweizer und Ungaren hatten voneinander ein Vorstellungsbild, ein Image, das noch schlicht und klar, von konkreten Vorstellungen ungetrübt war. Für jeden Schweizer war jeder Ungar der Sohn einer stolzen, ritterlichen und heldenhaften Nation. Man erwartete in Buchs dementsprechend gutgewachsene, dunkelhaarige, schwarzäugige Männerschönheiten mit aussergewöhnlichem Temperament und dem Charme der Puszta. Man stellte sich Leute vor, die, direkt aus dem Kampf kommend und mit einem langen und mühsamen Fluchtweg hinter sich, erschöpft, ausgehungert, von den Strapazen der Revolution stark mitgenommen hätten sein sollen, also müde Helden, die sich vor allem ausruhen und eine warme Suppe zu sich nehmen möchten. Darauf liess wenigstens das grosse Aufgebot an FHD-Fräuleins schliessen. Die erste Kollision zwischen den beiden Images erfolgte anlässlich der Überreichung der ersten Tasse Kraftbrühe in den zum Empfang der Flüchtlinge aufgestellten Militärbaracken. Es stellte sich heraus, dass die «Freiheitskämpfer» weder müde noch hungrig waren.»² Pintérs Beschreibung enthält inhaltlich wie auch in der Formulierung wichtige Elemente dessen, was für das Aufeinanderprallen «kollektiver Identitäten» ausschlaggebend ist. Die Ankunft von gegen 10'000 ungarischen Flüchtlingen in der Schweiz war zwar eine wichtige Begegnung zwischen Schweizern und Ungarn, aber bei weitem nicht die erste. Zwischen den beiden Ländern bestanden nicht

nur seit langer Zeit diplomatische Beziehungen, sondern auch viele gemeinsame Erlebnisse. Vieles, was Pintér beschreibt, ist kein Zufall: Die warme Suppe gegen den Hunger, die Militärbaracken gegen die Kälte oder das Aufgebot des Frauenhilfsdienstes. Auch andere Momente – die in diesem kurzen Textabschnitt nicht erwähnt sind – entbehren nicht einer gewissen Logik: die kollektive Anerkennung aller Ungarnflüchtlinge als politische Flüchtlinge, das landesweite Läuten der Kirchenglocken am 20. November 1956, die Infragestellung der diplomatischen Beziehungen zu und des Handels mit osteuropäischen Ländern, insbesondere der Sowjetunion.

Zugleich ist die zitierte Textpassage auch Teil eines Identitätsdiskurses, und zwar über die Identität der Schweizer ebenso wie über die der Ungarn. Gerade das Thema 1956 scheint auf beiden Seiten bis heute von Mythen umrankt zu sein. In der Schweiz wird Ungarn bis auf weiteres mit jenem Ereignis, dem Aufstand, in Verbindung gebracht. Dafür gesorgt hat neben dem Diskurs, der während des Aufstandes aufgeblüht war, auch eine Reihe von Titeln eifriger Publizisten, wie Peter Sager und andere im Umkreis der *Schweizerischen Osteuropabibliothek* in Bern.³ Bis in die späten 1950er Jahre klang die Stimmung des Herbstes 1956, in zahlreichen Schriften, die auch grosse Verbreitung fanden, nach. Ebenso bemühte sich eine ganze Reihe von Ungarn, ihre persönlichen Erlebnisse als generelle Erfahrung des ganzen ungarischen Volkes hinzustellen. Dabei mythisierten diese Berichte nicht nur den «Kampf für die Freiheit», sondern auch die grosszügige Aufnahme in der Schweiz.

Als Beispiel möchte ich die unter dem Pseudonym István Tollas 1957 herausgegebene Schrift «Wir kämpften für unsere Freiheit» zitieren. Schon der Untertitel «Ein Tatsachenbericht vom ungarischen Freiheitskampf» generalisiert die persönlichen Erfahrungen des Autors, und unter diesen Vorzeichen ist die Widmung «Meinen Kameraden, die im Kampf für die Freiheit ihr Leben geopfert haben [...]» auch als Widmung an das ganze Volk zu verstehen. Neben dem Panoptikum eifrig abgerufener nationaler Mythen auf insgesamt 92 Seiten wird auch die Aufnahme des Flüchtlings in der Schweiz in einer Weise mythisiert, dass sie die direkte Vorlage für Emil Pintérs Text sein könnte: «Vertrauend blicke ich der Zukunft entgegen, und ich spreche den Wunsch aus: Du schöne und gute Schweiz. Du Land der Freiheit! Nimm mich unter deine Bürger auf, damit ich zu deinem Wohle und zur Beruhigung meiner Seele in dir arbeiten darf. Gewährst du mir diesen Wunsch, dann glaube ich, dass auch meine müd gewordene Seele in deiner Freiheit gesunden und den Frieden wieder finden wird. Mögen deine Glocken zu meinem Wunsche mit ihrem Klange das Amen sprechen mit den Worten: Ehre sei Gott in der Höhe, und Friede auf Erden und an den Menschen ein Wohlgefallen.»⁴

Offenbar wird der Mythos der 10'000 politisch verfolgten Ungarnflüchtlinge sowohl von den Schweizern als auch von den Ungarn gerne beibehalten. Allein

mit der damals gängigen Erklärung, die Ungarn hätten für die Freiheit gekämpft, was auch für die Schweiz als das grosse Ideal gelte, ist die Euphorie, ja Hysterie von damals kaum zu erklären. Hingegen offenbart eine Rückblende auf die Beziehungen der beiden Staaten und ihre Geschichte seit den letzten Monaten des Zweiten Weltkriegs einen genaueren Blick auf die Hintergründe des helvetischen und ungarischen Befindens. Daraus erschliesst sich die These, wonach die spezifischen Ausprägungen der «kollektiven Identitäten» zumindest in Teilbereichen der schweizerisch-ungarischen Geschichte handlungsleitend wirkten.

Beziehungen kleiner Staaten

Diese Grundthese fügt sich ein in die neuerdings populärer werdende Erforschung der Beziehungen kleiner Staaten zueinander. Seit den 1990er Jahren ist in der Erforschung des Kalten Krieges ein Paradigmenwechsel zu beobachten, der zur Folge hat, dass der Fokus nicht mehr ausschliesslich auf dem Handeln der beiden Supermächte USA und Sowjetunion liegt, sondern auch kleinere Länder einbezieht, welche von der globalen Blockbildung genauso erfasst wurden.⁵ Jedes dieser Länder musste sich in der weltpolitischen Situation zurechtfinden, und jedes dieser Länder entwickelte gemäss seiner aktuellen «kollektiven Identität» eigene Strategien.⁶

Allerdings hat die Geschichtsschreibung in der Schweiz und in Ungarn bis anhin die neuen Trends vernachlässigt. Während in den Historiographien anderer Länder die politische und die Gesellschaftsgeschichte der 1950er Jahre als Beginn des möglicherweise identitätsstiftenden europäischen Einigungsprozesses schon seit längerer Zeit erforscht wird, hat die Schweizer Forschung im Wesentlichen erst seit der verpassten Teilnahme an der europäischen Integration in den 1990er Jahren die Zäsur von 1945 überwunden und sich der Erforschung der Aussenpolitik der Nachkriegszeit zugewandt. Diese situiert sie hauptsächlich im Spannungsfeld zwischen den Begriffen Bilateralismus, Multilateralismus, Neutralitätsauslegung und Sonderfalldenken.

Obwohl eine koordinierte, aktive Aussenpolitik seitens der Schweiz kaum in Erscheinung trat, war für die offizielle Schweiz besonders unmittelbar nach Kriegsende ihre Aussenwirkung von eminenter Wichtigkeit, wobei nach aussen und nach innen identitätsstiftend unter anderem das als «Ersatz für Aussenpolitik» eingesetzte Qualitätssiegel der Schweizer Wirtschaft oder grossangelegte humanitäre Aktionen wie die *Schweizer Spende* oder *Don Suisse* von 1944–1949 und auch das *Schweizerische Rote Kreuz* SRK dienen sollten. Die Bemühung des eigentlich privaten Sektors auch für aussenpolitische Zwecke erfordert ein Umdenken darin, wie man den Begriff der zwischenstaatlichen Beziehungen deuten muss, will man auch nur die wichtigsten Elemente, die das entstandene Vakuum auszufüllen halfen, mitberücksichtigen.⁷

Die Realpolitik und die innergesellschaftlichen und politischen Entwicklungen korrelierten allerdings nicht unbedingt mit der erwünschten und der erwirkten Selbst- und Aussenwahrnehmung der Schweiz. Die ständig vorhandene Bedrohungslage im Kalten Krieg verhinderte zudem, wie ich in den entsprechenden Kapiteln zeigen möchte, eine differenzierende Sicht auf das Innen wie auf das Aussen. Dieses weitläufige Imageproblem der Schweiz wurde bis anhin von der Schweizer Forschung kaum beachtet, obwohl das Begreifen der Beziehungen zwischen zwei Ländern als umfassendes Spektrum unterschiedlicher Bereiche in den letzten Jahren tendenziell zugenommen hat. Beispielsweise wurde die Hilfsaktion Schweizer Spende als Instrument der Aussenpolitik oder gar als deren Ersatz erkannt.⁸ Solches gilt auch für die Teilnahme an internationalen Konferenzen als Teilbereich der Aussenpolitik.⁹ Zudem existiert eine ganze Reihe von Einzelstudien zu verschiedensten Aspekten der Schweizer Aussenpolitik der Nachkriegszeit.¹⁰

Ähnliches ist auch für Ungarn zu berichten, wenngleich in anderer Art und Weise. Die Historikerszene wird nach wie vor von etablierten Zeithistorikern beherrscht, die sich mit den stetigen politisch bedingten Paradigmenwechseln der letzten Jahrzehnte äusserst schwer tun, das Feld aber nur ungern jüngeren Historikern überlassen. Geschichtswissenschaft gilt in Ungarn nach wie vor als politische Wissenschaft. So ist es kaum verwunderlich, dass kritische Stimmen kaum Konjunktur haben.¹¹ Insbesondere auf Grund des Unvermögens der staatlich kontrollierten Forschung der Nachkriegszeit stehen ungarische Historiker heute vor einem Berg noch nicht bewältigter Themen. Eine Reihe von Mythen muss zuerst hinterfragt und ausgeräumt werden, damit neue Forschungsfelder überhaupt sichtbar werden. Grabenkämpfe zwischen verfeindeten Historikern liefern zwar Schlagzeilen für Feuilletons, erschweren aber die Forschungsarbeit.¹² Hinzu kommen Schwierigkeiten in der Zugänglichkeit von Quellen und die Tatsache, dass im Ausland geleistete Forschungen zur ungarischen Geschichte in Ungarn kaum zur Kenntnis genommen werden. Trotz dieser widrigen Umstände sorgen einige jüngere Historiker wie László Borhi oder Krisztián Ungvári für Aufsehen. Sehr verdankenswert ist die Arbeit des *1956er Instituts*, das vom engagierten Historiker János M. Rainer geleitet wird und welches das für den politischen Kampf beliebte Thema 1956 in sehr sachgemässer Weise aufarbeitet. Die Ergebnisse des Instituts gehören mithin zu den besten Arbeiten in der ungarischen Historikerszene.¹³

Ein Thema, das Historiker weder auf der einen noch auf der anderen Seite bewegt hat, ist die Aufarbeitung der Beziehungen zwischen Ungarn und der Schweiz. Von den 27 Titeln, die die Bibliographie der *Documents Diplomatiques Suisses* DoDiS zu diesem Thema aufführt, sind 21 vornehmlich ältere Zeitungs- oder Zeitschriftenartikel und vier Diplomarbeiten. Lediglich Theo Tschuys

Buch über die Rettungsaktionen von Carl Lutz bildet eine Ausnahme. Auch der Lexikonartikel im «Schweizer Historischen Lexikon» von Judit Garamvölgyi verweist auf lediglich vier Titel, von welchen nur Béla Dezsényis Monographie die (vornehmlich kulturellen) Beziehungen zwischen der Schweiz und Ungarn bis 1946 aufarbeitet.¹⁴ Dieser Umstand hat Auswirkungen auf die Stringenz der weiteren Kapitel. Insbesondere in den Kapiteln II.1 bis 3 und III.1 bis 3 habe ich einen weiteren Fokus wählen müssen, um überhaupt erst das notwendige Vorwissen zusammenstellen zu können.

Widmet man sich trotz allem der Erforschung der gemeinsamen ungarisch-schweizerischen Geschichte, müssen die Eigenheiten der Quellenlage in Kauf genommen werden. Die in dieser Arbeit verwendeten Quellen liegen weit verstreut in unterschiedlichen Archiven in der Schweiz und in Ungarn. Der Zugang zu ihnen unterliegt unterschiedlichen Bestimmungen, weshalb auch meine Arbeit gewisse Ungleichgewichte enthält. Im *Ungarischen Landesarchiv* MOL stimmen die Findmittel oft nicht mit dem tatsächlichen Aktenbestand überein, was u.a. darauf zurückzuführen ist, dass Teile des Archivs während des Ungarn-Aufstandes im Herbst 1956 unwiederbringlich verloren gegangen sind. Insbesondere der Bestand des Wohlfahrtsministeriums ist nur noch in Bruchstücken vorhanden. Gewisse Überlieferungslücken konnten mit Hilfe des Parteiarchivs der Kommunistischen Partei im *Institut für Politik* PIL in Budapest geschlossen werden. Der weitere Quellenkorpus reicht von Klein- und Kleinstbeständen in privater Obhut bis zu grossen Aktenbeständen in staatlichen Archiven.¹⁵ Eine grosse Hilfe boten schliesslich die Editionen staatlicher Dokumente in Ungarn und in der Schweiz.¹⁶

Die Krux mit der «kollektiven Identität»

Die Darstellung der gemeinsamen Geschichte der Schweiz und Ungarns und insbesondere die Frage der gegenseitigen Wahrnehmung bieten eine ganze Reihe methodischer Herausforderungen. Gegenwärtig befindet sich die Disziplin der Internationalen Geschichte in einer Umbruchsphase.¹⁷ Dieser vergleichsweise neue Begriff wird im Wesentlichen von der Programmatik getragen, dass nicht mehr das staatliche Handeln im Fokus der Geschichtsschreibung stehen soll, sondern internationale Beziehungen als Beziehungen zwischen Gesellschaften (im nationalstaatlichen Rahmen) aufgefasst werden, welche wiederum geprägt sind durch spezifische politische Kulturen, Weltbilder, Normen und Werte.¹⁸ Präzisiert wird diese Annahme von Ludger Kühnhardt, der sein Augenmerk auf die gegenseitige Wahrnehmung «zweier interagierender kultureller Systeme» richtet. Denn diese Systeme beeinflussen sich gegenseitig und bestimmen auch notwendigerweise Wertungen und Verhaltensmuster auf beiden Seiten mit. Insofern lassen sich internationale Beziehungen als interkulturelle Beziehungen be-

schreiben.¹⁹ Alexander Wendt schliesslich stellt die Kultur eines Staates in direkten Zusammenhang mit den Interessen der Regierungen. Die Interessen-Trias von Staaten, die Alexander George und Robert Keohane mit «physical survival», «autonomy» und «economic well-being» bezeichnet haben, fügt Wendt «collective self-esteem» hinzu, was er folgendermassen begründet: «Collective self-esteem refers to a group's need to feel good about itself, for respect or status. Self-esteem is a basic human need of individuals, and one of the things that individuals seek in group membership. As expressions of this desire groups acquire the need as well.»²⁰

Damit stellt er eine enge Beziehung zwischen staatlichen Interessen und «kollektiver Identität» einer Gesellschaft im Rahmen eines Nationalstaates her und eröffnet eine neue Sicht auf die Aussenpolitik, die zumindest teilweise als Ausdruck der «kollektiven Identität» eines Staates verstanden werden kann. Die Mechanismen der Formung von «kollektiver Identität» beeinflussen demnach die Sicht und die Handlungen eines Staates bzw. einer Gesellschaft nach aussen. Dabei ist der Begriff der «kollektiven Identität» alles andere als unproblematisch. Zweifelsohne nimmt er eine unzulässige Homogenisierung des Heterogenen vor. Die Kritik besonders im deutschen Sprachraum – allen voran hervorgebracht von Lutz Niethammer – zielt, basierend auf den Erfahrungen der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts und der unheilvollen Rolle z.B. eines Carl Schmitt, auf das dem Begriff innewohnende Gewaltpotential. Der Begriff der «kollektiven Identität» sei – so die Kritik – wissenschaftlich verbrämtes machtpolitisches Kalkül.²¹

Diese Kritik ist sehr ernst zu nehmen. In der Tat – und darauf werde ich an mehreren Stellen eingehen – ist die Konstruktion kollektiver Identitäten eben ein machtpolitisches bzw. aussenpolitisches Instrument. Dies wird schon aus einer möglichen Bauanleitung für eine (nationale) Identitätskonstruktion, hier basierend auf den Ausführungen von Rodney Bruce Hall, deutlich: 1. Die Kreation einer gemeinsamen Geschichte, oft in Form von Gründungsmythen; 2. die Bildung einer gemeinsamen Kultur, die auf gemeinsamer Sprache oder Religion basiert; 3. die Definierung des geografischen Gebietes, das als Heimat bezeichnet werden kann; 4. die Einbindung lokaler Wirtschaftsräume in einen nationalen Wirtschaftsraum; 5. die Schaffung gemeinsamer Codes, Institutionen und eines gemeinsamen Rechtssystems.²² Trotz allem darf man nicht ausser Acht lassen, dass (neue) Identitätskonstruktionen nur dann das gewünschte Ergebnis bringen, wenn sie an bereits bestehende Strukturen oder (alte) Gemeinsamkeitsgefühle anknüpfen. Die Herausbildung kollektiver Identitäten ist ein langwieriger (Lern-)Prozess, dem mit Hilfe von Ritualen der Wissensaneignung nachgeholfen werden kann. Immer aber handelt es sich um Konstruktionen, Entwürfe oder Konzepte. Diese sind nie in allen Belangen in sich schlüssig, im Gegenteil: Wie

ich noch an manchen Stellen zeigen werde, dient die Konstruktion kollektiver Identitäten oft zur Verbrämung an sich unpassender Sachzwänge.

Eine unabdingbare Voraussetzung für die Herausbildung einer wie auch immer gearteten Identität ist die Differenzierung zwischen innen und aussen bzw. eine innere und eine äussere Grenzziehung. Bei der inneren Grenzziehung kann mit Bernhard Giesen zwischen verschiedenen gearteten Codes unterschieden werden. Primordiale Codes binden die grundlegende Differenz zwischen Innen und Aussen an ursprüngliche und scheinbar unveränderbare Unterscheidungen, traditionale Codes bauen auf gemeinsamen Regeln des Verhaltens und der sozialen Routine auf – insbesondere spielen die kollektive Erinnerung bzw. Gründungsmythen eine wichtige Rolle. Universalistische Codes implizieren, dass das Aussen durch Wissensvermittlung und Überzeugungsarbeit nach innen geholt werden kann.²³ Die Art der Grenzziehung ist abhängig vom Selbstbild und der Fremdwahrnehmung in der betreffenden Gesellschaft.

Der problembewusste Umgang mit dem Begriff der kollektiven Identität hat auf die Untersuchung zwischenstaatlicher Beziehungen Konsequenzen: Da Aussenbeziehungen ein wichtiger Teil des inneren Identitätsentwurfs sind, wird jedes nach aussen gerichtete Politikfeld mit ein Ausdruck des kollektiven Identitätsentwurfs eines Landes. Sie können in sich widersprüchlich und durchaus multipel sein. Ausserdem ist kein Identitätskonzept eine dauerhaft feste Grösse, sondern stets wandelbar.²⁴ Der Grund dafür liegt darin, dass Identität diskursiv (im Habermasschen Sinne) erzeugt und stetig reproduziert wird.²⁵ Das Individuum, das sich einem oder mehreren Kollektiven zugehörig fühlt, steht im Brennpunkt verschiedener sozialer Praxen und den daraus resultierenden materiellen und sozialen Lebensbedingungen.

Identitätskonstruktionen können allerdings auch dem Diskurs weitgehend entzogen werden, was einer Normierung und im politischen Feld einer Doktrin oder Ideologie entspricht. In Krisenzeiten ist in der Regel eine Verengung der Auswahl an konkurrierenden Identitätskonstruktionen beobachtbar. Dadurch können innergesellschaftliche Konfliktlinien wie divergierende Interessen, Kompetenzen, Klassen, Geschlechter oder Berufe überbrückt und verdeckt werden, oder, wie es Kurt Imhof beschreibt: es kann eine «Gemeinschaft in der Gesellschaft in den Grenzen eines scharf umrissenen Loyalitätsverbands» geschaffen werden.²⁶ Damit wird in einem gewissen Rahmen an einen bereits vorhandenen Gemeinsamkeitsglauben, wie ihn Max Weber beschreibt, angeknüpft.²⁷ Ein solches zweckrationales Zusammenrücken ist beispielsweise angesichts einer kollektiv wahrgenommenen Bedrohungslage – ob sie nun tatsächlich vorhanden ist oder nicht – zu beobachten. Dabei stellt sich besonders im Hinblick auf die stalinistische Ära in Ungarn die Frage nach der Legitimität einer von offizieller Seite vertretenen «kollektiven Identität» oder Ideologie, insbesondere in politischen Krisenzeiten. Jürgen Haber-

mas verweist darauf, dass ein zu starkes Wildern einer Administration im Bereich der kulturellen Überlieferungen letztendlich zu einer Legitimationskrise führen kann: «Die kommerzielle Erzeugung und administrative Planung von Symbolen erschöpft die normative Kraft kontrafaktischer Geltungsansprüche. Die Legitimationsbeschaffung ist selbstdestruktiv, sobald der Modus der «Beschaffung» durchschaut wird.» Oder mit anderen Worten: «Es gibt keine administrative Erzeugung von Sinn.»²⁸ Wenn aber genau das, nämlich die Planung von Symbolen geschieht, um eine Ideologie zu stützen, so wird ein auf diesen Symbolen aufgebauter Identitätsentwurf zum Ausdruck einer Ideologie oder Staatsmaxime und dadurch die Fraglosigkeit von Traditionen und Symbolen zerstört. Eine Stabilisierung von Geltungsansprüchen kann nur noch über Diskurse gelingen.²⁹

«Tacit Knowledge»

Die Gebiete, in denen das Individuum in den Diskurs miteinbezogen wird, reichen von Alltagsgesprächen über staatliche oder politische Verlautbarungen und Versammlungen bis zu Massenmedien. Da die Grenzziehung zwischen Innen und Aussen das Hauptmerkmal der Identität ist, werden durch Diskurse und auch mit Hilfe von sozialen Ritualen zugleich Eigen- und Fremdwahrnehmungen geformt. Ein Teil des Diskurses ist die Rezeption desjenigen, das sich jenseits der Grenze findet. Indem man sich auf Zeichen einer fremden «kollektiven Identität» einlässt, entsteht eine Ansammlung von Wissen, ein Tacit Knowledge, das in der Regel eine Ansammlung von Stereotypen im Sinne des einleitenden Zitats von István Bibó ist, den Bedingungen der eigenen Identität untergeordnet ist und diese mit formt.³⁰

Bevor ich mich den Unterschieden in Entwürfen der «kollektiven Identität» in den einzelnen Gesellschaftssegmenten widme, möchte ich in einem Exkurs auf das Tacit Knowledge von Ungarn bzw. der Schweiz hinweisen.³¹ Dabei handelt es sich um Bestandteile des Diskurses, die sich als erstaunlich beständig erweisen und in mehreren Gesellschaftssegmenten als gemeinsames Wissen anerkannt werden. Im Wesentlichen hat dieses Wissen bis heute Gültigkeit. Das Hauptaugenmerk liegt hierbei auf demjenigen Wissen, das zu Beginn der Untersuchungsperiode (1944–1956) abrufbar war.

Seit Ungarn im Jahr 1999 auf der Frankfurter Buchmesse als Gastland für Furore gesorgt hat, ist der deutschsprachige Lesermarkt mit Büchern aus der Feder ungarischer Autoren sehr gut bestückt.³² Doch bis vor kurzem kannte die Schweizer Leserschaft Ungarn praktisch nur aus Reiseberichten. Dies gilt insbesondere für den Wissensstand bis 1956. Die stereotypen Beschreibungen bieten deutliche Hinweise auf das damalige Ungarn-Bild. Der Zofinger Handwerker Hermann Eichenberger berichtet in einem 1938 erschienenen Buch über seine erste Begegnung mit dem ungarischen Volk auf seiner Wanderschaft

in den 1890er Jahren: «Fremd und fast uneuropäisch kamen mir diese Leute vor, die so ganz anders, teilweise so phantastisch zusammengebastelt gekleidet waren. Ich dachte: Nun bin ich wohl am Rand der zivilisierten Welt angekommen.»³³ Er ist fasziniert von dem Land, und bevor er nach Serbien weiterzieht, lässt er sich von einer Zigeunerin «echtsten Paprika-Gulasch und einen feinen Ungarwein» auftischen. Etwas nüchterner berichtet ein Reiseführer von 1889, der im Zürcher Orell Füssli Verlag erschienen ist, über das Land östlich der österreichischen Grenzflüsse March und Leitha: «Denn mag auch die Welt, die sich ostwärts derselben aufthut, eine von den Ländern des Westens mannigfach verschiedene sein, so ist sie doch eine sehr anziehende. [...] Budapest gehört zu den grossen Städten Europas, welche vor vielen andern besucht zu werden verdienen. Der Einfluss, den die Nähe des Orientes hier ausübt, besitzt für den Westeuropäer einen eigenen Zauber. Die herrliche Lage, die interessante Mischung seiner Bewohner hat schon Manchen entzückt, der an die Grenzen der europäischen Zivilisation zu kommen währte, wenn er sich bestimmen liess, sein Ziel nur ein wenig über Wien hinaus zu strecken.»³⁴ In Budapest erlebt man sogar einen gewissen, «dem Abendländer bis dahin fremden, aber ungemein anmuthenden Zug der Originalität».³⁵

Nach dem Ersten Weltkrieg änderte sich das Bild nur geringfügig, in Reiseberichten geriet Ungarn in Kontrast zum «zivilistischen» Österreich. Der Berner E. von Waldkirch schwärmt nach einer Ungarnreise 1922 vom «Schneid der Ungarn». Der Entschluss zur Reise fiel ihm allerdings schwer: «Ungarn» klingt ja in unsern Ohren recht romantisch, wir denken an die Zigeuner Lenas, an heisse Musik, feurigen Wein, wilde Pferde – wen sollte das nicht locken? Wir denken aber auch an die Nachrichten der letzten Jahre, den Kommunismus, die Besetzung durch die Rumänen, «König Karls Glück und Ende.» Trotz der bösen Kunde vom weissen Terror, den weissen Henkern und ähnlichen Schauerergestalten, wie sie in einer gewissen Presse mit dem Begriff Ungarn regelmässig verknüpft werden, wagten wir die Fahrt.»³⁶ Aus von Waldkirchs Optik wirkt Ungarn als Verbündeter der westlichen Welt gegen die kommunistische Gefahr, die Ungarn bereits hatte besiegen müssen. Ihn interessiert auch die «christliche Interessengemeinschaft» gegen den Kommunismus, wo das «jüdische Element durchaus tonangebend» gewesen sei. Der Autor lässt sich von der Selbstdarstellung seiner Gastgeber in seiner Sichtweise beeinflussen, auch wenn es um die Zukunft Ungarns geht: «Es ist kein erfreuliches Bild, das wir – drei Jahre nach Friedensschluss – an Ort und Stelle schauten. Die trüben Aussichten werden nur erhellt durch die guten Eigenschaften des Ungarvolkes, die uns hoffen lassen, dass die grossen Aufgaben der Zukunft von ihm so gelöst werden, wie dies seiner Vergangenheit entspricht, hatte es doch jahrhundertlang die schwere Aufgabe eines Bollwerkes europäischer Kultur zu erfüllen.»³⁷

Das romantische Ungarn erlebte auch der junge Max Frisch, der in seinen 1933 entstandenen «Ungarischen Skizzen» von seiner Ungarnreise vor allem über Paprika, Ungarwein, Zigeunermusik, elegante Kaffeehäuser und vom «stolzen Parlament eines gedemütigten Reiches» berichtet.³⁸ Ungarn galt in den 1930er Jahren als Exotikum.

Über ungarische Literatur wusste man in der Schweiz genauso wenig wie in Ungarn über die Schweizer Literatur. 1928 veröffentlicht Denis de Rougemont einen Artikel über C.F. Ramuz in der renommierten ungarischen Literaturzeitschrift *Nyugat*, vor allem aber würdigte der Literaturkritiker Antal Szerb in seiner Geschichte der Weltliteratur Gottfried Kellers «Grünen Heinrich» als «einzigsten deutschen Roman des Realismus, der auf der selben Stufe wie die russischen, französischen und englischen Meisterwerke steht.»³⁹ Sowohl Kellers als auch Ramuz' Werke erschienen in den späten 1940er Jahren auf Ungarisch. Von der Schweiz kannte man in Ungarn nur die üblichen Stereotypen vom schönen, sauberen Land der Berge – der «Zauberberg» von Thomas Mann war auch in Ungarn verbreitet –, von den eigenartigen Berglern und von übersteuerten Preisen: Dezső Kosztolányis Romanfigur Kornél Esti isst in Zürich in einer 1927 entstandenen Geschichte eine übersteuerte Omelette.⁴⁰ Auch die Schweizer berichten, dass ihre Heimat in Ungarn als sehr reich empfunden wird. Hermann Eichenberger, E. von Waldkirch und Max Frisch beschreiben, wie die Ungarn die Schweiz als ein teures und ergo wohlhabendes Land begreifen.

Im Gegensatz zur Schweizer Leserschaft war das Konzertpublikum mit der Musik Franz Liszts, Zoltán Kodálys und vor allem Béla Bartóks, später auch Sándor Veress' vertraut.⁴¹ Ungarische Musiker hatten während des Zweiten Weltkriegs in der Schweiz gewirkt und mit ungarischen Konzertprogrammen kräftig für die Ungarn-Hilfe nach dem Zweiten Weltkrieg gesammelt. Ausserdem gelangte 1949 mit dem Bartók-Schüler Sándor Veress (1907–1992) ein herausragender Komponist und Lehrer⁴² an die Musikhochschule Bern, und das weltberühmte Végh-Quartett spielte regelmässig in Basel.⁴³ In der Regel schenkten die ungarischen Künstler dem ungarischen Repertoire grosse Aufmerksamkeit. Von Schweizer Komponisten wurden in Ungarn immerhin Werke von Othmar Schoeck und (später) Arthur Honegger aufgeführt, erlangten aber kaum die Popularität ungarischer Musiker in der Schweiz.

Ein ganz besonderer Kulturträger ist der Fremdenverkehr, der in beiden Ländern zu den wichtigen Einnahmequellen gehört. Da Fremdenverkehrsämter ihr Land vermarkten müssen, reduzieren sie die Komplexität des Landes auf wenige Klischees. So spezialisierte sich das 1929 gegründete Fremdenverkehrsbüro in Ungarn auf Folkloredarbietungen in speziell eingerichteten Gasthäusern. Besonders das unweit der Hauptstadt liegende Matyófold wurde zum beliebten Touristenziel: Es passte wunderbar zum Slogan «Ungarn zwischen West und Ost»,

in dem Budapest als der Westen und die Landschaft als der Osten galt. Den Touristen wurde einiges geboten: Speis und Trank, Tanzvorführungen und inszenierte (Schein-)Hochzeiten. So wurde die Matyófelder Folklore zum wichtigsten Repräsentanten des ungarischen Dorfes und beeinflusste das Ungarn-Bild im Ausland nachhaltig.⁴⁴ Der Tourismus in der Schweiz beschränkte sich im Wesentlichen auf die Bergwelt und einige Städte wie Genf oder Zürich.

Eines der wichtigsten Kulturgüter Ungarns war und ist das Gulasch. Im Westen wurde das Gulasch Anfang des 19. Jahrhunderts berühmt, als ein ungarisches Infanterie-Regiment in Wien aufgestellt war. Dort entstand das Wiener Gulasch, das heute als das eigentliche Gulasch gilt. Allerdings handelt es sich hierbei keineswegs um ein Nationalgericht, in Ungarn wird es auch nicht Gulasch, sondern pörkölt genannt, zudem soll das Gericht böhmisch/mährischen Ursprungs sein. Bezeichnenderweise schreiben auch beide Gulasch-Varianten der Basler Kochschule von 1888 den Gebrauch des Grundstoffes Paprika nicht vor! Dennoch eilte den Ungarn schon damals der Ruf voraus, besonders scharfe Speisen zu geniessen.⁴⁵ Umgekehrt hatte auch die Schweiz in ungarischen Kochbüchern ihren festen Platz. Ein Kochbuch aus dem Jahr 1888 nennt insgesamt acht Schweizer Kartoffel- und Käsegerichte. Die Schweizer Schokolade und der Schweizer Käse waren bereits zur Zeit der Jahrhundertwende ein Begriff. Der Siegeszug des Fondues fand in Ungarn allerdings erst ab den 1980er Jahren statt.⁴⁶

Als ganz besonders wirkungsvolles Medium entwickelte sich in den 1950er Jahren der Spielfilm, welcher alle bisher genannten Klischees vereint. Kurz vor dem Ungarn-Aufstand 1956 kam der Film «Ich denke oft an Piroschka» in die deutschen und Schweizer Kinos.⁴⁷ Die Geschichte handelt von einem deutschen Studenten, der sich in den Ferien im für deutsche Zungen unaussprechbaren Dorf Hódmezővásárhelykutasipuszta aufhält und sich dort in Piroschka, dargestellt von Lilo Pulver, verliebt. Der Film vermengt praktisch alle oben erwähnten Ungarn-Bilder: die lebenslustige Piroschka, den exotischen Akzent, das viele und scharfe Essen, bunte Trachten und Volkstänze, schluchzende Geigen, sehnsüchtige Gesänge und die grosse und komplizierte Liebe. Die Menschen sind alle sehr liebenswürdig, obschon etwas einfältig, alle Ungarn dunkler und kleiner als der blonde deutsche Student. Die Menschen leben in einer immerwährenden Operette. Dieser Film erreichte in Deutschland im Ranking der meistbesuchten Filme von insgesamt 495 Erstaufführungen Rang 17.⁴⁸ Für die Schweiz können ähnliche Zahlen angenommen werden. Noch erfolgreicher und insgesamt auf Rang 2 stand der Spielfilm «Sissi» mit Romy Schneider in der Titelrolle. «Sissi» ist eine Mischung aus Heimatfilm, Melodram, Märchen und prachtvoller Biedermeieridylle. Die dort auftretenden Ungarn sind zum einen sehr stolze Adlige, die ihre Heimat lieben – allen voran der Graf Andrassy –, zum anderen sind sie aber sehr gutmütig, stets in Festlaune und dem Kaiser treu ergeben. Die Kaiserin

fährt durch wunderschöne ländliche Gegenden voller Gänsegeschnatter und getrockneter Paprika an den Hausmauern. Auch hier erscheint Ungarn als Kulisse für eine romantische Operette, wenn auch der Spielfilm nicht Ungarn schwerpunktmässig zum Thema hat.⁴⁹

Es gibt wohl noch eine ganze Reihe weiterer Kulturträger, auf die ich hier nicht gesamthaft eingehen kann. Die Reiterfigur «Ungarische Post» zelebriert die Ritterlichkeit und die Reitkunst der Ungarn – sie gehört zu den spektakulärsten Kunstreiterfiguren. Umgekehrt sind für das Entstehen eines ungarischen Schweiz-Bildes die ungarischen Spielkarten sehr wichtig, deren Ursprung auf die Biedermeierzeit zurückgeht und auf welchen Könige und Damen mit Figuren aus der Wilhelm-Tell-Legende ersetzt wurden.⁵⁰

Die Differenzierung der Gesellschaft

Wie ich eingangs festgestellt habe, sind das oben skizzierte Wissen bzw. die Stereotypen allgemein verbreitet. Zurückkehrend auf die Problematik des Begriffs der «kollektiven Identität» möchte ich wagen, Untergruppen bzw. Segmente zu bilden, innerhalb derer ich die Wahrnehmungen genauer fassen kann. Dabei stellt sich die Frage, ob diese Gesellschaftsbereiche eigene Wahrnehmungsmuster haben oder ob sie der übergreifenden offiziellen «kollektiven Identität» ihres Landes unterzuordnen sind. Individuen können sich durchaus mehreren Kollektiven zugehörig fühlen: Als Schweizer kann man z.B. auch Protestant oder Katholik, deutsch- oder italienischsprachig sein oder sich einer Wirtschaftsbranche zugehörig fühlen.

Bei den Auswahlkriterien, nach welchen ich die Differenzierung vornehmen möchte, verspricht der Rückgriff auf die Ergebnisse der Elitenforschung eine handhabbare Lösung.⁵¹ Dem Begriff der Wertelite, der von der Herrschaft begründenden Theorie von Vilfredo Pareto und Gaetano Mosca herrührt, setzt man spätestens ab den 1960er Jahren den Begriff der Funktionselite entgegen. Seither bewegt sich die Forschung um den «positional», den «reputational» oder den «decision-making approach».⁵² Eine Vermischung dieser letztgenannten Ansätze nahm Ralf Dahrendorf bei seiner Untersuchung der Oberschicht der Bundesrepublik Deutschland vor. Er unterscheidet zwischen sieben Gesellschaftsbereichen, aus denen sich Eliten rekrutieren: 1. die Wirtschaft; 2. die Politik, wobei hier Regierungsmitglieder, Politische Beamte, Parlamentarier und Parteienvertreter genannt werden; 3. Hochschul- und Bildungsbereich; 4. die Kirchen; 5. die Prominenz aus Theater und Film, Presse, Rundfunk und Fernsehen, Sport und Freizeitindustrie; 6. Generale und Admirale; 7. Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte.⁵³ Ich beschränke mich allerdings auf vier Bereiche, die für die schweizerisch-ungarischen Beziehungen am aussagekräftigsten sind, nämlich die Segmente Politik und Diplomatie, Wirtschaft, Kirche und Emigra-

tion/Auslandskolonie. Innerhalb dieser Segmente kann ich im Folgenden kaum detailliert auf das Entstehen des Diskurses eintreten. Ich muss daher summarisch «kollektive Identitäten» voraussetzen, bzw. ihre inneren Widersprüche aufzuzeigen versuchen.

Aufbau der Arbeit

Entsprechend dem entwickelten Rahmen werde ich in einem reduzierten Weitwinkelverfahren versuchen, die Beziehungen zwischen der Schweiz und Ungarn zu fassen. Um die Übersichtlichkeit zu gewährleisten, habe ich mich zu einer chronologischen Vorgehensweise entschlossen und den Untersuchungszeitraum in drei Perioden eingeteilt: in die unmittelbare Nachkriegszeit von 1944/45 bis ca. 1948/49 und in die Frühphase des Kalten Krieges bis zum Herbst 1956. Der Ungarn-Aufstand, der am 23. Oktober 1956 beginnt, wird als eigene Periode behandelt. Ein Ausblick auf die weitere ungarisch-schweizerische Geschichte seit 1956 bildet den Abschluss meiner Darstellung. Innerhalb der Perioden untersuche ich das Ungarn-Bild bzw. Schweiz-Bild in verschiedenen Bereichen: in jener der offiziellen Beziehungen zwischen den beiden Staaten, in jener der Wirtschaft und des Handels, in jener der Kirchen und in jener der Emigration, um schliesslich – quasi als Schmelztiegel aller Kategorien – die Nachkriegshilfe der Schweiz für Ungarn unter die Lupe zu nehmen. Letztere fällt für die Periode des frühen Kalten Krieges (Teil III) allerdings ausser Betracht.⁵⁴

II. DIE NACHKRIEGSZEIT

«Was haben wir gesagt? Drei Monate sind bald vorbei, und dann verlassen uns die lieben jungen Gäste wieder. Für wie lange? Wird man sich nochmals sehen in diesem Leben? Habt ihr uns ins Herz geschlossen? Werdet ihr später einmal, wenn man von der Schweiz spricht, ein gutes Wort für uns einlegen und sagen: Oh, gar so schlimm sind sie nicht, die Schweizer, auch wenn sie sich ordentlich viel einbilden auf ihre Berge, ihren Käse, ihre Maschinen und ihre Menschenfreundlichkeit!»⁵⁵

1. Einleitung

Die Zeit nach der Beendigung der Kriegshandlungen in Europa im Mai 1945 war die des stetig wachsenden Misstrauens der Grossmächte. Die Waffenbrüderschaft der westlichen Alliierten und der Sowjetunion gegen die nationalsozialistische Herrschaft in Europa und gegen Japan war nur schwer in die Nachkriegszeit hinüberzuretten. In mehreren Konferenzen hatten die Grossmächte für Europa – und mit der Gründung der *Vereinten Nationen* UNO für die ganze Welt – eine Nachkriegsordnung entworfen. Unabhängig davon hatten sich auch kleine Länder wie die Schweiz und Ungarn seit geraumer Zeit mit ihrer Positionierung im Nachkriegseuropa befasst. Allerdings erlaubten die herrschenden Kräfteverhältnisse nach Beendigung der Kampfhandlungen viel eher die Verwirklichung der Vorstellungen der Grossmächte Sowjetunion, USA und Grossbritannien als die kleineren Staaten. Deutlich wahrnehmbar waren die Spannungen zwischen der Sowjetunion und den westlichen Alliierten im Sommer 1945 im Zuge der Potsdamer Konferenz, und nur wenige Tage nach ihrer Beendigung hatten die USA mit den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki ihre militärische Stärke vor aller Welt demonstriert. Damit war das militärische Wettrüsten, das im Wesentlichen den Kalten Krieg während seiner ganzen Dauer dominieren sollte, trotz einer Reihe von Abkommen über die Kontrolle von Atomwaffen lanciert. Das Misstrauen brach bei jeder sich bietenden Gelegenheit hervor. Bei keiner der Aussenministerkonferenzen (Oktober 1945 in London, Dezember 1945 in Moskau, April bis Juli 1946 in Paris) konnten sich die Siegermächte in den entscheidenden Fragen einigen. Diese Unstimmigkeit hatte zur Folge, dass regionale Konflikte in den Fokus der ideologisch entzweiten Weltöffentlichkeit gerieten. Die Schauplätze waren zunächst Polen, Griechenland, die Türkei und der Iran. Stalins Misstrauen gegenüber dem Westen und das übertriebene Sicherheitsdenken der USA liessen diese Konflikte zu Bestandteilen eines Weltkonfliktes werden.

Wer für diese Entwicklung hauptsächlich verantwortlich war, kann im Nachwirken der lange Zeit ideologisch verbrämten Forschung nur in der paradoxen Formulierung von Jeremy Suri treffend wiedergegeben werden: «Newly available sources from former communist countries point to the primacy of Soviet aggression. A fuller US and West European record illustrates American over-reaction. One can therefore see multiple Cold Wars occurring at the same time. The Soviet Cold War [...] was about Stalinist attempts to attain absolute security through force against rivals at home and abroad. The American Cold War [...] was about US efforts to assure the international dominance of core values and interests through a preponderance of power.»⁵⁶ Jedes Engagement für den Wiederaufbau des verwüsteten Europas war in dieser Zeit von den gegensätzlichen

Auffassungen Moskaus und Washingtons (bzw. Londons) geprägt. Waren die Gegensätze zu Beginn vor allem militärischer Natur, erfassten sie innerhalb kurzer Zeit praktisch alle Bereiche der Politik, Wirtschaft und Kultur. Praktisch jede öffentliche Rede und Handlung wurde zum Anlass genommen, die eigene Position vor der Weltöffentlichkeit ins Rampenlicht zu rücken.

Der Antagonismus der Grossmächte wirkte sich auch auf die Schweiz und Ungarn aus. Winston Churchills Reden in Fulton (5. März 1946) und in Zürich (19. September 1946) fanden grossen Nachhall in beiden Ländern. Die am 10. Februar 1947 unterzeichneten Friedensverträge der Alliierten mit den Achsenmächten Bulgarien, Finnland, Ungarn, Italien und Rumänien in Paris zementierten die alliierten Einflusszonen. Zwar versuchte Frankreich sich als weitere Macht zwischen den Grossmächten zu etablieren, der Bewegungsspielraum für solche Ambitionen war aber sehr eingeschränkt.

Am 12. März 1947 verkündete US-Präsident Harry Truman seine neue aussenpolitische Doktrin zur Eindämmung des Kommunismus, was im Osten als faktische Erklärung des politischen Krieges an die Sowjetunion, den Sozialismus und den Kommunismus als Ideologie und Weltbewegung gewertet wurde.⁵⁷ Darauf antwortete der stellvertretende sowjetische Aussenminister und Propagandabeauftragte Andrei Zhdanov anlässlich der Gründungssitzung der Kominform am 19. September 1947 mit seiner Theorie der zwei Welten und zeichnete damit den Konfrontationskurs des sowjetischen Blocks gegenüber dem Westen bis zum Tod Stalins vor.⁵⁸ Ein nächster Stein im Mosaik des Kalten Krieges war die am 5. Juni 1947 gehaltene Rede des US-Aussenministers George C. Marshall in Harvard, in der er seinen Plan zur Wiederbelebung einer funktionierenden Weltwirtschaft verkündete. Die Sowjetunion lehnte ihn als Versuch zur Bildung eines antisowjetischen Blockes ab und die sowjetische Delegation verliess am 2. Juli die Pariser Vierministerkonferenz. Die Marshallplan-Konferenz einige Tage später wurde von den Staaten im sowjetischen Einflussgebiet *in corpore* boykottiert, während die westeuropäischen Länder – unter Einschluss der Eidgenossenschaft – das *European Recovery Program* ERP verabschiedeten und die *Europäische Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit* OEEC gründeten. Auch unterzeichneten am 30. Oktober 1947 22 nichtkommunistische Staaten, darunter die Schweiz, ein *Generalabkommen über Zolltarife und Handel* GATT, wobei hier die Tschechoslowakei noch mit dabei war. Die forcierte wirtschaftliche Integration Westeuropas steuerte zweifellos zur härteren Gangart der Sowjetunion in Osteuropa bei.⁵⁹

Auch die psychologische Kriegsführung, hauptsächlich mittels Radiosendern, begann 1947 mit der Gründung von *Voice of America*, *Radio Free Europe* und *Radio Liberty*. Im Osten wurde die 1943 aufgelöste *Kommunistische Internationale* 1948 unter dem Namen *Kominform* wieder gegründet, mit welcher Druck

auf die Kommunistischen Parteien auch im Westen ausgeübt werden konnte.⁶⁰ Moskau versuchte damit in erster Linie die an die Sowjetunion angrenzenden Staaten auf dieselbe politische und wirtschaftliche Grundlage zu trimmen, was mitunter zum Machtkampf Stalins mit Tito und zur Ächtung Jugoslawiens im kommunistischen Block führte. In sämtlichen Staaten im sowjetischen Einflussgebiet wurden die Voraussetzungen für kommunistische Diktaturen Stalinscher Prägung geschaffen. Mit Hilfe von Wirtschaftsverträgen wurden die neuen Volksdemokratien an die Sowjetunion gebunden – 1948 gesellte sich nach einem Staatsstreich auch die Tschechoslowakei dazu.

Schliesslich liess die Deutsche Frage die Grossmächte aufeinanderprallen. Die Sowjetunion beschuldigte den Westen zu Recht, die Entnazifizierung in Deutschland nur halbherzig durchgeführt zu haben. Schliesslich habe er durch die wirtschaftliche Integration der westdeutschen Besatzungszonen mit einer eigenen Währung die Berlinkrise ausgelöst, mit welcher der Kalte Krieg im Sommer 1948 einen ersten Höhepunkt erreichte.⁶¹

Damit war die Matrix für eine Bipolarität geschaffen, die sich in der Folge auf alle politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Gebiete erstreckte. Nachdem die doktrinäre Aussenpolitik in die Welt gesetzt war und sich die grossen Kontrahenten in ihre Stellungen zurückzogen, entfalteten sie ihre Sogwirkung weltweit auf alle Staaten: Man schloss sich entweder dem westlichen oder dem östlichen Block an.⁶² Durch die nun schärfer umrissene Bedrohungslage wurde auch der innere Diskurs immer weiter eingeschränkt und somit auch die Spielräume für alternative Identitätskonstruktionen. Kaum ein Staat konnte sich dieser Entwicklung entziehen, der Konflikt bestimmte zunehmend die Handlungsweisen und Erlebniswelten der einzelnen Menschen. Was die Identitätsentwürfe der einzelnen Staaten betraf, so war überall der Entzug dieser Frage aus der diskursiven Ebene zu beobachten, was zur Folge hatte, dass Innen- und Aussenwahrnehmung der Dynamik des gesellschaftlichen und politischen Entwicklungsprozesses entzogen wurden. J. R. von Salis bezeichnete diesen Vorgang für die Schweiz treffend mit «Rückzug in ein geistiges Reduit».⁶³

2. Die Petitpierre-Doktrin als Richtlinie der schweizerischen Aussenpolitik

Das Ende des Zweiten Weltkriegs wurde von der Schweizer Bevölkerung gefeiert. Der Bundesrat hatte für den 8. Mai 1945 Dankgottesdienste und Glockengeläute angeordnet. In einzelnen Orten wurden Friedensbäume gepflanzt. In Basel stürmte die Bevölkerung die elsässische Grenze, so dass sie am nächsten Tag streng abgeriegelt werden musste.⁶⁴ Doch bei aller Freude konnte der Be-

völkerung nicht verborgen bleiben, dass die Schweiz erhebliche Probleme haben würde, sich im Nachkriegseuropa zu behaupten.

Die aussenpolitischen Bestrebungen der kleinen europäischen Länder mussten sich innerhalb des in Europa neu gesteckten politischen, wirtschaftlichen und militärischen Rahmens bewegen. Die aussenpolitische Linienführung der Schweiz wurde von Bundesrat Max Petitpierre geprägt, weshalb sie in der Literatur in Anlehnung an die Truman-Doktrin auch Petitpierre-Doktrin genannt wird. Diese hatte ihren Ursprung in einer Initiative dessen Vorgängers im Amt als Vorsteher des *Eidgenössischen Politischen Departements* EPD, Bundesrat Marcel Pilet-Golaz, der nach den deutschen Niederlagen bei El Alamein und in Stalingrad in seinem Departement eine streng geheime Sektion zur Vorbereitung der Nachkriegszeit geschaffen hatte. Pilet-Golaz war damals um eine Abkehr von der integralen Neutralität seines Amtsvorgängers Giuseppe Motta bemüht. Seiner Auffassung entsprechend sollte durch den Ausbau der guten Dienste – vor allem in Form der Vertretung fremder Interessen, aber auch mit einem verstärkten humanitären Engagement – der schweizerischen Neutralität ein positiver Anstrich gegeben werden.⁶⁵ In einem Bericht an den Gesamtbundesrat schlug der Chef dieser geheimen Abteilung, Daniel Secrétan, drei Hauptpfeiler einer zukünftigen Aussenpolitik vor: Unabhängigkeit, Wohlstand und internationale Solidarität. Die Maxime der Neutralität wurde dabei nicht in Frage gestellt.⁶⁶ Die Leitlinien der Nachkriegspläne waren schon bald erkennbar: Neben der Aufrechterhaltung der Neutralität sollte als national koordinierte Solidaritätsbezeugung mit dem kriegsversehrten Europa die Schweizer Spende ins Leben gerufen werden. Das Ebnen der diplomatischen Beziehungen unabhängig von der Staatsideologie der jeweiligen Staaten sollte der Schweizer Wirtschaft auch neue Absatzmärkte erschliessen. Ein erstes Anzeichen für die Universalität der diplomatischen Beziehungen war der Versuch der Wiederaufnahme der Beziehungen zu Russland bzw. zur Sowjetunion.⁶⁷ Die harsche Zurückweisung dieses Ansinnens durch die Sowjetunion führte zur Demission von Pilet-Golaz im Dezember 1944. Als Nachfolger wurde der Neuenburger Ständerat Max Petitpierre – entgegen seinem Willen – zum Bundesrat gewählt.⁶⁸

Bedingungen bei Amtsantritt Petitpierres

Die Bedingungen bei Petitpierres Amtsantritt im Februar 1945 waren alles andere als freundlich: Die Schweiz und insbesondere ihre Neutralitätspolitik war zu jener Zeit sowohl im Westen als auch im Osten in Verruf geraten. Charles de Gaulle hatte die Beziehungen zur Schweiz abgebrochen. Bereits im Frühling 1944 hatte US-Aussenminister Cordell Hull der Schweiz mit Konsequenzen gedroht, falls sie ihre Neutralitätspolitik nicht aufgebe. Nach der Befreiung der Schweizer Westgrenze im August 1944 verweigerten die Alliierten die

Lieferung lebenswichtiger Rohstoffe an die Schweiz. Die Schweiz wurde als Kriegsgewinnlerin angeprangert, die zum guten Endausgang des Krieges nichts beigetragen hatte. Mit ihrer Deutschland zuneigenden Politik war das Image der Schweiz als neutrale Demokratie nachhaltig geschädigt.⁶⁹ Nicht nur die Westalliierten verhielten sich der Schweiz gegenüber ausgesprochen feindlich, sie wurde auch von der Sowjetunion scharf kritisiert. Seit 1918 bestanden keine diplomatischen Beziehungen mehr, und auch Marcel Pilet-Golaz hatte davon ausdrücklich Abstand genommen, lediglich der Austausch von Handelsdelegationen wurde beschlossen.⁷⁰ Infolge des Überfalls Hitlers auf die Sowjetunion im Juni 1941 kam der Handel zwischen der Schweiz und der Sowjetunion nicht zum Blühen, Handelsdelegationen wurden trotz Beschluss keine ausgetauscht.⁷¹ Diese Rahmenbedingungen erschwerten der Schweiz den Übergang zur Nachkriegsordnung.

Auch gestaltete sich die Zusammenarbeit Petitpieres mit seinem Abteilungsleiter, dem erfahrenen Diplomaten Walter Stucki, schwierig. Petitpierre scharte eine kleine Anzahl Experten um sich, die von seinem Amtsvorgänger gegründete *Sektion für die Vorbereitung der Nachkriegszeit* trat in den Hintergrund.⁷² In der gesamten Ära Petitpierre lag die Entscheidung über die Ausrichtung der Aussenpolitik in den Händen von lediglich rund drei Dutzend Persönlichkeiten. Der Konsens in Fragen der Aussenpolitik war die Hochhaltung der Neutralitätsmaxime. Daran änderte sich in der gesamten sechzehnjährigen Amtszeit Petitpieres kaum etwas. Der Historiker Daniel Frei meinte dazu treffend: «So wurde aus der Not eine Tugend, und die Tugend der Solidarität verlor der Notwendigkeit der Neutralität sozusagen ethischen Glanz. Der Rechtfertigungsnotstand war fürs erste überwunden. Aber alles hat einen Preis: in diesem Fall bestand er in einer bis zur Blockierung jeder Bewegungsfähigkeit reichenden Verfestigung der Neutralität als der obersten politischen Maxime der schweizerischen Aussenpolitik.»⁷³ Die starre Auslegung der Neutralitätsmaxime war auch für den verpassten UNO-Beitritt der Schweiz massgebend. Zwar waren die Neutralen zur Gründungsversammlung der UNO in San Francisco nicht eingeladen worden, Petitpierre hatte jedoch auch keine Beitrittsoption ins Auge gefasst und keine öffentliche Thematisierung des schweizerischen Standpunktes zugelassen: Die Identitätsfrage wurde damit dem Diskurs entzogen.⁷⁴ Erst als auch die Neutralen zur Mitwirkung eingeladen worden waren und eine interne Expertenrunde eine positive Haltung zu einem Beitritt der Schweiz ergab, änderte Petitpierre seine Meinung. Die Neutralitätsmaxime wollte er aber unter keinen Umständen fallen lassen, weshalb der Beitritt zur UNO nicht verwirklicht wurde. Statt dessen näherte sich die Schweiz den technischen internationalen Organisationen an.⁷⁵ Die Wahl Genfs zum europäischen UNO-Zentrum verhalf der Schweiz ab April 1947 zu höherer Wertschätzung durch die internationale Gemeinschaft, womit

sie die Defizite ihrer Abstinenz von der Weltorganisation und generell ihrer Neutralitätspolitik teilweise kompensieren konnte.

Flankierende Massnahmen

Diese Auslegung der Neutralitätspolitik erlaubte es Petitpierre «das eine zu tun, ohne das andere zu lassen, sich klar mit dem Westen zu solidarisieren und gleichzeitig sein Land als neutral zu bezeichnen.»⁷⁶ Der Neutralitätsmaxime wurden flankierende Elemente beigefügt, welche die Defizite einer Neutralitätspolitik kompensieren, respektive deren internationale Glaubwürdigkeit stärken sollten.⁷⁷ Eine erste solche Ergänzung war die Solidaritätsmaxime.

Unter Solidarität wurde vor allem die Wiederaufbauhilfe im verwüsteten Europa unter anderem durch die Institution der Schweizer Spende und alter privater Organisationen wie das *Internationale Komitee des Roten Kreuzes* IKRK oder das *Schweizerische Rote Kreuz* SRK verstanden. Im Sommer 1945 plante das EPD sogar die Herausgabe eines «Weissbuches über die Neutralitätspolitik», welches Aufsätze über das IKRK, die Schweizer Spende, die Vertretung fremder Interessen und die Schweizer Internierungs- und Hospitalisierungspraxis enthalten sollte. Obwohl das EPD von diesem Plan 1947 wieder abrückte, ist es unbestreitbar, dass das intensive humanitäre Engagement des Bundes nicht zuletzt politisch motiviert war und als Rechtfertigung respektive Kompensation der Neutralität diente.⁷⁸ Dies gab Petitpierre gegenüber der aussenpolitischen Kommission des Nationalrates auch unumwunden zu: «[S]i la Suisse veut fortifier sa situation internationale et se préparer à des discussions qui seront très dures, elle ne doit rien négliger pour justifier sa politique de neutralité. A cet égard, je peux affirmer que le Département politique s'est efforcé [...], d'accord avec le Conseil fédéral et avec l'appui des autres Départements, d'intensifier encore son action en faveur des victimes de la guerre.»⁷⁹ Noch deutlicher wurde der damalige Leiter der politischen Abteilung im EPD, Alfred Zehnder, in einem Rückblick von 1980: «Die verschiedenen Spannungen wurden schlussendlich auf eine ganz andere Art beseitigt, die das Ausland aufhorchen liess, nämlich durch die von der Schweiz gezeigte Hilfsbereitschaft, wobei der sog. Schweizer Spende eine besondere Bedeutung zukam. Besser als alle Verhandlungen mit den europäischen Staaten halfen Lebensmittel- und Kleidersendungen die Front des Misstrauens, des Neids und der falschen Gerüchte durchbrechen. [...] Es fällt dabei auf, dass gerade Frankreich, das sich durch ein besonders grosses Misstrauen gegenüber unserem Lande ausgezeichnet hatte, am meisten von dieser Aktion profitierte. [...] Wie weit waren wir doch dank unserer Hilfsaktionen auf dem Wege zu einem neuen und besseren Image der Schweiz gekommen verglichen mit den Jahren 1944 und 1945!»⁸⁰ Zwar stiess dieses Ansinnen der Bundesbehörden auch auf Kritik. Der Präsident der Kirchensynode,

der Zürcher Oberrichter Max Wolff, mahnte schon im Mai 1945: «Man bilde sich nicht ein, dass solche Sünden [gemeint waren die Sympathien für Hitler und Mussolini und die unmenschliche Flüchtlingspolitik] durch die Schweizer Spende und durch die Hilfsaktion für die Not leidenden Kirchen des Auslands gutgemacht werden könnten.»⁸¹ Doch der Bund scheute sich nicht, sich allen möglichen privaten Hilfsnetzwerken zur Kompensation und Rechtfertigung ihrer zögerlichen Aussenpolitik zu bedienen.⁸² Besonders im Hinblick auf seine Enttäuschung über das Washingtoner Abkommen 1946 setzte Petitpierre auf die schweizerische Hilfstätigkeit. Auch bemühte er sich um eine internationale Koordination der Hilfe zum Beispiel durch den Beitritt zur *International Refugee Organization* IRO im Dezember 1946, die Unterstützung der UNESCO-Wiederaufbauprogramme und den Beitritt zum internationalen Kinderfonds. So ist auch Alfred Zehnders Definition der Aussenpolitik in einer Schrift von 1957 zu verstehen: «La politique extérieure [...] est le terme le plus large. Elle couvre, en principe, toutes les politiques extérieures d'un Etat dans n'importe quel domaine technique.»⁸³

Die Maxime der Universalität

Eine weitere flankierende Massnahme der Neutralitätsmaxime war die Maxime der Universalität. Ich schliesse mich der Meinung von Daniel Frei an, welcher meinte: «[...] auch die Betonung der Universalität dient der Rechtfertigung neutraler Existenz und der Verteidigung dieser Sonderexistenz gegen moralisch-politische Ansprüche, und Universalität bildet damit eine weitere Antwort auf die Herausforderung durch die drohende Isolierung und Verfemung unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Man kann im Ruf nach Universalität einen unverkennbar beschwörenden Unterton nicht überhören.»⁸⁴ Die Schweiz war um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen in der Tat so stark bemüht, dass sie auch provisorische Regierungen anerkannte, bevor diese überhaupt durch Wahlen oder Friedensverträge legitimiert waren.⁸⁵ Erleichtert wurde dies durch die Tatsache, dass die Schweizer Wirtschaft vom Krieg keine Schäden davongetragen hatte und eine Kreditwaffe besass, die zum Abschluss einer Reihe von bilateralen Abkommen eingesetzt wurde.⁸⁶

Als grösstes Defizit galten die fehlenden diplomatischen Beziehungen zur neuen Grossmacht Sowjetunion. Nachdem Pilet-Golaz im November 1944 mit seiner ungeschickten Annäherung an die Sowjetunion gescheitert war, konnten die Beziehungen nach zweimonatigen harten Verhandlungen in Belgrad am 18. März 1946 aufgenommen werden. Dies gelang erst, nachdem einige russische Internierte in der Schweiz gegen von der Roten Armee in Budapest verhaftete Schweizer Diplomaten ausgetauscht worden waren. Im Gegenzug verzichtete die Schweiz auf die Forderung einer Kriegs- und Revolutionsent-

schädigung für Russlandschweizer. Schliesslich beharrte die Sowjetunion nicht mehr auf der Forderung einer Entschuldigung für die sowjetfeindliche Politik der Schweiz.⁸⁷

Aber auch zu den anderen Staaten in Europa sollten schnellstmöglich Beziehungen aufgenommen werden, in erster Linie um die Schweizer Interessen in den betreffenden Ländern zu schützen und um baldmöglichst Handelsbeziehungen aufbauen zu können, selbst dann, wenn noch die wichtigsten Voraussetzungen fehlten, wie Alfred Zehnder bemerkte: «Auch nach der Kapitulation Deutschlands konnten die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und den früheren unabhängigen Staaten des Ostens nicht ohne Schwierigkeiten wieder aufgenommen werden, einerseits mangels vertragsfähiger Partner – alle diese Länder waren von den Alliierten (Russen) besetzt – und andererseits, weil es sowohl an den gesuchten Waren wie an Transportmitteln fehlte.»⁸⁸ Wenn möglich, musste für die Erreichung der Universalitätsmaxime die Solidaritätsmaxime als Deckmantel erhalten. Heinrich Homberger, damals Vorsitzender des *Vororts für Industrie und Handel*, betrachtete beispielsweise den Schweizer Beitritt zur *Europäischen Zahlungsunion* EZU im Rückblick als gelungenen Akt, in welchem «die Schweiz in glücklicher Weise ihrer Solidaritätspflicht als europäisches Land genügt und gleichzeitig ihre eigenen Interessen wahrgenommen» hatte.⁸⁹

Von noch grösserer Wichtigkeit als die Herstellung der Beziehungen zu den von der Sowjetunion besetzten Ländern war die Bereinigung der Probleme mit den Westmächten, allen voran den USA. Die Alliierten hatten auf der Potsdamer Konferenz vom August 1945 ihren Anspruch auf deutsche Vermögenswerte als Reparationszahlungen angemeldet. Vom 12. Februar bis 8. März 1945 fanden in Bern diesbezügliche Gespräche mit dem US-Finanzexperten Laughlin Currie statt. Offenbar gelang es, Currie von der schweizerischen Neutralitätspolitik zu überzeugen, und es wurde eine wirtschaftliche und politische Isolationsverminderung erreicht.⁹⁰ Das in der Folge harter Verhandlungen entstandene Washingtoner Abkommen war – wie auch Max Petitpierre betonte – ein «Anpassungsopfer» an die neue Nachkriegsordnung.⁹¹ Dadurch wurden die Westalliierten zufrieden gestellt, ohne dass die Schweiz ihre eigenen Grundsätze hatte über Bord werfen müssen.

Am Ende dieser ersten Nachkriegsperiode – ca. 1948 – hatte die Schweiz ihr Image im Vergleich zum unmittelbaren Kriegsende deutlich aufgewertet. Der Handel mit allen Ländern Europas war wieder hergestellt, die Schweizer Exportindustrie hatte genügend Aufträge, und die befürchtete Wirtschaftskrise war nicht eingetroffen. Trotz gegenteiliger Beteuerungen war die Schweiz nicht nur wirtschaftlich, sondern vor allem politisch und militärisch dem Westen verbunden. Trotz Neutralitätsmaxime teilte sie gegenüber den osteuropäischen Ländern und allen voran gegenüber der Sowjetunion das Misstrauen des Westens.⁹²

Damit hatte sich die Schweiz eine neue Identitätsformel verordnet, die sich auf die Erfahrungen des Weltkriegs bezog. Darin wurde die Schweiz als trotziger Kleinstaat gesehen, dessen einziger Weg die Einhaltung der Neutralität war. Doch im Innern waren noch Alternativen möglich, wie z.B. das sozialdemokratische Projekt «Neue Schweiz».⁹³ Mit der Ächtung von Kollaborateuren in der Schweiz wurde auch das Gewissen der Schweiz «gesäubert». Bedroht wurde diese Konstruktion der «kollektiven Identität» zunächst nur von den Grossmächten, welche sich – nach Schweizer Lesart – alle an der unversehrten Insel im zerstörten Europa bereichern wollten. Daher musste sich die Schweiz selbst behaupten und mit den flankierenden Massnahmen Solidarität und Universalität den guten Willen der Nachbarstaaten zu erreichen suchen. Das Bild der helfenden Schweiz verschönerte die unrühmliche Rolle während des Weltkriegs – nun hoffte man, dass sich auch Länder im russischen Einflussbereich beim Wiederaufbau helfen liessen.

3. Die Grundzüge der ungarischen Aussenpolitik der Nachkriegszeit

Auch Ungarn musste sich in der neuen Weltlage zurechtfinden. Ungarns Startbedingungen waren allerdings bei weitem schwieriger als die der Schweiz: Ungarn hatte im Krieg auf der Seite Deutschlands gekämpft und war am 19. März 1944 vom Bündnispartner besetzt worden. Nach einem dilettantischen Ausscherungsversuch wurde am 15. Oktober 1944 ein deutschlandhöriges, aus ungarischen Pfeilkreuzlern bestehendes Regime eingesetzt.⁹⁴ Infolge des Rückzugs der Wehrmacht vor der aus Osten vorstossenden Roten Armee evakuierten die Pfeilkreuzler nicht nur Teile der Bevölkerung nach Westungarn, Österreich und Bayern, sondern plünderten auch gleich die Fabriken, die Tierbestände, die Nahrungsmittelreserven und andere Vorräte sowie alle Wertgegenstände, die nicht niet- und nagelfest waren. Budapest und Westungarn sollten unter allen Umständen gehalten werden, was dazu führte, dass während der Belagerung Budapests zwischen Weihnachten 1944 und Februar 1945 durch die Rote Armee wesentliche Teile der Hauptstadt zerstört wurden. Zugleich wurde die in Budapest eingeschlossene jüdische Bevölkerung entweder am Donauufer massakriert oder auf Todesmärsche Richtung Westen geschickt. Die Rote Armee machte ihrerseits in den von ihr bereits besetzten Gebieten durch Plünderungs- und Vergewaltigungsaktionen von sich reden. Wurde ihr Vormarsch von den einen als Befreiung erlebt, so sprachen andere von erneuter Besetzung.⁹⁵ Absehbar war, dass – was auch immer kommen möge – die alte Ordnung der neobarocken Ära unter Reichsverweser Miklós Horthy (1919–1944) zusammengebrochen

und nicht mehr wieder zu beleben war.⁹⁶ Die bis dahin bestehenden Strukturen des Staates waren zu weiten Teilen zerstört, die ehemals herrschenden Eliten in ganz Europa verstreut oder nicht mehr am Leben. Als Verbündeter Deutschlands hatte Ungarn sowohl der Sowjetunion als auch den USA den Krieg erklärt. Die Sowjetunion galt in der gesamten Horthy-Ära, die sich als Besiegerin der Räte-Republik von 1919 betrachtete, als feindliches Land. Nun standen über eine Million sowjetischer Soldaten auf ungarischem Boden.

Die Furcht der Ungarn vor den Russen bzw. Sowjets war riesengross. In vielen Berichten über den Abzug der Deutschen und die Ankunft der Russen wurden alte Feindbilder beschworen. Der Diplomat István Kertész fürchtete sich beim Anblick des ersten «mongolischen» Soldaten vor der Wiederholung des Tatarensturms und in Assoziation dazu vor der Wiederholung der türkischen Besatzungszeit, die vom 16. bis zum 18. Jahrhundert dauerte.⁹⁷ Der Schriftsteller Sándor Márai verglich, obwohl er sich aller Vorurteile entkleiden wollte, die Rote Armee mit den Beute- und Eroberungsfeldzügen von Dschingis-Khan und Attila. Dennoch sah er im Gesicht des ersten russischen Soldaten, dem er begegnet war, etwas Menschliches: «Es war nicht unsympathisch, aber es war auf unheimliche Weise fremd.»⁹⁸

Der politische Wiederaufbau

Ein erster Schritt zum Wiederaufbau der politischen Strukturen war die Einberufung einer provisorischen Nationalversammlung in den befreiten Gebieten im Osten des Landes auf den 21. Dezember 1944. Einen Tag später wurde die interimistische Regierung gewählt, die als erstes die Sowjetunion um die Waffenstillstandsbedingungen bat. In der Regierung waren die bis dahin im Untergrund arbeitenden Parteien der Kommunisten MKP, der Sozialdemokraten SZDP, der kleinen Landwirte FKgP und die Nationale Bauernpartei NPP vertreten. Zum Aussenminister wurde der in der Aussenpolitik gänzlich unerfahrene und für dieses Amt unbegabte János Gyöngyösi ernannt.⁹⁹ Die Waffenstillstandsvereinbarung mit den Alliierten wurde am 20. Januar 1945 in Moskau unterzeichnet.¹⁰⁰ Eine alliierte Kontrollkommission, bestehend aus Vertretern der Sowjetunion, der USA und Grossbritanniens, sollte die Einhaltung der Waffenstillstandsbedingungen überwachen. Sie war auch ermächtigt, zu diesem Zweck alle Informationen, also auch die Post und Telekommunikation zu überprüfen. Die Sowjetunion war in diesem Gremium die leitende Macht und hatte damit ein mächtiges Organ zur Verfügung, mit dem sie die ungarische Politik überwachen und lenken konnte. So wurden zum Beispiel nur die kommunistischen Minister über wichtige Entwicklungen informiert, und mit der Genehmigungspflicht von Zeitungen und Parteien hatte sie einen ausserordentlich grossen Einfluss auf die politische Meinungsbildung.¹⁰¹

Neben der Situation, dass die Front das Land in zwei Teile trennte – Westungarn und Budapest waren nach wie vor von Deutschen und Pfeilkreuzlern besetzt –, gab es aus den benachbarten Ländern Jugoslawien und Rumänien beunruhigende Berichte über Ausschreitungen gegen die ungarische Minderheit. Die Situation in Rumänien verbesserte sich erst unter der Regierung von Petru Groza im März 1945. Ungarn hatte keine Möglichkeit zur Intervention und war bis zum Sommer 1945 vom Ausland beinahe gänzlich abgeschnitten, die Regierungsgewalt erstreckte sich von der ungarischen Ostgrenze bis 100 km vor der Front. Auch konnte von einem funktionierenden Staatsapparat keine Rede sein: Das Aussenministerium war zunächst in einer Dreizimmerwohnung in Debrecen untergebracht. Die interimistische Regierung schaffte es nicht, das Vertrauen der Bevölkerung und der Westmächte zu gewinnen. Bezeichnend für die Schwäche der Regierung war, dass es trotz sowjetischer Okkupation nicht gelang, innerhalb nützlicher Frist eine Armee gegen die deutschen Besatzer ins Feld zu führen.

Auch die aussenpolitische Orientierungslosigkeit der politischen Elite nahm weiter zu: Die FKgP orientierte sich an den USA, die MKP an der Sowjetunion. Mit dem Wahlsieg der Labour Party in England wollten sich die Sozialdemokraten nun weniger nach Moskau als nach Grossbritannien ausrichten.¹⁰² Trotzdem gab es einen gewissen Konsens über die Grundlinien der Aussenpolitik. Massgebend waren schon zu jenem Zeitpunkt die aussenpolitischen Vorstellungen der MKP. Sie forderte den Bruch mit dem deutschen Imperialismus und den revisionistischen Träumen von einem Grossungarn. Weitere Grundzüge waren die Hinwendung und Freundschaft zur Sowjetunion, die gutnachbarlichen Beziehungen zu allen Nachbarländern, insbesondere zum neuen Jugoslawien und zur demokratischen Tschechoslowakei sowie zu Grossbritannien und den USA.¹⁰³ Diese Grundforderungen machten sich auch die anderen Parteien zu Eigen. Die FKgP formulierte dieselben Ziele in einem nüchterneren Ton. Die Demokratische Bürgerpartei PDP und die Radikale Partei sahen Ungarn – entsprechend einer langen Tradition – an der «porta orientalis» und damit als Vermittler zwischen Ost und West. Die SZDP forderte von den Nachbarstaaten eine ähnliche Nationalitätenpolitik, wie sie das demokratische Ungarn in Zukunft praktizieren wollte. Die NPP wollte dem Revisionismus entgegentreten, aber darauf hinarbeiten, dass alle ethnischen Ungarn in einem Land leben sollten – was das Behalten der im Wiener Schiedsspruch 1938 Ungarn zugeteilten Gebiete bedeutete.¹⁰⁴ Alles in allem bedeuteten die aussenpolitischen Vorstellungen der neuen Elite trotz aller Divergenzen eine deutliche Abkehr von der Aussenpolitik der Horthy-Ära, die der verlorenen, vermeintlichen Grossmachtstellung Ungarns nachtrauerte. Von einer eigenständigen ungarischen Aussenpolitik konnte zu jenem Zeitpunkt jedoch kaum die Rede sein. Dies gestand Aussenminister János Gyöngyösi

zu Beginn des Jahres 1946 der Schweizer Wochenzeitung *Die Nation*: «Eine ungarische Souveränität gibt es nur in dem vom Waffenstillstandsvertrag festgesetzten Rahmen, und hier ist selbstverständlich gerade die aussenpolitische Bewegungsfreiheit am stärksten beschränkt. Von einer aktiven Aussenpolitik, die Initiativen ergreifen könnte, kann also nicht die Rede sein. Aber es gibt gewisse äussere Wandlungen, denen sich der ungarische Staat anzupassen hat, und es gibt Probleme, die heute schon mit anderen Staaten zu bereinigen sind. Daher gibt es natürlich eine – wenn auch sozusagen nur passive – ungarische Aussenpolitik.»¹⁰⁵ Obwohl die Macht bei der Alliierten Kontrollkommission lag, hatten zumindest der Aussenminister und der Premierminister informelle Kontakte zu den Vertretern der Siegermächte. Diese verbesserten sich nach dem Umzug der Regierung nach Budapest im April 1945. Auch lag es im Interesse insbesondere der USA, Kontakte zur ungarischen Regierung aufrechtzuerhalten, besaßen die USA doch grosse Vermögenswerte in Ungarn, unter anderem das Tochterunternehmen des *Standard Oil*-Konzerns MAORT.¹⁰⁶ Die USA waren offenbar nicht gewillt, Ungarn allein dem Einfluss der Sowjetunion zu überlassen, die sich mit dem Reparationsabkommen vom 15. April 1945 grosse ungarische Vermögenswerte hatte sichern können.¹⁰⁷

Durchbrechen der Isolation als vordringliches Ziel

Ungarns vordringlichstes aussenpolitisches Ziel war die Durchbrechung der Isolation. Zuerst wurde mit einem sowjetisch-ungarischen Handelsvertrag – der der Sowjetunion grosse Vorteile brachte – im Juli 1945 eine erste Vereinbarung mit einem anderen Staat getroffen. Mit Rumänien und der Tschechoslowakei konnten Warenaustauschabkommen allerdings nur mit symbolischen Warenmengen geschlossen werden. Im August 1945 schliesslich äusserte das Aussenministerium seinen Plan, nach Moskau, London, Paris, Prag, Belgrad, Bukarest und Wien Botschafter entsenden zu wollen.

Die wichtigste Voraussetzung für die Öffnung des Landes war die demokratische Legitimierung der Nationalversammlung und der Regierung. Der amerikanische Vertreter in der Kontrollkommission und spätere Gesandte der USA in Budapest, Arthur Schoenfeld, stellte gegenüber Aussenminister Gyöngyösi Ende September 1945 bei einem fairen Verlauf der Wahlen im November die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen in Aussicht. In der Folge versicherte auch der sowjetische Vertreter die Absicht seines Landes, mit Ungarn diplomatische Beziehungen aufzunehmen.¹⁰⁸ Die Wahlen verliefen denn auch in fairem Rahmen, die FKgP erreichte die absolute Mehrheit, die Kommunisten waren mit 17% Stimmenanteil weit abgeschlagen. Dennoch war man sich einig – und dem Druck seitens der Alliierten Kontrollkommission bewusst –, dass eine Koalitionsregierung aus den in der Übergangsregierung vertretenen Par-

teien beibehalten werden sollte. Neuer Ministerpräsident wurde Ferenc Nagy. Als wichtigstes aussenpolitisches Ziel nannte er in der ersten Ministerratssitzung die Vermittlung des Bildes einer einheitlichen Nation nach aussen: «Das internationale Erscheinungsbild Ungarns kann unser Leben ausserordentlich stark beeinflussen, und deshalb ist es unter allen Umständen notwendig, dass man diese Einheit nach aussen demonstriert.»¹⁰⁹ Die fairen Wahlen und die Aufstellung einer demokratisch legitimierten Regierung brachte Ungarn die ersehnte Anerkennung im Ausland. Allerdings waren damit noch nicht alle Probleme gelöst. Besonders mit der Tschechoslowakei waren die Beziehungen ausgesprochen schlecht, was mit der Ausweisung der ungarischen Bevölkerung aus dem slowakischen Landesteil zu tun hatte.¹¹⁰ Ein Abkommen über den Bevölkerungsaustausch wurde schliesslich im Februar 1946 unterzeichnet: «It was perhaps the best accord a defeated nation could hope for from a victor state, yet it showed how unsettled international relations were in this, the first year of peace.»¹¹¹ Eine andere Problematik war die von den Alliierten verlangte Aussiedlung von Hunderttausenden von Donauschwaben vor allem aus Westungarn.¹¹²

Vorbereitung für den Friedensvertrag

Die ungarische Aussenpolitik war bemüht, bei den Grossmächten um Sympathie zu buhlen, um vor den Verhandlungen zum Friedensvertrag eine für Ungarn günstige Ausgangslage zu schaffen. Die Imagepflege wurde das erstrangige Ziel der Diplomatie.¹¹³ Noch war die Erinnerung an den für das Land katastrophalen Friedensvertrag von Trianon nach dem Ersten Weltkrieg sehr lebhaft. Damals war Ungarn als Verliererstaat hart bestraft worden.¹¹⁴ Wieder stand man auf der Seite der Verlierer, hoffte aber, dass die USA als eigentliche Grossmacht einen gerechteren Frieden als nach dem Ersten Weltkrieg wünschen werden. Aus diesem Grund reiste eine hochrangige Regierungsdelegation zuerst nach Moskau und danach nach Washington, London und Paris. In Moskau erreichte die Regierungsdelegation im April 1946 einige unverbindliche Zusagen Stalins, wonach die Sowjetunion die Sache der in den Nachbarstaaten lebenden Ungarn unterstützen werde, eventuell auch durch geringfügige Gebietsrevisionen. Auch konnte die Frist der Reparationszahlungen von sechs auf acht Jahre verlängert werden.¹¹⁵

Im Juni brach eine ungarische Delegation unter Führung des Ministerpräsidenten nach Washington auf. Ziele waren die Aussicht auf einen amerikanischen Kredit, die Rückerhaltung der sich in amerikanischer Obhut befindlichen ungarischen Vermögenswerte, darunter die symbolträchtige Stephanskrone,¹¹⁶ und die Erbringung des Beweises, dass Ungarn sich nicht nur Richtung Osten, sondern auch Richtung Westen orientierte. Die Reise hatte allerdings ausser der Orientierung der Amerikaner über die ungarische Haltung zum Friedensvertrag

keine nennenswerten Ergebnisse. Einen Kredit konnte sie nicht erwirken, ausserdem konnte das Misstrauen der Nachbarstaaten in Ungarn nicht ausgeräumt werden.¹¹⁷ Der Empfang durch Präsident Truman war zumindest freundschaftlich, in London war er sehr distanziert. Danach nahm die Delegation in Paris an der Eröffnung der Friedenskonferenz teil.

Zugleich war der Wiederaufbau des Landes im vollen Gang, was nicht nur innen-, sondern auch aussenpolitisch von Bedeutung war. Zum einen war es ein Signal, den Neuanfang aus eigener Kraft zu schaffen – was für verschiedene Gruppierungen eine Art Gründungsmythos werden konnte –, zum anderen war man auch auf ausländische Güter angewiesen. Die Bekämpfung der Armut und des Elends war ein wichtiges Anliegen der Regierung und man setzte vieles daran, möglichst viel Hilfe aus dem Ausland zu erhalten. Dafür nahm man die Mitarbeit aller verfügbaren Organisationen in Kauf, auch wenn insbesondere die kirchlichen Organisationen später aus ihren angestammten Tätigkeitsfeldern verbannt werden sollten.¹¹⁸

Die Vorbereitungen auf eine Friedensregelung waren in Ungarn durch das staatliche Handeln der unmittelbaren Vergangenheit, die sowjetische Besetzung, die Bestimmungen der Waffenstillstandsvereinbarung und die Uneinigkeit der Koalitionsparteien in den Zielvorstellungen erheblich beeinträchtigt worden. Erste Vorbereitungen hatten bereits während der Regierungszeit Miklós Kállays um 1943 begonnen, der in die verschiedenen neutralen Länder Diplomaten geschickt hatte, die mit den Westmächten geheime Friedensverhandlungen hätten aufnehmen sollen.¹¹⁹ Aussenminister János Gyöngyösi interessierte sich allerdings kaum für die bereits geleistete Arbeit und stellte eine neue Kommission zusammen.¹²⁰ Die Friedenskonferenz begann am 29. Juli 1946 im Palais de Luxembourg in Paris. Die endgültigen Texte wurden von den Aussenministern am 4. November und am 12. Dezember 1946 in New York formuliert, die Verträge am 10. Februar 1947 unterzeichnet. Ungarn konnte keines der seit 1938 zurückerhaltenen Gebiete weiter behalten und musste sogar zwei Dörfer zur Verstärkung des Brückenkopfes Bratislava an die Tschechoslowakei abgeben. Allerdings wurde Ungarn von der Pflicht entbunden, die vernichteten Vermögenswerte von Ausländern zu 100% zu entschädigen. Doch auch die vereinbarten 66% entsprachen noch einer Summe, die Ungarn nicht zahlen konnte.¹²¹

Wegfall des gemeinsamen Ziels

Mit der Unterzeichnung des Vertrages war der äussere Druck zur Aufrechterhaltung der Koalitionsregierung gewichen: Ungarn konnte es sich nun offenbar erlauben, gegen aussen nicht mehr einheitlich aufzutreten, wie es Ministerpräsident Ferenc Nagy zu Beginn seiner Amtszeit gefordert hatte. Obwohl die Identitätsfrage dem Diskurs nie entzogen war, spitzten sich nun die Konflikte inner-

halb der Koalitionsregierung zu. Die MKP und die SZDP schlossen sich mit der NPP zum «Linken Block» zusammen. Die Angriffe gegen die wählerstärkste FKgP wurden verstärkt und führten – unter aktiver Mithilfe der sowjetisch dominierten Alliierten Kontrollkommission – zur Verhaftung des führenden Politikers Béla Kovács und später auch zur Abdankung des Ministerpräsidenten Ferenc Nagy. Letzteres Ereignis erschütterte im Ausland nachhaltig das Bild der ungarischen Demokratie, insbesondere weil viele führende Diplomaten gleichzeitig demissionierten und namhafte Politiker Ungarn verliessen, unter ihnen auch der Parlamentspräsident Béla Varga.¹²²

Die Truman-Doktrin und die Zhdanovsche Theorie der zwei Welten trugen das ihre zur Verschärfung der inneren Verhältnisse Ungarns bei. Die Organisation der ungarischen Aussenpolitik wurde mit dem Rücktritt János Gyöngyösis am 30. Mai 1947 stark verändert. Er wurde interimsmässig durch Ernő Mihályfi ersetzt, der zugleich das Amt des Informationsministers ausübte.¹²³ Auch die demissionierten Diplomaten wurden oft nicht ersetzt. Unter diesen Umständen wurde es schwierig, Fachleute für die Arbeit im Aussenministerium zu gewinnen, und gemäss der Meinung von Eric Roman wirkte sich dieser Umstand auf die Qualität der ungarischen Interessenvertretung nach aussen aus.¹²⁴

Neuwahlen im September 1947

Wegen der kommenden Aufhebung des Regimes der Alliierten Kontrollkommission nach Inkrafttreten des Friedensvertrages am 15. September 1947 fanden im August vorgezogene Neuwahlen statt, aus denen die MKP als die relativ stärkste Kraft hervorging. Obwohl sie trotz massivem Wahlbetrug bloss 22% der Stimmen auf sich vereinigen konnte, verlagerten sich innerhalb der Koalition die Gewichte. Am 23. September 1947 übernahm der Kommunist Erik Molnár das Aussenministerium.

Nach Beendigung der Arbeit der Alliierten Kontrollkommission war Ungarn ein souveräner Staat.¹²⁵ Nach wie vor genoss in der ungarischen Aussenpolitik die Anlehnung an die Sowjetunion Priorität, noch vor den Beziehungen zu den übrigen Volksdemokratien wie Polen, Rumänien oder Jugoslawien. Auch zu allen anderen Ländern, allen voran zu den USA, Grossbritannien und Frankreich, war man bemüht, gute Beziehungen aufrechtzuerhalten. Freundschaftsverträge wurden jedoch nur mit Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien abgeschlossen.¹²⁶ Die schlechte Behandlung von Ausländern in Ungarn wurde zu einem Zankapfel zwischen den westlichen Staaten und Ungarn, insbesondere, weil nun das Wirken der Staatspolizei für die Erreichung aussenpolitischer Ziele eingebunden wurde.¹²⁷

Die Verstaatlichung der Banken im November 1947 und von Schlüsselindustrien und Betrieben mit mehr als 100 Mitarbeitern im März 1948 belastete die Bezie-

hungen zum Westen, waren doch auch ausländische (westeuropäische und amerikanische) Investoren betroffen.¹²⁸ Die ungemütliche Lage der Ausländer hatte schon im Frühjahr 1947 begonnen. Hintergrund war unter anderem die scheinbare Überführung einiger Mitglieder der FKgP, die in einem Schauprozess zugaben, an einer reaktionären Verschwörung gegen den ungarischen Staat beteiligt gewesen zu sein – unter tatkräftiger Mithilfe ungarischer Emigranten im Westen. 1948 stand im Zeichen des Kirchenkampfes und der Vorbereitung des Prozesses gegen den oppositionellen Kardinal József Mindszenty, dem auch Spionage zu Gunsten der USA vorgeworfen worden war. Mindszenty wurde am 23. Dezember 1948 verhaftet. Durch die Zwangsvereinigung der Kommunistischen mit der Sozialdemokratischen Partei zur *Partei der Ungarischen Werktätigen* MDP im Juni 1948 flohen nun auch sozialdemokratische Politiker aus Ungarn oder demissionierten von ihren Botschafterposten. Dadurch wurde das Gewicht der Kommunisten in der Innenpolitik und auch in der Leitung der Aussenpolitik noch grösser. Spätestens ab der gleichzeitig sich zuspitzenden Berlinkrise war die Abhängigkeit der ungarischen Aussenpolitik von der von Stalin vorgegebenen und vom ungarischen MDP-Chef Mátyás Rákosi vermittelten Linie der wichtigste Faktor. Spätestens ab diesem Zeitpunkt wurden westliche Diplomaten, aber auch einfache Staatsangehörige westlicher Staaten in Budapest belästigt.

Der Konflikt mit Jugoslawien

Wichtigstes aussenpolitisches Ereignis, das den endgültigen Ruck in die bedingungslose Abhängigkeit Ungarns von der Stalinschen Aussenpolitik und damit den Sieg der MDP bedeutete, war der vom Zaun gebrochene Konflikt mit Jugoslawien. Dieser entsprang eigentlich dem mangelnden Einfluss Stalins auf Tito und der Bemühung Jugoslawiens, zusammen mit Albanien und Bulgarien die freundschaftlichen Bande zu stärken. Vorgeschieben wurden jedoch ideologische Differenzen zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion, die darin gipfelten, dass Jugoslawien aus der Organisation der kommunistischen Parteien, der Kominform, an der im Juni 1948 in Bukarest stattfindenden Konferenz ausgeschlossen wurde.¹²⁹ Ungarn hatte bis dahin sehr gute Beziehungen zu Jugoslawien unterhalten, nun wurde alles aufs Spiel gesetzt – zugunsten eines kommunistischen Identitätsentwurfs der gesamten sowjetischen Einflusszone. Tito wurde von nun an als Faschist und Bandit bezeichnet, zugleich wurde in Ungarn ein Schauprozess vorbereitet, der nicht nur den Bruch mit Tito, sondern auch mit den aus dem Westen zurückgekehrten Kommunisten in den eigenen Reihen führen sollte.

Am 15. Mai 1949 wurden nochmals Neuwahlen veranstaltet, in welchen die inzwischen organisierte Volksfront 96% aller Stimmen erhielt. Damit schaffte sich die MDP die alles beherrschende Stellung. Die Ausrufung der Volksrepublik am

20. August 1949 sanktionierte die Entwicklungen in Ungarn seit dem Herbst 1944. Am 28. September 1949 überreichte der stellvertretende sowjetische Außenminister Andrej Gromiko dem jugoslawischen Gesandten in Moskau ein Memorandum, in welchem die Aufhebung des am 11. April 1945 unterzeichneten Freundschaftsabkommens bekannt gegeben wurde. Im Oktober unternahmen Ungarn, Polen, Bulgarien, Rumänien und schliesslich die Tschechoslowakei denselben Schritt. Die Sowjetunion war nun nicht nur wirtschaftlich, sondern in jeder Hinsicht die praktisch uneingeschränkt herrschende Macht in Osteuropa.¹³⁰ Ungarn hatte seine Aussenpolitik in den Dienst der Sowjetunion gestellt. Die Rote Armee, die im Lande stationiert blieb, um die Verbindung zur Besatzungsarmee im nach wie vor besetzten Osten Österreichs aufrechtzuerhalten, stand der Regierung als Schutzmacht jederzeit zur Verfügung. Nach dieser Wende beherrschte die MDP alle Bereiche des Staates und der Gesellschaft. Damit obsiegte auch der kommunistische Identitätsentwurf, nachdem er zur Doktrin erhoben und damit dem Diskurs entzogen wurde. Aus welchen Elementen dieser Entwurf bestand, werde ich in Kapitel III.3 eingehend erläutern.

4. Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und Ungarn

Die aussenpolitischen Bestrebungen der Schweiz und Ungarns in der Nachkriegszeit waren – wie in den vorangehenden Kapiteln dargestellt – durchaus vergleichbar. Beide Länder hatten durch ihr Handeln während des Zweiten Weltkriegs in den Augen der Siegermächte Schuld auf sich geladen. Nun waren sie beide bestrebt, ihrer negativen Vergangenheit ein positives Gegenbild gegenüberzustellen. Die Schweiz musste das in Mitleidenschaft gezogene Ansehen der Neutralität aufwerten – was aber keinen Bruch mit der Vergangenheit bedeutete. Ungarn strebte den Ausbruch aus der kriegsbedingten Isolation an und war froh um jede Annäherung an das Ausland. Anders als die Schweiz musste es einen neuen Identitätsentwurf in Abkehr von der überholten Konstruktion der Horthy-Ära vorlegen. Eine Massnahme in der Schweiz zur Durchbrechung der internationalen Isolation war die (Wieder-)Herstellung der Beziehungen zu allen möglichen Ländern unter dem Motto der Universalität. Indem sich nun Ungarn und die Schweiz gegenseitig anerkannten und die diplomatischen Beziehungen wieder herstellten, kamen sie diesem Ziel einen Schritt näher. Dazu gesellte sich die Wiederaufnahme des Warenaustausches und des Zahlungsverkehrs, welche in den letzten Kriegsjahren ein starkes Bindeglied gewesen waren.

Neben der Universalität gesellte sich auch die Solidarität zu den flankierenden Massnahmen zur Schweizer Neutralitätsmaxime. Die Hilfe für das kriegsgeschädigte Europa – insbesondere durch die zu diesem Zweck geschaffene Schweizer Spende – war dabei die wichtigste Massnahme. Durch Bezeugung des guten Willens konnte man *vice versa* auch den guten Willen des Auslands, insbesondere der Siegermächte erwarten. Für Ungarn war die Hilfe aus dem Ausland hingegen nicht nur (über)lebenswichtig, sondern auch eine Möglichkeit, die vermeintliche Unschuld des ungarischen Volkes am Zweiten Weltkrieg unter Beweis zu stellen – was einem der wichtigsten aussenpolitischen Ziele entsprach, insbesondere im Hinblick auf den auszuhandelnden Friedensvertrag. Ausserdem konnte damit die Kontinuität zum Opfermythos in Ungarn aufrechterhalten werden, was einen starken Akzent in der ungarischen Identitätskonstruktion setzte. Auch in diesem Punkt bestand also eine Interessenkongruenz zwischen der Schweiz und Ungarn. Schliesslich hatten auch andere nicht-staatliche Kreise ein Interesse an einer Normalisierung der Beziehungen. Insbesondere bei den Kirchen waren die Verbindungen stark. Auch befanden sich in Ungarn eine Anzahl Schweizer und in der Schweiz eine Anzahl Ungarn, die wieder in Kontakt mit ihren Verwandten und Freunden treten wollten.

Exkurs: Die Beziehungen zwischen 1919 und 1944

Es sei hier erlaubt, in einem kurzen Rückblick auf die Beziehungen zwischen der Schweiz und Ungarn vor dem Zweiten Weltkrieg einzugehen. In dieser Darstellung des *status quo ante* geht es darum, einige Akteure, die in der ersten Nachkriegszeit eine Rolle gespielt haben, miteinander in Beziehung zu setzen. Eigentliche diplomatische Beziehungen zwischen der Schweiz und Ungarn gab es erst seit 1938, als mit dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich der in Wien residierende, aber auch in Budapest akkreditierte Botschafter Maximilian Jaeger in ein Haus an der Stefánia út in Budapest zog, wo sich die Botschaft der Eidgenossenschaft bis heute befindet. Damit war zum ersten Mal ein Schweizer Botschafter für Ungarn allein zuständig. Bis es aber soweit war, galt in der offiziellen Sicht der Schweizer Behörden Ungarn als Nachfolgestaat des Habsburger-Reiches. Man tat sich schwer mit den in Ungarn sich rasch ablösenden Regierungen, wobei vor allem die Ausrufung der Räterepublik 1919 Sorgen bereitete. Weder Österreich noch Ungarn wurden bis Januar bzw. Oktober 1920 anerkannt, der diplomatische Verkehr wurde über die k.u.k.-Botschaft in Bern abgewickelt. Die demokratische Herbstrosen-Revolution unter Mihály Graf Károlyi von 1918 veranlasste die Schweiz zur Verhängung restriktiver Einreisevorschriften für die Mitglieder diplomatischer Missionen.¹³¹ Erst als Ende 1919 in Ungarn Admiral Miklós Horthy die Macht ergriff, konnte der neue ungarische *Defacto*-Gesandte seinen Posten in Bern beziehen. Aber selbst nach der Anerkennung Ungarns

im Oktober 1920 verstrichen weitere sechs Monate, bis der Gesandte in Wien, Charles Bourcart, auch in Budapest akkreditiert wurde. Von da an wurden die Beziehungen nicht mehr unterbrochen.

Die Beziehungen während des Zweiten Weltkriegs

Eine grosse Herausforderung auch für die schweizerisch-ungarischen Beziehungen bildete der Zweite Weltkrieg. Im August 1943 löste György Baron Bakách-Bessenyei János Baron Wettstein von Westersheim als Gesandten ab. Schon bei bekannt werden dieses Wechsels wusste der an der Schweizer Botschaft in Budapest arbeitende Anton Kilchenmann nach Bern zu berichten, dass dies als Strategiewechsel des ungarischen Ministerpräsidenten Miklós Kállay aufzufassen sei, da zugleich auch der bisherige ungarische Gesandte in Stockholm durch Antal Ullein-Reviczky ersetzt werden sollte.¹³² Tatsächlich waren sowohl Bakách-Bessenyei als auch Ullein-Reviczky sowie die Gesandten in der Türkei und Portugal damit betraut, ihre Fühler zu den Alliierten auszustrecken. Im Juli 1943 soll Lipót Baranyai, ehemaliger Direktor der Ungarischen Nationalbank, mit Allen Dulles und Royall Tyler vom amerikanischen Geheimdienst OSS in Bern Verhandlungen über ein Abspringen Ungarns von den Achsenmächten geführt haben. Künftiger ungarischer Verbindungsmann sollte der Gesandte Bakách-Bessenyei werden. Die Verhandlungen nahmen mit der deutschen Besetzung Ungarns am 19. März 1944 aber ein Ende.¹³³ Bakách-Bessenyei wollte die neue Regierung unter dem ehemaligen Botschafter in Berlin, Döme Sztójai, nicht anerkennen. Am 21. März 1944 sprach er beim EPD vor, weil er keine Nachricht über die Lage in Budapest erhalten hatte. Er weigerte sich, von der Sztójai-Regierung irgendwelche Weisungen zu befolgen, worauf er am 8. April 1944 mit seinem gesamten Mitarbeiterstab entlassen wurde.

Zugleich wurde die Schweiz auch von der Tatsache gefordert, dass der abgesetzte Ministerpräsident Miklós Kállay in der Schweizer Gesandtschaft an der Stefánia út in Budapest um Asyl nachsuchte. Bundesrat Pilet-Golaz liess Rücksicht auf die Deutschen walten, worauf der Gesandte Maximilian Jaeger den türkischen Botschafter überredete, Kállay in der türkischen Botschaft zu beherbergen. Dafür gewährte Vizekonsul Carl Lutz oppositionellen ungarischen Politikern in der ehemaligen amerikanischen Gesandtschaft Schutz.¹³⁴ Die diplomatischen Beziehungen zu Ungarn wurden weiterhin aufrechterhalten. Nach Bern wurde Károly Baron Bothmer entsandt, allerdings akzeptierte die Schweiz bloss einen Geschäftsträger.¹³⁵ Pilet-Golaz weigerte sich noch im August 1944 beharrlich, das Beglaubigungsschreiben entgegenzunehmen.¹³⁶ Bothmer war allerdings nur eine kurze Amtszeit beschieden. Nach der Machtübernahme in Ungarn durch die Pfeilkreuzler am 15. Oktober 1944 trat er in den Ausstand. Am 27. März 1946 erklärte der Bundesrat die Botschaft rück-

wirkend auf den 1. November 1944 für geschlossen. Baron Bothmer verliess die Schweiz aber nicht.

Probleme mit der Anerkennung des Pfeilkreuzlerregimes

Die Schweiz unterliess es nach dem 15. Oktober 1944, das Pfeilkreuzlerregime unter Ferenc Szálasi anzuerkennen und rief ihren Gesandten Maximilian Jaeger zur Berichterstattung nach Bern zurück, weshalb nur Mitarbeiter von tieferem diplomatischem Rang in Budapest verblieben.¹³⁷ Diese Beamten widmeten sich der Betreuung der Schweizerkolonie bis zur Belagerung Budapests und beteiligten sich an der Rettung der Budapester Juden. Die Beziehungen wurden *de facto* aufrechterhalten, aber es dauerte bis zum 20. Dezember 1945, als das EPD an den Gesamtbundesrat den Antrag stellte, die aus den Wahlen vom 4. November 1945 hervorgegangene neue Regierung Ungarns anzuerkennen. Dies zum einen deshalb, weil die USA, Grossbritannien und Schweden diesen Schritt schon getan hätten und dieser – besonders im Falle Schwedens – von Moskau günstig aufgenommen worden sei. Zum anderen stellte das EPD fest, «dass schweizerischerseits ein beträchtliches politisches und wirtschaftliches Interesse daran besteht, mit Ungarn sobald wie möglich wieder normale Beziehungen herzustellen.»¹³⁸

Die öffentliche Meinung in der Schweiz bezog eindeutig Stellung gegen die Regierungen unter deutscher Besetzung. Den Nationalsozialismus hielt man nicht nur für unschweizerisch, sondern auch für nicht ungarisch. Stellvertretend für andere ähnlich lautende Berichte und in aller Deutlichkeit erscheint dies in einem Bericht der *Schweizer Illustrierten Zeitung* vom April 1944. Bemerkenswert ist die völkische Argumentationslinie: «Die paar Zeitungen, die aus Budapest wieder in die Schweiz gelangen, reden gross daher, ein «neues, rein-ungarisches Zeitalter» sei «angebrochen». Die derzeitigen Machthaber müssten also, so könnte man meinen, von magyarischer Herkunft, hundertprozentige Ungarn, sein. Sieben von denen, die die Ungarn zum Hilfsvolk ordnen und in «ehernen Gleichschritt» (mit dem «neuen Europa») bringen wollen, sind mehr oder weniger «fremdstämmig». Der Gesandte und Bevollmächtigte von Grossdeutschland, der «höhere SS-Führer» Veesenmayer, ist ein landsfremder Österreicher. [...] Das «neue Reformzeitalter» hat den Ungarn auch einen Ministerpräsidenten, direkt aus Berlin, mitgebracht, den General Sztojaj. Wie der neue Justizminister Antal und der Handelsminister Kunder, kommt Sztojaj aus der Schule Gömbös. [...] Gömbös hat vor zehn Jahren den Kroaten Dimitru Stoyanowitch als ungarischen Militärattaché nach Berlin geschickt. Beim Wechsel des Zivilstandes wurde daraus Döme Sztojaj. [...] Der Generalstabchef der ungarischen Armee, die nun also im deutschen Sinn parieren soll, heisst Szombathelyi-Knauser, im Grunde auch kein magyarisch-blütiger Ungar. Die Voranstellung des ungarisch

klingenden Namens erfolgte erst vor ein paar Jahren. Das gleiche gilt für den Finanzminister Remenyi-Schneller [...]. Der Handels- und Verkehrsminister in der neuen Kombination, Anton Kunder [...] [hat] sich keine Mühe gemacht, sein ‹Volksdeutschtum› und den Namen zu verstecken. – Der siebte ‹Fremdstämmige› schliesslich ist der Ackerbau- und Versorgungsminister Jurcsek: vielleicht ein Serbe, vielleicht ein Slowake, sicher kein Magyar.»¹³⁹ Diese Feststellung galt tatsächlich auch für den Gesandten in der Schweiz, Karl Bothmer, der Spross eines deutschen Adelsgeschlechtes war. Entscheidend aber ist, dass der Nationalsozialismus als dem Ungarn wesensfremd dargestellt wurde. Die Regierungspolitik wurde nicht als Verkörperung des Volkswillens, sondern als aufkotroyiert gewertet. Damit wurde auf primordialer Basis ein Unterschied zwischen Ungarn und Deutschen konstruiert, der im Wesentlichen der Wahrnehmung der schweizerischen Geistigen Landesverteidigung entsprach. Während also die Schweizer Presse eindeutig gegen die neuen Machthaber in Ungarn Stellung bezog, verfolgte das EPD eine abwartende Politik, um nicht eindeutig für oder gegen die ungarische Regierung Stellung beziehen zu müssen.

Intermezzo zwischen Károly Bothmer und Ferenc Gordon

Bis zum Amtsantritt des Gesandten Ferenc Gordon im August 1946 vertrat nun kein Diplomat mehr die Interessen Ungarns in der Schweiz. Der Status des letzten ungarischen Gesandten Károly Bothmer blieb zunächst unklar. Dieser vermutete, dass es Budapest vorübergehend nicht möglich war, ihm Weisungen für sein weiteres Verhalten zu erteilen. Das EPD wies Bothmer mehrmals auf die Unhaltbarkeit des Zustandes hin und hätte den Schwebezustand gerne bis Ende 1945 geklärt. In der Zwischenzeit versuchte die von ungarischen Emigranten in der Schweiz gegründete *Ungarische Nationale Unabhängigkeitsfront* MNFF ihre Anerkennung als offizielle Vertretung Ungarns in der Schweiz beim EPD durchzusetzen. Obwohl ihr dies nicht gelang, wurde ihre Tätigkeit nicht als illegal eingestuft, und es gelang ihr auch, in einzelnen Fragen mit den Schweizer Behörden zu verhandeln.¹⁴⁰

Erst im April 1946 – anlässlich des Eintreffens einer ungarischen Wirtschaftsdelegation – hatte Bothmer aus Ungarn die Weisung erhalten, er habe jegliche Gesandtschafts- und Konsulartätigkeit sofort einzustellen und mit Ausnahme von vier Personen, die zur Bewachung des im Eigentum des ungarischen Staates stehenden Materials in der Schweiz blieben, unverzüglich nach Ungarn zurückzukehren.¹⁴¹ Den Schweizer Behörden war allerdings klar, dass die meisten ungarischen Diplomaten nicht den Rückweg antreten wollten: «Sollten sich einer sofortigen Heimkehr dieser Personen unerwartete Hindernisse in den Weg stellen, so möchten wir uns grundsätzlich der Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen nicht widersetzen. [...] Hinsichtlich des ehemaligen Geschäftsträgers Baron von

Bothmer möchten wir bemerken, dass wir gegen sein Hierbleiben keine Einwendungen zu erheben haben.»¹⁴² Károly Bothmer war hingegen den MNFF-Leuten ein Dorn im Auge. Im Oktober 1945 meldeten diese nach Budapest, die eigentlich geschlossene ungarische Botschaft würde massenhaft ungarische Pässe für Leute ausstellen, die sich in Österreich und Deutschland befänden. Davon würden Leute profitieren, die sich den alliierten oder den ungarischen Gerichten entziehen wollten. Ausserdem vermuteten sie, dass ehemalige Pfeilkreuzler in der Botschaft ihren Dienst taten.¹⁴³ Schliesslich unterzeichneten Bothmer und die MNFF am 1. Oktober 1945 ein Abkommen, wonach die MNFF in die Arbeit der Botschaft Einsicht nehmen und Delegierte in die Botschaft nach Bern und die Konsulate in Zürich und Genf entsenden könne. Ausserdem wurde die Ausstellung von Reisepapieren an Personen, die sich nicht auf Schweizer Gebiet aufhielten, untersagt.¹⁴⁴

Die Anerkennung der ungarischen Regierung durch die Schweiz

Die im April 1946 erfolgten Wirtschaftsverhandlungen hatten die Wiederbesetzung der Gesandtschaften erneut zur Sprache gebracht. Insbesondere der Schweizer Delegationsleiter Max Troendle pochte aus wirtschaftspolitischen Überlegungen auf eine schnelle Wiedereröffnung der Vertretung. Wenn möglich sollte sofort ein offiziöser Verbindungsmann eingestellt werden.¹⁴⁵ Am 3. Juli 1946 äusserte sich der sowjetische Generalleutnant Vladimir Petrovitsch Sviridov im Namen der Alliierten Kontrollkommission in einem Brief an die ungarische Regierung, wonach er nichts gegen die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Holland, Norwegen und Belgien einzuwenden habe und auch nicht gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Schweiz.¹⁴⁶ Der ungarische Ministerrat genehmigte daraufhin die Aufstellung von Botschaften in Warschau, Ankara und Bern. Über die Besetzung der Posten wurde vermutlich von den Parteipräsidenten am 22. oder am 26. Juli 1946 entschieden. Ein Anwärter für den Botschafterposten in Bern war der Sozialdemokrat Károly Peyer, der schliesslich für den Posten in Den Haag bestimmt wurde – was dieser ablehnte.¹⁴⁷ Der Posten in Bern wurde der FKgP überlassen, welche den bisherigen Finanzminister Ferenc Gordon ernannte.¹⁴⁸

Die Zeit von Ferenc Gordon

Der ehemalige Generaldirektor der Nationalbank Ferenc Gordon hatte als Finanzminister massgeblichen Anteil an der Stabilisierung der Währung am 1. August 1946, die mit der Einführung des Forint der galoppierenden Inflation ein Ende setzte. Unter den Kommunisten war er nicht sonderlich beliebt. Man warf ihm vor, ein Spekulant grossen Stils zu sein.¹⁴⁹ Sein Abgang aus dem Ministerrat wurde dort mit keinem Wort erwähnt.¹⁵⁰ Schon zu Beginn seiner Amtszeit

musste er sich gegen Gerüchte wehren, er würde sich privat über eine Exportfirma am schweizerisch-ungarischen Warenaustausch beteiligen.¹⁵¹ Um ihn zu überwachen, wurde ihm ein kommunistischer Legationssekretär namens József Száll beigestellt. Die Ernennung bürgerlicher und sozialdemokratischer Politiker zu Gesandten war in der Wiederaufbauzeit üblich. Es lag im Interesse Ungarns, in den wichtigen westlichen Ländern erfahrene Leute aufzustellen. Einige von ihnen hatten bereits in der Horthy-Ära ihren Dienst getan. Ihnen wurden kommunistische Aufpasser beigestellt. Eine Konsequenz der Absenz altgedienter Diplomaten war, dass in der Zentrale in Budapest viele Kommunisten Einsitz und damit auch Einfluss nehmen konnten.¹⁵²

Ferenc Gordon traf am 19. September 1946 in der Schweiz ein und übergab sein Beglaubigungsschreiben am 27. September den Bundesräten Karl Kobelt und Max Petitpierre. In einem zwanzig Minuten dauernden Gespräch wurde vor allem die Wichtigkeit des Handels hervorgehoben. In einem Zeitungsinterview meinte Gordon dazu: «Es ist meine Überzeugung, dass die Schweiz für Ungarn vom Gesichtspunkt der künftigen Wirtschaftsentwicklung von erstklassiger Bedeutung ist. Ich hoffe, dass es mir gelingt, das Interesse der zuständigen schweizerischen Kreise für unsere Heimat zu wecken und die engeren Beziehungen zwischen den beiden Ländern auf allen Gebieten auszubauen. Meine Hoffnungen werden weitgehend davon gestützt, dass der schweizerische Gesandte, Herr Minister Dr. Ernst Feisst unser grosser und aufrichtiger Freund ist.»¹⁵³ Gordon knüpfte sogleich Kontakte zum sowjetischen Botschafter, dem er anvertraute, er wünsche den Zeitungsredaktionen Besuche abzustatten, um sie zu einer sachlichen Berichterstattung über Ungarn anzuhalten.¹⁵⁴ Hintergrund war eine nur wenige Wochen zurückliegende Debatte im ungarischen Parlament. Damals hatte der sozialdemokratische Abgeordnete Pál Schiffer darauf hingewiesen, in ausländischen Presseergebnissen erschienen negative Artikel über Ungarn, wie sie gegen Faschisten und Pfeilkreuzler nie geschrieben worden seien. Dabei kamen die englischen und amerikanischen Blätter noch gut weg, ganz im Gegensatz zu den Schweizer Zeitungen, insbesondere den *Basler Nachrichten* und den *Neuen Zürcher Nachrichten*.¹⁵⁵

Die Pressearbeit der ungarischen Gesandtschaft

Die Unterbindung der Arbeit der Emigration gegen die ungarischen Interessen bildete eine der Hauptaufgaben der ungarischen diplomatischen Vertretung in der Schweiz. Artikel in der Schweizer Presse, welche Ungarn gegenüber Kritik äusserten, sorgten immer mehr auch für Spannungen in den Beziehungen, die im Fall László Tarrs 1948 ihren Höhepunkt erreichten.¹⁵⁶ Ein erstes Mal hatte die MNFF die Zentrale der MKP im Sommer 1946 darauf aufmerksam gemacht, dass an die Stelle des Presseattachés an der ungarischen Botschaft in Bern eine

Person gelangen müsse, die sich mit der Schweizer Presse auskenne und im Allgemeinen nicht als Kommunist bekannt sei. Die Schweizer Presse werde auch im Ausland gelesen, weshalb ihre Meinung so wichtig sei.¹⁵⁷ Schon zu Beginn seiner Amtszeit deutete Gordon auf dieses Problem hin. In der *Weltwoche* vom 7. Februar 1947 war ein Artikel über Budapest erschienen, der – nach Ansicht des ungarischen Presseattachés Halász – falsche Daten und Begebenheiten enthielt. Halász besuchte daraufhin am 18. Februar Chefredaktor Schuhmacher und beschwerte sich bei diesem während fünf Viertelstunden über die falschen Darlegungen im Artikel. Er erfuhr, dass sich hinter dem Kürzel S.D. ein Ungar verbarg, dessen Name jedoch geheim gehalten wurde. Es gelang ihm, von der *Weltwoche* eine Entschuldigung und das Zugeständnis zu erwirken, dass man sich vor dem Publizieren eines neuen Artikels über Ungarn an die Pressestelle der Botschaft wenden werde.¹⁵⁸

Es herrschte die Ansicht, dass sich hinter den Presseangriffen auf Ungarn ungarische Emigranten verbargen. Hintergrund war die beginnende Verhaftungswelle in Ungarn gegen Funktionäre der FKgP. In der ungarischen Öffentlichkeit wurde über eine Verschwörung reaktionärer Kräfte gegen das demokratische Ungarn gemunkelt, wobei die im Ausland lebenden Ungarn als Drahtzieher verdächtigt wurden. So erschienen Anfang 1947 zwei Artikel in ungarischen Wochenzeitsungen unter den Titeln «Die Mafia der Verschwörer und ihrer Komplizen» und «Der Feldzug der emigrierten Diplomaten, Faschisten und Reaktionäre in der Schweiz gegen Ungarn». In der Tat versorgten ungarische Emigranten die Schweizer Presse emsig mit Artikeln über die Missstände in Ungarn. Der selbst der FKgP angehörende Botschafter Gordon konnte aber nicht zulassen, dass die Verschwörungstheorien neue Nahrung erhielten, geriet er doch durch diese selbst in Gefahr. So sind auch seine wütenden Reaktionen auf die genannten in Ungarn erschienenen Artikel verständlich. Er befürchtete, dass solche Artikel seine seit Monaten andauernden Bemühungen bei den Redaktionen und auch das Vertrauen der Schweizer gegenüber der ungarischen Regierung untergraben sowie auch wirtschaftliche Konsequenzen.¹⁵⁹ Die Presseangriffe auf Ungarn nahmen mit der Verschärfung des Kalten Krieges an Intensität noch zu. Im August 1947 konstatierte der Geschäftsträger ad interim, Béla Veszprémy-Bangha, in einem Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter in Bern habe Einigkeit darüber geherrscht, dass die Schweizer Presse noch immer das grösste Hindernis in den Beziehungen Ungarns und der Sowjetunion zur Schweiz darstelle.¹⁶⁰ Die Schweizer Presse bildete für Ungarn generell eine beliebte Angriffsfläche. Sie wurde nicht nur in der Berner Botschaft studiert: Selbst der Führer der Kommunisten, Mátyás Rákosi, las jeden Morgen ausgiebig ausländische Blätter, und auch von anderen Ministern und Diplomaten ist bezeugt, dass sie zumindest die *Neue Zürcher Zeitung* lasen.

Weitere Aufgaben der ungarischen Gesandtschaft

Gordons weitere Aufgabe bestand im Knüpfen von Kontakten zu westlichen Diplomaten. Dem amerikanischen Botschafter Harrison machte Gordon bei seinem Antrittsbesuch die ungarische Position zum auszuhandelnden Friedensvertrag deutlich.¹⁶¹ Auch bemühte er sich, die Vertretung Ungarns in der Schweiz neu zu organisieren. Er setzte sich für die Wiedereröffnung des Zürcher Konsulates ein, da das Ausstellen von Pässen einen grossen Arbeitsaufwand verursachte.¹⁶²

Zu Gordons Aufgabe gehörte auch die Sammlung der ungarischen Kolonie in der Schweiz. Immer wieder lud er die Kolonie zu festlichen Anlässen wie z.B. zum einjährigen Jubiläum der Wahl Zoltán Tildys zum Staatspräsidenten im Februar 1947 ein.¹⁶³ Im März 1947 nahm er an der Feier zum 15. März des Zürcher Ungarnvereins teil.¹⁶⁴ Schliesslich arbeitete er eng mit dem *Comité Hongrois de Secours en Suisse* zusammen, das an der Hilfe der Schweiz an Ungarn mitwirkte.¹⁶⁵ Doch auch Ferenc Gordon war keine lange Amtszeit beschieden. Infolge der Ermittlungen des ungarischen Staatsschutzes gegen die FKgP wurden immer wichtigere Persönlichkeiten verdächtigt, an einer Verschwörung gegen den ungarischen Staat beteiligt zu sein. Unter ihnen befand sich sogar der amtierende Ministerpräsident Ferenc Nagy, welcher schliesslich zur Abdankung und Emigration genötigt wurde, als er sich gerade in der Schweiz aufhielt. Ferenc Gordon, der in dieser Sache eine wichtige Rolle gespielt hatte, demissionierte wie viele seiner Kollegen aus diesem Anlass im Sommer 1947.¹⁶⁶

Der Kállay-Fonds

Ein besonderes Problem stellte der so genannte Kállay-Fonds dar. Dieser war noch während des Krieges heimlich in die Schweiz gebracht worden, um eine allfällige ungarische Exilregierung zu finanzieren. Erst im März 1947 konnte die Übergabe des Fonds an die ungarische Regierung geregelt werden. Der Gesandte Gordon und der Sekretär József Száll verfügten gemeinsam über den Zugang zum Safe bei der Schweizerischen Kreditanstalt.¹⁶⁷

Nach seiner Demission hatte Ferenc Gordon in der Schweiz Asyl beantragt und behielt vorderhand den einen Schlüssel des Safes. Er erklärte, dass er ihn nur dem verfassungsmässigen Ministerpräsidenten der legalen ungarischen Regierung geben werde.¹⁶⁸ Zu jener Zeit sollen sich ca. 1,3 Millionen Franken darin befunden haben. Ungarn schickte einen Ministerialsekretär nach Bern, um die Sache zu klären.¹⁶⁹ Der neue Premierminister Lajos Dinnyés verurteilte Gordons Weigerung zur Schlüsselübergabe, bezeichnete dessen Vorgehen als Diebstahl und kündigte in seiner Antrittsrede vor dem Parlament ein gerichtliches Vorgehen gegen Gordon an.¹⁷⁰ Der ungarische Emissär und der Inhaber des zweiten Schlüssels, József Száll, leiteten in Bern ein gerichtliches Verfahren gegen Gordon ein und erwirkten, dass Gordon den Safeschlüssel aushändigen musste.

Die Zeit von Imre Oltványi

Ferenc Gordon wurde durch seinen Parteigenossen Imre Oltványi ersetzt. Auch Oltványi war nicht unumstritten, und die Kommunisten verlangten sofort den Rückzug der Ernennung.¹⁷¹ Oltványi trat seinen Dienst im September 1947 an, obwohl er ursprünglich für die neue Gesandtschaft in Kairo vorgesehen war. Er war damit der zweite ehemalige Finanzminister und Direktor der Nationalbank, der den Posten in Bern antrat. Die Geschäfte hatte in der Zwischenzeit Béla Veszprémy-Bangha geführt. Gemäss dem Schweizer Legationssekretär in Budapest, Otto Seifert, durfte die Designierung Oltványis «gegenwärtig als die bestmögliche Lösung der durch die Demission Gordons auf der Ungarischen Gesandtschaft in Bern verursachten Krise betrachtet werden.» Seifert warnte aber auch, Oltványi habe seit der Zertrümmerung der Führung der FKgP das Vertrauen der «den Ostkurs vertretenden Elemente in der Koalition[sregierung]».¹⁷² Während der ganzen Krise habe das Ansehen der Schweiz in Ungarn – insbesondere in der Linkspresse – sehr gelitten. «Es scheint, dass man sich kaum Rechenschaft darüber abzugeben vermochte, wie viel Rücksichtslosigkeit gegenüber unserem Lande dieses nachträgliche Aufdecken und Zugeben «menschlicher Schwächen» des ehemaligen Gesandten in sich barg.»¹⁷³ Gordon war – wie bereits vor seinem Amtsantritt – auch vorgeworfen worden, er habe seine Mission in Bern für private Geschäftsbeziehungen ausgenutzt.

Die Affäre hatte vor allem das Vertrauen in die politische Stabilität Ungarns im Westen tief erschüttert. Nach der Demission des Ministerpräsidenten und der Flucht hoher Politiker aus Ungarn nahm die Zahl ungarischer Emigranten auch in der Schweiz zu. Unter ihnen befanden sich zahlreiche ehemalige Geschäftspartner von Schweizer Firmen, insbesondere nachdem ihre Firmen in Ungarn verstaatlicht worden waren. Sie begannen, ungarische Waren und Vermögenswerte in der Schweiz zu arrestieren und schufen auf diese Weise schwerwiegende Verstimmungen zwischen Ungarn und der Schweiz in Handelsfragen. Das EPD befürchtete, dass eine zu grosse Anzahl ungarischer Oppositioneller der Schweiz grosse Probleme mit dem bestehenden Regime in Ungarn bescheren würde.¹⁷⁴ Im Januar 1948 wurde der ungarische Journalist László Tarr unter Verdacht auf Spionage in Zürich verhaftet. Oltványi wurde darauf nach Budapest zu Konsultationen zurückbeordert, kehrte aber einige Wochen später wieder in die Schweiz zurück.¹⁷⁵

Oltványi berichtete fortlaufend über seine Gespräche mit Schweizer Persönlichkeiten über die Lage der Schweiz. Obwohl die Westorientierung der Schweiz immer wieder hervorgehoben wurde, berichtete er auch über das ausgesprochene Neutralitätsdenken von Alfred Zehnder. Dieser habe ihm, Oltványi, gegenüber stets behauptet, die Schweiz liesse sich nicht von den Westmächten erpressen. Die Schweizer Politik beruhe auf dem Primat der Wirtschaft, weshalb

die Auseinandersetzung zwischen der Komintern und Jugoslawien die Schweiz lediglich im Hinblick auf den Handel mit den Oststaaten interessiere.¹⁷⁶ Auch im Hinblick auf den Beitritt der Schweiz zur OEEC beteuerte Zehnder den ungarischen Diplomaten gegenüber regelmässig, dass die Schweiz gewillt sei, eine eigenständige Politik zu führen, und verwies auf die guten Handelsbeziehungen insbesondere zur Sowjetunion, zu Polen, Jugoslawien und Rumänien und nicht zuletzt zu Ungarn.¹⁷⁷

Im Mai 1948 demissionierte Ernő Halász, der Presseattaché der ungarischen Gesandtschaft. Gegenüber den Schweizer Behörden erklärte er, der Gesandtschaftssekretär – mit grösster Sicherheit József Száll – habe ihn aufgefordert, der kommunistischen Partei beizutreten, was dieser in Berufung auf seine sozialdemokratische Parteizugehörigkeit abgelehnt habe. Danach sei seine Tätigkeit auf der Gesandtschaft verunmöglicht worden.¹⁷⁸ Oltványi blieb etwas länger als ein Jahr in Bern und wurde am 13. August 1948 nach Budapest zurückgerufen. Geschäftsträger *ad interim* wurde erneut Legationssekretär Béla Veszprémy-Bangha, bis dieser im Juni 1949 durch József Száll ersetzt wurde – dies offenbar nach einer Auseinandersetzung der beiden. Damit war der politische Richtungswechsel auch auf der ungarischen Gesandtschaft in Bern vollzogen.

Die Arbeit der Schweizer Vertreter in Budapest

Im Gegensatz zu den ungarischen Kollegen konnten die Schweizer Gesandten in Ungarn im Grunde fertige Strukturen übernehmen, die ihre Vorgänger in Budapest geschaffen hatten. Der letzte Schweizer Gesandte, Maximilian Jaeger, war noch vor der Belagerung Budapests zu Konsultationen auf unbestimmte Zeit nach Bern zurückgerufen worden, damit die Schweiz die Pfeilkreuzler-Regierung nicht hatte anerkennen müssen. Während der Belagerung Budapests durch die Rote Armee an Heiligabend 1944 brach jeglicher Kontakt zwischen Budapest und Bern ab. Die Vertretung Jaegers übernahm zunächst der erste Sekretär der Gesandtschaft, Anton Kilchenmann, ab dem 1. Dezember wurde dieser von Harald Feller abgelöst. Ausser ihnen hielten sich Carl Lutz, Peter Zürcher und Ernst Vonrufs, der Visa-Beamte Max Meier, der Angestellte Max Ember, der Handelsdelegierte und Delegierte des IKRK Friedrich Born und zwei weitere Angestellte an verschiedenen Orten in Budapest auf. Am 25. Januar 1945 wurden Zürcher und Vonrufs für kurze Zeit von der Roten Armee verhaftet. Max Meier und Harald Feller wurden verhaftet und zusammen mit anderen Gefangenen nach Moskau gebracht.¹⁷⁹ Die anderen Schweizer Diplomaten mussten in zwei Gruppen am 1. bzw. 6. April 1945 Ungarn verlassen. Mit ihnen reiste ein Teil der Schweizer Kolonie.¹⁸⁰ Die Diplomaten Meier und Feller wurden zusammen mit drei weiteren Schweizer Diplomaten als Pfand für zwei sowjetische Piloten, die sich in der Schweiz aufhielten und nicht in die Sowjet-

union zurückkehren wollten, benutzt. Ein Austausch fand am 29. Dezember 1945 in Dübendorf statt.¹⁸¹

Der erste Schweizer Gesandte nach dem Krieg war Ernst Feisst. Gordon bezeichnete ihn als grossen Ungarn-Freund. Ihm alleine sei es zu verdanken, dass die Schweizer Spende Ungarn so grosszügig unterstützt habe und dass Ungarn Mitglied in der FAO werden konnte.¹⁸² Auf Feisst wartete vor allem die Aufgabe, die Botschaft neu in Besitz zu nehmen und die wirtschaftlichen Interessen der Schweiz zu vertreten. Auch die Betreuung der Delegierten der verschiedenen Schweizer Hilfsorganisationen und der immer kleiner werdenden Auslandschweizergemeinde vor allem in und um Budapest gehörte zu seinen Aufgaben. Er konnte sich dabei vor allem auf seinen Mitarbeiter Otto Seifert verlassen. Eine der grössten Schwierigkeiten in der Arbeit der Gesandtschaft war die Zusammenarbeit mit den ungarischen Dienststellen, die zu jener Zeit noch im Aufbau begriffen waren und in denen chaotische Zustände herrschten.¹⁸³ Auch nahmen die Probleme der Schweizer Kolonie in Ungarn zu: Infolge der Verstaatlichungswellen musste sich die Schweizer Gesandtschaft für die Schweizer Gläubiger und Verstaatlichungsoffer einsetzen. Dies zu einer Zeit der verschärften Polizeikontrollen, die infolge der Verhaftungswellen ab Frühjahr 1947 auch zu Turbulenzen in den ungarisch-schweizerischen Beziehungen führten, wobei auch die eingeschränkte Handlungs- und Bewegungsfreiheit des Gesandtschaftspersonals ein Thema war. In der Phase des kommunistischen Umbaus des ungarischen Staates geriet auch die Schweizer Gesandtschaft in den Sog der Ereignisse.

Beim Prozess gegen Kardinal Mindszenty im Frühjahr 1949 wurde wie auch in den folgenden Schauprozessen die Anklageschrift von den ungarischen Behörden veröffentlicht, in diesem Falle war es ein «Gelbbuch». Dieses enthielt einige Anklagepunkte gegen ausländische Botschaften, insbesondere gegen diejenigen der USA, Grossbritanniens und Frankreichs. In Bern stellte man mit Genugtuung fest, dass die Schweizer Gesandtschaft nicht namentlich erwähnt worden war. Dennoch war das Gesandtschaftspersonal beunruhigt, verstand es das Gelbbuch doch als Einschüchterungsversuch gegenüber den ausländischen Gesandtschaften. Einschüchterungsversuche des Personals waren damals an der Tagesordnung und hatten – gemäss Legationsleiter Seifert – «einen Grad erreicht, der kaum denkbar ist.» Nach Bern berichtete er über den Fall einer österreichischen Kanzleimitarbeiterin, die auf einem Ausflug verhaftet und nach Budapest verbracht worden war, wo man sie zwang, ein Protokoll zu unterschreiben, in welchem sie gestand, im Jahr 1945 in London im Dienste des Intelligence Service gestanden zu haben. Im Verhör hatte man ihr Informationen über die Arbeitsweise der Gesandtschaft entlockt und sie auch nach einer ganzen Liste von Personen befragt, die verdächtigt wurden, mit der österreichischen Botschaft in Verbindung zu stehen. Ausserdem wurden ihr ca. 50 Fotos ihres Chefs gezeigt,

um zu beweisen, dass man von der Polizei alles genau wisse. «Man frägt sich, zu was bei derartigen Methoden die diplomatische Immunität in Ungarn zusammengeschrumpft ist.»¹⁸⁴

Die Empörung über die Gestaltung des Prozesses gegen Mindszenty war in Kreisen der Gesandtschaften und auch in der Schweizer Öffentlichkeit gross. Legationsleiter Seifert beklagte sich bei Alfred Zehnder, indem er die Methoden der Kommunisten mit denjenigen der Faschisten zumindest gleichsetzte und für sich ein zivilisiertes Eigenbild in Anspruch nahm: «Seit Tagen kämpfe ich leider vergeblich gegen die immer wieder aufwallende Empörung, welche der Mindszenty-Prozess in meinem Gemüt auslöst. Als Protestant, als Schweizer, dem die Wahrheitsliebe, die Menschlichkeit, die Lauterkeit, die Unbestechlichkeit der Richter ein heiliges Vermächtnis der Ahnen sind, sträubt sich mein ganzes Wesen gegen die teuflische Geriebenheit einer kleinen Clique der es gelungen ist, mit den raffiniertesten Mitteln der Wissenschaft und Technik unter zynischer Missachtung von Menschenrechten die zu unserer Zivilisation gehören, teils unter teuflischer Berechnung der äusseren Inszenierung, eine normale Gerichtsverhandlung zu parodieren und dabei noch entrüstet Anspruch auf Glaubwürdigkeit zu erheben. Francos letzte Verfahren gegen die Kommunisten oder die Prozesse des faschistischen Sondergerichtes in Rom sind ein Kinderspiel gegenüber dem Aufwand an Heuchelei und sadistischer Grausamkeit der hier betrieben wurde.»¹⁸⁵ Der Bundesrat hatte jedoch nicht vor, im Namen der von Seifert angesprochenen zivilisatorischer Werte die Stimme gegen den Prozess zu erheben. In einem Brief an einen der zahlreichen Petenten, die den Bundesrat zu einem Protest bewegen wollten, schrieb das EPD: «Aus grundsätzlichen Erwägungen hat der Bundesrat von einer Stellungnahme in dieser Angelegenheit abgesehen. Wie Ihnen jedoch zweifellos bekannt ist, haben verschiedene private schweizerische Organisationen und kirchliche Verbände gegen das Vorgehen der ungarischen Behörden Stellung genommen.»¹⁸⁶ Damit vermied es Bern, sich wegen eines Schauprozesses unliebsame Hindernisse in den Beziehungen zu Ungarn einzuhandeln. Die Kirchen, die über ausgebaute Kontakte zu den ungarischen Glaubensgeschwistern verfügten, wurden gerne benutzt, um das schlechte Gewissen der Schweizer Entscheidungsträger zu beruhigen. Die Schweiz konnte auf gute Beziehungen zu den Oststaaten vorderhand nicht verzichten. Die flankierenden Massnahmen zur Neutralitätsmaxime Solidarität und Universalität hatten eindeutig Vorrang. Jeder Konflikt moralischer oder ideologischer Natur – und mit der Demission von Ferenc Nagy und der Tarr-Affäre gab es genügend Zündstoff – musste tunlichst vermieden werden.

Dass die Beziehungen zwischen Ungarn und der Schweiz nie abbrachen, lag mitunter am Umstand, dass beide Länder ein vitales Interesse an der Aufrechterhaltung von Handelsbeziehungen bekundeten. Die Einstellung derselben hätte

für Ungarn ein wichtiges Tor zum Westen geschlossen, womit auch die Beschaffung von Devisen sehr erschwert worden wäre, die Schweiz hingegen konnte nur mit Hilfe des Warenverkehrs den für die Schuldentilgung unentbehrlichen Zahlungsverkehr aufrechterhalten.

5. «Das Offenhalten des Schweizer Tores»: Die Neuknüpfung der Handelsbeziehungen

Die grossen Zerstörungen in Ungarn als Handicap

Als im April 1945 die letzten deutschen Truppen Ungarn verlassen hatten, stand die ungarische Wirtschaft vor einem regelrechten Trümmerhaufen. Das Land war vom Herbst 1944 bis zum April 1945 Kriegsgebiet. Wurde der Osten Ungarns relativ schnell von der Roten Armee erobert, so tobten vor allem entlang der deutschen Verteidigungslinien nördlich des Balatons heftige und lang anhaltende Kämpfe. Die Hauptstadt Budapest wurde erst nach mehrmonatiger Belagerung vollständig von der Roten Armee eingenommen.¹⁸⁷ Die Verluste an Menschenleben waren enorm: Mitte der 1980er Jahre sprach man von 420'000–450'000 Todesopfern – darunter 220'000 Juden. Heute geht man von über 400'000 jüdischen Opfern aus.¹⁸⁸ 850'000–900'000 Soldaten waren in Kriegsgefangenschaft geraten, davon etwa die Hälfte in der Sowjetunion. Von ihnen starben etwa 40'000 in Gefangenschaft.¹⁸⁹ Neben den ohnehin schon grossen Kriegszerstörungen war die Ausplünderung durch die deutsche Besatzung und ihrer ungarischen Handlanger auf der einen und der Roten Armee auf der anderen Seite eine schwere Bürde. 40% des nationalen Vermögens wurden während der letzten Kriegsmomente vernichtet. Gemäss einer Schätzung gelangten in dieser Zeit infolge der von den deutschen Besatzern organisierten Plünderungen die Ausrüstung von 415 Fabriken, 37'160 Bahnwagen, 26'000 Autos, 5600 Traktoren, 270 Wasserfahrzeuge, 8000 Lastwagen, die gesamte Ausrüstung von 25 Spitälern sowie der gesamte Goldschatz der Ungarischen Nationalbank ins Ausland. Gemäss den Preisen von 1938 betrug der Verlust 13 Milliarden US-\$.¹⁹⁰ Das waren die Ausgangsbedingungen, als die Sieger ihre Reparationsforderungen stellten.

Die Alliierte Kontrollkommission mit ihren zeitweise 750 Angestellten, die Ungarn vorübergehend regierte, und die 1–1,5 Millionen Rotarmisten mussten von Ungarn versorgt werden: Das Budget der Kontrollkommission verschlang 10%, die Rote Armee 30% des gesamten ungarischen Volkseinkommens.¹⁹¹ Das Reparationsabkommen vom 15. April 1945 regelte zwar die Versorgung der Besatzungsbehörden, doch gab es noch eine Reihe offener Fragen. Die Rote Armee transportierte ganze Fabriken ab, wie zum Beispiel die Tungsram Glühbirnenfabrik, ohne dass deren Werte – in diesem Fall 12 Millionen US-\$ – zu den geleisteten

Reparationen hinzugerechnet wurden.¹⁹² Durch Umrechnungstricks musste zudem ein Vielfaches der festgelegten Reparationen abgeliefert werden. Ausserdem hatte die Sowjetunion gemäss den Vereinbarungen der Potsdamer Konferenz Anrecht auf das deutsche Vermögen. Gemäss einer Schätzung von 1957 flossen so Werte im Umfang von 150–180 Millionen US-\$ aus Ungarn der Sowjetunion zu, wovon auch schweizerische Vermögenswerte betroffen waren.¹⁹³

Die Abhängigkeit Ungarns von der Sowjetunion wuchs auch mit dem ungarisch-sowjetischen Wirtschaftsabkommen vom 27. August 1945, das eine sowjetische Beteiligung an ungarischen Schlüsselindustrien beinhaltete. Die gemeinsamen Gesellschaften hatten zwar ungarische Präsidenten, aber machtvolle sowjetische Generaldirektoren. So wurden zuerst die staatlichen Schifffahrts- und Luftfahrtsunternehmen, im April 1946 auch die Bauxit- und Erdölindustrie in ungarisch-sowjetische Gesellschaften umgewandelt. Auch zehn Versicherungsgesellschaften erlitten dieses Schicksal.¹⁹⁴

Zerstörung und Wiederaufbau

Trotz dieser schlechten Startbedingungen gelang es der ungarischen Regierung noch im Jahr 1945, einen Teil der zerstörten Infrastruktur wieder herzustellen.¹⁹⁵ Auch Schweizer Reisende bewunderten den schnellen Wiederaufbau, der auch noch 1947 andauerte und ein Gegenbild zum in der Stadt herrschenden Elend darstellte. Der Korrespondent der *Neuen Zürcher Zeitung* NZZ berichtete 1947: «Überall ist ein emsiges Treiben im Gange; der Wiederaufbau läuft auf hohen Touren. [...] Der Eindruck, den Budapest heute dem Schweizer hinterlässt, muss zwiespältig bleiben. Das farbige Leben und Treiben in den Strassen, die emsige Arbeit, die wiedererstehenden Häuser und Brücken oder gar der wundervolle Rundblick vom Gellert-Berg, auf dem ein mächtiges russisches Siegesdenkmal steht, über die zu beiden Seiten des mächtigen Stromes sich weit ins Land hinaus dehnende Stadt ergäbe einen erhebenden Eindruck, wenn nicht als Gegensatz dazu die dauernde Begegnung mit dem unheimlichen Elend, den grauenhaften Zerstörungen, der Korruption und Angst käme, leicht zu einer Art latenter Depression führen kann.»¹⁹⁶ Die wirtschaftliche Lage verbesserte sich trotz all der Schwierigkeiten vor allem dank des Handels mit dem Westen. Hatte Ungarn im August 1945 bereits mit Rumänien und der Tschechoslowakei Handelsverträge mit sehr geringem Volumen ausgehandelt,¹⁹⁷ bedeuteten die Verhandlungen mit der Schweiz das Öffnen des Tores nach Westen.

Die schweizerisch-ungarischen Handelsbeziehungen vor 1945

Der Handel mit der Schweiz hatte Tradition. Ein erster Warenverkehrsvertrag stammt aus dem Jahr 1924.¹⁹⁸ Nach Einschätzung mehrerer ungarischer Ökonomen ergänzten sich Schweizer und ungarische Bedürfnisse an sich gut: Das an De-

visen arme und an Agrarprodukten reiche Ungarn und die an Devisen reiche aber an Agrarprodukten arme Schweiz bildeten eine gute Ausgangslage für einen prosperierenden Handel, die günstige Ausgangslage, wurde in der Praxis aber kaum wirklich genutzt.¹⁹⁹ Neben der komplementären Wirtschaftsstruktur basierte der Handel mit der Schweiz auf der Tatsache, dass Ungarn in der Schweiz erhebliche Privat- und Staatsschulden tilgen musste. Zugleich war Ungarn bestrebt, sich ein Schweizerfrankenguthaben als konvertible Devisen zu sichern, wurde doch die ungarische Währung Pengő ab 1924 durch Anleihen bei englischen, französischen, amerikanischen und schweizerischen Banken gestützt.

Das erste Clearing-Abkommen zwischen den beiden Ländern trat am 1. Dezember 1931 in Kraft.²⁰⁰ Es war der Beginn des Bilateralismus, der die Schweizer Wirtschaftspolitik bis ca. 1948 prägte.²⁰¹ Dieser Zahlungsverkehrsvertrag gehörte zu einer ganzen Reihe ähnlicher Verträge der Schweiz mit Österreich, Bulgarien, Jugoslawien, Griechenland und der Türkei zwischen 1931 und 1933.²⁰² Die Weltwirtschaftskrise hielt in der Schweiz besonders wegen der Golddeckung des Schweizer Frankens bis zur Frankenabwertung 1936 an. Dies vor allem deshalb, weil für die Schweiz die Aussenwirtschaft von hervorragender Bedeutung war. Dennoch änderte sich wenig an der Aussenhandelsstruktur, wenngleich in einzelnen Produktbereichen ein Schritt weg vom Sterling- und Dollar- zum Clearing-Raum getan wurde. Insbesondere die Agrarprodukte stammten nicht mehr aus den USA und Kanada, sondern vorwiegend aus Rumänien und Ungarn, teilweise auch aus Deutschland.²⁰³ Der bilaterale Clearing-Verkehr wurde nicht nur für die Schweiz, sondern auch für Ungarn das wichtigste handelspolitische Konzept.²⁰⁴ Ziel war es jeweils, die Defizite in der Zahlungsbilanz zweiseitig auszugleichen.²⁰⁵ Zur Abwicklung des gebundenen Zahlungsverkehrs wurde 1934 vom Bundesrat die *Schweizerische Verrechnungsstelle* als selbständiges, verwaltungsunabhängiges Institut des öffentlichen Rechts geschaffen.²⁰⁶

Auch Ungarn geriet vor allem auf Grund der grossen Devisen-Krise in Osteuropa in eine Notlage.²⁰⁷ Am 22. Dezember 1931 musste die ungarische Regierung das totale Transfermoratorium verordnen, da sie nicht in der Lage war, auch nur die Zinsen der Kapitalschulden zu zahlen. Nach langen Verhandlungen waren die Gläubiger – darunter auch Schweizer Banken – damit einverstanden (Abkommen vom 15. September 1933), dass die ungarischen Schuldner 5% ihrer kurzfristigen Kapitalschulden wie auch ihrer Zinsen in Pengő in die *Kasse der Ausländischen Gläubiger der Ungarischen Nationalbank* bezahlen sollten. Mit dieser bereitgestellten Summe konnten die Gläubiger lediglich in Ungarn Waren kaufen.²⁰⁸ Ungarn entwickelte ein ganzes System von Devisen- und Exportpreiszuschlägen und bezweckte damit unter anderem die Loslösung des Exports vom deutschen Markt und die Verlagerung der Absatzmärkte auf neutrale Länder, die über konvertible Devisen verfügten.²⁰⁹ Jedoch wollten gerade diese Länder,

darunter auch die Schweiz, die hohen ungarischen Preise, die deutlich über den Weltmarktpreisen lagen, nicht bezahlen, weshalb die Intensivierung der Handelsbeziehungen zu Ungarn nicht erwogen wurde.

Das erste Clearing-Abkommen von 1931²¹⁰ zwischen der Schweiz und Ungarn war allerdings nicht von Erfolg gekrönt, da ein bedeutender Teil des Warenverkehrs ohne staatliche Kontrolle abgewickelt wurde, der Umrechnungskurs Pengő/Franken nicht dem tatsächlichen Wert der Währungen entsprach, die Zahlungsfristen sehr ausgedehnt waren, was den Exporteuren nicht entgegenkam, und die Bedienung der alten Schulden nicht zufrieden stellend geregelt war.²¹¹ Modifikationen des Abkommens wurden jährlich durchgeführt. Der Abschluss kurzfristig geltender bilateraler Verträge zur Regelung des Handels- und Zahlungsverkehrs war eine Massnahme der Schweiz, den Devisen-Transfer besonders mit Staaten wieder in Schwung zu bringen, die arm an Devisen waren. Die Einstellung des Zahlungsverkehrs hätte ausserdem jeglichen Handelsverkehr verhindert.²¹² Der ungarisch-schweizerische Devisen-Clearing-Vertrag von Ende Juli 1932 war vor allem für Ungarn sehr günstig gewesen, weil es sich dadurch eine grosse Getreidelieferung nach der Schweiz hatte sichern können. Später kamen andere Agrarprodukte wie etwa Obst und Wein hinzu. Am 15. März 1935 trat das schweizerisch-ungarische Zahlungsabkommen in Kraft. Die Schweiz nahm in Sachen Schuldentilgung das Prinzip der italienischen, französischen und belgischen Clearing-Abkommen als Modell, wonach der Ausgleich der Zahlungspflicht eines Schuldners so lange nicht in Betracht genommen wurde, bis der Gegenwert seiner Schulden in Pengő in einer ungarischen Bank deponiert war. Die Zahlungspflicht könne nur im Fall als gültig angenommen werden, dass der schweizerische Gläubiger den Gegenwert seiner Devisen einsetze.²¹³ 1936 konnte man sich schliesslich nicht mehr einigen und der Vertrag lief am 31. März 1937 aus. Nun waren beide Handelspartner genötigt, ihre Geschäfte in provisorischen Protokollen zu regeln. Der Clearing-Verkehr war damit aufgehoben und durch einen etwas freieren Zahlungsverkehr ersetzt worden, der bis zum Unterbruch des Handels infolge der Belagerung Budapests im Winter 1944 galt. Mit dem Londoner Abkommen vom 15. Juli 1937 hatte Ungarn sich zudem bereit erklärt, den Schuldendienst zu regeln.²¹⁴

Wachsendes Interesse der Schweiz am Handel mit Ungarn

Erst ab Beginn des Zweiten Weltkriegs war auch für die Schweiz ein Ausbau des Handels mit Ungarn von Interesse. Mit dem Wegfall vieler aussereuropäischer Märkte, den deutschen Gegenblockadebestimmungen und den vom Bundesrat gewährten Clearing-Krediten fand nach dem Herbst 1940 eine Umlagerung der schweizerischen Ausfuhren in den von der Achse dominierten Wirtschaftsraum statt. Deutschlands Anteil am schweizerischen Gesamtexport steigerte sich von

15% 1938 auf 40% 1942, Ungarns Anteil von 1% auf 5% 1943.²¹⁵ Ungarns Handelsbilanz war seit 1929 stets aktiv. 1940/41 konnte durch die Akkumulierung von Aktiven Gold im Wert von ca. 20 Millionen und 1942 bis 1944 von weiteren 3,2 Millionen Pengő in der Schweiz deponiert werden, wovon ein grosser Teil für die Tilgung der Schulden und den Ankauf von Rohstoffen verwendet wurde.²¹⁶ Gerade die Tilgung der Schulden war der stets vorhandene heikle Verhandlungspunkt, der nie für alle zufrieden stellend gelöst werden konnte.²¹⁷ Für die Schweiz wurde Ungarn zum wichtigsten Lebensmittellieferanten während des Krieges, für Ungarn wurde die Schweiz zum wichtigsten neutralen Handelspartner. Ab 1936 erhöhte sich der Getreideexport Ungarns nach der Schweiz. Im Warenverkehrsabkommen von 1939 erhöhte sich das Exportkontingent auf 1 Million Zentner Weizen. Trotz Schwierigkeiten in den folgenden Jahren dachte keine Seite an ein Einstellen des Handels. Im Oktober 1942 wurde ein für beide Länder vorteilhaftes Warenverkehrsabkommen geschlossen. Bis zur Machtübernahme der Pfeilkreuzler im Oktober 1944 wurde alles getan, um den Handel aufrechtzuerhalten.

Aussichten nach Kriegsende

Es waren vor allem die oben skizzierten prosperierenden Kriegsjahre, die auf einen regen Handel auch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hoffen liessen. Lag der Schweizer Import aus Ungarn 1925 noch bei 19,8 Millionen und die Ausfuhr bei 15,4 Millionen Franken, erreichte der Import 1931 mit 39,5 Millionen einen ersten Höhepunkt, der erst wieder 1940 mit 48,5 Millionen Franken deutlich übertroffen wurde. Den Höhepunkt bildete das Jahr 1943 mit einem Import von 105,5 Millionen und einem Export von 74 Millionen Franken.²¹⁸ Diese Entwicklung und der Umstand, dass die wirtschaftliche Ausgangslage mit der Lage nach dem Ersten Weltkrieg vergleichbar war, liess den zukünftigen Handel von beiden Seiten optimistisch beurteilen. Nach Einschätzung des ungarischen Ökonomen Loránt Tarnoczi wog der Wegfall der deutschen Handelsmacht so schwer, dass die Schweiz ihre Absatzmärkte vor allem in Südosteuropa und dem Balkan suchen würde, insbesondere was Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte betraf. Ungarn könne, so Tarnoczi, sofort Bauxit, Braunkohle, Eisenhalbfabrikate, frisches Gemüse, Geflügel, Eier, Federn, unter Umständen auch Kartoffeln und Weizen liefern. Die Schweiz könne im Gegenzug Maschinen aller Art, Kunstdünger und Zuchtvieh liefern, ausserdem könne sie durch geschickte Kreditpolitik ihrer Industrie in diesen Ländern einen ständigen Absatzmarkt sichern. «Die Zukunft der schweizerisch-ungarischen Handelsbeziehungen darf also sehr optimistisch beurteilt werden», so Tarnoczi.²¹⁹ Dabei fiel ausser Betracht, dass Ungarn für die Schweiz stets nur einen Ersatzmarkt bedeutete hatte und dass diese Grundhaltung nur so lange aufrechterhalten werden konnte, als

sich Deutschland und die übrigen europäischen Exportländer nicht wieder vom Krieg erholt hatten.

In der Schweiz bestand allerdings eine Gruppierung, die sich für den Handel mit Ungarn einsetzte. Die *Gesellschaft für den Schweizerisch-Ungarischen Warenaustausch* GESUWA wurde 1930 gegründet. Sie war der 1927 gegründeten *Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung* SZH, eine parastaatliche Organisation, angegliedert, fasste die Interessen der Schweizer Wirtschaft in Ungarn zusammen und informierte ihre Mitglieder über alle wichtigen Vorgänge in Ungarn. Hauptakteur der GESUWA war der Basler Roche-Direktor Eduard Dussy.

Erste Kontakte nach dem Krieg

Es war allerdings nicht leicht, nach Kriegsende den Kontakt zwischen den Handelspartnern wieder herzustellen. Alle wirtschaftlichen Kontakte waren unterbrochen und der ungarische Aussenhandel vollständig zum Erliegen gekommen. Die immer prekärer werdende Lage in Ungarn ab spätestens Oktober 1944, die furchtbare Deportation der Juden durch Pfeilkreuzler und die deutsche Besatzung und vor allem die Belagerung Budapests ab Weihnachten 1944 durch die Rote Armee waren für diesen Zustand verantwortlich. Viele ehemalige Ansprechpartner in Ungarn waren deportiert worden, und wichtige Dokumente für Transfersgeschäfte waren verloren gegangen. Das ehemalige Exportland für landwirtschaftliche Produkte war nicht einmal mehr in der Lage, sich selbst zu versorgen. In Ungarn herrschte Hunger.

Wegen des plötzlichen Unterbruchs des Zahlungsverkehrs blieben 25,7 Millionen Franken Warenguthaben mit Ungarn unverrechnet. Der ehemalige Schweizer Handelsdelegierte in Ungarn, Friedrich Born, war sich aber im Klaren, dass Ungarn auf die Handelsbeziehungen mit Westeuropa grundsätzlich angewiesen war, und es früher oder später auch den Schweizer Absatzmarkt suchen würde.²²⁰ Tatsächlich erschien Anfang August der mit der Beschaffung schweizerischer Hilfe beauftragte ehemalige Emigrant Ferenc Vági in der Schweiz und knüpfte erste Kontakte zu Wirtschaftsvertretern.

Das Takácsy-Geschäft

Die erste offizielle Fühlungnahme Ungarns mit der Schweiz erfolgte aber erst am 11. August 1945. Unter Einwilligung der Handelsabteilung im *Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement* EVD trafen vier Ungarn ein, die vom ungarischen Aussenministerium und der Alliierten Kontrollkommission ermächtigt waren, mit der Schweiz über den Warenaustausch zu verhandeln. Hauptziel der Delegation war es, Hochdruckdampfkessel und -turbinen sowie Turbogeneratoren im Wert von 25,5 Millionen Franken zu erwerben, um ebenfalls Schweizer

Turbinen, die von den Russen als Reparation aus Ungarn abtransportiert werden sollten, zu ersetzen. Die betreffenden schweizerischen Firmen bekundeten das allergrösste Interesse an diesen Lieferungen und erachteten es als ausgesprochen erwünscht, wenn solche Anlagen in die Hände der Russen gelangten, weil sie sich daraus einen wertvollen Anreiz für die Aufnahme direkter Geschäftsbeziehungen mit der für Schweizer Produkte bisher praktisch verschlossenen Sowjetunion erhofften.

Die Schweiz wollte künftige offizielle Wirtschaftsverhandlungen auf keinen Fall präjudizieren und schlug ein Kompensationsgeschäft vor. Die Anzahlungen von 30–50% wurden über das bei der Schweizerischen Nationalbank auf Rechnung der Ungarischen Nationalbank geführte Clearing-Warenkonto abgewickelt, wozu auch Gold der ungarischen Nationalbank verpfändet wurde.²²¹ Neben der Knüpfung wirtschaftlicher Beziehungen zu den Nachbarstaaten war die Wiederaufnahme des Warenaustausches mit der Schweiz und mit Schweden das vorrangige Ziel der ungarischen Wirtschaftspolitik. Durch den Handel mit diesen Ländern konnte man sich – analog zur Wirtschaftspolitik der Zwischenkriegszeit – wichtige Devisen sichern. Das Takácsy-Geschäft war der eigentliche Auftakt zu diesem Unterfangen.²²²

Erste ungarische Bemühungen

Am 25. November 1945 vernahm man in der Schweiz, dass eine ungarische Wirtschaftsdelegation unter der Leitung des Industrieministers Antal Bán im Sinne habe, in der Schweiz Verhandlungen zu führen. Dieses Gerücht wurde bald darauf durch eine offizielle Anfrage des ungarischen Aussenministers János Gyöngyösi via London bestätigt. Die Schweiz willigte am 29. November ein. Im Dezember entsandte der ungarische Minister für Wiederaufbau und spätere Ministerpräsident, Ferenc Nagy, einen Unterhändler in die Schweiz, um die Handelsmöglichkeiten auszuloten.²²³ Am 12. Januar 1946 vernahm das EVD, dass 17 ungarische Delegierte am 17. Januar in Buchs eintreffen würden. Der designierte Verhandlungsleiter der Schweiz, Max Troendle, informierte sogleich die zuständigen Stellen der Schweizer Wirtschaftswelt (u.a. Verrechnungsstelle, Vorort). Es bestanden Zweifel an der Integrität des ungarischen Delegationsleiters und an den Befugnissen der Delegation. Der frühere ungarische Gesandte Károly Bothmer hatte dem EPD eingeflüstert, dass Antal Bán, der designierte Delegationsleiter, ein Moskau-höriger Funktionär sei, und empfahl der Schweiz bis zum Abschluss eines Friedensvertrags mit Ungarn mit Wirtschaftsverhandlungen zuzuwarten.²²⁴

Troendle hingegen verliess sich lieber auf die Meinung eines Schweizers in Budapest, wonach Bán «nicht Kommunist, sondern Generalsekretär der ungarischen sozialdemokratischen Partei ist und als absolut integre Persönlichkeit angesehen

werden dürfe.»²²⁵ Aber auch er hegte Zweifel, ob Bán die Verhandlungsergebnisse im *Obersten Ungarischen Wirtschaftsrat*, der die Oberaufsicht über die ungarische Wirtschaft ausübte, durchsetzen könne. Ausserdem soll die ungarische Delegation im Glauben gewesen sein, sie sei von der schweizerischen Regierung offiziell nach der Schweiz eingeladen worden, obwohl die Schweiz eine solche nie ausgesprochen hatte. Solche Fehler passierten in der Anfangszeit der neuen ungarischen Regierung häufig. Es wimmelte von Neulingen, die über keinerlei Erfahrungen in diplomatischen Gepflogenheiten verfügten. Troendle betrachtete es zunächst als verfrüht, dem Bundesrat die Bestellung einer besonderen schweizerischen Verhandlungsdelegation mit entsprechenden Instruktionen zu beantragen.

In Erwartung der Delegation meldeten sich in rascher Folge Unternehmen, die ein Interesse an der Lösung ihrer Probleme in Bezug auf Ungarn hatten. Auch forderten einige Kreise die Offenlegung des Standes des Clearings mit Ungarn.²²⁶ Die Aufregung war aber verfrüht. Offenbar beanstandeten sowohl Russen wie Engländer die hohe Anzahl der Delegationsmitglieder, und am 25. Januar 1946 kam die Meldung aus Budapest, dass die Delegation noch nicht abgereist sei. Dessen ungeachtet war die ungarische Presse voller Gerüchte über die bevorstehenden Verhandlungen. Die Zeitung *Magyar Nemzet* berichtete am 2. Februar 1946, dass aus der Schweiz Rohstoffe für die ungarische Textil- und Maschinenindustrie eintreffen sollen. Am selben Tag berichtete die Zeitung *Kis Újság*, dass eine schweizerische Interessengruppe 500 Autobusse, die noch die Deutschen für Truppentransporte bestellt hatten, an Ungarn, Rumänien und Jugoslawien verkaufen wolle.²²⁷ Trotz aller Vorfreude konnten die Verhandlungen erst am 20. März 1946 aufgenommen werden.

Das Warenaustauschabkommen vom April 1946

Max Troendle versammelte die Schweizer Delegation zu einer ersten internen Besprechung am 20. März 1946.²²⁸ Es stellte sich heraus, dass die Finanzforderungen aller Schweizer Gläubiger ein Vielfaches des ungarischen Guthabens in der Schweiz betragen. Ungarn lag mit seiner Verschuldung bei Privaten von insgesamt rund 182 Millionen Franken an sechster Stelle, was allerdings einem Anteil an den gesamten privaten Schweizer Forderungen von lediglich 3% entsprach.²²⁹ An der Sitzung wurde auch die Gewährung eines Kredits besprochen. Delegationsleiter Troendle trat dafür ein, keinen Kredit zu gewähren, der den Bund kassenmässig belasten würde, es sollte höchstens eine durch die Exportrisikogarantie teilweise garantierte Vorleistung der Industrie zugestanden werden. Er trat für ein ähnliches Vorgehen wie gegenüber Polen ein.²³⁰

Wichtig für die ungarische Regierung war die Entsendung mindestens eines Landwirtschaftsexperten zu den Verhandlungen.²³¹ Das grundsätzliche Ziel der

Ungarn unterschied sich kaum von den Schweizer Vorstellungen. Auch die Ungarn beabsichtigten den Abschluss einer Vereinbarung über den Warenaustausch sowie die Regelung der alten Schulden und der alten Guthaben.²³²

In diesem Sinne präsentierten beide Parteien in der ersten gemeinsamen Sitzung am 20. März 1946 ihre Zielsetzungen. Vajda, bis zum Eintreffen Báns Leiter der Delegation, erklärte, dass die Schweiz der erste westeuropäische Staat sei, mit welchem Ungarn Verhandlungen aufnehmen. Zunächst erklärte er sich zufrieden mit der Annäherung der Schweiz an die Sowjetunion, da die Alliierte Kontrollkommission in Ungarn über die diplomatischen Beziehungen Ungarns zu entscheiden habe und so die Möglichkeit des Austausches von Botschaftern gegeben sei. Ferner erklärte er, dass Ungarn nicht beabsichtige, traditionelle Schweizer Exportprodukte einzuführen, sondern vor allem Lebensmittel, Rohstoffe, Maschinen, Eisenbahn- und Brückenmaterial, Chemische und Farbenhilfsstoffe und Zuchttiere. Ausserdem beantragte er Hilfe finanzieller Natur. Zunächst wurde nur die Bildung einer Waren-Unterkommission und einer Verkehrskommission vereinbart. Ausserdem sollte Max Troendle ein Treffen Vajdas mit dem Leiter der Politischen Abteilung im EPD, Alfred Zehnder, zum Thema der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen organisieren.²³³

Die Schweizer Delegation beriet, welche Möglichkeiten bestanden, alle Forderungen unter einen Hut zu bringen. Für die Deckung eines allfälligen Kredites konnte das Guthaben der Ungarischen Nationalbank von 38 Millionen Franken in der Schweiz herangezogen werden, ferner erkannte man den «moralischen Anspruch» der Finanzgläubiger zumindest auf einen Teil dieses Guthabens an.²³⁴ Auch Ungarn erkannte in der darauf folgenden gemeinsamen Sitzung seine Schuld, verwies aber darauf, dass man noch weitere ausländische Gläubiger befriedigen müsse. Die Schweizer warfen Fragen nach der Entschädigung von Schweizern im Zuge der Kriegsschäden und Verstaatlichungen auf.²³⁵

Die groben Linien der Verhandlungen waren damit vorgezeichnet: Während sich Ungarn für Schweizer Waren interessierte, ging es der Schweiz in erster Linie um finanzielle Geschäfte, wozu auch die Versicherungsbranche gehörte, die dem ungarischen Markt grosse Bedeutung zumass.²³⁶ Dieser Gedanke spiegelte sich auch in den Vorstellungen der Schweizer Delegation über das Handelsvolumen. Im ersten Halbjahr sollte Ungarn Waren im Wert von 15 Millionen Franken exportieren und für 24 Millionen importieren, im zweiten Halbjahr für 8 Millionen exportieren und für 20 Millionen importieren. Noch fiel es der Schweizer Delegation schwer, ihre Finanzforderungen zu koordinieren.²³⁷

Ungarn wollte zu diesem Zeitpunkt noch keine endgültige Regelung der Finanztransfers vereinbaren, da es kein Präjudiz für Verhandlungen mit anderen Staaten schaffen wollte. Ungarn hatte gemäss einer Erhebung vom September 1947 Auslandsschulden in der Höhe von 578 Millionen Pengö, die mit Devisen bezahlt

werden mussten. Hinzu kamen Pengő-Schulden im Betrag von 890 Millionen Pengő. Die Inlandverschuldung belief sich zum Jahresende 1944 auf 14,2 Milliarden Pengő. Zugleich hatte sich das nationale Einkommen im ersten Nachkriegsjahr im Vergleich zum Vorjahr von 5,2 Milliarden Pengő auf weniger als die Hälfte reduziert. Dennoch willigte Ungarn ein, Überschüsse aus dem bilateralen Verkehr – analog zu den Gepflogenheiten in der Zwischenkriegszeit – für den Zahlungsverkehr zu verwenden. Dieses Thema bildete den Kernverhandlungspunkt. Beide Seiten unterbreiteten Vorschläge, die für den Verhandlungspartner nicht annehmbar waren. Allerdings war die Stimmung zu keinem Zeitpunkt gereizt, die Atmosphäre war stets freundlich und zuvorkommend. Die Schweizer Delegation war bemüht, ein angenehmes Klima zu schaffen.²³⁸ Schliesslich stand für beide Verhandlungspartner einiges auf dem Spiel.

Am 27. April 1946 kamen die Verhandlungen mit dem Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr zu einem Ende. Es trat am 15. Mai 1946 in Kraft und hatte eine Gültigkeit bis zum 30. Juni 1947. Im Wesentlichen wurde der ab 1937 gelebte Status quo weiterverfolgt, indem die Schweiz weiterhin am Clearing festhielt, während Ungarn eine freiere Zahlungsart anwandte. Einziger wichtiger Unterschied war, dass Ungarn seine Zahlungen in Schweizer Franken leisten musste. Der Vertrag mit Ungarn war einer von insgesamt fünf ähnlichen Verträgen mit osteuropäischen Ländern und war somit Bestandteil einer gezielten schweizerischen Osteuropapolitik.²³⁹ Bereits am 10. Mai 1946 entsandte die ungarische Regierung Unterhändler in die Schweiz, damit die ungarischen Waren, wie bei den Verhandlungen vereinbart, möglichst schnell auf dem Schweizer Markt angeboten werden konnten.²⁴⁰ Am selben Tag sagte der Delegationsleiter Antal Bán im ungarischen Radio, dass das Abkommen viel dazu beitrage, die ungarische Produktion in Ordnung zu bringen. Ein anderer Delegierter, Eugen Korányi, meinte in einem Vortrag, die im Abkommen enthaltene Deblockierung der Gelder der Nationalbank durch die Schweiz hätten den ersten positiven Schritt zur Stabilisierung der ungarischen Währung bedeutet.²⁴¹ Die ungarische Presse jubelte, und die NZZ stellte mit Genugtuung fest: «Es ist vielleicht noch kein Handelsvertrag mit so einmütiger Zustimmung empfangen worden, wie dieses in Bern abgeschlossene Abkommen, das nicht nur bedeutende wirtschaftliche Vorteile für Ungarn bietet, sondern auch einen Prestigeerfolg der ungarischen Handelspolitik darstellt.»²⁴² Das ungarische Kabinett verabschiedete das Abkommen ohne grössere Diskussion am 18. Mai 1946. Industrieminister Bán forderte, dass so schnell wie möglich die Botschaft in Bern wieder eröffnet und eine eigene Handelsvertretung eingerichtet werde.²⁴³ Auch Max Troendle drängte das EPD dazu, da die Eröffnung der Schweizer Vertretung in Budapest «vom wirtschaftspolitischen Standpunkt aus» sehr wünschenswert wäre.²⁴⁴

Handlungsreisende aus Ungarn

Die Abwicklung des Warenaustausches und der diplomatischen Beziehungen in geordneten Bahnen war für beide Seiten von grösster Wichtigkeit. In der Schweiz erregte der ungarische Brauch, wonach unbekannte Personen mit Empfehlungsschreiben ungarischer Ämter und Ministerien ausgerüstet in der Schweiz Geschäfte tätigen wollten, allerdings viel Ärger. Dies blieb auch den Ungarn nicht verborgen. Schon im Dezember 1945 berichtete der vom Minister für Wiederaufbau, Ferenc Nagy, entsandte Unterhändler Sándor Ujváry, dass die Schweizer den Ungarn gegenüber misstrauisch seien: «In wirtschaftlicher Beziehung hat die grosse Anzahl von Privatpersonen, die sich bei schweizerischen Ämtern und Firmen meldeten und sich auf irgendwelche Aufträge von offiziellen ungarischen Stellen beriefen, grossen Schaden angerichtet.»²⁴⁵ Dies hätten ihm wichtige Schweizer Wirtschaftsvertreter mitgeteilt. Die Eindämmung dieser Sitte liess lange auf sich warten, und noch 1947 berichtete der Schweizer Botschafter in Budapest, Ernst Feisst: «Wie Sie wissen, hat sich das Ungarische Aussenministerium schon verschiedentlich darüber beklagt, dass Geschäftsleute ins Ausland reisen und sich dort als offizielle Vertreter oder Beauftragte bestimmter Dikasterien ausgeben. Es war bis jetzt nicht gelungen, derartige Reisen, denen sehr oft persönliche Geschäftsinteressen der betreffenden Beauftragten zugrunde lagen, zu verhindern. Immer wieder bekam der eine oder andere Händler irgendeines Wirtschaftszweiges von irgendeiner Ministerialsektion eine Bescheinigung, wonach er in ihrem Auftrage offiziell ins Ausland zu reisen habe.»²⁴⁶ Auch aus Furcht vor Werkspionage war es Schweizer Firmen nicht geheuer, wenn so viele ungarische Emissäre in Schweizer Fabriken auftauchten. Die Angst war noch 1947 vorhanden, als es in einer Sitzung der GESUWA darum ging, ungarische Studenten in Büros schweizerischer Unternehmen volontieren zu lassen: «Es ist sehr wahrscheinlich, dass man diesen Zweck mit gewissen Absichten verbindet. Im Hinblick auf die gemeldeten Versuche ungarischer Unternehmungen, bei Firmen der schweizerischen Maschinenindustrie Werkspionage zu betreiben, wird man bei der Führung der Studenten ohnehin vorsichtig vorgehen müssen.»²⁴⁷ Ein Lösungsvorschlag für dieses Problem war sicherlich der Aufbau einer ungarischen Handelsvertretung, die alle Wirtschaftskontakte bündeln sollte. Wie Handelsminister Sándor Rónai im Mai 1946 beantragte, sollten neben bereits bestehenden oder im Aufbau begriffenen Handelsvertretungen in London, Washington, Bukarest und Prag auch solche in der Sowjetunion, Polen, Österreich, Schweden, Triest, Haifa und in der Schweiz aufgestellt werden.²⁴⁸

Belebung des Handels nach der Stabilisierung der ungarischen Währung

Als sich im August 1946 die ungarische Währung mit der Einführung des Forint stabilisierte, belebte sich das vorher sehr schwache Geschäft zwischen der

Schweiz und Ungarn. Im September überholte die Schweiz in ihrem Anteil am ungarischen Aussenhandelsumsatz die Tschechoslowakei und rückte damit an die zweite Stelle der Aussenhandelspartner Ungarns vor, im Dezember schaffte es die Schweiz sogar auf den ersten Platz im Gesamtumsatz des ungarischen Aussenhandels und überflügelte selbst die Sowjetunion.²⁴⁹ Eduard Dussy, Vorsitzender der GESUWA, war mit den Ergebnissen des Warenaustausches denn auch zufrieden. Neben dem rein wirtschaftlichen Aspekt freute er sich über den Ausbruch der Schweizer Wirtschaft aus der Isolation und stellte den Handel in den Dienst der Solidaritätsmaxime: «Die Entwicklung des ungarisch-schweizerischen Handels im vergangenen Jahr hat gezeigt, dass die Pflege der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen kleineren Staaten gerade in kritischen Zeiten nicht zu unterschätzen ist. Die Schweiz konnte in einer Periode grössten internationalen Warenmangels ihre Bezugsquellen erweitern, ihrerseits aber dem vom Kriege schwer betroffenen Lande einen wesentlichen Beitrag zum Wiederaufbau seiner Industrie, seines Verkehrs und des Handels leisten. Unsere ersten Lieferungen von Präzisionswerkzeugmaschinen wurden in Ungarn als eine ganz bedeutende Hilfe bei der Wiederaufrichtung und Modernisierung der industriellen Erzeugung anerkannt, und vor allem gab man offen der Befriedigung darüber Ausdruck, dass die schweizerischen Lieferanten trotz ihrer Überlastung mit Aufträgen ihre Lieferfristen so kurz bemessen haben, dass die Hilfe noch aktiv werden konnte, als man sie am meisten benötigte. Die Hochschätzung, die Schweizerware in Ungarn geniesst, zeigte sich anlässlich einer Einweihungsfeier, die die Ungarische Staatliche Maschinenfabrik unter Beteiligung des ungarischen Industrieministers Bán im Oktober veranstaltete, als die ersten schweizerischen Werkzeugmaschinen in Betrieb genommen wurden und bei vielen anderen Gelegenheiten. Sie trug jedenfalls dazu bei, dass selbst in den für den ungarischen Aussenhandel schwierigen Monaten nach der Einführung der Forintwährung die aufsteigende Bewegung des Handels mit der Schweiz kräftig fortschritt.»²⁵⁰ Der ungarische Gesandte in Bern teilte Dussys Optimismus nur teilweise. Er stellte fest, dass die Schweizer Wirtschaft noch kein nachhaltiges Vertrauen in die ungarische Regierung gefasst hatte. Als zwei der Hauptgründe nannte er die schwierigen Einreisebestimmungen nach Ungarn und gewisse Investitionen hemmende Bestimmungen seitens der ungarischen Regierung.²⁵¹

Im November 1946 wurden die Verhandlungen im Rahmen einer schweizerisch-ungarischen gemischten Regierungskommission in Budapest fortgesetzt. Auf dem Programm standen die Erweiterung der Warenlisten, die Abwicklung des Zahlungsverkehrs und der Stand der Verstaatlichungen in Ungarn. In der ersten Plenarsitzung am 11. November wurde festgestellt, dass von den alten Forderungen im Betrage von 18 Millionen Franken seit dem 25. Mai erst 4,8 Millionen liquidiert werden konnten. Auch gab es in Folge der hohen Inflation in Ungarn

Probleme mit der Bezahlung der aus der Schweiz gelieferten Waren. Eine weitere Schwierigkeit bereitete die Verschiebung der ungarischen Staatsgrenze nach dem Krieg und die daraus entstehende Frage, wer für die Schäden von Schweizern in der Südslowakei in Jugoslawien und Rumänien aufzukommen hatte. Auch die Handhabung des Warenkontos stiess auf Schwierigkeiten. So wollte Ungarn nur 50% des Zuchtviehkontingents ausnützen, weil das Schweizer Vieh zu teuer war. Dasselbe galt für Milchprodukte. Probleme gab es mit einigen Artikeln auf der Warenliste, grundsätzlich verlief aber der Handel dieser Anfangsschwierigkeiten zum Trotz für beide Seiten zufrieden stellend.²⁵² Waren in den ersten Monaten 1946 nur Geschäfte mit neun Exportpositionen möglich, so waren es ein Jahr später schon 57 Positionen.²⁵³

Schweizer Vertretern gegenüber wurde von ungarischer Seite immer wieder versichert, dass die Vertiefung und Erweiterung der schweizerisch-ungarischen Handelsbeziehungen für Ungarn von grösster Bedeutung waren.²⁵⁴ Auch von schweizerischer Seite war man von der grundlegenden Bedeutung des Handels für die künftige Gestaltung der gegenseitigen Beziehungen überzeugt. Doch war man sich auch der Schwierigkeiten bewusst: Der ungarische Dreijahresplan hemmte die Entwicklung des Handels.²⁵⁵ Neue Verhandlungen mit Ungarn waren auch deshalb angesagt, weil im April 1947 in Finanzverhandlungen keine positiven Ergebnisse erzielt werden konnten. Die Methode, wonach man aus dem laufenden Warenverkehr finanzielle Mittel zur Bedienung des künftigen Finanzverkehrs abzweigte, wurde fortgesetzt. Allgemein war man der Auffassung, dass dieses Vorgehen vor allem Ungarn entgegenkam.²⁵⁶ Dessen ungeachtet beschloss der Bundesrat am 21. März 1947 pünktlich zum Beginn einer neuen Runde der ungarisch-schweizerischen Finanzverhandlungen, seinen Beschluss vom 20. Dezember 1944 über die Zahlungs- und Verfügungssperre aufzuheben.²⁵⁷ In den Gesprächen, die bis zum 5. Mai dauerten, wurde über die Verwendung des vom ungarischen Exportüberschuss abgezweigten Betrages von 5 bzw. 10% – je nach Exportvolumen – debattiert, ohne zu einem Ergebnis zu kommen. Der ungarischen Delegation wurde lediglich das Recht eingeräumt, mit den einzelnen Vertretern der Schweizer Gläubigergruppen selbst zu verhandeln.

Verhandlungen im September 1947

Die Verhandlungen wurden auf September 1947 vertagt. Ungarn verhandelte zur gleichen Zeit in Schweden und in Grossbritannien. Die Delegationen in Stockholm und Bern hielten den Kontakt untereinander stets aufrecht, um gleiche Positionen vertreten zu können.²⁵⁸ Schon im Vorfeld hatte Ungarn die Schweiz darüber informiert, dass das Warenaustauschabkommen vom 27. April 1946 für Ungarn eine grosse Belastung und eine Neuaushandlung unbedingt notwendig sei.²⁵⁹ Der Oberste Wirtschaftsrat befürchtete, ungünstige Präzedenzfälle

bei den finanziellen Verpflichtungen Ungarns zu schaffen. Er wollte auch die Abzweigung von 10% des Exportüberschusses – diese Quote war nach dem Überschreiten eines Handelsvolumens von 35 Millionen Franken vereinbart worden – verhindern, insbesondere wegen des durch die Witterungsverhältnisse zurückgegangenen Exportes (gemeint war der trockene Sommer 1947) und des gleichzeitig wachsenden Importbedarfes. Er schlug vor, diese Frage mit der Kreditfrage zu verknüpfen, war sich aber durchaus bewusst, dass angesichts der herrschenden wirtschaftlichen und finanzpolitischen Lage dieses Anliegen nur schwer durchzubringen sei. Er befürchtete, dass im schlimmsten Falle die Schweiz den Vertrag auflösen würde, was schwere Konsequenzen für Ungarn gehabt hätte: Ungarn würde seinen guten Ruf als Schuldner verlieren und die Schuld für die Auflösung des Vertrages würde von internationalen Beobachtern Ungarn zugeschoben. Der vertragslose Zustand würde die Verwirklichung des Dreijahresplanes gefährden, da einzelne Waren – wie zum Beispiel Maschinen und Anilin-Farben – nur in der Schweiz beschafft und nur von den Schweizern fristgerecht geliefert werden könnten. Schliesslich bestehe dann die Gefahr, dass der ungarische Export in die Schweiz so zusammenschumpfe, dass man nur noch einen kleinen Devisen-Überschuss erwirtschaften könne.

Für die Schweiz wäre der vertragslose Zustand zu verkraften, machte doch 1946 der Import aus Ungarn weniger als 1% des Gesamtimportes aus, während dies 17,26% des ungarischen Gesamtexportes entsprach. Der Handel mit der Schweiz sei auch deshalb wichtig, weil von den westeuropäischen Staaten nur die Schweiz ungarische Produkte, wie z.B. Wein annahm, was einem Wert von 10 Millionen Franken entsprach. Ausserdem könne die Schweiz verhindern, dass ein Teil des Exportüberschusses in Dollar angelegt werde. Die ungarischen Guthaben in der Schweiz könnten mit Arrest belegt werden. Auch die Bankkontakte in alle Welt führten über die Schweiz. Auch könnte die Schweiz die Lieferungen nach Ungarn nicht mehr prioritär behandeln. Das Fazit des Obersten Wirtschaftsrates war eindeutig: «Das Offenhalten des Schweizer Torres könnte bei der Verschärfung der wirtschaftlichen Spannungen einen besonders grossen Stellenwert bekommen.»²⁶⁰ Damit begann die Neutralität der Schweiz an Wert zu gewinnen. Die ungarische Gesandtschaft in Bern machte die ungarische Delegation zudem darauf aufmerksam, dass sie auf keinen Fall über Fragen der Verstaatlichung verhandeln soll, da die Schweizer Delegation ein günstiges Ergebnis in dieser Frage gerne als Präjudiz für ihre künftigen Verhandlungen mit Jugoslawien und der Tschechoslowakei verwenden wolle.²⁶¹ Es kündigten sich harte Verhandlungen an, in welchen Ungarn auf jeden Fall die schwächere Position einnahm.

In der Eröffnungssitzung in Bern am 16. September erläuterte der ungarische Delegationsleiter die ungarischen Vorstellungen: Die Schweiz solle Ungarn zum

Aufbau seiner Industrie einen Kredit gewähren. Mit den zusätzlich geschaffenen Industrieprodukten wolle Ungarn den Kredit zurückzahlen und seine alten Schulden amortisieren.²⁶² Die Schweizer Delegation reagierte zunächst zurückhaltend. In einer internen Besprechung einigte man sich darauf, die Finanzquote von 10% für die Bedienung der alten Forderungen beizubehalten, sofern ein Mindestbetrag von 4 Millionen Franken ausbezahlt werde. Auch könne man ab einem Export von 60 Millionen Franken diese Quote auf 5% senken. Ein Staatskredit komme allerdings nicht in Frage, höchstens ein Bankenkredit mit privatrechtlicher Garantie durch Gold oder feste Lieferverpflichtungen.²⁶³ Die Ungarn erklärten in der folgenden Sitzung, dass sie ohne Kredit nicht einmal eine Quote von 4% einhalten könnten. Deshalb beharrten sie auf einem Kredit als *Conditio sine qua non*. Die Schweizer Delegation einigte sich, einen Kredit von höchstens 12–15 Millionen Franken vorzuschlagen. Die Bankiervereinigung war zur Gewährung eines Kredits unter gewissen Bedingungen – in Analogie zum Vorgehen mit Rumänien – grundsätzlich bereit.²⁶⁴ Max Troendle machte in der Plenarsitzung vom 7. Oktober den positiven Ausgang der Verhandlungen von der Akzeptanz der 10%-igen Finanzquote abhängig. Der ungarische Delegationsleiter Faragó schien zu resignieren: «Nachdem die Besprechungen nun festgefahren sind, wird mir klar, dass wir vor allem einen Fehler begangen haben, nämlich den, die Verhandlungen zuerst mit dem bekanntermassen härtesten Partner aufzunehmen anstatt zuerst mit anderen Ländern Präzedenzfälle zu schaffen, die wir der Schweiz hätten vorhalten können.»²⁶⁵

Die Positionen und die Selbstwahrnehmung der Länder wurden in diesen Verhandlungen besonders deutlich. Troendle schöpfte seine grosse Erfahrung in Finanzverhandlungen aus, argumentierte nüchtern legalistisch und pochte auf das Recht auf finanzielle Entschädigung der Schweizer Gläubiger. Troendle zählte auf, was die Gläubiger für eine Einigung alles erdulden müssten (nur Rückkauf und das auch noch mit Kursverlusten, die Ungarn jedoch könnten in Forint zahlen). Seltsamerweise verwies Troendle nicht darauf, dass ein Teil der im Takácsy-Geschäft vom August 1945 vereinbarten Zahlungen noch immer nicht geleistet worden war.²⁶⁶ Dennoch wurde ein Abbruch der Handelsbeziehungen zu keiner Zeit erwogen.

Die Ungarn sahen sich dagegen als Bittsteller, die auf das Wohlwollen der Schweiz angewiesen waren. Ungarn sei ganz arm, die Luxusgüter, die man in den Budapester Schaufenstern sehen könne, stammten aus Liebesgabenpaketen!²⁶⁷ Damit drückte er sich im Sinne des offiziellen Identitätswurfs aus, wonach Ungarn ein Opfer des Krieges war. Troendle meinte in der Folge, es gehe nicht an, dass sich der Schuldner durch Beträge, die nicht mehr als lächerliche Jahreszinsen darstellen, aus der Affäre ziehen wolle. Die ungarische Delegation schlug eine Finanzquote von höchstens 3,75 Millionen Franken zur Bedienung

der Gläubiger bei einem Export von 60 Millionen Franken vor. Man konnte sich zunächst nicht einigen, die Wortwechsel wurden zunehmend schärfer, die Delegationen begannen, ihre Contenance zu verlieren.²⁶⁸

Am 14. Oktober gelang aber der Durchbruch, und man hielt in einem vertraulichen Briefwechsel folgende Punkte fest: Man einigte sich auf einen Betrag von 3,5 Millionen Franken, allerdings nur, weil die Schweiz die bisher gesperrten Mittel Ungarns freigab, einen Bankkredit gewährte, die Schweiz ungarische Lieferungen, welche in der Schweiz durch eine kleine Anzahl von Importeuren eingeführt wurden (Mais, Holz, Schlachtvieh, Erdöl), vorfinanzierte und schliesslich die Exportrisikogarantie gewährte. Schliesslich einigte man sich auch auf das Inkraftbleiben des Abkommens vom 27. April 1946, dem man bis zum 22. Oktober 1947 den neuen Vertrag beifügte.²⁶⁹

Kritik am Verhandlungsergebnis

Die Öffentlichkeit erfuhr wenig über die Spannungen, man sprach von einer freundschaftlichen Atmosphäre. Besonders die NZZ lobte den ergänzten Vertrag.²⁷⁰ Allein die Schweizer Fachzeitung *Finanz-Revue* fragte nach den Folgen für die Finanzgläubiger: «Den Ungarn ist aus ihrer Abneigung finanzielle Verpflichtungen unter dem Regime der <wahren Volksdemokratie> erst recht nicht zu erfüllen, kein allzu grosser Vorwurf zu machen [...]. Warum es aber unsere Unterhändler nicht fertig bringen, den Finanzgläubigern endlich Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, verstehen diese so wenig wie wir, da doch seit vielen Jahren unsere Handelsbilanz mit Ungarn fortgesetzt stark passiv ist [...]. Hoffentlich erweist die fällige Publikation der neusten Abmachungen, dass wir zu schwarz gesehen haben. Andernfalls ist die Frage berechtigt, was unsere Finanzgläubiger von Ungarn erwarten können, wenn dieses Land noch intensiver von den Russen beherrscht und ihrer hundertprozentig kapitalfeindlichen Einstellung unterliegt, womit dann die Forderungen der Finanzgläubiger endgültig auf null Prozent abgewertet würden.»²⁷¹ Diese Befürchtungen waren keineswegs unbegründet. In den ersten fünf Monaten nach dem Abschluss der Zusatzvereinbarung vom 25. Oktober 1947 waren bloss Waren im Wert von 9,6 Millionen Franken aus Ungarn eingeführt worden, und der Export kam auf lediglich 12,8 Millionen Franken zu stehen. Dies, obwohl das Zusatzabkommen ein Volumen von 21 Millionen für Ein- und Ausfuhr vorgesehen hatte.²⁷² Damit entsprachen die 3,5 Millionen Franken, die für die Bedienung der Schweizer Gläubiger abgezweigt wurden, 17% des Einfuhrwertes. Es gelang der Schweizer Delegation, für das Wirtschaftsjahr 1948/49 die Summe auf 5 Millionen Franken zu erhöhen. Die Bankiervereinigung hoffte, die kurzfristigen Forderungen in etwa fünf Jahren aus der Welt geschafft zu haben. Doch bereits gingen neue Forderungen von Verstaatlichungsoffern ein.²⁷³

Die Schweizer Zeitungen waren – im Unterschied zur *Finanz-Revue* – mit dem Handelsvertrag mit Ungarn im Grossen und Ganzen zufrieden. In der Bereitschaft Ungarns, auch mit dem Westen – vor allem mit der Schweiz – Handel zu treiben, sahen sie ein Indiz für die Westorientierung der Ungarn und deuteten sie auch ein Stück weit als Widerstand gegen den Kommunismus.²⁷⁴ Max Troendle, der die meisten Handelsverträge mit Osteuropa ausgearbeitet hatte, war mit dem Ergebnis der Verhandlungen mit den osteuropäischen Ländern – auch schon vor dem Abschluss des neuen Vertrages mit Ungarn – ganz im Sinne der Maxime der Universalität sehr zufrieden: «Besonders die Schweiz hat sich bemüht, ihre traditionellen Beziehungen mit Osteuropa wieder zu beleben und auszubauen und zwar mit beachtenswertem Erfolg. Im ersten Halbjahr 1947 waren beispielsweise die sieben osteuropäischen Staaten Polen, Tschechoslowakei, Österreich, Jugoslawien, Ungarn, Rumänien und Bulgarien bereits wieder mit rund 18% wertmässig an der schweizerischen Gesamteinfuhr aus Europa beteiligt.»²⁷⁵

1948: Jahr der Wende

Dieser Optimismus erwies sich jedoch als verfrüht. Das Jahr 1948 bedeutete eine eigentliche Wende in den erst angelaufenen Handelsbeziehungen. Zwar war Ungarn noch immer eine Republik mit einem Mehrparteiensystem. Die Ansprechpartner der Schweiz verschwanden jedoch mehr und mehr aus ihren verantwortungsreichen Posten. Dies hatte auch damit zu tun, dass einige von ihnen die guten Beziehungen zur Schweiz als Chance wahrnahmen, sich in die Schweiz oder über die Schweiz ins entferntere Ausland abzusetzen. Schon im Januar berichtete der Vorsitzende der GESUWA, Eduard Dussy, dass viele ihm bekannte Geschäftsleute ihn um die Vermittlung von Stellen im Ausland gebeten hatten.²⁷⁶ Beispielsweise meinte Botschafter Ernst Feisst zur Beurlaubung des Generaldirektors der Ungarischen Geldinstitutszentrale, László Faragó: «[...] das Abtreten Faragós, der die schweizerischen Belange stets mit Verständnis und Entgegenkommen behandelte, muss zweifellos als ein Verlust für uns und eine Erschwerung unserer zukünftigen Finanzverhandlungen mit Ungarn betrachtet werden.»²⁷⁷ Auch Finanzminister Miklós Nyárady trachtete im Dezember 1948, Ungarn über die Schweiz für immer zu verlassen.²⁷⁸ Die der Schweiz eher wohlgesinnten Personen wurden – zumindest in der schweizerischen Wahrnehmung – durch dem Kapitalismus feindlich gesinnte Funktionäre ausgetauscht.²⁷⁹

Probleme gab es auch im Reiseverkehr. Eduard Dussy berichtete an der Vorstandssitzung vom 16. Januar 1947 von Prozessen mit fadenscheinigen Voraussetzungen gegen Geschäftsleute und warnte vor Übergriffen der politischen Polizei auch auf Ausländer.²⁸⁰ Die Lage verschärfte sich vor allem angesichts des Prozesses gegen Funktionäre der FKgP im Verlauf des Jahres 1947. Jeder Kontakt zu Ausländern konnte Verdächtigungen Vorschub leisten. Dadurch

wurde der Kontakt von Ungarn zu ihren ausländischen Geschäftspartnern gehemmt.²⁸¹

Zugleich erwachte in Ungarn das Selbstbewusstsein der Vertreter der Volksrepublik, womit der offizielle Identitätswurf bröckelte und die guten Handelsbeziehungen zum Westen nicht mehr als so wichtig erschienen. Sie fürchteten sich nicht vor den Auswirkungen, die die Verstaatlichungen in Ungarn auf die Wirtschaftsbeziehungen zur Schweiz haben konnten. Die ungarische Aussenhandelsdelegation in der Schweiz berichtete der Zentrale, dass die Schweiz zwar als Teilnehmerin am Marshall-Plan unter amerikanischem Einfluss stehe, sich aber eine eigenständige Handelspolitik vorbehalte. Die Handelsbeziehungen zu den südosteuropäischen Staaten hätten für die Schweiz wegen der Rohstoff- und Nahrungsmittelversorgung einen grossen Stellenwert.²⁸² Auch der kommunistische Generaldirektor der verstaatlichten Kommerzbank, Béla Sulyok, meinte in einem Interview der Tageszeitung *Világosság* vom 23. Mai 1948: «Ich unterhandelte u.a. mit den Generaldirektoren der drei grössten Schweizer Banken. Sie zeigten die grösste Bereitwilligkeit und erklärten, dass ihnen die verstaatlichten Banken ebenso verlässliche Partner sind, wie es die Privatbanken waren. Damit ist der einzige Beweisgrund der hiesigen Reaktion gegen die Bankenverstaatlichung hinfällig geworden. Auf dem Gebiete der Aussenhandelskredite wetteiferten die Schweizer Bankiers miteinander beim Angebot von Erleichterungen.»²⁸³ Als Grund dafür gab er an: «Wie ich von ihnen selbst weiss, wollen sie ihren Lebensmittelimport aus Osteuropa ausbauen. Daher suchen sie möglichst enge Wirtschaftsbeziehungen zu uns. Die Erklärung dafür, warum sie von hier Lebensmittel erhalten wollen, ist einfach: die Schweizer fürchten die amerikanischen Lebensmittelkäufe, denn sie sind besorgt, dass sie in noch grössere Abhängigkeit von den Amerikanern kommen.»²⁸⁴ Mit dieser Auslegung war der Schweizer Gesandte in Budapest gar nicht einverstanden: «Derartige Verlautbarungen sind nicht geeignet, unseren Interventionen den von den Banken verlangten Erfolg zu sichern. – Im ungarischen Wirtschaftsverkehr mit der Schweiz spielen sowohl der Transithandel als die Finanztransaktionen eine bedeutende Rolle. Sie sind Trümpfe und Argumente in unseren Händen. Es wäre begrüssenswert, wenn den ungarischen Emissären bei ihren Verhandlungen in der Schweiz zu verstehen gegeben würde, dass sich ihre schweizerischen Partner ihrer Unentbehrlichkeit für den ungarischen Aussenhandel bewusst sind.»²⁸⁵

Die ungarische Sicht geriet immer mehr ins ideologische Fahrwasser, die Teilung der Welt war besonders infolge des erweiterten Anteils an linientreuen Kommunisten in entscheidenden Funktionen gedanklich vollzogen. Der oben zitierte Bericht der ungarischen Aussenhandelsdelegation enthält auch Vorwürfe gegen die Schweizer Banken, sie würden gegenüber den südosteuropäischen Staaten eine ausgesprochen feindliche Haltung einnehmen. Sie seien für das Ausbleiben

eines prosperierenden Handels mitverantwortlich. Die «Schweizer Bourgeoisie» verhalte sich äusserst feindlich, jedoch gebe es auch eine Richtung – vor allem durch Textil- und Maschinenindustrielle vertreten –, die einen Ausbau der Handelsbeziehungen aus finanziellen Erwägungen begrüssten.²⁸⁶

Strukturelle Mängel der ungarischen Wirtschaft

Im ungarisch-schweizerischen Warenverkehr wurden auch strukturelle Mängel der ungarischen Wirtschaft sichtbar. Der ungarische Handelsattaché János Nyerger berichtete am 23. März 1948, der Handel mit Ungarn stehe in der Schweiz an dreiundvierzigster Stelle. Dies vor allem wegen der schlechten Ernte infolge des trockenen Sommers 1947. Die ungarischen Waren, die auf dem Weltmarkt auf den grössten Absatz stiessen, würden nicht im Clearing-Verkehr abgerechnet. Ausserdem seien viele ungarische Waren für die Schweiz uninteressant. Die Zahlungsbedingungen der ungarischen Nationalbank verminderten ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt.²⁸⁷ Die Preise lagen zudem oft über den Weltmarktpreisen. Ein weiteres Hemmnis für den Aussenhandel Ungarns mit dem Westen ergab sich aus der Tendenz zur Ostorientierung der Aussenhandelspolitik, deren Richtung vor allem politisch bedingt war. Die GESUWA rechnete deshalb mit einem künftigen Rückgang des ungarischen Warenaustausches mit der Schweiz, wenngleich der westliche Markt für Ungarns landwirtschaftlichen Absatz als unentbehrlich angesehen wurde, wie auch der Bezug von Textilrohstoffen und Leder aus dem Westen. Ausserdem konnte Ungarn auf diese Weise Schweizer Franken erwirtschaften.²⁸⁸ Zu jenem Zeitpunkt war bereits ein Rückgang des Handelsvolumens festzustellen. Laut Schätzungen der NZZ konnten aus Schweizer Sicht lediglich 50% der vereinbarten Importe und 40% der Exporte verwirklicht werden.²⁸⁹ Tatsächlich ging der Import vom ersten Quartal 1947 zum zweiten Quartal 1948 von 10,8 auf 3,7 Millionen Franken zurück. Neben den oben genannten Gründen waren die Konkurrenz anderer Lieferländer und auch die infolge des nun weitgehend gedeckten Nachholbedarfes geringere Aufnahmefähigkeit des schweizerischen Marktes dafür verantwortlich.²⁹⁰

Im September 1948 brach eine Schweizer Delegation nach Budapest auf, um den ungarisch-schweizerischen Finanztransfer neu zu regeln. Die Ausgangslage war grundsätzlich anders als bei den ersten Verhandlungen im März 1946. In der Zwischenzeit waren die Grossbanken (im November 1947) und Betriebe mit mehr als 100 Mitarbeitern (März 1948) verstaatlicht worden. Ausserdem hatten namhafte ungarische Wirtschaftskapitäne und auch Finanzminister Miklós Nyárady ihre Schweizer Aufenthalte zur Flucht aus Ungarn benutzt. Die Beziehungen waren also belastet, doch nach wie vor dachte keine Seite daran, den Handel abzubrechen. Im Gegenteil: Von Schweizer Seite wünschte man

einen leichten Ausbau der Warenlisten. Man wünschte mehr Schlachtvieh, Mais, Zucker, Weizen, Malz und Heu, aber zu geringeren Preisen, einzuführen, dafür verlangte man einen grösseren Export von Zuchtvieh.²⁹¹ Nach wie vor waren die Probleme des Schuldendienstes zu lösen. Auch sollten die durch die Agrarreform und die Verstaatlichungen beeinträchtigten Schweizer Interessen besprochen werden. Schweizerischerseits nahm man sich vor, auf die Akzeptanz einer vollständigen Entschädigung zu pochen.²⁹²

Die Verhandlungen begannen am 29. September 1948 und endeten am 22. Oktober desselben Jahres. Beschlossen wurde eine Zusatzvereinbarung zum Abkommen vom 27. April 1946 über den Waren- und Zahlungsverkehr. Das Abkommen wurde bis zum 30. September 1949 verlängert. Man einigte sich auf eine Ausdehnung der Kontingente des ungarischen Imports auf 50 Millionen Franken und des Exports auf 80 Millionen.²⁹³ Noch einmal keimten auf beiden Seiten Hoffnungen auf, der Handel könnte einen neuen Aufschwung nehmen. Allerdings war man sich bewusst, dass die Kontingente voraussichtlich nicht erfüllt werden konnten, dass sogar bei normaler Entwicklung der Dinge mit einer Ausfuhr aus Ungarn im Wert von lediglich 50 Millionen Franken gerechnet werden müsse. Über 90 Warenpositionen wurde eine Einigung erzielt. Neu konnte die Schweiz auch Uhren und Textilien nach Ungarn exportieren. Über die Nationalisierungsentschädigungen wurde insofern eine Einigung erzielt, als die schweizerischen Behörden eine Liste sämtlicher schweizerischer Interessen in Ungarn überreichen sollten, damit auf diplomatischem Wege die Legitimation der einzelnen Ansprüche abgeklärt werden konnte. Dieses Prüfungsverfahren sollte bis Ende April 1949 beendet sein, und vom 1. Mai 1949 an hätten auf Wunsch einer der beiden Regierungen zwischenstaatliche Verhandlungen über die Nationalisierungsfrage stattzufinden.²⁹⁴ Dieses Vorgehen entsprach im Grossen und Ganzen der Strategie des Bundesrates, wie er sich mit den verschiedenen osteuropäischen Staaten über die Entschädigungsfrage einigen wollte. Die Geltendmachung einzelner Forderungen war kaum durchsetzbar, weshalb man lieber eine Globallösung anstrebte, indem man die Entschädigungsansprüche zu völkerrechtlichen Ansprüchen der Eidgenossenschaft erhob.²⁹⁵ Dabei war sich das EPD bewusst, dass die Zeit für die osteuropäischen Staaten arbeitete: «Es ist für die entschädigungspflichtigen Staaten verlockend, auf Zeitgewinn zu arbeiten, und wir müssen dieser sich allenthalben bemerkbar machenden Tendenz entgegenwirken, indem wir das gegenwärtige Interesse an unserer Lieferkapazität verhandlungstaktisch auswerten. Die heute noch günstige Situation dürfte nicht mehr sehr lange andauern, denn nach und nach setzt die Konkurrenz anderer Exportländer wieder ein.»²⁹⁶ Der Bundesrat beschloss, zur Sammlung und Klärung der Forderungen eine eigene Kommission für Nationalisierungsentschädigungen einzusetzen.²⁹⁷

Die Verhandlungen von 1948 waren die letzten vor der Umwandlung der ungarischen Aussenhandelsstruktur nach sowjetischem Vorbild. Mitte 1949 wurde der Oberste Wirtschaftsrat in Ungarn durch das Planungsamt ersetzt. Der Aussenhandel wurde mittels Monopolgesellschaften ausgeführt. Im Mai 1948 verfügte das Politbüro der MKP die Ausarbeitung des Fünfjahresplanes. Im Dezember 1949 trat dieser in Kraft, womit sich die ungarische Wirtschaft in eine ganz neue Richtung entwickelte. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten es beide Seiten vermieden, grundsätzliche politische Meinungsverschiedenheiten als Verhandlungspfund einzubringen. Der wirtschaftliche Bereich wurde von beiden Seiten als Sondergebiet behandelt und von den politischen Veränderungen so weit wie möglich herausgenommen. Dennoch waren gerade die Wirtschaftsbeziehungen Ausdruck der jeweiligen Identitätskonstruktion: Die Schweiz konnte ihre flankierenden Massnahmen Solidarität und Universalität in die Tat umsetzen, Ungarn konnte bis zum Friedensvertrag von 1947 seine Absicht darlegen, sich nicht nur nach Osten, sondern auch nach Westen zu orientieren. Damit wurden die Wirtschaftsbeziehungen einerseits zum Instrument der Identitätswürfe, andererseits waren hier die Sachzwänge ebenso entscheidend. Doch die anfänglich herrschende gute Stimmung war auf beiden Seiten von einem latenten Misstrauen begleitet, welches ab ca. 1948 tonangebend wurde. Trotz der vielen daraus erwachsenden Hindernisse wurde zu keinem Zeitpunkt der Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen ernsthaft erwogen.

6. «dass wir also über die Länder hinweg zusammengehören in Ost und West.» Die Kirche als Brücke²⁹⁸

Nachdem ich in den vorangehenden Kapiteln die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen beleuchtet habe, stehen in den folgenden drei Kapiteln für die Untersuchung zwischenstaatlicher Beziehungen eher untypische Bereiche im Mittelpunkt. Beginnen möchte ich mit den Kirchen bzw. Gemeinden, welche in den schweizerisch-ungarischen Beziehungen eine wichtige Rolle spielten – insbesondere die reformierten Kirchgemeinden. Zu nennen sind in allererster Linie die Verbindungen des Diakonissenhauses Riehen zu den Schwesterhäusern u.a. in Budapest, Klausenburg und Novi Vrbas (in Jugoslawien), die Versammlung der Schweizer Kolonie in der deutschsprachigen Kirchgemeinde in Budapest sowie der grosse Einfluss des Theologen Karl Barth auf die Problembewältigung der ungarischen Reformierten in der Nachkriegszeit. Etwas weniger offensichtlich erscheinen die Verbindungen innerhalb des katholischen Milieus. Hier stehen die Berichterstattung der katholischen Presse in der Schweiz über die Ereignisse in Ungarn sowie die Bemühungen der schweizerischen Hilfsorganisation

Caritas um das Wohl der katholischen ungarischen Flüchtlinge im Vordergrund, welche Hinweise auf eine spezifisch katholische Wahrnehmung geben. Nur wenige Verknüpfungen konnte ich bei den jüdischen Gemeinden finden.

Die Voraussetzung für enge kirchliche Verbindungen war insofern gegeben, als Ungarn gleich der Schweiz ein konfessionell gemischtes Land ist. Rund drei Viertel der Bevölkerung Ungarns sind katholisch, ein Viertel gehört verschiedenen reformierten Glaubensrichtungen an, wobei sich die meisten von ihnen zum «helvetischen Bekenntnis», also zum Calvinismus bekennen. Allgemein ist zu beobachten, dass es in erster Linie die ungarischen Kirchen waren, die die Kontakte zu ihren Schweizer Glaubensgenossen suchten, dass es aber die Schweizer Kirchen waren, die sich mit der Lage der ungarischen Schwesterkirchen befassen. Dies vor allem deshalb, weil die ungarischen Kirchen um die Existenz in ihrer damals bestehenden Form bangen mussten, während in der Schweiz ganz andere Vorgänge zu beobachten waren, die aber die Kirche kaum existenziell bedrohten. Ausserdem ging es auch um materielle Anliegen, waren doch in der Schweiz die Kirchen in der Regel karitativ tätig.

Die Reformierten

Die Verbindungen der Schweiz zu Ungarn unter den Reformierten reicht bis zu den Anfängen der Reformation in Ungarn zurück, welche nach der Schlacht von Mohács 1526 in Ungarn Fuss fasste, als die katholische Kirche und der Zentralstaat entscheidend geschwächt aus der Schlacht gegen die Türken hervorgegangen waren.²⁹⁹ Die hauptsächlich von Heinrich Bullinger und Johannes Calvin geprägte Lehre kam in den 1550er Jahren nach Ungarn und drängte den Lutheranismus in deutsche und slowakische Siedlungsgebiete ab.³⁰⁰ Weil sich die Lehren Calvins vor allem in der ungarischsprachigen Bevölkerung verbreiteten, war die Verknüpfung von Calvinismus und ungarischem Nationalgefühl einfach zu leisten. Aber auch der Kontakt zu den Bruderkirchen im Westen wurde aufrechterhalten. So schickten protestantische Magnaten talentierte Söhne zum Theologiestudium in deutsche, niederländische und Schweizer Städte.³⁰¹

Entscheidend für die Betrachtung der Beziehungen zwischen den Schweizer und den ungarischen Reformierten ist das Verhältnis der beiden Kirchen zueinander in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Zwar können sie als Knoten im weltumspannenden Netzwerk der Reformierten Kirchen betrachtet werden, jedoch ist eine gewisse Hierarchie nicht zu übersehen. Der Studentenaustausch fand praktisch nur von Ungarn nach dem Westen statt und der Dozierendenaustausch an den theologischen Fakultäten kannte fast nur die entgegengesetzte Richtung.³⁰² Auch wurden im Westen kaum ungarische, in Ungarn jedoch schweizerische theologische Werke gelesen und gelehrt.³⁰³ Die ungarischen Reformierten betrachteten sich als Zweig des westlichen Christentums und entsandten regel-

mässig Delegierte an reformierte Weltkongresse, die nicht selten in der Schweiz stattfanden.³⁰⁴

Die Tendenz des Ost-West-Gefälles verdeutlichte sich nach 1945. Basel und Zürich nahmen ungarische Studenten an ihren Universitäten auf, die Theologen und Pfarrer Karl Barth, Eduard Thurneysen, Walter Lüthi und Heinrich Hellstern besuchten Ungarn und hielten Predigten und Reden oder diskutierten mit Studierenden.³⁰⁵ Die ungarische Kirche versuchte, so schnell wie möglich die abgebrochenen alten Kontakte zu den Kirchen im Westen wieder herzustellen. In erster Linie ging es um das Nachsuchen materieller Hilfe, aber auch auf die geistliche Hilfe wurde grosser Wert gelegt.³⁰⁶ Kirchliche Kontakte waren auch die Grundlage für die Kinderzüge gewesen, die von Pfarrer Carl Irlet in Zusammenarbeit mit dem ungarischen Bischof László Ravasz bereits nach dem Ersten Weltkrieg durchgeführt worden waren. Diese Zusammenarbeit wurde später zur *Schweizerisch-Ungarischen Gesellschaft* weiterentwickelt.³⁰⁷ Ebenso auf persönlicher Freundschaft beruhte der Kontakt der Basler Familie Vischer zur Budapester Familie Biberauer – ab 1940 Bodoky –, die sowohl die Verbindung der Diakonissenhäuser Riehen und Budapest begründeten als auch nach dem Zweiten Weltkrieg eine wichtige Voraussetzung für das Funktionieren der *Schweizerischen Ungarn-Hilfe* darstellte. Der Präsident der GESUWA, Eduard Dussy, hatte neben geschäftlichen Kontakten auch kirchliche Begegnungen mit Ungarn – abermals über das Diakonissenhaus Riehen. Die Akzeptanz von Karl Barths Meinungsäusserungen zu ungarischen kirchenpolitischen Fragen in ungarischen Kirchenkreisen zeugt neben der Anerkennung seiner Kompetenz auch von einer gewissen freundschaftlichen Verbundenheit.

Schliesslich existierte in Budapest in Form der deutschsprachigen Reformierten Filialgemeinde ein Stück Schweiz in Ungarn. Diese Gemeinde und das Diakonissenhaus Filadelfia wurden vom *Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz* HEKS nach dem Krieg mit Hilfsgütern versorgt. Das HEKS nahm seine Hilfsarbeit 1945 auf. Bereits im ersten Jahresbericht wurden für 147'645 Franken Hilfsgüter für Ungarn ausgewiesen, womit Ungarn auf Platz fünf aller versorgten Länder stand. Begründet wurde diese umfangreiche Hilfe des HEKS im Jahresbericht 1946/47 wie folgt: «Ganz besonders wichtig sind [...] Kontakte für die kleinen evangelischen Diaspora-Kirchen in mehrheitlich katholischen Ländern. Gerade für diese Diasporakirchen ist der Kontakt mit anderen Kirchen an sich schon eine wertvolle Hilfe, die sie in ihren oft recht schweren Kämpfen um die Existenz stärkt.»³⁰⁸

Dabei war Ungarn eine bevorzugte Adresse für die Hilfe: «Ungarn steht uns schon darum besonders nahe, weil unter den protestantischen Kirchen dieses Landes die Reformierten die starke Mehrheit bilden.»³⁰⁹ Die Filialgemeinde war das eigentliche Zentrum der Schweizer Kolonie in Ungarn, zu der auch die

Eltern des Pfarrers E. Meissner aus Schönenwerd gehörten, der eine tragende Rolle in der Schweizer Hilfe für diese Gemeinde spielte. Ein zweiter grosser Hilfeempfänger war das Diakonissenhaus Filadelfia in Budapest.

Die Schweizer Verbindungen des Diakonissenhauses Filadelfia in Budapest

Eine wichtige Rolle spielte das 1852 gegründete und pietistischen Kreisen des Basler Bürgertums nahe stehende Diakonissenhaus in Riehen, welches enge Beziehungen zu den Schwesterhäusern in Ungarn aufrechterhielt.³¹⁰ Das Krankenhaus Bethesda in Budapest wurde 1866 unter der Leitung des Pfarrers der Schottischen Mission in Budapest, welcher gleichzeitig Pfarrer der in Budapest lebenden Schweizer Reformierten war, gegründet. Das 1903 gegründete Diakonissenhaus Filadelfia war sich auch später der schweizerischen Wurzeln durchaus bewusst.³¹¹ So war es in erster Linie die Schweiz, an die sich das Haus in der Not nach dem Zweiten Weltkrieg wandte.³¹²

Die Verbindung zur Schweiz vertiefte sich, als der Gründer des ungarischen Mutterhauses, Pfarrer Richard Bodoky, in Bern Martha Vischer kennen lernte, die in der Diakonissenausbildung tätig war. 1901 heirateten sie und gründeten am 21. Mai 1903 den Filadelfia Diakonissenbund. 1908 begann die Waisenhausarbeit, ein Jahr später wurde das Spital Bethesda Eigentum des Diakonissenvereins. Während der Räterepublik 1919 stellte der damalige IKRK-Delegierte Burnier die Liegenschaft unter seinen Schutz.³¹³ Die Beziehung zwischen den Familien Vischer und Bodoky sollte sich noch weiter vertiefen, vor allem durch den Zweig des Vetters von Martha Vischer, dem von der Ungarn-Hilfe her bekannten Max Vischer-von Planta. In den 1930er Jahren waren die Beziehungen zwischen den Häusern Riehen und Budapest besonders herzlich. Der Pfarrer des Diakonissenhauses Riehen, Fritz Hoch, weilte im Oktober 1935 in Budapest, Bischof Ravasz im gleichen Jahr in Riehen. Ravasz war der Überzeugung, «dass unsere Begegnung der Anfang einer dauernden und starken Verbindung bedeutete [...]»³¹⁴ Die familiären Verbindungen zwischen der Familie Vischer in Basel und der Familie Bodoky in Budapest verliehen den Beziehungen zwischen den Häusern eine persönliche Note. Max Vischers Tochter Annelies gelangte 1942 nach Budapest, wo sie bei der Modernisierung der Krankenhausarbeit helfen sollte. Sie blieb in Budapest und heiratete den Sohn des Pfarrers Bodoky, der im Bethesda als Arzt arbeitete.

Während der deutschen Besetzung Ungarns 1944/45 fanden im Bethesda verschiedene Verfolgte Zuflucht. Besonders bekannte Persönlichkeiten konnten aber kaum versteckt gehalten werden. So musste z.B. der spätere Ministerpräsident Ferenc Nagy am 15. Oktober nach einer einzigen Nacht einen neuen Zufluchtsort suchen.³¹⁵ Bei seiner Arbeit wurde das Diakonissenhaus von Friedrich

Born, dem Delegierten des IKRK und schweizerischen Handelsdelegierten unterstützt, der den Mitarbeitern des Hauses Rotkreuz-Ausweise beschaffte. Auch die Schweizer Gesandtschaft soll mitgeholfen haben, indem sie die Gebäude des Diakonissenhauses als Schweizer Eigentum kennzeichnete.³¹⁶

Auch eigentliche Wiederaufbauhilfe wurde dem Schwesterhaus in Budapest zuteil. Treibende Kraft war Max Vischer, der über das HEKS oder die Schweizer Spende Hilfsgüter an das Schwesterhaus senden konnte. Zum Dank für die Hilfe wurde Franz Wanger vom *Schweizerischen Roten Kreuz, Kinderhilfe* SRK, Kh zu einem Schweizerabend eingeladen: «Ich brauche wohl nicht zu betonen, was es einem als Schweizer für einen Eindruck macht, fern der Heimat, mitten in diesem schrecklichen Elend, wo in Trümmern und Ruinen weiter- und vor allem wiederaufgebaut wird, so etwas zu finden.»³¹⁷ Max Vischer bezeichnete das Filadelfia als «Bollwerk der reformierten Kirche in Ungarn», das es zu unterstützen galt. Er erwog es, einen Kredit von 200'000 Franken zur Modernisierung und Geld zur Deckung der Betriebskosten von 1000 Franken monatlich zu beschaffen. Pfarrer Hoch versuchte sein Möglichstes, knüpfte Kontakte zum *Schweizerischen Verein für die Evangelischen im Osten* und eine Bank nicht bekannten Namens und versuchte zudem, das Diakonissenhaus in Bern in Erinnerung an Frau Pfarrer Biberauer-Vischer zu einer finanziellen Hilfe zu bewegen. Doch die finanzielle Hilfe fiel diesmal gering aus.

Max Vischer erliess daraufhin zusammen mit Gesinnungsgenossen einen Rundbrief, der auf die Schweizer Wurzeln des Diakonissenhauses verwies, und auf die «ernste Pflicht der reformierten Christen der Schweiz, ihren auf schwerem Posten kämpfenden Glaubensbrüdern die von ihnen so dringend benötigte Hilfe zu leisten.»³¹⁸ Der Rundbrief war eine fast reine Basler Angelegenheit. Viel Erfolg schien ihr nicht beschieden zu sein. Dennoch gelang es, wichtige materielle Bedürfnisse der ungarischen Diakonissen zu decken. Das Filadelfia erhielt zudem Hilfe von der Schweizerischen Ungarn-Hilfe – dessen Präsident ebenfalls Max Vischer war –, der *United Nations Relief and Rehabilitation Administration* UNRRA, der Schweizer Spende, dem SRK und dem *Weltkirchenrat*.³¹⁹

Die ungarische Reformierte Kirche war aber auch um geistliche Kontakte bemüht. So lud Bischof Ravasz Pfarrer Hoch im Oktober 1946 zu einem Ungarn-Besuch ein. Letzterer war sich aber über den Zweck des Besuches nicht im Klaren, weshalb er die Einladung ablehnte. Hingegen besuchte Pfarrer Bodoky das Diakonissenhaus Riehen und bedankte sich bei seinen Gastgebern, indem er auf die Unterschiede der beiden reformierten Welten hinwies: «Ich stehe nach meiner Schweizer Reise sehr stark unter dem Eindruck, wie vieles uns in kirchlicher Hinsicht von den Bruderkirchen in aller Welt trennt. Der grösste Trennungsfaktor ist die Sprache. Gewiss im Zusammenhang mit diesem sind auch die Formen des Denkens ganz andere wie im Westen, aber die Diakonie ist

die gleiche. Darum hat sie auch auf diesem Gebiet einen grossen Auftrag. Denn durch ihre Verbindungen können, wie es auch in der Vergangenheit so oft der Fall war, lebenswichtige Kräfte in die Abgeschiedenheit unserer Kirche hereinströmen. Zwischen den zwei Welten haben Sie, hochgeehrter Herr Pfarrer, zum ersten Mal den grossen Dienst des Brückenbauens für uns getan und wir werden Ihnen nie genug danken können, wenn es Ihnen gegeben wird, dies jetzt wieder zu tun.»³²⁰ Weitere geistliche Hilfe konnte das Diakonissenhaus in Riehen aber kaum bieten. Dafür beteiligte es sich an der Patenschaft für das Filadelfia, das durch Pfarrer Hellstern von der HEKS organisiert wurde.

Für die Schweizer Kirche schien die Hilfe an den ungarischen Glaubensgenossen einem gewissen Verantwortungsgefühl zu entspringen, die Solidarität wurde aus einer Position der Stärke ausgeübt. Diese Haltung entsprach in etwa dem offiziellen Identitätswort der Schweiz, in welchem die guten Dienste höher gewertet wurden als prägnante Stellungnahmen. Die durch die Kirchen ausgeübte Solidarität kam auch der Schweiz zugute. Die ungarische Kirche bediente gerade diese Konstruktion, wenn sie im Hoffen auf materielle Unterstützung an die tiefen gemeinsamen Wurzeln der Schweizer und ungarischen Reformierten appellierte. Die Position der Schwäche wurde auch auf theologischer Ebene zelebriert.

Abbruch der Kontakte nach staatlichen Eingriffen

Nach den herzlichen Kontakten zwischen den Diakonissenhäusern und den Hilfebestrebungen der Schweizer Häuser für Budapest und für das zeitweise auf ungarischem Territorium gelegene Klausenburg beendeten Reisebeschränkungen und die Kontrolle des Briefverkehrs diese Periode. 1949 bat Pfarrer Hoch Eduard Thurneysen, von Ungarn schriftliche Berichte vom Diakonissenhaus mitzubringen, allerdings nur, wenn das für ihn keine Gefahr bedeute.³²¹ Aber auch persönliche Gründe waren ausschlaggebend für den Abbruch der Beziehungen: Waren die Kontakte Hochs zu Bischof László Ravasz und Richárd Bodoky freundschaftlich, so begegneten ihm seit dem Konkordat der Reformierten Kirche mit dem ungarischen Staat am 7. Oktober 1948 – was einer Gleichschaltung der Kirche gleichkam – Bischof Albert Bereczky und Pfarrer Gábor Sztéhló. Der Briefwechsel beschränkte sich bloss auf die korrekte Aufrechterhaltung der Kontakte. Pfarrer Hohl wurde mit Gábor Sztéhló nicht warm. Relevante Informationen wurden keine mehr ausgetauscht. So wusste man in der Schweiz etwa nicht, dass sich sämtliche ungarische Diakonissenhäuser auf den 30. November 1951 «freiwillig» aufzulösen hatten. Die Gebäude gingen in den Besitz der Reformierten Kirche über, die Diakonissen konnten einerseits bei der Kirche in Alters- und Behindertenheimen, andererseits im Bethesdaspital oder in staatlichen Krankenhäusern Arbeit finden. Das Bethesda wurde 1953 verstaatlicht.³²²

Karl Barth, Eduard Thurneysen und Walter Lüthi begeben sich nach Ungarn

Mit der politischen Gleichschaltung der ungarischen Kirchen schwand in der Schweiz das Interesse an einem Dialog. Eine grosse Ausnahme war der Basler Theologieprofessor Karl Barth. Er brach am 22. März 1948 nach 1936 zu seiner zweiten Ungarnreise auf.³²³ Er hielt eine Predigt in der Grossen Kirche von Debrecen zum Karfreitag, und Reden in Sárospatak und Budapest, die mit Diskussionen mit Studierenden endeten, sowie Vorträge in Miskolc, Debrecen, Budapest, Pápa und Sopron. Die Reise fiel in eine Zeit dramatischer politischer Spannungen in Europa. In Prag hatte soeben der kommunistische Umsturz stattgefunden, Ungarn befand sich bereits an der Schwelle zur kommunistischen Diktatur. Einen Monat nach Barths Besuch sollte ausserdem die für die Kirchen folgenschwere Verstaatlichung des Unterrichtswesens beschlossen werden.

Barth hütete sich, sich gegen eine Verständigung zwischen Kirche und Staat zu äussern. Vor Studenten in Sárospatak und Budapest betonte er, dass sich die ganze Vorstellung von einem christlichen Abendland und von christlichen Völkern erbarmungslos als eine Illusion herausgestellt habe. Nun rief er die Jugend auf, sich in der Zukunft der Aufklärung zu stellen, warnte sie aber vor denjenigen, die die «Freiheit unter irgendeinem Titel aufs Neue empfehlen wollte[n]. Freiheit heisst Freiheit für Gott und für den Mitmenschen. Wo sie etwas Anderes ist, da ist sie nicht die Freiheit zur Verantwortung.»³²⁴ In der anschliessenden Diskussion mahnte er seine Zuhörer, Gott mehr zu gehorchen als den Menschen und keine Angst zu haben. Dennoch war er sich bewusst, als Schweizer zu reden, und versuchte sich nicht einzumischen:³²⁵ «Ich komme aus einem Land, in welchem es seit 100 Jahren keinen Wechsel der Staatsordnung mehr gegeben hat. Aber was sind schon 100 Jahre? Als ich vor 12 Jahren hier in Ungarn war, habe ich noch viel von der tausendjährigen Stephanskrone reden hören. Heute ist nicht mehr von ihr die Rede; [...] die Staatsordnungen sind Menschenwerk. [...] Wechsel der Staatsordnung heisst für die christliche Gemeinde notwendig: Anlass zur Revision der Grundlagen ihres Tuns, Aufforderung zu neuer Sammlung, Aufgebot zu neuem Zeugnis, das dem aufgewählten Erdreich einer solchen Zeit darum entspricht, weil es aus einer bei diesem Anlass gesuchten und gefundenen besseren Erkenntnis des Wortes Gottes entspringt.»³²⁶ Barths Äusserungen wurden in Ungarn – nicht zuletzt weil sie ein Aussenstehender bzw. ein Schweizer äusserte – sehr aufmerksam aufgenommen. Barth berichtet, wie in Sárospatak das von ihm ausgesprochene Kant-Zitat «Habe den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!» bei den Studenten einen «ganz unprogrammgemässen, aber sehr deutlichen Beifallssturm entfesselte.» Diese Episode weist deutlich auf die bestehende Distanz der ungarischen Reformierten von den Schweizer Glaubensbrüdern hin, die als Botschafter der Freiheit gefeiert wurden.³²⁷

Nach seiner Rückkehr berichtete Barth von seinen Erfahrungen in Ungarn in seinem Artikel «Reformierte Kirche hinter dem ‹eisernen Vorhang›», der in Kirchenzeitungen und in seinem Buch über die Ungarnreise erschien. Seine Wahrnehmung der reformierten Ungarn beinhaltet praktisch alle Elemente, die in Berichten von Vertretern der Reformierten Kirchen immer wieder hervorgehoben wurden. Zunächst betonte Barth, dass es nicht angenehm sei, hinter dem eisernen Vorhang zu leben: «Aber ich habe dort kurioser Weise mehr ruhige und heitere Menschen angetroffen als in Basel. Ich fand sie mit echten, ernsten, brennenden Fragen beschäftigt. Ich fand sie aber auch den Russen, der ‹Volksdemokratie›, dem ganzen Ostproblem gegenüber gerade nicht in der Nervosität, die jetzt manche unter uns sogar hier für unvermeidlich halten. Ich stiess auf viel überzeugende Demut und Geduld, Wachsamkeit und Tapferkeit, auf einen durchhaltenden Glauben und auf eine Nähe zu den ewigen Dingen, die wir hier so nicht kennen.»³²⁸ Bemerkenswert ist der Hinweis auf die Widerstandsfähigkeit der Ungarn, die er auf dem herrschenden Geschichtsdiskurs aufbaute: «Die Vorfahren dieser Leute haben Jahrhunderte lang die Türkenherrschaft und dann die der Habsburger durchgestanden. Sie sind nicht so entsetzt und verzweifelt, wie man es sich von weitem vorstellen möchte.»³²⁹ Barth kolportierte hiermit den ungarischen Opfermythos, der den Kommunismus als äussere Bedrohung mit der Türken- und Habsburgerherrschaft gleichsetzte. Barth bemühte sich sichtlich, die Lage der ungarischen Kirche jenseits jeder antikommunistischen Polemik ernst zu nehmen. Der Bericht stiess in der Schweiz jedoch auf teilweise erbitterte Kritik, der sich zunächst in einer Replik des Zürcher Theologieprofessors Emil Müller und später im Schweizer Blätterwald zeigte. Die Kontroverse ist zugleich der Beginn des kirchenpolitischen Kalten Krieges in der Schweiz.³³⁰ Zu erwähnen sei hier aber, dass trotz der Kritik an Barths Äusserungen auch noch 1949 Schweizer Theologen und Pfarrer nach Ungarn aufbrachen und sich um Kontakte mit der dortigen Reformierten Kirche bemühten.

Zu erwähnen sind in dieser Hinsicht der Berner Münsterpfarrer Walter Lüthi und sein Basler Kollege Eduard Thurneysen. Walter Lüthi predigte am 12. Juni 1949 im ostungarischen Debrecen, Eduard Thurneysen eine Woche später, am 19. Juni, in Budapest. Beide Predigten deuteten auf die Verbundenheit der Völker hin, die sich im gemeinsamen Glauben manifestierte. Walter Lüthi baute seine Predigt auf dem Gleichnis vom Sauerteig auf (Matth. 13,33), Thurneysen nahm Römer 15, 4–13 zur Grundlage, der vom «Gott der Hoffnung» handelt. «Es hat einer gesagt, wir Menschen von heute leben alle im Jahre Null, im Jahre, da man keine Hoffnung mehr haben könne. Aber das ist nicht wahr. Dem Jahre Null steht ein ganz anderes Jahr gegenüber, das Jahr eins, das Jahr, in dem Jesus Christus geboren wurde. [...] Der Heiland ist die Tatsache, die siegt über alle Nullen und Trostlosigkeiten. Der Gott der Hoffnung ist unser Gott.»³³¹ Nach

seiner Rückkehr baute Thurneysen seine Erfahrungen in Ungarn in eine Predigt im Basler Münster ein. Er berichtete über Zeichen, «die es uns fröhlich glauben lassen, dass Gott nicht nur einzelne Menschen, sondern ganze Gemeinden auch heute hineinführen kann in einen Hunger und Durst nach dem Worte seines lieben Sohnes, nach dem Worte also des Einen, der Macht hat, Sünden zu vergeben, zu heilen und zu retten.»³³² Er berichtete über das grosse Leid, das durch Krieg, Verstaatlichung und Zwangskollektivierung über Ungarn gekommen sei. Doch das Leid, das über Ungarn gekommen war, schob er keinem Teufel in die Schuhe, im Gegenteil, er betonte, Gott habe mit den schrecklichen Vorkommnissen denselben erst ausgetrieben. «Es sind Gottes Hände, harte Hände, furchtbar harte Hände, aber Gottes Hände trotzdem, die uns in all das hinein-, aber auch durch all das hindurchführen. Sie erkennen: Wir haben Schuld auf uns geladen und wir haben diese Schuld zu tragen. All das, was wir an Furchtbarem erlebt haben, ist ein Gericht, der schwere Abschluss langer und alter Fehlgänge, die wir getan hatten.»³³³

Den genannten reformierten Schweizer Theologen war es offenbar ein Anliegen, die Erfahrungen in Ungarn in die eigene Theologie einfließen zu lassen. Karl Barth hob die Demut, Geduld, Wachsamkeit und Tapferkeit und den durchhaltenden Glauben der Ungarn hervor, der auf den Widerstand gegen die Türken und Habsburger zurückzuführen sei. Die Schweizer könnten von den Ungarn viel lernen. Auch Eduard Thurneysen projizierte die Beurteilung der ungarischen Entwicklungen auf die Schweizer Situation: Ähnlich wie Barth wünschte er sich von seinen Schweizer Brüdern mehr Demut und Auseinandersetzung mit den wirklichen Dingen. Insofern trugen die Kontakte zwischen den Landeskirchen nicht nur materielle, sondern auch theologische Früchte. Doch Barth, Thurneysen und Lüthi entwarfen für die Kirche im Allgemeinen andere Identitäten. Die meisten ihrer Kollegen zogen es vor, wie Pfarrer Fritz Hoch den Kontakt zu den Kirchen im Osten nur pro forma aufrechtzuerhalten oder wie Emil Müller die Universalität der Kirche dem antikommunistischen Mainstream zu opfern.

Die Katholiken

Weniger ausgeprägt als bei den Reformierten Kirchen waren die Beziehungen zwischen Schweizer und ungarischen Katholiken. Das liegt wohl am Umstand, dass sich die römisch-katholische Kirche als Universalkirche versteht. Dies verlieh den ungarischen wie den schweizerischen Katholiken das Bewusstsein, im Vatikan eine grosse Unterstützungsmacht zu besitzen, eine Macht, über die andere Religionsgruppen kaum verfügen. Die Identität der katholischen Kirche erstreckt sich somit über Landesgrenzen hinweg: Wo auch immer die Kirche in Bedrängnis kommt, wird sie z.B. mittels der katholischen Presse eifrig unterstützt. Das zeigte sich auch, als in Ungarn die katholische Kirche gegenüber den

Kommunisten ins Hintertreffen geriet. Die Informationen über die Lage der Kirche in Ungarn wurden in der Schweiz vor allem durch ungarische Flüchtlinge vermittelt. Luzern – das Zentrum des schweizerischen Katholizismus – war schon kurz nach Kriegsende ein Zentrum der katholischen ungarischen Emigration.

Verbindungen zwischen den katholischen Milieus sind schon aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg dokumentiert. Insbesondere das Flaggschiff der katholischen Presse in Ungarn ab 1938, die Zeitung *Magyar Nemzet* bzw. eines ihrer Vorgängerinnen, die Wochenzeitung *Korunk Szava*, verfügte über freundschaftliche Verbindungen zu Schweizer Kreisen, insbesondere zum im Luzernischen beheimateten Wochenblatt *Die Entscheidung*. So wusste man einerseits in Luzern über Prozesse gegen ungarische Soziographen Bescheid, die über die Armut der Landbevölkerung berichteten, zum anderen berichtete der Redaktor István Lendvai in begeisterten Artikeln über die Geistige Landesverteidigung in der katholischen Schweiz, die wiederum den Publizisten Zoltán Szabó zu einer ungarischen Adaption dieser schweizerischen Geisteshaltung veranlasste.³³⁴ Die *Magyar Nemzet* war die publizistische Heimat für eine Vielzahl namhafter Publizisten aus unterschiedlichsten politischen Richtungen, deren Gemeinsamkeit die Ablehnung der nazifreundlichen Tendenzen in Ungarn bildete. Mehrmals wurde die Zeitung am Erscheinen gehindert, nach der Besetzung Ungarns durch deutsche Truppen am 19. März 1944 wurde sie verboten. Dennoch erschienen in der Folge noch drei Nummern der Zeitung: Sie waren kleiner und dünner als ursprünglich und wurden in Umschlägen per Post verschickt. Diese Arbeit übernahm Ferenc Honti, Mitarbeiter des ungarischen Konsulates in Genf. Honti bezeichnete sich selbst als schweizerischer Vertreter der FKgP, die während der deutschen Besetzung im Untergrund arbeitete. Ein erstes Heft erreichte die ungarischen Adressaten im Juni 1944, im Juli enthielt das Blatt die Berichterstattung der NZZ über die deutsche Besetzung Ungarns. Im August 1944 erschien die letzte Nummer der illegalen Zeitung, die in der Schweiz gedruckt wurde.³³⁵ Ferenc Honti blieb nach diesem Engagement weiterhin aktiv: Er beteiligte sich gemeinsam mit seinem Vorgesetzten Ervin Vladár am *Comité Hongrois auprès du comité International de la Croix-Rouge* und geriet ins Kreuzfeuer der Kritik von Seiten der MNFF in der Schweiz, was ihn schliesslich zum zweiten Mal in die Emigration zwang.³³⁶

Die Berichterstattung der katholischen Presse

Die Berichterstattung in Schweizer katholischen Zeitungen über Ungarn begann erst mit der Kirchenverfolgung in Ungarn. Der Kirchenkampf entsprang der Tatsache, dass die katholische Kirche zur schärfsten Widersacherin des kommunistischen Machtanspruchs wurde und der ungarische Fürstprimas³³⁷ Kardinal

Mindszenty bald zu einem Märtyrer des Widerstandes stilisiert wurde. Das *Vaterland* aus Luzern nahm regen Anteil an den Vorgängen in Ungarn. In der Medienereignisliste, die anhand einer Analyse der wichtigsten Tageszeitungen in der Schweiz vom Forschungsteam um Kurt Imhof erstellt wurde, belegt dieses Thema 1949 Rang zwei, 1950 Rang fünf, 1951 Rang sechs, und sogar 1955 noch Rang 14. Ausser der NZZ, die das Thema Kirchenverfolgung – allerdings hauptsächlich auf die Tschechoslowakei bezogen – 1949 auf Rang 14 behandelte, war das *Vaterland* somit die einzige Zeitung, die diesem Thema übergeordnete Beachtung schenkte.³³⁸ Dies ist – wie ich im Folgenden zeigen möchte – zum einen im Kontext der allgemeinen ideologischen Richtung zu sehen, zum anderen aber auch einem ungarischen Korrespondenten zu verdanken.

Das *Vaterland* aus Luzern, das Organ der *Katholischen Volkspartei* KVP, zeichnete sich durch seine kulturpessimistische Einschätzung der Weltlage aus, wobei der Kommunismus als eigentlicher Totengräber der Werte des Abendlandes gesehen wurde. Es ist daher kaum verwunderlich, dass er die politische Entwicklung in Ungarn mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgte. Da die grösste Regierungspartei in Ungarn, die FKgP, unter allen Koalitionsparteien die härteste Gegnerin der Kommunisten und zudem eng mit der katholischen Kirche verbunden war, spitzte sich der Machtkampf – in den Augen der katholischen Presse in der Schweiz – entlang der Konfliktlinie Hüter und Feinde des Abendlandes zu. In der Folge wurde der Anführer der Katholiken, der neu gewählte Fürstprimas József Mindszenty, zur Gallionsfigur des Widerstandes emporstilisiert. Das *Vaterland* verfügte über einen eigenen Korrespondenten in Budapest, der regelmässig über den Kulturkampf in Ungarn berichtete. Neben dem allgemeinen Kampf zwischen dem «guten Christentum» und dem «bösen, slawischen Kommunismus» stellte das Blatt auch den Bezug zur Schweiz her: «Wir haben diesen unsern Feststellungen nichts mehr beizufügen als die grosse Warnung vor der kommunistischen Gefahr in jeder Form, auch in jener der roten Fünften Kolonne, die in den Ländern westwärts des europäischen Trennungsstriches ihr raffiniertes Netz in getarnter Form auszubauen an der Arbeit ist. Die Wacht am Morgarten scheint heute ebenso sehr am Platze wie zur Zeit, als die Gesellen und Quislinge Adolfs des Rasenden in aller Herren Ländern mitsamt der Eidgenossenschaft zum Untergang des christlichen Abendlandes ihre Minen legten. Sapienti sat!»³³⁹

Für Aufsehen – insbesondere im ungarischen Parlament – sorgte die Ungarn-Berichterstattung der *Neuen Zürcher Nachrichten* NZN. Urheber der meisten Artikel war ein gewisser Alexander Holländer, in Ungarn als Sándor Hollósy bekannt. Hollósy hatte im Ersten Weltkrieg als Holland-Berichterstatter für die Zeitung *Pester Lloyd*, in der Horthy-Ära als Beamter des ungarischen Ausserministeriums gearbeitet und soll sich seit 1934 in Zürich aufgehalten haben. Ab

1936 arbeitete er als Korrespondent für den nationalsozialistischen *Völkischen Beobachter*, und seine Arbeit für die NZN begann etwa zur gleichen Zeit. Die eidgenössische Fremdenpolizei war über die Vergangenheit Sándor Hollósys im Bild. Dennoch gestattete sie ihm, unter seine Artikel nicht den vollen, sondern nur ein den Behörden bekanntes Pseudonym zu setzen, dies in Anerkennung der Tatsache, dass die – eigentlich erforderliche – volle Namensnennung für ihn unangenehme Folgen gehabt hätte.³⁴⁰

Die NZN war jene Zeitung, die sich neben dem *Vaterland* am stärksten für die verfolgten Katholiken in Ungarn engagierte und die Entwicklung zur Volksrepublik am schärfsten verurteilte. Insbesondere während der Kampagne gegen die katholische Kirche und der Vorbereitung des Prozesses gegen Fürstprimas József Mindszenty tat sich die NZN mit pointierten Artikeln hervor, allerdings in einer Art und Weise, die dem Blatt in Ungarn nicht zu Unrecht einen üblen Ruf einbrachte. Schon im Sommer 1945 portierte die Zeitung ein Bild Ungarns, das dem Selbstbild der Horthy-Ära entsprach. Sie sprach von der «wunden Volksseele» wegen der Vertreibungen der ungarischen Minderheit aus der Slowakei und der nach Westen transportierten Reliquie der Hand des Heiligen Stephan.³⁴¹ Auch anlässlich der Wahlen in Ungarn im August 1947, der ersten nach dem Prozess gegen die FKgP, beklagten die NZN «die Grablegung des historischen und bürgerlichen Ungarns», das nur noch durch eine Änderung der internationalen Lage wieder zur «Auferstehung der ungarischen Nation» rückgängig gemacht werden könne.³⁴²

Auch die *Schweizerische Kirchen-Zeitung* wurde durch einen ungarischen Korrespondenten mit Informationen beschickt. Ungarn erschien als tiefchristliches Land, das sich um seinen Führer Mindszenty scharte. «Seit tausend Jahren hatte kein Erzbischof von Gran [Esztergom, Zentrum des ungarischen Katholizismus] eine so schwere Aufgabe beim Antritt übernommen wie Mindszenty. [...] Betäubt und hoffnungslos starrte das Volk vor sich hin. Als Kardinal Mindszenty mit seiner hinreissenden Rednerkunst für Menschenrechte, für echte Demokratie, für Gerechtigkeit, Gesellschaftsordnung und sozialen Frieden, christliche Moral, christliche Familie, Freiheit der Kirche, Versöhnung, Nationalehre freimütig eintrat, scharte sich die überwiegende Mehrheit der Nation um ihn.»³⁴³ Ein Aufschrei ging durch die katholische Schweizer Presse, als die ungarischen Schulen verstaatlicht wurden. Die *Kirchen-Zeitung* behauptete, in Ungarn sei das Unterrichtswesen «jahrhundertelang» ausschliesslich in den Händen der Kirchen gelegen, «weil das dem Wunsche des Volkes entsprach».³⁴⁴ Das *Vaterland* ging noch weiter: «In Ungarn spricht auch eine fast tausendjährige Tradition und ununterbrochene Legitimität zugunsten der konfessionellen Schulen. Die konfessionellen Schulen, darunter die 3200 katholischen, machen die überwiegende Mehrheit der Lehranstalten aus und

übertreffen in moralischer und in wissenschaftlicher Hinsicht gleichermaßen die staatlichen Schulen. Diese einwandfreie moralische und rechtliche Position musste auf Moskaus Befehl umgestürzt werden, da eine gottlose Ideologie nicht dulden konnte, dass die Kinder in den Schulen über das Wirken Gottes unterrichtet werden, da ein imperialistischer Riesenstaat nicht dulden konnte, dass die Kinder die wahrheitstreue Geschichte ihres eigenen Landes kennen lernen.»³⁴⁵ Nun war in der Wahrnehmung der katholischen Schweizer Presse der Punkt erreicht, an dem Ungarn gegen die allgemeine Kulturoffensive der Sowjets gegen die «europäische Kultur» kämpfen sollte; gegen eine Gefahr, die nicht kleiner sei als das Heidentum, der Arianismus oder der Islam. Aber das ungarische Volk, zumindest jener Teil, der konfessionelle Schulen besucht hat, und die Intelligenz würden unverändert an dem Geist der europäischen christlichen Kultur festhalten und würden dem dialektischen Materialismus nicht zur Beute fallen. Zumindest sei der Gegensatz zwischen Katholizismus und Kommunismus unüberbrückbar – womit der Kommunismus praktisch auf primordialer Basis aus dem Inneren der katholischen Identitätskonstruktion ausgeschlossen wurde.³⁴⁶ Der *Schweizerische Katholische Volksverein* und der *Katholische Frauenbund* sahen die katholischen Ungarn als eigentliche Vorbilder im Kampf gegen den Kommunismus: «Mit Bewunderung grüssen wir den Primas der ungarischen Katholiken, den mutigen Kardinal Joseph Mindszenty, und das gesamte glaubenstreue ungarische Volk, das durch seine unentwegte Treue zu Christus und seiner Kirche der ganzen Welt zum Vorbild des Starkmutes wird.»³⁴⁷

Als József Mindszenty an Weihnachten 1948 von der Staatssicherheit verhaftet wurde, gab es weltweit Proteste, allen voran von Vertretern der katholischen Kirche. Der Vorstand der Luzerner kantonalen Priesterkonferenz machte den Vorschlag, alle Katholiken sollten in den Januartagen das heilige Opfer darbringen. «Diese kleine Liebesgabe soll ein Zeichen der Dankbarkeit sein gegenüber dem heldenhaften Verteidiger der Rechte der Kirche gegen den gottlosen Kommunismus.»³⁴⁸ Ein Ungarn-Reisender berichtete, ein niedergeschlagenes, versklavtes Volk vorgefunden zu haben, «das in seiner erdrückenden, aber voerderhand ohnmächtigen Mehrheit gegen die fremdartige Regierung ist [...]»³⁴⁹ Das ungarische Volk wurde von da an als dem schweizerischen (katholischen) wesensverwandt dargestellt. Der gemeinsame Kampf für die Werte des Abendlandes und vor allem der gemeinsame kommunistische Feind integrierten die Ungarn in das katholische schweizerische Weltbild. Es war nicht von ungefähr, dass sich die Caritas massgeblich an der Ungarnhilfe nach dem Zweiten Weltkrieg, aber auch anlässlich des Aufstandes 1956 beteiligte und für die ehemaligen Horthy-treuen Flüchtlinge als Fluchthelferin agierte.³⁵⁰

Die jüdischen Gemeinden

Die Kontakte der reformierten Kirchen und des katholischen Milieus zu Ungarn lassen ein spezifisches konfessionsbezogenes Wahrnehmungsmuster ausmachen, indem weniger auf den offiziellen Identitätsentwurf, sondern auf einen religiösen Gemeinsamkeitsglauben gebaut wird. Aus den Quellen ergeben sich weit weniger Anhaltspunkte zu jüdischen Verbindungen zwischen den beiden Ländern.³⁵¹ Auch zur Sicht ungarischer Juden auf die Schweiz und Schweizer Juden auf Ungarn ist bis zur Endphase der Judenverfolgung in Ungarn wenig bekannt. Einen Akzent setzte sicherlich das Wirken von Carl Lutz und seinen Mitarbeitern für die von der Ermordung bedrohten Juden in Budapest. Auch Friedrich Borns Engagement wird sicherlich zur Popularität der Schweiz beigetragen haben.³⁵² Eine grössere Anzahl ungarischer Juden erreichte die Schweiz in der Endphase des Zweiten Weltkriegs aus dem Konzentrationslager Bergen-Belsen.³⁵³ Kann man bei ihnen von einer spezifisch jüdischen Perspektive ausgehen, so stand bei den vielen jüdischen Protagonisten der Schweizerischen Sektion der MNFF bzw. der kommunistischen Zelle weniger ihre jüdische Identität im Vordergrund als ihre politische Heimat.³⁵⁴

Das Kriegsende in Ungarn hatte den Juden die ersehnte Befreiung gebracht. Nach der Aufhebung der Rassengesetze und dem Gesetz zur Verfolgung jeglicher Diskrimination war der Weg für die Juden in bisher für sie unerreichbare Bereiche wie Verwaltung, Armee, Polizei, Gerichte etc. offen. Sie waren dem jungen Staat auch höchst willkommen, da sie nicht kompromittiert waren und viele Stellen neu besetzt werden mussten.³⁵⁵ Allerdings lebten noch 1946 gemäss einem Bericht der jüdischen Hilfsorganisation JOINT 90 bis 95% der ungarischen Juden unterhalb der Armutsgrenze und benötigten Hilfe aller Art. Viele der ehemaligen Händler, Industriearbeiter und Gewerbetreibenden arbeiteten in Fabriken, die Jugend ging entweder auf die auch für sie frei zugänglichen Universitäten oder zu den Sicherheitsorganen (Armee, Polizei, politische Polizei).³⁵⁶

Der Antisemitismus war jedoch auch in der neuen Welt der Demokratie ein aktuelles Phänomen: Im Mai und August 1946 kam es zu Pogromen im ostungarischen Dorf Kunmadaras und in der Grossstadt Miskolc. Antisemitische Parolen waren nicht nur bei rechten, sondern genauso bei der kommunistischen Partei zu hören. Bei der Landreform achtete der verantwortliche Minister Péter Veres darauf, dass möglichst wenig Juden zu Bodenbesitz gelangten, Kardinal Mindszenty und Kommunisten hetzten gegen den (jüdischen) Schwarzmarkt.³⁵⁷ Die ungarische Gesandtschaft in Bern hielt fest, die Schweizer Juden seien Ungarn gegenüber wegen den Judenverfolgungen und Deportationen noch immer misstrauisch. Die Einstellung der Juden in der Schweiz sei allerdings von der tschechoslowakischen Propaganda beeinflusst, die insbesondere wegen ihrer

England-Feindlichkeit den Zionismus in positivem Licht darstellte.³⁵⁸ Mehr Berichte über eine spezifisch jüdische Wahrnehmung in der Schweiz oder in Ungarn enthielten meine Quellen nicht. Dies ändert sich erst für die Zeit nach der Gründung der Volksrepublik Ungarn 1949, speziell in der Frage der Auswanderung. Diesen Sachverhalt werde ich an gegebener Stelle darstellen.³⁵⁹

7. Die ungarische Emigration als Vermittlerin ungarischer Identitätsentwürfe in der Schweiz

Im vorangehenden Kapitel habe ich auf die wichtige Rolle von persönlichen Kontakten für die Kirchen hingewiesen. In meiner Annahme, dass es sich bei internationalen Beziehungen auch um interagierende kulturelle Systeme handelt, gewinnen Auslandskolonien eine besondere Bedeutung. Auslandskolonien tragen eine Kultur in die Mitte einer anderen. Mit ihren kulturspezifischen Ritualen und teilweise mit ihrer schlichten Anwesenheit vermitteln sie ein Wissen über die eigene Kultur und tragen damit wesentlich zur Formung eines Fremdbildes bei. In der Regel existieren innerhalb der Auslandskolonien Vereinigungen, die identitätsstiftend wirken, die innere Grenzziehung kann aber auch nur Familien oder sogar nur Einzelpersonen einschliessen. Auslandskolonien sind zudem ein politischer Faktor: Zum einen haben die Gesandtschaften für sie zu sorgen, zum anderen können Auslandskolonien, die dem bestehenden Regierungs- oder Gesellschaftssystem ihrer Heimat nicht wohlwollend gesinnt sind, zur ersten Bedrohung werden, falls sie es schaffen, sich in gehöriger Masse zu organisieren. Aus diesem Grund gehört die Emigrantenpolitik zu den wichtigen Aufgaben der Aussenpolitik.

Die Ausladungungarn

Bei der ungarischen Kolonie in der Schweiz handelte es sich vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs um wenige hundert Personen. Die Schweiz war im Zuge der Ereignisse in Ungarn immer wieder das Ziel von Flüchtlingsgruppen gewesen, die entweder vor den Gesetzen Horthys ins Exil gezwungen wurden oder nach dem Zusammenbruch 1944/45 und der zunehmenden Sowjetisierung nach Westen wanderten. Die einzelnen Gruppen gehörten unterschiedlichen Gesellschaftsschichten und Konfessionen an. Als im November 1956 gegen 10'000 Flüchtlinge aus Ungarn in der Schweiz eintrafen, fanden sie eine unter sich heillos zerstrittene Kolonie vor, die die 1956er beargwöhnten und mit deren Mentalität sie sich kaum anfreunden konnten. Die 1956er-Flüchtlinge gründeten auch ihre eigenen Vereinigungen und überdeckten damit die schon bestehenden Emigrantenstrukturen.³⁶⁰ Vertreten waren in unterschiedlichen Stärken unter

anderem Studenten, Internierte, vor 1944 legal Eingewanderte, royalistische Adlige und ehemalige Diplomaten. Kurz nach Beendigung der Kämpfe trafen auch Flüchtlinge aus Bayern, Kriegsverbrecher, aus Konzentrationslagern entlassene Juden etc. in der Schweiz ein. Im Wesentlichen war es auch diese Heterogenität, die den Streit innerhalb der Emigration verursachte. Verleumdungen, Bespitzelungen, Verzeigungen bei den schweizerischen Behörden, Gründungen konkurrierender Organisationen gehörten zum Emigrantenalltag. Besonders nachdem das seit 1920 bestehende politische System in Ungarn zusammengebrochen war, begannen die einzelnen Segmente und Einzelpersonen, ihre Rolle neu zu definieren und neue Wege in der Wahrnehmung ihrer Interessen zu suchen.³⁶¹

Die zweifellos aktivsten waren die Studenten, welche vor allem in Zürich (viele davon an der *Eidgenössischen Technischen Hochschule* ETH) oder in Genf (viele calvinistische Theologen) ansässig waren. Sie waren in einer Reihe von Organisationen tonangebend. Zu erwähnen ist hier sicher der *Zürcher Ungarnverein*, dessen Gründung auf das Jahr 1863 zurückgeht und 1945 ca. 100 Mitglieder zählte. Auch die Studentenvereinigung *Hungaria* in Genf bestand schon seit der Jahrhundertwende, stellte ihre Tätigkeit allerdings 1938 wieder ein. Sie wurde erst wieder ins Leben gerufen, als im Herbst 1942 eine grössere Anzahl von Stipendiaten aus Ungarn nach Genf gelangt war. Daneben wurde 1944 in enger Fühlung mit der katholischen *Pax Romana* eine *Schweizer Gruppe von katholischen ungarischen Studenten* (*Katolikus Magyar Diákok Svájci Csoportja*) gegründet. Diese Neugründung führte zu Verstimmungen mit der *Hungaria*, die sich als überkonfessionelle und quasi alleinige Vertreterin der ungarischen Studenten verstand.

Bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs war die Emigrantenfrage kein besonderes Traktandum in den diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und Ungarn. Die Politisierung begann erst mit dem Wirken einer ungarischen Widerstandsgruppe, die sich analog zur ungarischen Mutterorganisation zwar aus verschiedenen politischen Denkrichtungen zusammensetzte, allerdings unter der mehr oder weniger deutlichen Führung der Kommunisten wirkte. Sie führte den Namen *Ungarische Nationale Unabhängigkeitsfront* (*Magyar Nemzeti Függetlenségi Front*) MNFF.

Die MNFF: eine erste Schaltstelle zwischen Politik, Wirtschaft, Kultur und Emigration

Besonders unter den Studenten, die ihr Land zwangsweise hatten verlassen müssen, war der Drang nach politischer Betätigung vorhanden, wozu sich denn auch Gelegenheit bot: Vor allem die in Ungarn verbotene und in der Folge illegal operierende Kommunistische Partei suchte unter ihnen aktiv nach neuen Mitgliedern. Die Führungskräfte, die nach ihrer Rückkehr Ende 1944 die Marsch-

route in Ungarn bestimmen sollten, waren allerdings in Moskau versammelt.³⁶² Seit September 1941 verfügten sie sogar über einen eigenen Radiosender mit dem Namen *Radio Kossuth*. Damit gaben sie dem Widerstand eine Stimme und gewannen auch die Oberhoheit über die in Europa und Amerika weit verstreuten Gruppen.

Gerne verwies die kommunistische Geschichtsschreibung auf den heroischen Kampf der MKP gegen Horthy und die Deutschen, die in der kommunistischen Lesart beinahe identisch sind. Jüngste Tendenzen betonten gerne den Widerstand bürgerlicher Kreise gegen den deutschen Einfluss, wobei auch hier noch keine Klarsicht herrscht.³⁶³ Die Opposition gegen die deutschfreundliche Politik der von Horthy eingesetzten Regierungen erwachte zwar schon 1938 zum Beispiel mit der Gründung der Tageszeitung *Magyar Nemzet*, verstummte aber weitgehend auf Grund der herrschenden Pressepolitik.³⁶⁴ Die Vernichtung der ungarischen Streitkräfte am Don 1943 schockierte die ungarischen Machthaber, die Forderung nach der Beendigung des Krieges wurde auch in den Reihen der Machtelite immer lauter. Zudem verunsicherte das immer schnellere Vorrücken der Roten Armee sowohl die Öffentlichkeit als auch die politische Führung. Insbesondere nach der militärischen Besetzung Ungarns durch deutsche Truppen am 19. März 1944 bildeten sich unterschiedliche Zirkel, die nicht selten zur Erkenntnis gelangten, dass nicht allein der Kampf gegen die Deutschen notwendig sei, sondern auch das autoritäre Horthy-Regime ersetzt werden müsse. Nach dem am 15. Oktober 1944 gescheiterten Versuch Horthys, die Fronten zu wechseln, bestand die Widerstandsarbeit nun aus dem Verteilen von Flugblättern, dem Verüben von (wenigen) Sabotageakten, jedoch vor allem aus der Ausstellung falscher Papiere für Verfolgte, insbesondere für die Budapester Juden. Eine wirksame Bekämpfung der deutschen und der regulären ungarischen Armeeinheiten wollte aber – abgesehen von einigen wenigen Partisanenaktionen – nicht gelingen. Auch beschränkte sich der Wirkungskreis der Widerstandsgruppen vor allem auf das zwei Monate lang belagerte Budapest.

Die Entwicklung des Widerstandes in der Schweiz bis 1945

Nachdem die Rote Armee die ersten Dörfer im ungarischen Kernland befreit hatte, bildeten sich sogleich Komitees der MNFF. Die allgemeine politische Richtung der MNFF war die der Volksfront, also der Zusammenfassung aller «antifaschistischer Kräfte». Insofern war die schweizerische MNFF ein Abbild der sich 1944 im ostungarischen Debrecen versammelten Interimsregierung, die sich aus der *Kommunistischen Partei* MKP, den Sozialdemokraten SZDP, der linksstehenden *Nationalen Bauernpartei* NPP und der *Partei der Kleinen Landwirte* FKgP zusammensetzte. Die Schlüsselpositionen besetzten sowohl in Ungarn als auch in der schweizerischen Exilgruppe die Mitglieder der Kommu-

nistischen Partei, obwohl sie den anderen Gruppierungen zahlenmässig unterlegen waren. Mit einer Veranlassung zur Gründung war – der kommunistischen Geschichtsschreibung zufolge – ein Aufruf von Radio Kossuth in Moskau, der an Weihnachten 1942 verlesen wurde und als Grundlage für die Programme der einzelnen Gruppierungen in England, den USA, in Frankreich und eben auch in der Schweiz diente.³⁶⁵ Die Statuten wurden erst im April 1945 verabschiedet. Unter Artikel 1 definierte die Schweizer MNFF ihre Ziele wie folgt: «Der Verein hat zum Ziel, die Interessen aller in der Schweiz lebenden Ungarn im Sinne des neuen demokratischen Ungarn zu vertreten und die Rückkehr der in die Schweiz geflüchteten ungarischen Staatsangehörigen vorzubereiten; die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen der Schweiz und Ungarn im Einvernehmen mit den schweizerischen Behörden und der demokratischen Regierung Ungarns zu fördern und zu vertiefen.»³⁶⁶ Allerdings datieren die ersten Aktionen noch aus dem Mai 1944. Aus dieser ersten Zeit, in der sich die MNFF in der Illegalität bewegte, gibt es nur wenige Quellen. So ist nicht ersichtlich, wer die Initiative zur Gründung der Unabhängigkeitsfront ergriff. Sicher aber ist, dass von allem Anfang an die ungarische Kommunistische Partei in der Schweiz den Ton angab. Auch Teile des Zürcher Ungarnvereins, der Studentenvereinigung Hungaria in Genf und nicht organisierte ungarische Staatsangehörige nahmen aktiv an der Arbeit teil. Die Anwerbung neuer Mitglieder verlief zum Teil mit aggressiven Mitteln, was auch zu heftigen Diskussionen Anlass gab. Ein Beispiel für die neuen politischen Auseinandersetzungen war die Sprengung der Lausanner Hungaria und die Gründung der Studentenverbindung *Kossuth*. Aus der Hungaria waren am 6. Februar 1945 zehn Mitglieder, «deren demokratische Grundeinstellung mit der antidemokratischen und reaktionären der gegenwärtigen Führung und der übrigen Mitglieder unvereinbar ist», ausgetreten.³⁶⁷ Betrachtet man die Namenliste der Führung, so wird diese Behauptung schon durch die Vizepräsidentschaft von Ferenc Baron Bakách-Bessenyei bestärkt, der als ehemaliger ungarischer Gesandter in Bern auch Aktivitäten gegen die MKP in der Schweiz unternommen haben soll. In den Akten der Hungaria findet man auch Briefwechsel mit Anwärtern auf eine Mitgliedschaft, wobei sich die Studentenorganisation oft misstrauisch gebärdete. Hingegen stellten sich einige ehemalige Mitglieder gegen eine offene Unterstützung der MNFF.³⁶⁸ Weitere Kritikpunkte an der MNFF waren gemäss einem MNFF-Protokoll vom 28. April 1945 neben den unerlaubten Methoden der MNFF zur Erlangung ihrer Ziele, dass die Vereinigung nicht genug repräsentativ wäre und dass fast nur Juden Mitglieder seien, dass die MNFF eine kommunistische und nicht eine patriotische Vereinigung sei und dass sie nicht demokratisch, sondern diktatorisch geführt werde.³⁶⁹ Die Kritik ging zu weit, beinhaltete aber wahre Feststellungen. So war die MNFF tatsächlich in der Hand der schweizerischen Sektion der MKP

und verfügte später über gute Kontakte zu hohen Funktionären in der Mutterpartei. Das zahlenmässige Verhältnis der unterschiedlichen Gruppierungen in der MNFF ist aus den Quellen nur schwer eruierbar, wie auch die Gesamtzahl der Mitglieder unbekannt bleibt.³⁷⁰ Während eines dreiwöchigen Sommerlagers 1944 konnte die Mitgliederzahl auf jeden Fall erhöht werden; der Andrang war aber besonders in den letzten Monaten des Krieges gross: So zählte die MNFF im Mai 1945 90 und im Juli desselben Jahres 33 Beitritte. Insgesamt werden es einige Hundert Ungarn gewesen sein. Der MNFF-Funktionär István Eisenberg meinte: «Jeder rechtschaffene Ungar konnte Kontakt zur MNFF herstellen, wenn er ihn suchte.»³⁷¹

Exkurs: Die schweizerische Sektion der Ungarischen Kommunistischen Partei MKP

Insbesondere bei der ungarischen KP stand die Mitgliederzahl zu ihrem Einfluss auf die Emigrantenpolitik in einem umgekehrten Verhältnis. Sie bestand aus einem guten Dutzend Mitgliedern, wobei die Führungsriege noch enger gefasst werden kann, nämlich drei bis vier Männer. In einem Exkurs möchte ich einige Personen dieser Gruppe vorstellen. Ihrer Tätigkeit war die Vermittlung eines positiven Ungarn-Bildes in der unmittelbaren Nachkriegszeit zu verdanken. Es handelte sich dabei um den Chemiestudenten Franz Weiss (im folgenden Text mit dem ungarischen Namen Ferenc Vági bezeichnet), den Maschineningenieur György «Jim» Demeter und den Nervenarzt Tibor Hoffmann (in der Folge Tibor Szőnyi). Letzterer war der unangefochtene Anführer der Zelle. Diese drei hatten sehr gute Beziehungen zu den Nachbarn Lydia und Edgar Woog, prominente Mitglieder der illegalen *Kommunistischen Partei der Schweiz* KPS.³⁷² Woogs halfen wo sie konnten, am Wochenende luden sie die Ungarn zum Essen, später unterstützten sie sie bei der Beschaffung von Kleidern, Schuhen und Papieren.³⁷³ Während Szőnyi weitgehend im Verborgenen blieb, war der schon am 18. Oktober 1936 in die Schweiz eingereiste Ferenc Vági, ab 1938 Mitglied der KPS, der eigentliche Verbindungsmann. Im Herbst 1941 geriet er wegen kommunistischer Umtriebe in Untersuchungshaft der Bezirksanwaltschaft Zürich,³⁷⁴ nachdem der Zürcher Nachrichtendienst auf ihn aufmerksam geworden war. Vági drohte man – nach seinen eigenen Angaben – in der Untersuchungshaft häufig mit der Übergabe an die Deutschen. Es kam zwar nicht zu seiner Ausweisung, aber er durfte auch nicht weiterstudieren. Dem Nachrichtendienst entging offenbar, dass Vági ab 1943 einer der Leiter der ungarischen KP wurde. Sein Gefährte György Hódos nannte ihn sogar einen «Märtyrer der Sache des Sozialismus».³⁷⁵

Das später prominenteste Mitglied war Tibor Szőnyi, der zunächst Mitglied der österreichischen Gruppe der KP war und von der KPS beauftragt wurde, als erfahrenes Parteimitglied die ungarische Gruppe zu übernehmen. Später ope-

rierte die ungarische Gruppe unabhängig von der KPS. György «Jim» Demeter schliesslich hatte in der Schweiz studiert und dort auch seine spätere Ehefrau Rosa kennen gelernt, die 1939 die Ausbildung zur Physiotherapeutin abschloss. Nach einem kurzen Aufenthalt in Ungarn, wo die beiden auch heirateten, kamen sie zurück in die Schweiz, wo György Demeter 1942 sein Studium beendete. Rosa Demeter führte Kurierdienste für die österreichische KP aus und reiste zu diesem Zweck noch 1940 nach Wien.³⁷⁶ In dieser Zeit wurden immer mehr ungarische Studenten angeworben. Einige von ihnen gehörten zu den ca. 60 jüdischen ungarischen Studenten an der ETH in Zürich.³⁷⁷ Nach und nach stiessen Iván Bauer (in der Folge Iván Földi), János Dobó, Péter Balabán, Gyula Kuti, András Kálmán, György Hódos, György Somló, Péter Nagy, Tamás Ács, Endre Rosta und möglicherweise noch weitere Personen dazu. Die Gruppe bestand ausschliesslich aus Studenten, die meisten waren zwischen 1937 und 1939 in die Schweiz eingereist. Der Wirkungskreis der Gruppe beschränkte sich auf die Städte Zürich und Genf. Die neuen Mitglieder kannten sich nicht alle, die Zelle funktionierte mit konspirativen Mitteln. Vor allem Szőnyi war den meisten nur als Name geläufig, die Person hatten sie nur sehr selten oder nie getroffen.

In der ersten Zeit wurden die Neuen einer theoretischen Schulung unterzogen, erst danach wurden sie für bestimmte Arbeiten eingesetzt. Einzelne Mitglieder unterhielten Kontakte zu anderen politischen Gruppierungen. János Dobó lernte zum Beispiel in der Buchhandlung Oprecht die Schweizer Kommunistin Toni Drittenbass kennen. Die Buchhandlung Oprecht war eine Anlaufstelle für die verschiedensten Emigranten in Zürich. Gute Kontakte gab es ebenfalls zu den zahlreichen Jugoslawen. Auch zu nichtkommunistischen ungarischen Studenten gab es Kontakte, die überdies politisch genutzt werden konnten, als die MNFF gegründet wurde.

Die noch im Verborgenen operierende MNFF machte mit flammenden Aufrufen, die sich an junge Arbeiter, Eisenbahner, Mütter etc. richteten, auf sich aufmerksam. Flugblätter mit Parolen wie «Nieder mit Deutschland, es lebe Ungarn!» wurden vervielfältigt und verteilt. Ausserdem rief man zum Partisanenkampf in der in Jugoslawien operierenden *Petőfi-Brigade* auf. An einzelne offizielle Vertreter Ungarns wurden Drohbriefe versandt, wie im Mai 1944 an den ungarischen Konsul in Genf.³⁷⁸ Die MNFF wurde geleitet von einer 21-köpfigen Versammlung und einem fünfköpfigen Präsidium. Gute Kontakte hatte die Gruppe zu ähnlichen Widerstandsgruppen in Frankreich und England.³⁷⁹

Ein erstes Sprachrohr der MNFF, das unter ständigen finanziellen Schwierigkeiten litt, war ein eigenes Mitteilungsblatt, das wegen des Verbots politischer Betätigung für Ausländer anonym gedruckt wurde. Eine der wichtigsten Aufgaben der Untergrundarbeit war es, Geld für die Herausgabe dieses Blattes zu organisieren, die vor allem von Iván Földi geleistet wurde, der nach seiner

Diplomierung als Elektroingenieur an der ETH Zürich als «Berufsrevolutionär» lebte. Er wurde zusammen mit seiner Frau nach Genf geschickt, um die dortigen Studenten ähnlich den Zürchern zu organisieren. Als Delegierter der MNFF hatte er auch viel mit der Beschaffung von finanziellen Mitteln für das Mitteilungsblatt der MNFF zu tun. Tibor Szőnyi hatte ihm den Leiter des *Unitarian Service Committee* in Genf, den Amerikaner Noel Haviland Field, vorgestellt. Dieser war bekannt für seine finanziellen Hilfestellungen für kommunistische Emigranten in der Schweiz. So hat Field auch einige Male bei der Finanzierung oder der Postzustellung des Blattes geholfen.³⁸⁰ Die Mitarbeiter zahlten zudem einen Teil ihrer Stipendien ein. Das Blatt enthielt Informationen über die Lage in Ungarn und den Aufbau des neuen Ungarn, aber auch Namenlisten von unerwünschten Personen in der Schweiz. György Demeter baute eine Vervielfältigungsmaschine, womit die ersten beiden Nummern angefertigt werden konnten. Die späteren Nummern konnten in einer kommunistischen Druckerei durch Vermittlung der Schweizer Genossen angefertigt werden und sollen eine Auflage von 700–1000 Exemplaren erreicht haben.³⁸¹

Die Reise der kommunistischen Gruppe nach Ungarn 1944/45

Die eigentlichen Aktivitäten der MNFF begannen aber erst im Jahr 1945. Zu diesem Zeitpunkt hatten bereits die wichtigsten Personen der kommunistischen Gruppe ihre abenteuerliche Reise nach Ungarn angetreten. Der Wunsch der kommunistischen Gruppe war es offenbar, in Ungarn für den Aufbau einer neuen Gesellschaft zu kämpfen. Schon 1944 hatte die Leitung unter Szőnyi und Vági geplant, hinter den feindlichen Linien abzuspringen und den Widerstand im noch von Deutschen besetzten Ungarn zu organisieren.³⁸² Vági hatte Kontakte zu einem gewissen Herrn Müller, einem Mitarbeiter der *Basler Nachrichten* in Zürich. Dieser soll den Kontakt zu einem Herrn Wagner an der Amerikanischen Botschaft hergestellt haben. Dieser Herr entpuppte sich als Leiter des amerikanischen Geheimdienstes *Office of Strategic Services* OSS in Europa, Allen Dulles. Auch Szőnyi soll später mit ihm Kontakt gehabt haben.³⁸³ Die OSS unterstützte damals den Widerstand hinter den deutschen Linien, wobei die politische Ausrichtung der Widerstandsgruppen eher eine zweitrangige Rolle spielte.³⁸⁴

Am 18. Dezember versuchten Tibor Szőnyi, Ferenc Vági, György Demeter, János Dobó, Gyula Kuti und András Kelemen³⁸⁵ die Schweizer Grenze bei Veyrier (Kanton Genf) in Richtung Frankreich zu überqueren, wobei die Gruppe aufgegriffen wurde.³⁸⁶ Der zweite Versuch gelang am frühen Morgen des 6. Januars 1945. Die Gruppe hatte in Iván Földis Genfer Wohnung übernachtet, diese um 8 Uhr verlassen und dann illegal die Grenze erfolgreich überschritten.³⁸⁷ Auf der französischen Seite wartete die Genossin Ilona Kojcsza, die für die Gruppe ein Auto organisiert hatte, mit welchem sie nach Süden fuhren. Sie gelangten nach

langer Fahrt nach Marseille, wo sie nach wochenlangem Warten ein Flugzeug der OSS bestiegen, das sie über Bari nach Belgrad brachte. Die gefälschten jugoslawischen Papiere, die sie von befreundeten jugoslawischen Emigranten in der Schweiz erhalten hatten, ermöglichten ihnen, als Jugoslawen getarnt repatriiert zu werden. Vermutlich war es Mischa Lompar, der für die Rückführung der jugoslawischen Internierten in der Schweiz nach Jugoslawien verantwortlich war, der den Ungarn die gefälschten Papiere ausgehändigt hatte.³⁸⁸ Zu diesem Zeitpunkt bestand keine andere Rückreisemöglichkeit nach Ungarn. Von Belgrad aus fuhren sie mit dem Auto ins bereits befreite südungarische Szeged, wo sie aber sehr kühl empfangen wurden und zurückgeschickt werden sollten. Auf eigene Faust bestiegen sie Güterzüge, mit denen sie nach Budapest gelangten.³⁸⁹

Die Arbeit der MNFF in der Schweiz

Nachdem die Parteiführer die Schweiz verlassen hatten, war Iván Földi mit dem Organisieren der Aktivitäten der MNFF in der Schweiz betraut worden. Unter den tonangebenden Aktivisten waren nun auch solche Leute, die nicht der kommunistischen Zelle angehört hatten.³⁹⁰ Unter ihnen waren viele gut ausgebildete Fachleute, vor allem Mediziner und Naturwissenschaftler, aber auch Musiker, wie der Dirigent Georg Solti. Über das Funktionieren der Gruppe und ihre Kontakte zu Ungarn berichtet vor allem ein elfseitiger Brief vom 24. August 1945, der den vier Koalitionsparteien in Ungarn zugestellt wurde. Darin wird berichtet, dass die MNFF in praktisch allen Belangen der ungarisch-schweizerischen Kontakte zumindest involviert war. Kontakte bestanden auch zu den höchsten politischen Ämtern in Ungarn. Im Wesentlichen lässt sich die Tätigkeit der MNFF in fünf Bereiche bündeln:

1. *Die Vertretung Ungarns, solange keine diplomatischen Beziehungen bestanden:* Obwohl die MNFF bis Juli 1945 über keinerlei Vollmachten von Seiten der ungarischen Regierung verfügte, konnte sie mehrmals im Namen der ungarischen Emigration mit dem EPD verhandeln. Am 14. Juli 1945 erhielt die MNFF einen vom Präsidenten Árpád Szakasits und dem Sekretär der Übergangsregierung Gyula Kállai unterzeichneten Brief, in welchem sie aufgefordert wurde, Ungarn und die ungarischen Interessen in der Schweiz solange zu vertreten, bis nicht ein offizieller Vertreter Ungarns in die Schweiz geschickt werden kann.³⁹¹ Der letzte ungarische Gesandte, Károly Bothmer, wurde weder von der Übergangsregierung noch von der MNFF anerkannt. So schlug die MNFF dem Aussenminister unter Hinzuziehung von Beispielen von anderen Emigrantengruppen vor, den neuen Gesandten aus den Reihen der in der Schweiz lebenden Emigranten zu ernennen. Dies sollte zwar nie geschehen; dennoch versuchte die MNFF noch im August 1945, in gewissen wirtschaftlichen, kulturellen und diplomatischen Belangen von der Schweiz als offizielle Vertreterin Ungarns anerkannt zu wer-

den.³⁹² Der MNFF gelang es, den Leiter der politischen Abteilung im EPD, Walter Stucki, auf den sich in der Schweiz aufhaltenden ehemaligen ungarischen Ministerpräsidenten László Bárdossy aufmerksam zu machen, der in der Folge den Alliierten übergeben wurde.³⁹³

2. *Das Organisieren der Hilfslieferungen aus der Schweiz:* Die MNFF nahm Verhandlungen mit der *Centrale Sanitaire Suisse* CSS auf, um die Möglichkeit der materiellen Hilfe für Ungarn zu erkunden. Vor allem konnte sie der CSS die notwendigen Daten über die medizinische und soziale Lage in Ungarn liefern, was dazu führte, dass beim Eintreffen Ferenc Vágis im Auftrag des Ministers für Volkswohlfahrt innerhalb dreier Wochen eine erste Wagenkolonne mit Waren für rund 150'000 Franken die Schweiz in Richtung Ungarn verlassen konnte.³⁹⁴ Die Begleiter des 20 Autos umfassenden Konvois rekrutierten sich alle aus den Reihen der MNFF.³⁹⁵ Dieser erste Kontakt führte schliesslich zur Aufnahme Ungarns in das Programm der Schweizer Spende. Die MNFF stellte jeweils den ungarischen Ansprechpartner für Interventionen der Schweizer Spende, des Schweizerischen Roten Kreuzes, der Ungarnhilfe und anderen Organisationen.

Verantwortlich für die Kontakte zu den Hilfsorganisationen war vor allem Tamás Haas. Um die Hilfe am zweckmässigsten zu organisieren, schlug er vor, dass der Minister für Volkswohlfahrt einen ständigen Delegierten in der Schweiz ernennen sollte. Im August 1945 ging die MNFF davon aus, dass bei raschem Handeln Hilfe von ca. 1 Million Franken für Ungarn herauszuholen sei.

3. *Die Repatriierung von Flüchtlingen für den demokratischen Aufbau in Ungarn:* Nach Kriegsende hielten sich in der Schweiz ca. 2000 ungarische Staatsangehörige auf. Die MNFF verschickte Fragebogen, um zu erfahren, wie viele von ihnen repatriiert werden wollten. Die MNFF kam nach Auswertung der Bogen zum Schluss, dass 600 bis 1000 Ungarinnen und Ungarn repatriiert werden wollten.³⁹⁶ Es gelang, sechs Flüchtlinge aus dem Flüchtlingslager in Caux in eine CSS-Ärztemission nach Ungarn einzuschleusen.³⁹⁷

4. *Belebung der ungarisch-schweizerischen Wirtschaftskontakte:* Nur zaghaft wagte sich die MNFF an die Fragen der ungarisch-schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen, auf welchem Gebiet sie wohl kaum über genügend Fachwissen verfügte. Allerdings erkannte sie, dass die Schweiz innerhalb Europas das einzige Land war, das z.B. Maschinen nach Ungarn liefern konnte, weshalb die Handelsbeziehungen schnell ausgebaut werden sollten. Zudem wusste die MNFF von einem ungarischen Clearing-Guthaben von 24 Millionen Franken und schon bezahlten aber noch nicht ausgelieferten schweizerischen Waren für Ungarn in Zollfreilagern. Um die fehlende Vertretung der ungarischen Wirtschaft in der Schweiz zu ersetzen, stellte die MNFF einen *Ungarischen Wirtschaftsausschuss in der Schweiz* auf, der sich aus zwei MNFF-Aktivistinnen und den emigrierten

ehemaligen ungarischen Handelsvertretern zusammensetzte und sich mit allen Fragen des Aussenhandels befasste. Zum Zeitpunkt, in welchem die neue Organisation ins Leben gerufen wurde, verfügte sie aber noch nicht über das Archiv des letzten ungarischen Handelsvertreters in Bern, László Beke. Die Organisation entpuppte sich als Leerlauf, wickelte sich der schweizerisch-ungarische Warenaustausch doch ohne Involvierung dieser Organisation ab. Ausserdem existierte mit der GESUWA bereits eine erfahrenere Organisation, die sich in langen Jahren ein Kontaktnetz hatte aufbauen können, mit dem die MNFF-Wirtschaftsorganisation in keiner Weise mithalten konnte.³⁹⁸

5. *Die Informationsvermittlung über Ungarn in der Schweiz (Pressearbeit)*: Das wohl wichtigste Verdienst der MNFF war, dass sie in Zusammenarbeit mit dem *Comité de Secours en Suisse*³⁹⁹ des in Basel lehrenden Professors Fritz Verzár Informationen über die Lage in Ungarn beschaffen und verbreiten konnte. Ivan Földi unterstrich die Wichtigkeit dieser Tätigkeit in einem Bericht an die MKP: «Comme ni la presse suisse, ni la presse anglaise et américaine ne disposent, pour le moment, de correspondants en Hongrie, et comme le M.T.I. réorganisé n'a pas encore commencé son activité, actuellement c'est le service de presse organisé par nous qui est, en Suisse, l'unique service d'informations hongroises digne de foi.»⁴⁰⁰ So versorgten Péter Balabán (Hungaria) und der ehemalige Mitarbeiter der ungarischen Depeschagentur MTI, László Tarr, die schweizerische und internationale Presse mit Meldungen von Radio Kossuth und Radio Moskau. Ihre Informationsbulletins bildeten die Grundlage für die Bereitstellung schweizerischer Hilfe an Ungarn. Nach der Rückkehr nach Ungarn berichtete der Aktivist György Hódos als Wirtschaftskorrespondent der NZZ über den Wiederaufbau in Ungarn.⁴⁰¹ Darüber hinaus informierte die MNFF die ungarische Zentrale über die Lage der sich in der Schweiz befindlichen Ungarn und auch über ihre Erfolgchancen, was den Dienst am Vaterland betraf.

Allerdings konnten nur wenige Artikel in der Schweizer Tagespresse platziert werden, was Péter Balabán darauf zurückführte, dass gewisse ungarische Kreise dies bei den bürgerlichen Blättern erfolgreich verhinderten. Neben dem eigenen Bulletin arbeitete die MNFF auch an der *Revue de la Hongrie Nouvelle* in Genf mit.⁴⁰² Die MNFF informierte aber auch über verdächtige Personen, die sich in der Schweiz aufhielten. So befanden sich einige Parlamentarier der Horthy-Ära und ein ehemaliger Finanzminister unter den Emigranten. Die MNFF übermittelte dem ungarischen Justizminister am 24. August 1945 eine Liste von 67 verdächtigen Ungarn.⁴⁰³ Über diese Informationsvermittlung war unter anderem auch die GESUWA nicht sehr erbaut. An der Vorstandssitzung vom 12. September 1945 erläuterte ein Teilnehmer, dass die MNFF immer wieder Landsleute bei den schweizerischen Behörden anschwärze, und Friedrich Born, der ehemalige IKRK-Delegierte in Budapest, war der Meinung, dass sich darunter auch ein-

wandfreie ungarische Geschäftsleute befänden, denen die Schweiz zu grossem Dank verpflichtet sei. Diese wären Opfer dieser «jüdisch-kommunistischen» Gruppe Vági.⁴⁰⁴

Heimkehr der Aktivisten und der Rajk-Prozess 1949

Das Wirken der MNFF stiess also sowohl bei einigen ungarischen Emigranten als auch bei einzelnen Vertretern der schweizerisch-ungarischen Lobby auf Kritik. Ferenc Vági war nach seiner geglückten Rückkehr nach Ungarn offenbar der Verbindungsmann zwischen der MNFF in der Schweiz und Budapest. Während seines Besuchs in der Schweiz vom 2. bis 28. August 1945 verhandelte er nicht nur mit der CSS über den geplanten medizinischen Hilfskonvoi an Ungarn, sondern am 16. August 1945 auch mit den Herren der GESUWA. Offenbar hatte er auch ein Treffen im US-Konsulat in Genf.⁴⁰⁵ Schliesslich soll er sich auch noch 1946 in der Schweiz aufgehalten haben.⁴⁰⁶ Auch Iván Földi pendelte in den Jahren 1945 und 1946 ca. fünfmal zwischen Zürich und Budapest, bevor er sich im Oktober 1946 endgültig in Ungarn niederliess. Zuerst arbeitete er als Planbeauftragter der ungarisch-sowjetischen Ölgesellschaft.

Auch die anderen Mitglieder der MNFF und insbesondere der KP liessen sich in Ungarn nieder und bekleideten zum Teil hohe Ämter und Posten. Ferenc Vági war Journalist bei der Parteizeitung *Szabad Nép* (*Freies Volk*), dann ab 1948 zuerst stellvertretender Leiter der Presseabteilung der Parteizentrale, dann Leiter der Presseabteilung des Ministerpräsidenten. György Demeter wohnte zunächst bei seinem Jugendfreund György Aczél, dem späteren Kultusminister der Kádár-Ära.⁴⁰⁷ Er schaffte es bald in hohe Positionen als Maschinenbauingenieur. János Dobó arbeitete als Journalist und auf der Parteischule: Er heiratete seine Schweizer Freundin Toni Drittenbass, die 1947 mit der CSS nach Budapest gekommen war. György Hódos erhielt über Tibor Szőnyi und seinen Freund György Aczél eine Stelle bei einer Budapester Bezirksorganisation der Partei und arbeitete ebenfalls bei der Parteizeitung *Szabad Nép* und auch als Korrespondent für die NZZ. Péter Balabán kam beim ungarischen Radio unter. Tibor Szőnyi, der Leiter der Zelle, stieg in der Parteihierarchie kompetenthaft auf und wurde Leiter der Kaderabteilung der Kommunistischen Partei.

Die Schweizer Gruppe im Rajk-Prozess

Doch das Schicksal der Schweizer Gruppe nahm eine unerwartet tragische Wende. Im Mai 1949 wurde überraschenderweise der populäre Innen- und später auch Aussenminister László Rajk verhaftet. Ihm wurde vorgeworfen, ein Agent der USA und Titos zu sein, der die ungarische Führung beseitigen wolle. Der Schauprozess nach sowjetischem Muster sollte den Auftakt zur «Säuberung» der Partei von den Kritikern bzw. Feinden der Moskauer Linie des

allmächtigen Diktators Mátyás Rákosi bilden. Die Gründe lagen insbesondere in der Auseinandersetzung zwischen Stalin und Tito, die im Rahmen der Kominform ausgetragen wurde. Die Desavouierung Titos als Verräter und Trotzlist in allen kommunistischen Staaten sollte auch zu innerer Wachsamkeit verleiten. Jugoslawien wurde verstossen, weil es als Fremdkörper im inneren Gefüge der stalinistischen Identitätskonstruktion auftrat. Tito hatte die wichtigste Grundkonstante der Parteilogik missachtet, nämlich den blinden Gehorsam gegenüber der nächsthöheren Stufe der Parteihierarchie.

Dass in erster Linie die Ideologie handlungsleitend war, zeigt sich im Aufbau der verschiedenen Schauprozesse in Osteuropa.⁴⁰⁸ Ihre Eigentümlichkeit war, dass zuallererst der politische Zweck festgelegt wurde, zu welchem man in einem nächsten Schritt die Angeklagten auswählte. Schliesslich erfolgte die Konstruktion der erfundenen Verbrechen. Die *usual suspects* zu jenem Zeitpunkt waren zurückgekehrte Westemigranten, ehemalige Spanienkämpfer, ehemals von den Nazis inhaftierte Kommunisten, Heimkommunisten, Linkssozialisten und später auch noch Zionisten. Sie alle könnten vom Gegner eingeschleust worden sein.⁴⁰⁹ Einige dieser Kategorien trafen auch auf László Rajk zu, ebenso auf andere Westemigranten wie die oben porträtierte Schweizer Gruppe. Kronzeuge in diesem Prozess wurde der Amerikaner Noel Haviland Field. Er wurde verdächtigt, während seiner Tätigkeit für das Unitarian Service Committee mit dem amerikanischen Meisterspion Allen Dulles zusammengearbeitet zu haben.

Nur durch einen Zufall kam es zur Verknüpfung der Personen László Rajk und Tibor Szőnyi, vermutlich über einen Bericht des Agenten Edmond Ferenczi, der als MNFF-Aktivist in der *Internationalen Studentenhilfe* mitgewirkt hatte. Ein harmloser Begleitbrief von Noel Field an den Schweizer Studenten Max Horngacher geriet zum *Corpus Delicti*, welches beweisen sollte, dass Field ein Mitarbeiter von Allen Dulles gewesen sei.⁴¹⁰ So gerieten auch Tibor Szőnyi und die ganze Schweizer Gruppe unter Spionageverdacht. Mitte Mai 1949 wurden nach und nach fast alle Mitglieder dieser Gruppe verhaftet. Was diese Frauen und Männer an psychischer und physischer Folter zu erleiden hatten, wird am ausführlichsten in Béla Szász' Buch über seine eigene Rolle im Rajk-Prozess beleuchtet.⁴¹¹ Die aufs Schwerste misshandelten Menschen wurden für ihre Rolle im Schauprozess präpariert, die Aussagen auswendig gelernt und der Prozess im Vorfeld geprobt. In der Anklageschrift, die in mehreren Sprachen in Buchform veröffentlicht wurde, liest man die Geschichte der Emigration in der Schweiz noch einmal, diesmal aber aus dem Blickwinkel der stalinistischen Wahrnehmung der Gruppe um Rákosi. Hauptmerkmal dieser Sichtweise war die Konstruktion einer Bedrohungslage, die durch die Durchführung des Rajk-Prozesses gemildert werden sollte: «Dr. Tibor Szőnyi [lebte von] 1930 bis 1945, als er als amerikanischer Spion nach Ungarn gekommen war, [...] ausschliesslich

im Ausland. 1938 tauchte er in der Schweiz auf, wo er aus den sich dort während des Krieges aufhaltenden ungarischen Emigranten und Trotzlisten eine Gruppe organisierte. Bald trat er in Verbindung mit Noel H. Field, einem der Führer des amerikanischen Geheimdienstes, dann auch mit Allan Dulles [...]. Field hatte sich auf die sogenannten linken Spione spezialisiert, und dazu gehörten die Spionagegruppen verschiedener Nationen in der Schweiz. Auf Geheiss von Dulles trat Tibor Szőnyi in Kontakt mit Mischa Lompar [...], der während des Krieges in der Schweiz der gemeinsame Agent von Tito und den USA war, und der – wie auch Szőnyi – gegen Entgelt für Dulles Spionage betrieben hat. [...] Szőnyi hat erzählt, dass sie in Belgrad beim Innenministerium vorsprachen, wo sie ihre von den Spionen Lompar und Latinovic erhaltenen Papiere dem Wachtmeister Kovacevic vorwiesen. Dieser überreichte sie der politischen Polizei, der OZNA, wo sie während einiger Tage unterrichtet wurden, und welche sie über Novi Sad und Subotica als jugoslawische Offiziere in offizieller Mission nach Szeged begleitete. In Szeged vernichteten sie auf Geheiss des dortigen OZNA-Offiziers Kalafatic ihre jugoslawischen Papiere.»⁴¹² Nach der Flucht soll Szőnyi dafür gesorgt haben, dass seine «Bande» in einflussreiche Positionen gehievt wurde. «Szőnyi rief seine Spionagegruppe bis Februar 1947 alle zwei Monate zu Konsultationen zusammen. Von dort an traf er seine Agenten nur noch zu konspirativen Einzelgesprächen. An diesen Konferenzen unterwies er seine Leute, neue Leute in den Spionagering einzuschleusen, solche, die der Volksdemokratie feindlich gesinnt sind. Szőnyi informierte Rajk laufend über seine Aktivitäten und stellte ihm seine Organisation zur Verfügung. Rajk informierte Szőnyi regelmässig über seine eigenen Ziele und über die Befehle, die er von Tito, beziehungsweise Rankovic erhielt. Im Frühling 1949 verhandelte Tibor Szőnyi mehrere Male mit László Rajk über den Sturz der Republik und die gewaltsame Eroberung der Macht.»⁴¹³ Die Urteile waren streng: Drei der Hauptangeklagten, László Rajk, Tibor Szőnyi und András Szalai, wurden zum Tod verurteilt. In einem geheimen Nebenprozess wurde die Schweizer Gruppe abgeurteilt.⁴¹⁴

An dieser Stelle ist die Frage erlaubt, ob etwas an der Geschichte wahr sein kann, wonach Noel H. Field vom «master of spies» Allan Dulles wirklich beauftragt wurde, die kommunistische Regierung Ungarns mit amerikanischen Agenten zu infiltrieren. Die Wahrheit wird wohl ewig verborgen bleiben, da beinahe alle Akten des Rajk-Prozesses zwischen 1961 und 1969 vernichtet wurden.⁴¹⁵ Was bleibt sind einige wenige Dokumente, die der Historiker Gábor Kiszely in seinem Buch über die ungarische Staatssicherheit (AVH) bespricht, die Erinnerungen des Beteiligten György Hódos und das 1949 veröffentlichte Textbuch zum Prozess, aus dem schon ausführlich zitiert wurde. Daraus ergibt sich folgendes Phantombild:

Die Idee zur Durchführung des Prozesses kam aus Moskau, Rákosi und seine Getreuen setzten alles daran, diesen auch so bald wie möglich durchzubringen. Als einziger ausländischer Parteichef durfte Rákosi mit Stalin unter vier Augen verhandeln. Somit hatte er nach seinen Moskaureisen freie Hand, denn was auch immer er tat, konnte von niemandem hinterfragt werden, ohne Gefahr zu laufen, bei Rákosi oder sogar Stalin in Ungnade zu fallen. Ein Beweggrund für den Prozess war die «Säuberung» der Partei von der national gesinnten KP-Garde der Kriegszeit, die durch die Moskau-treuen Leute ersetzt werden sollte.⁴¹⁶ Allerdings wiesen die Anklagepunkte über die eigentlichen Angeklagten hinaus. Spätestens nach diesem Prozess war für die Öffentlichkeit klar, dass jeder Kontakt zum Ausland schwerwiegende Folgen haben konnte. Dies leuchtete insbesondere an der Aburteilung Szónyis und der Schweizer Gruppe ein.

Eigentlicher Hintergrund des Prozesses bestand darin, dass sich die Kommunistische Partei Jugoslawiens gegen die Hegemonieansprüche Stalins zur Wehr gesetzt hatte. Stalin schob zwar die Kominform und ideologische Differenzen vor, die machtpolitische Ursache des Konfliktes konnte jedoch nicht verhehlt werden. Das führte 1948/49 zum Bruch der Bruderparteien in den Volksrepubliken mit Tito, womit sich auch die Beziehungen Jugoslawiens zu Ungarn rapide verschlechterten, insbesondere nach dem Rajk-Prozess im September 1949.⁴¹⁷ Noel Field konnte ohne grössere Anstrengungen als US-Agent hingestellt werden, seine «simple-mindedness»⁴¹⁸ ermöglichte es, ihn nach Prag zu locken und ihn unter schwerer Folter zu erfundenen Geständnissen zu zwingen. Seine Geständnisse führten schliesslich zu jener Verhaftungswelle, in die auch die Schweizer Gruppe hineingeriet. Die Fakten: Bekanntschaft mit Field und Dulles, Fluchthilfe der OSS, gefälschte jugoslawische Papiere reichten aus, um daraus einen fiktiven Spionagering zu erdichten und diesen mit realen Todesurteilen zu beseitigen.

Die Geschichte der MNFF bis zur Hinrichtung einiger ihrer Mitglieder wirkte sich auch auf die schweizerisch-ungarischen Beziehungen aus. Aus Sicht der ungarischen Machthaber geriet die Schweiz ins Fahrwasser der US-Spionage und ins Lager der Imperialisten, die Emigranten aus der Schweiz wurden diesem Machtbereich zugeordnet. Auch die Hilfsorganisationen, namentlich die von Noel H. Field, entpuppten sich als mögliche Spionagenetzwerke. Zu dieser Zeit – Ende 1949 – war das Interesse der Schweizer Zeitungen für den Prozess allerdings kaum sehr ausgeprägt. Das verleitete den kommunistischen *Vorwärts* zu folgendem Kommentar: «Ein synchronisiertes Gestotter läuft wieder einmal durch die Spalten der von Amerika belieferten Schweizerpresse. [...] Jetzt tun die Herren erregt über den politischen Prozess, der in Budapest gegen Rajk und Konsorten durchgeführt wird. Mit stereotyper Langweiligkeit wird wiederholt: <Schauprozess... grundlose Anklagen... verlogene Behauptungen der Anklage>

usw. [...]»⁴¹⁹ Einzig der *Vorwärts* berichtete in grossen Artikeln während der ganzen Prozessdauer und stellte den Prozess in einen klassenkämpferischen Zusammenhang: «Eine Justiz, die sozialistische Erfolge gegen Feinde sichert, handelt nicht nur im Interesse des betreffenden Landes – hier Ungarn –, sondern im Interesse des Sozialismus überhaupt!»⁴²⁰

Etwas ernster als die Schweizer Presse nahm man den Prozess in Bern. Alfred Zehnder meinte kurz nach der Verhaftung Rajks im Juni 1949 zu Emil Oprecht, es sei ihm aus zuverlässiger Quelle bekannt, «dass man besonders die Schweiz zur Zielscheibe propagandistischer Bearbeitung machen will, und es ist fraglich, ob die für die wirtschaftlichen Interessen Verantwortlichen dies werden vermeiden können.»⁴²¹ Im Dezember war man in Bern aber wieder beruhigt. Die aussenpolitische Kommission des Nationalrats stellte, nachdem sie die auch auf deutsch und französisch vorliegende Prozessschrift (das Blaubuch) studiert hatte, fest: «[...] dans ce procès jamais la Suisse ni son gouvernement ou ses institutions n'ont été incriminés ou même critiqués. Aucun citoyen suisse n'est mêlé à l'affaire ni cité par le «Livres Bleu». La Suisse est simplement le pays où les Trotzkiistes hongrois et autres espions ont pu se réfugier et rencontrer les dirigeants de l'espionnage américain installés dans ce pays.»⁴²²

Neue Flüchtlinge in der Schweiz

Während die Schweizer Gruppe für ihre nicht begangenen Taten in Budapest büssen musste, waren bereits neue Emigranten in der Schweiz eingetroffen. Eine erste Gruppe traf 1945, eine zweite ab 1947 ein. Diese unterschieden sich, wie ich im Folgenden zeigen werde, stark von den Anhängern des MNFF. Sie verbreiteten ganz andere Ungarn-Bilder als die Kriegsflüchtlinge, und sie nahmen ganz andere Aufgaben wahr, als es die MNFF getan hatte.

Das Kriegsende erlebten ungefähr eine Million Ungarn in Österreich und in Bayern. Das entsprach rund 10% der ungarischen Gesamtbevölkerung.⁴²³ Die Ungarn machten etwa einen Zehntel aller sogenannter Displaced Persons aus, die sich auf dem weiteren Staatsgebiet des ehemaligen Deutschen Reiches befanden.⁴²⁴ Im Chaos der unmittelbaren Nachkriegszeit war es kaum möglich festzustellen, wer zurückkehrte, wer nach Westen weiterwanderte, wer doppelt und wer gar nicht registriert worden war. Das verordnete an Ort bleiben wurde selten eingehalten. Die Besatzungsmacht registrierte 303'000 Ungarn, die zu repatriieren waren, und bis Oktober 1946 wurden 223'787 Ungarn aus Westdeutschland und Österreich nach Ungarn zurückgeführt. Zweifelsohne waren Hunderttausende auf eigene Faust zurückgekehrt, die *Wiener Zeitung* nannte die Zahl von 540'000 Repatriierten, einzelne Autoren sprechen von bis zu einer Million.⁴²⁵ Sicher ist, dass nicht alle Ungarn zurückkehrten. Von 1946 bis 1948 wanderten 4713 ungarische Juden nach Palästina aus, wozu sich bis 1951 weitere

1022 Juden gesellten.⁴²⁶ Die *International Refugee Organization* IRO⁴²⁷ konnte zwischen dem 1. Juli 1947 und dem 31. Dezember 1951 insgesamt 62'001 nicht rückkehrwillige Ungarn auf der ganzen Welt, vor allem aber in den USA, Australien, Kanada und Israel verteilen.⁴²⁸ Hierbei handelte es sich aber auch um so genannte 1947er-Flüchtlinge. In dieser Statistik ist von der Schweiz keine Rede. Jedoch gelangten auch hierher 1945er-Flüchtlinge.

Gemäss Gyula Borbándi, aber auch die Presseerzeugnisse der 1945er-Flüchtlinge betrachtend ist feststellbar, dass es sich vornehmlich um Anhänger Horthys oder sogar um Pfeilkreuzler handelte. Es ist jedoch verfehlt, von den 1945ern kollektiv als Faschisten zu sprechen. Denn auch viele solche, die sich vor den Russen fürchteten, oder Juden, die nicht mehr an den Ort ihrer Verfolgung zurückkehren wollten, gehörten zu ihnen. Augenfällig ist aber die Vorherrschaft jener Kreise, die vor dem April 1944 in Ungarn die Elite gebildet hatten.

Obwohl sowohl die Amerikaner als auch die Schweizer keine politischen Aktionen duldeten, wurden nicht nur verschiedenste Organisationen gegründet, sondern auch das Parlament im bayrischen Altötting einberufen.⁴²⁹ Viele dieser Organisationen hatten einen eindeutig antibolschewistischen und nicht selten einen rechtsradikalen Zug. Vereinsnamen wie *Magyar Nemzeti Erök Egyesülése* [Vereinigung der nationalen Kräfte Ungarns] oder *Magyar Harcosok Bajtársi Közössége* [Kameradschaftliche Gemeinschaft der ungarischen Kämpfer] sprechen da eine deutliche Sprache. Nicht wenige ehemalige Gendarmen und Mitglieder des Jugend-Militärs traten der französischen Fremdenlegion bei. Die osteuropäischen Regierungen fürchteten sich – nicht unbegründet – davor, dass die Emigranten von den USA militärisch organisiert werden könnten. Die CIA plante vermutlich ab 1953 den Einsatz von Emigranten, die sich in westdeutschen Auffanglagern befanden, in einer Operation mit der Bezeichnung Red Sox/Red Caps einzusetzen.⁴³⁰

Auch die Schweiz war von der Flüchtlingswelle aus Deutschland und später auch aus Osteuropa betroffen. Gemäss dem statistischen Jahrbuch von 1946 befanden sich am 1. Mai 1945 insgesamt 6536 Ungarn in der Schweiz. Das machte rund 6% aller sich in der Schweiz befindlichen Flüchtlinge aus. Der geringe Prozentsatz ist auf das Fehlen von Militärpersonen zurückzuführen. Am 1. Juni 1947 wurden noch 846 Ungarn gezählt, wovon alle unter der Rubrik Emigranten und Zivilflüchtlinge eingeordnet waren. Ihr Anteil betrug nun 7% aller Flüchtlinge. Diese Zahlen sind allerdings mit Vorsicht zu geniessen, ist beim Transmigrationsland Schweiz doch von einer hohen Fluktuation auszugehen. Die rechtliche Lage der Flüchtlinge und Emigranten bei Kriegsende hatte sich seit den letzten Kriegsmonaten nicht mehr verändert. Damals wurden die Grenzen für gewisse Gruppen (ehemalige Schweizerinnen, politische Flüchtlinge, die an Leib und Leben bedroht waren, und Personen mit gültigen Einreisevisa) geöffnet. Auch Mi-

litärpersonen wurden – ausser mutmasslichen Kriegsverbrechern – eingelassen. Im April 1945 wurden allerdings zuerst die Nord- und dann auch die Ost- und Südgrenze vorübergehend geschlossen. Auch Repatriierungstransporte durchquerten die Schweiz vom Deutschen Reichsgebiet nach Frankreich. Hier waren allerdings keine Ungarn dabei, schloss doch Frankreich eine Übernahme von Balten, Italienern, Ungarn, Spaniern und Polen aus. Ab Dezember 1945 traten neue Weisungen des *Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements* EJPD in Kraft, wonach Ausländer auch ohne Einreisebewilligung aufgenommen werden konnten, sofern sie geltend machten, dass sie in ihrer Heimat aus politischen Gründen verfolgt würden. Bis zum März 1947 blieben jene Emigrantartikel in Kraft, wonach sich die Flüchtlinge zur Weiterreise verpflichten mussten. Auch wurde jegliche politische Tätigkeit untersagt. Mit den Weisungen des EJPD am 26. November 1948 wurde die Aufnahme von (Ost-)Flüchtlingen vereinfacht. Erst das Bundesgesetz vom 21. März 1949 gewährte die Möglichkeit, dass die sich in der Schweiz befindlichen 14'000 Flüchtlinge eine ordentliche Bewilligung erlangen konnten.⁴³¹

Die Gründe für die Einreise waren mannigfaltig. Als auf Grund der Enthüllungen über den Massenmord an den Juden im Sommer 1944 die Notwendigkeit der Rettung zumindest der ungarischen Juden offensichtlich wurde, erklärte sich der Bundesrat bereit, 14'000 von ihnen aufzunehmen. Am 21. August 1944 traf eine erste Gruppe von 318 Juden aus dem KZ Bergen-Belsen in St. Margarethen ein, am 7. Dezember 1944 folgten weitere 1352 Juden. Im Januar 1945 folgten 301 weitere Lagerinsassen mit süd- und mittelamerikanischen Papieren. Diese Flüchtlinge waren von Rezső Kastner und Saly Meyer bei den Deutschen freigehandelt worden. Heinrich Rothmund, Leiter der Polizeiabteilung im EJPD, war über diesen Coup überhaupt nicht erbaut und erreichte offenbar auch eine Verzögerung des Transportes. Die meisten dieser Juden wurden im Flüchtlingslager in Caux untergebracht. Ab der zweiten Jahreshälfte 1945 bis 1949 reisten auch 180 Juden ein, die nicht aus Konzentrationslagern, sondern direkt aus Ungarn kamen.⁴³²

Aus Quellen der Flüchtlingshilfe des *Schweizerischen Arbeiterhilfswerks* SAH ist das Muster zu entnehmen, wonach die Flüchtlinge aus deutschen Lagern in die Schweiz gerieten und hier bis zu ihrer Repatriierung unterstützt wurden. Allerdings klappte die Unterstützung nicht in jedem Fall reibungslos, teilweise mussten Flüchtlinge monatelang auf die versprochenen Kleider oder Geld warten, und oft bedurfte es mehrerer Anfragen, bis die Unterstützung endlich eintraf.⁴³³

Neben den Opfern reisten aber auch die Täter ein. Einer von ihnen war der ehemalige Ministerpräsident Bárdossy.⁴³⁴ In der Periode 1945–1948 waren zumindest vorübergehend 31 ungarische Diplomaten oder Politiker in der Schweiz

wohnhaft. Diese emigrierten Diplomaten bilden ein eigenes Kapitel. Gyula Borbándi unterscheidet drei Gruppen: Zur ersten gehörten diejenigen, die schon während des Krieges den Dienst quittierten, zur zweiten diejenigen, die gegen die Absetzung von Ferenc Nagy 1947 protestierten, zur dritten schliesslich diejenigen, die erst 1948/49 bei der letzten Stufe der Sowjetisierung Ungarns (Rajk-Prozess, Zwangsvereinigung der sozialdemokratischen mit der kommunistischen Partei zur MDP) abgesprungen waren.⁴³⁵ Die Diplomaten bildeten ein eigenes Netzwerk, verfügten über ein weites Beziehungsnetz im Westen und waren finanziell unabhängig. Die meisten von ihnen waren nur für kurze Zeit in der Schweiz. Sie waren der neuen ungarischen Regierung aber genauso ein Dorn im Auge wie den Schweizer Behörden. Insbesondere, wenn diese auch wirtschaftliche Ansprüche geltend machten und Schweizer Ware, die nach Ungarn geliefert werden sollte, mit Arrest belegen liessen.⁴³⁶ Die neuen Emigranten standen der neuen Regierung in Ungarn nicht wohlwollend gegenüber. Sie entfalteten denn auch mit Hilfe der Schweizer Presse eine eigentliche Propaganda gegen die ungarische Regierung.⁴³⁷

Die spektakuläre Flucht des Ministerpräsidenten Ferenc Nagy

Die wohl spektakulärste und zugleich folgenreichste Flucht eines Ungarn in die Schweiz war die Abdankung und Emigration des amtierenden Ministerpräsidenten Ferenc Nagy. Sie führte zu einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den USA und drängte die Schweiz aus ungarischer Sicht in das amerikanische Lager, während Ungarn in den Augen der Schweiz von nun an nur noch als Satellit der Sowjetunion galt. Das demokratische Experiment in Ungarn galt damit bereits als gescheitert und eine ganze Reihe von Politikern und Diplomaten verliess Ungarn bzw. ihren Dienst für das Land und bildete jenes Reservoir an Opposition, die sich im Ausland gegen das kommunistische Ungarn organisierte.

Nagy war als gewählter Ministerpräsident Ungarns mit der wichtigste politische Gegner der Kommunisten. Er führte die *Partei der Kleinen Landwirte* FKgP an, die bei den Wahlen im November 1945 das absolute Stimmenmehr erhalten hatte. Mit der Konstruktion einer Verschwörung und den ersten Verhaftungen aus Kreisen der FKgP wollte der Führer der MKP, Mátyás Rákosi, den Zerfall der Partei erreichen und insbesondere die Parteiführer in ein pseudojuristisches Verfahren verwickeln. Das konstruierte Netzwerk der «Verschwörer», das mehrere hundert Personen umfasste, basierte auf einem tatsächlich bestehenden Netzwerk zweifelhafter Provenienz, die dem Deutschtum auf Rassenbasis ein Ungartum entgegenstellen wollte. Trotz der Anwendung von schwerer Folter und dem wachsenden Druck der sowjetischen Besatzer zeigten sich die Verhafteten weitgehend resistent. Das Parlament hob

die Immunität der besagten Politiker nicht auf, worauf im Februar 1947 der Parteisekretär Béla Kovács von den russischen Besatzern verhaftet wurde. Die Konstrukteure des Netzwerkes bezogen auch ins Ausland geflohene frühere Militärs und Politiker mit ein, wodurch jeglicher Kontakt mit dem Ausland ein potentieller Gefahrenherd wurde. In diesem Zusammenhang wurde u.a. auch gemunkelt, der Ministerpräsident habe seine Kinder absichtlich in die Schweiz und in die USA geschickt.⁴³⁸

Die Schweiz rückte in den Augen der kommunistischen Partei immer weiter ins westliche Lager. Die Berichte der MNFF, des Nachrichtendienstlers László Tarr und der Gesandtschaft in Bern taten womöglich ihre Wirkung, wenn sie berichteten, in der Schweiz wimble es nur so von verdächtigen Ungarn. So ist es zwar ein Zufall, aber nicht unbedeutend, dass die Abdankung des Ministerpräsidenten Nagy anlässlich seiner Reise in die Schweiz im Mai und Juni 1947 stattfand. Nagy hatte gemäss seiner eigenen Darstellung Verlangen nach einem dreiwöchigen Urlaub, wobei er auch seine Tochter besuchen wollte, die in der Schweiz zur Schule ging. Ausserdem soll er sich seit seiner Jugend für die schweizerische Landwirtschaft interessiert haben. Schliesslich kam für ihn als Urlaubsland nur die Schweiz in Betracht, weil die benachbarten Staaten Ungarns keine Erholung gebracht hätten, vor allem Russland nicht: «Ich konnte mich nur für ein neutrales Land interessieren, und da lag die Schweiz auf der Hand.»⁴³⁹ Während seiner Abwesenheit verwickelte man ihn in die Verschwörung. Warnungen seiner Freunde und die Verhaftung seines Sekretärs veranlassten ihn, nicht sofort zurückzufahren. Schliesslich forderte man ihn zum Abdanken auf, was er nur tun wollte, wenn sein in Budapest gebliebener fünfjähriger Sohn ihm in die Schweiz nachfolgen konnte. Nach einigem Hin und Her gelang am 2. Juni in Buchs der Tausch des Kindes gegen den Abdankungsbrief. Nagys Forderung, seinen Privatsekretär freizulassen, kam Ungarn nicht nach, und Nagy verzichtete endgültig auf diese Forderung, als der ungarische Botschafter in Bern, Gordon, ihm mitteilte, die Schweizer Regierung sei über die Affäre nicht sehr erbaut, wie auch aus einer Aufzeichnung im EPD ersichtlich ist: «En effet, la première condition de l'octroi de l'asile était que l'intéressé renonçât à toute activité politique; or, si M. Nagy continuait à se considérer président en exercice du conseil hongrois, ce fait constituerait une activité politique. La Suisse ne pourrait tolérer que son territoire serve de plateforme aux controverses qui surgiraient forcément entre lui et Budapest.»⁴⁴⁰ Nagy wurde Asyl gewährt und ihm trotz der üblichen Auflagen erlaubt, sich einmal in der Presse zu den Vorwürfen zu äussern, um seine Ehre zu verteidigen. So wurde die Schweiz Schauplatz des Scheiterns des kurzen Demokratieversuchs in Ungarn. Nagy blieb nur kurze Zeit in der Schweiz und stellte einen Einreiseantrag für die USA.⁴⁴¹

Das Echo auf diese Demission war gewaltig. Der heftige Protest Trumans bei Stalin hatte eine weitere Verschlechterung des weltpolitischen Klimas zur Folge. Zudem demissionierte eine ganze Reihe von erstrangigen ungarischen Diplomaten in Paris, Rom, Washington, Ankara etc. Auch Ferenc Gordon demissionierte und ersuchte die Schweizer Behörden noch im Juni 1947 um Asyl, welches ihm umgehend gewährt wurde.⁴⁴² Die Schweizer Bevölkerung wurde durch die Presse ausführlich informiert. Nagy wurde, wie er in seinen Memoiren schrieb, überall mit grosser Sympathie begegnet: «Am Walensee in Walenstadt machten wir vor einem kleinen Hotel Halt. Der Hotelbesitzer rannte mit seiner Familie uns entgegen und bot uns eine Übernachtungsmöglichkeit an. Auf der Terrasse sassen Offiziere beim Abendessen. Sie standen auf und salutierten wortlos, als sie mich erblickten. Einfache Schweizer Bürger grüssten von allen Seiten.»⁴⁴³ Auch andere Politiker der FKgP folgten Nagy in die Schweizer Emigration, wie der amtierende Parlamentspräsident Béla Varga.⁴⁴⁴

Die Gruppe der Sozialdemokraten

Spätestens nach der Zwangsvereinigung der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei tauchte eine Reihe sozialdemokratischer Politiker in der Schweiz auf – unter ihnen Károly Peyer und der frühere Industrieminister Antal Bán, der im April 1946 in Bern die ungarische Wirtschaftsdelegation angeführt hatte. Beide hatten Ambitionen, die Sozialdemokraten im Exil neu zu formieren, was zu Streitereien führte, die vor allem von Seiten Peysers und seinen Anhängern mit unfairen Mitteln geführt wurden. Bán war Vertrauensmann des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks, d.h. er konnte entscheiden, welche ungarischen Sozialdemokraten unterstützt werden sollten und welche nicht. Interessanterweise sollte Peyer nicht unterstützt werden, weshalb er sich an die Caritas wandte. Peyer warf Bán vor, über jede Menge Geld aus dubiosen Quellen zu verfügen, und beschimpfte ihn als kommunistischen Agenten.⁴⁴⁵ Diese Angriffe wehrte Bán öffentlich ab, jedoch war eine Schlichtung des Streites unabdingbar, weshalb das *Comité der Internationalen Sozialistischen Konferenzen* COMISCO die Sozialdemokratische Partei der Schweiz beauftragte, in dieser Sache Untersuchungen durchzuführen. Am 11., 20. und 23. Februar sowie am 11. März 1949 fanden diesbezüglich Besprechungen der Untersuchungskommission mit den Genossen Peyer und Bán statt. Es ist müssig darzustellen und an dieser Stelle unerheblich, worum sich der ganze Streit entfaltete. Der Untersuchungskommission fiel auf, «dass Peyer sich mit seinen Klagen, (die auch die Behandlung seiner Leute durch das Arbeiterhilfswerk betreffen) an einen Polizeibeamten wandte, von dem er wusste, dass er amtlich mit der Überwachung der Kommunisten zu tun hatte.» Deshalb hätten Bán und seine Anhänger Polizeiverhöre über sich ergehen lassen müssen. Damit ist auch nachvollziehbar, weshalb Peyer nicht vom SAH unter-

stützt wurde.⁴⁴⁶ Die COMISCO entschied sich in der Folge für die Gruppe Bán, hielt sie aber an, die Einigung mit der Peyer-Gruppe zu suchen.⁴⁴⁷ Als die Untersuchung durchgeführt wurde, befanden sich die Streithähne bereits nicht mehr in der Schweiz, von wo sie ihre Aktivitäten auch nicht hätten ausüben können. Dieses Beispiel zeigt exemplarisch, wie Streitigkeiten, die ihren Ursprung in Ungarn hatten, ins Exil hinausgetragen wurden und so zu einer Zergliederung der ohnehin schon spärlichen ungarischen Emigration beitrugen.

Die neu ankommenden Ungarn wurden auch von den konfessionell organisierten Hilfswerken betreut. Die Caritas nahm sich der katholischen Flüchtlinge an. Die Betreuung war jedoch schwieriger als erwartet, unterschiedliche Vorstellungen prallten aufeinander, die kulturellen Unterschiede waren offenbar bedeutend. Das verdeutlicht der folgende Auszug aus dem Tätigkeitsbericht der Caritas: «Die Schwierigkeiten beginnen im allgemeinen erst wieder, wenn die Leute das Lager verlassen müssen. Manche kommen mit falschen Vorstellungen, geben sich Hoffnungen hin, die nie erfüllt werden können. Vor allem ist es für die Studenten schwer, wenn ihnen erklärt werden muss, dass sie ihr Studium nicht wieder aufnehmen können, sondern sich einem praktischen Beruf zuwenden müssen. Auch für ausgebildete Akademiker ist es nicht leicht, wenn sie erkennen müssen, dass ihnen die Schweiz keine Möglichkeit bieten kann, sich in ihrem Beruf zu betätigen. Da die Ungarn zu körperlicher Arbeit vielfach eine negative Einstellung haben, ist die Umstellung für sie sehr schwer, wie es ihnen überhaupt nicht leicht fällt, sich mit der nüchternen und realen Schweizerart abzufinden. Ausser den Ungarn kam noch eine Anzahl Tschechen. Sie fügen sich im Allgemeinen leichter ein und sind bedeutend rascher im Erfassen der Möglichkeiten, die sich ihnen bieten.»⁴⁴⁸

Anhänger der Nationalen Bauernpartei NPP

Dieser Umstand wird auch bei einem Kreis von Intellektuellen deutlich, der um 1948/49 in die Schweiz gelangte. Es handelte sich um Anhänger der linksorientierten Nationalen Bauernpartei, die einem ihrer Führer, Imre Kovács, in die Schweiz gefolgt waren. Alle neun Mitglieder des besagten Kreises waren entweder ehemalige Parlamentarier oder Parteisekretäre, einer von ihnen war sogar Staatssekretär. Mindestens sieben von ihnen verdingten sich in der Schweiz als Gärtner- oder Maurergehilfen oder als Hotelangestellte. Sie waren aber noch jung genug – der älteste war gerade 31 Jahre alt –, um sich mit körperlicher Arbeit über Wasser zu halten. Ausserdem betrieben sie Politik, indem sie versuchten, ihre Partei zusammen oder unabhängig von der FKgP im Exil wieder aufzubauen. Eine diesbezügliche Konferenz fand – trotz des Verbots der politischen Betätigung von Emigranten – am 27. März 1949 in Wallisellen statt. Der besagte Zirkel traf sich regelmässig im Tearoom Argentinia in Zürich, weil die meisten von ihnen

in der Nähe arbeiteten oder wohnten. Unterstützt wurden sie in der ersten Zeit vor allem von der Caritas. Je nachdem, wo die Flüchtlinge untergebracht waren, hatten sie lange Wege auf sich zu nehmen, um an den Treffen teilnehmen zu können. Zwei von ihnen wohnten sogar im südbündnerischen Grono (Misox). Der Auswanderungszwang lastete auf den jungen Männern, fünf von ihnen wanderten in den nächsten 2–3 Jahren weiter in ein anderes Land.

Vor allem das Verbot der politischen Betätigung schränkte ihre Lebensqualität ein, beabsichtigten sie doch, eine eigene Zeitschrift herauszugeben. Die erste Nummer wurde unter grösster Geheimhaltung mit Hilfe eines Kopiergerätes, zu welchem ein anderer ungarischer Emigrant den Zugang verschaffte, produziert. Im November 1950 wurden die 350 Exemplare über die Grenze nach Annemasse geschmuggelt, von wo sie in alle Welt verschickt wurden. Dennoch kam die Bundesanwaltschaft auf ihre Spur und verwies einen der – zu jenem Zeitpunkt nicht mehr in der Schweiz weilenden – Redakteure des Landes. Schon 1951 wurde die Produktion nach Paris verlegt, die Redakteure aber blieben zumindest vorerst in der Schweiz.⁴⁴⁹ Es zeigte sich, dass die wenigsten politisch aktiven Emigranten in der Schweiz verharren, da sich für ihre Tätigkeit genügend andere, weitaus günstigere Umgebungen anboten. Die USA, Paris und München wurden zu den wichtigsten Emigrantenzentren im Westen.

Die Schweizer Presse als Kampfarena der ungarischen Emigranten

Die massgebenden Zeitungen in der Schweiz begruben nun die zuletzt noch gehegten Sympathien für das neue Ungarn. Die *Weltwoche* z.B. berichtete in insgesamt sechs grossen Artikeln über den Machtkampf in Ungarn. Wurden im Januar die kommunistischen Vorwürfe gegen die FKgP noch als teilweise gerechtfertigt beurteilt, so lobte man im Februar schon den Instinkt der ungarischen Bevölkerung, «keine fremden Herren und kein fremdes Ideengut» zu dulden. Dies entsprach einer offenbar helvetischen Tugend. Die Loskopplung der ungarischen Bevölkerung (vertreten durch die FKgP) von den «fremden Herren» (Kommunisten) nahm in der Folge noch zu. Mal wurden in einer Karikatur die «Kleinen Landwirte immer kleiner» bis sie um einen Kopf kürzer waren, mal scherte das «Pusztapferd» vor dem Wagen, in dem Molotov und Stalin sitzen, aus. Im Dezember schliesslich ist Ungarn schon das «Dänemark des Ostens», in Anspielung auf den vergleichsweise behutsamen Umgang der Deutschen mit dem besetzten Dänemark.⁴⁵⁰ Damit stellte sich bereits 1947 folgende Lesart der Ereignisse in Ungarn ein: Die Bevölkerung sei ein tüchtiges bodenständiges Bauernvolk, das immer wieder von «fremden Herren» und ihren Vasallen unterjocht werde. Die Bevölkerung erhielt aus dieser Sicht eine Opferrolle, während die Kommunisten Täter waren, die den Nationalsozialisten praktisch gleichgestellt wurden.

Dass sich diese Sicht schon so früh eingestellt hatte, ist nicht zuletzt im Wirken der ungarischen Emigration in der Schweiz zu suchen. Hatten die kommunistischen und die MNFF-Kreise noch eine optimistische Sicht verbreitet und in der Presse platziert, so waren es 1947 vorwiegend Flüchtlinge, die entweder 1945 oder auf Grund des Machtkampfes 1947 in der Schweiz eintrafen. Mit der Auflösung des Zweckbündnisses MNFF nahmen wieder Organisationen und Netzwerke die Beeinflussung der öffentlichen Meinung in die Hand, die es vor und während dem Krieg schon getan hatten und die mit dem Eintreffen der politisierten Flüchtlinge neuen Auftrieb erhielten. Die beginnende Verfolgung der Sozialdemokraten und das Eintreffen Károly Peyers sowie anderer namhafter Sozialdemokraten bewirkten eine Änderung der Haltung der sozialdemokratischen Presse.⁴⁵¹ Auch die NZZ bezog ihre Wirtschaftsberichte nicht mehr aus der Feder von György Hódos, die Ergebnisse, die Ferenc Gordon in seinem Kampf für eine objektive Berichterstattung über Ungarn in den Schweizer Zeitungsredaktionen erreicht hatte, gehörten endgültig der Vergangenheit an. Mit dem Verschwinden der MNFF und der Erfolglosigkeit der ungarischen Gesandtschaft hatten die Vertreter der Volksrepublik Ungarn keinen Einfluss mehr auf die Berichterstattung der Schweizer Presse.

Die Spionageaffäre László Tarr

Hatten die Emigranten in der Schweiz die Gemüter der ungarischen und der Schweizer Regierung erregt, so sorgte die Spionageaffäre um László Tarr für wirklichen Wirbel in den schweizerisch-ungarischen Beziehungen. Vermutlich musste der verdächtige László Tarr dem Mann der Kommunistischen Partei in der Berner Botschaft, József Száll, Bericht erstatten. Der damalige Ministerpräsident Ferenc Nagy berichtete, während seines Schweizaufenthaltes hätte sich ein in der Schweiz lebender linksorientierter ungarischer Beamter gemeldet, er hätte den Auftrag bekommen, Nagy zu bespitzeln, und er hätte zum Schein eingewilligt. Seine Informationen müsse er an einen unbekanntem Dritten weiterleiten, der nach Nagys Überzeugung nur Száll sein konnte.⁴⁵² Der Beamte ist mit grosser Wahrscheinlichkeit László Tarr, insbesondere weil er als langjähriger Mitarbeiter der ungarischen Depeschenagentur MTI in Kontakt mit den unterschiedlichsten Personen der ungarischen Emigration stand und damit an der Quelle aller Informationen sass. Nach der Rückkehr der MNFF-Aktivisten nach Ungarn war er diejenige Person mit MNFF-Vergangenheit, die am ehesten Einblick in die verwirrende Emigrantenszene hatte. Schon im April 1945 war Tarr von der MNFF beauftragt worden, Daten über die in die Schweiz kommenden Ungarn zu sammeln.⁴⁵³ Die KP kannte ihn auch als zuverlässigen Zeitgenossen, Iván Földi empfahl ihn 1945 der Parteiführung sogar als Mitarbeiter im neu aufzubauenden konsularischen Dienst in der Schweiz.⁴⁵⁴ Seine Vergangenheit

machte ihn zudem für die neuen Machthaber in Ungarn erpressbar, was sich schon zu Beginn seiner MNFF-Tätigkeit herausstellte, als ein gewisser Géza Pallai ihn bei der MNFF anschwärzte und sich Tarr gezwungen sah, eine Ehrverletzungsklage gegen den Denunzianten anzustrengen.⁴⁵⁵ Anlässlich seiner Verhaftung am 12. Januar 1948 in Zürich fanden die Beamten der Stadtpolizei Zürich Durchschläge von Berichten zu insgesamt 56 Personen, worunter sich auch einige Schweizer Bürger befanden. Das Gericht verurteilte Tarr zu 5 Monaten Gefängnis und 10 Jahren Landesverweis, wobei das Urteil zweitinstanzlich auf 1 Jahr und 6 Monate Gefängnis, 10 Jahre Landesverweis und die Übernahme der Gerichtskosten angehoben wurde. Milde gab es keine: «Strafmindernd kann einzig berücksichtigt werden, dass der Angeklagte, soweit bekannt, einen einwandfreien Leumund genießt, und dass er wahrscheinlich von den kommunistischen Machthabern in Ungarn unter Druck gesetzt wurde. Trotzdem muss sein Verschulden als schwer angesehen werden. Ein Fall wie der vorliegende darf nicht bagatellisiert und mit einer so geringen Strafe, wie der von der Vorinstanz ausgesprochenen, geahndet werden. Gegen den politischen Nachrichtendienst kann überhaupt nur mit scharfen Strafen wirksam eingeschritten werden. Die von der Staatsanwaltschaft beantragte Strafe von einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis ist angemessen.»⁴⁵⁶

Die ungarische Regierung protestierte scharf, zog ihren Botschafter in der Schweiz, Imre Oltványi, kurzerhand zurück und startete eine Pressekampagne gegen die Schweiz. Motor der Aktion war nach Auffassung des Schweizer Gesandten in Ungarn, Ernst Feisst, József Révai, der Leiter der ausserpolitischen Kommission der Nationalversammlung und einer der Führer der kommunistischen Partei. Feisst erkundigte sich bei allen wichtigen Stellen bis hinauf zu Mátyás Rákosi zu ihrer Stellungnahme in der Sache. Letzterer versicherte Feisst «mit aller Bestimmtheit, dass in der Behandlung des Falles Tarr keine irgendwelche Absicht oder gar ein System liege. [...] Ungarn und namentlich die kommunistische Partei, die er vertrete, beabsichtigen, nach wie vor mit der Schweiz die korrektesten und freundschaftlichsten Beziehungen zu unterhalten. Von irgendeiner Änderung der bisherigen politischen Ausrichtung könne keinesfalls die Rede sein.»⁴⁵⁷ Feisst deutete die Affäre als weiteren Schritt in der ideologischen Blockbildung: «Es ist ganz offensichtlich, dass die militanten Kommunisten unter der Führung des Abgeordneten Revai die Angelegenheit überflüssigerweise aufgebauscht und die Regierung in eine schiefe Situation hinein manövriert haben. Ob gut- oder schlechtgläubig, erblickt der genannte Abgeordnete [Révai] in seinem eingefleischten Hass gegen alles Westliche im Vorgehen der Schweiz eine Dienstleistung an Amerika. [...] Diese eigenartige Erscheinung ist nur eine Bestätigung für das nun auch in Ungarn in verschärftem Masse angewandte Prinzip der systematischen Verdächtigungen.»⁴⁵⁸ Dieses

Klima beeinträchtigte sowohl den Aufenthalt und die Arbeit von Ausländern als auch die der Botschaft. «Diese spürbaren Veränderungen, die durch vermehrte Beobachtung des Tun und Lassens der In- und Ausländer, sowie in einer Intensivierung der unkontrollierbaren Gerüchtebildung zum Ausdruck gelangen, haben zu dem im letzten Bericht relevierten politischen Klimawechsel geführt. Es ist angezeigt, sich noch mehr als bis anhin zurückzuziehen und seine Umgebung sehr sorgfältig und mit äusserster Vorsicht zu beobachten und auszusuchen. Man verzichtet bereits darauf, auszugehen und beschränkt sich weitgehend, wenn nicht ausschliesslich auf private Einladungen.»⁴⁵⁹ Schliesslich brachte er die Stimmung am Vorabend der Verwirklichung der Volksrepublik in Ungarn auf den Punkt: «Irgend etwas, das vorläufig noch nicht zu definieren ist, liegt in der Luft.»⁴⁶⁰

Die Entlarvung des Spions László Tarr war unter drei Aspekten von Bedeutung: Erstens war es die Tatsache selbst, dass in der Schweiz ungarische Staatsbürger über ihre politischen, wirtschaftlichen und auch persönlichen Angelegenheiten ausgehorcht wurden. Zweitens deutete die Tatsache, dass der Spion nicht der politischen Polizei direkt, sondern seiner Auftraggeberin, der offiziellen ungarischen Nachrichtenagentur MTI berichten musste, darauf hin, dass in Ungarn ein totalitäres System im Aufbau begriffen war. Drittens war die heftige Reaktion des offiziellen Ungarn an die Adresse der Schweizer Behörden ein Hinweis, wonach es in der Mächtekonstellation des Jahres 1948 wahrscheinlich war, dass Ungarn auf Grund dieser Geschichte eine Verschlechterung der ungarisch-schweizerischen Beziehungen in Kauf nahm.

Das Urteil gegen Tarr kann durchaus als politisch gelten, Tarr war kein Meister-spion, seine Berichte für die ungarischen Behörden kaum von Wert. Der dauernde Landesverweis gilt in der Spionagehysterie, die nach den USA und den in einer Sowjetisierung begriffenen Staaten auch die Schweiz erfasste, als symbolisches Verdikt. Ob die Spionagetätigkeit von ungarischer Seite weitergeführt wurde, ist unklar.⁴⁶¹ Die Emigranten in der Schweiz galten nun sowohl für Ungarn als auch für die Schweiz als potentieller Gefahrenherd. Die Schweiz fürchtete Spionage oder wirtschaftliche Schwierigkeiten in Folge von Verarrestierungen von Waren, Ungarn das politische Potential der Flüchtlinge. Die ungarische Kolonie in der Schweiz verkörperte den bereits untergegangenen Identitätswurf Ungarns, welcher in der Schweizer Presse besonders angesichts des Aufstandes im Herbst 1956 wieder abgerufen wurde. Die kommunistische Identitätskonstruktion wurde richtigerweise als Konstruktion entlarvt, während der Entwurf der Emigranten nicht hinterfragt wurde.

8. Die Nachkriegshilfe der Schweiz als Imagepflege und Schrittmacherin guter Beziehungen

Die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen und des Zahlungsverkehrs sowie der diplomatischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg verkörperten vitale Interessen Ungarns und der Schweiz. Um diese wieder in Gang zu bringen, bedurfte es eines besseren Images der Handelspartner. Dies war insbesondere in Bezug auf die Haltung der Sowjetunion notwendig, denn der Weg der Schweiz zu sämtlichen Beziehungen mit Ungarn führte über die sowjetisch dominierte Alliierte Kontrollkommission für Ungarn. Zugleich musste auch Ungarn in der Schweiz sein Image verbessern, hatte es doch spätestens seit der Kollaboration mit Deutschland in den Augen der Siegerstaaten jeglichen Kredit verspielt. Eine für die unmittelbare Nachkriegszeit charakteristische Interessenkongruenz bestand in der Nachkriegshilfe. Während Ungarn auf die Hilfe aus dem Ausland in grossem Masse angewiesen war, lag es der Schweiz daran, dass sich die ausländischen Absatzmärkte möglichst schnell von den Auswirkungen des Krieges erholten. Die Hilfsbedürftigkeit auf der einen Seite und die Hilfeleistungsfähigkeit auf der anderen waren auch Ausdruck der jeweiligen Identitätskonstruktion: Die Nachkriegshilfe konnte bei Nehmern und Gebern zu einem Akzeptanzgewinn führen.

Die Nachkriegshilfe ist eine jener schweizerischer Erfolgsgeschichten, die den Mythos der humanitären Tradition entscheidend prägten. Schon zur Zeit der grossen Not nach dem Ersten Weltkrieg waren für Österreich und insbesondere für Wien zahlreiche spontane Hilfsaktionen gestartet worden. Nach der Beendigung der Kampfhandlungen des Zweiten Weltkriegs waren abermals Hilfsorganisationen entstanden, wobei die Dringlichkeit der Hilfeleistung für das Wohl der Hilfesuchenden und gleichermassen für die Helferinnen und Helfer betont wurde. Diesmal war auch eine politische Zielformulierung vorhanden, die sich des unbestreitbaren Helferwillens in der Schweizer Bevölkerung zum Wohle des Bundesstaates bediente. Dabei ist zwischen den Motivationen und Zielen der verschiedenen Beteiligten zu unterscheiden. Die politische Führung und die Bürokratie der Hilfswerke hatten ganz andere Sichtweisen als die zahlreichen Helferinnen und Helfer vor Ort oder die schweizerische Bevölkerung, die Kleider und Waren aller Art sammelte, Patenschaften unterzeichnete oder gar ausländische Kinder bei sich aufnahm. Denn während letztere aus uneigennütigen Motiven oder gemäss ihren persönlichen Lebensentwürfen handelten, war für die politische Führung und die von ihr eingesetzten Hilfswerke die Solidarität eine flankierende Massnahme, um sich weiterhin an der Neutralitätsmaxime festklammern zu können und das ramponierte Image wieder geradezubiegen.⁴⁶²

Welche Absichten die *Schweizer Spende für das kriegsgeschädigte Ausland* als politisch gesteuerte Hilfsorganisation hatte, wer sich alles an der Ungarn-Hilfe beteiligen wollte und aus welchen Motiven, welche Beziehungsnetze gesponnen wurden, welche unterschweligen Konflikte die Hilfsarbeit beeinträchtigten, welche Eigen- und Fremdwahrnehmungen transportiert wurden, lässt sich anhand der Ungarn-Hilfe exemplarisch darstellen.

Die schweizerische Ungarn-Hilfe stand in Umfang und Bedeutung allerdings weit hinter der Hilfe an Frankreich, Deutschland und Österreich zurück. War Ungarn das Tor zum Osten, so war die Verbesserung der Beziehungen der Schweiz zu den westlichen Siegermächten doch von grösserer Bedeutung. Auch wurde die Ungarnhilfe in den Schweizer Medien und der Propaganda der Hilfswerke selten speziell rezipiert. Die Schweizer Hilfe blieb allerdings im Umfang weit hinter jener der UNRRA oder einzelner anderer Länder zurück. Zwar war die Schweizer Caritas zum Beispiel die erste ausländische Organisation, die der ungarischen *Actio Catolica* zur Hilfe eilte, doch 94% der Lebensmittel und 80% der restlichen Hilfsgüter kamen zwischen November 1945 und Februar 1948 von amerikanischen Katholiken.⁴⁶³ Gesamthaft brachten die Schweiz, die USA, Irland, Schweden und Dänemark weniger Geld zusammen als die UNRRA alleine.⁴⁶⁴

Die Vorläufer der Hilfe in Ungarn

Die Nachkriegshilfe der Schweiz war nicht das erste Schweizer Hilfsengagement in Ungarn. An erster Stelle ist hier die Hilfe des Twanner Pfarrers Carl Adolf Irlet zu nennen, dessen Hilfstätigkeit auch in die Nachkriegszeit hineinreicht. Seine Hilfsaktion konzentrierte sich vor allem auf den Zeitraum nach dem Ersten Weltkrieg. Damals scheint er die einzige Person gewesen zu sein, die ihre Bemühungen jenseits der Leitha konzentrierte. Zeitlich näher an der Nachkriegshilfe liegt das Wirken von Friedrich Born, dem Delegierten des IKRK, und von Vizekonsul Carl Lutz und seinen Helferinnen und Helfern, die sich besonders während der schlimmsten Zeit der deutschen Besetzung und des Wütens des Pfeilkreuzlerregimes mit ihrer Hilfstätigkeit für die Bedrohten und Verfolgten sehr engagierten – und das ohne institutionellen Hintergrund.

Carl Lutz und Friedrich Born

Carl Lutz hatte eigentlich die Interessen Grossbritanniens und der USA in Ungarn zu vertreten, nachdem Ungarn diesen Ländern 1941 den Krieg erklärt hatte. Eine erste britische Anfrage für die Ausreise von 200 jüdischen Kindern aus Ungarn nach Palästina im Jahre 1942 war die erste Aufgabe für Carl Lutz im Zusammenhang mit der Judenverfolgung. Sowohl der Gesandte Maximilian Jäger als auch die ungarischen Behörden bis zu Ministerpräsident Gyula Kállay und Reichsverweser

Miklós Horthy gaben dieser ersten Aktion Rückendeckung. Auf eigene Faust führte Lutz eine zweite Aktion für 181 slowakische Kinder durch.⁴⁶⁵

Kállay floh nach der deutschen Besetzung Ungarns am 19. März 1944 in die Schweizer Botschaft, die ihn zwar nicht aufnehmen durfte, ihm jedoch ein Asyl in der türkischen Botschaft organisierte. Lutz begann scheinlegale schweizerische Schutzbriefe für Juden auszustellen, um sie vor der Deportation zu bewahren. Tatsächlich war ihm vom Sonderbeauftragten Adolf Hitlers, Edmund Veesenmayer, zugesichert worden, dass 7000 Juden nach Palästina auswandern dürften. Als das Ausmass der Judenvernichtung in Auschwitz publik wurde, hagelte es Protestnoten bei der ungarischen Regierung – nicht zuletzt aus der Schweiz. Einen wichtigen Anteil an der Verbreitung dieser Nachrichten hatten der in Genf lebende ungarisch-rumänische Industrielle George Mantello und der Leiter der britischen Nachrichtenagentur Exchange, Walter Garrett.⁴⁶⁶ In Ungarn verbreitete er Salvadorianische Schutzbriefe, die aber keinen scheinlegalen Hintergrund hatten wie die durchnummerierten Schutzbriefe, die Carl Lutz ausstellte. Die Presseaktion Mantellos verschaffte den Leuten in Budapest im Sommer 1944 dennoch eine kurze Verschnaufpause. Während Lutz mit den deutschen und ungarischen Behörden weiter verhandelte, erreichte der zionistische Journalist Rezső Kasztner bei der SS, dass 30'000 Juden gerettet werden sollten – davon gelangten noch vor Kriegsende 1800 über den Umweg durch das Konzentrationslager Bergen-Belsen in die Schweiz.

Carl Lutz arbeitete auch mit anderen gleichgesinnten Personen zusammen.⁴⁶⁷ Wichtig war der Kontakt zum IKRK bzw. zu seinem Delegierten in Budapest, Jean de Bavier. Dieser hatte sich sehr stark für die Juden engagiert und auch als Kurier für den Präsidenten des *Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes* SIG, Saly Mayer, fungiert. Er wurde im Mai 1944 von der Zentrale in Genf abberufen und durch Friedrich Born ersetzt. Als Direktor der Schweizerisch-Ungarischen Handelskammer verfügte Born über mehrjährige Ungarnerfahrung und war auch des Ungarischen mächtig. Ihm gelang es, den extraterritorialen Status für die jüdischen Kinderheime und andere Sozialwerke durchzusetzen. So wurden 5000–6000 Kinder und rund 500 Betreuer gerettet. Born überschritt dabei fortlaufend seine Kompetenzen.⁴⁶⁸ Lutz und Born unterhielten auch Kontakte zu verschiedenen anderen Retterinnen und Rettern. Insgesamt stellten Lutz und seine Mitarbeiter 120'000 Schutzbriefformulare her. Während der Belagerung Budapests wurde Lutz vom Textilhändler Peter Zürcher und dem Textiltechniker Ernst Vonrufs im Stadtteil Pest vertreten, während er selbst in Buda bleiben musste. Beim Einmarsch der Roten Armee wurden Zehntausende von Juden befreit, die ihr Leben in erster Linie den Schweizer Diplomaten zu verdanken hatten. Die Erinnerung an sie wird in der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem wach gehalten.

Als Friedrich Born und Carl Lutz in die Schweiz zurückkehrten, war die Organisation der schweizerischen Nachkriegshilfe für Ungarn bereits in vollem Gange. Es entbehrt daher nicht der Ironie, dass sich das EPD weniger um Lutz' Verdienste als für seine Kompetenzüberschreitungen interessierte. Geehrt wurde Lutz lediglich in jüdischen Kreisen.⁴⁶⁹ Auch über Friedrich Borns Leistungen wurde in der Schweiz nichts bekannt: Er nahm die Schweigepflicht so ernst, dass nicht einmal seine Kinder von seinem Werk in Budapest erfuhren. Für die geretteten ungarischen Juden aber wurde das Schweizerkreuz gleich wie das Rote Kreuz zum Symbol für Humanität.

Die Schweizerisch-Ungarische Gesellschaft des Pfarrers Carl Irlet

Die Rettungsaktionen von Friedrich Born und Carl Lutz können also kaum als Vorläufer der schweizerischen Nachkriegshilfe bezeichnet werden. Ganz im Gegensatz dazu stand die *Schweizerische Hilfsaktion für ungarische Kinder*, die vom Twanner Pfarrer Carl Adolf Irlet ins Leben gerufen und geleitet wurde. Sie beschäftigte sich vor allem mit dem Organisieren von Kinderzügen aus Ungarn in die Schweiz: Von 1920 bis 1928 konnten so rund 16'000 ungarische Kinder «in die gesunde Schweizerluft geholt» werden.⁴⁷⁰ Danach zeigte der Bund kein Interesse mehr an weiteren Hilfsaktionen.⁴⁷¹ So wurde der private Charakter der Hilfsaktion von Carl Irlet ein wichtiger Faktor für das Selbstverständnis der Beteiligten, was zum Teil auch die spätere Distanz zur offiziellen Schweizer Spende erklärt. Nach dem vorläufigen Einstellen der Kinderzüge wurden immer neue Gebiete der Hilfstätigkeit erschlossen: so wurden ungarische Studenten in der Schweiz unterstützt und eine ungarische Bibliothek aufgebaut.⁴⁷² Neben Irlet selbst half eine ganze Reihe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit, in erster Linie Anna Burgert – alias «Annusnéni» –, die ihm als Sekretärin diente und in seinem Wohnhaus in Twann ein Zimmer bewohnte. 1930 wurde die *Schweizerisch-Ungarische Gesellschaft* gegründet, die 1939 ein ungarisches Pendant erhielt. Eigentlicher Motor dieser Gesellschaft war die Freundschaft zwischen Irlet und dem reformierten Bischof von Ungarn, László Ravasz. Ein umfangreicher Briefwechsel und häufige Besuche vertieften die Freundschaft und trugen dazu bei, dass Irlet mit den führenden gesellschaftlichen Kreisen der Horthy-Ära in Kontakt kam. Horthybegeisterung und Antikommunismus kennzeichneten die politische Grundhaltung der Gesellschaft bis zu ihrem Ende. Dem Patronatskomitee gehörten in der Schweiz die Bundesräte Giuseppe Motta und Eduard Schulthess an, in Ungarn Erzherzog Albrecht von Habsburg, der katholische Bischof István Hász sowie die Parlamentarier Gábor Ugron, Iván Práznovszky, Zoltán Baranyay und Sándor Ember.⁴⁷³ Bei der Gründungsversammlung am 29. Mai 1940 im Nationalmuseum von Budapest waren auch der Schweizer Gesandte Maximilian Jäger, der ungarische Diplo-

mat Antal Ullein-Reviczky und der Kultusminister Bálint Hóman zugegen. Die beiden Gesellschaften unternahmen Anstrengungen für den gegenseitigen Kulturaustausch, auch Kinderzüge wurden hin und wieder organisiert, der letzte gelangte nur wenige Tage vor dem Beginn der Belagerung Budapests im November 1944 in die Schweiz. Danach war der Kontakt zwischen den Partnergesellschaften unterbrochen.

Sobald es wieder möglich wurde, bemühten sich sowohl Irlet als auch Ravasz um eine schnelle Wiederaufnahme der Kinderzugsaktion. Irlet musste sich zunächst mit der neuen Form der staatlichen Hilfstätigkeit auseinandersetzen. Immer wieder verwies er auf die Errungenschaften und die Erfahrung seiner Gesellschaft und strebte eine führende Rolle in der Ungarnhilfe an. Argwöhnisch nahm er die Gründung des Hilfskomitees von Max Vischer (und Fritz Verzár) in Basel zur Kenntnis.⁴⁷⁴ Irlet war überzeugt, seine Gesellschaft gegen die Basler verteidigen zu müssen, und berichtete stolz nach Ungarn: «Die Verzar-Vischerischen Versuche uns in der Schweiz aus der Mode zu bringen, scheinen gänzlich verunglückt zu sein.»⁴⁷⁵ Irlet machte sich mit seiner ablehnenden Haltung gegenüber den anderen Hilfsorganisationen schnell unbeliebt. Im Januar 1945 wurde ein erster Vorschlag für eine Hilfsaktion Irlets vom Leiter der Schweizer Spende, Rodolfo Olgiati, abgelehnt.⁴⁷⁶ Am 7. September 1945 wurde eine Sitzung mit allen an der Ungarnhilfe interessierten Gruppierungen abgehalten. Der Bericht der Schweizer Spende kündigt wiederum von einer ablehnenden Haltung gegenüber Irlet: «Die durch Pfr. Irlet vertretene Schweizerisch-Ungarische Gesellschaft erhebt für sich den Anspruch, auch für derartige Bestrebungen das geeignete Instrument zu sein. Da sie aber nicht sämtliche Ungarn-Freunde in der Schweiz repräsentiert, mit dem früheren Regime in Ungarn verbunden ist und vielleicht in Pfr. Irlet nicht diejenige Persönlichkeit besitzt, die zur Leitung eines derartigen Komitees fähig erscheint, ist die Frage erörtert worden, ob nicht eine von der Schweizerisch-Ungarischen Gesellschaft selbständige Kommission gegründet werden könne, an der die Schweizerisch-Ungarische Gesellschaft massgeblichen Einfluss hätte.»⁴⁷⁷ Der Schweizer Spende schien noch nicht bekannt zu sein, dass der Präsident der ungarischen Partnergesellschaft auf der Liste der Hauptkriegsverbrecher stand und somit jegliches Wirken Irlets in Ungarn von den dortigen Behörden genau beobachtet worden wäre.⁴⁷⁸ Irlet hatte bereits im März eine Sitzung zur Ungarn-Hilfe ohne Angabe von Gründen verlassen.⁴⁷⁹ In der Tat zog er sich von der gemeinsamen Hilfsaktion zurück und beschimpfte die Schweizer Spende als Produkt einer «Zeit der dirigierten, subventionierten, beamteten, besoldeten, verpolitisierten, verkongressionalisierten, verkommerzialisierten, reklametüchtigen Wohltätigkeit. [...] Mit vielen ausländischen Hilfe- und Schutzsuchenden haben wir diese Wandlung nicht fassen können und nicht mitgemacht.»⁴⁸⁰

Die Gesellschaft wirkte aber auch nach der offenkundigen Verweigerung der Zusammenarbeit mit der Schweizer Spende weiter. Flüchtlingsfürsorge, Studentenunterstützung und Lebensmittelsendungen an Deportierte, Kranke und Notleidende in Ungarn, wie auch an Ungarn in den Lagern Österreichs und Deutschlands, sowie Naturalgaben in Form von Medikamenten und Textilien waren die eigentlichen Tätigkeitsfelder nach dem Zweiten Weltkrieg.⁴⁸¹ Die Gesellschaft gründete neue Sektionen in der Ostschweiz, in Genf und – allerdings erst viel später – in der Innerschweiz. Die Sektion Ostschweiz war eine der aktivsten Sektionen, die auch an der Ungarn-Hilfe von Max Vischer beteiligt war.⁴⁸²

Neben den Schwierigkeiten Irlets mit der Schweizer Spende war auch die *Ungarisch-Schweizerische Gesellschaft* in Ungarn in einer schwierigen Lage. Zunächst wurde sie, wie andere Vereine auch, suspendiert, und eine Wiederbelebung konnte nur durch ausdrückliche Erlaubnis des Innenministeriums erfolgen. Da dieses forderte, dass auch Vertreter der Linksparteien in der Gesellschaft Einsitz nehmen müssten, stimmte Ravasz vorerst einer Wiederbelebung nicht zu. Die Verhandlungen wurden abgebrochen.⁴⁸³ Das hatte für Irlet zur Folge, dass die ganze Infrastruktur seiner Hilfebemühungen in Ungarn nicht mehr funktionierte. Ravasz kam zur Auffassung, dass die Schweizerisch-Ungarische Gesellschaft sich nur um Kinder kümmern sollte, die von schweizerischen Freunden eingeladen wurden. Einladungen wurden vom Ministerium für Volkswohlfahrt aber aus politischen Gründen *a priori* abgelehnt.⁴⁸⁴ Daraus ergab sich die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit dem in Budapest ebenfalls anwesenden Schweizerischen Roten Kreuz SRK: Die Namen der eingeladenen Kinder wurden einfach auf die Listen des SRK eingetragen. Mitglieder der Schweizerisch-Ungarischen Gesellschaft halfen an der schweizerischen Grenze zu Österreich in Buchs beim Empfang und der Verteilung der Kinder an ihre Gasteltern.⁴⁸⁵ Die Hilfsaktionen kamen aber nie mehr so recht ins Rollen. Ein Grund dafür war sicherlich, dass es immer schwieriger wurde, den persönlichen Kontakt zur ungarischen Partnergesellschaft und zu László Ravasz aufrechtzuerhalten. Zum einen lag es daran, dass die ungarischen Mitglieder der Elite der Horthy-Ära angehört hatten und sich nun teilweise im Westen aufhielten. Zum anderen wurde der Kontakt durch die unsicher gewordene Postzustellung – Politisches konnte nicht mehr berichtet werden und auch die Dauer der Zustellung dauerte sehr lange – erschwert, aber auch persönliche Besuche waren kaum mehr möglich.⁴⁸⁶

Die Gesellschaft begann sich in der Nachkriegszeit zu wandeln. Gehörten ihr vor dem Krieg fast ausschliesslich Schweizer Bürger an, so schlossen sich ihr immer mehr ungarische Emigranten an.⁴⁸⁷ Trotz dieses Zulaufs spielte die Gesellschaft kaum mehr eine herausragende Rolle und wurde im März 1960 endgültig aufgelöst.⁴⁸⁸ Ihr Scheitern in der Nachkriegshilfe liest sich als Symbol für die Nachkriegszeit. In der Schweiz und in Ungarn war man bemüht, sich auf

die neuen politischen Gegebenheiten einzustellen. Pfarrer Carl Irlet und seine Schweizerisch-Ungarische Gesellschaft blieben aber der alten Zeit verhaftet. Oder wie es Ravasz in einem Brief an Irlet ausdrückte: «Es geschah mit uns nichts besonderes, ausser dem, dass wir ein wenig aus der Mode gekommen sind.»⁴⁸⁹

Organisieren und Koordinieren der neuen Hilfsorganisation

Der Niedergang der Hilfsaktion von Irlet hing mit dem strukturellen Wandel der Hilfswerke nach dem Zweiten Weltkrieg zusammen. Das Ausmass der humanitären Katastrophe erforderte ganz einfach neue Instrumente, damit eine erste Hilfe in den befreiten Gebieten geleistet werden konnte. Bereits 1941 hatte die englische Regierung mit den in England anwesenden Exilregierungen ein Büro organisiert, das den Nachkriegsbedarf der betroffenen Länder ermitteln sollte. Eine staatliche amerikanische Hilfsorganisation war ab 1943 in Nordafrika im Einsatz und ab 1943/44 nahm auch die *United Nations Relief and Rehabilitation Administration* UNRRA ihre Arbeit in den befreiten Gebieten auf.⁴⁹⁰

In der Schweiz bereiteten sich die Hilfsorganisationen auf den Einsatz nach dem Krieg vor. Daneben erblickten Wirtschaftskreise, die sich in einem Komitee unter der Leitung des Generaldirektors der Motor-Columbus AG, Henri Niesz, zusammengeschlossen hatten, eine Möglichkeit, sich am Wiederaufbau Europas zu beteiligen.⁴⁹¹ Von dieser gewinnorientierten Haltung alarmiert suchte der Bundesrat nach einer Lösung für die Organisation der Nachkriegshilfe. Ein Beitritt zur UNRRA war nicht zuletzt wegen der fehlenden Beziehungen zur Sowjetunion unmöglich, dagegen erkannte man die aussenpolitischen und imagefördernden Möglichkeiten einer schnellen Nachkriegshilfe. Der Nationalrat und Direktor der Brown, Boveri & Cie BBC, Ernst Speiser, betonte dies in seinem Vorschlag an den Bundesrat ausdrücklich: «Wenn wir warten, so kommen uns die Anderen zuvor, und unsere Leistung verliert, praktisch und psychologisch, an Wert. Die unvermeidliche Geringfügigkeit des schweizerischen Beitrages, verglichen mit dem, was andere Staaten tun können, kann nur durch Raschheit aufgewogen werden.»⁴⁹² Im Februar 1944 wurde in einem knappen Communiqué bekannt gegeben, dass man an einem Konzept arbeite, erst im Dezember aber wurde die Botschaft des Bundesrates den beiden Kammern des Parlaments unterbreitet. In der Zwischenzeit wurden die wichtigen Entscheidungen gefällt: Eine eigene Organisation wurde aufgebaut, dessen Vorsitz Alt-Bundesrat und ehemaliger Präsident des *Vororts für Industrie und Handel*, Ernst Wetter, innehaben sollte. Rodolfo Olgiate, der grosse Erfahrung in der Hilfsfähigkeit aufwies, wurde zum operativen Leiter ernannt. Der organisatorische Aufbau sollte möglichst vielen Gruppen die Teilnahme ermöglichen, im so genannten nationalen Komitee waren 70 Vertreter des Bundes, der Parteien, der Verbände,

der Hilfsorganisationen und anderen Kreisen anwesend. Für die Geschäftsführung waren die 19 vom Bundesrat ernannten Mitglieder des Arbeitsausschusses verantwortlich. Einzelne Länderbüros sollten die Hilfsprojekte koordinieren, daneben gab es weitere Stellen, so dass gesamthaft 125 Mitarbeiter beschäftigt wurden. Da die notwendigen Arbeitskräfte zu Beginn nicht verfügbar waren, übernahmen verschiedentlich Bundesstellen einzelne Aufgaben, was zu einem organisatorischen Chaos führte.⁴⁹³ Ebenso chaotisch verlief zunächst die Zusammenarbeit mit den bestehenden Hilfsorganisationen und einer grossen Anzahl privater Hilfskomitees.

Hinter der Organisation der Schweizer Spende steckte die Idee der nachhaltigen Imagepflege und des Ausbruchs aus der aussenpolitischen Isolation, ganz im Sinne von Max Petitpierres Solidaritätsmaxime. Die Teilnahme von Persönlichkeiten aus allen politischen Lagern und die Beteiligung auch ideologisch gestützter Hilfsorganisationen sollten den «gesamtschweizerischen Charakter der Aktion» verdeutlichen und dadurch identitätsstiftend wirken. Der Leiter der Zentralstelle, Rodolfo Olgiati, hatte auch «dafür zu sorgen, dass im In- und Ausland die Schweizer Spende als wesentlicher Ausdruck schweizerischen Helferwillens empfunden wurde.»⁴⁹⁴ Das Aufpolieren des helvetischen Images im Ausland wurde zum wichtigsten politischen Ziel erklärt, wie es rückblickend im Tätigkeitsbericht von 1949 hiess: «Da, wo die Schweizer Spende tätig war, bildete sie gewissermassen einen Ausdruck dessen, was die Schweiz in Europa verkörpert: nämlich den von keinerlei politischen Absichten (!) beeinflussten Willen zur Humanität. [...] Man darf annehmen, dass die Erinnerung an die Tätigkeit der Schweizer Spende lebendig bleiben und mithelfen wird, das Verständnis für unsere Neutralität zu erleichtern. Vor allem aber hat sich in den Herzen jener, die selber die Hilfe der Schweiz empfangen, das Bild unseres Landes tief eingepägt. Die im Ausland tätigen Equipen der Schweizer Spende bewahren die Erinnerung an Tausende von Kindern, Müttern und jungen Leuten, für welche das wenige, das ihnen dank den vom Schweizervolk gespendeten Mitteln gebracht werden konnte, einen Quell neuen Lebenswillens bildete. Die Dankbarkeit dafür bekundete sich zwar nicht in öffentlichen Äusserungen, dafür aber im Gespräch von Mensch zu Mensch. Sie wirkte vor allem in der Tiefe, und es ist schwer, ihre Grösse bestimmen zu wollen. Aber sicher ist sie deshalb nicht weniger lebendig.»⁴⁹⁵ Diese Darstellung der Zielrichtung ist in ihrer Deutlichkeit kaum zu übertreffen. Zugleich wurden die schweizerischen Pflegeeltern zur Aufnahme von Kindern ermuntert, denn diese brächten auch «Glück und Freude in unser Land».⁴⁹⁶ Die Symbole des Schweizerkreuzes und des Roten Kreuzes sollten vermischt werden, der unbestreitbar grosszügige Geberwille, der die eigentliche Grundlage der humanitären Tradition bildete, für die apologetische Nachkriegspolitik des Bundes herhalten.⁴⁹⁷

Aber auch nach innen wurde der Mythos der humanitären Tradition zelebriert. Die rund 200 Millionen Schweizerfranken – im Übrigen der Betrag, der vom Bund bei einem Beitritt zur UNRRA hätte bereitgestellt werden müssen – sollten von allen Schichten des Volkes zusammengetragen werden. Den Beginn der Sammelkampagne markierte ein wuchtiger Aufruf in allen zur Verfügung stehenden Medien, beim Spenden nicht allzu gewissenhaft zu rechnen und ein Opfer zu bringen.⁴⁹⁸ Der Bund aber rechnete sehr gewissenhaft: Immer wieder ging das Geld zur Neige, immer höhere politische Hürden mussten bei der Weiterfinanzierung der Schweizer Spende genommen werden, bis schliesslich am 7. Oktober 1947 der letzte Kredit von 20 Millionen nur noch unter der Bedingung gesprochen wurde, dass auf den 30. Juni 1948 die Hilfsaktion aufhöre. Nur wenige Projekte wurden von der Nachfolgeorganisation *Schweizer Europahilfe* zu Ende geführt.

Dass die Schweizer Spende langfristig auch wirtschaftliche Ziele verfolgte, wird aus einem Artikel in der *Rotkreuz-Zeitung* deutlich. Offenbar war dieses Argument auch dazu geeignet, einen Teil der Bevölkerung zur Mithilfe zu bewegen: «Dass dabei für die Schweiz auch materieller Gewinn dereinst daraus entstehen kann, soll uns Nebensache sein, ist aber nicht ohne Bedeutung. Wir können als kleines Volk gute Freunde auf der ganzen Welt gebrauchen. Wir wissen zu schätzen, wenn unsere Nachbarn an uns mit Dankbarkeit denken und wir bei ihnen in guter Erinnerung stehen. Als kleines Land, das nie an Autarkie auch nur denken darf, sind wir auf internationale Zusammenarbeit angewiesen und benötigen das Verständnis des Auslandes. Es ist an uns, uns dieses Verständnis zu sichern.»⁴⁹⁹ Die Dankbarkeit wirkte auch zurück. Der ungarische Botschafter in Bern zeigte sich beispielsweise sehr befriedigt, dass die offizielle Dankadresse der ungarischen Regierung an die Schweiz zu Weihnachten 1946 vom Schweizer Radio und von allen namhaften Tageszeitungen rezipiert wurde: «Die bisher eingetroffenen Antworten lassen darauf schliessen, dass unser Brief und der Ton, in welchem er geschrieben wurde, bei den Betreffenden gut angekommen ist und sie ermuntert, ihre Hilfstätigkeiten in Ungarn nach Möglichkeit fortzusetzen.»⁵⁰⁰ Dankbarkeit erwies sich als durchaus taugliches Mittel, um weitergehende Absichten zu verfolgen. So erscheint zum Beispiel die Ungarnhilfe nicht nur als blosser Hilfeleistung an Bedürftige, sondern auch als Annäherung der Schweiz an die neue Grossmacht Sowjetunion.

Die Tätigkeit der Schweizer Spende in Ungarn

Die Tätigkeit der Schweizer Spende in Ungarn wurde vergleichsweise spät aufgenommen. Das lag nicht nur daran, dass es das erklärte Ziel war, zunächst den Nachbarländern zu helfen und die Ungarn-Hilfe erst nach der Besserung der humanitären Situation in Westeuropa aufgenommen werden sollte. Der Grund

war auch der, dass die diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und der Sowjetunion erst im März 1946 aufgenommen wurden.⁵⁰¹

Zu Beginn hatte die Schweizer Spende den Charakter einer Finanzierungsorganisation. Die traditionellen Hilfswerke brachten Projektvorschläge ein, die von der Schweizer Spende bewilligt werden mussten, damit sie die Finanzierung übernehmen konnte. In der Gestaltung der Hilfe wurde auf die Erfahrungen der privaten Hilfsorganisationen zurückgegriffen. So übernahm die Schweizer Spende beispielsweise das Konzept der Hilfe zur Selbsthilfe vom *Service Civil International*, das Know-how der Kinderzüge vom Schweizerischen Roten Kreuz, Kinderhilfe SRK, Kh beziehungsweise von seinen Vorgängerorganisationen. Erst nach und nach entsandte sie eigene Delegierte in die Empfängerländer und organisierte eigene Aktionen. Einige wenige konnten aber schon 1945 durchgeführt werden. Dass dies möglich war, ist zum einen dem IKRK, zum anderen der Hilfsorganisation Centrale Sanitaire Suisse CSS und den ungarischen Emigranten in der Schweiz zu verdanken.

Der ungarischen Regierung lag viel daran, Hilfe aus der Schweiz zu erhalten, wenngleich es nicht egal war, welche Personen die Schweizer Spende nach Ungarn delegierte. Der Beauftragte des ungarischen Ministeriums für Volkswohlfahrt, der Emigrant Tamás Haas, versprach seinen Vorgesetzten, alles zu unternehmen, damit mit dieser Aufgabe solche Personen beauftragt würden, die nicht nur ein geeignetes Fachwissen vorwiesen, sondern darüber hinaus dem demokratischen Ungarn wohlgesinnt sind.⁵⁰² Davor musste er sich allerdings nicht fürchten, war doch die Schweizer Spende sehr sorgfältig mit der Auswahl der Delegierten, um die ansässigen Regierungen und vor allem auch die Sowjetunion nicht zu brüskieren. Beispiele für diese Haltung sind der Umgang mit Carl Irlet, Max Vischer oder mit der politisch links stehenden Hilfsorganisation CSS. Denn gerade weil die Schweizer Spende die Kreise, die Hilfe leisten wollten, sammeln musste, war sie auf die Hilfe der Ungarn-Lobby in der Schweiz dringend angewiesen.

Die Zusammenarbeit der Hilfsorganisationen in der Ungarnhilfe

So fand am 1. März 1945 im Bahnhofsbuffet Olten eine Sitzung statt, an der eine Vereinigung von Ungarn-Freunden für die Hilfe an die Bevölkerung Ungarns gegründet wurde.⁵⁰³ Anwesend waren Direktor C. A. Staehelin, der Basler Advokat Max Vischer, Oberst Willimann aus Luzern, Franz Kienast aus Davos, Dr. Gossweiler aus Bern, Pfarrer Carl Irlet, Präsident der Schweizerisch-Ungarischen Gesellschaft, Herr Bányai, Präsident des *Zürcher-Komitees für Hilfeleistung an die Juden Ungarns*, Dr. Gutzwiler aus Zürich, Direktor Borel, Vizepräsident der Schweizerisch-Ungarischen Gesellschaft aus Neuchâtel, Pfarrer Riedel vom *Christlichen Verein Junger Männer* CVJM, Dr. Zoller von der

CSS und als Vertreter der Schweizer Spende C.A. Egger. Zunächst beschloss die Versammlung, den Nationalratspräsidenten Dr. Gisler um die Übernahme des Präsidiums zu ersuchen. Danach wurde ein Aktionsprogramm für die Ungarn-Hilfe zusammengestellt und verabschiedet. In einem Zirkular an die Ungarn-Freunde sollte für die Ungarn-Hilfe unter der Führung der Schweizer Spende geworben werden. Dessen Vertreter C.A. Egger erklärte sich bereit, Projektvorschläge entgegenzunehmen, sofern diese Vereinigung sämtliche, an einer Hilfeleistung an Ungarn interessierten Kreise vertrete. Schon bald zeigten sich die unterschiedlichen Auffassungen der Teilnehmer. Das erwähnte Zirkular enthielt einen offenbar «ziemlich massiven Hinweis auf die wirtschaftlichen, der Schweiz während dieses Krieges durch Ungarn für ihre Ernährung geleistete Hilfe», weshalb Egger versuchte, dieses Motiv für Gaben an die Schweizer Spende gegenüber kulturellen, persönlichen und allgemein wirtschaftlichen Beziehungen etwas abzuschwächen.¹⁰⁴ Dieses Vorhaben stiess aber auf den entschlossenen Widerstand der Vertreter der Wirtschaft in diesem Komitee. Der Vertreter der CSS gab seinem Erstaunen Ausdruck, dass die ungarische demokratische Widerstandsbewegung in der Schweiz MNFF nicht zur Sitzung eingeladen worden sei. Dir. Staehelin antwortete, dass ihm daran gelegen war, nur Schweizer in sein Komitee beizuziehen, und dass diese Widerstandsbewegung eine bestimmte Richtung in Ungarn vertrete, die nicht repräsentativ für das heutige Ungarn sei. Sie würden selbstverständlich die ungarische Widerstandsbewegung über ihre Ziele unterrichten, möchten aber von einer Vertretung im Komitee absehen. Staehelin wies ausdrücklich darauf hin, dass es darum gehe, der Bevölkerung Ungarns zu helfen, ohne jede politische Nebenabsicht, und dass dafür den Tatsachen real ins Auge geblickt werden müsse. Die Gründung des Komitees stiess bei den Pfarrern Riedel und Irlet auf Skepsis. Riedel hatte bereits ein Konzept für eine Ungarn-Hilfe ausgearbeitet und mochte sich dem neuen Komitee zunächst nicht anschliessen. Carl Irlet bestand dagegen darauf, als einziger das Recht zu haben, eine Hilfsaktion für Ungarn zu leiten.

Innerhalb weniger Wochen gesellten sich auch ungarische Emigrantenkreise zu den schweizerischen Ungarn-Freunden. Trotz der Unterschiede in den Zielvorgaben der einzelnen Organisationen gelang es, die Kräfte zumindest zeitweise zu bündeln. Dies gelang vor allem, weil die Schweizer Spende als staatlich sanktioniertes Hilfswerk das letzte Wort hatte und sich gegen die verschiedenen Gruppierungen durchzusetzen vermochte. Das *Komitee für die Hilfe an die Bevölkerung Ungarns* konnte nie die federführende Position erlangen, die es angestrebt hatte. Als am 31. Oktober 1945 Max Vischer zum Präsidenten des Komitees gewählt wurde, war für die Schweizer Spende ein Zusammenwirken nur noch bedingt von Nutzen. Viel eher versicherte sie sich der Hilfe der CSS – und damit der MNFF –, die ihren Bemühungen am meisten nutzen konnte.

Max Vischer und die Ungarn-Hilfe

Die Schweizer Spende schenkte vor allem Max Vischer kein Vertrauen, aber der Kreis der Ungarn-Freunde in der Schweiz war zu gering, als dass man auf seine Unterstützung hätte verzichten können. Die Schweizer Spende hatte in Ungarn eine politisch heikle Mission zu erfüllen, die sie nicht durch die ungeschickte Auswahl von Repräsentanten gefährden durfte. Diese Zielvorgabe wurde auch im Verhältnis des Arbeitsausschusses zu Vischer deutlich: «Wir üben eine gewisse Zurückhaltung auch deshalb, weil das Komitee Bank- und Industriekreisen nahe steht und zu befürchten ist, dass neben der humanitären Tätigkeit geschäftliche Interessen verfolgt würden.»⁵⁰⁵ Damit war vor allem Vischer selbst gemeint.⁵⁰⁶ Offenbar wäre Vischer gerne Delegierter der Schweizer Spende geworden. Doch Rodolfo Olgiati wahrte bewusst Distanz zu Länderkomitees im Allgemeinen und zu Vischer im Besonderen: «Sie komplizieren unsere Hilfsaktionen, indem sie alte Beziehungen wieder auffrischen möchten, was gerade in Ländern wie Ungarn sehr ungeschickt sein kann.»⁵⁰⁷ In der Tat gehörte Vischer als langjähriger Sekretär der *Schweizerischen Bankiervereinigung* nicht nur den Kreisen der Hochfinanz an, sondern auch wirtschaftspolitischen Pressure-Groups wie dem *Bund für Volk und Heimat* und der Nachfolgeorganisation *Aktionsgemeinschaft Nationaler Wiederaufbau (Redressement National)*, die, in antibolschewistischer Tradition stehend, zusammen mit dem *Bund der Subventionslosen* an der «referendumspolitischen Abwehrfront gegen sämtliche Vorstösse der Sozialdemokratie» agierten.⁵⁰⁸

Vischer bezeichnete sein Komitee vergeblich als neutral, kannte der Präsident der Schweizer Spende, Ernst Wetter, ihn doch noch aus der gemeinsamen Zeit beim *Redressement National*.⁵⁰⁹ Auch wenn Ernst Wetter als bekennender Antikommunist nicht viel auf die CSS halten konnte, so durfte er trotzdem Vischer nicht an prominenter Stelle einbinden, zumal ihm auch Kontakte zur rechtsradikalen *Eidgenössischen Front* in den dreissiger Jahren nachgesagt wurden.⁵¹⁰ Vischer versuchte dennoch, sich für die Hilfsaktion zu empfehlen: «Wir glauben, dass es in weiten Kreisen mit Recht nicht verstanden würde, wenn das vom Schweizer Volk für die Kriegsgeschädigten gespendete Geld effektiv oder auch nur dem Scheine nach für politische Aktionen hingegeben würde. Dagegen hätten wir nichts dagegen einzuwenden, wenn die *Centrale Sanitaire* ermächtigt würde, ihr Projekt im Auftrag der Schweizerischen Ungarn-Hilfe auszuführen. Wir legen in der Tat grossen Wert auf sofortige Hilfeleistungen, halten uns aber für verpflichtet, auf die Notwendigkeit hinzuweisen, diese Hilfeleistungen völlig neutral aufzuziehen. Gerade um dies zu gewährleisten, ist die schweizerische Ungarn-Hilfe als Koordinationsorganisation ins Leben gerufen worden.»⁵¹¹ Vischer schlug der Schweizer Spende immer wieder Hilfsprojekte vor und liess zum Beispiel nicht locker, ein Umschulungsheim

in Budapest zu organisieren, wofür er die Unterstützung einer Reihe von Hilfsorganisationen eingeholt hatte. Das Vorhaben scheiterte allerdings am Veto der Schweizer Spende.⁵¹²

Gerade der Vorschlag einer Umschulungsaktion verdeutlicht die Interessenlage von Vischer und seinem Komitee. Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang das Protokoll, das anlässlich einer Besprechung am 29. Juni 1946 in Budapest zwischen Max Vischer und seinem Sekretär Lajos Nyikos einerseits und Staatssekretären der ungarischen Regierung andererseits aufgenommen wurde. Vischer wollte für das Umschulungsheim Maschinen mit Spendengeldern in der Schweiz besorgen und Schweizer Kursleiter anstellen, während ungarischerseits die Anfertigung von Halbfertigprodukten für schweizerische Waren, wie zum Beispiel Bestandteile für Uhren oder Textilien, mit diesen Maschinen und durch die neu ausgebildeten Fachkräften anbot. Aber Vischer urteilte aus der Berichterstattung der schweizerischen Presse über Ungarn, dass eine solche Aktion nicht günstig beurteilt würde. Deshalb bat er seine Verhandlungspartner darum, eine Propagandaaktion in der schweizerischen Presse zu entfalten.⁵¹³ Vischer beklagte sich darüber, dass «die Pläne für die Hilfsaktionen der Schweizer Spende bereits festgelegt sind und offenbar durch diese selbst und in einzelnen Fällen durch bereits bezeichnete Beauftragte (CSS) durchgeführt werden. Unter diesen Umständen erübrigt es sich für den Moment eine Aussprache über die Zusammenarbeit der Schweizerischen Ungarn-Hilfe und der Schweizer Spende zu eröffnen.»⁵¹⁴ Trotz dieser gescheiterten Aktion sammelten die seit Oktober 1945 bestehenden Sektionen in Bern, Zürich, Luzern, Lausanne, Genf, Neuenburg und Basel für die Ungarn-Hilfe. Ein Transport von Kleidern, chirurgischen Instrumenten und Milch erreichte als Geschenk des Diakonissenhauses Riehen das Diakonissenhaus Bethesda in Budapest, schliesslich auch eine Medikamentenlieferung im Werte von 50'000 Franken, die von Basler und Berner Chemieunternehmen gespendet wurde.

Weil sich das Komitee im Schatten der Schweizer Spende kaum an der Ungarn-Hilfe beteiligen konnte, betätigte es sich in der Flüchtlingshilfe. Nach 1945 kam eine grosse Zahl von Flüchtlingen in die Schweiz, deren grösster Teil nach kurzem Aufenthalt nach Übersee weiterreiste. In der Erinnerung von Frau Helen Nyikos, die damals aktiv bei der Ungarn-Hilfe mitgearbeitet hatte, hinterliessen diese Flüchtlinge einen eher negativen Eindruck. Demnach handelte es sich zu grossen Teilen um rechtsgerichtete, deutschfreundliche oder horthytreue Persönlichkeiten, die offenbar auch vor Betrügereien nicht zurückschreckten. Darunter waren aber auch ganze Familien mit schlimmen Schicksalen. Wohl zu den bekanntesten Begünstigten gehörten die Mitglieder des Végh-Quartetts, die unter tatkräftiger Mithilfe des Ehepaars Nyikos und des Professors Fritz Verzár in Basel Fuss fassen konnten.⁵¹⁵

Eines der wenigen erhaltenen Dokumente des Komitees von Max Vischer ist ein Protokoll über die Sitzung des Zentralkomitees vom 10. Juli 1946 in Neuenburg.⁵¹⁶ Gäste waren Vertreter des Comité Hongrois de Secours en Suisse, des SRK, Kh, der Schweizer Spende, des HEKS und weitere interessierte Personen. Das Zentralkomitee bestand ausschliesslich aus Max Vischer, dem Präsidenten, und Lajos Nyikos, dem Sekretär. Inoffiziell erledigte vor allem Frau Helen Nyikos die Korrespondenzen, da ihr Ehemann Lajos Nyikos als Gymnasiallehrer zeitlich stark beansprucht war. Vischer berichtete in dieser Sitzung zunächst über seine Budapest-Reise. Im April 1946 wurden Medikamente, medizinische Instrumente und Kleider an die Universitätskliniken der ostungarischen Stadt Debrecen, die Heimatstadt von Fritz Verzár, gesandt. In kleineren Mengen wurden fortlaufend Kleider, Lebensmittel und Medikamente an die Delegation der Schweizer Spende in Budapest geliefert. Schliesslich hatte die Ungarn-Hilfe zusammen mit dem Comité Hongrois de Secours en Suisse eine Kollekte zu Gunsten der *Freien Vereinigung der ungarischen Ärzte* veranstaltet und 133,3 kg Medikamente und 56,5 kg ärztliche Instrumente sammeln können. Hinzu kam das Organisieren von 25 Freiplätzen für ungarische Studenten an schweizerischen Universitäten. Projektiert wurden Umschulungskurse für Intellektuelle und die Förderung ungarischer Handarbeiten. Wichtigstes Betätigungsfeld war aber offenbar die Geld- und Warensammlung. Dazu wurden in erster Linie Konzerte veranstaltet vor allem mit in der Schweiz lebenden ungarischen Künstlern. Solche Konzerte fanden in allen Landesteilen statt. Berichtet wird über die Veranstaltung einer Tombola, Theateraufführungen und weiteren Anlässen. Schliesslich wurden gezielt grosse Firmen mit ungarischen Beziehungen angeschrieben. Für das SRK, Kh wurden Freiplätze für erholungsbedürftige ungarische Kinder organisiert. Durch Vermittlung der Ungarn-Hilfe sammelte der *Verein Schweizerischer Gymnasiallehrer* für die ungarischen Kollegen, die Baptistischen Gemeinden von Basel und Zürich für ihre Glaubensbrüder, und der Hotelier-Verein sammelte entbehrliches Bettzeug und Ausrüstungsgegenstände für die Ungarn-Hilfe.⁵¹⁷ Auffallend ist, dass die Flüchtlingshilfe in diesem Protokoll nicht erwähnt wird. Da die gesamten Abrechnungen vernichtet wurden, ist auch der Stellenwert der Hilfsbereiche nicht mehr rekonstruierbar. Zwar wurden das Büro und das Lager an der Barfüssergasse in Basel vermutlich noch in den 1940er Jahren aufgelöst, die Organisation bestand jedoch weiter. Und als 1956 Ungarnflüchtlinge in der Liestaler Kaserne einquartiert wurden, griff die Schweizer Armee wieder auf Lajos Nyikos zurück, der ja mit Flüchtlingen Erfahrung hatte.

Dass die Schweizer Spende mit ihrer Vermutung, die Ungarn-Hilfe sei wirtschaftsfreundlich, teilweise Recht hatte, zeigt die Geschichte über das Zustandekommen einer Spende der GESUWA. Am 16. März 1945 beriet der Vorstand, ob

eine Veranstaltung der ETH in Zürich über die Schweizer Industrie für Fachleute aus den kriegsversehrten Ländern finanziell unterstützt werden sollte. Gemäss Eduard Dussy dürfte ein Beitrag der GESUWA in der Zukunft als gute Referenz bewertet werden, jedoch müsse man sich bei der Hilfe zurückhalten, weil sonst von überallher Bittschriften eintreffen würden. Bei besagtem Orientierungskurs sei das aber vertretbar, wie ein anderes Vorstandsmitglied der GESUWA erläuterte, denn «dabei will man auch auf dezente Weise für unsere Exportindustrie werben, in der Erwartung, dass die jungen Techniker nach ihrer Rückkehr in die kriegsverheerten Gebiete und beim Einsatz im Wiederaufbau sich unseres Landes erinnern und bei der Vergebung von Bestellungen die Schweiz berücksichtigen.»⁵¹⁸ Da es sich «um eine neue, aber gute Idee der Exportpropaganda» handelte, beschloss die GESUWA, den Kurs mit 500 Franken zu unterstützen. Ausserdem stellte sie der Ungarnhilfe vorderhand 5000 Franken zur Verfügung.

Centrale Sanitaire Suisse CSS

Ein ganz anderer Umgang von Seiten der Schweizer Spende wurde der Centrale Sanitaire Suisse CSS zuteil, einer Organisation, mit der Max Vischer wenig zu tun haben wollte, da er argwöhnte, dass diese nur kommunistischen Gesinnungsgenossen helfen würde.⁵¹⁹ Die Schweizer Spende vertraute jedoch der CSS, obwohl die Gerüchte um die politisch motivierte Hilfe nie verstummten und die CSS aus Verdacht, die «Geldwaschanlage der Komintern» zu sein, von den schweizerischen Behörden scharf beobachtet wurde. Es zeigt sich hier, in welchem Masse die Schweizer Spende und die humanitäre Tradition im Dienste der neugesteckten Ziele der Aussenpolitik standen.⁵²⁰

Die CSS wurde 1937 vom Arzt Hans von Fischer (1900–1961) als schweizerische Sektion der Centrale Sanitaire Internationale CSI gegründet. Zunächst stand die medizinische Hilfe für das republikanische Spanien im Spanischen Bürgerkrieg im Vordergrund. Dies brachte ihnen Schwierigkeiten mit der schweizerischen Armeeführung. Nach dem Ende der Kämpfe im Frühjahr 1939 betreute die CSS sowohl die spanischen Flüchtlinge in Südfrankreich als auch heimgekehrte schweizerische Spanienkämpfer. Während des Zweiten Weltkriegs wurden die Häftlinge in den verschiedenen französischen Internierungslagern von Portugal aus oder in Zusammenarbeit mit der Marseiller Zentrale des Unitarian Service Committee unterstützt, dessen Leiter der Amerikaner Noel H. Field war. Daneben engagierte sich die CSS für die sowjetischen Kriegsgefangenen in Finnland. 1944 wurde die erste Ärztemission nach Jugoslawien zu Titos Partisanen entsandt. Von Fischer gehörte von 1944 bis 1956 der *Partei der Arbeit* PdA an. Die politisch links stehende Organisation konzentrierte sich in der Nachkriegshilfe auf die von der Sowjetunion besetzten Länder und auf Jugoslawien. Bei ihrer Arbeit waren die zahlreichen aus der Schweiz heimgekehrten Emigranten behilflich.⁵²¹

In der Tat erreichte die Mitwirkung der CSS, dass auch die kommunistische Presse in Ungarn die Hilfslieferungen aus der Schweiz begrüßte.⁵²² Damit die ungarische Öffentlichkeit erfuhr, dass die Hilfslieferungen eine Gabe des gesamten Schweizervolkes war, referierte der CSS-Vertreter, der Anwalt und PdA-Funktionär Ernst Rosenbusch, im ungarischen Radio, was von der Schweizer Spende wohlwollend zur Kenntnis genommen wurde. Ausserdem lobte sie, dass bei der Verteilung «die Herkunft aus der Schweiz genügend zum Ausdruck» kam.⁵²³ Die CSS hatte ihre Hilfstätigkeit in Ungarn sehr früh aufgenommen. Dies konnte nur dank der Kontakte zur MNFF geschehen. Am 28./29. April 1945 war es die MNFF, die ein Treffen mit verschiedenen politisch links stehenden Hilfsorganisation unter dem Patronat der CSS in Zürich initiierte. Besprochen wurde eine Koordination der Hilfe, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden.⁵²⁴

Zwei der MNFF-Gefolgsleute, Ferenc Vági und Rosa Demeter, kehrten als Gesandte des ungarischen Ministeriums für Volkswohlfahrt Anfang August 1945 in die Schweiz zurück, wo sie innerhalb von drei Wochen mit Hilfe der CSS und ihrer ungarischen Freunde einen Konvoi zusammenstellten, der am 28. August 1945 die Schweiz Richtung Ungarn verliess. Ausgeführt wurden medizinische Hilfsgüter im Wert von 150'000 Franken.⁵²⁵ Durch die Vermittlung der CSS hatte sich die Schweizer Spende bereit erklärt, aus ihren eigenen Mitteln eine grössere Menge Medikamente und Verbandstoffe für den gleichen Zweck zur Verfügung zu stellen. Diese steuerte nach eigenen Angaben Fr. 104'103.60 bei. Begleitet wurde der 20 Lastwagen umfassende Konvoi fast ausschliesslich von Mitgliedern der MNFF, die die Transportmöglichkeit auch zur Repatriierung nutzten.⁵²⁶ Verteilt wurden die Hilfsgüter dann durch das IKRK. Offenbar hatte auch die Ungarn-Hilfe von Max Vischer einen Vorschlag für eine solche Lieferung unterbreitet. Ungeklärt ist, wer die Initiative zuerst ergriff. Am Ende waren die CSS, die MNFF, die Schweizer Spende, das ungarische Wohlfahrtsministerium und das IKRK an der Aktion beteiligt.

Für alle Beteiligten war es die erste Aktion nach Ungarn und daher von grosser Wichtigkeit, doch konnten alle Beteiligten den Erfolg der Aktion für sich verbuchen! Die CSS konnte sich in Ungarn als «Organisation, deren Mittel in erster Linie aus weiten demokratisch und antifaschistisch eingestellten Kreisen des Schweizervolkes stammen» profilieren.⁵²⁷ Die MNFF konnte sich bei den neuen Machthabern profilieren und sich für weitere Aufgaben empfehlen. Für die Schweizer Spende schliesslich war dieser erste Transport eine Art Versuchsballon. Präsident Ernst Wetter hatte zunächst die Zustimmung des EPD dazu eingeholt, da eine solche Aktion das Verhältnis der Schweiz zur Sowjetunion berührte.⁵²⁸ Olgiati war froh um diese «günstige Transportgelegenheit, die ausgenutzt werden musste».⁵²⁹ Und im Herbst wurde von der Schweizer Spende gleich eine zweite Aktion ähnlicher Natur mit Fr. 131'422.85 unterstützt. Das Tor zu Un-

garn war damit geöffnet. Die CSS führte weitere medizinische Hilfsaktionen durch. Teilweise rekrutierte sich die Hilfsaktion im Herbst aus heimkehrwilligen ungarischen Ärzten, die mit einem Transport vom Konzentrationslager Bergen-Belsen in der Schweiz angekommen waren. Zusammen mit der Schweizer Spende richtete die CSS im Herbst 1946 in den Budapester Fabrik- und Arbeitervorstädten Újpest, Kispest und Csepel verschiedene Polikliniken mit angeschlossenen Kinderheimen vollständig ein.⁵³⁰ Die CSS wurde auf jeden Fall von der Schweizer Spende zuvorkommender behandelt als Max Vischers Ungarn-Hilfe. Auch bei Kinderhilfsaktionen, die vom SRK, Kh durchgeführt wurden, half die CSS offenbar kräftig mit. Besonders die Nähe der CSS zur MNFF und damit zu führenden Kreisen in der ungarischen Politik machte sie für die Schweizer Spende zu einem unersetzlichen Werkzeug.

Comité Hongrois de Secours en Suisse

Nur indirekt in Verbindung mit der Schweizer Spende stand das Comité de Secours en Suisse. Im Einvernehmen mit einem Vertreter der ungarischen Regierung hatten in der Schweiz wohnhafte Ungarn ein Hilfskomitee mit Sitz in Genf gegründet, das den Namen *Comité Hongrois auprès du Comité International de la Croix-Rouge* trug und als dessen Präsident der ungarische Generalkonsul in Genf, Ervin Vladár, zeichnete. Das eigentliche Hilfskomitee wurde von Fritz Verzár (1886–1979) aus Basel präsiert, der auch eng mit Max Vischers Organisation zusammenarbeitete. Vorangegangen war eine Besprechung ungarischer Emigranten mit dem Gesandten des Ministers für Wiederaufbau, Sándor Ujváry, bei Lausanne am 23. November 1945. Die MNFF setzte Tamás Haas als Beauftragten des Ministeriums für Volkswohlfahrt ein. Nach dessen Rückkehr nach Ungarn 1946 ersetzte ihn Iván Földi. Das Hilfskomitee wurde am 30. November 1945 in Genf gegründet und existierte bis zum März 1947. Notwendig wurde dessen Gründung, weil der bisherige Vertreter Ungarns beim IKRK, Gusztáv Kövér, auf Anraten der MNFF und Druck aus Ungarn zurücktreten musste.⁵³¹ Wohl das grösste Verdienst war die Zusammenstellung eines Bulletins über die Ereignisse in Ungarn, die von zwei Mitgliedern der MNFF redigiert wurden und als einzige Quelle für Nachrichten aus Ungarn in der Schweiz und weitere Teile Westeuropas galt.⁵³² Weitere Rückschlüsse auf die Aktivitäten des Komitees sind auf Grund der Quellenlage aber kaum möglich. Es setzte sich aus insgesamt 28 ungarischen Emigranten zusammen, die verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Kreisen angehörten.⁵³³ Diesen stand ein Zentralkomitee von sechs Mitgliedern vor. Eng war auch die Zusammenarbeit mit den ungarischen Behörden, insbesondere dem ungarischen Gesandten in Bern, Ferenc Gordon.⁵³⁴

Die Auflösung des Komitees erfolgte nach einer kommunistischen Kampagne in Zusammenhang mit der vermeintlichen Verschwörung der FKgP in Un-

garn. Am 28. Januar 1947 unterbreitete das Mitglied des Zentralkomitees, Iván Földi, den Vorschlag, das Komitee aufzulösen, was von den restlichen fünf Mitgliedern zurückgewiesen wurde, besonders nachdem der Ministerpräsident Ungarns, Ferenc Nagy, das Komitee für die Interessen Ungarns als wichtig einstuft. Am 7. Februar 1947 trat Földi aus dem Komitee aus. Auf die in Ungarn in die Welt gesetzten Vorwürfe berief sich auch das zweite MNFF-Mitglied Péter Balabán, der ebenfalls seinen Rücktritt bekannt gab. Mit diesen beiden Rücktritten erachteten die verbliebenen Vorstände das Vertrauensverhältnis mit der ungarischen Regierung als zerstört und lösten das Komitee auf den 31. März 1947 auf. Der Ministerpräsident Ungarns, Ferenc Nagy, versuchte, diesen Entscheid rückgängig zu machen, kam mit seiner Aktion jedoch zu spät.⁵³⁵ Was er wohl nicht wusste war, dass die Auflösung des Komitees auch auf Suggestion des Botschafters in Bern, Ferenc Gordon, geschah. Die Angriffe richteten sich in erster Linie gegen die Mitglieder Ferenc Honti und László Békeffi, die sich beide vehement gegen die Vorwürfe, an der Verschwörung beteiligt gewesen zu sein, wehrten. Honti war schon früh von der MNFF angegriffen worden; die Verschwörungsvorwürfe boten die Möglichkeit, ihn aus dem politischen Leben auszuschalten.⁵³⁶ Békeffi erklärte sich bereit, in Ungarn über seine Rolle auszusagen, was er jedoch unterliess und stattdessen nach London emigrierte. Honti hingegen verliess die Schweiz in Richtung Paris.⁵³⁷ Insgesamt soll das Komitee in den 14 Monaten seines Bestehens ca. 900'000 Franken gesammelt haben.⁵³⁸

Schweizerisches Rotes Kreuz und Schweizerisches Rotes Kreuz, Kinderhilfe

Der wohl wichtigste Verbündete der Schweizer Spende in Ungarn war das Schweizerische Rote Kreuz SRK und seine Kinderhilfe-Abteilung SRK, Kh. Ihre Hilfeleistungen sind ebenso gut dokumentiert wie die Schwierigkeiten, die schliesslich zur Aufgabe ihres Engagements führten. Am 28. April 1946 nahmen drei Mitarbeiterinnen des SRK, Kh unter der Leitung von Schwester Elsbeth Kasser (1910–1992) ihre Arbeit in Budapest auf.⁵³⁹ Zu ihren Aufgaben gehörten die Übernahme der sechs Kinderheime des IKRK und des dazu gehörenden Warenlagers, die Einrichtung eines TBC-Sanatoriums, das Auswählen der Kinder für die Patenschaften und für die Kindertransporte. Die Delegation litt unter den chaotischen Verhältnissen in Budapest: Ihr Posten war isoliert, die Inflation beeinträchtigte die Arbeit genauso wie die Transportnot.⁵⁴⁰ Beklagt wurde die grosse Beanspruchung der Mitarbeiterinnen sowie das Fehlen eines Personautos und von Lebensmitteln für die Delegation. Am 8. Juni 1946 wurde die Zusammenarbeit zwischen dem SRK, Kh, des *Schwedischen Roten Kreuzes* und des *Dänischen Roten Kreuzes* einerseits und dem ungarischen Ministerium für Volkswohlfahrt andererseits vereinbart. Das SRK arbeitete mit insgesamt 20 aus-

ländischen und inländischen Hilfsorganisationen zusammen, verfolgte aber auch eigene Projekte.⁵⁴¹ Offiziell funktionierte auch die Zusammenarbeit zwischen Schweizer Spende und SRK «geradezu vorbildlich», wenngleich eine gewisse Rivalität zwischen den beiden Organisationen nicht zu verkennen war.⁵⁴²

Die Milieuorganisationen Caritas und Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH

Im Verbund mit dem SRK und der Schweizer Spende wirkten auch Helferinnen und Helfer der Caritas und des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks SAH in Ungarn. Die Caritas hatte bereits bei der Spanienhilfe und der *Zentralstelle für Flüchtlingshilfe SZF* mitgearbeitet und verschloss sich auch der Zusammenarbeit mit der Schweizer Spende nicht. Auch war sie Mitglied der SRK, Kh. So vermittelte sie Freiplätze und betreute insgesamt 11'567 erholungsbedürftige katholische Kinder, Jugendliche und Erwachsene in der Schweiz. Auch 1,25 Millionen Liebesgabenpakete wurden von der Caritas versandt. Dazu gesellte sich die Hilfe für ca. 18'000 Flüchtlinge in der Schweiz. In Ungarn blieb ihre Mitarbeit eher marginal, obschon auch eigene Projekte durchgeführt wurden.⁵⁴³ Die grössten Sendungen nach Ungarn erfolgten an die Actio Catolica in Budapest, die in den Jahren 1946–1948 insgesamt 200 Kisten mit Lebensmitteln, Medikamenten, Kleidern, Wäsche und Schuhen erhielt.⁵⁴⁴ Man berücksichtigte jedoch weitere Organisationen, Klöster und Städte, und somit kamen weitere 222 Kisten mit Hilfsgütern zum Versand.⁵⁴⁵ Zusätzlich wurden Kinderpatenschaften vermittelt, ein Kinderheim in Ungarn unterstützt und Liebesgaben verschickt. Insgesamt erreichte Ungarn Platz fünf in der Liste der hilfeempfangenden Länder. Die Gesamtkosten beliefen sich im Durchschnitt auf jährlich ca. 60'000 Franken.⁵⁴⁶ Daneben war die Caritas auch in der Flüchtlingsbetreuung engagiert. Selbst in den 1950er Jahren gab es einzelne Hilfssendungen nach Ungarn.⁵⁴⁷

Als weitere Milieuorganisation ist das HEKS zu nennen, das am 25. Juni 1946 u.a. eine Lieferung im Umfang von einem Personenwagen und zwei Lastwagen nach Budapest entsandte.⁵⁴⁸ Es ist nicht auszuschliessen, dass einzelne lokale Komitees oder kleine Hilfswerke selbständig kleinere Aktionen durchführten. In der Regel ordneten sich die Hilfswerke nicht einfach der Schweizer Spende unter, sondern führten selbst Sammlungen durch und waren selbständig tätig.

Auch das Schweizerische Arbeiterhilfswerk SAH beteiligte sich an der Ungarn-Hilfe, dies vor allem, weil es annahm, dass gerade die Arbeiterschaft kaum von den Hilfslieferungen profitierte. Alarmiert von der Basler Sektion, die sich besorgt zeigte, dass nur die CSS Aktionen in Ungarn durchführe, wurde die Organisation der Verteilung von Liebesgaben und von Speisungsaktionen an die Hand genommen.⁵⁴⁹ Wichtig für das SAH war die Abgrenzung von den

Kommunisten. In einem Brief an den *Schweizerischen Gewerkschaftsbund* SGB unternahm das SAH den Versuch, die Gewerkschaft für Hilfeleistungen an ungarische Gewerkschaften zu gewinnen. Sollten die Gewerkschaften aber mehr kommunistisch orientiert sein, wurde moniert, ginge das wohl nicht, «weil unsere Freunde von der SP diese Speisungen auch als Propagandamittel gegen die KP, die über viel Geld verfügt, ausnützen wollen.»⁵⁵⁰ Die Hilfe für die Genossen stand klar im Vordergrund der Aktivitäten des SAH. Unterstützt wurde ein Säuglingsheim im Budapester Arbeitervorort Újpest, wo auch eine Speisungsaktion durchgeführt wurde. Im Hinblick auf die Aktivitäten der CSS im gleichen Vorort ist die Auswahl Újpests wohl kaum ein Zufall. Vor allem die geringen Finanzmittel des SAH veranlassten es, in Anlehnung an die Schweizer Spende zu operieren, «ob es uns gefällt oder nicht».⁵⁵¹ Obwohl die kommunistische Diktatur in Ungarn abgelehnt wurde, konnte das erwähnte Säuglingsheim bis mindestens 1952 unterstützt werden.

Die Zusammenarbeit mit der ungarischen Regierung

Die ungarische Regierung war bemüht, möglichst viel Auslandshilfe zur Linderung des Elends zu ergattern. Als Koordinationsorgan wirkte das Ministerium für Volkswohlfahrt. Gegründet wurde das Ministerium am 23. Dezember 1944 auf Drängen der MKP, die ihre Leitung auch von Anfang an innehatte. Bis zu seiner Auflösung 1950 sammelte es die Schadensmeldungen und Hilfebegehren der notleidenden Institutionen wie Spitäler, Kinderheime, Gassenküchen etc. Diese wurden registriert und die Ausführung den anwesenden Hilfsorganisationen überlassen. Es handelte sich dabei um 12 Organisationen mit eigener Vertretung in Budapest, allerdings war wohl eine viel grössere Zahl von Organisationen tätig. Trotz der chaotischen Zustände war das Ministerium sehr zuvorkommend, die Zusammenarbeit mit den Hilfswerken funktionierte weitgehend gut. Doch zu Beginn des Jahres 1947 mehrten sich die Anzeichen, dass sich die Arbeitsbedingungen der Hilfsorganisationen in Ungarn verschlechtern würden. Es kam die Zeit der Angst vor Verschwörungen und Verhaftungen. Auch der Chauffeur und Lagerleiter des SRK wurde zeitweilig festgenommen, «und wir haben gar keine Hoffnung, dass wir unseren Lagerleiter in nächster Zeit frei bekommen werden».⁵⁵² Das SRK setzte sich für diesen Mitarbeiter ein, musste jedoch Acht geben, dass die Hilfsaktionen dadurch nicht gefährdet wurden. Immer wieder trafen Berichte ein, wonach Mitarbeiter der verschiedenen in- und ausländischen Hilfswerke abgeführt wurden.⁵⁵³

Auch Frau von Arburgs Nachfolgerin als Leiterin der SRK-Delegation, Gertrud Merz, berichtete nach Bern über politische Schwierigkeiten: «Einer unserer Mitarbeiter war eine Woche lang verhaftet. Wir haben ihn nach seiner Entlassung auf Anraten von der Gesandtschaft nicht wieder angestellt. [...] Letzte Woche sind

zwei Fürsorgerinnen der Stadt, die für unseren Transport Heimbesuche machen, streng gemassregelt worden und von ihren Posten enthoben worden [...]»⁵⁵⁴ Jeder Kontakt von ungarischen Staatsbürgern zu Ausländern konnte nun verdächtig wirken und Anlass zu einer polizeilichen Untersuchung bieten. Auch im Mai 1948 berichtete Gertrud Merz von drei Verhaftungen.⁵⁵⁵ Der Verlust erfahrener Mitarbeiter rief ein Gefühl der Unsicherheit hervor. In Bern wurde ein Abbruch der Aktionen erwogen. Vom Januar 1948 findet sich in den Akten des Ministeriums für Volkswohlfahrt eine Notiz, wonach die Erteilung der Ein- und Ausreisegenehmigung für ausländische Mitarbeiter von Hilfswerken immer schwieriger werde.⁵⁵⁶ Auch gibt es Hinweise auf ein wachsendes Interesse der Staatssicherheit AVO an den Empfängern von Hilfsgütern.⁵⁵⁷

Im Juli 1948 folgte dann ein weiterer, entscheidender Angriff seitens der ungarischen Regierung auf die Hilfsorganisationen. Das Ministerium für Volkswohlfahrt knüpfte deren Arbeit an neue Bedingungen: Jede individuelle Hilfe wurde untersagt (Patenschaft, Transport und Kleiderverteilung). Die Liebesgaben aus der Schweiz sollten im Zentrallager der Regierung gesammelt und von dort aus durch Organe der Regierung sortiert und verteilt werden. Das SRK beklagte sich, dass das Ministerium die Anwesenheit nur eines oder höchstens zweier Vertreter wünsche.⁵⁵⁸ Hinzu kam, dass das Ministerium nun auch die Verwendung der Hilfsgüter bei den Empfängerinstitutionen überwachte.⁵⁵⁹ Zudem wurden das Büro und das Lager auf den 1. August 1948 gekündet. Hintergrund für diese neuerlichen Attacken war der Kampf des kommunistisch regierten Wohlfahrtsministeriums mit den vordringlich kirchlichen Hilfsorganisationen, die zugleich auch politische Ziele verfolgten, wie die Actio Catolica. Diese verhalf den in Ungnade gefallenen Personen und ihren Familien zu Hilfsgütern und Ferienplätzen für Kinder im Ausland. Zugleich ging auch der Kampf um die Verstaatlichung der Schulen in die entscheidende Phase, weswegen der Staat nicht mehr bereit war, die Tätigkeiten der katholischen Organisationen, und allen voran der Actio Catolica, länger uneingeschränkt zu erlauben.⁵⁶⁰ Auch zwei der Führer dieser Organisation wurden in den nächsten Monaten verhaftet, u.a. wegen des Vorwurfs, sie hätten gegenüber Ausländern ein negatives Bild über Ungarn gezeichnet, was den Landesinteressen zuwider lief. Immerhin wurde als mildernder Umstand das Organisieren grosser Hilfslieferungen aus dem Ausland anerkannt.⁵⁶¹

Der Paradigmenwechsel in der ungarischen Haltung zur Auslandshilfe war damit vollzogen: Hatte man sich in der Anfangszeit bemüht, möglichst viel Auslandshilfe zu ergattern und durch die Armut einen Imagegewinn zu erzielen, womit man auch den Opfermythos bemühen konnte, so hatte dieses Bild während der Entwicklung Ungarns zur Volksdemokratie nach und nach ausgedient. An seine Stelle trat, quasi als Gründungsmythos, das Bild des aus eigener Kraft

wieder aufgebauten Landes, das seine Probleme – unter kommunistischer Führung – alleine bewältigen konnte.⁵⁶² Ausländische Hilfsaktionen hatten damit ihre wichtige Rolle eingebüsst. Sie galten im Gegenteil als gefährliche Vermittler zwischen den als reaktionär eingestuften Auslandsungarn und oppositionellen – vor allem bürgerlichen und katholischen – Kreisen im Inland.

Reaktion in der Berner Zentrale des SRK

Die Zentrale des SRK in Bern reagierte hilflos. Als erste Massnahme empfahl sie den Mitarbeiterinnen in Budapest: «Seien Sie so zurückhaltend als immer möglich in allen Ihren Gesprächen mit den ungarischen Mitarbeiterinnen und auch mit anderen Ungarn, die Sie kennen. Diskutieren Sie nicht mit ihnen über die Massnahmen des Wohlfahrtsministeriums.»⁵⁶³ Während in Bern noch um eine Entscheidung gerungen wurde, zügelte die Delegation das Lager in den Keller der Schweizer Gesandtschaft, das Büro wurde in der Wohnung eines Schweizer Diplomaten eingerichtet. Alle Räumlichkeiten wurden mit Schutzbriefen der Gesandtschaft versehen. In Bern war man in zwei Lager gespalten: Das eine war der Ansicht, man müsse so lange helfen, wie es irgend möglich sei. Das andere misstraute der Regierung in Ungarn und wollte die Aktionen unverzüglich beenden. Schliesslich überwog die Meinung, wonach die Hilfe eingestellt werden müsse, da die Bedingungen des Wohlfahrtsministeriums nicht annehmbar waren. Allerdings diente die SRK, Kh ab November 1948 als Aktionsträgerin der Schweizerischen Europahilfe in Ungarn. Zwei Mitarbeiterinnen blieben in Budapest und führten noch ein Hilfsprogramm für Kinderheime und medizinische Bedarfsartikel durch. Der vom Wohlfahrtsministerium genehmigte Plan sah vor, dass die Lieferungen zur einen Hälfte an private und zur anderen Hälfte an staatliche Institutionen gehen und im Laufe des Frühjahrs 1949 beendet sein sollten. So beschloss die Direktion des SRK am 9. Dezember 1948, dass die Kinderhilfe auf den 30. Juni 1949 beendet werden solle.

Die Gründe waren aber durchaus nicht nur politische, sondern ebenso die versiegenden Mittel und die Zurückhaltung der Bevölkerung: «In den Oststaaten wird – trotz dem Andauern grosser Notstände – die Weiterführung der Hilfe unter annehmbaren Bedingungen nach dem Frühling 1949 kaum mehr gestattet. In der Schweiz selbst sind die Gründe für den Abbau der Kinderhilfe in den Schwierigkeiten zu suchen, welche die Werbung von Freiplätzen zur Aufnahme von Kindern in Familien bereitet. Zu diesen Schwierigkeiten tritt die Verminderung der Einnahmequellen hinzu: Die Erschöpfung der Schweizer Spende-Mittel, der Rückgang der Wochenbatzen- und Patenschaftenaktion, die Zurückhaltung der Bevölkerung bei Sammlungen. Schliesslich macht sich bei den freiwilligen Mitarbeitern der Kinderhilfe da und dort eine verständliche Müdigkeit bemerkbar.»⁵⁶⁴

Neben der Zerschlagung des Comité Hongrois de Secours en Suisse und der Verbannung der ausländischen Hilfsorganisationen aus Ungarn versuchte die ungarische Regierung, auch Kinder, die in der Schweiz untergebracht waren, in grosser Eile wieder nach Ungarn zurückzuholen. Das Beispiel von 16 ungarischen Kindern und zwei Begleitern im Pestalozzi-Kinderdorf in Trogen zeigt die plötzliche Trendwende. Am 13. September 1948 wurde die ungarische Staatssicherheit AVH beauftragt, Reisedokumente für die insgesamt 18 Personen bereitzustellen, damit diese schnell zurückkehren könnten. Das sei sehr dringend, weil ihnen in der Schweiz eine stark rechtslastige Erziehung zuteil würde und man jetzt die Möglichkeit habe, sie in Ungarn unterzubringen.⁵⁶⁵ Das Ministerium für Volkswohlfahrt erklärte sich am 5. April 1949, als die Kinder und ihre Begleiter die Reise noch immer nicht angetreten hatten, bereit, die Kosten für die Fahrkarten zu tragen. Der Bericht der ungarischen Gesandtschaft in Bern stellte das Kinderdorf in einem besonders schlechten Licht dar: Statt Märchenbildern seien an den Wänden Bibelzitate angebracht. Er verdächtigte den reformierten Lehrer, die Kinder negativ zu beeinflussen.⁵⁶⁶ Ob die Kinder schliesslich zurückkehrten, ist den Quellen nicht zu entnehmen. Aber das Vertrauen der ungarischen Regierung in die Erziehung in der Schweiz und speziell in den Pestalozzi-Kinderdörfern war nur gering.⁵⁶⁷ Von dieser Einschätzung zeugt, dass eine Einladung von ungarischen Kindern in ein Kinderdorf nach Luxemburg vom 14. Juni 1950 auf Anraten des Ministers nicht einmal beantwortet wurde. Auch der Versuch von Fritz Verzár am 21. Juni 1949, ungarische Kinder, die in der Schweiz gewesen waren, noch einmal zu ihren Gasteltern in die Schweiz einzuladen, scheiterte an politischen Erwägungen des zuständigen Ministers. Die Schweiz war in den Augen der neuen Machtelite kein Land mehr, dem man Vertrauen schenken konnte.

Das Verbreiten eines positiven Schweiz-Bildes in Ungarn

Damit war im Sommer 1949 die Zeit der Hilfswerke und der grossen Werbeaktion der Schweiz in eigener Sache beendet. Ihre Präsenz in Ungarn nahm in der Folge deutlich ab, die von Ungarn in der Schweiz ebenso. Jahrelang hatten sich Schweizerinnen und Schweizer im ungarischen Alltag durchschlagen müssen und so einen Teil der ungarischen Wirklichkeit kennen gelernt. Zugleich waren Tausende Ungarn für eine kurze Zeit in die Schweiz gereist und hatten Eindrücke gesammelt. Die Motivationen und Erfahrungen der Schweizer Hilfswerke in Ungarn waren sehr unterschiedlich, und ihr Sendungsbewusstsein fällt in den zugänglichen Berichten weitaus stärker ins Gewicht als ihre Wahrnehmung der Arbeitsumgebung. Allgemein fällt in diesem Zusammenhang eine Undifferenziertheit in der Begegnung mit dem Fremden auf, dies auch bei der Kinderhilfe, wo «die dankbar leuchtenden Kinderaugen» unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit zum Spiegel wurden, «in dem sich die Schweiz mit ihrer

humanitären Tradition reflektiert».⁵⁶⁸ Dennoch lassen sich einige Belege für die Auseinandersetzung einer Organisation mit der Eigen- und Aussenwahrnehmung finden, wie z.B. beim SRK. Insbesondere auf seine Aussenwirkung achtete es sehr genau, manchmal wurde sie sogar über die einzelne Hilfsaktion gestellt: «Und vergessen wir nicht, unsere Kinderzüge, solange sie ins Ausland rollen und immer wieder bedürftige Kinder in die Schweiz bringen, sind unsere beste und lebendigste Propaganda. So und so viele Menschen in Zügen, auf den Bahnhöfen, kommen immer wieder in Kontakt mit unserer Arbeit, sehen, dass die Not noch da ist. Wir wollen auch nicht vergessen, dass der Schweizer Aufenthalt eines Kindes sich nicht in der guten Ernährung und in der Kleidung erschöpft, sondern dass erzieherisch Wertvolles geleistet wird, das seine Früchte weiter trägt.»⁵⁶⁹ In der Selbstbeurteilung hat das SRK unter allen Hilfsorganisationen wohl am besten den Zielen der Schweiz gedient: «Auf die Länge gesehen, hat vielleicht unsere Arbeit, die so sehr in das Bewusstsein der Bevölkerung getreten ist, mehr Wirkung gehabt, als die der Schweizer Spende.»⁵⁷⁰

Welche Wirkung erzielte es aber wirklich? Das Archiv des SRK bewahrt Dutzende von ungarischen Dankesbriefen auf, die auch ins Deutsche übersetzt wurden.⁵⁷¹ Sie gleichen sich alle: Man bedankt sich für die Waren und schildert das elende Leben. Immer wieder sind Sätze zu lesen, wie: «Gottes Segen bitten wir auf Ihr ganzes Volk, auf ihre ganze Nation», «ein dankbares Ungarkind vergisst nie». Solche Schreiben wusste das SRK, das praktisch als einzige schweizerische Hilfsorganisation eine ausgebaute Propaganda- bzw. Public Relations-Abteilung besass, sehr gut zu nutzen. Denn ein bedeutender Teil der finanziellen Einnahmen kam durch Spenden zusammen, und die Spender benötigten den Beweis, dass diese wirklich notwendig waren. Eine wichtige Quelle sind die Jahresberichte des SRK aus diesen Jahren. Die Schweiz nimmt in diesen Texten die Rolle der selbstlosen und aktiven Geberin ein, Ungarn erscheint wohl noch elender als in Wirklichkeit: «Nie in diesen ganzen Jahren, nie ausser in Griechenland, sah man ein Kinderelend wie das von Budapest.»⁵⁷² Doch man musste diese Kinder nicht mehr unbedingt ins Land «hereinholen», die Schweiz als rettende Insel war transportierbar: «Heute steht an der Tür zum Schutzengelheim die Tafel: Schweizerisches Rotes Kreuz, Kinderhilfe, und wie über eine Rettungsbrücke tragen verzweifelte Väter ihre mutterlosen Kleinen, junge Witwen ihre verhungerten Kinder, und gehen die kleinen, verlassenen Niemandskinder durch diese offene Tür.»⁵⁷³ Auch das Bild von den sich kreuzenden Kinderzügen im ungarischen Grenzbahnhof Hegyeshalom bestätigt den Erfolg der Schweizer Hilfe: «Im November wird im Grenzort Hegyeshalom im Dunkel der Nacht der zweite Transport stiller, müder, federleichter Kinder mit winzigen Säckchen gegen die zwitschernde Schar ausgetauscht, die aus der Schweiz zurückkommt und mit – oh so schweren! – Koffern und Paketen dem Wiener Zug entsteigt.»⁵⁷⁴

Für die grosse Wohltätigkeit, die die Schweiz leistete, waren die Ungarn stets sehr dankbar. Von einer solchen Dankbarkeitsbezeugung seitens der ungarischen Bevölkerung erfährt man aus dem Bericht über eine Kleiderverteilung im nordungarischen Dorf Órhegy: «Als die Verteilung endlich zu Ende war, erklärte unsere Aktionsleiterin den Leuten, dass dies alles Gaben seien, die das Schweizervolk für sie gesammelt habe, die nun von uns als letztes Glied in der Kette verteilt worden waren. Viele kamen mit Tränen in den Augen zu uns, um uns zu danken. Wir wünschten dauernd nur das eine, könnten doch alle die Spender in der Heimat zugegen sein und diese Freude und das Glück sehen, das sie hier mit ihrem Geschenk bereitet haben.»⁵⁷⁵ Die Propaganda war für das SRK von so grosser Wichtigkeit, dass sie sogar bei der Entscheidung über die Weiterführung der Hilfsaktionen eine Rolle spielte. So war es für die Geschäftsleitung unannehmbar, dass die kommunistischen Funktionäre «nicht wünschen, dass die ausländische Hilfe einem grösseren Bevölkerungskreis noch zum Bewusstsein kommt.»⁵⁷⁶

Das SRK brauchte keine spezielle Motivation, um in Ungarn tätig zu werden. Sicher war das Sendungsbewusstsein im sowjetisch besetzten Teil Europas besonders hervorzuheben, allerdings brauchte das SRK keine Mitarbeiter mit besonderen ungarischen Beziehungen. Eher setzte man auf die Erfahrung einer Elsbeth Kasser, die dafür bekannt war, ihre Mission in einem sehr schwierigen Umfeld erfüllen zu können.

Anders sah es bei der Schweizer Spende aus, die explizit einen aussenpolitischen Auftrag zu erfüllen hatte. Hier spielte zum einen die Annäherung an die Sowjetunion, aber auch die Furcht vor der Ausbreitung des Kommunismus eine Rolle. Fehlen in dieser Hinsicht Akten zu Ungarn, so zeigt das Beispiel der Hilfe an Österreich, dass die Nachkriegshilfe auch dazu eingesetzt wurde, den Kleinstaat an der Ostgrenze gegen das Vordringen des Kommunismus – sowjetische Truppen standen ja im Osten des Nachbarlandes – aufzubauen, ja als «Schutzwall gegen die übermächtig gewordene Sowjetunion, mit der die Schweiz bekanntlich noch keine diplomatischen Beziehungen unterhielt».⁵⁷⁷ Bei Max Vischer und Lajos Nyikos (bzw. seiner Frau Helen) waren die Beweggründe für ihre Aktivitäten sehr verschieden. Max Vischer gehörte Finanzkreisen an, die wichtige Interessen wirtschaftlicher und finanzieller Natur in Ungarn wahrnahmen. Er hatte aber auch persönliche Beziehungen zu Ungarn.⁵⁷⁸ Lajos Nyikos hingegen verspürte offenbar einen inneren Drang zum Helfen. Er war im Alter von acht Jahren aus Ungarn in die Schweiz gelangt. Für sein kurzes Engagement beim IKRK und auch für die Übernahme der Arbeiten im Sekretariat der Ungarn-Hilfe nahm er grosse persönliche Opfer in Kauf. Pfarrer Carl Irlet schliesslich kam wohl durch einen Zufall zu Ungarn, liess sich aber schnell von diesem Land einnehmen. Ungarn war in Kreisen der reformierten Schweiz als Aussenposten

der Reformation bekannt. Durch seine Freundschaft zu Bischof László Ravasz wurde Irlets Interesse an Ungarn vertieft: Das konservative Denken Irlets passte zum konservativen Geist, der in Ungarn bis 1945 vorherrschend war. Die Motivationen für die Ungarnhilfe blieben bestehen, obwohl sie sich auf das Gebiet der Flüchtlingshilfe verlagerte. Besonders die Schweizerisch-Ungarische Gesellschaft, das Schweizerische Arbeiterhilfswerk und die Caritas bemühten sich um die Unterstützung der im Zuge des kommunistischen Vormarsches immer zahlreicher werdende Gruppe der ungarischen Flüchtlinge. War die schweizerische Nachkriegshilfe geprägt von Imagepflege gegenüber dem Ausland und gegenüber der Sowjetunion im Besonderen, so bedeutete die Flüchtlingshilfe ein Bekenntnis zum westlichen Block und die Annahme der Blockbildung im Kalten Krieg.

Die Empfänger der Hilfe

Viel weniger bekannt ist die Wirkung der Ungarn-Hilfe auf die Hilfeempfängerinnen und -empfänger, da hier die Quellenlage besonders schlecht ist. Dankesbriefe der empfangenden Institutionen enthalten schablonenhafte Dankesbekundungen, aber von den einzelnen Menschen, die ein Paket nach Hause tragen konnten oder Schuhe empfangen, oder von Kindern, die einen dreimonatigen Aufenthalt in der Schweiz verbringen durften, ist nur wenig bekannt. Lediglich die Aufzeichnung der Erinnerungen eines ungarischen und eines österreichischen Kindes kann ich hier zu Rate ziehen.⁵⁷⁹

Die Österreicherin Eva Bruckböck besuchte die Schweiz mit einem Kindertransport 1945. Das Büchlein trägt den Titel «Auf ins Schlaraffenland». Schon im Vorwort berichtet der Vizebürgermeister von Linz, Hans Nöstlinger, – ebenfalls ein «Schweizerkind» – vom «unvergesslichen Schweizer Frühstück mit Weissbrot und «Konfitüre»» und vom Besuch in einer Konditorei, «in der ich mich auf Grund der grossen Auswahl gar nicht zurecht fand».⁵⁸⁰ Bruckböck erinnert sich an die 24 Stunden dauernde Fahrt in ungeheizten Waggons von Linz nach Buchs. Die Kinder wurden mit Gemüsesuppe und frischem Brot empfangen. Danach wurden die Kinder gewaschen, entlaust und medizinisch untersucht. In der Zwischenzeit wurden die Kleider mit DDT desinfiziert. «Evi» kam auf einen Bauernhof in der Nähe von Burgdorf. Sie lernte die Sprache, erholte sich gut und war ganz erschrocken, als die Zeit abgelaufen war. Im August 1946 konnte «Evi» auf Einladung der Schweizer Gastmutter wieder in die Schweiz fahren. Der Aufenthalt wurde auf 11 Monate ausgedehnt, und die Gasteltern erwogen eine Adoption. Die Beziehung zu den Pflegeeltern riss nie ab.⁵⁸¹

Die Auslandshilfe in Ungarn war während der Zeit der kommunistischen Machtübung weder ein Thema in der Geschichtswissenschaft noch in der Literatur. Dass das Bild der Schweiz in der ungarischen Bevölkerung durch die Nach-

kriegshilfe positiv beeinflusst wurde, darauf weist ein Reisebericht im sozialdemokratischen *Volksrecht* vom Dezember 1947 hin: «Das Schweizervolk hat offensichtlich nicht die Auffassung, das ungarische Volk sei weitgehend selbst schuld an der Härte seines Schicksals. [...] Ungarn steht an vierter Stelle der Länder, in denen die Schweiz zu helfen, zu lindern, Beweise der Freundschaft von Volk zu Volk zu erbringen sich verpflichtet fühlt. [...] Es schien mir, das ungarische Volk empfinde die helfende Hand der kleinen Schweiz so, wie sie verstanden werden will. Uns wurden zahllose Beweise dankbarer Empfindungen zuteil, die weiterzugeben Freude macht. Bei unserer Ankunft in Budapest wurden wir nicht nur durch Vertreter unserer Gesandtschaft und des ungarischen Aussenministeriums begrüsst. Vor dem Bahnhof harrete eine schweigende Volksmenge. In den Strassen, in den Cafés erwies man uns kleine Gesten besonderer Aufmerksamkeit. In den Strassenbahnen erhoben sich Fahrgäste, um Schweizern Platz zu machen, was unter anderem auch etwa zu freundlichen Auseinandersetzungen der Politesse führte. In der Staatsoper gab es in der Zwischenpause einer Ballettaufführung einen freundschaftlichen Empfang für uns auf der Bühne. Alle Behördevertreter, vom Staatspräsidenten, dem Ministerpräsidenten, dem Kultusminister, bis zum Bürgermeister von Budapest, hoben die Bedeutung der Hilfe aus der Schweiz hervor und baten uns, das Schweizervolk den Dank Ungarns wissen zu lassen. [...] Mögen die Hilfswerke der Schweizer Spende und des Schweizerischen Roten Kreuzes in Ungarn als bescheidene Zeichen des Verstehens unseres kleinen Schweizervolkes gegenüber dem auf dem Wege zur Demokratie befindlichen, arbeitstüchtigen ungarischen Volk ihre Aufgaben erfolgreich zu Ende führen können, ohne Störungen durch die besondere Schärfe politischer Auseinandersetzungen im Lande an der Donau.»⁸²

9. Erste Zwischenbetrachtung

An dieser Stelle sei mir eine erste Zwischenbetrachtung erlaubt. Ich habe über die Wiederaufnahme diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den Ländern, über kirchliche Verbindungen, die Rolle der Emigranten und über die Bedeutung der Nachkriegshilfe für die Formung und Vermittlung der kollektiven Identität der Schweiz und Ungarns berichtet. In allen Segmenten lässt sich eine Zäsur um 1948/49 herum beobachten.

Gemäss der Beurteilung des späteren ungarischen Gesandten in Bern, József Marjai, vom August 1956 basierte das schweizerisch-ungarische Verhältnis in dieser ersten Phase auf dem gegenseitigen Wohlwollen beider Länder. Bis 1949 sollen die Schweizer Behörden eine viel entgegenkommendere Haltung gegenüber Ungarn als seit der Ausrufung der Volksdemokratie gezeigt haben. Auch

die kulturellen Beziehungen waren in seiner Beurteilung ausgesprochen gut. Allein 1946 seien mehr als zwanzig ungarische Kulturschaffende in die Schweiz eingeladen worden, an der Universität Basel bestand von 1946 bis 1948 ein ungarisches Lektorat, und das Genfer Konsulat unterhielt eine ungarische Bibliothek mit 3000–4000 Bänden. Den Bruch sah Marjai nicht zuletzt in der Ausrufung der Volksdemokratie 1949. Danach waren bloss die Bemühungen der ungarischen Botschaft und die Beziehungen zur PdA nennenswert. Alle guten Beziehungen zu den Schweizer Zeitungsredaktionen brachen ab.⁵⁸³

Marjais Einschätzung kann ich nach dem bisher Geschriebenen im Wesentlichen unterstreichen. Auch in der öffentlichen Wahrnehmung war ein Wandel eingetreten. Stellvertretend für andere Kommentare möchte ich hier ausführlich die *Schweizer Illustrierte Zeitung* zitieren: Budapest, vor dem Krieg «Inbegriff des Charmes, der Lebensfreude und frohen Unbeschwertheit, einst die Stadt der Musik und der schönsten Frauen, aber auch ein Zentrum höchster Kultur, ist eine Stätte niedergeschlagener, eingeschüchterter Menschen geworden, die das Lachen verlernt, das Selbstbewusstsein verloren und – vielfach – den Glauben an eine bessere Zukunft aufgegeben haben. Nicht, dass diese Menschen Hunger litten und von Unterernährung gezeichnet wären; denn an Nahrungsmitteln, vor allem an Obst und Gemüse, mangelt es nicht. Auch ihre Kleider sehen nicht so mitgenommen und abgenützt aus wie anderswo; die Frauen und Mädchen haben sich den angeborenen Charme bewahrt und wissen ihm noch immer mit einfachen, aber phantasievoll improvisierten Kleidchen geschickt und unaufdringlich eine sympathische Note zu geben. Aber das Gemüt hat sich gewandelt. Wer sich mit diesen Menschen zu unterhalten versucht, stösst auf frostige Ablehnung, wer Fragen stellt, wird misstrauisch gemustert, und wer anders als ungarisch spricht, läuft Gefahr, auf Schritt und Tritt «beschattet» zu werden. Natürlich sind die Menschen mit guten Manieren nicht ausgestorben; aber sie halten sich zurück, weil eine leichte Verbeugung beim Grüssen einer Dame, ein galanter Handkuss, wie man das in Budapest seit Jahrhunderten nicht anders kannte, nicht mehr in den volksdemokratischen Knigge hinein passen. Da bleibt zum Beispiel plötzlich ein sympathischer, weisshaariger Herr vor einer Dame stehen und sagt: «Meine Verehrung, Gnädigste» – und schon richten sich die teils erschreckten, teils erbosten Blicke der ganzen Umgebung auf den Herrn, der noch immer nicht begreifen wollte, dass sich der Umgang unter «Genossen» viel unkomplizierter abzuwickeln pflegt. – Auch dem unvoreingenommenen Besucher von Budapest muss es auffallen, wieviele Männer im besten Alter als Polizisten und Aufpasser herumstehen und dem lieben Gott als getreue Diener einer kremelfreundlichen Regierung den Tag abstehlen. Dafür aber sieht er Frauen, die schwerste Männerarbeiten verrichten, auf den Baugerüsten tüchtig zupacken und beim Pflästern mithelfen. Nachts sind die Strassen menschenleer; die Nachtlokale müssen so

hohe Taxen und Steuern bezahlen, dass sich die meisten gezwungen sahen, den Betrieb einzustellen. Automobile gibt es so gut wie keine, dafür sind die Strassenbahnen überfüllt und durch die Strassen flutet tagsüber ein unablässiger Strom von Fussgängern. Wer aber in diese Gesichter blickt, der ahnt, der weiss es: diese Menschen sind nicht glücklich.»⁸⁴ Diese Lesart sollte die nächsten Jahrzehnte überdauern: Das ehemals charmante, lebensfrohe, unbeschwerte Land, wo sich vieles um Musik und Kulinarisches drehte – letztendlich alles Stereotypen, die als Tacit Knowledge abrufbar waren –, war ins Gegenteil verkehrt worden. Die guten Manieren wurden dem Argwohn geopfert, Ungarn wurde zum Polizeistaat, in welchem Angst herrschte. Und die Angst galt als Mittel von Machthabern, die den Ungarn offenbar wesensfremd waren. Zu Recht wurde Ungarn nicht mehr als Einheit wahrgenommen, vielmehr unterschied man aus der Schweizer Perspektive zwischen Regierung und Bevölkerung. Es galt nur noch der offizielle Identitätsentwurf, wonach Ungarn als sozialistischer Staat zu gelten hatte. Alternative Entwürfe, die nach Kriegsende miteinander wetteiferten, waren nicht mehr zugelassen. Doch auch in der Schweiz war eine ähnliche Entwicklung im Gange. Alternative Identitätsentwürfe wurden immer mehr geächtet, dem Identitätsdiskurs waren sehr enge Grenzen gesetzt. Der dominante Entwurf sah vor, dass sich die Schweiz auf nicht-kommunistische Positionen zurückzog. Kritiker wie ein Karl Barth oder die PdA hatten im herrschenden Entwurf keinen Platz mehr. Der Kalte Krieg hatte endgültig begonnen.

III. IM KALTEN KRIEG

«A nemzetközi helyzet pedig fokozódik.»⁸⁵

1. Einleitung

Wann begann der Kalte Krieg? Wie aus den vorangehenden Kapiteln hervorgeht, kann der Beginn kaum mit einem einzigen Datum angezeigt werden. Vielmehr handelt es sich um einen langwierigen Prozess, der bereits im Laufe des Zweiten Weltkriegs seinen Anfang nahm. Im Falle der schweizerisch-ungarischen Beziehungen kann spätestens ab dem Jahr 1947 von einem wachsenden Misstrauen und einer Integration in die jeweiligen Machtblöcke gesprochen werden. Einfacher ist es, den Endpunkt der unmittelbaren Nachkriegszeit zu definieren. Im Kontext der schweizerisch-ungarischen Beziehungen ist sicherlich die Ausrufung der Volksrepublik Ungarn am 20. August 1949 eine wichtige Zäsur.

Die Kommunikation zwischen Ost und West, so auch zwischen Ungarn und der Schweiz, kam ab diesem Zeitpunkt praktisch zum Erliegen. Diese Kommunikationsverhinderung war eines der Hauptmerkmale des Kalten Krieges. Noch 1974 beurteilte man den Aufbau gesellschaftlicher Kommunikation zwischen Ost und West als unmöglich, ohne dass ein einheitlich handelnder Machtblock im Osten vielen fragmentierten Einzelgruppen im Westen gegenüberstehe. Der Beweggrund sei das östliche Misstrauen gegenüber dem Westen, was sich in gestörten westlichen Radiosendungen, Kontrollen und Einschränkungen für westliche Journalisten, Geschäftsreisende, Wissenschaftler und Touristen äusserte.⁵⁸⁶ Alle Bereiche, die den Austausch zwischen den Ländern betrafen, wurden im Laufe dieser Periode, die bis 1955/56 dauerte, mehr und mehr beeinträchtigt. Während im Osten westliche Radiosender gestört wurden, verstärkten die USA die Propagandatätigkeiten via Rundfunk, insbesondere durch die Einrichtung der Sender *Radio Freies Europa* und *Voice of America*. Westliche Zeitungen waren im Osten nur für ausgewählte Personen zugänglich, osteuropäische Zeitungen wurden im Westen ebenso wenig gelesen. Propagandaschriften, welche osteuropäische Botschaften im Westen verbreiteten, fanden beim breiten Publikum kaum Anklang – lediglich kommunistische Kreise interessierten sich für diese Bulletins.

Auch der Reiseverkehr zwischen den Ländern kam praktisch zum Erliegen. In einer internen Weisung vom 2. Mai 1951 erschwerte die Schweiz die Einreisebestimmungen für Ungarn nach der Schweiz dahingehend, dass nur noch Einreisegesuche behandelt werden sollten, welche an die Schweizer Gesandtschaft in Budapest gerichtet wurden. Auf jeden Fall müsse die Meinung der Gesandtschaft eingeholt werden. Begründet wurde diese Verschärfung u.a. damit, dass Einreisegesuche von Schweizerbürgern von den ungarischen Behörden nur sehr schleppend und zurückhaltend behandelt würden. Wartefristen von 5–6 Wochen bis zu mehreren Monaten waren üblich.⁵⁸⁷ Auch geschäftliche Reisen waren kaum mehr möglich: Zum einen wurde in Ungarn die Wirtschaft so grundlegend umgekrempelt, dass die ehemaligen Ansprechpartner der Schweizer Wirtschaft

entweder aus Ungarn ausgereist waren oder ihre Funktion verloren hatten, zum anderen wurde die Wirtschaft durch eine Anzahl staatlicher Handelsorganisationen monopolisiert. Dadurch wurde jede gegenseitige Kontaktnahme verhindert.

Bevor ich aber auf die spezifischen Probleme Ungarns und der Schweiz zu sprechen komme, möchte ich kurz auf den internationalen Kontext eingehen. Wie in Kapitel II.1 dargestellt, wurde bereits die unmittelbare Nachkriegszeit von Spannungen zwischen den Grossmächten beherrscht. Die Teilung Europas und auch anderer Teile der Welt war spätestens ab der Berlin-Krise 1948 für längere Zeit Tatsache. Die Desintegration Europas erfolgte auf allen Gebieten des öffentlichen, aber auch des privaten Lebens.

Bildung neuer Militärbündnisse

Ein wichtiger Bereich der Desintegration war der des Militärs. Nach Beendigung der Kämpfe in Europa und Asien im Verlaufe des Jahres 1945 und der Zeit der Waffenbruderschaft der Westalliierten und der Sowjetunion begannen sich separate militärische Blöcke zu bilden. Ein erstes Zeichen für die neue Ausrichtung der Militärpolitik in Europa war die am 17. März 1948 erfolgte Gründung des Brüsseler Paktes gegen eine mögliche Aggression des alten Gegners Deutschland. Dieser Pakt wurde im Oktober 1954 zur *Westeuropäischen Union* WEU erweitert, welche am 5. Mai 1955 in Kraft trat und wenige Tage später in die am 4. April 1949 gegründete *North Atlantic Treaty Organization* NATO integriert wurde. Damit wurde das aus dem Besatzungsstatut entlassene Deutschland auf die beiden Machtblöcke aufgeteilt.

Die Sowjetunion verfügte zunächst über keine ähnliche Organisation. Erst in Folge der Unterzeichnung des Staatsvertrages mit Österreich gründete sie am 14. Mai 1955 zusammen mit anderen kommunistischen Staaten in Osteuropa den *Warschauer Pakt*.⁵⁸⁸ Damit umging die Sowjetunion die Bestimmung in den Friedensverträgen von 1947, wonach sie ihre Truppen aus Ungarn und Rumänien zurückzuziehen hatte, sobald Österreich ein souveräner Staat sein würde. Die militärische Zusammenarbeit war allerdings in beiden Lagern auch ausserhalb dieser Organisationen weit fortgeschritten. Innerhalb der NATO wurde zwischen den USA und den übrigen Mitgliedern am 27. Januar 1950 der *Mutual Assistance Act* unterzeichnet, mit welchem die USA den europäischen Mitgliedsländern Militärkredite in der Höhe von einer Milliarde US-Dollar gewährte.

Eine neue militärische Dimension erreichte der Kalte Krieg mit der Zündung der ersten sowjetischen Atombombe am 10. Juli 1949. Die USA festigte ihren Vorsprung in Sachen Massenvernichtungswaffen mit der Zündung der Wasserstoffbombe am 1. November 1952, auf welche die Sowjetunion mit einer eigenen Wasserstoffbombe im August 1953 reagierte. Auch Grossbritannien und Frank-

reich entwickelten eigene Massenvernichtungswaffen, und sogar die Schweiz tat mit Hilfe Grossbritanniens erste Schritte zur nuklearen Aufrüstung. Mit dem Beginn des Korea-Krieges 1950 gelangten die Grossmächte an den Rand des offenen Konfliktes. Fortan war die Bedrohungswahrnehmung im Westen wie im Osten von der Furcht vor dem Einsatz von Atomwaffen geprägt.

Neue politische Orientierung

Auch die politische Integration beider Einflusszonen wurde vorangetrieben. Am 5. Mai 1949 wurde der Europarat gegründet, um den Zusammenschluss der europäischen Staaten und Völker zu institutionalisieren. Eines der wichtigsten Ereignisse dieser Periode war die zeitweilige Lösung der deutschen Frage. Am 23. Mai 1949 erfolgte die Gründung der Bundesrepublik Deutschland, im Oktober desselben Jahres diejenige der Deutschen Demokratischen Republik. Im April 1951 wurde die Bundesrepublik in den Europarat aufgenommen und im selben Monat die Montanunion gegründet, die Vorläuferin der heutigen Europäischen Union. In Osteuropa wurde dagegen eine Volksrepublik nach der anderen ausgerufen. Der Beginn des Korea-Krieges 1950 schwor beide Lager auf ihre moralische Unterstützung für das eine oder andere Lager ein und versah die bislang nur diskursiv gestaltete Bedrohungswahrnehmung mit einem klar fassbaren Beispiel. Bewegung in die Fronten kam erst, als der sowjetische Diktator Josef Stalin nach zweiunddreissigjähriger Herrschaft am 5. März 1953 starb. Die Führungsfrage in der Sowjetunion war zunächst ungeklärt, und es dauerte einige Jahre, bis sich Nikita Chruschtschow als neuer starker Mann durchsetzen konnte. Es brach eine kurze Zeit der Wiederannäherung zwischen den Grossmächten, das so genannte Tauwetter, aber auch eine Zeit der Unruhen in den sowjetischen Satellitenstaaten an.

Den Anfang machte der Arbeiteraufstand gegen erhöhte Arbeitsnormen in der DDR im Juni 1953. Dieser Aufstand wurde mit Hilfe sowjetischer Panzer niedergeschlagen. Dank der neuen Führung in Moskau konnten sich die vier Siegermächte an einer Konferenz vom 25. Januar bis 18. Februar 1954 über den Staatsvertrag mit Österreich einigen, was die Aufhebung des Besatzungsstatus unter der Bedingung der Neutralität Österreichs bedeutete. Einige Monate später konnte an der Indochina-Konferenz in Genf ein Waffenstillstandsabkommen zwischen den Kriegsparteien in Indochina geschlossen werden. Vom 18. bis 23. Juli 1955 fand schliesslich in Genf eine Gipfelkonferenz der Regierungschefs und Aussenminister der vier Siegermächte statt. Themen waren die Deutschlandpolitik, die Bildung eines europäischen Sicherheitspakts, Abrüstung und Massnahmen zur Verbesserung des Ost-West-Verkehrs und -Handels. Trotz des viel beschworenen «Geistes von Genf» blieben praktische Resultate aus. Im Juni 1955 fand zudem die Aussöhnung zwischen der UdSSR und Jugos-

lawien statt, kurz nachdem am 15. Mai Österreich in die Unabhängigkeit entlassen worden war. Die neue sowjetische Linie war mit dem Etikett der friedlichen Koexistenz versehen, das als Wettrennen der Gesellschaftssysteme verstanden werden wollte.

Die Innenpolitik der Länder war gekennzeichnet durch einen Terror der Staatsmacht, um jede Opposition zu verunmöglichen. Die Unrechtsstaaten im Osten wurden für den Westen zum eigentlichen Merkmal des Kommunismus, welchem sie die Menschenrechte und die demokratisch-freiheitliche Rechtsordnung entgegenstellten. Im Februar 1956 begann auf dem XX. Parteitag der KPdSU die Entstalinisierung, und als Zeichen auch für den Westen wurde im April 1956 die Kominform aufgelöst. Im Sommer 1956 kam es in Posen zu einem Arbeiteraufstand, der zwar niedergeschlagen wurde, jedoch Signalwirkung für die Entstalinisierung Polens hatte. Schliesslich brach im Oktober der Aufstand in Ungarn aus.

Wirtschaftliche Integration

Nachdem der Westen mit dem Marshall-Plan und dem GATT eine neue Wirtschaftsordnung aufgebaut und darin auch die westdeutschen Besatzungszonen – später auch die Bundesrepublik Deutschland – integriert hatte, reagierte die Sowjetunion am 25. Januar 1949 mit der Gründung des *Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe* RGW. Allerdings konnte von einem osteuropäischen Binnenhandel nicht die Rede sein. Vorherrschend blieben bilaterale Verträge. Und weil jedes Land für sich eine weitgehende Autarkie anstrebte, gerieten die osteuropäischen Staaten in grosse wirtschaftliche Schwierigkeiten. Die Sowjetunion dominierte auch diesen Bereich voll und ganz. Wichtigstes Merkmal der neueren Wirtschaftsstruktur war die Planung der Wirtschaft, die in Drei- bzw. Fünfjahresschritten vollzogen wurde. Derweil setzten die westlichen Länder auf eine sozial abgefederte Marktwirtschaft. Weil sich nach 1950 ein Wirtschaftsaufschwung wie noch nie in der Geschichte abzeichnete, betrachtete man im Westen das eigene Modell als Siegerin im Wettstreit. Insbesondere dieser Aufschwung war es, der zum Hauptargument im Systemstreit wurde.

In dieser Zeit entwickelten sich in den beiden Einflusszonen divergierende kollektive Identitäten. Die Bevölkerung im Osten einte die Grunderfahrung der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Dominanz durch die Sowjetunion, während ihre Regierungen das kommunistische bzw. stalinistische Identitätskonzept für ihre Länder adaptierten. Da der Diskurs alleine von der Staatsmacht bestritten wurde und dadurch im Habermasschen Sinne inexistent war, gab es mindestens zwei Identitätsentwürfe, die kaum im gegenseitigen Austausch miteinander standen: Der einzige Weg der Kommunikation war von oben nach unten. Die Medien waren gleichgeschaltet. Der kommunistische Identitätsentwurf

einte nur eine Minderheit der Bevölkerung – die Mehrheit aber wagte es nicht, gegen die mit terroristischen Massnahmen (darunter die Präsenz der Roten Armee als ständige Bedrohung der Bevölkerung) durchgesetzte Ideologie aufzubegehren. Sie hatte auch kaum eine Möglichkeit, ihrer Stimme irgendwie Gehör zu verschaffen. Die gemeinsame Bedrohung für die Länder im Osten Europas war der «imperialistische» und «faschistische» Westen.⁵⁸⁹ Der Westen hingegen konstruierte seine Identität aus den Bausteinen militärische Stärke, vor allem durch die Hilfe der USA, politische Freiheit, freie Meinungsäusserung und freie Medien sowie kapitalistische Wirtschaftsordnung. Die Identitätskonstruktion war dem Diskurs nicht entzogen, allerdings konnten alternative Entwürfe nur mit Einschränkungen öffentlich gedacht werden. Insbesondere kommunistische Aktivitäten wurden als Bedrohung wahrgenommen und waren – wenn überhaupt – mehr geduldet als akzeptiert.

Unter diesen Vorzeichen entwickelten sich auch die Beziehungen zwischen Ungarn und der Schweiz. Der Gegensatz Kommunismus-Antikommunismus erwies sich nicht nur für die Strukturierung sozialer Schichten (bzw. Klassen) als tauglich, sondern auch für die Fragmentierung der Welt. Er basierte auf den klassischen Aus- und Eingrenzungskonstrukten der Moderne und der Vor-moderne. Gemäss Kurt Imhof vermengten sich im Antikommunismus Rassenbiologismen (Antislawismus), kulturalistisch argumentierende Volkstumsideologien (Freiheitsepen) «und insbesondere die religiösen Bedeutungsschichten aus dem Kampf gegen den nun zum marxistischen Atheisten gewordenen Antichristen». Sie «alimentierten sinnstiftend diesen kulturellen Code und erhöhten seine Wirkmächtigkeit und Distinktionskraft».⁵⁹⁰

2. Die Schweiz zwischen Marshallplan und Osthandel

Nachdem die Teilung der Welt in zwei gegensätzliche Blöcke unbestritten war, nahm auch die Schweiz Vorbereitungen auf einen möglichen neuen Krieg auf. Dies ging mit einer Rückbesinnung auf die Kriegsmentalität einher und führte zu einem eingeschränkten Identitätsdiskurs. Die zaghaften Öffnungsversuche gegenüber dem sowjetisch beeinflussten Osten in der unmittelbaren Nachkriegszeit wurden schnell abgebrochen, und auch in der alltäglichen innenpolitischen Auseinandersetzung versteiften sich die Fronten. Die politische, militärische und wirtschaftliche Integration der Schweiz im westlichen Block bedeutete auch das Abwenden vom sowjetisch beherrschten Osten Europas. Das Bundesratskollegium orientierte sich an seinen Erfahrungen und Erlebnissen in der Zeit der Weltwirtschaftskrise und des Zweiten Weltkriegs und ging nicht prospektiv an die Probleme heran.⁵⁹¹

Diese Haltung zeigte sich z.B. an den Feierlichkeiten zum hundertsten Geburtstag des Bundesstaates 1948, welches zum ersten Mal nach dem Kriegsende Gelegenheit bot, zurück und nach vorne zu blicken. Die Historikerin Katharina Bretscher-Spindler schrieb dazu: «Auffallend ist das Bemühen, in den Artikeln und Berichten zu diesem Ereignis den eben erreichten Konsens in keiner Weise zu gefährden. [...] Im Zusammenfallen dieses Jubiläums und dem Beginn des Kalten Krieges muss der Wunsch breiter Bevölkerungskreise gesehen werden, die Geistige Landesverteidigung zu reaktivieren. Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg war noch lebendig.»⁵⁹² Das Verfassungsjubiläum bot den einzelnen politischen Gruppierungen Gelegenheit, sich im Sinne eines gesamtschweizerischen Identitätsentwurfs in eigener Sache zu profilieren. Der freisinnige Jubiläumsdiskurs betonte, dass die moderne Schweiz die logische Fortführung der Alten Eidgenossenschaft sei, und distanzierte sich (30 Jahre nach dem Generalstreik) von der Linken. Der katholisch-konservative Diskurs betonte den Föderalismus, grenzte sich von der Linken ab und versah die Radikalen von 1848 mit dem Etikett Totalitarismus. Die Linke betrachtete die Verfassung als gute Grundlage, jedoch als ausbaufähig. Im Einklang mit der Abgrenzung vor allem des bürgerlichen Lagers vom Totalitarismus und speziell des Kommunismus wurde das Verfassungsjubiläum als grosse nationale Feier gestaltet, «in der die politischen und sozialen Unterschiede auf das Städtische und Folkloristische reduziert und zu einer vielfältigen Einheit verschmolzen wurden.»⁵⁹³ Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg sollte noch für längere Zeit die Handlungsschemata der Schweiz bestimmen. Die Träger der neuen Geistigen Landesverteidigung waren die *Pro Helvetia*, der *Schweizerische Aufklärungsdienst* SAD (am 4. Dezember 1947 gegründet) und die *Neue Helvetische Gesellschaft* NHG. Insbesondere der SAD versuchte, mit konspirativen Mitteln und mit Kontaktnetzen bis in die obersten politischen Kreise, die Schweizer Kriegsmentalität als eigentliches Schweizer Identitätskonzept zu festigen.⁵⁹⁴

Als Kitt für den Identitätsentwurf wurde eine überdimensionale Bedrohungslage suggeriert. Als eigentlicher Feind galt der Kommunismus. Es wurde eine Stimmung erzeugt, die der von 1938 glich, als Deutschland immer mehr Gebiete auch in der Schweizer Nachbarschaft ins Reich «heimholte». Diese Haltung entsprach der Totalitarismusthese, wonach Nationalsozialismus und Kommunismus die gleiche Bedrohung darstellten. Zudem liess sich mit diesem alt-neuen Feindbild auch eine Fortsetzung der Legende über die vermeintlich über alle Zweifel erhabene eigene Rolle im Zweiten Weltkrieg erwirken. Ein Beispiel für diesen Sachverhalt bildet die Auseinandersetzung mit der Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg, die durch die Einführung des Dauerasyls sowie der Bundesbeiträge für die Flüchtlingsfürsorge im März 1947 verbessert wurde. Eine umfassende Aufarbeitung der Flüchtlingspolitik wurde aber 1951

abgeblockt, womit die offizielle Version für einige Jahre beibehalten werden konnte.⁵⁹⁵

Durch die Betrachtung der Weltlage durch die kleine Luke wurde auch jede Neuerung – wie Fernsehen, Jazz oder das Frauenstimmrecht – als Bedrohung empfunden.⁵⁹⁶ Oberstkorpskommandant Hans Frick brachte es 1952 auf den Punkt: «Im Zeitalter der Schlagworte, der Massensuggestion, der Propaganda aller Art bilden Ideologien, die uns fremd und zuwider sind, eine sehr ernste Gefahr für unser Land.»⁵⁹⁷ Auch auf aussenpolitischem Gebiet fand diese Bedrohungswahrnehmung ihren Niederschlag. Seit der Truman-Doktrin vom März 1947 glaubte Max Petitpierre nicht mehr an eine amerikanisch-sowjetische Einigung. An der Neutralität wurde erst recht nicht mehr gerüttelt. In den Augen des EPD minimierte die Blockierung der UNO durch den Ost-West-Gegensatz die Folgen des Abseitsstehens der Schweiz. Die kommunistische Machtergreifung in Rumänien, der Tschechoslowakei und in Ungarn beunruhigten Petitpierre zunehmend. Mit dem Ausbruch des Korea-Krieges nahm die Kriegsangst auch in der Schweiz weiter zu.⁵⁹⁸ Und dies trotz der Erkenntnis, dass für die Schweiz zu keinem Zeitpunkt eine akute Kriegsgefahr bestand. Die Kriegsangst war so dominierend, dass man sich selbst vor einem neutralen Deutschland und Österreich fürchtete. Nationalrat Walter Bringolf meinte am Parteitag der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* vom März 1951, die Neutralisierung Deutschlands würde bedeuten, dass russische Panzer an der Schweizer Grenze stünden.⁵⁹⁹ Und als der Staatsvertrag mit Österreich im Mai 1955 in Kraft trat, hielt sich die Begeisterung in der Schweiz in Grenzen: Man war besorgt, dass zwischen dem kommunistischen Osten und der Schweiz nun kein Hindernis mehr stehe. Bei einer Neutralisierung Deutschlands fürchtete man die nachhaltige Festigung des sowjetischen Einflusses in Mitteleuropa.⁶⁰⁰

Sogar die eigene Neutralität wurde für diese Bedrohungswahrnehmung eingeschränkt. Von Anfang an war sich das EPD über die politische Zielsetzung des Marshall-Planes bewusst. Nach Konsultation von Experten befürwortete Petitpierre einen Beitritt der Schweiz zur OEEC, dem Instrument zur Umsetzung des Marshall-Plans, aus sicherheitspolitischen Gründen. Damit wurde die Schweiz aber zum westlichen Neutralen. Von nun an sollte die politische, klar antikommunistische Dimension der Solidarität nur dort zum Tragen kommen, wo eine Notwendigkeit dazu bestand. Diese Handhabung der Neutralitätspolitik wurde vor der Öffentlichkeit aber nie zugegeben.⁶⁰¹ Petitpierre sprach nur von der Komponente der wirtschaftlichen Solidarität. Ohnehin wurde die Aussenpolitik stark von der Wirtschaftspolitik geprägt. Sie war kaum je ein Mittel zur Erreichung höherer Ziele, sondern das eigentliche Ziel selbst.⁶⁰² Doch wie ich noch zeigen möchte, war die Schweiz auch in diesem Bereich ein westlicher Neutraler. Die Neutralität konnte in der Osteuropapolitik nur formell aufrechterhalten werden

– eine eigenständige Herangehensweise hatte sie ebenso wenig, wie gegenüber den Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika, entwickelt.⁶⁰³

Die Beziehungen zu den Westalliierten waren der Schweiz denn auch am wichtigsten. Ein entscheidender Punkt war der Vollzug des Washingtoner Abkommens, bei dem die Schweiz trotz Beharren auf der eigenen Position darum bemüht war, die Beziehungen zu den westalliierten Regierungen und ab 1949 zur Bundesrepublik Deutschland nicht aufs Spiel zu setzen.⁶⁰⁴ Hatte man sich zunächst auch der Sowjetunion angenähert, so blieb man diesem Land gegenüber sehr skeptisch, und auch die Entspannungspolitik der Sowjetunion ab 1955 war der Schweiz nicht geheuer.⁶⁰⁵ Am Feindbild Kommunismus musste – praktisch als primordialer Code aufgefasst⁶⁰⁶ – unter allen Umständen festgehalten werden, sollte die Schweizer Identitätskonstruktion nicht in sich zusammenstürzen. In ständig wiederkehrenden Ritualen wurde der Kommunismus in der Schweizer Presse verteufelt, was immer wieder für Verstimmungen in den Beziehungen zu den kommunistisch regierten Ländern führte.⁶⁰⁷

Zum Identitätsmodell der Schweiz gehörte auch eine starke Armee, was mit bedeutenden Rüstungsausgaben verbunden war. 1951 stimmte das Parlament einer neuen Truppenordnung und einem grosszügigen Rüstungsprogramm von 1,464 Mrd. Franken zu.⁶⁰⁸ Im Wesentlichen verfolgte die Schweiz eine autarke Militärpolitik – nicht mangels Alternativen, sondern weil diese dem eigenen Identitätsentwurf entsprach.⁶⁰⁹ Die ungehemmte Aufrüstung der Armee rief aber bald Opposition hervor. Die beiden aus Kreisen der 1949 gegründeten *Schweizerischen Friedensbewegung* hervorgegangenen Chevallier-Initiativen zur Rüstungsbeschränkung – die erste musste formaler Mängel wegen zurückgezogen werden – forderten die Vertreter des Militärs heraus. Doch die durchaus chancenreiche zweite Initiative musste auf Grund der Ereignisse vom Herbst 1956 zurückgezogen werden.

3. Kommunistischer Umsturz in Ungarn

Konkurrierende Identitätskonstruktionen

In Ungarn verstärken sich die schon seit Kriegsende vorhandenen Zeichen für eine quasi vorbehaltlose Integration des Landes in den sowjetischen Block. Innenpolitische Gegner wurden von der kommunistischen Partei mit Rückendeckung der sowjetischen Besatzungsbehörden bedrängt und schliesslich mit allen erdenklichen Methoden ausgeschaltet. Die fortschreitende Sowjetisierung führte dazu, dass Ungarn seine neu zu konstruierende Identität nicht ungestört weiterbauen konnte, sondern durch eine offizielle Konstruktion einfach ersetzt wurde. Während die Schweiz sich auf ihre Konstruktion aus der Zeit des Zwei-

ten Weltkriegs konzentrieren konnte, konkurrierten in Ungarn mindestens drei Identitätsentwürfe miteinander.

Der konservative Entwurf, der von den ehemaligen Horthy-treuen Eliten vertreten wurde, basierte auf dem Grossmachtbewusstsein Ungarns, das sich gegen übermächtige Feinde wehren müsse. Das Demokratieexperiment nach 1944 betrachtete diese gesellschaftliche Gruppe von allem Anfang an mit Unbehagen. Der Entwurf der Verfechter des Demokratieexperiments wiederum sah Ungarn als Teil eines «westlich» orientierten Europa, das vor allem die Horthy-Ära und den Nationalsozialismus bzw. den Faschismus als Bedrohung ansah. Zu dieser Gruppe gehörten praktisch alle Oppositionellen der Horthy-Ära und die Protagonisten der noch jungen Republik. Das kommunistische Identitätskonzept betrachtete Ungarn als Teil einer globalen Bewegung und war universalistisch ausgeprägt: Die Gegner mussten mit allen Mitteln von der richtigen Lehre überzeugt werden. Oder wie es Lutz Niethammer in satirischer Anlehnung an György Lukács beschrieb: «Das Schicksal der Menschheit hängt vom Einfluss der Geschichtsphilosophen an der Spitze der revolutionären Bewegung ab.»⁶¹⁰ Gegner aber waren alle, die nicht für den Kommunismus kämpften, also neben den Horthy-treuen Schichten auch die Verfechter des Demokratieexperiments. Den Kampf der drei Konzepte entschied schliesslich die kommunistische Partei für sich.

Wie auch in der Schweiz das hundertjährige Bestehen des Bundesstaates ein Gradmesser für den Stand der Identität war, war auch in Ungarn die Feier zum hundertsten Jahrestag des Ausbruchs der 1848er Revolution ein Referenzpunkt für die Entscheidung in der Identitätsfrage. 1848 bedeutete für alle drei Gruppen einen historischen Bezugspunkt, ja eine Art Gründungsmythos. 1848 handelt von der Trias Freiheit, Nation und Heimat. Gemäss dem Historiker András Gerő bestand die Umwertung von 1848 für die Kommunisten aus folgenden Elementen: «1848 ist das ruhmvollste Kapitel der ungarischen Geschichte, weil der Freiheitsdurst des Volkes und der nationale Aufstand gepaart mit wahrer Heimatliebe das freie Ungarn der freien Menschen verwirklicht hat. Die Werte von 1848 werden auch von Kossuth, Petőfi und Táncsics verkörpert. Kossuth ist der Vertreter der unabhängigen und freien Heimat, die zu keinen Kompromissen bereit ist. Petőfi formulierte als konsequenter Demokrat den Willen des zur Nation werdenden Volkes. Táncsics verkörpert das arbeitende Volk, den Zusammenhalt der Arbeitenden in Stadt und Land und auch, dass die Freiheit nicht eine juristische Kategorie bedeutet, sondern vor allem die Befreiung des arbeitenden Volkes aus der Unterwerfung.»⁶¹¹ Diese Auslegung bedeutet, dass das Erbe von 1848 allein von der kommunistischen Partei getragen wird. Auch die Niederwerfung des Freiheitskampfes durch russische Truppen wurde umgewertet: Es seien eben zaristische Truppen gewesen, was mit der Roten Armee nichts zu tun habe.

Das offizielle Ungarn integrierte sich nicht nur vollständig im östlichen Block, sondern wurde zum eigentlichen Musterschüler Stalins mit allen Konsequenzen für die Identitätskonstruktion. Gemäss dieser Auffassung verkörperte die Partei den Volkswillen. Die staatliche Ebene war von der Partei nur formal getrennt. Gemäss der Meinung von János Kornai bemühte sich die staatliche Bürokratie, «die Bevölkerung dazu zu bringen, ihre Politik zu unterstützen, und zu diesem Zweck benutzt sie das gesamte Arsenal der Schulung und der modernen politischen Propaganda.»⁶¹² Mit missionarischem Eifer ging die Regierung daran, mit universalistischen Codes die fehlende Legitimation des Systems zu ersetzen, da ja die wichtigsten Merkmale einer kollektiven Identitätskonstruktion fehlten: Es gab keinen Gründungsmythos, keine gemeinsame kulturelle Basis, kein fest umrissenes geographisches Gebiet und kein stabiles Rechtssystem. Als Kompensation konnten nur die terroristische Überzeugungsarbeit gegenüber den inneren Feinden und die Konstruktion einer gemeinsamen überhöhten Bedrohungslage dienen.

Der Kampf gehörte zu den grundlegenden Bestandteilen dieses Konzeptes. Dazu gehörte die Überzeugung bzw. Vernichtung des inneren Feindes. János Kornai fasst diesen Sachverhalt treffend zusammen: «Wenn gewisse politische Gruppen sich der Politik der Machthaber widersetzen, deutet dies nicht auf ein Problem mit der Politik hin; es bedeutet vielmehr, dass diese Gruppen widerspenstig, böartig oder schlechtweg feindlich gesinnt, dass sie Sprecher für den internen und externen Klassenfeind sind. [...] Das klassische System [worunter Kornai auch Ungarn in der Rákosi-Ära versteht] hat einen paternalistischen Zug, der aus seiner Selbstlegitimierung offensichtlich wird: Die Machtinhaber sind sicher, dass sie die Interessen der Regierten besser verstehen als diese selbst. Die Bürokratie steht in loco parentis: Alle anderen Schichten, Gruppen und Individuen in der Gesellschaft sind Kinder, Zöglinge, deren Entscheidungen für sie durch ihre erwachsenen Vormunde getroffen werden müssen. [...] Die paternalistische Rolle ist eine der wichtigsten ideologischen Rechtfertigungen für die Zentralisierung und bürokratische Organisation der Macht.»⁶¹³ Bis zur Ausrufung der Volksrepublik hatte es neben Mátyás Rákosi noch andere starke Politikerpersönlichkeiten gegeben, die aber der Reihe nach ausgeschaltet wurden. Zuerst hatten die Bürgerlichen, dann die Sozialdemokraten und schliesslich die eigenen Leute daran zu glauben. Der Prozess gegen den kommunistischen Innenminister László Rajk war nur der Auftakt gewesen für eine ganze Reihe von weiteren Prozessen.⁶¹⁴

Das Parlament wurde so gut wie ausgewechselt, in den Parlamentswahlen vom Oktober/November 1951 wurde beinahe die Hälfte aller Abgeordneten ersetzt.⁶¹⁵ Aber schon zuvor war das Parlament entmachtet worden. Gab es bis 1947 noch kaum eine Rede, die ohne Zwischenrufe und Störmanöver gehalten

werden konnte, so war nunmehr die Dauer des Applauses der Abgeordneten die einzige variable Grösse. Auch wurden die Parlamentsprotokolle immer dünner, vom Gehalt ganz zu schweigen. Die Entscheidungen wurden fortan weder vom Parlament noch von der Parteibasis, auch nicht vom Ministerrat, sondern vom Zentralkomitee der *Partei der Werktätigen* MDP gefällt. Allerdings gab es auch da eine Einschränkung, hatte doch Mátyás Rákosi angesichts des Korea-Krieges im November 1950 mit seinen engsten Vertrauten Ernő Gerő und Mihály Farkas ohne Wissen des Zentralkomitees einen *Rat für Landesverteidigung* geschaffen, die alle wichtigen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Fragen entschied. Die Sitzungen fanden meist in der Wohnung von Rákosi statt, Aufzeichnungen über die Beschlüsse gab es keine.⁶¹⁶ Gesetze wurden in Form von Dekreten von der Parteiführung erlassen. Damit ging die eigentliche Macht von den genannten drei Männern aus. Die Entscheidungen waren nicht nachvollziehbar. Ausserdem war Rákosi der einzige Diktator in Osteuropa, der mit Stalin unter vier Augen sprechen durfte. Damit entzog er sich sogar den allgegenwärtigen Argusaugen der sowjetischen Berater, die es nicht wagten, die Aussagen des engen Stalin-Freundes in Zweifel zu ziehen.

Bedrohungsszenario

Zum terroristischen Staatsapparat kam ein überhöhtes Bedrohungsszenario. Dieses ging davon aus, dass der Sozialismus von Feinden umgeben ist, die darauf aus sind, ihn zu zerstören. Die Anhänger des Sozialismus hatten folglich die Pflicht, gegen die feindliche kapitalistische äussere Welt stets auf der Hut zu sein und ihre Angriffe abzuwehren.⁶¹⁷ Diese Haltung wurde sicherlich von den historischen Erfahrungen der kommunistischen Bewegung gespeist. Nicht nur in Ungarn, auch in anderen Ländern mussten kommunistische Parteien vor 1945 illegal operieren. Die wichtigsten ungarischen Parteiführer hatten Jahre hinter Gittern verbracht, allen voran Mátyás Rákosi. Augenfällig wird diese Haltung bei Betrachtung der Sicherung der Landesgrenzen, insbesondere derjenigen zu Österreich. Diese wurde mit ihren ausgeklügelten Sperranlagen zum eigentlichen Symbol des kommunistischen Identitätsentwurfs.⁶¹⁸ Aber auch die Grenzen zu den übrigen Nachbarstaaten waren von beiden Seiten streng bewacht.

Die Verteidigung Ungarns gegen den Westen und die Zusammenarbeit mit den «fortschrittlichen» Ländern wurde von den Hofhistorikern auch historisch begründet. In einem Geburtstagsgeschenk an den Diktator von 1952 heisst es: «Die 1000jährige Geschichte der ungarischen Nation zeigt, dass das ungarische Volk dann stark und geschätzt war, wenn es zu den Pionieren des menschlichen Fortschritts gehörte.»⁶¹⁹ Dabei berief man sich auf den Heiligen Stephan (Staatsgründer), die Revolutionäre Rákóczi (XVII. Jahrhundert) und Lajos Kossuth (1848/49) sowie den Bauernführer György Dózsa (XVI. Jahr-

hundert). Der Kampf gegen die Türken und die Habsburger wurde als Kampf für den Fortschritt stilisiert. Das Scheitern all dieser Freiheitskämpfe wurde mit Hilfe des reaktionären Auslands an die inneren Feinde des Fortschritts gesehen, also die Katholische Kirche und die Grossgrundbesitzer. Ebenso zum Scheitern beigetragen habe die adlige Führung der Aufständischen, die keine Einheit mit dem Volk gebildet habe.⁶²⁰ Die neuerliche Revolution, nämlich der Aufbau des Sozialismus in Ungarn, wurde als «neue Landnahme» bezeichnet, die mit Hilfe der Sowjetunion erreicht wurde. Damit konnte die Abschottung nach Westen – im 9. Jahrhundert hatten sich die Stammesfürsten durch ein weites Ödland gegen Westen abgesichert – historisch begründet werden. Zugleich führte die Metapher der Landnahme auch zur Überlegung, wonach die kommunistische Partei im ureigenen Interesse der Nation handelte: «So ist zum ersten Mal nach langen Zeiten eine historische Situation entstanden, in welcher das ungarische Volk getrost in die Zukunft blicken kann. Das ungarische Volk hat sich auf die unbesiegbare Seite des Fortschritts gestellt und sich beim Bau der Zukunft in das feste Friedenslager begeben.»⁶²¹ Die Abschottung gegen den feindlichen Westen gehörte also zum festen Bestandteil des kommunistischen Identitätskonzeptes.

Dieses Bedrohungsbild und die oben geschilderte Rechtsunsicherheit sowohl der staatlichen Akteure und auch jeder einzelnen Person, die sich in Ungarn befand, hatten Auswirkungen auf die auswärtigen Beziehungen Ungarns. Hatte sich 1946 der damalige Aussenminister János Gyöngyösi noch dahingehend geäussert, dass sich die ungarische Aussenpolitik in den von der Alliierten Kontrollkommission vorgegebenen Bahnen bewegen müsse, konnte 1949 von einer eigenständigen ungarischen Aussenpolitik überhaupt nicht mehr die Rede sein.

Der wirtschaftliche Einfluss der Sowjetunion wuchs seit dem Winter 1944, als die Rote Armee das ungarische Kernland erreichte, praktisch von Tag zu Tag. Spätestens mit den sowjetisch-ungarischen Joint-Ventures ab August 1945 war die ungarische Wirtschaft eng mit der sowjetischen verhängt. Das Ziel der MKP war es, 75% des Aussenhandels mit der Sowjetunion abzuwickeln und die westlichen Interessen allmählich auszuschalten.⁶²² Dennoch blieb die ungarische Aussenpolitik gegenüber den Westalliierten einige Zeit abwartend. Das hing wohl damit zusammen, dass das Tagesgeschäft nach wie vor von Diplomaten der alten Schule abgewickelt wurde. Erst nach und nach wurden die wichtigen Posten mit frischgebackenen Diplomaten aus dem Arbeitermilieu besetzt. Damit gelangte das aussenpolitische Konzept der bewussten Verschlechterung der Beziehungen zum Westen zum Durchbruch. Dies geschah zum einen durch Verstaatlichungen, zum anderen z.B. durch die Festnahme von Mitarbeitern westlicher Unternehmen. Beispielfhaft ist die Verhaftung zweier amerikanischer Angestellter

des Unternehmens Standard Oil, die sich gegen die zu schnelle Ausbeutung der Ölfelder gewehrt hatten. Sie wurden in einem Schauprozess wegen des Tatbestandes der Sabotage verurteilt, einer sogar zu Tode, was später zu lebenslanger Haft umgewandelt wurde. Er kam 1955 im Zuge der allgemeinen Amnestie frei. Entführungen und Geiselnahmen wurden zum offensichtlich tauglichen Mittel der ungarischen Aussenpolitik: Der amerikanische Chef von IT&T in Ungarn, Vogler, wurde 1949 festgenommen, sein Anwalt erhielt keine Einreiseerlaubnis. Er wurde 1951 erst freigelassen, als sich die USA bereit erklärten, die Sendefrequenzen des Propagandasenders *Voice of America* zu ändern!⁶²³

Diskursverbot auch in der Aussenpolitik

Das rigide Bedrohungsbild und die terroristische Überzeugungsarbeit der Bürokratie waren gleichbedeutend mit einem weitgehenden Diskursverbot. Es gab keine unabhängigen Medien, keine Streitgespräche oder auch nur einen zahmen Gedankenaustausch. Dies wirkte sich nicht nur auf die gesellschaftliche Sphäre, sondern auch auf die Bürokratie aus. Besonders schwerwiegend wog dieser Umstand im Bereich der Aussenvertretungen, die ihren angestammten Aufgaben nicht mehr nachkommen konnten bzw. durften. War es bis dahin die Aufgabe der Gesandtschaft, ein möglichst vorteilhaftes Beziehungsnetz aufzubauen, damit die ungarischen Interessen auf allen Gebieten wahrgenommen werden konnten, so war es ab spätestens 1950 nicht mehr opportun, objektive Berichte an die Zentrale zu schicken, die für die Gestaltung der Beziehungen zu anderen Staaten von Belang gewesen wären. Im Gegenteil: Das ungarische Aussenministerium legte im Detail fest, nach welchen Mustern die Berichte abzufassen und wie die politische Lage in den jeweiligen Ländern zu werten waren.⁶²⁴ Berichte mussten beispielsweise Beweise für titoistische Aktivitäten oder den imperialistischen Einfluss auf den Westen liefern.

Auch mangelte es Ungarn ausser der Integration in den sowjetischen Block an aussenpolitischen Zielen, wie Eric Roman feststellte: «That the foreign ministry in Budapest, and those in other satellite capitals, found the time to turn out one well-documented <study> after another to demonstrate the crimes of Tito and his <clique> showed that there was little else useful to occupy the personnel. All the normal activities, such as the collection of data, policy planning, report analysis, and the preparation of position papers, were neglected, and it was just as well because they were not needed anyway. There was but one foreign policy apparatus in the soviet camp; the foreign ministries in the satellites served as subordinate bureaux with not even a vestige of autonomy.»⁶²⁵ Dies hatte erschreckende Auswirkungen auf die Gesandtschaften Ungarns, die in eine Art Dämmer Schlaf fielen. Eines der wenigen Aufgaben war das Knüpfen von Kontakten zu den Repräsentanten der unabhängig gewordenen Kolonien. Doch war diese Aufgabe

kaum zu verwirklichen, weil die nach den «Säuberungswellen» verbliebenen ungarischen Diplomaten in der Regel keine Fremdsprachenkenntnisse hatten.⁶²⁶ Ausserdem wurde immer wieder bemängelt, dass die Vertreter der jungen Staaten kaum Groll gegenüber ihren früheren Unterdrückern hegten. Die Moral in den Gesandtschaften sank auch deshalb, weil die nach Budapest geschickten Berichte wie Schulaufsätze behandelt und korrigiert an den Absender zurückgesandt wurden. Auch beschäftigte man sich in internen Seminaren mehr mit dem Studium des Marxismus-Leninismus als mit dem Tagesgeschäft.

Wirtschaftspolitik

Die ungarische Wirtschaftspolitik war schon in den 1940er Jahren unter kommunistische Führung geraten, die Tendenz verstärkte sich noch mehr während und nach den Verstaatlichungswellen im Dezember 1949. Der Oberste Wirtschaftsrat, der auch schon unter kommunistischer Führung die Wirtschaftspolitik des Landes bestimmt hatte, wurde Mitte 1949 aufgelöst und durch das staatliche Planungsamt ersetzt. Damit ging auch die Umorganisation des Aussenhandels einher. Es wurden Monopolgesellschaften gegründet, die für einzelne Produktgruppen zuständig waren. Zugleich wurden die Geschäftsbeziehungen zwischen den einzelnen Unternehmen gekappt; sie konnten nur noch via staatliche Stellen miteinander in Verbindung treten. Die Bedarfsplanung führten nun staatliche Stellen nach politischen Kriterien durch, was dazu führte, dass der Rohstoff- und Produktmangel zum Markenzeichen der ungarischen Wirtschaft wurde.⁶²⁷ Im Dezember 1949 trat der Fünfjahresplan in Kraft. Hauptziel war die Umgestaltung Ungarns von einer Agrar- in eine Industrienation. Insbesondere die Schwerindustrie wurde stark gefördert. Wegen des Ausbruchs des Korea-Krieges wurden die Rüstungsausgaben erhöht, und bereits im März 1951 wurde der Fünfjahresplan forciert. Schliesslich wurden die Ziele des Wirtschaftsplanes unabhängig von den wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes gesteckt, das Plansoll blieb in jeder Hinsicht unerfüllbar.⁶²⁸

Wirtschaftliche (Des-)Integration

Die wirtschaftliche Integration des östlichen Blocks wurde mit der Einrichtung des *Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe* RGW gefestigt. Allerdings existierte der RGW zu diesem Zeitpunkt nur auf dem Papier.⁶²⁹ Die Wirtschaftsbeziehungen waren nach wie vor auf bilateralem Weg geregelt. Das Handelsvolumen zwischen den Bruderstaaten war sehr gering. Das sowjetische Einflussgebiet strebte in Folge des Korea-Krieges eine Autarkie an – und jedes einzelne Land folgte diesem Modell. Da alle Staaten nach ähnlichem Muster umorganisiert wurden, kam der Handel praktisch zum Erliegen. Die osteuropäischen Staaten mussten die Rohstoffe und die notwendigen Maschinen oft aus dem Westen beschaffen.

Dazu mussten sie den Handel mit dem Westen – trotz der angestrebten Verschlechterung der Beziehungen – aufrechterhalten.⁶³⁰

Ungarn musste dafür vor allem landwirtschaftliche Produkte exportieren, allerdings in einer Masse, dass es dafür auf Lebensmittelhilfe aus der Sowjetunion angewiesen war! Zudem brauchte es zwischen 1949 und 1955 85% der gesamten Goldvorräte auf: Die Menge sank von 36,1 Tonnen im Jahr 1949 auf lediglich 5 Tonnen im September 1955.⁶³¹ Die Wirtschaftszahlen aus dem Ungarn der frühen 1950er Jahre waren schlicht katastrophal. Die meisten fachkundigen Volkswirtschaftler waren den «Säuberungen» zum Opfer gefallen oder waren emigriert. Obwohl die Pläne der MDP nicht verwirklicht werden konnten, wonach der Aussenhandel zu drei Vierteln mit der Sowjetunion erfolgen sollte, erreichte die Quote 1953 immerhin ein Drittel. Die ungarische Industrie stellte Waren von einer so niedrigen Qualität her, dass sie nicht nur in den westlichen Staaten, sondern selbst in der Sowjetunion kaum abzusetzen waren.⁶³² Ausserdem setzte man zu Lasten der Konsumgüterproduktion auf die Schwerindustrie. Durch die Verstaatlichung aller Handelsunternehmen wurde der Beamtenapparat aufgebläht. Waren 1949 noch 170'000 Beamte mit Handelsfragen betraut, wuchs ihre Zahl im Jahr 1953 auf 260'000, im Jahr 1956 sogar auf 280'000 Personen an.⁶³³

Aber nicht nur der Import aus dem Westen stiess auf grosse Probleme, auch der Export von Lebensmitteln wurde durch die Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft bedeutend erschwert. Zwischen 1948 und 1955 waren ca. 400'000 Bauern wegen Vergehen gegen die Landesversorgung verurteilt worden. Damit war das Nicht-Abliefern des Plansolls an Lebensmitteln an die staatlichen Stellen gemeint. Die Zwangsrequirierung erreichte 1952 ihren Höhepunkt, als 800'000 von 1'200'000 Bauernfamilien nicht mehr über genügend Saatgut verfügten. Ausserdem sank die Anbaufläche von Jahr zu Jahr.⁶³⁴ Auch mit den teuren Rohstoffen ging man fahrlässig um. Öl und Kohle wurden in Anlagen mit schlechtem Wirkungsgrad verheizt, teure Metalle verschwenderisch und mangelhaft verarbeitet. Schliesslich wurden die Exportversuche Ungarns durch im RGW herrschende fixe Preise erschwert. Diese wurden von 1950 bis 1957 beibehalten und führten dazu, dass das osteuropäische Preisniveau keinen Zusammenhang mehr mit den Weltmarktpreisen aufwies und die Waren viel zu teuer waren.⁶³⁵ Um es kurz zu fassen: Die ungarische Wirtschaft näherte sich mit ungeheurer Geschwindigkeit dem Kollaps.

Militärpolitik

Die Gleichschaltung der nationalen Interessen mit jenen der Sowjetunion wurde auch auf militärischem Gebiet fortgesetzt. Die Reorganisierung begann 1950 mit der Entfernung von 1100 Offizieren: Binnen eines Jahres waren 81% der alten

Offiziere durch neue ersetzt worden.⁶³⁶ Junge Offiziere wurden im Schnellverfahren zu Generälen befördert, Ende 1952 erreichte der Bestand der ungarischen Volksarmee 210'000 Mann, die fünffache Zahl gegenüber Anfang 1949. Beim Ausbau der Armee liess man sich von der Idee leiten, wonach die Westalliierten 1953 einen militärischen Schlag auf Osteuropa vollziehen würden, wobei die gleiche Gefahr auch von Jugoslawien ausging. Aus diesem Grund wurde die Südgrenze Ungarns bis 1955 stark ausgebaut.⁶³⁷ In jeder Hinsicht war die ungarische Volksarmee qualitativ schlechter bewaffnet als die in Ungarn stationierte Rote Armee.

Kurzzeitige Veränderungen im Sommer 1953

Auf aussenpolitischem Terrain war Ungarn zumindest bis 1953 kaum als souveräner Staat zu betrachten. Jede politische Änderung in der Sowjetunion wurde von Mátyás Rákosi auch in Ungarn umgesetzt, wie beispielsweise politische «Säuberungswellen». Eine letzte Welle richtete sich gegen Juden. Schon der Slansky-Prozess in Prag im November 1952 hatte eine deutlich antisemitische Schlagseite, und Rákosi setzte den Kampf gegen den Zionismus umgehend auf die Tagesordnung. Die prominentesten Opfer waren der gefürchtete Chef der Staatsicherheit Gábor Péter und andere jüdische Offiziere der Staatssicherheit.⁶³⁸ Es ist nur in Einzelfällen bewiesen, dass die Machthaber mit dem Schüren des Antisemitismus diesen traditionellen Code bemühen wollten, um eine stärkere Verbindung zwischen Staatsapparat und Bevölkerung herzustellen.⁶³⁹

Mit dem Tod Stalins im März 1953 und dem von Chruschtschow erzwungenen Rückzug Mátyás Rákosis zu Gunsten seines Gegenspielers Imre Nagy im Sommer 1953 änderte sich die vorgegebene Marschrichtung – der aufkeimenden Hoffnungen zum Trotz – nur geringfügig. In einer aufsehenerregenden Rede vor dem Parlament, die auch im Radio übertragen wurde, kündigte Imre Nagy neben der Aufhebung der Internierungslager und der Streichung aller Namen von der Liste der Kulaken vor allem Wirtschaftsreformen an. So sollte die Konsumgüterindustrie nicht mehr vernachlässigt, die forcierte Industrialisierung etwas zurückgebunden werden. Er verkündete Änderungen in der Verteilung des erwirtschafteten Vermögens, die Linderung der Belastungen in der Landwirtschaft, den Abbau des Verwaltungsapparates und den Versuch, das Vertrauen des Volkes zurückzugewinnen. Letzteres gelang mit einer generellen Lohnerhöhung. Ungarn war gegenüber dem Westen isoliert: In einem Bericht des Aussenministeriums von 1953 über die Beziehungen Ungarns mit westlichen Staaten schnitten die USA am schlechtesten ab. Mit Grossbritannien waren sie «gestört», mit Frankreich «höflich» aber «kühl», mit Italien «nicht gut», mit Belgien «unbefriedigend», mit den Niederlanden und der Schweiz zumindest «korrekt».⁶⁴⁰

Die Resultate der ohnehin schon geringen Wirtschaftsreformen konnten nicht genossen werden, da im März 1955 – vor allem auf Druck Moskaus – wieder die alte Garde unter Mátyás Rákosi das Szepter übernahm. Dennoch war auf vielen Gebieten eine Lockerung spürbar, mit der Einrichtung einer Volksfront schienen sogar leichte demokratische Reformen möglich.⁶⁴¹ Obwohl Rákosi wieder die Oberhand gewann, wurden die Hoffnungen nicht einfach begraben. Die internationalen Zeichen standen seit 1953 auf Entspannung: Der Staatsvertrag mit Österreich trat 1955 in Kraft, in Genf trafen sich die Grossmächte im Juni zu einem Gipfeltreffen, der Konflikt mit Jugoslawien wurde beendet und die Kominform aufgelöst. Im Dezember 1955 wurde Ungarn mit 15 anderen Staaten gemeinsam in die UNO aufgenommen. Rákosi, der den Konflikt mit Jugoslawien nicht zuletzt mit dem Rajk-Prozess entscheidend angeheizt hatte, musste nun einen Ausgleich mit Tito finden, insbesondere nachdem sich Chruschtschow und Tito wieder angenähert hatten. Damit musste auch der Rajk-Prozess neu verhandelt werden. Schliesslich musste er eine Amnestie für die politischen Gefangenen ausrufen. Die Exhumierung und feierliche Wiederbestattung von László Rajk und den Mitverurteilten im Oktober 1956 geriet zur grossen Demonstration mit Hunderttausenden von Teilnehmern – damit war der Weg zum Volksaufstand geebnet. Zu diesem Zeitpunkt befand sich Rákosi aber nicht mehr in Ungarn. Er war am 24. Juli 1956 für einen provisorischen Aufenthalt in die Sowjetunion gefahren, kehrte aber nie wieder nach Ungarn zurück.

Erst in der Folge des XX. Kongresses der KPdSU 1956 wurde auch in Ungarn die Entstalinisierung ernst genommen und auf dem Gebiet der Aussenpolitik durchgeführt. Die Gesandtschaften in den kapitalistischen Ländern wurden angewiesen, Vorschläge zu unterbreiten, wie man die Beziehungen zu den jeweiligen Ländern auf allen Gebieten verbessern könne.⁶⁴² Damit war die von der kommunistischen Partei vorgegebene Identitätskonstruktion Ungarns gescheitert. Denn neben dem offiziellen Modell bestanden die eingangs zitierten Modelle im Stillen weiter. Die konsequente Umsetzung des kommunistischen Modells in Aussenpolitik und Wirtschaft hatte das Land an den Rand des Ruins gebracht. Und es ist wohl kein Zufall, dass der erste Akt des Aufstandes von 1956 – nämlich die Verkündung von 15 Reformideen – auf die historische Vorlage von 1848 zurückgriff. Die Umwertung der von den Kommunisten bemühten Gründungsmythen hatte begonnen.

4. Das schwindende gegenseitige Interesse Ungarns und der Schweiz

Die in den vorangegangenen Kapiteln dargestellten inneren und äusseren Grenzen der jeweiligen Identitätsentwürfe bildeten die Voraussetzung für die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Schweiz und Ungarn. Die Verhärtung der Positionen, die Rückbesinnung auf die Mentalität während des Zweiten Weltkriegs in der Schweiz und die kompromisslose Verwirklichung des kommunistischen Modells in Ungarn, also die divergierenden primordialen Identitätskonstruktionen von Antikommunismus und Kommunismus, erschwerten die Kommunikation zwischen den Ländern nachhaltig. Dabei gab es eine ganze Reihe von Ereignissen, die durch gut funktionierende Kommunikationswege hätte besser bewältigt werden können. Flucht- und Spionageaktionen, gezielt angestrebte Missverständnisse und unhaltbare Vorwürfe auf beiden Seiten, unterschiedliche handelspolitische Zielsetzungen etc. erschwerten die Kommunikation zusätzlich. Dennoch wurden die diplomatischen Beziehungen nie abgebrochen. Nicht nur wirtschaftliche Überlegungen spielten hier eine Rolle, sondern auch identitätspolitische: Beide Länder waren bemüht, ihre Beziehungen mit allen Ländern aufrechtzuerhalten.

Die Verhärtung der ungarisch-schweizerischen Beziehungen ging einher mit der Neubesetzung der ungarischen Botschaft in Bern. Die ersten beiden Botschafter der Nachkriegsära waren Mitglieder der Partei der Kleinen Landwirte FKgP gewesen. Ferenc Gordon war ein enger Vertrauter des Ministerpräsidenten Ferenc Nagy und trat nach dessen Absetzung zurück; Imre Oltványi gehörte dem linken Flügel der Partei an, welche mit der MKP sympathisierte. Allerdings vertraute ihm die immer mächtiger werdende MKP nicht mehr. Schon im Juni 1947 – also kurz nach dessen Ernennung – verlangte ihr aussenpolitisches Komitee seine Rückberufung.⁶⁴³ Nach dessen Abberufung im August 1948 kam der erste kommunistische Botschafter in der Person von András Köves nach Bern. Ihm folgten zunächst Pál Korbacsics und danach Béla Némety. Allerdings war mit József Száll stets ein kommunistischer Sekretär an der Botschaft anwesend. Die Parteizugehörigkeit der Botschaftsangestellten war das Ergebnis der politischen Veränderungen in Ungarn und veränderte den Umgang Ungarns mit den Schweizer Behörden.

József Száll hatte nicht nur Ferenc Gordon überwacht, sondern auch die Arbeit des Presseattachés Ernő Halász und des Gesandtschaftssekretärs Béla Veszprémy-Bangha verunmöglicht. Die Gesandtschaften im Westen standen von Anfang an unter Beobachtung der ungarischen Staatspolizei. Kontaktmann in Bern war stets József Száll.⁶⁴⁴ Száll stand aus diesem Grund unter der Beobachtung der Bundesanwaltschaft. Der Chef der Bundespolizei und Kontaktmann

für den privaten Nachrichtendienst SAD, Werner Balsiger, vermutete, Száll sei ein Agent der Kominform, weshalb man seine Abberufung verlangen müsse. Der Schweizer Gesandte in Budapest, Max Grässli, meinte allerdings, dass wohl jeder Nachfolger Szálls dieselbe Tätigkeit ausüben werde, weshalb eine Abberufung nichts nütze und nur die Beziehungen zu Ungarn belasten würde.⁶⁴⁵ Auch Alfred Zehnder war der Meinung, eine Abberufung würde nur unnötige Komplikationen mit sich bringen, schliesslich seien die Beziehungen zu Ungarn korrekt.⁶⁴⁶

Mit der Ausrufung der Volksrepublik am 20. August 1949 war ein grosser Schritt zur Stalinisierung Ungarns getan worden. Das Inkrafttreten des Fünfjahresplans bedeutete nicht nur den Beginn der Planwirtschaft, sondern ebenso die Einführung von Arbeitsplänen für die Botschaftsarbeit. Der erste solche Plan für die Botschaft in Bern ist für November und Dezember 1949 überliefert. Er wurde von der Zentrale in Budapest ausgearbeitet und enthielt eine Wunschliste für Berichte und einen Plan für verschiedene Aktivitäten der Botschaft. Die Botschaft musste über die Erfüllung des Plansolls eigene Berichte verfassen, die anschliessend in Budapest ausgewertet wurden. Die Botschaften erhielten darauf eine Kritik und einen neuen Plan. Die Zentrale wusste genau, was sie von den Botschaften erwartete, und bewertete die Erfüllung des vorgegebenen Plans positiv, wurden anders lautende Berichte abgeliefert, so wurden diese auf ihre politische Linie hin untersucht und meistens als mangelhaft bezeichnet. Dies förderte kaum die Eigeninitiative und Beobachtungsgabe der Berichtersteller: Die Berichte entsprachen in der Folge immer mehr den Vorgaben und stets der aktuellen offiziellen Bewertungslinie.⁶⁴⁷

Ein Beispiel für die Aufgabengebiete der Botschaft in Bern bildet das Protokoll einer Konferenz vom 21. Oktober 1950, an dem der Staatssekretär Andor Berei, der Botschafter in Bern, András Köves, und weitere Botschaftsangestellte und Angestellte des Aussenministeriums teilnahmen. Acht Punkte wurden fixiert, welche die Gesandtschaft beachten und bearbeiten sollte: den Einfluss der USA auf die Neutralität der Schweiz, die Beziehungen der Schweiz zu Westdeutschland, den Titoismus in der Schweiz, die Schweizer Friedensbewegung, internationale Organisationen, den Ausbau des Beziehungsnetzes der Botschaft, die Bulletins der Botschaft und die Ungarn in der Schweiz.⁶⁴⁸ In der Folge wurde zu diesen Fragen nach Budapest gehorsam Bericht erstattet.

Die Beziehungen der Schweiz zu den USA

Die amerikanische Dominanz in der Schweiz war in der ungarischen Wahrnehmung zur fixen Idee geworden. Den Ungarn blieb nicht verborgen, dass die USA gelegentlich Druck auf die Schweiz ausübte. Der ungarische Gesandte berichtete im Juni 1950 nach Budapest, die Schweiz habe im April mit den USA

vereinbart, dass die Schweiz ihre Buchführung über den (Transit)-Handel mit strategischen Gütern offen legte. Gemäss der ungarischen Einschätzung war dies ein Beweis dafür, dass die Schweiz schon seit geraumer Zeit ihre neutrale Wirtschaftspolitik aufgegeben hatte und sich auf wirtschaftlichem Gebiet dem nordatlantischen Bündnis angeschlossen hätte. Auch der Beitritt der Schweiz zur *Europäischen Zahlungsunion* EZU war für Ungarn ein untrügliches Zeichen für die neue Ausrichtung der Schweiz.⁶⁴⁹

Die Budapester Zentrale verlangte nach Informationen über den Kapitalfluss von den USA in die Schweiz und über die Entwicklung des gemeinsamen Handels. Im September 1950 erbat sich das ungarische Aussenministerium Informationen zur amerikanischen Hilfe bei der Aufrüstung der Schweiz. Auch sollten Beweise für die «Faschisierung» der Schweiz unter dem amerikanischen Einfluss geliefert werden.⁶⁵⁰ Pflichtgetreu berichtete der Gesandte Köves am 25. Januar 1951 nach Budapest: «Die Schweizer Regierung hat in den vergangenen Monaten neue Zugeständnisse an den amerikanischen Imperialismus gemacht. [...] Die Schweiz spielt in den imperialistischen Kriegsplänen der USA eine wichtige Rolle und zwar auf wirtschaftlichem, politischem und strategischem Gebiet und wird als Brückenkopf gegen die Sowjetunion und die Volksdemokratien genutzt.»⁶⁵¹ Auch Köves' Nachfolger Pál Korbacsics bestätigte, dass die Schweiz die amerikanischen Befehle auf wirtschaftlichem Gebiet ohne Zögern ausführe und die Neutralitätspolitik zu Gunsten der USA aufgegeben habe.⁶⁵² Der Arbeitsplan vom Juli 1952 forderte die Gesandtschaft zur Beobachtung der Beziehungen der Schweiz zu den USA und auch zur Bundesrepublik Deutschland auf. Auch in späteren Berichten wurden die «faschistischen» Massnahmen der Schweizer Regierung beschrieben, die notwendig wurden, weil sich das Volk von den USA abwende.⁶⁵³ Diese Annahme blieb selbst nach dem Amtsantritt von Imre Nagy 1953 bestehen.

Die Berichte sind im Allgemeinen von niedrigem Erkenntniswert, dafür wimmelt es von Stilblüten: In einem Bericht der Gesandtschaft über die Kapitalverflechtungen zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik griff der Berichterstatter auf das Bild des nationalsozialistischen Deutschlands zurück, welches die Schweiz in seine Wirtschaftspläne einbezieht: «Also setzt das westdeutsche, militaristische Kapital die Vertiefung und Verbreiterung der Kapitalbeziehungen fort [...]. Das geschieht auch mit der Schweiz und wieder einmal sehen wir das deutsche Kapital in aberhunderten von Schweizer Unternehmen, wo sie nach ihrem eigenen Geschmack schalten und walten [...]. Wie wir noch erleben werden, unternimmt die Schweiz die notwendigen Schritte zum Schutz ihrer Souveränität nicht. Im Gegenteil. Das Schweizer Finanzkapital setzt seine schmutzigen Geschäfte mit dem deutschen Monopolkapital fort und investiert jenes Geld in hunderte von deutschen Unternehmen, das es dem Schweiss der Arbeiter und Bauern abtrotzt.

So trägt es ebenso zur Schaffung der neuen Wehrmacht bei, wie es das schon im Ersten und Zweiten Weltkrieg getan hatte.»⁶⁵⁴

Titoismus und die linken Kreise in der Schweiz

Die ungarische Aussenpolitik richtete sein Augenmerk auch auf die Mithilfe der linken Kreise in der Schweiz. Insbesondere die Partei der Arbeit PdA wurde finanziell und propagandistisch unterstützt und jede Regung innerhalb der Partei registriert. Im Arbeitsplan vom 21. Oktober 1950 wurde vorgeschlagen, Professor Bonnard von der Schweizer Friedensbewegung nach Ungarn einzuladen. Allerdings warnte die Zentrale im Programm vom 3. Juli 1952 vor einer zu starken Annäherung an besagte Organisationen, solange diese in ihrem damaligen schwachen Zustand verharrten. Insbesondere warnte man vor titoistischen Einflüssen, denn die Schweiz wurde ja als fester Bestandteil des imperialistischen Blocks wahrgenommen. Im Arbeitsplan vom 21. Oktober 1950 heisst es, Ungarn arbeite noch zu schwach gegen die titoistische Propaganda. Die jeweiligen Gesandten bzw. Geschäftsträger berichteten beispielsweise über die antisowjetische Meinung des damaligen Präsidenten der *Gesellschaft Schweiz-Sowjetunion*, Fritz Lieb, mit dem die Gesandtschaft nach dessen Ablösung keine Beziehungen mehr unterhielt.⁶⁵⁵ Von der schweizerischen Friedensbewegung wurde berichtet, dass die Schweizer Jugend durch jugoslawische Propaganda gefährdet sei und dass die Zürcher Sektion der PdA deshalb drei Personen ausgeschlossen hätte.⁶⁵⁶

Das Hauptaugenmerk lag sicherlich auf den Beziehungen zur PdA. Unter anderem wurde berichtet, Edgar Woog habe sich beschwert, dass ungarische Früchte von der Migros und anderen «faschistischen» Firmen gehandelt würden und nicht von einer bestimmten Handelsfirma, die die PdA grosszügig unterstütze.⁶⁵⁷ Damit erhärtet sich der seit den 1930er Jahren aufrechterhaltene Verdacht des Schweizer Staatsschutzes, wonach die kommunistischen Parteien und Organisationen von den kommunistischen Staaten finanziert würden.⁶⁵⁸ Im Fokus der Aufmerksamkeit standen die Redeverbote gegen kommunistische oder andere des kommunistischen Gedankenguts verdächtige Redner und die Beschlagnahmung von staatsgefährdendem Propagandamaterial.⁶⁵⁹ Die herrschende antikommunistische Stimmung in der Schweiz war ausserdem immer wieder für einen Artikel in ungarischen Zeitungen gut. Schliesslich wurde dort auch jede Regung innerhalb der PdA verfolgt und kommentiert.⁶⁶⁰ Ausserdem wurden PdA- und Gewerkschaftsfunktionäre mehrmals in die Ferien nach Ungarn eingeladen.⁶⁶¹

Den umfangreichsten Bericht verfasste ein Abteilungsleiter des Aussenministeriums am 22. Januar 1953 über titoistische Umtriebe in der Schweiz. Vor allem die Sozialdemokraten, aber auch die «anderen (!) bürgerlichen Parteien» würden

die Popularität des Titoismus vorantreiben. Die gesamte Schweizer Presse hätte auf den Slánsky-Prozess «auffallend empfindlich» reagiert. Infolgedessen stellte der Berichterstatter ein neun Punkte umfassendes Programm zur Bekämpfung des Titoismus in der Schweiz auf. Die Botschaft solle insbesondere die titoistischen Einflüsse in der Sozialdemokratischen Partei verfolgen, herausfinden, welche Organisationen den Titoismus förderten, insbesondere die Gruppe um Léon Nicole und die Friedensbewegung beobachten.⁶⁶² Auch müssten die Aktivitäten der jugoslawischen Gesandtschaft, die schweizerisch-jugoslawischen Beziehungen und Äusserungen von Schweizer Politikern zu Jugoslawien beobachtet werden.⁶⁶³ Da die Schweiz Gastgeberin für eine Vielzahl internationaler Organisationen war, sollte Ungarn neben dem Ausbau eines Kontaktnetzes zu politischen und administrativen Angestellten und Journalisten vor allem die Rolle Jugoslawiens genau beobachten.⁶⁶⁴

Nach 1953 sind allerdings keine Berichte mehr über den Titoismus in der Schweiz erhalten. Dies ist möglicherweise auf die Entspannung zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien nach dem Tod Stalins zurückzuführen. Eine weitere wichtige Aufgabe war die Betreuung der ungarischen Kolonie in der Schweiz, insbesondere sollten die ca. 40–50 «fortschrittlich denkenden» Personen zusammengehalten werden. Man soll sich mit ihnen befassen, sie erziehen und zu Nationalfeiertagen einladen. Die Beobachtung der reaktionären Emigranten solle fortgesetzt werden.⁶⁶⁵

Die Arbeit der ungarischen Botschaft operierte also vornehmlich an der Schweiz vorbei. Aber auch die Schweiz unternahm wenig, um die Beziehungen zu Ungarn zu verbessern. Die Schweiz konnte mit dem Regime in Ungarn offenbar leben, selbst wenn Botschafter Max Grässli immer wieder darauf aufmerksam machte, dass jede Intervention der Gesandtschaft als Einmischung in innere Angelegenheiten Ungarns verstanden würde.⁶⁶⁶ Immer wieder wurde die Korrektheit der Beziehungen betont, obwohl die Schweiz in Ungarn keinerlei Interessen durchzusetzen vermochte. Waren zwischen den Ländern noch anfangs der 50er Jahre Bemühungen sichtbar, nicht alles Geschirr zu zerschlagen, war man um 1955 auf einem Tiefpunkt angelangt, der alle Bereiche der Beziehungen betraf. Resigniert berichtete die Schweizer Gesandtschaft nach Bern, dass kein Anliegen der Schweiz vom ungarischen Aussenministerium fristgerecht oder wohlwollend behandelt werde, sondern dass man monatelang auf eine Antwort warten müsse. Der Geschäftsträger meinte die Gründe dafür zu kennen: «[...] einmal ist die Schweiz für Ungarn politisch uninteressant geworden. Zur Zeit der starren Fronten des kalten Krieges war man eher geneigt, der neutralen Schweiz gegenüber mit politischen Gesten entgegenzukommen, z.B. indem man 1950 ein Entschädigungsabkommen abschloss und indem man auch 1954 sich bereit erklärte, mit der Schweiz als erstem westlichen Land Entschädigungsverhandlungen über

den verstaatlichten Hausbesitz aufzunehmen. Die seitherige Änderung des politischen Klimas hat es mit sich gebracht, dass Entschädigungsverhandlungen mit Jugoslawien, Österreich und England viel wichtigere politische Trümpfe darstellen, ähnlich wie die Freilassung von sozialdemokratischen Häftlingen oder von Titofreundlichen Rajk-Anhängern politisch viel wichtigere Handlungen sind als die Freilassung von schweizerisch-ungarischen Doppelbürgerinnen. Infolge dieser politischen Desinteressiertheit werden unsere Angelegenheiten auf dem unteren administrativen Niveau behandelt. Da bekanntlich in einem Polizeistaat niemand wagt, eine Verantwortung zu übernehmen und einen Entscheid zu fällen, bleiben unsere sämtlichen Angelegenheiten liegen.»⁶⁶⁷

Änderung der Wahrnehmung

Die Distanzierung beider Länder zeigte sich auch in Presseberichten in beiden Ländern, wodurch die Presse zum steten Zankapfel wurde. Ein Auslöser des Pressekrieges war der Prozess gegen Kardinal József Mindszenty, der in der Schweizer Presse mit scharfen Tönen rezipiert wurde. Zufällig begann in der Schweiz nur wenig später der Prozess gegen den Zürcher PdA-Regierungsrat Edgar Woog wegen der Veruntreuung von Geldern einer Hilfsorganisation für kommunistische Länder. Dieser Prozess wurde von der ungarischen Presse scharf beobachtet, die Tageszeitungen brachten laufend Berichte über die «Klassenjustiz» in der Schweiz. Besonders scharf war ein Artikel von Iván Boldizsár in der Zeitung *Népszava*: «Der ganze Prozess beweist, dass das schweizerische Bürgertum, die schweizerischen Kapitalisten, die herrschende Klasse der Schweiz, überhaupt nicht wählerisch in ihren Mitteln sind, wenn politische Gegner zum Schweigen gebracht werden sollen. Genau die gleichen Blätter, die im Zusammenhang mit der Mindszenty-Angelegenheit in schamlosem und niederträchtigem Ton über Ungarn geschrieben haben, haben die Angelegenheit des Geheimmikrophons einfach verschwiegen.»⁶⁶⁸ Boldizsár sprach darauf an, dass Woog nur durch Abhörmassnahmen der Polizei überführt werden konnte.

Der Presseangriff versetzte die Schweizer Gesandtschaft in Budapest in Aufregung. In mehreren Schreiben wurde Alfred Zehnder darauf hingewiesen, dass man solche Angriffe in der Regel zwar über sich ergehen lasse, dass die Lage diesmal aber ernst sei: «Als Staatssekretär ist Boldizsár Sprecher der ungarischen Regierung. Sein Artikel in der «Népszava» qualifiziert sich daher als gröbliche Einmischung einer fremden Regierung in unsere internen Angelegenheiten. Diese Einmischung ist deshalb besonders schwerwiegend, weil sie sich auf einen schwebenden Prozess bezieht. Es scheint daher angezeigt, in geeigneter Weise bei der ungarischen Regierung dagegen Protest zu erheben.»⁶⁶⁹ Zehnder protestierte darauf am 28. März beim ungarischen Geschäftsträger in Bern. Doch das Aussenministerium in Budapest bezeichnete den Artikel als Privatmeinung

von Boldizsár, der eben auch als freier Publizist arbeite. Der Schweizer Geschäftsträger in Budapest war ohnehin tief gekränkt, weil die ungarische Presse die Schweizer Hilfsaktivitäten in Ungarn und damit die Identitätskonstruktion der Schweiz an sich verunglimpft hatte. Schon einige Tage vor dem Boldizsár-Artikel hatte er nach Bern geklagt: «Dass dabei den humanitären Hilfsaktionen der Schweiz als Unterstützung halb- und ganz faschistischer Organisationen <zur Wiederbelebung> der italienischen Faschisten oder westdeutschen Nazis bezeichnet werden, die vorsätzliche Vernachlässigung der Volksdemokratien bei der Verteilung der Mittel auf die unterstützten Länder breit geschlagen wird, diese grosszügige Aktion, die den Kommunisten schon längst ein Stein des Anstosses war, diskreditiert wird, zeigt nur zu klar, worauf die ganze Kampagne hinausläuft: Das Bild einer neutralen, humanitären, hilfsbereiten Schweiz soll im ungarischen Volk ausgemerzt werden.»⁶⁷⁰ Damit war klar, dass die erhoffte Aussenwahrnehmung der Schweiz vom offiziellen Ungarn nicht mehr geleistet wurde. Aber die Lage erschien nicht als dramatisch. Zwar stellte man fest, dass immer wieder Vorwürfe gegen die Schweiz erhoben wurden, doch waren diese sporadisch und konnten – nach Meinung der Schweizer Gesandtschaft in Budapest – die öffentliche Meinung nur unbeträchtlich gegen die Schweiz beeinflussen.

Noch immer erschien aber die Schweiz als Paradies auf Erden mit einer wunderschönen Landschaft – ganz im Sinne der touristischen Propaganda, die die Schweiz entfaltete. Dies wurde auch in zeitgenössischen Reiseberichten immer wieder anerkannt. Neu war, dass überall nach Belegen für die Grundthese gesucht wurde, wonach die Schweiz ein Teil der imperialistischen, von den USA dominierten Welt sei, die die Kriegshysterie schüre und die arbeitende Klasse unterdrücke. Dieser Grundduktus änderte sich ab spätestens 1949 nicht mehr. Die Schweizer Gesandtschaft beobachtete die Presseberichte ganz genau und berichtete regelmässig nach Bern. Wegen Zeitungsartikeln wurde bei den ungarischen Behörden oder bei der ungarischen Gesandtschaft in Bern aber nicht mehr interveniert. Stellvertretend für eine ganze Reihe ähnlicher Artikel sei hier ein Reisebericht wiedergegeben, der im Oktober 1949 in der ungarischen Wochenzeitschrift *Politika* erschien: Der Berichterstatter reist mit komfortablen, sauberen und schnellen Zügen von Basel über Bern nach Genf. Seine allgemeine Feststellung über die Schweiz lautet: «Das schweizerische Volk ist ein friedvolles Volk. Niemand plant einen Angriff gegen ihr Land. Die Kriegshysterie ist aber auch schon hierher gedrungen. Die Zeitungen verbreiten die Atomspsychose. Auf den Strassen der Stadt marschieren Truppeneinheiten in Begleitung von Militärmusik. Ihre Ausrüstung und Uniform erinnerten früher an die der Deutschen, jetzt gleichen sie sich immer mehr dem amerikanischen Muster an. Dies alles erweckt einen merkwürdigen Eindruck im Menschen, umsomehr da die

Schweiz das traditionelle Land der Neutralität ist. Die Erklärung: die Marshallisation.»⁶⁷¹ Der Berichterstatter ist fasziniert vom Prunk, den er in Genf sieht. Er sucht aber auch nach den Schattenseiten: «Wenn man den Fluss entlanggeht, gelangt man bald zu den Vorstädten. Hier sind die Häuser entweder sehr bescheiden, klein, oder aber, wenn sie gross sind, so sind ihre Höfe schmutzig, die Wohnungen dunkel und nie besonnt. An den Seilen hängt die gegen gegen Entgelt gewaschene Wäsche, die Kinder spielen im Staub, die in den Türen sitzenden hohlwangigen alten Frauen aber schauen mit tränenvollen Augen in das trübe Wasser.»⁶⁷² Aus seinen Erlebnissen zieht er die Schlussfolgerung, dass die Schönheiten des Landes nur den Reaktionären vorbehalten sind: «In der Schweiz gibt es tatsächlich viele schöne Plätze. [...] Aber an diesen Orten kann weder der Pariser Hüttenarbeiter, noch der Abladearbeiter von Marseille, der Bergarbeiter von Chicago, der Arbeiter der Ford-Werke seine Ferien geniessen. Das ist das Privileg des Valutenschiebers aus Paris, des Börsenmaklers aus London, des Bankiers aus New York und der anderen Nichtsteuer.»⁶⁷³

In einem Artikel aus der Budapester Zeitung *Szabad Szó* [Freies Wort] vom 23. April 1950 mit dem Titel: «Hinter dem Vorhang... Wie lebt die Schweiz – heute» konnte man zudem lesen: «Der Lebensstandard sinkt in der Schweiz ununterbrochen. Der Grund dafür ist derselbe wie in der Mehrzahl der westeuropäischen Länder – die ›Marshallisierung‹. [...] Das Sinken des Lebensstandards der Bevölkerung ist durch hohe Steuern gekennzeichnet. [...] Die Schweizer waren immer auf ihre so genannte Neutralität stolz, die – wie wir wohl wissen – nur dem Schein nach bestand. Die in das Joch des Marshall-Planes eingespannte Schweiz gibt jetzt auch die Scheinneutralität auf. Der Rand des Vorhanges ist [...] zurückgeschlagen und auf der inneren Seite weht das amerikanische Banner.»⁶⁷⁴

In einem Reisebericht von 1954, welcher in der Parteizeitung *Szabad Nép* erschienen ist, sieht der Berichterstatter die Schweiz in der oben skizzierten Manier und vergleicht sie mit dem kriegszerstörten Korea: «[...] das ganze Land, die Städte, die Dörfer, die Gegenden sind alle wie ein grosser Garten, gepflegt, ordentlich und sauber, aus dem Zug besehen bilden sie eine kleine Märchenwelt. Als ob die Blätter der Bäume und die Häuser aus Marzipan wären. Ein glückliches Land: es kennt seit fast 200 Jahren keinen Krieg. Sein Gesicht gleicht dem von Korea: [...] und hier ist alles wohlbehalten, was vor einem halben Jahrtausend gebaut wurde. Dort ist alles zerstört, auch was vor einem halben Jahrzehnt verfertigt wurde.»⁶⁷⁵

Danach folgt eine Passage über die Mittelmässigkeit der Schweizer, und in Lugano trifft er auf «reichsdeutsche» Urlauber und Mussolini-Verehrer.

Wiederannäherung Ungarns an die Schweiz 1956

Trotz der schier unüberwindbaren Hindernisse in den Beziehungen beider Länder war seit November 1953 wieder in beiden Hauptstädten ein Gesandter zugegen. In Bern übergab Imre Kutas sein Agrément, in Budapest Jean Decroux. Ab 1954 gab es Anzeichen für einen neuen Kurs in der ungarischen Aussenpolitik. Die ungarischen Gesandtschaften wurden aufgefordert, die wesentlichen Hindernisse für verbesserte Beziehungen zu nennen, damit diese schnell behoben werden konnten.⁶⁷⁶ Insbesondere nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages mit Österreich 1955 erachtete es der ungarische Aussenminister János Boldoczky als wichtig, die Beziehungen zu kapitalistischen Staaten auszubauen, deren Politik sich nicht gegen Ungarn richte – also auch zur Schweiz. Nach Ansicht des ungarischen Aussenministeriums waren die Voraussetzungen nicht schlecht: Die Schweiz schätze, dass Ungarn seinen Zahlungsverpflichtungen pünktlich nachkomme und dass Ausreisegesuche von Doppelbürgern aus Ungarn nun zukommender behandelt würden.⁶⁷⁷ Zeitweilig schwand das Interesse Ungarns an der Schweiz, als mit der Absetzung von Imre Nagy im Jahr 1955 Mátyás Rákosi wieder an die Macht gelangte. Doch spätestens ab 1956 machte man sich erneut ernsthaft Gedanken über die Verbesserung der Beziehungen Ungarns zum Ausland.

Vom 18. August 1956 datiert ein ausführlicher, 13 Seiten umfassender Bericht zur Lage der Beziehungen der beiden Länder. Eingangs stellen die Berichterstatter fest, dass die Beziehungen zur Schweiz im Vergleich zu den übrigen kapitalistischen Staaten am besten seien, was wohl eine Folge dessen sei, dass Ungarn seinen Verpflichtungen im Zahlungsverkehr nachkomme. In einem kurzen Rückblick lassen sie die Entwicklung der Beziehungen Revue passieren. Während im kulturellen Bereich eine Abkühlung unverkennbar sei – insbesondere wegen der scharfen Angriffe der Schweizer Presse gegen die ungarische Volksdemokratie –, seien die offiziellen Beziehungen stets korrekt geblieben. Die Schweiz habe sich aber auch in anderen Bereichen unangenehm bemerkbar gemacht: im Fall László Tarr, beim Eintreten für deportierte Landsleute, beim groben Protest gegen die Einschränkung der Bewegungsfreiheit für Diplomaten von 30 Kilometern. Zwar hätten sich die Beziehungen eindeutig verbessert, seit Ungarn eine aktivere Aussenpolitik betreibe. Die Schwerfälligkeit der ungarischen Behörden bei Ausreisebegehren, bei Angelegenheiten also, die vernünftigerweise keine grossen Hindernisse bedeuten sollten, sei dafür verantwortlich, dass die Beziehungen des Aussenministeriums zur Schweizer Botschaft nicht noch besser seien. Summa summarum: «Die gegenwärtigen Beziehungen sind auf höchster Ebene gut und ungestört, in unwichtigeren Angelegenheiten treten die Schweizer jedoch oft aggressiv auf.»⁶⁷⁸ Auf wirtschaftlichem Gebiet bildete die Verstaatlichungswelle von 1952 eine Zäsur. Ausserdem seien die Beziehungen durch die Schweizer

Forderungen in Entschädigungsfragen belastet. Diese müssten schnell geklärt werden. Auf kulturellem Gebiet hätten sich die Beziehungen mit der Gründung der Volksdemokratie nachhaltig verschlechtert. War bis 1949 ein reger kultureller Austausch an der Tagesordnung, so beschränkte sich dieser nach 1949 auf die Kontakte zur PdA. Zur bürgerlichen Schweizer Presse gebe es keine Verbindungen. Nach den ersten Jahren des Kalten Krieges und der völligen Ablehnung des Schweizer Publikums von den Volksdemokratien sei in letzter Zeit ein wachsendes Interesse für die Kultur und den Sport in den Volksdemokratien zu beobachten. Allerdings sei es den Ungarn nicht gelungen, auch nur einen einzigen ungarischen Film in der Schweiz zu verkaufen.

Nach der bemerkenswert kritischen Analyse der aktuellen Lage schlugen die Verfasser eine ganze Reihe von Massnahmen zur Verbesserung der Beziehungen vor. Für die Tätigkeit der Berner Gesandtschaft sollten neue Ziele erarbeitet werden. Seit 1950 war die Arbeit der Berner Gesandtschaft nie überprüft worden, ihre Arbeit beschränkte sich auf die Aufrechterhaltung des *courant normal*. Die Botschaft musste sich allerhand ausdenken, um überhaupt mit den Schweizer Behörden in Kontakt zu treten, das Beziehungsnetz der Gesandtschaft war insgesamt sehr kümmerlich. Dazu trug auch die Zentrale bei, die es nicht schaffte, geeignetes Personal für die Gesandtschaft und für das Schweizer Referat im Aussenministerium einzusetzen. Beispielsweise wurde nicht auf die Sprachkompetenz des Personals geachtet, der Gesandte Némety sprach nur Russisch, sein erster Stellvertreter überhaupt keine Fremdsprache. Im Ministerium schliesslich waren Leute mit Schweizer Belangen betraut, die weder über ein geeignetes Vorwissen noch über den notwendigen Handlungsspielraum verfügten. Schliesslich gab es keine Koordination zwischen den einzelnen Ministerien, weshalb wertvolle Möglichkeiten zur Wahrung ungarischer Interessen ungenutzt verstrichen. Beispielsweise war die Berner Gesandtschaft nicht über die Wirtschaftsverhandlungen von 1955 in der Schweiz informiert! Ausserdem funktionierte die Koordination der Gesandtschaft mit der Aussenhandelsdelegation überhaupt nicht. So konnten wirtschaftliche Anliegen nicht mit diplomatischem Nachdruck durchgesetzt werden. Die Gesandtschaft beschränkte ihre Arbeit vor allem auf den Vollzug der Anweisungen der Zentrale: Sie berichtete also das, was gewünscht war, entwickelte aber keine Eigeninitiative.

In der Folge unterbreiteten die Referenten 15 Vorschläge zur Verbesserung der oben geschilderten Zustände: (1) Verbesserung der Kooperation zwischen den einzelnen Dienststellen. (2) Lösung der Entschädigungsforderungen der Schweiz aus der Verstaatlichung von Immobilien. Diese Frage bilde den einzigen strittigen Punkt in den Beziehungen, man müsse aber eine Lösung finden, auch wenn man erst ab z.B. 1960 zahlen könne. (3) Verbesserung der kulturellen Beziehungen zuerst auf parastaatlicher, danach auf staatlicher Ebene. (4) Die technische Koo-

peration mit der CIBA und ähnlichen Fabriken in Ungarn müssten zu offiziellen Beziehungen werden. (5) Gründung einer Organisation für die ungarische Kolonie in der Schweiz. (6) Austausch von Militär- und Parlamentarierdelegationen. (7) Austausch von Städtedelegationen, z.B. Zürich-Budapest oder Neuenburg-Veszprém. (8) Einrichtung eines ungarischen Restaurants in der Schweiz zur kulturellen Propaganda und zur Devisen-Erwirtschaftung. (9) Aufstellung von ungarischen Lektoraten an Schweizer Universitäten. (10) Erweiterung der ungarischen Bibliotheken in der Schweiz. (11) Veranstaltung von Pressekonferenzen in regelmässigen Abständen. (12) Mehr Aufträge an die Gesandtschaft von der Zentrale aus. (13) Der Gesandte oder Geschäftsträger sollte die notwendigen Sprachkenntnisse aufweisen. (14) Entsendung wichtiger ungarischer Persönlichkeiten und Künstler auf Reisen in die Schweiz. (15) Kleinere Geschäfte sollen von der Gesandtschaft in Eigenverantwortung erledigt werden.⁶⁷⁹

Die Schweiz verschloss sich einer Wiederannäherung nicht, waren doch für sie vor allem Wirtschaftsfragen interessant. Für einen funktionierenden Handel hatte die Schweiz in alle Richtungen Opfer erbracht: Richtung Westen in Form einer Regulierung des Osthandels mittels des Hotz-Linder-Abkommens, Richtung Osten in Form des Verzichts auf Nationalisierungsentschädigungen und indem sie nachrichtenlose Vermögen zur Verfügung stellte.⁶⁸⁰

5. Konflikte im Warenaustausch und Zahlungsverkehr

Osthandel zwischen Planwirtschaft und amerikanischer Kontrolle

Ab 1949 bildete in der ungarischen Wirtschaft der Fünfjahresplan die wichtigste Richtgrösse. Das hatte auch Folgen für die Schweiz. Unterhielten Schweizer Firmen bis dahin direkte Kontakte zu den ungarischen Partnern und Kunden, so mussten sie nun den Verkehr mit den neugegründeten Monopolgesellschaften pflegen. Der Handel wurde dadurch viel bürokratischer, war politischer Willkür ausgesetzt, und der direkte Kundenkontakt ging verloren.⁶⁸¹ Da Ungarn in der Regel keine unabhängigen Vertreter mehr im Land duldeten, verloren die Schweizer Firmen ihre Gesprächspartner, der Handel wurde unpersönlich. In einer Besprechung bei der Sektion Lausanne der *Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung* klagten Westschweizer Firmen dem anwesenden Legationssekretär der Gesandtschaft in Budapest, Fred Bieri, ihre Sorgen. Eine dieser Firmen war in Ungarn vertreten, «konnte jedoch seit März 1950 nichts mehr machen, weil Vertreter wegen allgemeiner Sabotage verhaftet worden und seither verschwunden» seien. Eine andere Firma habe «während Jahren in Ungarn gute Geschäfte gemacht. Seit einiger Zeit fast kompletter Stillstand (nur Ersatzteillieferungen). Dieser Stillstand ist wahrscheinlich auf Lieferungen aus Ostdeutschland zurück-

zuführen. Steht wohl in Verbindung mit Fer-Union, ist von ihr eingeladen worden, erhielt aber kein Visum.» Eine weitere Firma befürchtete, «dass Lieferungen nach den Oststaaten von den USA ungerne gesehen werden und Gefahr besteht, auf schwarze Liste gesetzt zu werden.» Nur wenige Firmen äusserten sich optimistisch oder hatten keine Beschwerden vorzubringen.⁶⁸²

An dieser Besprechung wurde klar, dass nicht allein die veränderten Bedingungen im Osten für Schwierigkeiten sorgten, sondern auch der Druck der USA für die Verunsicherung im Osthandel verantwortlich war. Weil sich Westeuropa (und vor allem Deutschland) wirtschaftlich zu erholen begann, war die Schweiz weniger auf den Osthandel angewiesen als unmittelbar nach Kriegsende. So wollte man sich auch der im Westblock beschlossenen Handelskontrolle nicht verschliessen. Schon 1949 war auf Drängen der USA in Paris die *Consultative Group and the Coordinating Committee* COCOM gegründet worden. Doch noch wollten viele westeuropäische Länder – und auch die Schweiz auf Nahrungsmittel und Rohstoffe aus Osteuropa nicht verzichten. Erst mit dem Beginn des Korea-Krieges 1950 war man in der Schweiz zu Zugeständnissen bereit.

Eine wichtige Rolle spielte hierbei das Hotz-Linder-Agreement von 1951. Dabei handelt es sich um ein Gentlemen's Agreement bzw. um eine Absichtserklärung der Schweiz, das US-Embargo gegen den Osten mitzutragen. Als Quotenwaren wurden mineralische Stoffe, Eisen, Maschinen, Instrumente und Apparate eingestuft. Insgesamt waren es 23 Quotenwaren, 85% entfielen auf Maschinen, 80% auf Werkzeugmaschinen. Es handelte sich um Güter, welche gemäss dem Bundesratsprotokoll vom 27. Juli 1951 «für die Aufrechterhaltung des schweizerischen Exportes nach dem Osten als essentiell und unverzichtbar bezeichnet werden müssen.»⁶⁸³ Den Handel mit dem Osten konnte der Bundesrat, gemäss demselben Protokoll, nicht einfach einstellen, da die Schweiz auf gewisse Gegenlieferungen angewiesen war, ausserdem mussten die Interessen der Nationalisierungsentschädigungsverträge gewahrt bleiben. Dazu war der Handel unerlässlich. Ausserdem erlaube die Summe von 8'835'000 Franken, «für diese Waren die traditionellen Beziehungen im Rahmen der schon seit einiger Zeit zurückgehenden Lieferkapazität der Ostländer aufrecht zu erhalten.»⁶⁸⁴ Der Handel mit nicht essentiellen Waren wurde unter das Embargo gestellt. Für einige dieser Nichtquotenwaren waren die USA für die Schweiz ein wichtiger Zulieferer. Ein Schweizer Erfolg war, dass alle alten Geschäfte mit Quotenwaren noch ausgeführt werden konnten.⁶⁸⁵ Doch die Konzessionen, die die Schweiz den USA zugestanden, blieben gering: Nur die Hälfte des erlaubten Handelsvolumens auf Liste I und nicht einmal 1/6 des Volumens auf Liste II wurden exportiert. Immerhin konnte die Schweiz ihre Unabhängigkeit in Bezug auf den Osthandel zumindest symbolisch wahren.⁶⁸⁶ Gelockert wurde das Agreement erst nach 1954, parallel zum teilweisen Abbau der Embargovorschriften.

Während sich die Schweiz diesen neuen Rahmenbedingungen anpassen musste, wurde Ungarns Wirtschaft von einer Markt- in eine Planwirtschaft nach sowjetischem Vorbild umgestaltet. Die Wirtschaftsform gehört zu den Grundpfeilern des Systems und ist – im Gegensatz zur schweizerischen Sicht – hochpolitisch, insbesondere die Aussenwirtschaft. Gemäss János Kornai zeichnen sich sozialistische Staaten im klassischen System, wozu auch Ungarn in jener Periode zu zählen ist, durch Importhunger, Exportaversion und Verschuldungsneigung aus. Auch die ungarische Regierung versuchte sich vom kapitalistischen Markt abzuschotten, war aber zugleich an einem Import wichtiger Produkte (vor allem Maschinen) sehr interessiert. Da die ungarischen Waren den Qualitätsstandards des Westens kaum genügten, mussten die Wettbewerbsnachteile mit Dumpingpreisen wettgemacht werden. Eine andere Wirkung dieses Wirtschaftssystems war, dass die Verschuldung Ungarns rasant anstieg, denn der Kauf beispielsweise schweizerischer Maschinen musste mit enormen Anstrengungen erarbeitet werden.⁶⁸⁷ Letztendlich war die ungarische Wirtschaftspolitik eine Konsequenz des kommunistischen Identitätskonzeptes – mit dem Bedrohungsszenario, das vom Klassenkampf gegen die kapitalistischen Länder abgeleitet wurde. Die Landesgrenzen wurden nicht nur mit Sperranlagen, sondern auch mit wirtschaftspolitischen Massnahmen gesichert.

Verstimmungen zwischen Ungarn und der Schweiz

Dies also waren die allgemeinen Rahmenbedingungen, die einen prosperierenden Handel erschwerten, obwohl nach wie vor beide Länder auf ihn angewiesen waren. Wie ich gezeigt habe, waren es nicht nur handfeste wirtschaftliche Interessen, sondern auch der Einfluss der eigenen Identitätskonzepte, die die Länder trotz aller Widrigkeiten zu weiteren Verhandlungen bewegte.

Die Stimmung zwischen den Ländern war aber auch anderweitig belastet. Die Affäre Gordon über den Zugang zum Kállay-Fonds, die Verarrestierungen von Waren in der Schweiz durch anwesende ungarische Emigranten und die Spannungen der Schweiz mit Rumänien hatten zu einer Einbusse des Wohlwollens in Ungarn gegenüber der Schweiz geführt, und nach Ansicht des EPD «konnte nur mit Mühe verhindert werden, dass die bei den ungarischen Aussenhandels- und Finanzbehörden herrschende Missstimmung gegen die Schweiz nicht auch auf die allgemein politischen Beziehungen (mit Presseangriffen, Verhaftungen von Schweizerbürgern à la Rumänien, etc.) übergriff.»⁶⁸⁸ So gesehen sass die Schweiz am kürzeren Hebel. Ausserdem musste sie eine Lösung für die Begleichung der ungarischen Schulden aus der Vergangenheit finden und auch Entschädigungen für Nationalisierungen verlangen. Schliesslich hatten sich die Kräfteverhältnisse auch im mentalen Bereich verändert: Trat die Schweiz bis anhin als wirtschaftliche Grossmacht auf, die Ungarn als Bittsteller betrachtete und ihre Bedingungen

mehr oder weniger durchbringen konnte, so traf sie jetzt auf einen Verhandlungspartner, der nicht mehr um Gnade und Nachsicht bat, sondern mit dem Fünfjahresplan im Rücken ein unverrückbares Dogma vertrat und dadurch an Selbstbewusstsein gewann.

Die Schweiz war von ihrer Gesandtschaft in Budapest zudem gewarnt worden, «dass bei dieser Zielsetzung recht wenig Raum für die Einfuhr von Konsumgütern übrig bleibt und dass es sich unser Vertragspartner wohl angelegen sein lässt, aus der kapitalistischen Schweiz unersetzliche Maschinen, Apparate und gewisse Chemikalien zu beziehen, solange dies eben geht, die vertraglich vorgesehene Übernahme der Konsumgüter aber hinauszuschieben trachten wird, bis sich die Devisen-Situation wieder so verschlimmert hat, dass entweder nur auf Kredit gekauft werden kann, oder infolge der fortschreitenden Kollektivisierung überhaupt keine Käufer mehr vorhanden sein werden.»⁶⁸⁹ Die Gesandtschaft meinte auch, dass die kommunistische Regierung die gleichen Methoden anwenden würde, wie sie schon in der Innenpolitik angewendet worden waren: «Man paktiert so lange es geht, hält möglichst wenige der übernommenen Verpflichtungen, profitiert von der Gutgläubigkeit des Partners bis zum Äussersten und wirft ihn zum alten Eisen oder verleumdet und vernichtet ihn, sobald die Einlösung des Versprechens unumgänglich geworden ist.»⁶⁹⁰ Schliesslich vermutete die Gesandtschaft, die ungarische Regierung könne aus ideologischen oder aus Prestige Gründen die Zusammenarbeit mit der Schweiz gefährden, obwohl der Warenaustausch im Interesse Ungarns liege: «[...] aber wer kann heute noch behaupten, dass die Ungarische Regierung Hüterin der Interessen des ungarischen Volkes ist, und dass sie infolgedessen alles tun müsste, um eine solche Katastrophe zu vermeiden?»⁶⁹¹ In der schweizerischen Lesart war die ungarische Regierung zu allem bereit, ein Zug, den man aus Ungarn bisher nicht kannte. Sie erschien als unberechenbar, da sie auf rationale Interessen des ungarischen Volkes offenbar keine Rücksicht nahm, vielmehr handelte die vom Volk abgekoppelte kleine Machtelite nur noch in eigener Sache oder im Interesse der Sowjetunion. Von «ritterlichen Gentlemen» konnte hier keine Rede mehr sein. Insofern versprachen die Verhandlungen hart zu werden. Diese dauerten vom September 1949 bis Juni 1950.

Schwierige Wirtschaftsverhandlungen 1950

Über die Warenlisten waren kaum Differenzen zu bereinigen. Ungarn und die Schweiz sollten jeweils Waren im Wert von 45 bis 50 Millionen Franken ausführen, dies in 106 bzw. 74 Positionen. Von nicht unbeträchtlicher Brisanz war allerdings das am 19. Juli 1950 unterzeichnete Abkommen betreffend die Abgeltung der schweizerischen Interessen in Ungarn. Dabei verpflichtete sich Ungarn zu einer Globalentschädigung von 3,74 Millionen Forint und 29,98 Mil-

lionen Franken. In dieser Summe waren Gelder für den Rückkauf der im schweizerischen Eigentum stehenden ungarischen festverzinslichen Wertpapiere und für die Entschädigung für die Verstaatlichungen inbegriffen. Diese Summen mussten nun nicht mehr wie bis anhin aus den Erträgen des Warenverkehrs abgezweigt werden. Ungarn verpflichtete sich zur absoluten Zahlung. Dafür konnten private ungarische Staatsangehörige keine Verarrestierungen von Waren mehr vornehmen.

Nach dem Bekanntwerden des Verhandlungsergebnisses erhob sich in der Schweiz laute Kritik. Insbesondere die Zürcher Juristen und der Hochschullehrer Werner Niederer, der dem Zürcher Freisinn nahe stehende Werner Kaegi sowie Karl Hartmann liessen ihrem Unmut in den Spalten der NZZ freien Lauf. Werner Niederer meinte, es sei mit Rücksicht auf die schwierige Verhandlungsposition der Schweiz gegenüber den osteuropäischen Staaten noch zu verantworten, dass individuelle Ansprüche durch eine Pauschalsumme ersetzt worden und damit alle Forderungen aus den Nationalisierungen erloschen seien. «Völlig unannehmbar war dagegen das Ansinnen einzelner osteuropäischer Regierungen, die Schweiz müsse auch die emigrierten Staatsangehörigen dieser Länder, die keine Entschädigungen erhielten, an der Geltendmachung ihrer Rechte in der Schweiz verhindern. [...] Leider gab der Bundesrat diesem rechtlich, moralisch und politisch völlig untragbaren Begehren sowohl im schweizerisch-tschechischen Abkommen vom 22. Dezember 1949 wie auch – in noch vermehrtem Masse – im schweizerisch-ungarischen Abkommen vom 19. Juli 1950 statt.»⁶⁹² Bei allem Verständnis für das Verhalten des Bundes meinte Niederer: «Wenn aber Vorteile nur damit erkaufte werden können, dass die Schweiz wohlerworbene Rechte der Flüchtlinge preisgibt, dann müssen wir gegen derartige Handelsgeschäfte Verwahrung einlegen.»⁶⁹³

Die Kritik von Karl Hartmann bezog sich auf das Ausschliessen der Verarrestierungen – die lange Zeit die wirtschaftlichen Beziehungen mit Ungarn belastet hatten. Hartmann befürchtete, dass diese Vertragspraxis weiterhin Schule machte.⁶⁹⁴ Ebenfalls in der NZZ publizierte der Bundesrat seine Rechtfertigung auf die Angriffe. Im Kern warb er für Verständnis, war er sich doch bewusst, dass das Abkommen nur einen Kompromiss darstellte und dass «die von schweizerischer Seite geltend gemachten Ansprüche [...] in vielen Fällen beträchtlich reduziert werden» mussten. Angesichts der in Ungarn herrschenden Verhältnisse habe man aber gerettet, was noch zu retten gewesen sei. Insofern sei die Verunmöglichung der Verarrestierungen durch ungarische Staatsangehörige in der Schweiz ein Zugeständnis an die Ungarn, wobei dies auch im Interesse der Schweiz liege, da «die sonderbaren Machenschaften von Ausländern» auch «die normale Entwicklung des Warenaustausches und des Zahlungsverkehrs zwischen den beiden Ländern» gefährdeten.⁶⁹⁵

Noch Monate nach Abschluss des Abkommens rechtfertigte sich Petitpierre für diesen Schritt, der so gar nicht in seine Doktrin passte: «Wenn auf dem Wege der Arrestprosequierung den angeblichen Gläubigern die beanspruchten Summen mangels Einlassung der Gegenpartei auf das Verfahren ohne weiteres zugesprochen werden, so werden die sich geschädigt fühlenden Regierungen die Schweiz für den Schaden haftbar machen und auf diplomatischem Wege an den Bundesrat gelangen. Die Schweiz könnte sich angesichts der Rechtslage [...] derartigen Ansprüchen unter Umständen kaum entziehen und ihre Aussichten vor einem internationalen Gericht wären zweifelhaft.»⁶⁹⁶ Zu diesem Zeitpunkt waren allerdings nur noch eine Handvoll Arrestfälle fällig.

Tatsächlich war die Verarrestierung von ungarischen Gütern und Guthaben in der Schweiz ein Mittel emigrierter ungarischer Geschäftsleute, die sich so wegen der durch die Verstaatlichungen erlittenen Einbussen schadlos zu halten suchten. Dieses Vorgehen hatte in den schweizerisch-ungarischen Beziehungen regelmässig für Unstimmigkeiten gesorgt. Für die Schweiz waren diese Fälle immer besonders peinlich. Die schweizerische Gesandtschaft hatte den ungarischen Handelsattaché in Bern, János Nyerges, im Verdacht, in Budapest gegen die Schweiz Stimmung zu machen: Alle Ämter in Ungarn vertraten gemäss dieser Ansicht den Standpunkt, dass die Schweizer Behörden sich in der Frage der Verarrestierung von ungarischen Guthaben und Maschinen der ungarischen Regierung kaum helfen wollten. Die Ungarn behaupteten: «Es sei in der Schweiz ein ‹Feldzug› gegen Ungarn im Gange [...] und im Zuge dieses Feldzuges verarrestierten ungarische Emigranten Guthaben und Maschinen des ungarischen Staates. Die schweizerischen Gerichte dulden, ja begünstigen diese Verarrestierungen, mit denen Ungarn grosser Schaden zugefügt werde. Besonders die Zurückhaltung in der Schweiz von schon in den Jahren 1943 und 1944 bestellten und bezahlten Maschinen, mit deren Lieferung bei der Ausarbeitung des ungarischen Dreijahresplans gerechnet worden sei, stelle eine eigentliche Sabotage des Dreijahresplans durch die schweizerischen Lieferanten dar. Solange diese krassen Fälle der Begünstigung ungarischer Emigranten nicht befriedigend gelöst werden, könne man schweizerischerseits nicht mit einem Entgegenkommen der ungarischen Behörden in der Behandlung unserer hiesigen Interessen rechnen.»⁶⁹⁷

Im Abkommen von 1950 waren diese Unwägbarkeiten ausgeräumt, und auch die Begleichung der finanziellen Altlasten war geregelt worden. Dennoch beurteilte keine der Seiten die Handelsbeziehungen optimistisch. Diese waren nach dem Krieg auf der Basis der Erfahrungen aus der Zwischenkriegszeit aufgebaut worden, doch hatte sich insbesondere Ungarns Wirtschaftsstruktur insofern geändert, als für die erst seit kurzem hergestellten Industrieprodukte Absatzmärkte gesucht wurden. Die westlichen Staaten hatten jedoch kaum Bedarf an der im Vergleich zur Eigenproduktion in mehrfacher Hinsicht minderwertigen

Ware. Insbesondere waren die ungarischen Waren viel teurer als die Weltmarktpreise.⁶⁹⁸ Ungarn hingegen wollte aus der Schweiz lediglich Maschinen importieren, was den schweizerischen Exportbestrebungen zuwider lief. Hatten sich diese Schwierigkeiten bereits Ende der 1940er Jahre angebahnt, so versteiften sich die Handelspartner im Laufe des folgenden Jahrzehnts zusehends.

Der Tiefpunkt bei den Wirtschaftsverhandlungen im September 1952 in Budapest

Von dieser Missstimmung waren insbesondere die Verhandlungen im September 1952 geprägt. Es war für die Schweiz klar, dass sie mit Ungarn den traditionellen Warenaustausch kaum weiter aufrechterhalten konnte. Ungarn verstand sich seit dem Beginn des Fünfjahresplans als aufstrebender Industriestaat und versuchte seine Industrieerzeugnisse zu exportieren. Die Schweiz war an ungarischen Industrieprodukten aber kaum interessiert, für sie war Ungarn nach wie vor ein Agrarland und nur der Agrarimport interessant. Die Schweizer Gesandtschaft in Budapest beobachtete das ungarische Wirtschaftsleben sehr aufmerksam, und so erstaunt es kaum, dass der Geschäftsträger die Meinung vertrat, dass es in Bezug auf den schweizerisch-ungarischen Warenverkehr in Zukunft unwahrscheinlich sei, selbst die unbefriedigenden Monatsergebnisse der ungarischen Ausfuhr im Jahr 1952 noch zu erreichen.⁶⁹⁹ Es war das Jahr, in welchem Mátyás Rákosi die Zeit für gekommen hielt, sich – quasi als Geschenk zu seinem 60. Geburtstag an sich selbst – zum Ministerpräsidenten zu küren und damit noch mehr Macht in seinen Händen zu vereinigen. Die Furcht der ungarischen Emissäre, durch einen Misserfolg in Ungnade zu fallen, war in diesem Jahr besonders gross.

Innerhalb der Schweizer Delegation fanden grundsätzliche Diskussionen über Sinn und Zweck der Handelsbeziehungen mit den osteuropäischen Staaten statt. Delegationsleiter Max Troendle meinte, man müsse sich entscheiden, ob man weiterhin Jahr für Jahr in zähem Kampf neue Warenlisten aushandeln sollte, die dann ohnehin nicht eingehalten würden. Diese Unzuverlässigkeit führe dazu, dass sich die Schweizer Exporteure laufend beschwerten und den Wirtschaftsverbänden und der Verwaltung vorwerfen, «man lasse sich bei den Verhandlungen durch die östlichen Partner hinters Licht führen und vertrete die Belange der benachteiligten Exportzweige nicht mit dem nötigen Nachdruck.»⁷⁰⁰ Allerdings gebe es genügend Gründe für die Fortsetzung des Handels mit den Ostländern: «Dies geschieht nicht nur aus allgemeinen neutralitätspolitischen Erwägungen und im Hinblick auf das Hereinbringen der vereinbarten Nationalisierungsschädigungen, sondern auch in der Erkenntnis, dass diese Absatzgebiete dazu berufen sind, im Falle einer allgemeinen Krise, von welcher erfahrungsgemäss die Produktionsgüterindustrie viel stärker und unmittelbarer betroffen wird als die Konsumgüterindustrie, eine zum gegebenen Zeitpunkt möglicherweise

lebenswichtige Reserve für manche Zweige unserer Maschinen- und Apparateindustrie darstellen. Die Erfahrungen, welche in der Krisenperiode der Dreissigerjahre gemacht wurden, sind diesbezüglich lehrreich genug.»⁷⁰¹ Osteuropa stellte demnach – analog zur Sichtweise der Dreissigerjahre – einen Ersatzmarkt dar, den man sich für Krisenzeiten bereithielt. Ausserdem konnte man diesen Sachzwang mit der Maxime der Neutralität verbrämen.

Dieser Ansicht stimmte auch der Präsident des Vororts, Heinrich Homberger, zu. Er meinte, der ungarische Fall sei zwar nur die Zuspitzung dessen, was man vom Osten zu erwarten habe, man müsse aber eben das Beste daraus machen. Man dürfe vor allem nicht vergessen, dass die West-Ost-Schwierigkeiten noch nicht endgültig behoben seien: «Gegebenenfalls werde man froh sein, den USA gegenüber nachzuweisen, dass man wegen besonders kritischer Waren wie z.B. die Kugellager do ut des-Politik betrieben habe.» Die weisse Weste gegenüber den USA rechtfertigte also die «überaus mühsamen Verhandlungen mit den Oststaaten»,⁷⁰² die Schweiz konnte das eine tun, ohne das andere zu lassen und verärgerte damit nicht nur die schweizerischen Exporteure, sondern auch die ungarischen Emigranten, auf deren Rücken die Handelsbeziehungen zu Ungarn gerettet werden konnten. Aber auch die ungarische Delegation dachte über eine Fortführung der Verhandlungen über die Warenlisten nach. Man bezweifelte, dass die Schweiz die hohen Kontingente beibehalten wollte, und vermutete dahinter die erwartete Wirtschaftskrise im Westen. Vermutlich wolle die Schweizer Delegation auch ein Verhandlungspfand für die Finanzverhandlungen behalten, da in der Schweiz «bekanntermassen das Finanzkapital diktiert». ⁷⁰³ Aber auch die ungarische Delegation wollte die Kontingente senken, dieses Ansinnen aber aus taktischen Gründen noch nicht preisgeben.

Die Verhandlungen liefen sehr zäh an. Ein Streitpunkt war das Schweizer Ansinnen, Zuchtvieh zu exportieren, welches für Ungarn zu teuer war. Die Schweizer brachten daraufhin die Entschädigung für die Verstaatlichung von Immobilien ins Gespräch. In keinem wichtigen Bereich wurden Ergebnisse erzielt. Im Verlaufe der Verhandlungen erwies sich der schweizerische Standpunkt jedoch als stärker. Zwar spottete die ungarische Delegation regelmässig über das gereizte Verhalten Max Troendles, kam aber am 30. September zur Einsicht, dass Ungarn in der schlechteren Position sei, da auch die Schweizer wüssten, dass Ungarn nichts geben könne.⁷⁰⁴ Die Verhandlungen dauerten vom September 1952 bis zum 28. März 1953. Die Warenlisten wurden kaum verändert, die ungarische Ausfuhr umfasste 85, die schweizerische 73 Positionen, die Listen waren rückwirkend ab 1. Oktober 1952 bis zum 30. September 1953 gültig. Das kontingentierte Handelsvolumen ging auf der schweizerischen Importliste von 50 Millionen auf 30 Millionen Franken zurück, die ungarische wurde auf 47 Millionen belassen, um Schwierigkeiten zu umschiffen. Im folgenden Jahr wurden die Listen ohne

weitere Verhandlungen um ein weiteres Jahr bis zum 30. September 1954 verlängert.⁷⁰⁵ Danach war eine Einigung insbesondere wegen der Zuchtvieh-Frage nicht mehr möglich. Immer wieder mussten schweizerischerseits neue Anreize geschaffen werden, damit der Handel aufrechterhalten werden konnte. Gemäss Peter Hug bot der Bundesrat auf Betreiben der Handelsabteilung sogar Hand, mit den Vertragspartnern Regelungen über die Verrechnung der in der Schweiz liegenden Vermögenswerte von ungarischen Naziopfern zu treffen, um die Clearing-Konten zu alimentieren!⁷⁰⁶

Wiederannäherung Ungarns an die Schweiz infolge der Entstalinisierung im Sommer 1955

Wie in anderen Bereichen auch, trat in den schweizerisch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen ab spätestens 1955 das Tauwetter ein. Im Zeichen der Entstalinisierung und einer aktiveren Aussenpolitik Ungarns wurden auch die Hindernisse in der Aussenwirtschaftspolitik eruiert, damit die Handels- und Finanzbeziehungen zur Schweiz verbessert werden konnten. Zu diesem Zweck wurde im November 1954 János Taraba als Wirtschaftsattaché nach Bern geschickt. In seinem Bericht vom 28. Juni 1955 hielt er fest, der Tiefpunkt von 1952 sei darauf zurückzuführen, dass die Schweiz entgegen ihrer Neutralität sich der aggressiven Handelspolitik der USA angeschlossen und die Ausfuhren nach Osteuropa um 40% gesenkt hätte. Damit sei auch der Beweis für die Abhängigkeit der Schweizer Bourgeoisie von den USA erbracht. Bis zu jenem Zeitpunkt seien die Handelsbeziehungen ohne grössere Probleme vorstatten gegangen. Eher kleinlaut gab er zu, dass Ungarn die Exportkontingente «nicht ganz» ausgenutzt und «manchmal» auch qualitativ minderwertige Ware geliefert habe. Die Hauptschuld aber treffe die Schweiz, zumal auch in jüngster Zeit ungarische Exporte wegen vermeintlicher «Dumpingpreise» abgeblockt würden.

Die Exportchancen für ungarische Waren beurteilte Taraba als günstig: Insbesondere Kaffeemaschinen und Teekoher, Radiogeräte – sofern ihre Qualität verbessert werden könnte –, könnten geliefert werden und nicht zuletzt Salami, da es bekannt sei, dass die meisten Wurstwaren in der Schweiz ohne Geschmack und Würze seien!⁷⁰⁷

Auch der Referent für schweizerische Angelegenheiten im ungarischen Aussenministerium, Vendel Susán, sah die Notwendigkeit einer Verbesserung der Handelsbeziehungen. In einem entsprechenden Bericht führte er aus, die Schweiz sei daran interessiert, die Beziehungen auszuweiten, weil sie auf die Lebensmittelimporte aus dem osteuropäischen Raum angewiesen sei und sich in Osteuropa auch ein Markt für ihre Maschinenfabrikate und pharmazeutischen Produkte biete. Für Ungarn schliesslich sei die Schweiz aus Gründen der Devisen-Beschaffung wichtig, ausserdem könnten gewisse Waren, wie Werkzeuge, Maschinen,

Medikamente und Farben, nur dort beschafft werden. Schliesslich habe Ungarn bis zum Jahr 1960 finanzielle Verpflichtungen zu erfüllen, und es müsse verhindert werden, dass dafür ein grosser Teil der Devisen aufgewendet werden müsse, ohne dass man neue erwirtschaftete. Dafür müsse ein neues Handelsabkommen abgeschlossen werden, in welchem der ungarische Export erhöht werden könne. Man müsse dafür sorgen, dass sich die Qualität der Waren verbessere und dass diese rechtzeitig geliefert werden. Ausserdem müsse man erreichen, dass die Schweiz ihre Handelshemmnisse abbaue.⁷⁰⁸ Tatsächlich war mit der Abkehr von der fast nur durch die Ideologie geprägten Aussenwirtschaftspolitik Ungarns ein Aufschwung im gegenseitigen Wirtschaftsverkehr auszumachen. Im Januar 1956 sollte eine ungarische Delegation das Basler Chemieunternehmen CIBA besuchen. Der Versuch war ein Zeichen der Anstrengungen, zumindest auf technischem Gebiet wieder ins Geschäft zu kommen.⁷⁰⁹ Im April besuchte der ehemalige Schweizer Gesandte und Landwirtschaftsexperte Ernst Feisst die ungarische Hauptstadt, wobei sich Perspektiven auf einen Pferdeexport in die Schweiz aufboten.⁷¹⁰ Im August 1956 erging eine Einladung aus Budapest an Per Jakobson, Generaldirektor der *Bank für Internationalen Zahlungsausgleich* BIZ. Ungarn bezweckte damit, die Finanzbeziehungen zu den westlichen Ländern, insbesondere aber zur Schweiz zu verbessern.⁷¹¹

Am 28. Juni 1956 trafen sich im Aussenwirtschaftsministerium ca. 30–35 Personen aus obersten Staats- und Wirtschaftskreisen, um den Ausbau des Handels mit der Schweiz an die Hand zu nehmen. Als wichtigstes Ziel wurde das Aushandeln eines neuen Handelsvertrages und die Anknüpfung an die Traditionen von 1938 formuliert: Damit war der Export von Fleischkonserven, Salami, Linsen, Heilpflanzen und Pferden gemeint. Ausserdem sollten die Möglichkeiten des Transithandels in der Schweiz besser genutzt werden.⁷¹² Damit war die Handelspolitik der Rákosi-Ära ad acta gelegt. Wirtschaftliche Überlegungen wurden wieder vor die politischen gestellt. Die neue Strategie zeigte rasche Erfolge. In den ersten Monaten des Jahres 1956 verzeichnete der Tourismus zwischen den beiden Ländern einen Aufschwung, das Handelsvolumen verdoppelte sich beinahe, das Kontaktnetz der ungarischen Gesandtschaft wurde umfangreicher.⁷¹³ Erst die Ereignisse des Herbstes 1956 im Zuge des Ungarn-Aufstandes brachten einen kurzzeitigen Einbruch des gemeinsamen Handels. Er wurde aber schnell wieder aufgenommen. In den folgenden Jahrzehnten behielt die Schweiz mit den kommunistischen Staaten Europas und einigen anderen Ländern (Iran, Ägypten, Uruguay) den gebundenen Zahlungsverkehr bei, während mit dem Ersatz der Europäischen Zahlungsunion EZU durch das europäische Währungsabkommen von 1958 der gebundene Zahlungsverkehr in Westeuropa praktisch verschwand.⁷¹⁴ Im Verkehr mit Ungarn wurde der gebundene Zahlungsverkehr erst am 31. Dezember 1973 aufgehoben.⁷¹⁵

6. «Die Gehörlosigkeit und das Misstrauen ist auf beiden Seiten erschreckend gross geworden.»⁷¹⁶

Mit der stalinistischen Wende in Ungarn war die Differenzierung der Gesellschaft praktisch qua Verordnung aufgehoben worden. Damit schlossen sich auch die Betätigungsfelder der Kirche. Über die Eindämmung der karitativen Aktionen habe ich bereits berichtet, ebenso über die Eindämmung der erzieherischen Aktivitäten. Die insgesamt äusserst kirchenfeindliche Politik in Ungarn liess die Kontakte zu den Schweizer Kirchen nach und nach abbrechen. Im Folgenden möchte ich anhand der Kontroverse um den Theologen Karl Barth und des Schweizer Echos auf den Mindszenty-Prozess auf die Veränderungen im schweizerischen Selbstverständnis in Kirchenbelangen eingehen.

Karl Barths Position zu ungarischen Kirchenfragen (Bereczky vs. Ravasz)

Da die Kirchen in Ungarn nach wie vor grossen Zulauf hatten, bemühte sich der ungarische Staat um ihre Loyalität. So sollten alle bisher unabhängig operierenden Kirchen einen Ausgleichsvertrag mit dem Staat unterzeichnen, der die Bediensteten der Kirche praktisch zu Staatsangestellten, die Kirchen selbst aber zu Ämtern werden liess. Als eine der ersten grossen Kirchen fügten sich im Oktober 1948 die Reformierten dem Diktat. In der Folge wurde der Ausgleich der ungarischen Reformierten unter Bischof Albert Bereczky mit der Staatsmacht auch in der Schweiz heftig kritisiert. In einer Vermittlerrolle befand sich zunächst Karl Barth, der der Haltung der ungarischen Kirche ein gewisses Mass an Verständnis entgegenbrachte, jedoch bald zwischen die Kirchen von Ost und West geriet.

Weiter oben habe ich nachgezeichnet, wie die Kontakte zwischen den Schweizer und den ungarischen Reformierten Kirchen nach dem Krieg auflebten. Diese Periode des Wiederaufbaus und der Neuorientierung wurde spätestens mit den Abkommen des ungarischen Staates mit den verschiedenen Kirchen beendet. Stein des Anstosses in den Beziehungen zwischen dem mehr und mehr kommunistisch beherrschten Staat und der Reformierten Kirche war die Person Bischof László Ravasz. Schon kurz nach dem Ende der Kämpfe in Ostungarn und spätestens nach der Befreiung Budapests im Frühjahr 1945 meldeten sich innerhalb der ungarischen Kirche verschiedene Richtungen zu Wort. Im ostungarischen Nyíregyháza war es Benő Békefi, der sich mit der Organisation verschiedenster Gruppierungen und Veranstaltungen in Szene setzte, in Budapest entfaltete Pfarrer Albert Bereczky eine grosse Aktivität, nicht zuletzt begünstigt durch die – auch familiären – Kontakte zum Staatspräsidenten und Pfarrer Zoltán Tildy.⁷¹⁷ László Ravasz hingegen war eng mit dem untergegangenen Horthy-Establishment verbunden, war als Bischof Mitglied im un-

garischen Oberhaus gewesen und für seine antisemitische Haltung bekannt. Es war auch Ravasz klar, dass er sich in der neuen politischen Situation nicht mehr zurechtfinden konnte. Er beschloss, sich unter diesen Umständen aus der Kirchenpolitik zurückzuziehen.⁷¹⁸ In einem Gespräch sollen zudem der Verteidigungsminister Péter Veress und der Präsident der FKgP, István Dobi, Ravasz zum Rücktritt aufgefordert haben, was Karl Barth als ungehörige Einmischung bezeichnet haben soll.⁷¹⁹

Nachdem Mitte Mai 1948 das ungarische Parlament in die Debatte über die Verstaatlichung aller Schulen eingetreten war, reiste der Sekretär des Staatspräsidenten Zoltán Tildy, János Péter, nach Basel, um Karl Barth um Rat zu fragen und um seine Unterstützung in der Frage des Rücktritts des ungarischen Bischofs László Ravasz und einer möglichen Kandidatur von Albert Bereczky als dessen Nachfolger zu bitten. Barth kam dieser Bitte in einem offenen Brief «An meine Freunde in der Reformierten Kirche von Ungarn» nach. In diesem äusserte er sich zum angestrebten Konkordat zwischen Reformierter Kirche und Staat: «Wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann ist der Weg, an dessen Anfang Sie jetzt stehen, ein sehr schmaler, ein sehr schwieriger und gefahrenvoller, aber auch ein sehr verheissungsvoller Weg.»⁷²⁰ Schwierig, weil sie sich in der Vergangenheit zu nahe an den Staat gehalten habe und dadurch einen gewissen moralischen Bonus Nachkriegsungarn gegenüber nicht für sich beanspruchen könne. Gefahrenvoll, weil man nicht wissen könne, auf wen man sich einlasse, wenn man den neuen Staat akzeptiere. Verheissungsvoll war der Weg jedoch, weil die «Art, wie Sie ihn gehen werden, [...] nicht nur für die Zukunft Ihrer eigenen Kirche entscheidend, sondern auch für alle anderen Kirchen im Osten *und* im Westen von exemplarischer Bedeutung sein [wird].»⁷²¹

Barth empfahl, statt strategisch und taktisch «*geistlich* zu denken, zu urteilen, zu entscheiden». So könne man sich am besten auf das Wesentliche konzentrieren. Schliesslich empfahl er, Bereczky Ravasz vorzuziehen: «Es scheinen aber unter Ihnen darum Zweifel gegenüber dieser Kandidatur zu bestehen, weil Pfarrer Bereczky dem heutigen ungarischen Regime sachlich und persönlich zu nahe stehe, weil seine Wahl darum den Eindruck einer Anpassung oder gar einer Kapitulation nach dieser Seite erwecken könnte. Es wird Ihnen bekannt sein, dass Pfarrer Bereczky selber sich seiner Nennung mit derselben Argumentation lange genug entzogen hat. Er tut es jetzt mit Recht nicht mehr.»⁷²²

Kirche zwischen Ost und West

Eng mit Karl Barths Engagement in ungarischen Kirchenfragen ist die Auseinandersetzung um die Orientierung der Reformierten Kirche im Ost-West-Konflikt verknüpft. Barth geriet durch seine Anschauungen in der Schweiz sogleich ins Kreuzfeuer der Kritik. Zunächst bezeichnete der Zürcher Theologe Emil Brun-

ner Barths Haltung gegenüber dem Kommunismus als «betont verständnisvolle und jede scharfe Ablehnung geflissentlich vermeidende Stellung», was bis zum Prager Umsturz 1948 vielleicht verständlich gewesen, jetzt aber nicht mehr nachvollziehbar sei. Er beschuldigte Barth, gegen den Totalitarismus an sich nie aufgetreten zu sein, auch nicht bei der Verurteilung des Nationalsozialismus: «Mir aber will es nicht in den Kopf, dass ausgerechnet du, der du auch nur den Schein eines kirchlichen Kollaborationismus unter Hitler so schwer verurteilt hast, dich jetzt zum Wortführer derer machst, die nicht nur den äusseren, sondern auch schon den innern Widerstand verurteilen, und als Nervosität verhöhnt, was doch nichts anderes ist als ein entsetztes Sichabwenden von einem wahrhaft teuflischen System des Unrechts und der Unmenschlichkeit; dass du, der du noch vor kurzem diejenigen Deutschen aufs schwerste anklagtest, die sich vor der Auseinandersetzung mit dem Hitlersystem auf eine rein innere Linie zurückzogen und die Parole ausgaben, man müsse unter welchem System auch immer einfach Gottes Wort verkünden, ohne sich um die Politik zu kümmern, nun auf einmal gerade diese innere Linie empfiehlst und es lobst, wenn sich Theologen in Ungarn, nicht mit der Frage nach Recht und Unrecht ihrer jetzigen Regierung, sondern schlicht mit der eigenen positiven Aufgabe ihrer Kirche beschäftigen.»⁷²³

Karl Barth reagierte mit dem Argument, dass diesmal nicht in derselben Weise eine Bedrohung vorliege wie während der Zeit des Nationalsozialismus. Damals habe man gegen die Verführung ankämpfen müssen. Barth stellte die Frage, ob der Osten «denn wirklich eine solche Gewalt über uns [hat], der man mit letzten Worten begegnen müsste, der man nicht vielmehr ebenso wohl auch mit vorletzten begegnen kann?» Barth verwahrte sich dagegen, im antikommunistischen Mainstream mitzuschwimmen: «Nein, wenn die Kirche bekennt, dann geht sie in Furcht und Zittern gegen den Strom und nicht mit ihm.»⁷²⁴ Wem würde die Kirche mit einer entschiedenen Haltung gegen den Kommunismus denn nützen? Wohl weniger den christlichen Kirchen hinter dem eisernen Vorhang: «Ihnen würde nämlich damit, dass wir hier – wir, die gar nicht gefragt sind und denen es auch nichts kostet – die ihnen wohlbekannten richtigen Sätze möglichst ‹leidenschaftlich› von uns geben, in ihrer Auseinandersetzung mit dem ‹Monstrum› nun wirklich keinen Schritt weiter geholfen sein.»⁷²⁵ Die Auseinandersetzung zwischen Barth und hiesigen Kirchenmännern und Redaktionsstuben ging weiter, doch entfernte sich das Thema immer mehr von Ungarn.⁷²⁶ Letzteres ging hauptsächlich in einem schematischen Ostbild auf. Noch einmal, im Dezember 1949, traten Barth, Thurneysen und Lüthi gemeinsam gegen einen Artikel in den *Basler Nachrichten* auf den Plan, um die ungarischen Reformierten vor Angriffen zu schützen.⁷²⁷

Auseinandersetzung auch mit Albert Berezky

Es ist allerdings nur die halbe Wahrheit, dass Barth sich nicht dem in der Schweiz populären Antikommunismus anschloss. Er begrüßte das kommunistische System in Osteuropa keineswegs. Es scheint, dass ihm besonders Ungarn am Herzen lag. Er zeigte Verständnis für den von Bischof Albert Berezky eingeschlagenen «schmalen Weg» zwischen den «breiten Irrwegen der geschichtlichen Besinnung, nämlich einer sich in die Innerlichkeit flüchtenden, sterilen Frömmigkeit und einer überstürzten Selbstidentifizierung mit dem Neuen». ⁷²⁸ Berezky war der Verantwortliche für den Abschluss des Abkommens mit der Staatsmacht vom 7. Oktober 1948. ⁷²⁹

Schon wenige Monate nach Berezkys Amtsantritt wurde Barths Kritik an der ungarischen Kirche immer schärfer. Im Mai 1949 schrieb er János Péter zur neuen Linie der ungarischen Reformierten Kirche: «Ich meinte, diese Linie damals so verstehen zu dürfen: die ungarische reformierte Kirche stellt sich auf den Boden der durch die Staatsumwälzung geschaffenen Tatsachen. [...] Und irre ich mich heute, wenn ich nun das Auftauchen einer mir neuen Linie feststellen zu müssen meine: eine Linie, die ich, wenn ich sie recht sehen sollte, nun allerdings entschieden nicht gut heissen und also auch nicht verteidigen könnte. [...] Man redet nun nicht mehr bloss von dem über Ungarn gekommenen Gericht, sondern schon jetzt (am Anfang einer doch noch unabsehbaren Entwicklung!) von einer dem Lande geschenkten heilsamen Erneuerung.» ⁷³⁰ Er kritisierte die aktive Beteiligung am Propaganda-Apparat und nannte die Kollaboration beim Namen: «Und wenn das, was auf dieser Linie zu sehen ist, nicht <Gleichschaltung> oder <Kollaboration> heissen soll, was heisst dann so? [...] Alles kann ich mir auf diesem Weg nicht erklären, sondern es bleibt da etwas, was mich theologisch erschreckt: etwas, was mich an die Dinge erinnert, die ich in Ungarn vor 12 Jahren unter umgekehrten Vorzeichen gesehen und gehört habe – und an die Dinge, die ich zur Zeit der Deutschen Christen in Deutschland erlebte. Und bedenken Sie: wenn die Sache auf mich so wirkt, wie wird sie auf die wirken, die dem ganzen Osten als solchem feindselig gegenüberstehen und die auch der ungarischen reformierten Kirche nicht so zugewendet sind, wie ich es bin.» ⁷³¹

Barths Protest bildete auch den Inhalt eines Briefwechsels mit Albert Berezky, der durch eine Indiskretion publik wurde. Der genaue Inhalt der Auseinandersetzung ist an dieser Stelle kaum von Interesse, sie bewirkte aber eine Entfremdung zwischen Berezky und Barth. ⁷³² Dies zeigt sich auch in der Frequenz und der Qualität des Briefwechsels. Den Höhepunkt erreichte er 1952 mit insgesamt 10 von Barth erhaltenen Briefen. Danach wurde der Briefwechsel magerer und nichtssagender, wie auch Karl Barth einsah: «Wir werden den Faden, der zwischen uns – Ihnen und mir – vorhanden ist, auch im Interesse derer, die hüben und drüben hinter uns stehen, sehr sorgfältig zu

erhalten versuchen müssen. Aber eben: es wird auch zwischen uns nicht ganz leicht sein, das zu tun.»⁷³³

Danach nimmt auch die Qualität des Briefwechsels ab. Zwar erhält Barth von ungarischen Bischöfen 1953 eine Einladung – der er aus Angst vor einer Instrumentalisierung nicht Folge leistete. Das Jahr 1956 war geprägt von Briefen von ungarischen Seelsorgern und Emigranten, die teilweise in lateinischer Sprache die triste Lage der reformierten Pfarrer in Ungarn skizzierten und Barth um eine Intervention bei Bereczky ersuchten. Barth leistete diesen Aufforderungen im Sommer 1956 Folge: «Ich brauche Ihnen nicht zu sagen: mit der Möglichkeit einer solchen Gestalt des kirchlichen Regimes hatte ich bei meiner bekannten positiven Einstellung zu der reformierten Kirchenleitung im neuen Ungarn nicht gerechnet.»⁷³⁴ Bereczky soll bei einem überraschenden Besuch bei Barth in Basel zugegeben haben, dass 70% der im Brief angesprochenen Anschuldigungen wahr seien.⁷³⁵ Barth und andere Ungarn-Kenner wie Pfarrer Hellstern waren sich einig, dass Bereczky viel im Hintergrund für seine Kirche tue, aber ein schwacher Mensch sei.

In umgekehrter Richtung gibt es nur wenige Hinweise auf die Sicht der ungarischen reformierten Kirchenmänner auf die Schweiz. Sie hob sich – und damit auch die Person Karl Barth – nicht von anderen westlichen Ländern ab. Bereczkys Reaktion auf Barths Aufsatz «Die Kirche zwischen Ost und West» war die, «dass hier tatsächlich der Christ und Theologe spricht, jedoch der schweizerische Theologe. [...] Und obwohl wir mit grosser Verehrung und williger Aufmerksamkeit auf Sie blicken, müssen wir uns eben dennoch dessen bewusst sein, dass Sie aus der Schweiz reden und wir aus Ungarn.»⁷³⁶ Karl Barth wurde als Intellektueller vom offiziellen Ungarn geschätzt – weniger wegen seiner Gesinnung, sondern vor allem deshalb, weil er in der Schweiz gegen den Strom schwamm. Die ungarische Sicht auf den Weltenlauf war eher platt, Graustufen gab es in dieser Sicht keine. In einem Bericht über die «faschistische» Radiopolitik der Schweiz – gemeint ist Radio Beromünster – lobte der ungarische Botschafter András Köves die protestantische Kirche der Schweiz, die schon mehrmals gegen die Radiopolitik protestiert haben soll. Zum Beispiel habe der Tübinger Theologieprofessor Helmut Thielike in der Sendung *Echo der Zeit* gegen den «fortschrittlich denkenden protestantischen Theologen» Barth einen scharfen Angriff gerichtet: «Diese Verlautbarung bildete einen Teil der Angriffsaktionen, welche das Schweizer Radio und katholische Kreise gegen Karl Barth inszenierten. Sie halten ihn für gefährlich, weil sie von ihm wissen, dass er eine unbeugsame antifaschistische Einstellung habe und in den Volksdemokratien das Zusammenwirken der reformierten Kirchen mit den jeweiligen Regierungen nicht verurteile.»⁷³⁷

Die hier skizzierte Auseinandersetzung zeigt die Schwierigkeit derjenigen auf, die sich nicht in die zu starren Identitätsentwürfe einer Gesellschaft einpres-

sen liessen, sondern die Vermittlerfunktion suchten. Barth fiel nicht nur die Vermittlungsfunktion schwer, er hatte auch damit zu kämpfen, dass weder die ungarischen noch die schweizerischen Kirchenleute nach einer solchen Brückenfunktion verlangten. Die Logik des Kalten Krieges duldet eben keine «Kirche zwischen Ost und West».

Der Mindszenty-Prozess und die Haltung der Schweizer Katholiken

Erstarrte Fronten gab es in der katholischen Kirche bereits seit Kriegsende. Die ungarischen Katholiken hatten sich von allem Anfang an gegen den Kommunismus gestemmt. Als besonders unbeugsam und als Verkörperung des Widerstandes schlechthin galt der Fürstprimas Kardinal József Mindszenty. So ist es auch nicht erstaunlich, dass das Interesse der Schweizer Katholiken für Ungarn auf Grund seiner Verhaftung am Stephanstag 1948 entschieden zunahm. Dieser Akt war der Höhepunkt eines regelrechten Kampfes zwischen der Staatsmacht und der katholischen Kirche in Ungarn. Der Prozess, der zwischen dem 3. und 8. Februar 1949 stattfand, löste im Westen – darunter auch in der Schweiz – ein grosses Echo aus. Insgesamt wohnten dem Prozess 23 ausländische Journalisten, darunter 17 aus dem Westen, bei, zusätzlich berichteten 19 ungarische Journalisten.⁷³⁸ Vertreten war auch Jenő Szatmári, der für die *Basler Nachrichten* und den *International News Service* berichtete. Mit Ausnahme des kommunistischen *Vorwärts* empörten sich alle Schweizer Zeitungen über den Prozessverlauf, der zu Recht als Schauprozess bewertet wurde. Die katholische Presse, allen voran das *Vaterland* aus Luzern, sah den Kirchenkampf im Osten als letzte Schlacht des Abendlandes. Weniger dramatisch fiel die Bewertung der protestantischen bzw. liberalen Zeitungen der Schweiz aus.

Bezeichnend für die Berichterstattung ist das Aufkommen von Gerüchten, die bereitwillig kolportiert wurden. Das eine Gerücht betraf die Verhörmethoden, die aus dem kämpferischen Mindszenty einen kleinlauten Angeklagten gemacht hatten. Man rätselte über Drogeneinfluss und Foltermethoden. Ein anderes Gerücht betraf den Prozess selbst, der von Stalin persönlich angeordnet worden sein soll. Die *Basler Nachrichten* brachten es auf den Punkt: «Wenn man also das Verfahren gegen Kardinal Mindszenty als das nimmt, was es letzten Endes ist – nach übereinstimmender Ansicht –, eine der Phasen des geistig-politischen Ringens zwischen Osten und Westen, eine Etappe des Vernichtungskrieges gegen alles Abendländische im sowjetischen Machtbereich und nicht zuletzt auch eine Machtdemonstration des Kremls gegen die katholische Kirche, dann liegt es natürlich nicht mehr fern, den Schauprozess gegen den Fürstprimas von Ungarn auf einen Ukas Stalins selbst zurückzuführen.»⁷³⁹ Die nichtkatholischen Zeitungen machten aus ihrer Aversion gegen die Person Kardinal Mindszentys keinen Hehl. Während der katholische Thomas-Verlag Dokumentenbändchen

und Hagiographien über Mindszenty veröffentlichte, meinte beispielsweise die Wochenzeitung *Die Nation*: «Vorläufig hat die rote Fahne des Kommunismus in Ungarn über den Kardinalspurpur gesiegt, mit Mitteln allerdings, die satanisch sind. Aber hat nicht auch die katholische Kirche in der Geschichte mit blutigen und brutalen Händen gefochten?»⁷⁴⁰

Trotz dieser Einwendungen protestierte das offizielle Ungarn gegen die Mindszenty-Berichterstattung. Zorn erregten u.a. Stellungnahmen von Radio Bero-münster, weil dieses in einer Sendung «in hinterhältigstem faschistischem Ton die ungarische Regierung angegriffen und die Rechtmässigkeit der ungarischen Gerichte bestritten habe. Das Echo der Zeit und die anderen erwähnten Sendungen sind in den letzten Monaten zum Sprachrohr des faschistischen oder sehr groben Antikommunismus aus Amerika geworden. [...] Diese Sendungen liefern der imperialistischen Politik eines der wichtigsten Mittel der Kriegshetze.»⁷⁴¹ Auf das Echo des Mindszenty-Prozesses in der Schweiz bin ich bereits weiter oben eingegangen. Es bleibt die Erkenntnis, dass mit dem Prozess der Widerstand der katholischen Kirche gegen das kommunistische Regime in Ungarn gebrochen war und die katholische Presse der Schweiz sich im Recht wähnte, gegen den Kommunismus entschieden aufzutreten. Nachdem Mindszenty aus dem Verkehr gezogen war, konnte der Staat die Trennung von Kirche und Staat durchsetzen. 1951 schworen die katholischen Staatsangestellten – zu denen nun auch die Kirchenmänner gehörten – auf die Verfassung der Volksrepublik. Die Kirchengüter wurden zum grossen Teil enteignet und gegen weitere Kirchenführer Prozesse angestrengt.⁷⁴² Mindszenty selbst wurde zum Tod verurteilt, das Urteil wurde allerdings nicht vollstreckt, und er verbrachte seine Strafzeit vorerst unter Hausarrest. 1956 wurde er von Aufständischen befreit und lebte ab dem 4. November 1956 bis zu seiner Ausreise 1970 in der US-Botschaft in Budapest.

Beunruhigung der Juden wegen antisemitischer Prozesse im Ostblock (Slánsky-Prozess)

Vom stalinistischen Umschwung waren auch die Juden betroffen. Während des Prozesses gegen László Rajk 1949 wurde explizit auf die jüdische Herkunft von drei der acht Hauptangeklagten hingewiesen. Der Zionismus geriet im Verlauf der antititoistischen «Säuberungswelle» immer mehr ins Visier der politischen Polizei. Dies wirkte sich auf die Berichte der ungarischen Botschaft in der Schweiz aus: In einem Bericht über titoistische Umtriebe in der Schweiz behandelte Botschafter András Köves die Zionisten in einem eigenen Abschnitt. Sie wurden von ihm als für die Volksdemokratien besonders gefährlich eingestuft. Die in Basel ansässigen zionistischen Organisationen bestanden aus Intellektuellen, die sich selbst als Kommunisten bezeichneten, sich aber auf die Seite Titos geschlagen hätten. Einige Mitglieder der Gruppe seien ehemalige Trotzlisten.

Auch hätten einige nach ihrer Rückkehr aus Israel titoistische Aktivitäten organisiert, die vor allem im Versuch bestünden, die linken Elemente an den Universitäten und Jugendorganisationen auf ihre Seite zu ziehen. «Die Arbeit dieser Gruppe ist in erster Linie deshalb gefährlich, weil sie vermutlich vom Intelligent Service, der sich in die zionistische Bewegung eingenistet hat, und vom amerikanischen Nachrichtendienst organisiert und über Palästina mit Anweisungen versehen wird. Zum anderen, weil sie zu praktisch allen zionistischen Organisationen in Europa Brief- oder persönlichen Kontakt hat. Es ist anzunehmen, dass sie diese Beziehungen auch in den Volksrepubliken zur Spionagearbeit benutzen wird, um die Einheit der Partei zu unterminieren.»⁷⁴³

Dieser Bericht ist als deutlicher Hinweis zu verstehen, wonach jeglicher Kontakt zwischen den jüdischen Gemeinden im Westen und jüdischen Gemeinden in Ungarn grosse Gefahren in sich barg. So ist es kaum verwunderlich, dass ich in Schweizer Archiven kaum je auf Hinweise zu Beziehungen zu den ungarischen Glaubensgenossen gestossen bin.

Kritik an der Assimilation der Juden in Ungarn und Aliah

Die wenigen Meldungen aus Ungarn betreffen die Auswanderungsambitionen vieler ungarischer Juden nach Israel, welche in der Zeit des stalinistischen Umschwungs in Ungarn stark vorherrschten. 1948 und 1949 verliessen 10'307 Juden das Land, 1950/51 gelang weiteren 3693 Juden die Ausreise.⁷⁴⁴ In der Periode 1945 bis 1957 verliessen – einschliesslich der 1956/57 ausgereisten – 28'103 Juden Ungarn Richtung Palästina bzw. Israel, was ca. 20% der den Holocaust überlebenden jüdischen Bevölkerung entspricht.⁷⁴⁵

Die jüdischen Zeitungen in der Schweiz berichteten in der Nachkriegszeit im Auslandteil praktisch nur von der Entstehung des Staates Israel. Erst im April 1949 erschien ein erster grosser Bericht über die ungarischen Juden in der Wochenzeitung *Makkabi* aus Basel. Der Berichterstatter liess kaum ein gutes Haar an den ungarischen Juden. Zunächst kritisierte er den Vorsitzenden der Budapester Kultusgemeinde, er habe sich zu sehr den Machthabern angenähert und würde jüdische Belange verraten: «Wenn auch Lajos Steckler, der frühere Industrielle, an der Spitze der Gemeinde steht, der beteuert, kein Antizionist zu sein, so weiss man, dass in der Gemeinde nicht er, sondern Dr. Benedek regiert, der Schwager des bekannten kommunistischen Ministers Vas.»⁷⁴⁶ Und dieser Benedek habe den hebräischen Unterricht am jüdischen Gymnasium verboten. Ausserdem seien die zionistischen Ämter und das Palästinaamt geschlossen worden. Empört zeigte sich der Berichterstatter auch über die jüdischen Kommunisten, die in der Regierung massgebend seien: «Gerade diese führenden Kommunisten in der ungarischen Regierung und jüdische Kommunisten ausserhalb der Regierung sind nach den rumänischen jüdischen Kommunisten die grössten

antizionistischen Hetzer.»⁷⁴⁷ Diese hätten auch den Mindszenty-Prozess durchgeboxt, und nun hätten die Juden Angst, dass der Hass der Bevölkerung gegen die Regierung auf dem Rücken der Juden ausgetragen würde. Die ungarischen Juden werden verhöhnt, weil sie sich immer so sehr assimiliert hätten und jetzt, da es ihnen schlecht ginge, nach Israel auswandern wollten.

Erschien in dieser Angelegenheit noch keine Replik in der ungarischen Presse, so war dies 1952 der Fall, als die jüdische ungarische Zeitung *Új élet* [Neues Leben] einen scharfen Protest gegen das *Israelitische Wochenblatt* aus Zürich richtete, das behauptet hatte, während des Jom-Kippur-Festes in Budapest seien über Lautsprecher antireligiöse Reden vor den Synagogen verbreitet worden. Der schweizerische Geschäftsträger ad interim, Fred Bieri, war der Ansicht, die Falschmeldung sei wohl an einem Wiener Kaffeehaustisch entstanden, die ungarische Zeitung hielt es aber für nötig, festzustellen, dass die Zürcher jüdische Zeitung durch «diese Lüge» bewiesen habe, «dass sie auch dem Lager angehört, in dessen Hexenküche für die gutmütigen Menschen der Welt die Lügen ausgedacht und serviert werden, durch welche getrachtet wird, das System der Sowjetunion und der Volksdemokratien durch gemeine Lügen zu beschmutzen.»⁷⁴⁸ Der Zwischenfall zeigt, dass es dem Zürcher *Israelitischen Wochenblatt* offenbar glaubhaft erschien, dass die Religion in ungarischen Synagogen politisiert würde, dass es umgekehrt für die Redakteure des *Új élet* als erwiesen galt, dass sich die Schweizer Juden auf die Seite der amerikanischen Imperialisten gestellt hätten und damit auch (implizit) in die Nähe des Faschismus gerückt seien.

Die Informationen im Westen über das osteuropäische Judentum waren zu jener Zeit mehr als dürftig. Einzig der Slánsky-Prozess im November 1952 in Prag zeigte deutlich auf, dass auch in Osteuropa der Antisemitismus nicht der Vergangenheit angehörte. Zwar wurde in den kommunistischen Ländern jede antisemitische Agitation nach dem Gesetz streng bestraft, und die Sowjetunion gehörte zu den ersten Ländern der Welt, die den jungen Staat Israel anerkannt hatten. Auf der anderen Seite wurde der Zionismus spätestens seit der Auseinandersetzung zwischen Tito und Stalin zum imperialistischen Lager gezählt. Aus innen- wie auch aussenpolitischen Gründen war eine antisemitische Politik für Stalin opportun. In der Zeit zwischen August 1952 und Anfang 1953, die gekennzeichnet war durch die Liquidierung der bedeutendsten jiddischen Schriftsteller und der Verhaftung der «terroristischen» Ärzte in der Sowjetunion, erreichte die antisemitische Welle ihren Höhepunkt. Erst mit dem Tod Stalins entspannte sich die Lage – bis aus aussenpolitischen Gründen die Unterstützung der arabischen Nachbarländer Israels Auswirkungen auf die jüdische Bevölkerung in den kommunistischen Staaten hatte. Aus ideologischer Sicht betrachtet stand es für das Judentum nicht zum Besten, denn die Juden gehörten hauptsächlich der bürgerlichen, kleinbürgerlichen oder intellektuellen Schicht an, die es für die

kommunistischen Regierungen zu bekämpfen galt. Der Historiker Ferenc Fejtő brachte es auf den Punkt: «Der offizielle und obligatorische Antizionismus verwirrte viele Juden, vor allem jene, die nach dem Zweiten Weltkrieg der kommunistischen Partei beigetreten waren. [...] Auf dem Papier blieb also für die Juden, die bereit waren, Israel zu verleugnen, das Tor zur Assimilierung weit offen, aber in der Praxis wurde die Assimilierung durch den Antizionismus, der durch den volkstümlichen Antisemitismus eine offizielle Verstärkung erhielt und durch ihn legitimiert wurde, noch schwieriger, und selbst jene Juden, die nie an eine Auswanderung gedacht hatten, wurden zum Zionismus gedrängt.»⁷⁴⁹

Alles in allem lässt sich in jeder der drei Religionsgemeinschaften ein Auseinanderbrechen der länderübergreifenden Solidarität feststellen. Insbesondere der Mangel an einem verlässlichen Informationsaustausch zwischen Ost und West untergrub die länderübergreifende Gruppenidentität der Religionsgemeinschaften. Protestanten, Katholiken und Juden beugten sich dem offiziellen Identitätsentwurf ihrer Wohnorte, ohne mit ihrer supranationalen Identität eine Brücke zu schlagen. Karl Barth und andere wenige Gefährten hatten genau das versucht und mussten ihr Scheitern einsehen. Der Kalte Krieg liess keine Alternativen zu. Karl Barth meinte dazu: «Die Gehörlosigkeit und das Misstrauen ist auf beiden Seiten erschreckend gross geworden.»⁷⁵⁰

7. Schweizerischer Aussenposten in Ungarn und die ungarischen Emigranten in der Schweiz

Die Verschlechterung der politischen Grosswetterlage, die ich in den obigen Kapiteln skizziert habe, schmälerte auch den Bewegungsradius der Schweizer Kolonie in Ungarn. Die Kolonie hatte kaum mehr Möglichkeiten, ihre Schweizer Identität in Ritualen zu bekräftigen und zu leben, sondern musste sich immer mehr in die private Sphäre zurückziehen. Die Organisationen der Schweizer Kolonie waren die deutschsprachige (Kirch-)Gemeinde in Budapest und der *Schweizer Unterstützungsverein in Ungarn*. Insbesondere am Beispiel der Situation der deutschsprachigen Gemeinde in Budapest lässt sich die Situation der Schweizer in Ungarn deutlich nachzeichnen.⁷⁵¹

Die deutschsprachige (Kirch-)Gemeinde in Budapest

Die Gemeinde wurde 1859 von 72 schweizerischen, 41 ungarischen, 41 deutschen und 13 englischen Familien gegründet. Wie aus einem Gemeindebrief hervorgeht, befand sich die Gemeinde nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in grossen Schwierigkeiten. Die Kirche und die dazu gehörenden Häuser hatten schwere Bombentreffer erhalten, deren Reparatur die finanziellen Möglichkei-

ten der Gemeinde bei Weitem übertraf. Das Pfarramt und das Waisenhaus waren ausgeplündert worden. Eine Anzahl Mitglieder war gestorben oder ausgewandert, die deutschen Mitglieder wurden ausgeschlossen. Kirchenbeiträge wurden von 1945 bis 1947 keine erhoben.⁷⁵² Wie viele Schweizer sich damals in Ungarn aufhielten, ist kaum zu eruieren. Eine vermutlich nach 1945 entstandene Liste zählt 162 Vollschweizer, 88 Doppelbürger und 146 gebürtige Schweizerinnen. 1947 stellte das Presbyterium fest, dass ca. 20 bis 25 Personen die Gottesdienste besuchten. Der oben zitierte Gemeindbrief wurde in 170 Exemplaren versandt: Eine Antwort darauf kam aber nur in sechs Fällen!

Um die Protestanten unter den Schweizern in Budapest kennen zu lernen, schlug der Kurator Eduard Stahel folgendes vor: «Bei der monatlichen Austeilung der Lebensmittel auf der schweizerischen Gesandtschaft, die drei Tage dauert, werden unsere Beauftragten persönlich ermitteln, wer Protestant ist.»⁷⁵³ Immerhin gelang es, die Zahl der Gemeindeglieder von 35 im Jahr 1947 auf 46 im folgenden Jahr zu erhöhen. Im Mai 1949 zählte man noch 42 Mitglieder, doch nur 17 von ihnen füllten eine Zugehörigkeitserklärung der Gemeinde aus: «Wir können uns auch keine Hoffnungen darüber machen, dass es in Budapest noch Menschen gibt, die wir für die Gemeinde erst noch erreichen sollen. [...] Im vorigen Monat haben wir 2 Kirchenälteste der Schweiz zurückgeben müssen [...]. Nach den Gemeindestatuten sollte unser Presbyterium aus 9 Mitgliedern bestehen. Die Zahl aller wahlberechtigten männlichen Gemeindeglieder beträgt aber ausser dem Kurator und dem Pfarrer insgesamt 8.»⁷⁵⁴ Eine Auflösung der Gemeinde erschien noch nicht als opportun, auch wenn die Einweihung des wiederhergestellten Gemeindesaales nur noch 29 Kirchenmitglieder erleben durften.

Finanzielle Unterstützung erhielt die Gemeinde von Pfarrer Meissner aus Schönenwerd: Mit dem Geld konnten Gemeindegottesdienste veranstaltet werden. Der Pfarrer wurde vom HEKS mit 17 Liebesgabenpaketen für ein Vierteljahr besoldet. Der Gemeinde mangelte es weiterhin an Geld; ca. zwei Drittel aller Ausgaben betrafen zudem den Wiederaufbau der Räumlichkeiten.⁷⁵⁵ Die Finanzprobleme und der Mitgliederschwund zwangen die Kirchgemeinde zur Aufgabe ihrer Selbständigkeit. Am 5. November 1950 beschloss die Gemeindeversammlung, das Grundstück des Waisenhauses zu veräussern und die Tätigkeit des Presbyteriums einzustellen und der Mutterkirche die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten zu überlassen.⁷⁵⁶ Damit war das Schicksal der Gemeinde keineswegs besiegelt. In unregelmässigen Abständen fanden Gemeindeveranstaltungen statt, und aus dem Jahre 1952 stammt ein euphorischer Bericht über 393 Gemeindeglieder und über ein Abendmahl mit 55 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Mit grösster Wahrscheinlichkeit gehörten der Gemeinde nun auch ungarischsprechende Reformierte an.⁷⁵⁷

Die deutschsprachige Gemeinde war zwar eine wichtige Sammelstelle für Auslandschweizer, wenn auch nicht die einzige. 1948 versuchte die Schweizer Gesandtschaft in Budapest, den Schweizer Unterstützungsverein in Ungarn neu zu beleben. Der Verein hatte mit der Belagerung Budapests 1944/45 seine Aktivitäten eingestellt. Die Tätigkeit bestand grundsätzlich nur in der Unterstützung bedürftiger Kolonienmitglieder, in der Pflege des Gedenkens an die Heimat und des Zusammenhaltes unter den Mitgliedern. Sie war frei von jeglicher Politik und sollte sich ausschliesslich im Rahmen der vom Gastland genehmigten Statuten bewegen. Der Verein veranstaltete kleine Ausstellungen bzw. machte auf Veranstaltungen mit schweizerischem Bezug aufmerksam.

Doch ähnlich wie bei der Kirchgemeinde ging auch die absolute Anzahl der Schweizerinnen und Schweizer in Ungarn nach dem Krieg zurück – wie aus einem Rundbrief des Unterstützungsvereins hervorgeht: «Leider verringert sich der Bestand der Schweizerkolonie in Ungarn seit einer Reihe von Jahren und besonders der vollständige Umbruch des Gastlandes in der jüngsten Vergangenheit hat, meist aus wirtschaftlichen Gründen, viele Landsleute zur Heimkehr in die Schweiz gezwungen. Unsere stark überalterte Kolonie bestand am Ende des Jahres 1949 aus 226 Landsleuten, wovon 101 Doppelbürger sind. Der reine Abgang betrug im vergangenen Jahre 41 Personen. Zuzug zu unserer Kolonie hat schon seit zehn Jahren – seit Kriegsbeginn – praktisch nicht stattgefunden, obwohl er dringend nötig wäre. Die meisten der heute in Ungarn lebenden Schweizer sind hier geboren oder noch in ihrer frühen Jugendzeit eingewandert. Wenn die Schrumpfung der Kolonie seit 1945 nicht noch drastischer ausgefallen ist, liegt das vor allem darin begründet, dass eine ganze Reihe von neuen Doppelbürgern immatrikuliert worden sind, Leute die nur jetzt auf ihre frühere schweizerische Staatsbürgerschaft zurückgreifen.»⁷⁵⁸ Von einer Einwanderung nach Ungarn wurde aber dringend abgeraten: Radiohörer-Gemeinschaften könnten keine gebildet werden, weil das gemeinschaftliche Abhören ausländischer Radiosender unangenehme Folgen haben könnte. Zeitungspakete träfen hin und wieder von der Publicitas ein, Schweizer Zeitungen könnten keine abonniert werden.⁷⁵⁹ Für den Ankauf schweizerischer Publikationen fehlte das Geld. Von einer Jugend könne man kaum sprechen, seien doch nur ein Dutzend Kolonienmitglieder zwischen 13 und 20 Jahren.⁷⁶⁰ Trotz der abnehmenden Tendenz hielten sich Ende 1956 noch immer gegen 200 Schweizerinnen und Schweizer in Ungarn auf.

Die Tätigkeit des Vereins kam aber beinahe zum Erliegen. Der Schweizer Gesandte Max Grässli hielt den Verein für einen Mosaikstein im Schweizer Identitätsentwurf, wie aus seiner 1.-August-Rede von 1951 besonders deutlich wird: «Wenn es uns gelingt, die ungarischen Behörden zu überzeugen, den im Spiele stehenden schweizerischen Interessen persönlicher Natur Rechnung zu tragen, so haben beide Länder einige, wenn auch nur winzige Bausteine zur Über-

brückung des Grabens beigetragen, der Ost und West trennt. Es ist die Pflicht der neutralen Schweiz, die zwischen den beiden Machtblöcken steht, unentwegt und unverdrossen in dieser Richtung zu wirken, selbst wenn die Erfolgsaussichten noch so gering sind.»⁷⁶¹ Dass die genannten Schweizer Einrichtungen ihre Aktivitäten dennoch nicht ganz einstellen mussten, war in erster Linie der Auslandschweizerin Raymonde Berthoud zu verdanken. Berthoud, die mit einer kurzen Unterbrechung seit 1940 in Ungarn lebt, war seit 1948 Vorstandsmitglied des Schweizer Vereins: Sie organisierte in Zusammenarbeit mit der Schweizer Gesandtschaft die jährlichen Bundesfeiern, sorgte für regelmässige Treffen innerhalb der Kolonie und war auch Kontaktperson zur Auslandschweizerorganisation in Bern, die so stets über das Geschehen in Ungarn informiert war.⁷⁶² Doch als Vertreter einer Schweizer Identität konnten die Mitglieder der Kolonie nicht auftreten. Sie waren zwar geduldet, aber jede gemeinschaftliche Tätigkeit konnte für sie gefährlich werden, wie auch der Kontakt der einheimischen Bevölkerung zu ihnen stark eingeschränkt war.

Ostflüchtlinge in der Schweiz und die Neuorganisation der ungarischen Emigration

Während sich in Ungarn immer weniger Schweizer aufhalten wollten, nahm die Anzahl der Ungarn in der Schweiz leicht zu. Insbesondere wuchs in der Schweiz mit zunehmender Intensität des Kalten Krieges das Verständnis für die neuen Flüchtlinge. Die Maxime der Solidarität konnte in die Tat umgesetzt werden, wie die Schweizerische Zentralstelle für Flüchtlingshilfe SZF in ihrem Jahresbericht 1948 schrieb: «Die Ereignisse in den östlichen Ländern haben wiederum Menschen von Haus und Hof vertrieben. Neue Flüchtlinge klopfen an unsere Türe. Sie vertrauen auf die humanitäre Schweiz und ihre Hilfsbereitschaft. In der Erkenntnis, dass sie sich diesem Ruf nicht entziehen dürfen, haben die in der Zentralstelle vereinten Hilfswerke beschlossen, ihre Erfahrungen und ihre Kräfte auch in den Dienst dieser neuen Aufgabe zu stellen.»⁷⁶³ Die verschiedenen Gruppen wandten sich an verschiedene Hilfswerke: Die Sozialdemokraten an das SAH, die Katholiken an die Caritas, die Reformierten an das HEKS, die Juden an den *Verband Schweizerischer Jüdischer Flüchtlingshilfen / Fürsorgen* VSJF. Diese Hilfswerke setzten teilweise ihre Arbeit, die sie bis anhin in Ungarn ausgeübt hatten, für die ungarischen Flüchtlinge in der Schweiz fort.

Die Ostflüchtlinge kamen gerade zu einer Zeit in die Schweiz, als die Flüchtlingspolitik im Gespräch war. Trotz aller Sympathie für die Flüchtlinge vor den Kommunisten zeigte sich die Schweiz nach wie vor vorsichtig und zurückhaltend, weil man sich noch immer vor den Aktivitäten der Flüchtlinge und Schwierigkeiten in den internationalen Beziehungen fürchtete.⁷⁶⁴ Dagegen war man sich auch im Klaren, dass die meisten Ungarn gar nicht in der Schweiz bleiben woll-

ten.⁷⁶⁵ Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang eine Unterredung zwischen dem Chef der Polizeiabteilung im EJPD, Heinrich Rothmund, und dem Schweizer Gesandten in Ungarn, Ernst Feisst, die Rothmund wie folgt zusammenfasst: «Die heutige Regierung, namentlich Minister Rakossy [sic!], lässt immer noch politische Gegner oder auch Industrielle ab und zu legal ausreisen. Sie stellt sich auf den Standpunkt, die Emigranten seien keine einige Gesellschaft, die als solche der Regierung im Ausland unbequem werden könnten. Sie seien so uneins, dass sie keine Rolle spielten. So seien sie ihr lebendig im Ausland weniger unbequem als tot im Inland. Daraus ergibt sich, dass aus Ungarn also noch ab und zu Leute zu uns kommen können, die nicht irgendwelche Aufträge ihrer Regierung haben, sondern die aus der Opposition kommen.»⁷⁶⁶ Die Flüchtlinge, die noch frei kämen, seien an ihrem Schicksal zumindest mitverantwortlich: «Alle nicht-kommunistischen Ungaren sind natürlich voller Hass auf die Russen, während die Kommunisten vollständig von Russland abhängig sind. Eine gewisse Kaste der ungarischen gentry, deren Vermögen noch nicht sehr alt ist, hatte durch ihre wenig seriöse Lebensführung dem Umsturz den Weg geebnet. Diese suchten samt und sonders zu flüchten. Die wirklichen alten ungarischen Adeligen hingegen haben es schwer, das Land zu verlassen. Sie bleiben auch in materieller Not lieber zurück.»⁷⁶⁷ Mit einer gewissen Erleichterung notierte er, dass insbesondere kaum jüdische Flüchtlinge aus Ungarn zu erwarten waren: «Wir müssen nicht befürchten, dass die nach der Schweiz kommenden Ungaren, auch die Juden, die ja die Banken in Ungarn und von dort aus die Industrie begründet hatten, in der Schweiz bleiben wollen. Unser Land ist viel zu eng für ihre Tätigkeit. Es ziehen aber alle nach Südamerika. Viele haben übrigens noch Geld in der Schweiz.»⁷⁶⁸

Flüchtlinge aus dem alten Ungarn: Der Fall Tibor Zsitvay

Es gab aber auch adlige Flüchtlinge aus Ungarn, die es bis in die Schweiz schafften. Einer von ihnen war Tibor Zsitvay. Im Mai 1948 gelangte er zunächst nach Österreich und im Juni 1949 in die Schweiz. Er wurde von der Caritas unterstützt. Zsitvay gehörte der Machtelite der Bethlen-Ära an, wo er von 1922 bis 1935 Parlamentarier, lange Zeit auch Parlamentspräsident war.⁷⁶⁹ Von 1929 bis 1932 war er Justizminister. Im Zuge eines Bombenanschlags auf einen Zug in Batorbágy, bei dem 22 Menschen den Tod fanden und 17 schwer verletzt wurden, führte er das Standrecht ein. Im Juli 1932 wurden zwei Funktionäre der illegalen kommunistischen Partei, Imre Sallai und Sándor Fürst, von einem Standgericht zum Tode verurteilt und trotz internationalen Protesten hingerichtet. Dafür machten die Kommunisten Zsitvay persönlich verantwortlich. Er wurde im Juni 1945 verhaftet und 1946 zuerst zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. 1948 wurde er in zweiter Instanz zusammen mit zwei weiteren Juristen zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Das endgültige Urteil wartete er aber nicht ab, son-

dern floh in den Westen. Im Auffanglager St. Margrethen berief er sich auf den ehemaligen Schweizer Gesandten Maximilian Jaeger, was ihm ermöglichte, das Lager schnell wieder zu verlassen. Er reiste nach Luzern und meldete sich beim Leiter der Caritas, Prälat Crivelli, und überreichte ihm den Empfehlungsbrief des Bischofs von Graz. Innerhalb einer Stunde konnte sein Fall abgeschlossen werden. Er begab sich sogleich nach Alpnach-Dorf, wo auch schon mehrere ungarische Freunde untergebracht waren. Eine Woche später überbrachte ihm ein gewisser Herr Ulrich von der schweizerischen Fremdenpolizei die Dokumente über die Gewährung des Asylrechts.

Zsitvay traf Ungarn, die sich bereits in der Schweiz aufhielten und die er bereits aus früheren Tagen kannte, beispielsweise den ehemaligen Gesandten János Wettstein, Sándor Ember oder den ehemaligen Presseattaché Ernő Halász. Später zogen weitere Ungarn nach Alpnach-Dorf. Ulrich bekannte offenbar, dass die schweizerischen Behörden es gerne sehen würden, wenn er die ungarische Emigration lenken würde. So hielt Zsitvay am 21. August 1949 eine Rede vor der versammelten Zürcher Ungarngemeinde, die er zur Einigkeit aufrief. Wegen seinem schlechten Gesundheitszustand konnte er die Geschicke der ungarischen Emigration in der Schweiz aber nicht aktiv leiten. Er war Mitbegründer der *Arbeitsgemeinschaft heimatloser ungarischer Juristen (Hontalan Magyar Jogászok Munkaközössége)* und publizierte hie und da auch in der Emigrantenpresse. 1952 gründete er zusammen mit Emil Dobler die Innerschweizer Sektion der Schweizerisch-Ungarischen Gesellschaft, der auch der ehemalige Gesandte Ungarns János Wettstein (in Lugano wohnhaft) angehörte. 1960 wurde die Sektion wieder aufgelöst. 1951 gründete Zsitvay zudem die *Ungarisch-Katholische Mission in der Schweiz (Svájci Magyar Katolikus Misszió)*.⁷⁷⁰

Die in der Schweiz ansässigen Ungarn wurden von der ungarischen Regierung sicherlich nicht zu Unrecht als mehrheitlich der Horthy-Ära verbunden eingestuft. Die ungarischen Emigranten wurden von der Schweiz geduldet, was von einigen Emigranten als Aufforderung zur geheimen Zusammenarbeit mit den Behörden verstanden wurde. Beispielsweise bot ein gewisser Herr H. Winterhofen aus Baden Heinrich Rothmund am 19. März 1952 die Nachrichtendienste des *Kameradschaftlichen Vereins Ungarischer Kämpfer* an. Er schrieb: «Allein durch die Arbeit und durch das Mitwirken dieser 6 Zentralen war es möglich, bisher mehr als 100 kommunistische Agenten zu entlarven.»⁷⁷¹ Die Zentralen sollen sich in den drei Westzonen Deutschlands, in Österreich, Frankreich und Italien befunden haben. Eine Antwort Rothmunds ist in den Akten nicht enthalten, demgegenüber hat sich der Chef der Politischen Abteilung im EPD, Alfred Zehnder, dahingehend geäußert, dass die ungarische Kolonie in der Schweiz überwacht werden müsse. Ausgangspunkt für diese Überlegungen war, dass es offenbar gerade gegenüber den Ungarn schwierig war, politische Enthaltensamkeit durchzusetzen.⁷⁷²

Ungarn kümmert sich um die eigenen Emigranten

Die ungarische Gesandtschaft in Bern versuchte laufend, die ungarischen Emigranten in der Schweiz zu organisieren. Doch die politische Gesinnung der in der Schweiz lebenden Ungarn liess nicht viel Hoffnung aufkeimen. So musste auch der Plan der Gesandtschaft, die Zürcher Studentengruppe, die 1947 aufgelöst worden war, wieder zu beleben, aufgegeben werden, da sich in Zürich lediglich 1–2 ungarische Studenten «demokratischer Gesinnung» befanden.⁷⁷³ Dennoch versuchte man, die Ungarn in der Schweiz in die Gesandtschaft zu locken. Filme wurden gezeigt, Gedenkkonzerte organisiert und die Anwesenden in der darauf folgenden Diskussion «unauffällig» zu ihrer politischen Gesinnung befragt. An einer solchen Veranstaltung erschienen im November 1954 gerade mal 19 Ungarn, und die ganze Erkenntnis des Botschafters war, dass sich die Ungarn in Bern jeweils am Donnerstag Abend in einem bestimmten Restaurant trafen.⁷⁷⁴ Offenbar hatten die Veranstaltungen der Gegenseite grösseren Zulauf. Im September 1953 berichtete der ungarische Geschäftsträger nach Budapest, am Umzug zu Ehren des Heiligen Stephan, der von «faschistischen» Emigranten veranstaltet worden sei, hätten «nur (!) 300 Faschisten» teilgenommen, immerhin hätte es die Gesandtschaft verstanden, mit einer gleichzeitig stattfindenden Filmvorführung einen Teil der Ungarn in das Gebäude des Konsulats zu locken.⁷⁷⁵ Immer wieder kam es in der Schweiz zu grösseren Veranstaltungen von Emigranten: Am 24. Juli 1956 trafen sich 1500 ungarische Katholiken in Einsiedeln, am 2. September 1956 versammelten sich ca. 200 Ungarn in Hertenstein bei Luzern, wo auch prominente Führer der Emigration erschienen sein sollen, u.a. der ehemalige Ministerpräsident Ferenc Nagy.⁷⁷⁶ Für dieses Phänomen hatte der ungarische Geschäftsträger in Bern auch eine einschlägige Erklärung: «Während die demokratisch gesinnten Ungarn sich ständig vor den Schweizer Behörden und vor dem Landesverweis fürchten müssen, wenn sie sich zusammenfinden, um die neuen Ergebnisse und Entwicklungen unserer Volksrepublik zu besprechen, können die Organisationen der faschistischen Emigranten auf die volle Unterstützung der Behörden und der katholischen Kirche zählen.»⁷⁷⁷ Diese Erläuterung war an sich zutreffend (auch wenn die Bezeichnung faschistisch im Wortgebrauch der ungarischen Politsprache verstanden werden muss), erfüllte aber auch die Vorgaben aus Budapest, wie die ausländische Emigration zu bewerten sei.⁷⁷⁸

Die Mehrzahl der ungarischen Emigranten vermittelte in der Schweiz ein Ungarn-Bild, das demjenigen des Identitätskonzeptes der Horthy-Ära entsprach. Sie symbolisierten im Ausland die Gesinnung des ungarischen Volkes. Auf der anderen Seite gab es die kommunistischen Machthaber – die aus einer kleinen Kaste im Dienste der Sowjetunion bestand – deren Anstrengungen, sich in die historische Tradition Ungarns zu stellen, nicht in die Schweiz drangen. Die

Kommunisten galten auch in der Schweiz als unschweizerisch, analog dazu galt die ungarische Regierung nicht als Vertreterin des ungarischen Volkes. Die schon oben konstatierte Zweiteilung der Wahrnehmung Ungarns in der Schweiz war entscheidend für das Verhalten der Schweizer Bevölkerung anlässlich der Ereignisse des Herbstes 1956.

8. Zweite Zwischenbetrachtung: Anpassung oder Widerstand?

In den vorangehenden Kapiteln habe ich gezeigt, in welchen Formen sich das Verschärfen des Kalten Krieges in den Beziehungen zwischen der Schweiz und Ungarn bemerkbar machte und welche Rolle die konstruierten Kollektividentitäten für die Gestaltung dieser Beziehungen spielten. Dabei stellt sich die grundsätzliche Frage nach dem Verhältnis von freien Entscheidungen und dem äusseren Zwang bzw. des Gestaltungsrahmens der Beziehungen. Waren die Identitätsentwürfe, waren reine Sachzwänge oder war die Anlehnung an die grossen Antipoden im Kalten Krieg, die USA und die Sowjetunion, ausschlaggebend? In Ungarn und der Schweiz wurde diese Frage gleichermaßen bei der Aufarbeitung des eigenen Verhaltens im Zweiten Weltkrieg gestellt – in der Schweiz hiess die Frage «Anpassung oder Widerstand» in Ungarn «Spielräume und Eingrenzungen».⁷⁷⁹

Grenzen des Gestaltungsrahmens

Beide Staaten bzw. Gesellschaften waren vom Machtkampf der beiden Grossmächte in mehr oder weniger grossem Masse betroffen. So kann man auf der einen Seite in Ungarn die Sowjetisierung unter den Argusaugen der Roten Armee und der sowjetischen Berater, auf der anderen Seite den Druck der USA auf die Gestaltung der Osthandelspolitik z.B. der Schweiz aufführen. Allerdings bleibt zu bedenken, dass sowohl Ungarn als auch die Schweiz unterschiedlich auf den Druck reagierten, dass Alternativen durchaus möglich waren.⁷⁸⁰ Für die Handlungsweisen beider Staaten war ihr jeweiliger Identitätsentwurf mitentscheidend. Nachdem die Konstruktion einer nationalen Identität in beiden Staaten weitgehend gelungen war, versuchten sie, den Identitätsdiskurs zuweilen einzuschränken und die Bevölkerung in Anbetracht offenbar vorhandener Bedrohungen für das nationale Kollektiv auf eine Kriegsmentalität einzuschwören. Diesen Bedrohungsperzeptionen lagen starre Feindbilder zu Grunde. Dies geschah auch im Interesse einer Integration in die jeweiligen (Kriegs-)Lager. Ein Ausscheren war kaum möglich und wurde vor allem in Ungarn hart bestraft. Zwischenpositionen hatten es aber auch in der Schweiz sehr schwer, wie ich es am Beispiel der Kirchen gezeigt habe: Eine Kirche zwischen Ost und

West blieb eine Barthsche Utopie. Die Schweizer Kolonie in Ungarn war in ihrer Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt, die ungarische Emigration in der Schweiz gehörte unverdächtigen, dezidiert antikommunistischen Schichten an – Juden waren zu Heinrich Rothmunds Zufriedenheit auch kaum im Land. In der Schweiz waren es vor allem Kommunisten und alternativ Denkende, deren Ideen von der Mehrheit praktisch tabuisiert waren. Die inneren Feinde gehörten mit zur Identitätskonstruktion – ja, ohne sie waren die Konstruktionen nicht denkbar. Die Spannungen zeigten sich auch auf der Ebene der diplomatischen Beziehungen. Die ungenügende Kommunikation, diverse Flucht- und Spionageaktionen, gesteuerte Missverständnisse und nicht zuletzt die unterschiedlichen (wirtschaftlichen) Zielvorgaben erschwerten eine Zusammenarbeit der Länder beträchtlich. Mit Entschädigungszahlungen Ungarns an die Schweiz und dem Bezug von bestimmten Gütern aus der Schweiz waren vor allem auch ökonomische Sachzwänge vorhanden.

Letztlich waren es die jeweiligen Identitätswürfe, die das Aufrechterhalten des Handels und der diplomatischen Beziehungen erlaubten. Im Falle Ungarns verbot die verordnete Freundschaft mit allen Ländern der Erde einen Abbruch der Beziehungen zur Schweiz. Umgekehrt war es die Maxime der Universalität, die als flankierende Massnahme zur Neutralität der Schweiz Antrieb gab, trotz des geringen Wertes des Osthandels, diesen weiterzuführen und die zeitweise schlechten Beziehungen mit Ungarn aufrechtzuerhalten.

Wie fest die Schraube innerhalb der inneren Grenze angezogen war, korrelierte ohne Zweifel mit dem Grad der internationalen Spannungen. Wann immer eine leichte Entspannung zu spüren war, bemühten sich beide Länder, ihre Beziehungen – getreu ihren Vorstellungen – neu zu beleben. Es entbehrt nicht der Ironie und folgt auch einer gewissen Logik, dass der Aufstand von 1956 sich in einer Phase ereignete, in welcher Ungarn darum bemüht war, die aussenpolitische Isolierung, die das Land beinahe in den Ruin gestürzt hatte, zu durchbrechen. Die Schweiz verschloss sich diesen Regungen keineswegs, auch wenn sie sich die Belebung des Handels mal mit dem Opfer der Vermögenswerte der Emigranten, mal mit den nachrichtenlosen Vermögen ungarischer Staatsangehöriger in der Schweiz erkaufte.

Am Vorabend des Aufstandes hatte der kommunistische Identitätswurf Schiffbruch erlitten – die Legitimationskrise im Habermasschen Sinn konnte kaum noch gesteigert werden. Die ganze Symbolik des Aufstandes deutet auf die eigentliche Umwertung der kommunistisch konnotierten Symbole und Rituale hin, die ihre Kraft durch die stete Usurpation durch die Regierungsgewalt gänzlich verloren hatten. Vor allem die von der herrschenden Elite für sich in Anspruch genommene Revolution von 1848 wurde von den aufständischen Studenten umgewertet. Mit der Aussöhnung der Sowjetunion und Jugoslawiens

und der dadurch unerlässlich gewordenen Rehabilitierung des inneren Feindes László Rajk verflüchtigte sich das Feindbild des Titoismus, den inneren Feind, der dem stalinistischen Identitätsentwurf zu Grunde lag, gab es plötzlich nicht mehr. Und auch in der Schweiz gab es genügend Hinweise auf das Scheitern der aufrecht erhaltenen Kriegsmoralität. Der Wirtschaftsaufschwung, das politische Tauwetter und die engen Rahmenbedingungen für den Identitätsdiskurs zeigten ihre Wirkung. Am Vorabend des Aufstandes in Ungarn hatten die Identitätsentwürfe in beiden Ländern Chancen auf eine wohltuende Rückführung in den öffentlichen Diskurs.

IV. DER UNGARN-AUFSTAND UND DIE SCHWEIZ 1956

«David rührt sich nicht. Mitten in der Wirtsstube beginnt er zu reden. ‹Wir Schweizer›, sagt er, ‹müssen endlich erwachen! Auch wir haben eine unbewältigte Vergangenheit, haben Schmach und Schande auf uns geladen. Es ist Zeit, dass wir damit ins reine kommen. Was in T. geschehen ist, und es ist geschehen, war nur möglich, weil bei uns noch der gleiche Geist vorherrscht wie in den Dreissiger und Vierziger Jahren. Der Antikommunismus, wie er bei uns in der Schweiz betrieben wird, ist nur eine Flucht...›» (Walter Matthias Diggelmann 1965)⁷⁸¹

1. Einleitung

Das Jahr 1955 war gekennzeichnet vom Tauwetter und der friedlichen Koexistenz, welche auf internationaler Ebene hoffnungsvolle Zeichen setzten. Der Staatsvertrag mit Österreich, das Entlassen Deutschlands aus dem Besatzungsstatut, die Konferenz der Grossmächte in Genf, der Beginn der Zusammenarbeit zwischen den Grossmächten in der Atomtechnologie und die zaghafte Annäherung der beiden Hälften Europas schienen die kältesten Momente des Kalten Krieges abgelöst zu haben. Die ersten Nachrichten vom Aufstand in Ungarn im Oktober 1956, die im Westen vernommen wurden, konnten wohl als Früchte des neuen Klimas gelesen werden, bevor die Niederschlagung des Aufstandes die Realitäten des Kalten Krieges demonstrierte. Die militärische Intervention der Roten Armee schien jenen Kreisen in der Schweiz Recht zu geben, welche schon immer vor einem Ausgleich mit dem Kommunismus gewarnt hatten.

Während der Herbst 1956 für Ungarn schicksalhafte Ereignisse brachte, spielten sich in der Schweiz merkwürdige Szenen ab, die als Wiederaufnahme der Kriegs- und Nachkriegserlebnisse gesehen werden dürfen: Die Aufnahme von Flüchtlingen, die Kriegshysterie, die (Nachkriegs-)Hilfe und die «Säuberungen» (diesmal gegen die Kommunisten) stellten einen Bezug zum Zweiten Weltkrieg her. In der Schweiz erinnert man sich bis heute in erster Linie an die Aufnahme der gut 10'000 Ungarn, weniger an die innenpolitischen Turbulenzen. Die Verknüpfung der Ereignisse in Ungarn mit denjenigen in der Schweiz erfolgte – darauf werde ich ausführlich zurückkommen – mehr indirekt.

Es bedarf keiner Boshaftigkeit, wenn man behauptet, die in Ungarn einsetzende Restauration habe auch die Schweiz heimgesucht. In Ungarn war es der Rachezug der Kádár-Regierung, der nach 1956 bis zur ersten Amnestie 1963 eine lähmende Stimmung verbreitete, wenn auch dem Land eine erneute Schreckensherrschaft wie unter Mátyás Rákosi erspart blieb. In der Schweiz war es der Versuch, die Armee und die antikommunistische Auslegung der Geistigen Landesverteidigung nachhaltig zu stärken. Hinter den Kulissen herrschte business as usual, der Osthandel wurde fortgesetzt, die diplomatischen Kontakte im kleinen Rahmen auch.⁷⁸² Wie ich im Folgenden zeigen werde, ist das wirkliche Schicksal Ungarns für die Schweiz nicht von primärer Bedeutung, Ungarn ist vielmehr der Anlass für einen Diskurs über das richtige Verhalten in einer internationalen Krise und über die Lösung innenpolitischer Konflikte. Dies forderte aber auch die Schweizer Identitätskonstruktion heraus.

In Ungarn ist 1956 nach wie vor ein wichtiges und – wider Erwarten – ein kontroverses Thema. Nicht nur versucht die aktuelle ungarische Geschichtsschreibung in unüblich sachlicher Anstrengung, die hintersten Winkel dieser Ereignisse auszuleuchten, auch in der Öffentlichkeit spielt 1956 eine prägende Rolle.

Die aktuelle Auseinandersetzung in Ungarn über das Erbe des Aufstandes wird von den Strukturen des gegenwärtigen Parteiensystems überlagert und intensiv genutzt, während die neue Generation kaum mehr die Bedeutung dieser Zeit zu beurteilen im Stande ist und sie zunehmend als Kulisse begreift. Nachdem der Umgang mit 1956 in der Zeit vor 1989 noch darüber entschied, wer zum Regierungslager und wer zur Opposition gehörte, gelang es seither nicht, einen allgemein gültigen Konsens zu erreichen. Insbesondere die rechtskonservative Regierung unter Viktor Orbán (1998–2002) hat dieses Kollektivsymbol zu stark bemüht, wodurch es seine Fraglosigkeit verloren hat.

Der Streit, welchen Begriff man für die Ereignisse des Herbstes 1956 verwenden sollte, ist so alt wie die Ereignisse selbst. Sprach das inoffizielle Ungarn in der Tradition der marxistisch-leninistischen Terminologie von einer Revolution, bediente sich das offizielle Ungarn des Begriffes der Konterrevolution. Im Westen wurde der Begriff Aufstand bevorzugt. 1989 waren der Paradigmenwechsel und die Anerkennung des Begriffes Revolution, die mit der Neubestattung von Imre Nagy einherging, ein wichtiges Moment im Übergang vom volksdemokratischen zum demokratischen System.⁷⁸³ Der Publizist Paul Lendvai schliesslich verknüpfte die unterschiedlichen Bezeichnungen und beschrieb 1956 als «spontanen Aufstand, der sich sehr rasch in eine Revolution zum Sturz eines dem Volk von aussen aufgezwungenen Systems ausweitete und schliesslich in zwei Phasen in einen aussichtslosen nationalen Freiheitskampf mündete.»⁷⁸⁴

Das internationale Krisenjahr

Wie auch immer man den Aufstand bewertet, der internationale Kontext bleibt doch immer der gleiche. Es darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass der Ungarn-Aufstand nur eine von mehreren Krisen war, die sich zur selben Zeit ereigneten. Der allgemeine Konsens unter Historikern besteht darin, dass mit den Ereignissen des Herbstes 1956 die kurze Tauwetter-Phase zwischen den Grossmächten, die mit dem Gipfeltreffen der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs in Genf 1955 ihren Höhepunkt erreicht hatte, jäh zu Ende ging. Die Krisenherde Polen, Ungarn und Suez legten die Desorientierung aller Grossmächte offen. Neben der neuen Lage in Europa – Österreich und Deutschland waren unter verschiedenen Bedingungen in die Unabhängigkeit entlassen worden – ging es auch um den Umgang mit den sich loslösenden Kolonien und auch um die Abhängigkeit der Industriestaaten vom Erdöl.⁷⁸⁵ Die europäischen Staaten und auch die Sowjetunion waren auf der Suche nach einem neuen Selbstverständnis. Die Krise trat also zum Zeitpunkt und zugleich auch als Ausdruck einer allgemeinen Orientierungskrise ein.

Das westliche Bündnis, die militärischen und politischen Gremien der NATO wurden von den Oktoberereignissen hinter dem Eisernen Vorhang völlig über-

rascht. Die Militäraktion Frankreichs, Grossbritanniens und Israels gegen Ägypten spaltete die Westmächte und die NATO gerade in dem Augenblick, in dem die nicht abzusehenden Folgen des Aufstandes in Ungarn Einigkeit verlangt hätten. Die Militäraktion in Suez war zudem der erste Kulminationspunkt des Aufbegehrens gegen die von den USA abgesteckten Grenzen der Bündnisdisziplin.⁷⁸⁶ Schliesslich war die Sowjetunion fest entschlossen, der Blockkonsolidierung oberste Priorität einzuräumen, allerdings in der vagen Hoffnung, dass der Westen das Gebot der Nichtintervention auch im Falle der Niederschlagung des ungarischen Aufstandes einhielt.⁷⁸⁷

Was in Ungarn geschah

Die Orientierungslosigkeit der Grossmächte wurde mit der eskalierenden Situation in Ungarn offenbar. Es ist an dieser Stelle kaum möglich, den komplexen Vorgängen des Herbstes 1956 in Ungarn detailliert Rechnung zu tragen. Schon Wochen vor dem 23. Oktober 1956 herrschte in Ungarn eine explosive Stimmung. Die Ereignisse gewannen schnell eine Eigendynamik, welcher weder die ungarischen oder russischen Beteiligten noch die auswärtigen – darunter auch die schweizerischen – Beobachter folgen konnten. Eine Kurzschilderung des Ablaufs muss hier genügen:

Der spontane Aufstand in Ungarn war eine Folge einer grossen Demonstration, die von studentischen Organisationen als Solidaritätskundgebung mit den polnischen Aufständischen in Posen geplant war, sich aber am 23. Oktober sehr schnell zum spontanen Aufstand gegen das eigene Regime ausweitete, als eine riesige Menschenmenge das Stalindenkmal stürzte und nach einem Schusswechsel das Radiogebäude stürmte. Die Regierung wurde hastig umgebildet, an die Spitze wider Willen Imre Nagy gestellt. Die Kämpfe flauten bald ab, schnell wurden neue Parteien und Zeitungen gegründet, bevor am 4. November neu herbeigeholte Truppen der Roten Armee die ungarische Hauptstadt stürmten und eine neue Regierung unter János Kádár einsetzten. Die Kämpfe dauerten einige Tage, versprengte Gruppen leisteten in den Bergen noch mehrere Wochen Widerstand. Ein längerer Generalstreik wurde mehrheitlich befolgt. Der Rachezug des neuen Regimes dauerte bis 1963. Imre Nagy und seine Gefolgsleute wurden in eine Falle gelockt und nach einem Geheimprozess 1957 hingerichtet. Die sterblichen Überreste der Aufständischen wurden auf dem Gelände eines Budapester Friedhofes verscharrt.⁷⁸⁸

Eine Trennung der Vorgänge in zwei Perioden sei hier erlaubt, zumal sie auch in der schweizerischen Wahrnehmung eine Rolle spielt: nämlich die Trennung zwischen Aufstand und Flüchtlingsproblem.

2. Forderung nach einer neuen Wachsamkeit

Die internationalen Reaktionen offenbarten eine erstaunliche Ratlosigkeit aller Beobachter. Dies galt auch für die Schweiz. 1956 war das Präsidentschaftsjahr von Markus Feldmann, einem leidenschaftlichen Tagebuchschreiber und spätestens seit seiner Auseinandersetzung mit Karl Barth im Berner Kirchenstreit 1949–1951 ein bekennender Antikommunist. Nach anfänglicher Ratlosigkeit ergriff ihn eine gewisse Euphorie, und er malte sich aus, dass der Funke auch auf Polen oder gar die Sowjetunion überspringen könnte.⁷⁸⁹ Doch zunächst war die Stimmung in der Schweiz eher abwartend. Die Sendungen von *Radio Budapest*, die zunächst als einzige Informationsquelle galten, wurden auch in der Schweiz gehört, und auch andere Nachrichtenquellen berichteten, sich teilweise widersprechend, über Demonstrationen und über Schiessereien in Budapest.⁷⁹⁰ Es dauerte einige Tage, bis gewiss wurde, dass es sich in Ungarn nicht um ein Strohfeuer, sondern um einen regelrechten Aufstand handelte. Erste Solidaritätskundgebungen in Schweizer Städten wurden für den 29. Oktober angekündigt, und der Bundesrat war zunächst darum besorgt, dass keine Kundgebungen vor Gesandtschaften stattfanden.

Demonstrationen in der ganzen Schweiz

Die Kommentatoren in der Schweiz waren angesichts der unsicheren Informationslage zunächst zurückhaltend, fanden aber bald ihre üblichen Bewertungsmuster wieder. Die *Neuen Zürcher Nachrichten* NZN setzten am 26. Oktober den Aufstand in die vermeintlich heldenhafte Tradition des ungarischen Volkes im Kampf für das christliche Abendland: «Wie immer auch der Aufstand der ungarischen Jugend endet, er wird ein Kapitel der Heldengeschichte eines Volkes bilden, das wie das brüderliche polnische Volk soviel Blutopfer für Europa und das Christentum brachte. [...] Der Aufstand der Jugend Ungarns bewies wieder einmal, dass das beste Heilmittel gegen den Bolschewismus der Kommunismus mit seinen Lügen, Verbrechen, Rehabilitierungen, Ehrengräbern und dem Standrecht ist.»⁷⁹¹ Das *Vaterland* aus Luzern hörte in religiösem Pathos im «Aufstand der Geknechteten» den «Schrei nach Freiheit und nach Erlösung vom russischen Drucke».⁷⁹²

Nüchterner fielen die Bewertungen der liberalen Presse aus. Die *Basler Nachrichten* gaben zu bedenken, dass es sich ja nur um eine «Auseinandersetzung zwischen Stalinismus und Nationalkommunismus» handle und dass «diejenigen Arbeiter und Studenten, die Freiheit westlicher Art erwarteten [...] eine hoffnungslose Minderzahl» seien.⁷⁹³ Erst nach den ersten Solidaritätskundgebungen der Schweizer Bevölkerung Ende Oktober wurden z.B. in den *Basler Nachrichten* die Tugenden des ungarischen Volkes gepriesen und mit Titeln wie

«Winkelried Ungarn» eine Verbindung zur Schweizer Geschichtsmythologie hergestellt.⁷⁹⁴

Nur der kommunistische *Vorwärts* vertrat eine gegenteilige Meinung: «Die blutigen Ereignisse der Nacht vom Dienstag auf den Mittwoch und vom Mittwoch in Ungarn erfüllen jeden, dem der Sozialismus am Herzen liegt, mit Schmerz. [...] Neue Beschlüsse, besonders die Betrauung Imre Nagys mit wichtigen Ämtern lagen sozusagen bereits in der Luft. Diesen Moment benützten konterrevolutionäre Elemente, um mit Gewalt einzugreifen. Ihre Aktionen haben mit der Demokratisierung nichts mehr zu tun, sie zielen letzten Endes darauf hin, das Land wieder der Herrschaft der Monopolkapitalisten und Grossgrundbesitzer auszuliefern.»⁷⁹⁵ Für die Kommunisten in der Schweiz war der Aufstand also der Versuch der Restaurierung des alten Systems, was im damaligen Wortgebrauch mit «Faschismus» gleichgesetzt wurde. Theo Pinkus hatte bereits anlässlich seiner Ungarnreise vom Sommer 1956 festgestellt, dass antikommunistische Kräfte in der ungarischen Opposition wirkten: Die Rückkehr der alten Funktionäre, die ein Lippenbekenntnis zum neuen Regime abgegeben hatten, «Faschisten», die nach Westungarn zurückgekehrt sind, etc.⁷⁹⁶ In der Tat war die Beteiligung rechtsradikaler und antisemitischer Elemente eher marginal.⁷⁹⁷ Diese kommunistische Lesart fusste auf den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs, als Ungarn eindeutig ein antikommunistisches Land war, das gegen die Sowjetunion in den Krieg gezogen war.

Während die Schweizer Presse nach kurzer Orientierungslosigkeit auf eine gemeinsame Linie einschwenkte, war sich die offizielle Schweiz nicht sicher, wie sie auf die Krise reagieren sollte. Die Orientierungszeichen aus den führenden Ländern des westlichen Bündnisses USA, Grossbritannien und Frankreich blieben aus. Die Schweiz orientierte sich am eigenen Identitätsentwurf, wie Bundesrat Markus Feldmanns Tagebuchaufzeichnung bezeugt. Die offizielle Zurückhaltung (Neutralität) sollte erneut durch die flankierende Massnahme der Solidarität abgefedert werden: «Im Bundesrat wurde heute in einer allgemeinen Aussprache über die Lage die Frage diskutiert, welche Haltung die Schweiz gegenüber den Ereignissen in Ungarn einzunehmen habe. Es bestand Übereinstimmung in allen wesentlichen Punkten; so wurde die in der Öffentlichkeit erörterte Idee, durch eine Demarche bei der Sowjetunion zu intervenieren, als nicht zweckmässig abgelehnt; die in der Schweiz anlaufenden Hilfsaktionen werden öffentlich vom Bundesrat begrüsst; intern soll für eine Koordination der verschiedenen Hilfsaktionen gesorgt werden. Der auf nächsten Donnerstag zur Beglaubigung angemeldete, neue ungarische Gesandte wird dahin informiert, dass der Bundesrat zur Zeit nicht in der Lage sei, ihn zu empfangen, da über seine Legitimation, Ungarn zu vertreten, keine genügende Klarheit bestehe. Das Politische Departement wird dem Minister mitteilen, dass seine Beglaubigung verschoben werden muss.»⁷⁹⁸

«Eine ganz neue Wachsamkeit tut Not!»

Der Bundesrat zog es also vor, sich vorderhand bedeckt zu halten und wieder einmal die Hilfsorganisationen vorauszuschicken. Auch schien es dem Bundesrat analog zu seinem Verhalten während des Mindszenty-Prozesses 1949 zu genügen, das Volk durch die Verabschiedung von Resolutionen sprechen zu lassen. Überall in der Schweiz fanden Solidaritätskundgebungen statt, zum Beispiel am 1. November auf dem Lindenhof in Zürich. Solche Kundgebungen verliefen jeweils nach ähnlichem Muster und verbanden in der Regel die Vorgänge in Ungarn mit Forderungen für die Schweiz. Redner aus verschiedenen Parteien demonstrierten den nationalen Zusammenhalt in der schwierigen Lage und riefen zur Solidarität mit Ungarn auf. In Zürich sprach LdU-Nationalrat William Vontobel: «Neben der finanziellen und materiellen Unterstützung ist es ebenso selbstverständlich, dass wir auf geistiger und moralischer Ebene den Kampf für die Freiheit führen, wie wir es als Schweizer gewöhnt sind.» Der sozialdemokratische Nationalrat Otto Schütz meinte, man müsse mit den «gutgesinnten Verbündeten in der UNO mit einem geeinigten, westlichen Europa die Flamme der Freiheit» hochhalten. Der Rektor der ETH, Karl Schmid, seines Zeichens auch Mitglied des Patronatskomitees des Schweizerischen Aufklärungsdienstes SAD und eifriger geistiger Landesverteidiger, forderte kämpferisch: «Wir wollen uns hier geloben, keinem mehr die Hand zu geben, der die Vorgänge in Ungarn deckt; wir wollen aber auch den Fünfliber von ihm nicht entgegennehmen!» Und mit Rekurs auf Wilhelm Tell verkündete er: «Ungarn hat uns gelehrt: Eher den Tod, als in Knechtschaft leben!» Die ungarische Nationalhymne ertönte, Transparente, die den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Russland forderten, wurden hochgehalten, und schliesslich wurde feierlich eine Resolution verabschiedet. Darin wurde festgehalten, dass «der Kampf des ungarischen Volkes ein Kampf für die Freiheit aller Völker, somit auch für unsere Freiheit» sei, dass man die Hilfsaktion «mit neuem Einsatz fortzuführen» habe, und schliesslich wurden weitreichende Forderungen zur entschlossenen Politik der Schweiz im Sinne der Geistigen Landesverteidigung gestellt: «Wir rufen das Schweizervolk aber auch auf, in fester Entschlossenheit die nötigen Folgerungen aus diesem neuen Verbrechen, das zum Himmel schreit, zu ziehen: die Kontakte, Sportveranstaltungen, Reisen und Geschäfte im Zeichen der friedlichen Koexistenz – die nun endgültig als Illusion und Lüge enthüllt worden ist – müssen sofort aufhören. Dagegen müssen die Anstrengungen zur geistigen, wirtschaftlichen und militärischen Landesverteidigung verdoppelt werden. Eine ganz neue Wachsamkeit tut Not!»⁷⁹⁹ Die 10'000 Demonstranten verharrten darauf in einer Schweigeminute, sangen die schweizerische Nationalhymne und begaben sich auf einen Schweigemarsch durch die Bahnhofstrasse und das Limmatquai.

Diplomatische Note des Bundesrates

Die zaghafte Reaktion des Bundesrates auf die Vorgänge in Ungarn wurde in der soeben skizzierten Stimmung mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Gewiss wurde manchen orts ein entschiedeneres Auftreten erwartet. Einige Kommentatoren, wie derjenige der *Tat*, betonten einen Unterschied zwischen völkerrechtlicher und Gesinnungsneutralität: «In die Kundgebungen des Volkes wird der Bundesrat sich nicht einmischen, sofern sie sich in dem weitgezogenen gesetzlichen Rahmen bewegen, und zwar wird er sie weder bremsen noch fördern. Die öffentliche Anregung der Konservativen Volkspartei des Kantons Schwyz, die – man beachte die zurückhaltende Formulierung – es «begrüssen» würde, wenn der hohe Bundesrat den Verbänden «empfehlen» könnte, die kulturellen, wirtschaftlichen und sportlichen Beziehungen mit sowjetrussischen Organisationen abzurechnen, mag zwar den weithin herrschenden Gefühlen entgegenkommen»; aber der Bundesrat werde und könne solchen Forderungen nicht entsprechen.⁸⁰⁰ Allerdings forderte man auch, dass sich die Schweiz auf humanitärem Gebiet hervortun sollte: Die rasch angelaufenen Hilfsaktionen des Schweizerischen Roten Kreuzes und des IKRK wurden allseits begrüsst.

Historische Bewertungsmuster

Nach einigen Tagen begannen die Schweizer Zeitungen, den Aufstand in Kontinuität zu historischen Ereignissen zu setzen. Die sozialdemokratische *Volksstimme* fürchtete sich vor dem «Gespenst des Zaren», der den Freiheitskampf von 1848 niedergeschlagen hatte,⁸⁰¹ das *Vaterland* stellte die Beziehung zu den Türkenkriegen her und setzte seine Abendlandsphantasien aus der unmittelbaren Nachkriegszeit fort: «Auch ein blutendes Ungarn ist heute erneut ein Schild des christlichen Abendlandes wie schon oft im Laufe der Geschichte. [...] Die durch das Christentum geformte abendländische Kultur ist der letzte Besitz Europas. Hier existiert über alle politischen Formen und Gegensätze hinweg eine abendländische Verteidigungsgemeinschaft, für die Ungarn heute sein Blut opfert. [...] Das christliche Abendland ist in diesem Volke noch lebendig, und Europa kann nur mit einem tiefen Gefühl des Dankes dem heutigen heroischen Kampf der Völker Ungarns zusehen und muss ihm alle Unterstützung gewähren, die die Situation erlaubt. Was wir auch tun, es ist dennoch zuwenig, denn die Ungarn sterben auch für uns, ihre Leiber und ihre Seelen sind ein Wall nicht nur zum Schutze Ungarns, sondern auch zum Schutze des Abendlandes, in dem wir dem ungarischen Volke brüderlich verbunden sind.»⁸⁰² Die Verbundenheit der Schweiz mit Ungarn wird auch aus dem Artikel «Winkelried Ungarn» der *Basler Nachrichten* ersichtlich: «Dass das ungarische Volk in seiner Grenzlage immer wieder für Europa entschieden hat, und zwar unter grossen Opfern, war für Europa von lebenswichtiger Bedeutung.»⁸⁰³ Die *Tat* aus Zürich ortete

die Widerstandskraft der Ungarn weniger in ihrer geographischen Lage als in ihrer rassischen Zusammensetzung: «Wie überschichtet auch während aller Jahrhunderte die ungarischen Stämme sein mögen, so wurzelt dennoch ein Rest nachwirkender Eigenart in der Tatsache, dass die Magyaren [...] kein arisches Volk sind, sondern dass sie der ural-altaischen Völkerfamilie angehören [!]. Das Bewusstsein anderer Art vermochte über alle Zeitläufte hin den Nationalstolz dieses Volkes zu erhalten. [...] Wir wollen zur Kenntnis nehmen, dass der nationale Geist des ungarischen Volkes über die Jahrhunderte hinweg auf eine stolze Tradition zurückblicken darf, und wir wollen bekennen, dass die Gegenwart würdig dem Zuruf der Vergangenheit Folge leistete.»⁸⁰⁴

Bald gesellte sich auch die Dankbarkeitsformel aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs zu den Kommentaren. Damals hat die Nachkriegshilfe im Zeichen der Dankbarkeit gestanden, dass man vom Krieg verschont worden war, nun schämte man sich öffentlich, dass man nicht mehr tun könne, als Solidarität zu bezeugen. So schrieb etwa die *Weltwoche*: «Und wenn wir dem ungarischen Volke, dessen Tat mit Gold nicht aufzuwiegen ist, danken, dann tun wir gut daran, uns gründlich zu schämen: wir, die freie Welt, haben zu diesem Sieg der Freiheit nichts beigetragen [...]»⁸⁰⁵

Von der Euphorie zur Kriegsangst

Der Euphorie wurde mit der Nachricht, sowjetische Truppen hätten im Morgenrauen des 4. November die Hauptstadt gestürmt, jäh ein Ende gesetzt. Der Einsatz sowjetischer Panzereinheiten und der sich gleichzeitig verschärfende Suezkonflikt führten zur Einsicht, dass der Weltfrieden in Gefahr war. Nicht nur die Zeitungen, auch der Bundesrat war durch die Wende in Ungarn schockiert. Nun musste eine angemessene Reaktion her. Doch diese zu finden, fiel dem Bundesrat schwer: Die Neutralitätsmaxime und der gelebte Antikommunismus behinderten die Beweglichkeit des Bundesrates so stark, dass jeder Vorstoss, jede Reaktion auf der einen oder anderen Seite auf heftigen Widerstand stossen musste. Bundesrat Max Petitpierre hielt die Wahrung der Neutralitätsmaxime für das wichtigste Handlungsmuster, während Bundespräsident Markus Feldmann ein Bekenntnis zum Antikommunismus einforderte.

Nicht nur in der Schweiz befürchtete man, dass die tragische Wende in Ungarn der Beginn eines neuen Krieges sein könnte. Auch in anderen westeuropäischen Ländern wurde diese Befürchtung geteilt.⁸⁰⁶ Das Dilemma der Schweizer Führung erreichte seinen Höhepunkt: Die Petitpierre-Doktrin als Kodifizierung der kollektiven Identität der Schweiz drohte der Regierung zu entgleiten. Über die entscheidende Bundesratssitzung notierte Markus Feldmann, mit klarer Distanzierung von Max Petitpierres vorsichtiger Politik, in sein Tagebuch: «Heute steht für den Bundesrat im Vordergrund die Aufgabe, den Anschluss an das Empfin-

den des eigenen Volkes zu wahren. Jede Schwächlichkeit erzeugt den Eindruck von Angst, nutzt bei der Gegenseite nichts und schadet beim eigenen Volk. Die Grundwelle der Wut und Erbitterung, die gegenwärtig das Schweizervolk beherrscht, ist eine Tatsache, und zwar eine positive Tatsache, an der der Bundesrat nicht vorbeigehen kann. Das Volk erwartet am 4. November abends vom Bundesrat eine klare, unmissverständliche Sprache. Wenn sie nicht gefunden wird, so laufen wir Gefahr, dass die Volksmeinung über uns hinweggeht oder neben uns vorbeigeht, dass Bewegungen entstehen für die ausserordentliche Einberufung des Parlaments, Motionen eingereicht werden für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Russland, alles Eventualitäten, denen wir vorbeugen können mit einer Sprache, welche die Bewegung im Volke, und zwar eine durchaus berechnete und an sich erfreuliche Bewegung, aufzufangen vermag.»⁸⁰⁷

Die Mitteilung an die Öffentlichkeit war dann eine Mischung aus klarer Sprache und vorsichtiger Diplomatie: «Der Bundesrat weiss sich einig mit dem Empfinden des Schweizervolkes, wenn er seinem Schmerz Ausdruck gibt darüber, dass die Unabhängigkeit, Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht des mit der Schweiz befreundeten ungarischen Volkes unterdrückt werden.»⁸⁰⁸ Doch hütete sich der Bundesrat, allein die Sowjetunion zu verurteilen, sondern nahm auch die in Suez kämpfenden Westmächte in die Pflicht, ihr Verhalten und ihre Entschlüsse mit den Grundsätzen, die sie verkünden, in Einklang zu bringen «durch Verzicht auf die Fortführung der im Gange befindlichen Aktionen und durch sofortige Einstellung der Feindseligkeiten, um die sie trennenden Konflikte durch Verhandlungen beizulegen.»⁸⁰⁹

Ein Aufruf an die Grossmächte

Obwohl Expertenkreise kaum Anzeichen für eine militärische Bedrohung der Schweiz ausmachten, verbreitete sich in der Bevölkerung die Kriegsangst. Bundesrat Petitpierre suchte mit einem Appell an die Weltmächte USA, die Sowjetunion, Frankreich, Grossbritannien und, als Vertreter der Mächte der Konferenz von Bandung, auch an Indien, die politische Rolle der Schweiz zu finden. Es lag jedoch offenbar nicht im Interesse der Grossmächte, sich in der Schweiz zu treffen. Die USA bezeichneten die Intervention als Zeichen des guten Willens, nahmen sie aber sichtlich nicht ernst. Auch die UNO schloss sich dieser Sichtweise an. Frankreich versicherte, das Angebot wohlwollend prüfen zu wollen. Nur die Sowjetunion erklärte sich bereit, an der Aussprache teilzunehmen.⁸¹⁰ Schliesslich verlief die Initiative im Sand, wie die NZZ mit leichter Ironie feststellte: «Es muss in diesem Zusammenhang gesagt werden, dass einem an den zuständigen Stellen mit mildem Lächeln erklärt wird, man habe noch keine Zeit gefunden, sich mit dem schweizerischen Vorschlag einer Vierer- oder Fünferkonferenz auf höchster Ebene zu befassen.» Immerhin werde dem Vorschlag mit «korrekter

Höflichkeit» begegnet. «Fürs erste aber treffen sich in einigen Tagen in den Vereinigten Nationen beinahe alle Aussenminister der Welt [mit Ausnahme z.B. der Schweiz] zur Generalsversammlung.»⁸¹¹ Damit war die erhoffte Aussenwahrnehmung der Schweiz, ein durch ihre Neutralität für den Weltfrieden besonders nützliches Land zu sein, ein Wunsch geblieben.

Militärische Vorbereitungen

Doch die Erwartung eines Krieges, die offenbar auch den Bundesrat erfasst hatte, weitete sich aus. Sie war das Produkt der seit Jahren andauernde Forderung nach der Festigung der Kriegsmoralität in der Schweiz. Nun war die Forderung nach einer besseren Bewaffnung so laut geworden, dass die Chevallier-Initiative, die die Abrüstung der Schweizer Armee verlangt hatte, von den Initianten zurückgezogen wurde. Am 23. November 1956 gelangte der Vorsteher des *Eidgenössischen Militärdepartements* EMD, Paul Chaudet, an den Gesamtbundesrat und verlangte, gestützt auf die unsichere weltpolitische Lage, dass die Armee sich auf die Bedrohung der Schweiz vorbereiten müsse. Insbesondere dachte er an die Verminderung der Ostgrenze zwischen Sargans und Schaffhausen sowie die Vorbereitung der Zerstörung von Flugplätzen in der Region. Dies begründete Chaudet folgendermassen: «Militairement parlant, en effet, il existe un vide entre notre frontière E., respectivement NE et les armées du bloc des Puissances de l'est. Personne ne peut nous garantir que la situation ne se modifie pas dans un sens plus défavorable que prévu.»⁸¹² Für diese Aktionen benötigte er 3500 Mann, deren Einsatz – um das Parlament zu umgehen – in Etappen zu bewilligen wäre.

Im Bundesrat wurde im Hinblick auf die Bedrohungslage ein umfangreiches Rüstungsprogramm beschlossen: Zum einen wurde ein dringlicher Bundesbeschluss verabschiedet, der den Bundesrat ermächtigte, zur Verstärkung der Landesverteidigung und zur Durchführung von Hilfsaktionen Truppen für zusätzliche und ausserordentliche Dienstleistungen anzubieten. Zum anderen sollte in der nächsten Session eine Vorlage für die sofortige Beschaffung von Kriegsmaterial von der Bundesversammlung beraten werden, vor allem sollte die Panzerabwehr mit einem Aufwand von 594 Millionen Franken aufgewertet werden. Auch sollten in der Märzsession 1957 136 Millionen Franken für den Ausbau militärischer Anlagen beantragt werden. Als erste Sofortmassnahme wurde die Nachprüfung aller Alarmsirenen angeordnet.⁸¹³ Schliesslich brachte das Departement Chaudet ein rüstungstechnisches Sofortprogramm von über 197 Millionen und wenig später das Rüstungsprogramm 57 mit einem Umfang von über 606 Millionen Franken durch das Parlament. Zusammen mit der bereits im Frühjahr 1956 erneuerten Sektion *Heer und Haus* und der staatlich vorangetriebenen Geistigen Landesverteidigung erhöhte sich der Einfluss der

Hardliner in der Schweizer Politik beträchtlich.⁸¹⁴ Bezugnehmend auf die Bewertung der Rolle der Armee im Zweiten Weltkrieg ging man in Militärkreisen – und offensichtlich auch in breiten Kreisen der Bevölkerung – davon aus, dass nur eine starke Armee das Land beschützen könne. Dass die Sowjetunion kaum ganz Mitteleuropa besetzen konnte oder wollte, wurde gar nicht in Betracht gezogen.⁸¹⁵

Unsicherheitsfaktor Österreich

Die Schweizer Behörden waren insbesondere durch die neue politische Lage in Österreich beunruhigt. Österreich hatte erst im Mai 1955 seine formale Unabhängigkeit erlangt, und die alliierten Armeen hatten das Land verlassen. Österreich war noch nicht in der Lage, das machtpolitische Vakuum aus eigener Kraft auszufüllen, weil sich das Bundesheer erst im Aufbau befand. 1955 hatte die NZZ befürchtet, dass die «Neutralisierung» des Nachbarlandes auch für die Schweiz eine Verschlechterung der militärischen Lage bedeutete und «die schweizerische Festung Sargans [...] gewissermassen eine Festung an der russischen Grenze geworden [sei], weil ein sowjetischer Vorstoss «nahezu ungehindert» bis zur Schweiz möglich sei.»⁸¹⁶ Aus diesem Grund beobachteten die Schweizer Behörden jede Regung in Österreich genau. So ist es auch kaum erstaunlich, dass Bundespräsident Feldmann der von kommunistischen Sendern verbreiteten Meldung, der Aufstand bzw. die «Gegenrevolution» sei von österreichischem Gebiet aus begünstigt worden, grosse Bedeutung zumass: «Diese Anzeichen sind namentlich für unsere eigene, schweizerische militärische Lage von einiger Bedeutung.»⁸¹⁷ Mitte November bezeichnete er die 40'000 sich in Österreich aufhaltenden Flüchtlinge als ein erhebliches Risiko in mancherlei Hinsicht für das militärisch immer noch wehrlose Land.⁸¹⁸ Er brachte die Aufnahme von Flüchtlingen in den Kontext strategischer Überlegungen ein: «Mit der Entlastung Österreichs dienen wir auch unseren eigenen Interessen; es muss unbedingt vermieden werden, dass die Sowjetrussen aus «Ordnungsgründen» einen Vorwand zum Eingreifen in Österreich erhalten.»⁸¹⁹ So ist es auch kaum verwunderlich, dass die Schweiz analog zu Österreich sehr rasch den eintreffenden ungarischen Flüchtlingen pauschal das politische Asyl gewährte. Im Sinne der österreichischen Neutralitätspolitik waren alle in Österreich eintreffenden Ungarn – unabhängig von der politischen Rolle, die diese Personen in Ungarn gespielt hatten – in Genuss dieses Rechts gekommen, so z.B. auch ehemalige Offiziere der berüchtigten ungarischen Staatssicherheitsbehörde.⁸²⁰

Die Gründe für Österreichs Haltung gegenüber den ungarischen Flüchtlingen lagen gemäss dem ungarisch-österreichischen Historiker Béla Rásky darin begründet, dass sich Österreich seit der Unterzeichnung des Staatsvertrages 1955 als kleines, neutrales Land zwischen den beiden Machtblöcken betrachtete, das

für alle politisch verfolgten Menschen offen steht und ihnen bereitwillig Asyl gewährt.⁸²¹ Dies widersprach der Logik der schweizerischen Asylpraxis, die der Schweiz eher die Funktion eines Transitlandes zudachte denn einen endgültigen Aufenthaltsort. Mit der Furcht vor den sowjetischen Truppen wurde dieser jahrzehntelang aufrechterhaltene und viele Opfer fordernde Grundsatz kurzerhand aufgehoben. Erst später entwickelte sich die Darstellung, wonach die Aufnahme von Flüchtlingen ein Bezeugen der Scham gewesen sei, dass man nichts anderes für Ungarn hatte tun können: Als im Mai 1957 ein ausserordentlicher Kredit zugunsten der ungarischen Flüchtlinge im Ausland und anderer internationaler Hilfswerke in Vorbereitung war, stimmte die ständerätliche Kommission für auswärtige Angelegenheiten eindeutig für den Kredit, und einer der einsitzenden Ständeräte meinte sogar: «Die Regelung der ungarischen Flüchtlingsfrage ist ein Prüfstein für den Westen. Wir dürfen nicht markten.» Worauf ein anderer ergänzte: «Auf jeden Fall dürfen wir für uns in Anspruch nehmen, dass wir keine klägliche Rolle spielen.»⁸²²

Kriegsvorbereitungen der Schweizer Bevölkerung

Doch noch bevor der erste ungarische Flüchtling seinen Fuss auf Schweizer Boden setzte, machte das Gerücht über einen bevorstehenden Krieg die Runde. Nachdem über Hamsterkäufe in Zürich, Bern und Neuenburg berichtet worden war, sah der Bundesrat sich veranlasst, die Bevölkerung am 6. November aufzurufen, beim Einkauf von Nahrungsmitteln Mass zu halten und Vernunft zu zeigen. Aber auch die Vorbereitung der Wehrhaftigkeit der Schweizer Bevölkerung wurde von mehreren Gruppen eingefordert. Die Berner Gruppe *Aktion Niemals Vergessen* verteilte im Dezember 1956 in Bern 15'000 Molotow-Cocktails mit Gebrauchsanleitung, um «auch durch konkretes Handeln den Wehrwillen des Schweizervolkes und sein Bekenntnis zu Freiheit und Wahrheit zu stärken.»⁸²³ Der Schweizerische Unteroffiziersverband führte in der Folge eigene «Molotowübungen» durch, und auch einzelne kantonale Polizeikorps und Wiederholungskurse der Armee sollen ihre Leute im Gebrauch dieser neuen Volkswaffe unterrichtet haben.⁸²⁴

Die Empörung und die Kriegsangst in der Schweizer Bevölkerung erreichten nach der Niederschlagung des Aufstandes durch Einheiten der Roten Armee einen neuerlichen Höhepunkt. Demonstrationen, Gewalttätigkeiten gegen echte und vermeintliche Kommunisten und ihre Organisationen nahmen zu. Am 4. November wurde in allen Kirchen der Schweiz für die Freiheit Ungarns gebetet. Das Ausmass der Betroffenheit ist sicherlich auch darin abzulesen, dass sich nicht nur Tageszeitungen mit Ungarn befassten, sondern auch Presseerzeugnisse wie der *Schweizerische Beobachter* oder die Sportzeitung *Tip*. Ungarn wurde zu einem Kristallisationspunkt aller innenpolitischer Zwänge

und Probleme, es ging um das richtige Verhalten in einer Krisensituation, und es bot sich die Chance, das im und nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaute Selbstbild der Schweiz in die Tat umzusetzen, dem offiziellen Identitätswurf nachzuleben. Das Selbstbild entsprach – und das ist nicht erst seit den 1990er Jahren bekannt – kaum der realen Handlungsweise während des Krieges.

Noch bevor die Flüchtlingsfrage virulent wurde, wurden symbolische Handlungen durchgeführt. Dazu einige beliebige Beispiele aus Basel: Am 7. November 1956 versammelten sich alle Lehrkräfte und Schüler des Humanistischen Gymnasiums im Schulhof, um «des ungarischen Freiheitskampfes zu gedenken und ihren Abscheu gegenüber der Knechtung Ungarns durch Sowjetrußland zum Ausdruck zu bringen.» Danach schlossen sich die Schüler der Oberstufe den anderen Maturitätsschülern an und veranstalteten zusammen im Münster eine gemeinsame Gedenkstunde.⁸²⁵ Am 20. November 1956 wurden wie in der ganzen Schweiz zum «Zeichen der Trauer und des Protestes gegen die Deportationen ungarischer Patrioten durch die russischen Militärbehörden» im ganzen Land zwischen 11 Uhr 30 und 11 Uhr 33 «drei Minuten des Schweigens» befolgt. Eingeleitet wurde dieser Akt durch das Geläute aller Kirchenglocken.⁸²⁶ Am Dies Academicus der Universität Basel am 30. November spielte das Basler Kammerorchester die ungarische Nationalhymne von Ferenc Erkel.⁸²⁷ Und am 13. Dezember 1956 reichte Peter Dürrenmatt im Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt einen Antrag ein, in welchem er die Benennung einer repräsentativen Strasse oder eines Platzes in Budapester Strasse oder Budapester Platz forderte. Der Antrag wurde allerdings nicht an den Regierungsrat überwiesen.

Ähnliches ist auch aus anderen Städten zu berichten. Das *Volksrecht* meldete aus Zürich Würdiges und Unwürdiges: «Schon lange, lange nicht mehr spürte man solche Ereignisse, die einen zu Boden drücken, so nahe, so leibhaftig, es zerriss viele Herzen. Es geschah aber auch Unwürdiges, Schamloses. [...] In der Stadt Zürich wurde grundlos gehamstert. Vor allem in den grossen Läden der City und in gewissen Quartieren. Sinnlos, so etwas.» Als besonderes Beispiel für kuriose Solidaritätsbekundungen wurde ein Inserat eines Restaurants genannt: «Das Restaurant «Hungaria» offeriert sogar einen «Grossen Wohltätigkeitsabend zugunsten der ungarischen Freiheitskämpfer» [...]. Da steht u.a. folgendes: «Folgende Festgerichte sowie weitere 20 ungarische Feinschmeckereien warten auf Sie. [...] Zehn ungarische Spitzenweine warten auf Ihren Toast auf die Freiheit!» «Alfredo, Showman und König der Improvisationen wird Ihr Zwerchfell beanspruchen. Das Metropol-Ballett wird Sie in helles Entzücken versetzen. Pausenlos Melodien, Rhythmus, Stimmung. Tanz unter Spiegeldecke. Ihr Eintritt von Fr. 4.40 wird vollumfänglich dem Schweizerischen Roten Kreuz für Ungarn-Hilfe überwiesen!»⁸²⁸

Abrechnung mit der Partei der Arbeit (PdA)

Neben diesem harmlosen Klamauk galt es für einige Gruppen in der Schweiz ernst. Als Zeichen der Rückkehr zur Kriegsmentalität des Zweiten Weltkriegs und der frühen 1950er Jahre ging es neben den militärischen Kriegsvorbereitungen auch um eine Abrechnung mit den noch verbliebenen politischen Feinden, den Kommunisten. Offensichtlich war die beschränkte Öffnung unter der Parole der Koexistenz und der daraus resultierende Geist von Genf einflussreichen Kreisen in der Schweiz nicht geheuer. Diese beklagten eine zu laxer Haltung gegenüber dem eigentlichen «Feind» und eine Abkehr von den Werten der Geistigen Landesverteidigung. Nun war der lange herbeigesehnte Krisenmoment eingetroffen und die Kalten Krieger ergriffen die Initiative. Auch die NZZ kämpfte an vorderster Front für diese Ziele. Am 5. November 1956 verkündete sie als Reaktion auf die Niederschlagung des Aufstandes in Ungarn unter dem Titel «Die Tragödie Ungarns und wir» das politische Credo der Restauration. Jede Forderung nach Abrüstung oder nach der Umverteilung des Sozialprodukts wurde in Berufung auf die herrschende Bedrohungslage, die mit derjenigen vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs kongruent erschien, brüsk zurückgewiesen: «Ein kleines, tapferes Volk, seit Jahrhunderten der europäischen Familie zugehörig, versuchte in einer plötzlichen Erhebung, die wie der Aufschrei von Millionen durch das düstere Gefängnis des sowjetischen Kolonialreiches gellte, die Fremdherrschaft und das ihm von der Fremdherrschaft auferlegte kommunistische Joch abzuschütteln. [...] Das Vorgehen Moskaus zerreisst mit einem Schlage das Lügengewebe der friedlichen Koexistenz, das die Potentaten der Sowjetunion über eine saumselige und nachgiebige Weltöffentlichkeit zu werfen sich anschickten. [...] Das Schweizervolk hat gegenüber den Einflüsterungen der billigen «Koexistenz»-Propaganda eine beträchtliche und beachtliche Widerstandskraft an den Tag gelegt. Seine unvergessenen Erfahrungen mit dem ruchlosen Regime Hitlers, dessen Methoden heute Moskau bis in die Einzelheiten der Überrumpelung einer Verhandlungsdelegation kopiert, sind ihm dabei zustatten gekommen; trotz allen Sirenentönen legte es sein instinktives Misstrauen gegenüber dem totalitären Leviathan nicht ab und wartete auf die Taten, die den Worten folgen würden. [...] Der Kommunismus hat seine lächelnde Maske fallen gelassen und zeigt der Welt die Fratze der nackten Gewalt. [...] Die Kreise, die sich in der Schwächung oder lässigen Behandlung unserer Landesverteidigung gefielen, sind verstummt; die Chevalier-Initiativen erscheinen im Licht der ungarischen Ereignisse wie ein schlechter Scherz, und der legitime Streit um die Verteilung des Sozialprodukts in dieser Hochkonjunktur sollte künftig nicht mehr durch die Illusion belastet werden, dass man russische Panzer zum Stehen bringen könnte, indem man den AHV-Ausweis schwenkt. [...] In diesen Stunden, die mit niederdrückender Wucht die Erinnerung an Europas Schicksal vor zwanzig Jahren heraufbeschwören, bekennt

sich das Schweizervolk geschlossen zu seinem freiheitlichen Erbe und bekräftigt den unerschütterlichen Willen, für die Verteidigung der Unabhängigkeit vor keinem Opfer zurückzusehen.»⁸²⁹

Andere Zeitungen äusserten sich in ähnlicher Deutlichkeit. Das *Vaterland* verstieg sich sogar zur Bemerkung: «Verständigung bedeutet auch heute nichts anderes als Verrat an den Prinzipien, um derentwillen die Westmächte in den Krieg getreten waren.»⁸³⁰

Der Rückfall in die Zeit unmittelbar vor den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs war damit konstatiert. Nun sollte mit den vermeintlichen Feinden der Schweiz abgerechnet werden. Den inneren Feind ortete man in der PdA und verwandten Organisationen und blies im Namen des «Schweizervolkes» zum Halali gegen alle Angehörigen der Partei – allen voran wieder die NZZ: «Eine Abklärung der Haltung der kommunistischen Organisationen in unserem Land, insbesondere der PdA, kann nicht mehr länger aufgeschoben werden. Uns interessieren die internen Zerwürfnisse und vereinzelt, in dreizehnter Stunde unternommene Absprünge von der PdA nur beiläufig, auch wenn die daran Beteiligten daraus ein grosses Wesen machen. Das Schweizervolk wünscht zu wissen, ob sich die «PdA» nunmehr als Partei der Arbeiterschlächter bekennen will, indem sie die Anbetung der Sowjetmacht sklavisch weiterführt. Ein betretenes Schweigen oder gewundene Erklärungen, kurzum alles, was nicht eine klare, tatsächliche und dauernde Absage an das Sowjetregime bedeutet, müssen wir nach allen Erfahrungen seit 1948 und besonders seit den neuesten Ereignissen in Ungarn als Eingeständnis betrachten, dass die PdA bereit ist, allenfalls im Schutz russischer Panzer und Artillerie für die Schweiz einen Kadar oder Fierlinger als «Bundespräsidenten» zu stellen und den Sowjets zu helfen, unsere Kinder, Frauen und Männer niederzuzumetzeln. Das Schweizervolk wird einen solchen Gauleiter für die Schweiz ebenso wenig dulden, als es einen Quisling akzeptiert hätte. [...] Was ein Rudolf Minger, ein Henri Guisan und ein Oskar Frey fertiggebracht haben, muss wieder neu gelingen: durch Aufklärung, durch Ausrichtung auf die Erfordernisse unserer Zeit und durch gegenseitige Rücksichtnahme zwischen «Heer und Haus» die gemeinsame Vertrauensbasis von Volk und Armee zu erweitern und zu stärken.»⁸³¹

In diesem Sinne rief die *Weltwoche* ihre Leser zur Rache für Ungarn auf: «Zu dieser Rache nun können wir Völker des Westens das unsere, auch wenn es gering scheinen mag, beitragen: indem wir alle, ob Privatleute oder Behördenvertreter, ob Delegierte oder Geschäftsleute, Sportler, Journalisten oder Demonstranten, jeden Russen, jeden Angehörigen eines Satellitenlandes (inkl. Jugoslawien!) und jeden westlichen Kommunisten mit aller nur möglichen Krassheit und allen denkbaren Mitteln der persönlichen Haltung, des Wortes und der Tat vor die Entscheidung stellen, sich entweder eindeutig und mit allen politischen Conse-

quenzen gegen die Mörder Ungarns zu stellen, zur Rettung der Ehre seines Landes beizutragen und unsere Freundschaft und Achtung zu gewinnen – oder aber den Hass, die Verachtung und (vom unerlässlichsten kalt-offiziellen Kontakt abgesehen) den strikten Boykott jedes anständigen Menschen auf sich zu nehmen.»⁸³² Die *Neuen Zürcher Nachrichten* dachten diesen Gedankengang bis zur letzten Konsequenz zu Ende: «Es ist höchste Zeit, der Stimme derjenigen Gehör zu schenken, die sich seit Jahrzehnten für die radikale Unschädlichmachung der Führer des Weltkommunismus einsetzen.»⁸³³

Auch in lokalen Medien wurde der Hass auf den Kommunismus geschürt. Eine Methode war die Eingliederung der Sowjets in die Reihe östlicher Völker, die in regelmässigen Abständen das Abendland bedrohten: Die *Basler Nachrichten* bzw. die *Nationalzeitung* sprachen von «Mongolen-Regimentern» in Budapest und von den «Nachkommen von Dschingis Khan»,⁸³⁴ die in Ungarn «ein Bild des Grauens und wilder asiatischer Grausamkeit» hinterliessen.⁸³⁵ Andere Artikel und Leserbriefe enthielten Beschimpfungen wie «russische Bluthunde, Vertreter dieser schwersten aller bisher in der langen Geschichte der Menschheit erlittenen (und geduldeten!!) Menschheitsgeißel», oder es wurde von ruchlosen «Vergewaltigern» gesprochen.⁸³⁶ In der *Basellandschaftlichen Zeitung* aus Liestal las man vom «Sowjetkommunismus» als «Inbegriff des Bösen» und von dessen «Teufelsfratze» bzw. schlicht von der «roten Pest».⁸³⁷ Beinahe in allen Zeitungen übertrug sich der Hass auf die Sowjetunion auf die Schweizer Kommunisten.

Kampf gegen den inneren Feind

Das Bild des wehrhaften Schweizer Volkes, das gegenüber den Einflüsterungen der Nationalsozialisten unempfindlich gewesen sein soll, lebte wieder auf. Die offizielle Schweiz hatte sich damals allerdings bei der Beobachtung und Aushebung der deutschen und heimischen «fünften Kolonne» im Zweiten Weltkrieg vornehm zurückgehalten und erst nach dem Krieg «Säuberungen» durchgeführt.⁸³⁸ Nun aber gingen die Behörden gegen den offenbar gefundenen inneren Feind mit allen erdenklichen Mitteln vor. So war es auch nicht erstaunlich, dass je länger die Anteilnahme der schweizerischen Bevölkerung am Schicksal der Aufständischen in Ungarn anhielt, desto mehr auch die privat organisierten Hilfeleistungen und Kundgebungen ins Fahrwasser gestandener Antikommunisten gerieten. Die bestehenden Organisationen wurden auf die Aufbruchstimmung einer jungen Elite aufmerksam und versuchten, diese für eigene Zwecke zu gewinnen. Die Geschehnisse in Ungarn standen nicht mehr im Vordergrund, vielmehr mutierte Ungarn zum Symbol für eine aufgebrachte innenpolitische Stimmung. Zwei der wichtigsten Ungarn-Organisationen, die *Studentische Direkthilfe Schweiz-Ungarn* SDSU aus Zürich und die *Aktion Niemals Vergessen* aus Bern legen Zeugnis über diesen Sachverhalt ab: Walter Renschler gründete

mit anderen SDSU-lern 1959 die *Aktion Wahrheit die Freiheit*, die alternative Delegationen an Weltjugendfestivals schicken sollte. Er geriet auch in den Dunstkreis des Schweizerischen Aufklärungs-Dienstes SAD und einige seiner Kollegen bandelten mit Ernst Cincera an.

Auch die Aktivisten der Aktion Niemals Vergessen, Studenten der Berner Universität, gelangten mit ihrem bis 1967 immer am 23. des Monats veröffentlichten *Tagebuchblatt* nach kurzer Zeit der allgemeinen Anerkennung nur noch an die dezidiert antikommunistische Presse. Benno von Wattenwyl und Adrian Gnehm schlossen sich dem SAD an, Markus Herzig der *Aargauischen Vaterländischen Vereinigung* und 1978 der *Schweizerischen Fernseh- und Radiovereinigung*, auch unter dem Namen *Hofer-Klub* bekannt.⁸³⁹

Die heute noch bestehende *Pro Libertate* war ebenfalls eine Neugründung der Ungarn-Zeit und ging aus der *Aktion Helft Ungarn* hervor. Die Gruppe gehörte zusammen mit der Aktion Niemals Vergessen zum militanten Flügel der Ungarn-Bewegung, von der sich in den 1960er Jahren selbst der SAD distanzierte. Die Pro Libertate veranstaltete beispielsweise 1961 in der Gewerbeschule Bern zusammen mit dem *Bernischen Aufklärungsdienst* und dem *Forum für Demokratie* eine Ungarn-Gedenkausstellung, die vom Berner Historiker Walther Hofer eröffnet wurde. Auf dem Belpberg bei Bern stellte Pro Libertate einen Gedenkstein für John F. Kennedy auf, bezeichnenderweise am 23. Oktober 1964. Seither widmet sich der Verein dem Thema «Integration durch Landesverteidigung».⁸⁴⁰

Nach diesem nicht nur publizistischen Sperrfeuer ist es kaum verwunderlich, dass es zu gewalttätigen Demonstrationen und pogromartigen Ausschreitungen gegen die PdA gekommen ist. Diese bilden in der kommunistischen Geschichtsschreibung einen wichtigen Bezugspunkt und prägen die kommunistische Erinnerung an 1956. Nach dem 4. November waren Sprechchöre gegen und die physische Drangsalierung von Kommunisten eine ständige Begleitscheinung der Ungarn-Aktionen. Nach einer grossen Demonstration auf dem Basler Marktplatz am 6. November, an der ca. 5000 Personen teilnahmen, wurde das PdA-Büro in der Marktgasse gestürmt. Ähnliches ereignete sich in Genf und Zürich. In Bern forderte eine Demonstration von 2000–3000 Personen vor der sowjetischen Botschaft mehrere Verletzte.

Auch in den Verwaltungen, in Betrieben und Schulen wurden Kommunisten ausfindig gemacht, drangsaliert oder sogar entlassen. In Delsberg wurden vier kommunistische italienische Arbeiter von der Fabrikbelegschaft, der Direktion und der Fremdenpolizei in einer Gemeinschaftsaktion vertrieben.⁸⁴¹ Die Proteste der PdA wurden totgeschwiegen, wie aus einem Bericht der PdA zu den Ereignissen von 1956 deutlich hervorgeht: «Die Stellungnahme der Partei der Arbeit und einzelner führender Mitglieder wurde in der grossen Presse frech

und unverschämt ins genaue Gegenteil umgelogen. Sogenannte neutrale Zeitungen wie der *Baslerstab* weigerten sich, die Beschlüsse der Partei der Arbeit als Inserate abzdrukken. Parteimitglieder wurden wirtschaftlich ruiniert, andere wurden ihrer Funktionen als Gewerkschafter, in welchen sie oft jahrelang für ihre Kollegen grosse und erfolgreiche Arbeit geleistet haben, enthoben, und einzelne wurden persönlich verfolgt und angegriffen. In Presse und Radio, in Schulen, Universitäten und Betrieben wurden die grössten Lügen über die Partei der Arbeit verbreitet, um im eigenen Lande gerade das auszuschalten, wofür in Ungarn angeblich gekämpft wurde: die Demokratie!»⁸⁴²

Hetzjagd gegen Konrad Farner

Besonders hervorgetan hatten sich die *Aktion frei sein* und der NZZ-Inlandredaktor Ernst Bieri gegen den kommunistischen Kulturphilosophen Konrad Farner. Am 13. November 1956 veröffentlichte Bieri in der NZZ die Wohnadresse Konrad Farners in Thalwil. Von da an wurde die Familie den ganzen Tag am Telefon terrorisiert und am Abend das Haus von einer grossen Menge belagert und die Tür eingedrückt. Farners Kinder wurden im Dorf drangsaliert, in den Läden wurden die Familienangehörigen nicht bedient, im Nachbargarten wurde ein Anti-Farner-Plakat aufgestellt, bis die Familie schliesslich ins Exil nach Ascona fahren musste. Aber auch diese Adresse gab die NZZ bekannt. Plakate in Steckbriefform tauchten in Ascona auf, und nach der Rückkehr der Familie nach Thalwil wurde jede Nacht die Haustür oder der Weg dorthin verschmiert. Die Belästigungen gingen sogar noch nach dem Tod Konrad Farners 1974 weiter.⁸⁴³ Hauptinitiant war offenbar der in Oberalbis wohnhafte Paul Rütli-Morand, der Vertreter der antikommunistischen Zeitschrift *Frei sein*.

Die Komplizenschaft von Paul Rütli, Ernst Bieri und der Aktion Niemals Vergessen wurde auch anlässlich der Ankunft der 350-köpfigen Delegation der Moskauer Weltjugendfestspiele augenscheinlich. Bieri hatte in der NZZ die genaue Ankunftszeit und den Bahnhof bezeichnet. Dort, in Zürich-Enge, lauerten einige hundert Demonstranten, die die «Moskauwallfahrer» (Bieri) mit Prügel erwarteten. Oder wie sich die Aktion Niemals Vergessen ausdrückte: «[...] mit ehrlicher Entrüstung haben wir uns gegen jene jungen Schweizer gewandt, die kürzlich aus Moskau heimgekehrt sind.»⁸⁴⁴ Dabei kamen offenbar auch Passanten zu Schaden. Nach getaner Arbeit wurde der Mob mit Bussen nach Thalwil zum Haus Konrad Farners gefahren.⁸⁴⁵ Die aufgeheizte Stimmung tat ihre Wirkung, denn eine ganze Reihe prominenter Kommunisten kehrte ihrer Partei aus Überzeugung oder auch nur aus taktischen Gründen den Rücken.

Die Aktionen beschäftigten auch die Armee. So musste der Generalstabschef, Louis de Montmollin, zu einem Vorschlag Stellung nehmen, Armeeingehörigen, die PdA-Mitglied seien, die Munititionen abzunehmen. Er lehnte diese Mass-

nahme unter dem Hinweis ab, dass die Schweiz keine Gesinnungsdelikte kenne und die Kantonspolizeien die Angaben zu den gefährlichen oder verdächtigen Personen auf Listen zusammengestellt hätten, was auch der Bundespolizei im Bedarfsfalle nützlich sein könne.⁸⁴⁶

Ein Ergebnis all dieser geschilderten Aktionen war, dass der Identitätsentwurf der Schweiz eine starke antikommunistische Note erhielt. Das bedeutete, dass kritische Stimmen nicht nur ignoriert, sondern als unvereinbar mit den Werten des Schweizervolkes betrachtet wurden. Dennoch gab es Kritiker wie Karl Barth, der durch sein beredetes Schweigen den Zorn seiner Feinde auf sich zog,⁸⁴⁷ oder Jean Rudolf von Salis, der 1961 in einem Vortrag in Lenzburg den militanten Antikommunismus der Schweiz anprangerte: «Zweifellos. Es gibt Leute, die in einer harmlosen Konsumgenossenschaft ein bolschewistisches Verschwörernest wittern. Denn es gibt eine antikommunistische Angstpsychose, Menschen mit Verfolgungswahn, die einen Kommunisten an jeder Strassenecke und abends unter ihrem Bett oder im Kleiderschrank vermuten, richtige Biedermänner, die ständig von Brandstiftern reden [...]. Angst ist weder eine Stärke noch ein guter Ratgeber, und es ist bestürzend zu sehen, wie sich die Lebensangst unserer Zeit bei vielen Menschen in politische Zwangsvorstellungen verwandelt hat.»⁸⁴⁸

Forderung nach politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen

Das Feld wurde eindeutig von Akteuren bestimmt, die für ihre Meinungen kaum politische Verantwortung übernehmen mussten. Diese brachten auch den Bundesrat in Bedrängnis, wurde er doch von verschiedener Seite dazu gedrängt, den Worten Taten folgen zu lassen und deutliche Zeichen zu setzen. In Zeitungen, in Resolutionen und Predigten forderte man den Bundesrat zu Stellungnahmen auf. Einzelpersonen, Parteien etc. forderten den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion.⁸⁴⁹ Dies hätte der Neutralitätsmaxime die wichtige flankierende Massnahme der Universalität entzogen. Der Bundesrat verteidigte sich nie öffentlich, sondern immer nur persönlich gegenüber den Petenten. An den politischen Ausschuss des *Landesrings der Unabhängigen* LdU schrieb Bundesrat Max Petitpierre: «Die Aufrechterhaltung diplomatischer Beziehungen bedeutet nicht etwa die Billigung oder Zustimmung zu einem Regime eines Staates oder zu einzelnen Handlungen desselben. Für ihre Aufnahme und Aufrechterhaltung sind einzig Erwägungen der Zweckmässigkeit massgebend.»⁸⁵⁰

Insbesondere als bekannt wurde, dass die sowjetischen Truppen wahllos Ungarn zusammensammelten und Richtung Osten deportierten, wurde der Bundesrat aufgefordert, offiziell Protest zu erheben. Doch erneut schreckte er vor einer eindeutigen Stellungnahme zurück und schob eine Reihe von Gründen vor, weshalb er nichts unternehmen könne. Zum einen habe der Bundesrat die drei Schweigeminuten befolgt, die dem Glockengeläute gefolgt waren. Zum anderen

würde eine Demarche die Sowjetunion kaum beeindruckten und ausserdem die Arbeit des IKRK und des Sondergesandten Ernst Feisst vor Ort behindern. Schliesslich sei diese Frage auch auf der Tagesordnung der UNO-Vollversammlung – womit sich die Stellungnahme der Schweiz erübrige.⁸⁵¹

Zur Forderung, den Osthandel ganz abzubrechen, meinte der offiziöse Vorort, dass ein offizieller Abbruch der Handelsbeziehungen «nicht möglich zu sein» scheine. Dies vor allem wegen der schweren Durchführbarkeit in der Praxis. Denn sobald man grundsätzlich nur noch mit Staaten Handel betriebe, deren Politik aus schweizerischer Sicht tragbar erscheint, müsse man auch feststellen können, wann dem nicht mehr so sei. Dies berge allerdings grosse politische Risiken. Noch wichtiger schien dem Vorort aber die Aufrechterhaltung der traditionellen Neutralitätspolitik, die nur dann zu erfüllen sei, wenn die Schweiz mit allen Staaten in geordneten diplomatischen Beziehungen lebe. Wirtschaftlich gesehen hätte der Abbruch des Handels kaum Konsequenzen auf die Schweizer Volkswirtschaft, da der Osthandel nur eine untergeordnete Bedeutung habe. 1955 gelangten nur 3,1% aller Exporte in den Osten, woher auch nur 3,1% aller Schweizer Importe kamen. Strategisch wichtige Waren seien kaum darunter, der diesbezügliche Handel würde schon seit Jahren restriktiv gehandhabt. Allerdings müsse man im Falle eines Abbruchs damit rechnen, dass die Zahlungen der Nationalisierungsentschädigungen eingestellt würden, was zu jenem Zeitpunkt noch 75 Millionen Schweizerfranken (und weitere 45 Millionen aus Jugoslawien) betrug. Gegenüber dieser Politik seien die Unternehmen völlig frei in ihrer Entscheidung, den Handel mit dem Osten einzuschränken oder gar abzubrechen.⁸⁵² Allerdings wurde für gewisse Waren ein Einfuhrstopp verhängt, weil man unangenehme Reaktionen der Konsumenten befürchtete. Doch im Dezember wurden z.B. Schlachtviehimporte aus Ungarn wieder aufgenommen. Eine am 13. Dezember abgehaltene Besprechung mit den interessierten schweizerischen Stellen hatte ergeben, «dass es wünschbar wäre, mindestens etwas Zeit zu gewinnen, wobei von Seiten der schweizerischen Importeure darauf hingewiesen wurde, dass sie privatrechtlich zur Abnahme verpflichtet seien und eine allfällige gerichtliche Auseinandersetzung kaum zu ihren Gunsten ausfallen würde.»⁸⁵³ Weil auch Ungarn auf die Exporte angewiesen war, wurde der Handel wieder aufgenommen.

Eine kleinere symbolische Handlung erlaubte sich allerdings Bundesrat Markus Feldmann, als er sich weigerte, den designierten ungarischen Gesandten, József Marjai, zu empfangen, und damit einen protokollarischen Ernstfall provozierte. Feldmanns Begründung war, dass in Ungarn «eine sowjetrussische Militärdiktatur» regiere, «eine ungarische Regierung, die über irgendwelche Autorität verfügen würde, besteht aber nicht». Ausserdem befürchtete er, die Wut der Bevölkerung auf sich zu ziehen. Die Entscheidung wurde immer wieder vertagt,

auch weil sich der Schweizer Gesandte in Budapest, Jean Decroux, gegen eine vorschnelle Anerkennung der Regierung Kádár ausgesprochen hatte.⁸⁵⁴ Erst am 5. Februar 1957 konnte sich Feldmann dazu durchringen, den Empfang hinter sich zu bringen, allerdings mit der Auflage, dass man die Zeremonie so diskret wie möglich, also ohne Presse, gestalten müsse!⁸⁵⁵

3. Die Hilfsaktion für Ungarn

Während sich die offizielle Schweiz im Sinne der Neutralitätsmaxime zurückhielt und jede widersprechende Handlung im Verborgenen abzuwickeln suchte, griff sie auf das bewährte aussenpolitische Mittel der Solidarität zurück. Diese manifestierte sich in der Direkthilfe vor Ort in Ungarn und in der Aufnahme einer grossen Zahl von Flüchtlingen. Am 30. Oktober 1956 beauftragte der Bundesrat das EPD, mit dem SRK und Ernst Feisst Fühlung zu nehmen, um die Möglichkeiten für Hilfeleistungen auszuloten. Bundesrat Philipp Etter befürchtete, dass die Hilfsgüter womöglich nicht gerecht verteilt würden, und Markus Feldmann setzte sich für die Verteilung der Güter auch an die Schweizer Kolonie ein.⁸⁵⁶ Hatte nach dem Zweiten Weltkrieg noch die eigens gegründete Organisation Schweizer Spende die Nachkriegshilfe koordiniert, so griff man nun auf die Erfahrungen des SRK zurück, das im Verbund mit anderen Rotkreuzorganisationen und dem IKRK bereits ab dem 28. Oktober Blutplasma und andere Hilfsgüter auf dem Luftweg nach Budapest einflog. Die Luftbrücke operierte fortan aus Wien, wohin 21 Länder ihre Hilfsgüter schickten. Weil ab dem 1. November die Rote Armee den Flughafen von Budapest besetzt hielt, wurde der Nachschub mittels Lastwagen-Konvois ausgeführt.

Am Anfang der schweizerischen Hilfsanstrengungen standen empörte Studenten und Jugendliche, die den ungarischen Kommilitonen zu Hilfe eilen wollten. Jürg Frischknecht stellt dazu fest: «Wer die Akten jener Zeit aufmerksam studiert, stellt [...] fest, welchen Ausbruch an Engagement und Hoffnung auf gesellschaftlich aktives Leben, welchen Bruch mit der schweizerischen Lethargie des ‹Alle-Probleme-sind-gelöst› die Ungarnbewegung darstellte.»⁸⁵⁷ Eine der Aktivistinnen, Elisabeth Iklé, die später als Elisabeth Kopp zur ersten Bundesrätin der Schweiz gewählt werden sollte, erinnert sich, dass sie einfach nicht Vorlesungen über Römisches Recht hören konnte, während in Ungarn Kommilitonen eine Revolution veranstalten. Man habe einfach etwas tun müssen.⁸⁵⁸

Die Idee zur Studentischen Direkthilfe entstand während der Vorbereitungen für die grosse Ungarn-Kundgebung am 29. Oktober 1956 in Zürich. Schon am selben Abend wurden erste Sammlungen durchgeführt.⁸⁵⁹ Am folgenden Tag konnten die Studenten mit Hilfe eines Privatflugzeuges Medikamente im Wert

von 40'000 Franken nach Wien fliegen. Und drei Tage später setzten sich bereits die ersten Lastwagen aus Basel, Bern und Zürich in Richtung Wien in Bewegung. Von dort ging es weiter nach der ungarischen Grenzstadt Sopron, wo der letzte Hilfsgütertransport am 4. November, also kurz vor dem Beginn der Kämpfe mit der Roten Armee, an die Aufständischen übergeben werden konnte. Am 15. November und Anfang Dezember konnten Wagenkolonnen der Studentischen Direkthilfe unter dem Schutz des IKRK bis Budapest vordringen.⁸⁶⁰

Mit der Zeit entwickelte sich eine Eigendynamik des Spendens, die mit den symbolischen Kundgebungen der ersten Tage korrelierte. Dies zeigt sich u.a. an den Vorkommnissen in Basel. Am Mittwochnachmittag, den 31. Oktober, zogen Basler Pfadfinder und Studenten der Universität – unterstützt von der Gesellschaft Schweiz-Ungarn – von Haus zu Haus, um Hilfsgüter zu sammeln. Am 4. November gab das Végh-Quartett im Grossen Musiksaal des Stadtcasinos ein Benefizkonzert, im Variététheater Kuchlin wurde am 20. November der aktuelle Dokumentarfilm «Muss Ungarn sterben?», gefolgt von Filmen über ungarische Volkstänze und die Puszta, gezeigt, am 22. November flossen alle Einnahmen des Cinéma Studio Central der Ungarnhilfe zu, das Kino Eldorado zog am 25. November nach. Am 23. November lockte das Passagierkabinenschiff Basilea Gäste an, indem es versprach, die Einnahmen zu spenden, die Ballongruppe Mittelland sammelte mit Ballonpost, am 26. November traten im Kuchlin an einem schlecht besuchten Ungarn-Abend Basler Artisten auf. Am 29. November fuhren alle violetten Kleintaxis gratis für die Ungarnhilfe (und für die eigene Publicity), am 2. Dezember folgte die Klingentalfähre diesem Beispiel. Tageszeitungen sammelten, Vereine, Parteien, Kantone, Gemeinden. Insgesamt kamen beim SRK 6 Millionen Franken Geldspenden und über 2 Millionen Hilfspakete im Wert von 7 Millionen Franken zusammen. Über 10'000 Personen meldeten sich für eine Blutspende.⁸⁶¹ Auch traditionelle Hilfsorganisationen sammelten eifrig mit.⁸⁶²

Ganz ohne kritische Stimmen ging die Ungarnhilfe aber nicht über die Bühne: Der Schweizerische Landesverband für Leibesübungen, der für die berufliche Weiterbildung der ungarischen Flüchtlingsjugend in der Schweiz sammelte, berichtete in der Sportzeitung *Tip* u.a. über folgende Einsendungen: «Von irgendwoher liess sich beispielsweise vernehmen, die Honved-Fussballer hätten in Südamerika mehr als genug verdient. Es sei geradezu lächerlich, diese verkappten Profis, diese Grossverdiener nun erst noch auf dem Almosenwege zu unterstützen. Ein weiterer, ein besonders «weiser Kenner» der Materie fügte stirnrunzelnd hinzu, Puskas habe sowieso stets ein freches Maul, es schade nichts, wenn dieser stolze Star jetzt recht gehörig darben müsse. Tatsächlich, so viel Harmlosigkeit (und unfreiwilligen Humor) gibt es!»⁸⁶³ Die immer neuen Kundgebungen fanden auch nicht mehr ungeteilte Zustimmung: Die *Basellandschaftliche Zeitung*

zeigte sich erleichtert, dass der für den 9. November geplante «abwegige Protestmarsch» der Basler Tambouren und Pfeifer von der Basler Polizei verboten wurde. Und zu einem Schülerprotestumzug meinte der Kommentator leicht ungehalten, eigentlich sei es nun genug der Umzüge und Demonstrationen.⁸⁶⁴ Bis 1957 verebte die Ungarn-Welle schliesslich mehr und mehr.

Die Hilfe vor Ort wurde aber vom IKRK bis Juni 1957 weitergeführt. Insgesamt führte es 167 Aktionen durch, für die 150 Schweizer Helferinnen und Helfer zur Verfügung standen. Dabei agierte das IKRK vorsichtig, um spätere Aktionen in kommunistischen Ländern nicht zu gefährden.⁸⁶⁵ Die SDSU überliess ihre Aktivitäten am 30. April 1957 der *Hilfsaktion für Flüchtlingsstudenten in der Schweiz*. Auch die wahrscheinlich letzte Sammelaktion der Aktion Niemals Vergessen am Fussball-Europacupspiel Berner Young Boys gegen Vasas Budapest im November 1957 brachte bei 28'000 Zuschauern nur noch Fr. 690.23 ein.⁸⁶⁶

4. Die Aufnahme der Flüchtlinge

Parallel zu den leidenschaftlichen Sammelaktionen für die Direkthilfe beschäftigte die Flüchtlingsfrage die Öffentlichkeit immer mehr. Auch hier war der Bezug zum Zweiten Weltkrieg offensichtlich. Angesichts der Untersuchung der Flüchtlingspolitik des Bundes im Bericht von Carl Ludwig, bot sich den Verantwortlichen nun die Möglichkeit, alles besser zu machen als damals. Der Ludwig Bericht lag schon 1955 vor, wurde aber zwei Jahre lang zurückgehalten. Dies ermöglichte es dem Bundesrat, seine Flüchtlingspolitik von damals *ex post* mit dem positiven Verhalten gegenüber den Ungarn-Flüchtlingen zu relativieren. Davon zeugt ein Anhang im Flüchtlingsbericht, der ausschliesslich der positiven Haltung der Schweiz gegenüber den neuen Flüchtlingen, für welche keine besonderen Aufnahmekriterien galten, gewidmet ist: «Der Bundesrat stellte für die Aufnahme der Flüchtlinge [aus Ungarn] keine Bedingungen. Wer immer in die Schweiz zu kommen wünschte, wurde berücksichtigt.»⁸⁶⁷ Und dem Volk wurde ein Kränzlein gewunden, indem es als eigentlicher Träger der Solidaritätsmaxime bezeichnet wurde: «Der Bundesrat vertraut auf das Schweizervolk, dass es auch über die erste Begeisterung hinaus in nüchterner Erkenntnis seiner Mission in der Haltung, zu helfen und dabei Geduld zu üben, nicht nachlassen wird.»⁸⁶⁸

Angesichts der Verschärfung der internationalen Lage im November 1956 hielt Bundesrat Markus Feldmann einen «starken Zustrom ausländischer Flüchtlinge nach der Schweizergrenze» für möglich, denn die «östliche Dampfwalze» könne unter Umständen Österreich und Süddeutschland bedrohen. In einem Antrag an den Bundesrat vom 23. Januar 1957 äusserte er sich auch zu grundsätzlichen Aspekten der Flüchtlingspolitik: Er zeigte Verständnis für den Standpunkt des

EMD, das vom rein militärischen Standpunkt aus zu möglicher Zurückhaltung in der Aufnahme von Flüchtlingen mahnte, hielt dem aber entgegen, dass das schweizerische Asylrecht «nicht bloss Tradition, sondern staatspolitische Maxime» sei. Schliesslich müsse das Militär auch die Prinzipien der verfassungsmässigen Ordnung schützen, wozu eben auch das Asylrecht gehöre: «Nach den Erfahrungen, die während des letzten Weltkrieges gemacht werden konnten, kann kein Zweifel daran bestehen, dass die grosse Mehrheit des Schweizervolkes von den Behörden erwartet, dass sie auch in Zukunft soweit als irgendwie möglich ausländischen Flüchtlingen Aufnahme, wenigstens vorübergehender Art, gewähren.»⁸⁶⁹ Als Konsequenz aus diesen Erfahrungen sollte auch die Angst vor Überfremdung hinter der Erkenntnis zurückstehen, «dass die Asylgewährung nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Fremdenpolizei, sondern auch als humanitäres und politisches Problem von ausserordentlicher Bedeutung behandelt werden muss. [...] Grundsätzlich sollte jeder Ausländer, der ernsthaft gefährdet ist, als Flüchtling Aufnahme finden.»⁸⁷⁰ Für diesen Grundsatz sei die schweizerische Bevölkerung auch bereit, Opfer wie eine Lebensmittelrationierung zu bringen.⁸⁷¹ Das Boot war für Flüchtlinge vor dem Kommunismus also noch lange nicht voll.

Die grosse Anzahl Grenzübertritte nach Österreich begann erst nach dem sowjetischen Einmarsch in Budapest am 4. November 1956. An diesem Tag gelangten 6000 Menschen über die Westgrenze, die höchste Zahl wurde am 23. November 1956 mit 8537 Grenzübertritten erreicht. Im Juni 1957 lag die Zahl nur noch bei rund 50 Personen. In der Zeitspanne vom 1. November 1956 bis zum 30. Juni 1958 gelang 183'667 Flüchtlingen der Grenzübertritt nach Österreich, eine viel geringere Anzahl reiste über Jugoslawien aus. Von Österreich gelangten gemäss Angaben des *Intergovernmental Committee for European Migration*, das die Weiterreise organisierte, 154'993 Menschen in andere westliche Länder. Gemäss dieser Statistik reisten 11'975 Flüchtlinge in die Schweiz ein.⁸⁷²

Nachdem der Zentralsekretär des SRK, Hans Haug, und der Koordinator der Schweizer Hilfe in Ungarn, Ernst Feisst, am 6. November 1956 beim Bundesrat vorstellig geworden waren, beschloss dieser noch am gleichen Tag, 2000 Ungarn, die sich in österreichischen Flüchtlingslagern befanden, sofort aufzunehmen, und verdoppelte dieses Kontingent eine Woche später auf 4000. Mit der schnellen unselektierten Aufnahme der Flüchtlinge wollte man in erster Linie Österreich zu Hilfe eilen. Ausserdem verfügte das SRK über grosse Geldbeträge, die sie nach dem 4. November nicht mehr vor Ort einsetzen konnte. Damit war auch die Finanzierung der Flüchtlingsaufnahme fürs erste gesichert, obwohl der Bund davon ausging, dass auch er sich in naher Zukunft finanziell beteiligen müsse. Die Betreuung hätten aber private Hilfswerke zu übernehmen, was nicht zuletzt deshalb von Bedeutung war, weil man damit rechnete, dass die Flücht-

linge auf noch nicht absehbare Zeit in der Schweiz bleiben würden.⁸⁷³ Den so aufgenommenen Flüchtlingen wurde das Dauerasyl gewährt.

Rund zwei Wochen später erklärte sich der Bundesrat dazu bereit, auf einen Aufruf des Hochkommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge einzugehen, der die internationale Gemeinschaft dazu aufrief, Österreich bei der Bewältigung des Flüchtlingsstroms beizustehen. Der Bundesrat beschloss daraufhin am 27. November 1956, weitere 6000 Flüchtlinge vorübergehend aufzunehmen. Diese erhielten Anfang Dezember auch das Dauerasyl, sofern sie nicht – wie von vielen beabsichtigt – weiterwandern sollten. Neben einem Kontingent von weiteren 500 Flüchtlingen aus Jugoslawien und der Gewährung des Dauerasyls für Familienangehörige und ehemalige Rotkreuzkinder am 15. März 1957 reisten bis zum Sommer 1957 13'803 Flüchtlinge ein und 4343 wieder aus. Berücksichtigt man weitere Faktoren (Geburt, Tod etc.), so kann die Grösse der Gruppe ziemlich genau mit 10'000 Menschen beziffert werden. 60% sollten sich in den Kantonen Zürich, Basel und Bern niederlassen, ohnehin schon Zentren der ungarischen Emigration in der Schweiz.⁸⁷⁴

Der Grund für die grosszügige Aufnahme weiterer Flüchtlinge nach dem 27. November 1956 lag sicherlich auch darin begründet, dass sich von den ersten 4000 bereits mehr als 1000 ins «schweizerische Gemeinschaftsleben eingegliedert» hatten. Obschon die Chancen auf Weiterwanderung angesichts der Politik der umgebenden Staaten als eher klein eingestuft wurden, war man sich sicher, das Flüchtlingsproblem schnell lösen zu können. Zum einen waren der Zentralstelle für Flüchtlingshilfe über 7200 Betreuungsplätze angeboten worden, dazu kamen noch viele direkt bei den Kantonen und Gemeinden eingereichte Angebote. Schliesslich handelte es sich beim Grossteil der Flüchtlinge um arbeitsfähige junge Männer, welche auch in der Industrie als Arbeitskräfte begehrt waren. Mehr als die Hälfte der Flüchtlinge kam aus Budapest, der Rest mehrheitlich aus Westungarn. Insgesamt verliessen 4% der Bevölkerung Budapests und sogar 12% der Bevölkerung Soprons ihre Heimat. Zwei Drittel der Flüchtlinge waren Männer, 50% waren unter 25 Jahre alt, ein weiteres Drittel zwischen 25 und 39. Es handelte sich meistens um gut ausgebildete Facharbeiter oder Intellektuelle.⁸⁷⁵

Die Umstände der Flucht

Die Flüchtlinge, die in der Schweiz eintrafen, kamen nicht direkt aus Ungarn, sondern hatten schon einige Tage in österreichischen Auffanglagern verbracht. Der Psychiater Emil Pintér, der sich mit den in psychiatrischer Betreuung befindenden Ungarn in der Schweiz beschäftigte, beschreibt, dass die Asylgeber die von den Flüchtlingen während der Revolution und der Flucht durchgemachten Torturen zumindest teilweise übertrieben darstellten. Die Revolution hätte drei

Wochen gedauert, niemand hätte hungern müssen, die Flucht sei oft nur «eine Art Ausflug» gewesen.⁸⁷⁶ In der Tat war die ungarisch-österreichische Grenze vom 23. Oktober bis zum 4. November so gut wie offen, die Flucht setzte allerdings ein, als die Grenze wieder von regimetreuen Grenzbeamten bewacht wurde. Ein lebensrettender Zufall war, dass die technischen Grenzbefestigungen – es handelte sich um zwei Stacheldrahtverhaue mit vorgelagerten Minenfeldern – bis Mai 1956 abgebaut worden waren und die Grenztruppen sich in einer Reorganisation befanden, als die Fluchtwelle losbrach. Zudem waren ganze Truppenteile zu den Aufständischen übergelaufen. Erst ab dem 3./4. November, als sowjetische Panzer die Grenze abriegelten, erhöhte sich die Gefahr, bei der Flucht erwischt zu werden.⁸⁷⁷ Ab Februar 1957 waren die technischen Grenzsperren (Stacheldraht, Minenfelder) wieder intakt. Von einem harmlosen Ausflug zu sprechen ist aber eine starke Untertreibung. Der Grenzübertritt ereignete sich durchwegs zu Fuss, meistens im Laufschrift und bei Temperaturen von bis zu minus zehn Grad, ab Dezember vor allem bei Nacht.⁸⁷⁸

Das Überschreiten der Grenze zu Österreich war symbolisch aufgeladen. Sie stand nicht nur für die Spaltung der Welt, sondern wurde in den 50er Jahren auch zu einem Sinnbild der herrschenden Ideologie. Die Überschreitung bedeutete die Flucht aus der «geschlossenen Welt» hinaus in die «richtige», «wirkliche», «wahre» Welt.⁸⁷⁹ Nach der Flucht wurden die Flüchtlinge in Lagern untergebracht, vor allem im Burgenland und in Traiskirchen bei Wien.

Die Gründe, weshalb sich einzelne Flüchtlinge oder Flüchtlingsgruppen für die Weiterreise nach der Schweiz entschieden, sind mannigfaltig.⁸⁸⁰ Die Beweggründe mögen persönlich begründet sein, oder es war der reine Zufall, der die Menschen in die Schweiz reisen liess. Nur in den seltensten Fällen entsprach das Motiv der Erwartung der Schweizer Bevölkerung, die eben «müde Helden» erwartet hatte, die unbedingt in die Schweiz, den Hort der Freiheit gelangen wollten.⁸⁸¹ Es gab auch Flüchtlinge, die die gemeinsame Geschichte der Schweiz und Ungarns als Beweggrund angaben und die das in den bisherigen Kapiteln dargestellte Schweiz-Bild verinnerlicht hatten. Ein ungarischer Flüchtling stellte seine Einreise in die Schweiz in direkten Zusammenhang mit seinen Erlebnissen als Rotkreuz-Kind nach dem Zweiten Weltkrieg: «Einmal in Österreich, konnten wir Ungaren gehen, wohin wir wollten, in die Vereinigten Staaten, nach Frankreich, nach Schweden... Ich wollte in die Schweiz. Als damals Achtzehnjähriger sagte ich mir, ich gehe in die Schweiz, ich will dort meine Ruhe haben. [...] Für mich ein Wiedersehen, weil ich als Kriegskind schon früher zur Erholung in der Schweiz war. Später durfte ich auch meinen Vater einigemal hierher begleiten. [...] Von meinen früheren Aufenthalten her konnte ich Dialekt sprechen, und dadurch fand ich rasch Anschluss bei den Schweizern.»⁸⁸² In Tamás Kanyós Studie über die Beweggründe für die Flucht in die Schweiz finden sich dazu

12 Aussagen. Einige hatten persönliche Erfahrungen mit der Schweiz gemacht, andere trieb der Zufall in dieses Land: Ein Flüchtling berichtete über den Vater, der an der ETH studiert und viele Freunde in der Schweiz hatte. Ein anderer begründete seine Entscheidung zugunsten der Schweiz damit, dass die Schweiz für einen Ungarn ein sympathisches Land sei. Ein dritter wollte eigentlich nach Chicago, blieb dann aber in der Schweiz. Ein vierter hatte eine Tante in St. Gallen, und der Bruder hatte als Journalist 1954 die Genfer Vietnam-Konferenz besucht und von der Schweiz erzählt. Weitere Gründe waren Ressentiments gegenüber Deutschland und gute Deutschkenntnisse. Ein fünfter wusste, dass die Schweiz auch Alte und Kranke aufnahm. Andere waren als Rotkreuzkinder in der Schweiz, ein weiterer Flüchtling wollte nur für kurze Zeit im Ausland bleiben, aber nicht in ein NATO-Land weiterreisen.⁸⁸³

Wenn man den damaligen Kenntnisstand über die Schweiz betrachtet, fallen folgende Schlagwörter auf: Neutralität, guter Ruf, Hilfsbereitschaft (nach dem Zweiten Weltkrieg), technische Erzeugnisse (Auskunft eines Ingenieurs), Kontakt mit der schweizerischen Ungarnhilfe vor Ort 1956, Berge, Gründung der Eidgenossenschaft 1291 und Genf als Sitz der UNO. Schon bei der ersten Sichtung dieser Nennungen fällt auf, dass die Neutralität, aber auch die grosse Hilfsaktion nach dem Zweiten Weltkrieg einen gewissen Erfolg der schweizerischen Image-Kampagne widerspiegelt.

Dass das Zielland einfach auch durch Zufall bestimmt wurde, beschreibt die Schriftstellerin Agota Kristof in ihren autobiografischen Skizzen «L'alphabète»: «Mon mari, comme tout le monde, passe la journée à attendre dans les bureaux de différentes ambassades pour trouver un pays d'accueil.»⁸⁸⁴

Mit der Ankunft in der Schweiz wurden das schweizerische Ungarn-Bild einerseits und das ungarische Schweiz-Bild andererseits auf eine Probe gestellt. Im Banne der Ereignisse in Ungarn siegte ein sehr pathetisches Ungarn-Bild, das sich an den von den alten Emigranten verbreiteten Identitätsentwurf anschloss. Die Ungarn wurden als Unabhängigkeitskämpfer stilisiert, die in einem heldenmütigen Kampf gegen die fremden Unterdrücker und deren Schergen stünden.⁸⁸⁵ Hervorgehoben wurde ihr «glühender Freiheitswillen», ihre Tapferkeit, Ritterlichkeit und Zukunftsgläubigkeit.⁸⁸⁶

Immer wieder wurden historische Kontinuitäten konstruiert. Ungarn, das das christliche Abendland schon immer gegen dessen Feinde verteidigt habe (Mongolen, Türken, Russen etc.), wurde in das helvetische Selbstverständnis integriert. Die *Nationalzeitung* schrieb zum Beispiel: «Wir haben schliesslich am Beispiel der restlos aufgeriebenen Eidgenossen bei St. Jakob und wieder der Nachwirkung der Tragödie der Urkantone beim Franzoseneinfall um 1798 eine Vorstellung» von den Auswirkungen der Niederlage.⁸⁸⁷ Und weil die Ziele des Aufstandes mit dem Leitmotiv der Geistigen Landesverteidigung vereinbar wa-

ren, meinte dieselbe Zeitung: «Die Vorgänge in diesem unglücklichen Land sind es vor allem, die den Schweizer – der der Sache der Freiheit, der Demokratie in besonderer Weise verpflichtet ist – umtreiben.»⁸⁸⁸ Die Schweizer Jugend bestehe immerhin aus den Söhnen «des kleinen Landes, das selbst einst die Fackel der Freiheit erhob».⁸⁸⁹ Die Berichterstattung der ersten Tage unterschied zwischen den ungarischen Freiheitskämpfern und den «ungarischen» Spiessgesellen, deren Nationalität nur in Führungszeichen stand. Oft wurde der Feind nur noch als «Kommunisten» bezeichnet, ohne nähere Nationalitätenbezeichnung. Der gemeinsame Kampf gegen den Kommunismus wurde zum Bindeglied zwischen den Völkern stilisiert, die ungarischen Flüchtlinge wurden in die helvetische Identitätskonstruktion einverleibt.

Aufnahme der Flüchtlinge und kulturelle Konflikte

Dennoch galten die anwesenden Ungarn in der Schweiz auch als Exoten. Agota Kristof berichtet, wie die Zuschauer auf dem Weg zum Fussballstadion am Sonntag in Lausanne an der Kaserne, in der Ungarn-Flüchtlinge untergebracht waren, vorbeikamen: «Ils nous offrent du chocolat et des oranges, naturellement, mais aussi des cigarettes et même de l'argent. Cela ne nous rappelle plus les camps de concentration, mais plutôt le jardin zoologique. Les plus pudiques d'entre nous s'abstiennent de sortir dans la cour, d'autres par contre passent leur temps à tendre la main à travers la barrière et à comparer leur butin.»⁸⁹⁰ Auch den Lagerverantwortlichen stiess die Sensationslust der Bevölkerung sauer auf: «Unerfreulich war die Neugierde eines Teils unserer Bevölkerung, insbesondere von Jugendlichen; die Neugierde grenzte bisweilen an Sensationshunger. Diese Leute versuchten sich unter verschiedensten Vorwänden Zutritt zu den Lagern zu verschaffen. Mit solchen Menschen hatte die Bewachungsmannschaft viel zu tun. Beschämend sogar war die Zudringlichkeit gewisser junger Schweizer Mädchen und sogar einzelner volljähriger Frauen; auch gegen diesen Unfug musste die Hi.Pol. verschiedentlich einschreiten.»⁸⁹¹ Doch auch der Umgang mit den Flüchtlingen erwies sich als nicht immer unproblematisch. Immerhin brachten die Flüchtlingsbetreuer für die Ungarn viel Verständnis auf, wie aus einem Bericht der Schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingshilfe SZF hervorgeht: «Der mit den Sitten und Gebräuchen, vor allem auch mit der Sprache unseres Landes unvertraute Ungar fühlte sich unsicher und irritiert, was sich häufig in einem wiederum für die Schweizer unverständlichen Verhalten bemerkbar machte. Er zeigte sich jeglicher Registrierung gegenüber misstrauisch, da er eine solche auf Grund der Erfahrungen in seiner Heimat als Bspitzelung empfand, er fühlte sich durch die neuen, ungewohnten Eindrücke und Einflüsse beunruhigt. Seine Enttäuschung über den Westen, der seinen undeutlichen Vorstellungen eines angenehmen Schlaraffenlandes durchaus nicht entsprach, seine Begegnung mit der

harten Wirklichkeit des schweizerischen Alltags nach der begeisterten Aufnahme und zum Teil auch Verwöhnung im hilfsbereiten Zufluchtsland, die mit der Flucht zusammenhängenden seelischen Spannungen, all dies zeigte sich in einer allgemeinen Unrast und zum Teil heftigen spontanen Reaktionen.»⁸⁹²

Immer wieder riefen die verantwortlichen Hilfsorganisationen – wie zum Beispiel die Caritas – zu Geduld mit den Ungarn auf: «Flüchtlinge sind immer entwurzelte Menschen, leiden an Angstzuständen und seelischer Unausgeglichenheit. Sie sehen sich in einen Lebenskreis geworfen, der ihnen völlig fremd ist. Gerade bei den Ungarn zeigte die Situation oft eine verzweifelte Ähnlichkeit mit jener von Taubstummen: Sie verstanden nichts, wurden nicht verstanden und kamen sich doppelt hilflos vor. So war zu begreifen, wenn sie noch misstrauischer wurden, als sie es infolge ihres Schicksals schon ohnehin waren.»⁸⁹³ Auch hatten einige Flüchtlinge Schwierigkeiten, geeignete Lehrstellen und Arbeitsplätze zu finden, was nicht zuletzt darauf zurückgeführt wurde, dass es sich eben um ein «so anderes Volk» handelte: «Nur zu oft löste eine Enttäuschung die andere ab. Fünf, acht, ja zehn Wechsel bildeten keine Seltenheit, obwohl objektiv kaum ein wirklicher Grund dazu bestanden hätte, selbst wenn man den stolzen und äusserst verletzbaren Charakter dieses so andern Volkes in Rechnung stellt.»⁸⁹⁴ Auch die Sportzeitung *Tip* thematisierte die Schwierigkeit der Ungarn-Flüchtlinge, in der Schweiz Fuss zu fassen, warb aber gleichzeitig um Verständnis diesen gegenüber: «Es kommt noch hinzu, dass diese Menschen sich vom freien Westen zuvor ein vielfach zu optimistisches Bild gemacht hatten. Vor allem hatten sie sich das Leben bei uns viel zu einfach vorgestellt. Und so ist ihnen manches in der ihnen fremden Schweiz noch fremder, weil sie sich erst an Sprache, Sitten und namentlich an ein ungewohntes Arbeitstempo halten müssen. Seien wir darum doppelt geduldig mit unseren Freunden aus Ungarn.»⁸⁹⁵

Weil die Erwartung der Schweiz so gar nicht mit der Mentalität der eintreffenden Ungarn korrelierte, veröffentlichte die NZZ im Februar 1957 sogar einen Sonderdruck, der auf das «Ungarnproblem» in der Schweiz einging. Die Aufnahme von Flüchtlingen – so der Verfasser Hans Gut – dürfe nicht zu einem «In-Wohltätigkeit-machen-Wollen» verkommen, sondern sei neben der menschlichen auch eine politische Verpflichtung, «als bescheidene schweizerische Dienstleistung im Kampfe gegen Freiheitsschändung und für die Erhaltung einer westlichen Kultur, der sich auch der *gesunde* Teil Ungarns mit vollem Recht zugehörig fühlt».⁸⁹⁶ Gut warb für Verständnis für das «stolze Volk», das als Folge der kommunistischen Diktatur «tiefinnerlich misstrauisch» sei. Der Ungar «empfindet unsere Einstellung zur weiten Welt als spießbürgerlich und engbegrenzt, wenn nicht gar überheblich. [...] vergessen wir nicht, dass unsere wohlbehütete Geborgenheit und unsere nach aussen so stark in die Augen springende Ordnung (im Sinne von Sauberkeit) für den aus einem seit Jahren

geknechteten Lande Zugewanderten nicht als etwas Wohlverdientes erscheinen muss, auf das zu pochen wir besonders berechtigt wären. [...] Nur mit Geduld werden wir die Schwierigkeiten, die unsere neuen Volksgenossen im Einfühlen in unser Wesen haben, überwinden helfen.»⁸⁹⁷

Die Probleme mit den Ungarn wurden hier kaum auf grundsätzliche kulturelle Unterschiede zurückgeführt, sondern auf die kommunistische Vergangenheit dieser Menschen. In diesem Sinne äusserte sich auch Markus Feldmann: «Mit den ungarischen Flüchtlingen zeigen sich die ersten wesentlichen Schwierigkeiten; vor allem unter den Studenten herrscht Unruhe. Sehr erschwerend fällt ins Gewicht, dass der Bildungsgrad dieser Studenten, die im kommunistischen Ungarn «erzogen» worden sind, in keiner Weise in unsere schweizerischen Verhältnisse passt.»⁸⁹⁸

Die Erziehung der Jugend wurde auch von anderen Kommentatoren bemängelt. Der Kommandant der Kaserne in Frauenfeld etwa, wo auch ungarische Flüchtlinge untergebracht waren, berichtete: «Die jungen stecken in einer raueren Schale, ihre Persönlichkeit ist noch weniger entwickelt, auch sind sie von einer etwas heftigen Gemütsart. Ihr Vertrauen ist nicht leicht zu gewinnen. Möglicherweise sind dies die Folgen der kommunistischen Erziehung.»⁸⁹⁹ Doch die Schweiz könne hier einiges tun: «Immerhin bin ich der Meinung, dass auch diese jüngeren Leute, abgesehen von einigen Ausnahmen, mit der Zeit zu guten Bürgern erzogen werden können, sofern sie in gute Hände geraten und energisch geleitet werden.»⁹⁰⁰ Ein anderer Kommandant gab bei der Beurteilung des Charakters der Ungarn ausserdem zu bedenken, «dass die Ungarn ungeachtet ihrer lateinischen Kultur ein orientalisches-mongolisches Volk sind [...]».⁹⁰¹ Um die Erziehung gleich an die Hand zu nehmen, organisierte man in den Flüchtlingslagern Sprachkurse, einen Schulbetrieb für Kinder, Vorträge von Schweizern über das Leben in der Schweiz und Lesestuben.

Ein immer wiederkehrendes Problem war das Essen, was auf beiden Seiten eigentlich nicht erstaunte: «Unzweifelhaft ist es aber, dass die schweizerische und die ungarische Ernährungsweise verschieden sind. Wenn wir nun hin und wieder von eingewanderten Ungarn Klagen hören [...], es seien ihnen ungeniessbare oder gar verdorbene Speisen vorgesetzt worden, so gibt uns das noch lange nicht das Recht, die Ungarn als anspruchsvoll, verwöhnt oder undankbar zu verurteilen [...]».⁹⁰² Der Kommandant in der Kaserne Liestal löste die Aufgabe so, dass Soldaten und Flüchtlinge grundsätzlich dieselben Speisen bekamen: «Auf diese Weise konnte den – allerdings nicht sehr häufigen – Einwendungen von Flüchtlingsseite betreffend die Verpflegung gleich von Anfang an jede Spitze gebrochen werden. Um die Speisen entsprechend den ungarischen Gewohnheiten nachwürzen zu können, nahm die Schweizermannschaft die Mahlzeiten jeweilen eine halbe Stunde vor den Flüchtlingen zu sich.»⁹⁰³

Ab dem 15. Februar 1957 entliessen der Bund und die Kantone die Flüchtlinge aus ihrer Obhut, die privaten Hilfsorganisationen waren für die Betreuung nun alleine verantwortlich. Die Ungarn hatten die Gelegenheit, sich für ein ihnen weltanschaulich nahe stehendes Hilfswerk zu entscheiden, an das sie sich dann in allen schwierigen Lebenslagen und Notfällen wenden konnten. Zur Betreuung durch die Caritas meldeten sich in der Folge 6420 Personen. Davon konnten im Laufe des Jahres 635 auswandern (467 im offiziellen Sammeltransport nach Australien, der Rest individuell durch Bemühungen der Caritas, meist nach den USA), sodass auf Jahresende noch 5785 Flüchtlinge gemeldet waren, also rund 55% der damals 10'560 in der Schweiz lebenden Ungarn.⁹⁰⁴ Trotz unübersehbarer Schwierigkeiten konnten die allermeisten Flüchtlinge innerhalb weniger Wochen eine eigene Existenz aufbauen und bedurften der Hilfe der Hilfsorganisationen nicht mehr.

V. SCHLUSSBETRACHTUNG

Nachdem ich die Reaktionen auf den Ungarnaufstand in der Schweiz dargelegt habe, stellt sich die Frage, wie sich diese in den Kontext der schweizerisch-ungarischen Beziehungen stellen lassen, beziehungsweise welche Aussagen in Bezug auf die jeweiligen Identitätskonstruktionen zu machen sind. Ohne Zweifel ist 1956 ein herausragender Moment der gemeinsamen Geschichte. Die aufgezeigten Wahrnehmungsmuster fügen sich nahtlos in die Entwicklung des vorangehenden Jahrzehnts ein.

Zu Beginn meiner Untersuchung ging ich davon aus, dass zwischenstaatliche Beziehungen als Beziehungen zwischen Gesellschaften betrachtet werden können. Auch habe ich die Frage gestellt, ob die offiziellen Entwürfe der kollektiven Identität der beiden Staaten zumindest in Teilbereichen der schweizerisch-ungarischen Geschichte handlungsleitend wirkten. Ich habe den Konstruktionsprozess der jeweiligen Identitäten nachverfolgt, um danach die Konstruktionen mit den jeweiligen Handlungen in Beziehung zu setzen. Für den kollektiven Identitätsentwurf der Schweiz habe ich die Hauptmerkmale Neutralität, Solidarität und Universalität benannt, die – vor allem im Hinblick auf die schwierige aussenpolitische Lage des Landes nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs – dem Ausland ein besseres Image vermitteln und auch nach innen identitätsstiftend wirken sollten. Diese Konstruktion half auch mit, den verbreiteten Antikommunismus in der Schweiz zu verschleiern und u.a. wirtschaftliche Beziehungen zu den kommunistischen Ländern aufrechtzuerhalten. Kirchen und Hilfsorganisationen wurden eingespannt, um mit dem kriegsversehrten Europa Solidarität zu üben, die Presse, Kirchen und Demonstranten wurden vorgelassen, um die Ungerechtigkeiten im Osten Europas – wie z.B. den Prozess gegen Kardinal József Mindszenty 1949 – anzuprangern. Die Handelsbeziehungen zu Ungarn wurden in der Öffentlichkeit kaum diskutiert, über den Ausgang der Wirtschaftsverhandlungen informierte der Bundesrat in der Regel nur rudimentär. Sogar als in den 1950er Jahren der Handel mit dem Osten auf immer grössere Schwierigkeiten stiess, hielt die Schweiz am Osthandel fest. Als Sachzwang galten die Entschädigungszahlungen aus Ungarn. Als die Schweiz gegenüber den USA im Hotz-Linder-Agreement die Drosselung der Ausfuhr strategischer Güter zugestand, entsprach die Schweiz mit der Aufrechterhaltung des Osthandels vor allem der Maxime der Universalität.

Diese Grundausrichtung der schweizerischen Aussenpolitik lässt sich mit Blick auf 1956 bestätigen: Die offizielle Politik des Bundesrates beschränkte sich auf eine von Anfang an aussichtslose internationale Initiative, auf Hilfslieferun-

gen mit Hilfe des Schweizerischen Roten Kreuzes und auf eine dreiminütige Schweige-Demonstration gegen die Racheaktionen des neu eingesetzten Regimes in Ungarn. Die der Solidaritätsmaxime dienende Hilfsaktion wurde zwar koordiniert, der Bundesrat griff aber auf bestehende und neu initiierte, aber private Hilfsorganisationen zurück. Das moralische Urteil überliess man den Kirchen, der Presse und der demonstrierenden Bevölkerung. Damit entstand ein Zustand, in welchem eine Art Kongruenz zwischen der offiziellen Identitätskonstruktion und der Gesellschaft entstand. Die eigene Wertschätzung bzw. sogar Selbstüberschätzung war ein Merkmal der Ereignisse in der Schweiz: Vorübergehend entstand hier ein Gemeinschaftsgefühl in der Gesellschaft.

Die Ungarn, die in der Schweiz ankamen, hatten wohl Mühe, ihre manchmal sehr pragmatischen Beweggründe für ihre Flucht in die Schweiz offenzulegen. In der Schweiz wurde in kaum einer zeitgenössischen Darstellung nach den Beweggründen zur Flucht gefragt, vielmehr wurden politische Beweggründe im Sinne des Schweizer Identitätswurfs als selbstverständlich vorausgesetzt. Eine Folge davon war die Aufnahme der Ungarn in der Schweiz. Es scheint sogar, dass die ungarischen Flüchtlinge im Sinne der in der Einleitung vorgestellten Bauanleitung für eine (nationale) Identität in die Schweizer Identitätskonstruktion eingebunden werden sollten, wurden ihnen doch offenbar spezifisch schweizerische Eigenschaften zugeordnet: Immer wieder fallen Versuche von Berichterstatern auf, eine gemeinsame Vergangenheit zu kreieren, was mit der Referenz auf den Kampf der Eidgenossen gegen die Habsburger und andere Grossmächte (zuletzt gegen das nationalsozialistische Deutschland) offenbar nahe lag. So sind Äusserungen, Ungarn sterbe auch für die Schweiz, oder Zeitungstitel wie «Winkelried Ungarn» zu verstehen. Selbst die Voraussetzungen für die Bildung einer gemeinsamen Kultur bzw. einer Interessenskongruenz auf quasi primordialer Basis schienen vorhanden: Schweizer und Ungarn trafen sich offenbar in einer ihrem Wesen angemessenen antikommunistischen Lebenseinstellung. Den Antikommunismus verorteten die Schweiz und die ungarischen Flüchtlinge innerhalb einer inneren Grenzziehung, während der Kommunismus bzw. die Sowjets/Russen als das gemeinsame Feindbild die Aussengrenze bildete.

Das bedrohliche Feindbild befand sich zwar geografisch hauptsächlich im sowjetischen Einflussgebiet, hatte aber seine Ableger auch in nächster Umgebung. Die Stilisierung der Russen erfolgte nach dem mythischen ungarischen Geschichtsbild, das grosse Ähnlichkeiten mit dem seit dem Mittelalter bemühten Bild des Ostens (zu dem traditionellerweise auch die Ungarn gehörten!) aufweist.⁹⁰⁵ So wurden die mongolisch-stämmigen Rotarmisten sehr bald zu Dschingis Khans Nachfahren. Die ungarische Bollwerk-Metapher (Verteidigung des Abendlandes) wird mit den alten Feinden (Mongolen, Türken) in Verbindung gebracht: So wurden aus Russen eben «Horden» und «Gottlose». Grundlage dieser Wertung

war zumindest teilweise der bestehende Antislawismus. Während der Kommunismus als für die Ungarn wesensfremd beschrieben wurde, setzte man für die Sowjetunion die Kongruenz von politischem System und Volk in der Regel einfach voraus. Die Ausschreitungen gegen Schweizer Kommunisten kann als schweizerischer Beitrag zum Kampf der Ungarn gegen den gemeinsamen Feind gelesen werden – unabhängig von der Tatsache, dass nur ein Teil der Flüchtlinge tatsächlich gegen das Regime gekämpft hatte oder dezidiert antikommunistisch eingestellt war. Die antikommunistischen Aktionen waren zusammen mit Hamsterkäufen und der Verteilung von Molotow-Cocktails ein Ergebnis der latenten Kriegsangst und Kriegsmentalität. Die Bedrohungsperzeption der Schweiz bewirkte ein «zweckrationales Zusammenrücken» und die Einengung von Alternativen zur offiziellen Identitätskonstruktion. Diese wurde nur in der Komponente der Universalität herausgefordert, indem weite Kreise der demonstrierenden Bevölkerung das Einstellen des Osthandels forderten.

Die skizzierte Bedrohungswahrnehmung wurde durch Rituale verfestigt. Dazu gehörten die unablässigen Demonstrationen mit den immergleichen Parolen und einstimmig verfassten Resolutionen, die Sammlungsbemühungen für Ungarn und die Hilfsangebote an die Flüchtlinge. Dass das Hereinholen der ungarischen Flüchtlinge so überhaupt vor sich gehen konnte, ist mit einer gewissen Sympathie gegenüber den ungarischen Flüchtlingen zu begründen. Diese wiederum war Ausdruck des Tacit Knowledge über Ungarn, eines mit Stereotypen gesättigten Grundwissens, das im Herbst 1956 in praktisch allen Zeitungen und Kommentaren wieder und wieder aufbereitet wurde. Dieses Wissen, das über Musik, Literatur, Reiseberichte und Reiseerlebnisse, Spielfilme und nicht zuletzt über Erzählungen der anwesenden Emigranten verbreitet worden war, nährte die Illusion, dass Schweizer und Ungarn sich eigentlich sehr nahe ständen.

Auf der Gegenseite waren mit dem Aufstand 1956 die Grundbausteine der kommunistischen Identitätskonstruktion vollständig entwertet worden. Die sehr auf die Ideologie ausgerichtete Politik hatte es regelmässig versäumt, auf Sachzwänge einzugehen, und ordnete alles ihrer Identitätskonstruktion unter. Der Identitätsdiskurs konnte allerdings auch durch das Wildern in identitätsstiftenden Symbolen z.B. durch die Umwertung der ungarischen Geschichte im kommunistischen Sinn nicht gestoppt werden. Sobald die Gewalt des Regimes etwas nachliess, zeigte sich, dass der Diskurs in etwa auf dem Stand der Nachkriegszeit verharrt war. Das ist wohl auch der Grund, weshalb keine eindeutige Zielrichtung des Aufstandes erkennbar war.

In beiden Ländern fällt auf, dass die Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs und der unmittelbaren Nachkriegszeit den Lauf der Dinge wesentlich beeinflussten. In der Schweiz entsprach die Auslegung der Maximen Neutralität und Solidarität dem Selbstbild über das eigene Verhalten in der Kriegs- und Nachkriegszeit

– und nicht der damaligen Praxis. Die Initiative, eine internationale Konferenz einzuberufen, war der Vorstellung geschuldet, wonach Neutralität eben Verantwortung und keineswegs nur Untätigkeit bedeute. Die Auseinandersetzung zwischen den Bundesräten Max Petitpierre, der die internationale Vermittlerrolle der Schweiz unterstrich, und Markus Feldmann, der sich offen zum Antikommunismus bekennen wollte, ist nicht zuletzt auf die Auseinandersetzung mit dem Erbe des Zweiten Weltkriegs zurückzuführen. Die überdimensionierte Hilfsaktion der Schweiz im Zeichen der Solidarität ist zudem mit derjenigen der Schweizer Spende nach dem Zweiten Weltkrieg zu vergleichen. Hier finden sich ebenso Parallelen wie direkte Zusammenhänge. Beide Aktionen wurden als Sühnezeichen aufgefasst und dargestellt, in beiden Aktionen wurde von den (staatlichen) Organisatoren ein einhelliges Bekenntnis der Bevölkerung zur Solidarität erwartet und mit viel propagandistischem Einsatz ein Zusammenrücken bewirkt. Das Hochlebenlassen der humanitären Tradition sollte die Schweiz einen und den Parteihader eindämmen. Zugleich korrigierte die grosszügige Aufnahme der Flüchtlinge 1956 die schändliche Flüchtlingspolitik während des Zweiten Weltkriegs, um diese *ex post* zu rechtfertigen.

Insofern sieht 1956 wie eine zweite Chance aus, das Image der Schweiz als Hort der Freiheit, Demokratie und der Humanität wieder aufzupolieren. 1956 erscheint als Karikatur des schweizerischen Identitätsentwurfes aus der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit. Die Restaurationsbemühungen gewisser bürgerlicher Kreise während des Aufstandes schafften eine erneute Verengung des Identitätsdiskurses, indem sich alle kritisch denkenden Bürger verdächtig machten und den Ausschluss aus der «Gemeinschaft in der Gesellschaft in den Grenzen eines scharf umrissenen Loyalitätsverbands» – wie es Kurt Imhof formulierte – riskierten.⁹⁰⁶

Epilog

Einen «skizzenhaften» Ausblick auf die Beziehungen zwischen der Schweiz und Ungarn nach den Ereignissen von 1956 möchte ich noch anfügen. Die Wandlungen der kollektiven Identitäten, die Frage nach der Integration und dem Befinden der Flüchtlinge kann ich an dieser Stelle indes nicht berücksichtigen. Vielmehr geht es hier darum, grundlegende Entwicklungslinien aufzuzeigen.

Die Gemüter hatten sich in der Schweiz erst nach mehreren Monaten beruhigt, abgesehen von wenigen Kreisen, die den Antikommunismus beizubehalten gedachten. Leidtragende waren in erster Linie Mitglieder von kommunistischen und weiteren linken Organisationen in der Schweiz und Einrichtungen des ungarischen Staates. Die ungarische Gesandtschaft in Bern befand sich in den ersten Jahren nach dem Aufstand in einer schwierigen Lage, fanden doch regelmässig Demonstrationen vor dem Gebäude statt. Bei einem Überfall durch zwei Ungarnflüchtlinge am 16. August 1958 gab es sogar einen Toten und einen Verletzten.⁹⁰⁷

Alles in allem beruhigte sich die Lage ab ca. 1963, als sich in Ungarn János Kádár's Position gefestigt hatte. Damit begann die Ära der weichen Diktatur und der Wirtschaftsreformen, die im Westen als Gulaschkommunismus bekannt und auch populär wurde. Die in den 1950er Jahren noch allgegenwärtige Verleumdung Kádár's verschwand, die Schweizer Öffentlichkeit akzeptierte den ungarischen Parteichef als Faktum.⁹⁰⁸ Der Bundesrat schlug eine offenere Politik gegenüber Osteuropa ein. Einen Markstein bildete der Besuch Bundesrat Rudolf Gnägi in Moskau im Sommer 1967. Auch mit anderen Staaten wurden Treffen auf hoher politischer oder Beamtenebene organisiert. 1967 ist auch das Datum des letzten diplomatischen Zwischenfalls zwischen Ungarn und der Schweiz, als ein Angehöriger der ungarischen Gesandtschaft in Bern des politischen Nachrichtendienstes überführt wurde, weshalb er als *Persona ingrata* ausgewiesen wurde. Im Gegenzug wies Budapest, ohne Gründe dafür zu nennen, einen Schweizer Diplomaten aus.⁹⁰⁹ Die Schweiz konnte sich nach anfänglichem Missmut mit dem von Kádár geschaffenen autoritären System sehr wohl arrangieren.⁹¹⁰ Erste Früchte trugen die Bemühungen der Annäherung 1973, als mit einem neuen Abkommen Fragen der Entschädigung, die Einbindung der nachrichtenlosen Vermögen in den Entschädigungsfonds, ein neuer Wirtschaftsvertrag und das Ende des gebundenen Waren- und Zahlungsverkehrs beschlossen wurden. Damit begann auch eine bis heute andauernde Periode des Schweizer Handelsbilanzüberschusses. Das Vertragswerk trat am 1. Januar 1974 in Kraft. 1982 folgte ein Doppelbesteuerungsabkommen.

Nach der Öffnung Ungarns ab 1989 folgten eine Reihe weiterer Abkommen.⁹¹¹ Es war nicht von ungefähr, dass in der Schweiz Stimmen laut wurden, die Reformstaaten Ungarn und Polen so schnell wie möglich in die *European Free Trade Association* EFTA zu integrieren. Aus welchen Gründen auch immer blieb dieser (parlamentarische) Vorstoss ohne Echo.⁹¹² Ungarn stellte als erstes vormals kommunistische Land den Antrag zur Mitgliedschaft im Europarat und wurde am 6. November 1990 aufgenommen. Auch in der *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* OSZE spielte Ungarn eine wichtige Rolle und war im Dezember 1995 Gastgeber des OSZE-Aussenministerrates. Seit Ungarns Beitritt zur *Europäischen Union* EU 2004 gelten das Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der EU von 1972 und die bilateralen Abkommen von 1999 auch für die Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und Ungarn. 2005 unterhielt Ungarn neben der Botschaft in Bern auch noch Honorarkonsulate in Genf, Zürich, Basel und Zug. Seit dem 14. Juni 1993 ist der Botschafter in Bern zudem für das Fürstentum Liechtenstein zuständig. Auch Staats- und Arbeitsbesuche gibt es zwischen den beiden Ländern erst ab den 1990er Jahren. Als bisher ranghöchster Politiker besuchte im September 1997 der ungarische Staatspräsident Árpád Göncz die Schweiz. Er würdigte in seiner Ansprache die Solidarität, die die Schweiz Ungarn «stets» entgegengebracht hatte, und hob das Wirken von Vizekonsul Carl Lutz im Zweiten Weltkrieg und die Unterstützung während des Aufstandes 1956 hervor.⁹¹³ Göncz' Nachfolger Ferenc Mádl besuchte das Weltwirtschaftsforum in Davos 2001, und im Dezember desselben Jahres besuchte der damalige Bundespräsident Moritz Leuenberger Ungarn. Ein Jahr später kam es zu einem weiteren Treffen der beiden Staats- bzw. Bundespräsidenten Mádl und Kaspar Villiger in der Schweiz. Die Ministerpräsidenten Gyula Horn und Viktor Orbán besuchten 1995 bzw. 2000 ebenfalls die Schweiz.

Der Handel zwischen den beiden Staaten ist seit der Wende 1989 im Steigen begriffen. 2004 exportierte Ungarn im Umfang von 492 Millionen Euro in die Schweiz, während die Schweiz nach Ungarn Waren im Wert von 773,7 Millionen Euro exportierte. Auf dem ungarischen Markt sind gegenwärtig ca. 250 Schweizer Firmen tätig. Trotz des steigenden Handelsvolumens macht der Handel mit Ungarn bloss 0,5% des gesamten Schweizer Aussenhandels aus. In der Schweiz lebten 2005 gegen 4500 ungarische Staatsbürger, 20'000 bis 25'000 Doppelbürger und 10'000 bis 12'000 ungarischsprachige Menschen mit der Staatsbürgerschaft eines Nachbarstaates Ungarns. Umgekehrt leben nur gerade 1566 Schweizer Bürgerinnen und Bürger in Ungarn, davon besitzen 1048 das Doppelbürgerrecht. Die Tendenz ist allerdings steigend.⁹¹⁴

Abkürzungsverzeichnis

ADGB	Archiv der deutschsprachigen Gemeinde in Budapest
AVH	Államvédelmi hatóság / Amt für Staatssicherheit
AVO	Államvédelmi osztály / Abteilung für Staatssicherheit
BBC	Brown, Boveri & Cie
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
CIBA	Chemische Industrie Basel
COCOM	Consultative Group and the Coordinating Committee
COMISCO	Comité der Internationalen Sozialistischen Konferenzen
CSI	Centrale Sanitaire Internationale
CSS	Centrale Sanitaire Suisse
CVJM	Christlichen Verein Junger Männer
DoDiS	Documents Diplomatiques Suisses
EFTA	European Free Trade Association
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EMD	Eidgenössisches Militärdepartement
EPD	Eidgenössisches Politisches Departement
ERP	European Recovery Program
ETH	Eidgenössische Technische Hochschule
EU	Europäische Union
EVD	Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement
EVED	Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement
EZU	Europäischen Zahlungsunion
FAO	Food and Agriculture Organization
FHD	Frauenhilfsdienst
FKgP	Független Kisgazdapárt / Partei der kleinen Landwirte
GATT	Generalabkommen über Zolltarife und Handel
GESUWA	Gesellschaft für den Schweizerisch-Ungarischen Warenaustausch
HEKS	Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz
ICAO	International Civil Aviation Organization
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
IRO	International Refugee Organization
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPS	Kommunistischen Partei der Schweiz
KVP	Katholische Volkspartei
LdU	Landesring der Unabhängigen
MAORT	Magyar Amerikai Olajipari Részvénytársaság / Ungarisch-Amerikanische Aktiengesellschaft der Ölindustrie

MDP	Magyar Dolgozók Pártja / Partei der Ungarischen Werktätigen
MKP	Magyar Kommunista Párt / Kommunistische Partei Ungarns
MNFF	Magyar Nemzeti Függetlenségi Front / Ungarische Nationale Unabhängigkeitsfront
MOL	Magyar Országos Levéltár / Ungarisches Landesarchiv
MIT	Magyar Távirati Iroda / Ungarische Depeschagentur
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NHG	Neue Helvetische Gesellschaft
NPP	Nemzeti Parasztpárt / Nationale Bauernpartei
NZN	Neue Zürcher Nachrichten
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OEEC	Europäische Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit
OSS	Office of Strategic Services
OZNA	Odjeljenje za zaštitu naroda / Jugoslawische Sicherheitspolizei
PdA	Partei der Arbeit
PDP	Demokratische Bürgerpartei
PIL	Politikátörténeti Intézet / Institut für Politik
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
SAD	Schweizerische Aufklärungsdienst
SAH	Schweizerisches Arbeiterhilfswerk
SchUG	Schweizerisch-Ungarische Gesellschaft
SDSU	Studentische Direkthilfe Schweiz-Ungarn
SGB	Schweizerischen Gewerkschaftsbund
SIG	Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes
SRK	Schweizerisches Rotes Kreuz
SRK, Kh	Schweizerisches Rotes Kreuz, Kinderhilfe
SVU	Schweizer Verein Ungarns
SZDP	Szociáldemokrata Párt / Sozialdemokratische Partei
SZF	Zentralstelle für Flüchtlingshilfe
SZH	Schweizerische Zentrale für Handelsförderung
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNO	United Nations Organization
UNRRA	United Nations Relief and Rehabilitation Administration
VSJF	Verband Schweizerischer Jüdischer Flüchtlingshilfen / Fürsorgen
WEU	Westeuropäische Union
WHO	World Health Organization

Anmerkungen

- 1 «Wenn wir jenes Bild zeichnen wollen, welches sich in den Augen anderer, also des Auslands von den Ungarn gebildet hat, dann können wir nicht von einem zentralen Wesenszug ausgehen, welches das Ausland als besonders charakteristisch betrachtet. So ein Zug existiert nämlich nicht. Wir müssen mosaikartig jene Farbfelder nebeneinander legen, aus welchen das gegenwärtige Ungarnbild des Auslands besteht. Wir müssen deshalb diese Methode wählen, weil der wichtigste Wesenszug dieses Bildes die Uneinheitlichkeit ist. Oder man kann auch sagen: Man kennt die Schlüsselcharakteristika entweder nur zum Teil oder gar nicht.» István Bibó 1984, S. 1207.
- 2 Emil Pintér 1969, S. 63.
- 3 Als Titel wären zu nennen: Oskar Frey 1956; Peter Sager et al. 1957; Aufstand der Freiheit 1957; Wir schweigen nicht! 1958; Schweizer Hilfe für Ungarns Flüchtlinge [o.D.]. Hinzu kommt eine ganze Reihe von Peter Sager in der Schriftenreihe der Osteuropa Bibliothek, Bern 1958–1959. Schliesslich wäre eine ganze Anzahl Pamphlete über die ungarische Geschichte zu nennen, die von ungarischen Autoren verfasst wurden: Vgl. Rudolf Fazsy 1957; Josef Vecsey 1959.
- 4 István Tollas 1957.
- 5 Tony Smith hat in einem Artikel in der Zeitschrift *Diplomatic History* den Begriff Pericentrism propagiert: «Such an account of the role of the periphery in the Cold War needs to be rectified by a history of the struggle that shows the periphery feeding on and contributing to the central dynamics of the East-West contest [...] a history where these peoples are seen [as] more effective subjects, and less as manipulated objects of the course of events.» Was Smith vorschwebte, war die Untersuchung, weshalb der Kalte Krieg sich auf die ganze Welt ausgedehnt, sich intensiviert und so lange gedauert hat. Der Fokus liegt also auf den «hot wars», die den Kalten Krieg begleiteten. Tony Smith 2000, S. 569.
- 6 Odd Arne Westad 2000, S. 1.
- 7 Zur Problematik der Entscheidungsvorgänge in der Aussenpolitik vgl. Thomas Gees et al. 2002.
- 8 So nehmen Hilfsaktionen in den Darstellungen von Markus Schmitz über die Beziehungen der Schweiz zur Bundesrepublik Deutschland und Christoph Moser über die Beziehungen zu den Niederlanden eine zentrale Rolle ein. Markus Schmitz 2003; Christoph Moser 1990.
- 9 Madeleine Herren et al. 2002.
- 10 Einen Überblick über die neuere Forschung in diesem Bereich verschafft Georg Kreis 2004. Zu nennen sind hier stellvertretend für andere Arbeiten: Christoph Späti 2000; Therese Steffen Gerber 2002. Allerdings vermeiden die Autoren in der Regel die Adaptierung neuer Theorierichtungen, die gerade in der Schweiz, wo noch keine Klarheit darüber herrscht, ob die nach aussen gerichtete Politik der Nachkriegszeit im engeren Sinne eine Aussenpolitik war, von grosser Wichtigkeit wären. Obwohl die Autoren eine methodische Diskussion in der Regel vermeiden, konnte die Disziplin der politischen Geschichtsschreibung in der Schweiz einige Fortschritte verbuchen. So wird neuerdings mit Vorliebe der multiarchivische Zugang gewählt. Vgl. Ursula Lehmkuhl 2001. Insbesondere die Unkenntnis der osteuropäischen Sprachen hinderte westliche Forscher bislang daran, sich mit Quellenmaterial der Gegenseite auseinander zu setzen. Ein mustergültiges Beispiel für eine multiarchivische Herangehensweise ist: Justine Faure 2004.
- 11 «Der alles durchdringenden Politisierung fällt der übriggebliebene Rest an zeithistorischer Forschung zum Opfer. [...] Seit 1989 sind zahlreiche neue Gesamtdarstellungen zur Geschichte Ungarns im 20. Jahrhundert erschienen. Doch handelt es sich bei diesen [...] meistens um überarbeitete ältere Werke. [...] Das Problem dieser Darstellungen ist weniger, dass nun Marktwirtschaft und Demokratie an die Stelle des Staatssozialismus getreten sind, sondern dass sie nur zu einem geringen Teil auf neuerer Forschung beruhen. Statt dessen

- interpretieren sie seit längerem bekannte Fakten der politischen Entwicklung nur um.» Árpád von Klimó et al. 1999. Zu ähnlichen Schlüssen kommen Gerhard Seewann und Holger Fischer in ihren Beiträgen in: Márta Fata 2004. Vgl. auch György Jakab 2004.
- 12 Zu den Mythen in der ungarischen Geschichtswissenschaft: Ignác Romsics 2002; György Dalos 1998.
 - 13 Ein Referenzwerk ist sicherlich der reiche Dokumentenband: Csaba Békés et al. 2002. Weitere Titel werden am gegebenen Ort zitiert.
 - 14 Béla Dezsényi 1946. Eine Auflistung weiterer Titel befindet sich auf www.dodis.ch.
 - 15 Bei allen Vorteilen des multiarchivischen Zugangs läuft man Gefahr, dass man mit Vojtech Mastny zur Erkenntnis gelangt: «the big surprise is that there was no big surprise.» Mastny, dem dieser Ausspruch zugeschrieben wird, bemerkte, nachdem er die neu zugänglichen Akten in der Sowjetunion gesichtet hatte, der Beginn des Kalten Krieges erscheine nicht in einem anderen Licht. Allerdings erwähnt er nicht, welches Archiv er 1997 besuchte. Vgl. Tony Smith 2000, S. 568.
 - 16 Zu nennen sind die Protokolle der Regierungssitzungen der Regierungen Dálnoki, Nagy und Dinnyés, herausgegeben vom Ungarischen Landesarchiv. Dálnoki Miklós Béla 1997; László Szűcs 2003; Ders. 2000. In der Schweiz ist zu nennen: Diplomatische Dokumente der Schweiz 1945–1981, Internet-Datenbank DoDiS, <http://www.dodis.ch>.
 - 17 Schon die Etikette ist ein Streitpunkt. Ältere Begriffe wie politische Geschichte und Diplomatiegeschichte werden von Kritikern in die Tradition Leopold von Rankes gestellt, während die Geschichte der Internationalen Beziehungen einen politikwissenschaftlichen Beigeschmack hat. Der Begriff der Internationalen Geschichte, der vor allem in den USA in Anlehnung an die Arbeiten Akira Iriyes verbreitet ist, hat auch im deutschsprachigen Raum seine Vertreter u.a. in Wilfried Loth, Jürgen Osterhammel und Ursula Lehmkuhl. Vgl. Wilfried Loth et al. 2000.
 - 18 Diese Forschungsrichtung, die auf Akira Iriye zurückgeht, fasst Iriye wie folgt zusammen: «The cultural approach to diplomatic history [examines] international affairs in terms of dreams, aspirations and other manifestations of human consciousness». Akira Iriye 1991, S. 214. In diesem Sinne äussert sich auch Ursula Lehmkuhl 2001, S. 403f.
 - 19 Ludger Kühnhardt 2000, S. 18.
 - 20 Alexander Wendt 1999, S. 236. Wendt bezieht sich hier auf: Alexander George and Robert Keohane 1980, S. 217–238. Zu diesem Thema auch Rodney Hall 1999.
 - 21 Einen Überblick über die Kritik am Begriff der «kollektiven Identität» findet sich bei Jürgen Straub 2004, S. 277–303.
 - 22 Rodney Hall 1999, S. 9. Hall steht in der Tradition der Klassiker der Nationalismusforschung wie Ernest Renan, Benedict Anderson oder Eric Hobsbawm.
 - 23 Bernhard Giesen 1999, S. 24–69.
 - 24 Als völlig statisches Konzept verwendet, suggeriert der Begriff nämlich fälschlicherweise, dass Menschen aufgrund einer spezifischen Geschichte, die sie angeblich gemeinsam haben, zu einer soliden, unveränderlichen, wesenhaften kollektiven Einheit gehören und sich in der Folge dazu verpflichtet fühlen, im Bedrohungsfall als Gruppe zu agieren und zu reagieren. Insofern rückt eine solche Handhabung des Identitätsbegriffs in die Nähe der Identitätspropaganda. Vgl. Ruth Wodak et al. 1998, S. 48f. Auch Peter Wagner weist darauf hin, dass der Begriff Identität eigentlich nicht vereinbar ist mit der Wandelbarkeit der Identität, wie sie in postmodernen Untersuchungen gebräuchlich ist. Vgl. Peter Wagner 1998, S. 44–72. Eine fundamentale Kritik am «inhaltsarmen Reduktionsbegriff» der Identität übt Lutz Niethammer 2000.
 - 25 Vgl. Ruth Wodak 1998, S. 61. Seinen Diskursbegriff entwickelte Jürgen Habermas in: Jürgen Habermas 1995.
 - 26 Kurt Imhof 1996, S. 177. Vgl. dazu auch Herbert Willems und Alois Hahn 1999, S. 17. Identitätskonstruktionen sind besonders anfällig auf Angriffe. Zu ihrer Abwehr wird gerne der Ehrbegriff strapaziert. Vgl. Ludgera Vogt 1999.
 - 27 Gemäss Max Weber zeigt sich, «dass die mit dem Sammelnamen national bezeichneten Gemeinsamkeitsgefühle nichts Eindeutiges sind, sondern aus sehr verschiedenen Quellen

- gespeist werden können: Unterschiede der sozialen und ökonomischen Gliederung und der inneren Herrschaftsstruktur mit ihren Einflüssen auf die ›Sitten‹ können eine Rolle spielen, müssen es aber nicht [...], gemeinsame politische Erinnerungen, Konfession und endlich Sprachgemeinschaft können als Quellen wirken und endlich natürlich auch der rassenmässig bedingte Habitus. Dieser oft in eigentümlicher Weise.» Max Weber 2001, S. 189f.
- 28 Jürgen Habermas 1973, S. 99.
- 29 Vgl. ebd., S. 102.
- 30 Peter Wagner 1998, S. 58f. Vgl. auch Jürgen Straub 1998, S. 103f.; Michael Pickering 2001. Wie gegenwärtig nationale Stereotypen verwendet werden, ist vor allem im Sportjournalismus zu beobachten. Jens Werneken 2000.
- 31 Der Begriff tacit knowledge wurde vom japanischen Autor Ikujiro Nonaka im Bereich des Wissensmanagements eingeführt. Es bedeutet ein zwar nicht artikuliertes, aber potentiell vorhandenes Wissen. Ikujiro Nonaka und Hirotaka Takeuchi 1997.
- 32 Gemäss einer Zusammenstellung der ungarischen Wochenzeitung *Élet és irodalom*, 1. Oktober 2004, sind seit dem Auftritt Ungarns an der Frankfurter Buchmesse 1999 mehr als 80 Werke von ca. 40 ungarischen Autoren ins Deutsche übersetzt worden.
- 33 Hans Hermann Eichenberger 1938.
- 34 A. Immendorfer et al. 1889, S. 3–4.
- 35 Ebd., S. 3f. und S. 55.
- 36 E. von Waldkirch 1923, S. 1.
- 37 Ebd., S. 23f.
- 38 Max Frisch 1976, S. 39–45.
- 39 Antal Szerb 1941, S. 656.
- 40 Dezső Kosztolányi 2000, S. 5–11.
- 41 Das Tonhalle-Orchester Zürich, die Zürcher Oper, das Basler Kammerorchester, das Orchester des Berner Musikvereins, die Allgemeine Musikgesellschaft AMG in Basel und vor allem das Orchestre de la Suisse Romande unter Ernest Ansermet führten zwischen 1945 und 1956 mindestens 20 Werke von Bartók auf. Er galt als die führende Persönlichkeit des Musiklebens des 20. Jahrhunderts und wirkte dabei als erstklassiger Überbringer ungarischer Kultur. Vgl. Werner Fuchss 1973. Bartók zu Ehren wurde 1958 in Basel ein Festival veranstaltet.
- 42 In Budapest gehörten u.a. György Kurtág und György Ligeti zu seinen Schülern, in Bern u.a. Heinz Holliger, Heinz Marti und Jürg Wytenbach.
- 43 Gemäss der Website data.kammermusik.org waren es von 1947 bis 1956 22 Konzerte in Basel. Alle vier Mitglieder, Sándor Végh, Sándor Zöldy, György Janzer und Pál Szabó, unterrichteten zudem an der Musikakademie in Basel.
- 44 Vgl. Márta Fügédi 1999, S. 323–339.
- 45 Zur Geschichte des Gulaschs vgl. Der Standard, 23. April 2004. Die Gulaschrezepte sind zu finden bei: Amalie Schneider-Schläth 1888, S. 123. Vgl. in diesem Buch Anm. 903.
- 46 Vgl. István Csifray 1888. Die Informationen zur kulinarischen Bedeutung der Schweiz in Ungarn verdanke ich Sándor Tréfás. Man kann unter Umständen den Genfer Konditoren Gerbaud anführen, der in Budapest eine der heute berühmtesten Konditoreien begründete. Auch Zuckerbäcker aus dem Bergell sollen sich in Budapest niedergelassen haben.
- 47 Ich denke oft an Piroshka (Deutschland 1955). Regie: Kurt Hoffmann. Darsteller: Liselotte Pulver, Gunnar Möller u.a.
- 48 Diese Angabe verdanke ich Herrn Berauer von der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft SPIO in Wiesbaden. Wertvolle Hinweise gab mir auch Herr Manfred Thurow, Basel.
- 49 Sissi (Österreich 1955). Regie: Ernst Marischka, Darsteller: Romy Schneider, Karlheinz Böhm u.a. Über ungarische Filme mit Schweizer Thematik ist mir nichts bekannt. Erst der Film «Die Schweizermacher» von Rolf Lissy von 1978 hatte auch in Ungarn Erfolg. Im Übrigen vermittelten auch Operetten, die in Schweizer Theatern zu den Publikumserfolgen gehörten, ein stereotypes Ungarn-Bild. Zu erwähnen sind u.a. Johann Strauss' «Zigeunerbaron» oder die Operetten von Emmerich Kálmán.

- 50 Neue Zürcher Zeitung Nr. 162 vom 15./16. Juli 1989.
- 51 Eine geraffte Übersicht enthält: Stefanie Harter et al. 2003, S. 18–28.
- 52 Otto Stammer und Peter Weingart 1972, S. 146.
- 53 Vgl. Ralf Dahrendorf 1961, S. 179f. Auch die Neo-Funktionalisten Joseph Nye und Robert Keohane weisen in ihrer Theorie über die Wichtigkeit der «Elite socialization» auf die notwendige Berücksichtigung u.a. intergouvernementaler und interparlamentarischer Beziehungen zwischen einzelnen Staaten bzw. auf die Rolle von Akteuren aus Wirtschaft und Gesellschaft hin. Einen Überblick zu den Neo-Funktionalisten und verwandte Theorierichtungen bietet: James E. Dougherty et al. 2001³, S. 505–552.
- 54 Alle Übersetzungen aus dem Ungarischen wurden vom Autor vorgenommen.
- 55 Theo Frey [o.D.], S. 144.
- 56 Jeremi Suri 2003, S. 227. Zum Kalten Krieg gibt es eine unübersehbare Anzahl von Publikationen. Einen Überblick über die US-amerikanische Forschung vermittelt u.a. Robert J. McMahon and Thomas G. Paterson 1999⁴.
- 57 Vgl. Daniel Neval 2003, S. 278.
- 58 Kees Boterbloem 2004, S. 312.
- 59 Vgl. Daniel Neval 2003, S. 278f.
- 60 Vgl. ebd., S. 280.
- 61 Vgl. ebd., S. 251.
- 62 Die Bewegung der blockfreien Staaten mit Indien und Jugoslawien an der Spitze entstand als Folge der Konferenz im indonesischen Bandung 1955, an welcher Abgesandte aus 23 asiatischen und sechs afrikanischen Staaten teilnahmen. Die Bewegung konstituierte sich erst 1961 an der ersten Gipfelkonferenz in Belgrad. Die Bewegung existiert nach wie vor.
- 63 Jean Rudolf von Salis 1969², S. 203. Das Zitat stammt aus einem Vortrag in Lenzburg im Jahre 1961.
- 64 Vgl. Simone Chiquet et al. 1995, S. 47–50.
- 65 Vgl. Daniel Möckli 2000, S. 41. Zur Aussenpolitik Giuseppe Mottas vgl. Jean Rudolf von Salis 1941.
- 66 Vgl. Daniel Möckli 2000, S. 59.
- 67 Vgl. ebd., S. 64 und 73.
- 68 Dass der in der Aussenpolitik unerfahrene 45-jährige Neuenburger Ständerat für das Amt des EPD-Vorstehers erkoren wurde, ist wohl ein Zeichen dafür, dass sich kein Politiker an der heiklen Materie die Finger verbrennen wollte. Eine Parallele stellt der erste ungarische Aussenminister der Nachkriegszeit, János Gyöngyösi, dar. Vgl. in diesem Buch Anm. 99.
- 69 Alfred Zehnder 1980, S. 15. Die ersten Waren wurden erst im Herbst 1945 von der Rationierung freigegeben, die völlige Freigabe aller Produkte geschah erst im Laufe des Jahres 1948. Die Rohstoffversorgung – besonders mit Kohle – war sehr schlecht, was nicht nur in der Industrie, sondern auch in den einzelnen Haushalten beim Kochen und Heizen bemerkbar war. Auch elektrische Energie war rationiert.
- 70 Die Beziehungen zur Sowjetunion waren von der Schweiz im November 1918 abgebrochen worden, und die totale Wirtschafts- und Handelsblockade wurde erst 1927 aufgehoben. Ab 1933 gab es einen Handelsvertrag auf Kompensationsbasis, der im Februar 1941 durch ein Wirtschaftsabkommen erneuert wurde. Vgl. Stefan Frech et al. 2002, S. 197.
- 71 Vgl. Therese Steffen 1995, S. 46ff.
- 72 Es handelte sich dabei um Paul Ruegger, Schweizer Gesandter in London; Carl Jakob Burckhardt, Schweizer Gesandter in Paris und William E. Rappard, Professor an der Universität Genf.
- 73 Daniel Frei 1980, S. 168f.
- 74 Vgl. Daniel Möckli 2000, S. 110.
- 75 Diese doktrinaire Haltung, sich nur an technischen, nicht aber an politischen oder militärischen Organisationen zu beteiligen, wurde 1954 durch die nach dem damaligen Chef des Rechtsdienstes des EPD Rudolf Bindschedler benannte Bindschedler-Doktrin quasi zementiert. Vgl. Andreas Wenger et al. 1997/98, S. 18f.

- 76 Daniel Neval 2003, S. 131f.
- 77 Vgl. Daniel Möckli 2000, S. 129.
- 78 Vgl. ebd., S. 135f.
- 79 Réunion des présidents des gouvernements cantonaux, 23.5.1945. Commission des affaires étrangères du C. N. 23.5.1945. Documents Diplomatiques Suisses. Diplomatische Dokumente der Schweiz. Documenti Diplomatici Svizzeri, Internet-Datenbank DoDiS, <http://www.dodis.ch>, DoDis-320.
- 80 Alfred Zehnder 1980, S. 29.
- 81 Max Wolff zit. in: Jakob Tanner 1996, S. 29.
- 82 Daniel Möckli 2000, S. 209.
- 83 Alfred Zehnder 1957, S. 12.
- 84 Daniel Frei 1980, S. 170.
- 85 Zum Beispiel die Länder Tschechoslowakei, Polen, Jugoslawien, Syrien und Libanon. Aber auch Ungarns Existenz war zum Zeitpunkt der Aufnahme diplomatischer Beziehungen in der ehemaligen Form durch keinen Friedensvertrag legitimiert.
- 86 Vgl. Daniel Möckli 2000, S. 156.
- 87 Vgl. Therese Steffen 1995. Bei den Schweizer Diplomaten handelte es sich u.a. um Harald Feller und Max Meier, die während des Zweiten Weltkriegs in Budapest im Dienst gewesen waren. Vgl. in diesem Buch Anm. 179.
- 88 Alfred Zehnder 1980, S. 17.
- 89 Heinrich Homberger 1980, S. 57.
- 90 Vgl. Daniel Möckli 2000, S. 101. Zu den Details vgl. Linus von Castelmur 1992, S. 23.
- 91 «L'accord de Washington de 1946 [...] ne nous ont pas tous donné satisfaction, mais ont permis de régler à l'aimable ou, si l'on préfère, de liquider des questions irritants.» Max Petitpierre 1952, S. 8.
- 92 Die Schweiz war ab der unmittelbaren Nachkriegszeit auch mit streng geheimen Banden an die Westalliierten gebunden. Anlässlich des Ungarnaufstandes von 1956 wurden solche Verbindungen von Parlamentariern offen eingefordert. Vgl. Daniele Ganser 2002, S. 397ff.
- 93 Vgl. Charles Stirnimann 1992.
- 94 Die Pfeilkreuzler zogen ideologisch mit der deutschen NSDAP gleich. Ihr Führer hiess Ferenc Szálasi. Zur Geschichte dieser Partei vgl. Margit Szöllösy-Janze 1989.
- 95 Der Begriff «Befreiung» wurde unmittelbar nach Einmarsch der Roten Armee zum Dogma erklärt. Die Auseinandersetzung um die historische Wertung dieses zweifelsohne einschneidenden Ereignisses und Erlebnisses erfolgte erst nach der politischen Wende 1989. Nach wie vor besteht kein gültiger Konsens zu dieser Frage. Vgl. Krisztián Ungváry 2002.
- 96 Die Bezeichnung «neobarock» stammt vom Historiker Gyula Szekfű, der auf diese Weise die Annäherung der Horthy-Ära an feudale Herrschaftsmodelle beschrieb. Gyula Szekfű 1934.
- 97 Vgl. István Kertész 1995, S. 54.
- 98 Sándor Márai 2001, S. 19.
- 99 Auch hier ging es wohl darum, die ausweglose Aussenpolitik einer unerfahrenen Person zu überantworten. Eine Parallele zu Max Petitpierre ist unverkennbar. Vgl. in diesem Buch Anm. 68. Gyöngyösi konnte keine einzige Fremdsprache und war ein sehr schlechter Redner. Vgl. Sándor Balogh 1988³, S. 32. Eric Roman charakterisiert Gyöngyösis Auftreten an der Friedenskonferenz in Paris im Sommer 1946 folgendermassen: «If Hungarians indeed wanted to argue their case forcefully in Paris they needed spokesmen of outstanding stature and János Gyöngyösi was not one. He had little experience in foreign affairs, did not speak any major language, and had strikingly unoriginal concepts.» Eric Roman 1996, S. 144.
- 100 Der Dilettantismus der interimistischen Regierung wird schon dadurch deutlich, dass Ungarn vergass, Deutschland den Krieg zu erklären. Vgl. Sándor Balogh 1988. Die ungarische Delegation war schon am 1. Januar 1945 in Moskau eingetroffen, musste aber warten, bis die Vertreter der Grossmächte ihre Differenzen bereinigt hatten. Vgl. Eric Roman 1996, S. 24ff.

- 101 Vgl. Margit Földes 2000, S. 90–97.
- 102 Vgl. Eric Roman 1996, S. 42–46.
- 103 Vgl. Magyarország Demokratikus Újjáépítésének és Felemelkedésének Programja. Az MKP javaslata (1944). In: Éva Ring 1986. Band 1, S. 13ff.
- 104 Vgl. ebd., S. 13–31. Dabei handelte es sich um die Südslowakei, die Karpatoukraine und Nordsiebenbürgen.
- 105 János Gyöngyösi, zit. in: Die Nation. Nr. 1, 9. Januar 1946.
- 106 Vgl. Eric Roman 1996, S. 71–76.
- 107 Vgl. László Borhi 2000, S. 12f.
- 108 Die Motivation der USA und auch Grossbritanniens war, dass man damit auch Druck auf Rumänien ausüben wollte, wo keine freien Wahlen stattgefunden hatten. Ausserdem konnten sich die Westmächte sicher fühlen, dass bei einem Wahlsieg der bürgerlichen Parteien die Interessen der Westmächte in Ungarn gewahrt werden konnten. Vgl. Eric Roman 1996, S. 94ff.
- 109 Ferenc Nagy an der 1. Sitzung seines Kabinetts am 5. Februar 1946. In: László Szűcs 2003, S. 76.
- 110 Vgl. Eric Roman 1996, S. 102ff. Die Beneš-Dekrete gehören nach wie vor zu den umstrittensten Bereichen in der Geschichte der Tschechoslowakei. Eine umfassende und kritische Auseinandersetzung mit den Dekreten findet sich bei Heiner Timmermann, Emil Voráček, Rüdiger Kipke 2005.
- 111 Eric Roman 1996, S. 112f. Vgl. auch Sándor Balogh 1988, S. 103–131. Zum Bevölkerungsaustausch vgl. auch Helmut Slapnicka 2005, S. 246ff.
- 112 Vgl. Krisztina Kaltenecker 2004.
- 113 Die Sozialdemokratische Partei brachte schon im Nationalen Komitee in Budapest die Idee ein, dass man ungarische Journalisten in die Nachbarstaaten schicken müsse, um dort wahre Informationen über Ungarn zu verbreiten und so das Image Ungarns aufzupolieren. Vgl. 28. jegyzőkönyv 1945. április 18. In: Ferenc Gáspár und László Halasi 1975, S. 106. Auch andere Parteien forderten die Aufstellung einer Propaganda-Zentrale, die unter anderem Informationsmaterial an die ausländische Presse verteilen sollte. Auch sollten die Auslandungarn und die ins Ausland reisenden Ungarn entsprechend instruiert werden. Vgl. 37. jegyzőkönyv 1945. augusztus 13. In: ebd., S. 220f.
- 114 Der Trianon-Vertrag hatte weitreichende Auswirkungen auf die Ausformung der ungarischen Identität. Kaum ein Identitätsentwurf konnte sich den katastrophalen Auswirkungen dieses Friedensvertrages verschliessen. Auch heute noch wirken die Probleme, die der Vertrag geschaffen hatte, nach. Vgl. Ignác Romsics 1998. Eine umfangreiche Bibliographie liegt vor bei Archimedesz Szidiropulosz 2002.
- 115 «Even the economic concessions were self-serving because Stalin had by now realized that if the Hungarian economy continued to be overburdened with reparations obligations and deliveries under the commercial agreement it might break under the strain.» Eric Roman 1996, S. 122. Auch die 15 Millionen Dollar für Eisenbahnstrecken, die die Rote Armee hatte bauen müssen, wurden Ungarn erlassen; die Strecken lagen ohnehin vor allem in der Tschechoslowakei und in Rumänien.
- 116 Die Stephanskronen wurden Ungarn erst am 6. Januar 1978 wieder ausgehändigt.
- 117 Vgl. Rákosi Sztálinhoz továbbított levele 1946. július 2. In: Lajos Izsák et al. 1994, S. 95. Vgl. Sándor Balogh 1988, S. 208. Zur Reise vgl. auch Eric Roman 1996, S. 131ff.
- 118 Gemeint ist in erster Linie die Actio Catolica. Zur Zusammenarbeit der Hilfsorganisationen mit der ungarischen Regierung vgl. in diesem Buch S. 134ff.
- 119 In der Schweiz war dies György Bakách-Bessenyei gewesen. Dem späteren Leiter der Friedensdelegation, István Kertész, war von der Regierung Lakatos – dieser folgte dem deutschfreundlichen Sztójai im Sommer 1944 – der Posten des Konsuls in Zürich angeboten worden, damit dieser seine Friedensvorbereitungen in Ruhe fortführen konnte. Die Akten dazu befanden sich zu wesentlichen Teilen in der ungarischen Botschaft in Bern. Vgl. István Kertész 1995, S. 39f.

- 120 Vgl. ebd., S. 61.
- 121 Vgl. Az 1947 február 10.-én aláírt Magyar Békeszerződés és mellékletei (teljes és hiteles szöveg). A jogtudományi közlöny melléklete. Budapest 1947.
- 122 Vgl. dazu in diesem Buch ab S. 107.
- 123 Vgl. Eric Roman 1996, S. 180ff.
- 124 Vgl. ebd., S. 184.
- 125 Vgl. Margit Földes 2000, S. 90–97.
- 126 Die Verträge wurden mit Jugoslawien am 15. Oktober, mit Bulgarien am 29. Oktober und mit Rumänien am 25. November 1947 abgeschlossen. Vgl. Sándor Balogh 1988, S. 278.
- 127 Vgl. Eric Roman 1996, S. 211.
- 128 Vgl. Ivan T. Berend 1990, S. 2ff.
- 129 Zur Rolle der Kominform im Jugoslawien-Konflikt vgl. Gábor Székely 2000, S. 62–74.
- 130 Schon im Januar 1949 war der *Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe* RGW gegründet worden. Damit war der wirtschaftliche Einfluss der Sowjetunion sanktioniert worden. Darüber hinaus versuchte jeder Mitgliedstaat für sich, eine autarke Wirtschaft aufzubauen. Vgl. Sándor Balogh 1988, S. 316ff.
- 131 Über die Entwicklung der diplomatischen Beziehungen der Schweiz zu Ungarn vgl. Bruno Suter 2001, S. 221–235.
- 132 Kilchmann an Pilet-Golaz, 21. August 1943. BAR E 2001 (E) -/1/36: Dossier Georg Bakach-Besseney.
- 133 Vgl. István G. Vass 1994.
- 134 Vgl. Theo Tschuy 1998, S. 124–144.
- 135 Telegramm der Schweizerischen Gesandtschaft an EPD am 4. Mai 1944. BAR E 2001 (E) -/1/36.
- 136 Notiz von Pilet-Golaz, 23. August 1944. BAR E 2001 (E) -/1/36.
- 137 Vgl. EPD an den Bundesrat, 20. Dezember 1945. DDS, www.dodis.ch, DoDiS-4; Theo Tschuy 1998, S. 241–275. Offenbar versuchte die Szálasi-Regierung alles, damit sie von neutralen Staaten anerkannt werde.
- 138 EPD an den Bundesrat, 20. Dezember 1945. DoDiS-4.
- 139 Schweizer Illustrierte Zeitung Nr. 15, 12. April 1944.
- 140 Vgl. MNFF an János Gyöngyösi, 24. August 1945. MOL XIX-J-1-j. 1. doboz. II-12. Zur MNFF vgl. in diesem Buch ab S. 92.
- 141 Es handelte sich um die Herren Véghelyi und Edöcs in Bern, Herrn Gyula Takács in Zürich und Herrn Alfred Reisch in Genf. Vgl. Notiz des EPD zur Überreichung der Anerkennungsnote an den Gesandten Károly Bothmer und den Vertreter des ungarischen Auswärtigenministeriums Dr. Kádár. DDS, www.dodis.ch, DoDiS-14.
- 142 EPD an die Eidgenössische Fremdenpolizei, 1. April 1946. BARE 2001 (E) -/1/36: 1946–1948: Personnel de la Légation Royale de Hongrie à Berne. Dossier Charles Bothmer.
- 143 Vgl. MNFF an Gyöngyösi, 2. Oktober 1945. MOL XIX-J-1-j. 1. doboz. II-12. Dieses Gerücht ist zwar nirgendwo belegt, allerdings wurde es von Zeitzeugen in Gesprächen mir gegenüber mehrfach bestätigt. Die Vermutung liegt nahe, dass Bothmer am Organisieren der Ausreise einiger ungarischer Flüchtlinge nach Südamerika, insbesondere nach Argentinien, beteiligt war. In Bern befand sich eine der Zentralen von Juan Peróns Fluchtorganisation für Nazi-Größen. Uki Goñi, der argentinische Journalist, der die Flucht der Nazis nach Argentinien untersucht hat, konnte mir gegenüber eine Verwicklung Bothmers in diese Angelegenheit nicht bestätigen, allerdings hatte er die ungarischen Flüchtlinge – obwohl sie zahlreich waren – nicht in seine Untersuchungen einbezogen. Vgl. Uki Goñi 2002.
- 144 Vgl. Jegyzőkönyv a báró Bothmer Károly és a MNFF megbizottja, dr. Bartók László és Földi Iván között létrejött és 1945 évi október hó 1-én Bernben aláírt megállapodásról. MOL XIX-J-1-j. 1. doboz. II-12.
- 145 Vgl. Troendle an EPD, 3. Mai 1946. DDS, www.dodis.ch, DoDiS-1906.
- 146 Vgl. MOL XIX-A-1-j. 1946-VIII-7748. Auch in László Szűcs 2003, S. 647.
- 147 Vgl. Vilmos Böhm 1990, S. 110.

- 148 Vgl. László Szűcs 2003, S. 994f. Zwar sind mir keine Dokumente bekannt, die den Partein-schacher bezeugen. Jedoch gibt es Hinweise, wonach die Parteizugehörigkeit zu den jewei-ligen Gastländern passen sollte. So bemängelte der Ministerpräsident Ferenc Nagy, dass die Handelsvertretung in der Schweiz vom Kommunisten József Beck geleitet werden sollte. Das sei nicht nur aus Sicht seiner eigenen Partei nicht erwünscht, sondern auch von Seiten der Gastländer. Allerdings wurden keine Massnahmen zur Verhinderung seiner Ausreise un-ternommen.
- 149 Vgl. V. Tugarjev, Wachtmeister der Roten Armee, an Panuschkin: A Tildy-kormány tag-jainak jellemzése 1945. december 14. In: Lajos Izsák, Miklós Kun 1994, S. 88.
- 150 Vgl. László Szűcs 2003, S. 1238.
- 151 Vgl. Gordon an Rákosi, 5. November 1946. PIL 274.10.111.
- 152 Vgl. István Kertész 1995, S. 145.
- 153 Vgl. Ferenc Gordon in einem Interview mit der Zeitung *Képes Figyelő* am 31. August 1946.
- 154 Vgl. Gordon an Gyöngyösi, 25. Oktober 1946. MOL XIX-J-21-a.
- 155 Vgl. Schiffer Pál, a nemzetgyűlés 48. ülésén 1946.VIII.7. Vgl. Távirat a középső had-seregcsoporttól 1946. augusztus 21. In: Lajos Izsák, Miklós Kun 1994, S. 120–126. Vgl. in diesem Buch ab S. 85.
- 156 Vgl. in diesem Buch S. 112.
- 157 Vgl. Iván Földi an MKP: A Svájcban végzendő magyar sajtómunka jelentősége. PIL 274.10.109.
- 158 Ernő Halász an das Aussenministerium, 19. Februar 1947. MOL XIX-J-21-a-1944–1960. Gordon hatte schon im Oktober 1946 um besseres statistisches Material aus Ungarn ge-beten, um bei den Zeitungsredaktionen wirkungsvoller intervenieren zu können. Vgl. Gordon an Rákosi, 5. Oktober 1946. PIL 274.10.111.
- 159 Vgl. Gordon an Ferenc Nagy und Árpád Szakasits, 23. Februar 1947. MOL XIX-J-21-a.
- 160 Vgl. Veszprémy-Bangha an Aussenministerium, 6. August 1947. MOL XIX-J-1-j. 5. doboz.
- 161 Vgl. Gordon an Gyöngyösi, 25. Oktober 1946. MOL XIX-J-21-a.
- 162 Vgl. Gordon an Rákosi, 5. Oktober 1946. PIL 274.10.111.
- 163 Vgl. Gordon an Aussenministerium, 1. Februar 1947. MOL XIX-J-21-a. 1. doboz.
- 164 Vgl. Gordon an Gyöngyösi, 16. März 1947. MOL XIX-J-21-a. 1. doboz. Der 15. März erin-nernt an den Ausbruch der Revolution von 1848.
- 165 Vgl. in diesem Buch S. 131ff.
- 166 Zur Demissionierung von Nagy und Gordon vgl. in diesem Buch S. 107ff.
- 167 Vgl. László Szűcs 2000, S. 119f.
- 168 Francis (Ferenc) Gordon 1948, S. 57.
- 169 Vgl. Gábor Pulay, miniszteri titkár a 3749/I-1947 sz. Rendelet alapján történt berni kiküldetéséről. MOL XIX-J-1-j. II-12.
- 170 Dinnyés Lajos miniszterelnöki bemutatkozó beszéde a nemzetgyűlés 1947. június 10-i ülésén. In: László Szűcs 2000, S. 88.
- 171 Es gelang den Kommunisten immerhin, die offenbar geplante Entsendung des ebenfalls der FKgP angehörenden János Eröss auf den Berner Posten zu verhindern. Vgl. Protokoll des auswärtigen Komitees der MKP am 25. Juni 1947. PIL 274.10.1.
- 172 Seifert an Zehnder, 30. Juli 1947. BAR E 2001 (E) -/1/36.
- 173 Ebd.
- 174 Vgl. EPD an EJPD, 23. Juni 1947. BAR E 2001 (E) -/1/36. Zu den Verarrestierungen vgl. in diesem Buch S. 177ff.
- 175 Vgl. BAR E 2800 (-) 1990/106/20. [Angabe aus DDS, www.dodis.ch, DoDiS-5140.]
- 176 Vgl. Oltványi an Erik Molnar, Aussenminister, 1. Juli 1948. MOL XIX-J-1-j.
- 177 Vgl. Veszprémy-Bangha an László Rajk, Aussenminister, 25. September 1948. MOL XIX-J-1-j.
- 178 Vgl. Bundesanwaltschaft an EPD, 25. November 1948. BAR E 2001 (E) -/1/36.
- 179 Vgl. Theo Tschuy 1998, S. 351ff. Zu Harald Feller vgl. Peter Haber 2005, S. 55f.
- 180 Vgl. Theo Tschuy 1998, S. 370ff.

- 181 Vgl. Therese Steffen 1995, S. 51–57. Vgl. in diesem Buch ab S. 29.
- 182 Vgl. Gordon an Rákosi, 5. Oktober 1946. PIL 274.10.111.
- 183 Dazu ein Beispiel: Am 15. Oktober 1947 reichte die Schweizer Gesandtschaft ein Aide-mémoire ein bezüglich der Schweizer Interessen an den Gütern, die unter die Bestimmungen von Potsdam fielen. Das Ansuchen wurde am 5. März 1948 der Wirtschaftsabteilung übergeben, nachdem Botschaftssekretär Seifert am 17. Februar nochmals interveniert hatte. Auch am 1. April musste interveniert werden. Das Papier war in der Zwischenzeit zwischen der wirtschaftlichen und der Rechtsabteilung hin- und hergependelt, weil sich niemand zuständig fühlte. Am 29. April 1948 kam das Papier mit dem Vermerk «dringend» zur politischen Abteilung. Im Mai war die Sache noch immer nicht erledigt. Vgl. Szász, politische Abteilung, an die Rechts- und die wirtschaftliche Abteilung des Aussenministeriums, 8. Mai 1948. MOL XIX-J-1-j. XX-199.
- 184 Seifert an Zehnder, 28. Januar 1949. BAR E 2001(E) 1967/113/521.
- 185 Seifert an Zehnder, 11. Februar 1949. BAR E 2001 (E) 1967/113/521.
- 186 BAR E 2001 (E) 1967/113/521. Besonders in der katholischen Schweiz war die Empörung gross. Vgl. in diesem Buch ab S. 84. Der Bischof von Sitten, Victor Bieler, richtete im Namen des schweizerischen Episkopats ein Protesttelegramm an die ungarische Gesandtschaft in Bern. Vgl. Schweizerische Kirchen-Zeitung Nr. 6, 1949.
- 187 Vgl. Krisztián Ungváry 1998.
- 188 Diese Zahl wird u.a. vom im Jahr 2004 gegründeten Budapest Holocaust Memorial Center genannt.
- 189 Vgl. Iván Pető und Sándor Szakács 1985, S. 19f. Neben den enormen Menschenverlusten existierte auch ein Flüchtlingsproblem. Aufgrund der Aussiedlungen von Ungarn aus den Nachbarländern sollen sich gegen 320'000 Flüchtlinge in Ungarn aufgehalten haben. Vgl. Pál Péter Tóth 1997, S. 33.
- 190 Vgl. Eric Roman 1996, S. 34. Die Kriegsschäden entsprachen dem Vermögenszuwachs der ungarischen Volkswirtschaft zwischen 1927 und 1944. Eine Zusammenstellung der Kriegsschäden findet man bei Béla Bojkó 1997, S. 160.
- 191 Vgl. László Borhi 2000, S. 14; Eric Roman 1996, S. 37.
- 192 Vgl. László Borhi 2000, S. 17.
- 193 Vgl. ebd., S. 14–19.
- 194 Vgl. ebd., S. 30–43. Siehe auch Sándor Balogh 1988, S. 76. Zu den Entschädigungsverhandlungen für die verstaatlichten Bauxitminen in Ungarn, an denen auch schweizerische Interessen hingen, vgl. Protokoll, aufgenommen am 18. März 1948 um 19 Uhr bei der Staatlichen Bauxit-Aluminium AG Budapest betr. die Aktien der Bakonyer Bauxit AG. PIL 274.12.248.
- 195 Vgl. Iván Pető et al. 1985, S. 55.
- 196 Vgl. NZZ Nr. 1564, 13. August 1947.
- 197 Der Wert lag bei 3,7 Millionen Pengő, was ca. 800'000 US-\$ entsprach. Vgl. Eric Roman 1996, S. 79.
- 198 Vgl. István Csöppüs 1984, S. 38f.
- 199 Vgl. Thomas Fabinyi 1948, S. 15; Loránt Tarnóczy 1945, S. 22.
- 200 Das weltweit erste Abkommen dieser Art wurde am 12. November 1931 zwischen der Schweiz und Österreich, das zweite zwei Tage später zwischen der Schweiz und Ungarn abgeschlossen. Vgl. Stefan Frech 2001, S. 30.
- 201 Vgl. Stefan Frech et al. 2002, S. 40. Zu den Lösungsstrategien in der schwierigen Weltwirtschaftslage vgl. auch Peter Hug und Martin Kloter 1999, S. 41ff.
- 202 Vgl. Stefan Frech et al. 2002, S. 76.
- 203 Vgl. ebd., S. 49.
- 204 Ungarn war per 1. März 1939 in 17 Clearingverträge eingebunden, die Schweiz in 12. An der Spitze stand das Deutsche Reich mit 35 Verträgen, gefolgt von Italien mit 28 und der Türkei mit 23. Vgl. Peter Hug et al. 1999, S. 48f.
- 205 Vgl. Stefan Frech et al. 2002, S. 81.

- 206 Vgl. ebd., S. 85. Die Verrechnungsstelle hatte die Aufgabe, die Einzahlungen dem jeweiligen Partnerinstitut im Ausland zu melden, das daraufhin die entsprechenden Gläubiger in deren Landeswährung zu fest vereinbarten Wechselkursen bezahlte. Vgl. Stefan Frech 2001, S. 33.
- 207 Die Devisenkrise wurde massgebend durch den Zusammenbruch der Österreichischen Creditanstalt im Mai 1931 hervorgerufen. Durch die Kapitalflucht ins Ausland gingen die Gold- und Devisenreserven der betroffenen Länder, vor allem Deutschland, Österreich und Ungarn, drastisch zurück. Die Rückzahlung von Auslandsschulden wurde sofort gestoppt, der Devisenmarkt streng kontrolliert. Die freie Konvertierbarkeit der Währungen war nun nicht mehr möglich. Der freie grenzüberschreitende Zahlungsverkehr wurde weitgehend eingestellt und durch einen staatlich kontrollierten Verrechnungsverkehr ersetzt. Vgl. ebd., S. 26f.
- 208 Vgl. István Csöppös 1984, S. 44.
- 209 Vgl. ebd., S. 48.
- 210 Zu den Begriffen im Bereich der Zahlungsverträge vgl. Peter Hug et al. 1999, S. 44.
- 211 Vgl. Thomas Fabinyi 1948, S. 84–87.
- 212 Vgl. Peter Hug et al. 1999, S. 44.
- 213 Vgl. István Csöppös 1984, S. 57.
- 214 Vgl. Thomas Fabinyi 1948, S. 117–139. Damit gelang Ungarn die Regelung in sechs verschiedenen Schuldenkomplexen: Völkerbundanleihe, Schatzwechselanleihen von 1930 und 1931, Caisse Commune Anleihen, sonstige staatliche Schulden, langfristige Obligationen und Pfandbriefe nichtstaatlichen Charakters und die kurzfristigen Stillhalteschulden. Vgl. NZZ Nr. 1277, 15. Juli 1937.
- 215 Vgl. Stefan Frech et al. 2002, S. 135. Der hohe Anteil der ungarischen Importe fügte sich ein in eine ausgedehnte Vertretung osteuropäischer Waren auf dem Schweizer Markt. Während des Krieges kamen 18% aller Importe aus dem osteuropäischen Raum, wohin auch 12% aller Schweizer Exporte gingen. Vgl. Peter Hug et al. 1999, S. 57.
- 216 Vgl. István Csöppös 1984, S. 53.
- 217 Vgl. ebd., S. 55.
- 218 Vgl. Thomas Fabinyi 1948, S. 219.
- 219 Loránt Tarnoczi 1945, S. 34.
- 220 Vgl. NZZ Nr. 957, 19. Juni 1945.
- 221 Vgl. Notiz für den Herrn Departementsvorsteher, 22. August 1945. DDS, www.dodis.ch, DoDiS-1911. Auch der Präsident der Genossenschaft für den Schweizerisch-Ungarischen Warenverkehr GESUWA, Direktor Dussy, traf sich am 24. August 1945 mit Herrn Takácsy. Über den Inhalt der Unterredung ist allerdings nichts bekannt. Vgl. Protokoll der 45. Sitzung der GESUWA vom Mittwoch, den 12. September 1945. SWA Handschriften 424.
- 222 Vgl. Dálnoki Miklós Béla 1997, II. F. 8. Jegyzőkönyv felvétel a gazdasági miniszteri értekezlet 1945. évi szeptember hó 21-én a Miniszterelnökségen tartott üléséről, S. 603ff. Wie später noch zu zeigen sein wird, wurde auch die kommunistische Aussenwirtschaftspolitik von dieser Prämisse geleitet.
- 223 Vgl. Ujváry Sándor: Beszámoló Svájci tárgyalásairól. PIL 274.12.248. Einer der Delegierten soll einen Brief der MKP an die PdA übergeben haben. Vgl. PIL 274.12.196.
- 224 Vgl. DDS, www.dodis.ch, DoDiS-14.
- 225 Vgl. Troendle an Direktor Hotz, 12. Januar 1946. Vgl. DDS, www.dodis.ch, DoDiS-16.
- 226 Vgl. Der Bund, 11. Oktober 1945.
- 227 Dieselbe Zeitung wusste auch sonst allerhand über die Schweiz zu berichten, wie zum Beispiel von 30'000 Tonnen Weizen, die in geheimen Lagerstätten unter dem Bodensee (!) vor den Deutschen versteckt worden seien. Vgl. BAR E 2001 (E) -/1/335: 1946–1948: Allgemeines. Ungarn: Vorbereitende Korrespondenz zu den Wirtschaftsverhandlungen (Frühjahr 1946).
- 228 Erschienen waren je ein Vertreter der Handelsabteilung im EVD, der Verrechnungsstelle, des Vororts, des Kriegs-Transportamts, des Bauernverbands, der Elektrobank Zürich, der Bankiervereinigung, ein Vertreter der Stillhalte-Gläubiger, einer der Gläubiger langfristiger Forderungen und ein Vertreter der Abteilung für Auswärtiges: insgesamt zehn Personen. Ziel war es offenbar, alle hängigen Fragen zugleich zu lösen. Generaldirektor Türlér vom

- Schweizerischen Bankverein vertrat dabei Finanzforderungen von 67 Millionen Franken der Stillhalte-Gläubiger, Dr. Strebel vertrat Aktien-, Obligationen- und Caisse-Commune-Forderungen (die Caisse Commune wurde nach dem Ersten Weltkrieg zur Regelung von Schulden und Leistung von Reparationen ins Leben gerufen) von 108 Millionen Franken, Dr. Dufour von der Elektrobank Zürich Forderungen von 12 Millionen Franken. Direktor Mürner von der Verrechnungsstelle erklärte, dass die angemeldeten Forderungen der noch nicht bezahlten Waren in der Höhe von 15 Millionen Franken durch den gleich hohen Saldo auf dem Warenkonto IV gedeckt würden. Dazu käme ein Sonderkonto von 9,5 Millionen, das für die Deckung allfälliger weiterer Forderungen dienen könne. Vgl. Protokoll der Internen Sitzung vom 20. März 1946. BAR E 2001 (E) -/1/335. Über die Organisation des schweizerischen Osthandels vgl. Christoph Lukas Meyer 1997, S. 16ff.
- 229 Vgl. Peter Hug et al. 1999, S. 86–89. Von den insgesamt 5986 Millionen Franken an Forderungen schuldete das Deutsche Reich 2996 Millionen, Italien 615 Millionen, Frankreich 493 Millionen, Polen 320 Millionen und Jugoslawien 207 Millionen Franken.
- 230 Vgl. Protokoll der Internen Sitzung vom 20. März 1946. BAR E 2001 (E) -/1/335. Damit reagierte die Schweizer Delegation nach dem mehrfach angewandten Muster, wonach der Handel mit einer Schweizer Kreditgarantie gestartet werden könne. Vgl. Klaus Ammann 2005, S. 120. Vgl. auch Dominique Dirlwanger et al. 2004.
- 231 Die Entsendung grosser Delegationen war der Regierung aber zu kostspielig, weshalb man sich auf einen einzigen Delegierten einigte, welcher der schon abgereisten Delegation nachreisen sollte. Vgl. Jegyzőkönyv az 1946. évi március hó 22. napján tartott 12. minisztertanácsról. In: László Szűcs 2003, S. 327f.
- 232 Vgl. Jegyzőkönyv az 1946. évi május hó 18. napján tartott 26. minisztertanácsról. In: László Szűcs 2003, S. 643–647.
- 233 Vgl. Protokoll der Sitzung der Schweizerisch-Ungarischen Wirtschaftsverhandlungen am 20. März 1946. BAR E 2001 (E) -/1/ 335.
- 234 Vgl. Protokoll der Internen Sitzung vom 27. März 1946. BAR E 2001 (E) -/1/335.
- 235 Vgl. Protokoll der gemeinsamen Sitzung vom 27. März 1946. BAR E 2001 (E) -/1/335. Schon im Laufe des Jahres 1945 wurden u.a. Eisenbahngesellschaften verstaatlicht, an denen Schweizer Kapital beteiligt war. Vgl. Gerő Ernő tájékoztatója a magyarországi helyzetről 1945. augusztus 6. In: Lajos Izsák et al. 1994, S. 64. Für Unruhe sorgte die ungarische Verordnung vom 24. Mai 1947 über die «Anmeldung und Geltendmachung einzelner, nach dem Aufhören der deutschen Besetzung, aber vor dem 28. Juli 1946 entstandener Schadenersatzforderungen gegenüber Eisenbahn-, Kraftfahr- und Schifffahrtsunternehmungen, die dem öffentlichen Verkehr dienen.» Demnach mussten die Forderungen bis zum 30. Juni 1947 direkt beim Schuldner angemeldet werden. Vgl. NZZ Nr. 1179, 18. Juni 1947.
- 236 Vgl. Protokoll der Internen Sitzung vom 28. März 1946 über den Finanzsektor. BAR E 2001 (E) -/1/335.
- 237 Vgl. Protokoll der Internen Sitzung vom 9. April 1946. BAR E 2001 (E) -/1/335.
- 238 Sie beschaffte auch Monatsrationen an Schokolade- und Confiseriecoupons für die ungarischen Gäste. Vgl. Notiz für Herrn Pasteur, 21. März 1946. BAR E 2001 (E) -/1/335.
- 239 Die Länder waren: Polen am 4. März, Ungarn am 27. April, Rumänien am 29. Juni, Jugoslawien am 21. September und Bulgarien am 4. Dezember 1946. Der erste Vertrag war schon am 31. August 1945 mit der Tschechoslowakei unterzeichnet worden. Vgl. Peter Hug et al. 1999, S. 104.
- 240 Vgl. 24. Sitzung vom 10. Mai 1946. In: László Szűcs 2003, S. 606.
- 241 Vgl. Le délégué pour l'assistance et repatriement de la colonie suisse en Hongrie, Dr. Vigh, in einem Bericht an das EPD, 16. Juli 1946. BAR E 2001 (E) -/1/ 335.
- 242 NZZ Nr. 1002, 6. Juni 1946.
- 243 Protokoll der 26. Sitzung des ungarischen Ministerrats, 18. Mai 1946. In: László Szűcs 2003, S. 643ff.
- 244 Troendle schlug auch vor, interimistisch Friedrich Born als offiziellen Verbindungsmann einzusetzen. Vgl. Troendle an Kappeler, EPD, 3. Mai 1946. BAR E 2001 (E) -/1/335.

- 245 Ujváry Sándor beszámolója Svájci tárgyalásairól. 7. Dezember 1945. PIL 274.12.248.
- 246 Vgl. Feisst an EPD, 28. Februar 1947. BAR E 2001 (E) -/1/335.
- 247 Vgl. Protokoll der 49. Sitzung des Vorstandes der GESUWA vom 16. Januar 1947. SWA Handschriften 424.
- 248 Vgl. 23. Sitzung vom 3. Mai 1946. In: László Szűcs 2003, S. 583.
- 249 Protokoll der 14. ordentlichen Generalversammlung der GESUWA vom 16. Juli 1947. SWA Handschriften 424.
- 250 Bericht von Eduard Dussy anlässlich der 14. ordentlichen Generalversammlung der GESUWA, 16. Juli 1947. SWA Handschriften 424.
- 251 Vgl. Gordon an Rákosi, 5. Oktober 1946. PIL 274.10.111.
- 252 Vgl. Protokolle der I., II. und III. Plenarsitzung der schweizerisch-ungarischen gemischten Regierungskommission vom 11., 12. und 13. November 1946. BAR E 2001 (E) -/1/335.
- 253 Bericht von Eduard Dussy anlässlich der 14. ordentlichen Generalversammlung der GESUWA, 16. Juli 1947. SWA Handschriften 424.
- 254 Vgl. Legationsleiter Seifert an EPD, 23. August 1947. BAR E 2001 (E) -/1/335.
- 255 Der ungarische Dreijahresplan dauerte von 1948 bis 1950.
- 256 Vgl. Sitzung des Schweizerischen Bundesrates. Auszug aus dem Protokoll vom 16. September 1947. BAR E 2001 (E) -/1/335.
- 257 Vgl. NZZ Nr. 696, 12. April 1947.
- 258 Vgl. 15. Sitzung des Ministerrats der Regierung Dinnyés vom 8. August 1947. In: László Szűcs 2000.
- 259 Vgl. 18. Sitzung des Ministerrats der Regierung Dinnyés vom 28. August 1947. In: ebd.
- 260 György Kemény: Gazdasági fötanácsi előterjesztés vom 1. September 1947. Besprochen an der 20. Sitzung des Ministerrats der Regierung Dinnyés am 4. September 1947. In: László Szűcs 2003, S. 945–952.
- 261 Vgl. Ungarische Botschaft an die Zentrale: Feljegyzés a Svájcban folyó svájci-magyar kereskedelmi tárgyalásokról vom 6. Oktober 1947. MOL XIX-J-1-j. TŰK-iratok 16. doboz. XIX-186.
- 262 Vgl. Protokoll der Eröffnungssitzung der schweizerisch-ungarischen Wirtschaftsverhandlungen, 16. September 1947. BAR E 2001 (E) -/1/335. Vgl. 18. Sitzung des Ministerrats der Regierung Dinnyés vom 28. August 1947. In: László Szűcs 2003, S. 900.
- 263 Vgl. Interne Besprechung der Schweizer Delegation vom 19. September 1947. BAR E 2001 (E) -/1/335.
- 264 Vgl. 184. Sitzung des Verwaltungsrates der Schweizerischen Bankiervereinigung, 26. September 1947. Archiv der Schweizerischen Bankiervereinigung in Basel. Trotz des Widerstandes der USA schloss die Schweiz mit Rumänien am 3. März 1947 eine Vereinbarung, welche die gegenseitigen, 1946 ausgehandelten Warenlisten den neuen Verhältnissen anpasste. Zudem gewährte die Schweiz Rumänien einen Kredit von 30 Millionen Schweizer Franken, der durch ein rumänisches Golddepot sichergestellt werden sollte. Vgl. Severin Gerber 1999, S. 224.
- 265 Protokoll der Plenarsitzung vom 7. Oktober 1947 zu den Verhandlungen zur ersten Zusatzvereinbarung zum Abkommen vom 27. April 1946 in Bern. BAR E 2001 (E) -/1/335.
- 266 Gemäss einer Erhebung vom Juli 1947 war die Zahlung von Franken 3'612'086.70 ausstehend. Vgl. EVD, Handelsabteilung an Schweizer Gesandtschaft in Budapest, 9. Mai 1947. BAR E 2200.50 Budapest. 1969/83/4.
- 267 Vgl. Plenarsitzung vom 7. Oktober 1947. BAR E 2001 (E) -/1/335.
- 268 Vgl. Plenarsitzung vom 10. Oktober 1947. BAR E 2001 (E) -/1/335.
- 269 Vgl. Plenarsitzung vom 14. Oktober 1947. BAR E 2001 (E) -/1/335.
- 270 Vgl. NZZ Nr. 2162, 4. November 1947 und Nr. 2173, 6. November 1947.
- 271 Finanz-Revue, 5. November 1947.
- 272 Vgl. Besprechung über Balkan-Probleme vom 24. März 1948. BAR E 2001 (E) -/1/335.
- 273 Vgl. Notiz über die Sitzung des Komitees für die Staaten Südosteuropas vom 4. November 1948 der Schweizerischen Bankiervereinigung. BAR E 2001 (E) -/1/336. Vgl. auch Antrag des EVD bezüglich Wirtschaftsverhandlungen mit Ungarn vom 2. November 1948. DDS,

- www.dodis.ch, DoDiS-2977. Der Schlüssel zwischen den einzelnen Gläubigergruppen sah wie folgt aus: Von den 3,5 Millionen Franken gingen 54,16% zur Bedienung kurzfristiger Forderungen (Stillhalte- und Warburg-Anleihen), 28,44% zur Bedienung langfristiger Forderungen (Titel), 10% an Einzelgläubiger und 7,39% für Schatzwechsel und Schatzscheine.
- 274 Vgl. z.B. Volksrecht Nr. 283, 2. Dezember 1947.
- 275 Max Troendle, Delegierter für Handelsverträge: Die Mitwirkung der Schweiz im Komitee für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit in Paris, Referat, 14. Oktober 1947. Zit. in: Peter Hug et al. 1999, S. 103.
- 276 Vgl. Protokoll der 49. Sitzung der GESUWA vom 16. Januar 1947. SWA Handschriften 424. Vgl. auch Peter Hug et al. 1999, S. 105.
- 277 Feisst an EPD, 8. März 1948. BAR E 2001 (E) -/1/335.
- 278 Vgl. Notiz von Hess für Herrn Legationsrat Kappeler, 3. Dezember 1948. BAR E 2001 (E) -/1/335.
- 279 Der für die Regelung des Versicherungs- und Rückversicherungszahlungsverkehrs sich in Zürich aufhaltende ungarische Staatssekretär Bálint wurde in den Akten als Kommunist beschrieben: «Er soll unter dem Einfluss von Nationalbankdirektor Hay stehen, der ebenfalls Mitglied der kommunistischen Partei ist und bis vor kurzem in Moskau lebte. Hay soll eine ausgesprochene Abneigung gegen kapitalistische Staatssysteme haben.» Notiz vom 15. April 1947 zum Besuch der Herren Direktoren Marcel Grossmann und Hans Voellmy. BAR E 2001 (E) -/1/336.
- 280 Eduard Dussy an der 49. Sitzung der GESUWA vom 16. Januar 1947. SWA Handschriften 424.
- 281 Zum Prozess gegen die FKgP vgl. István Csicsery-Rónay und Géza Cserenyey 1998.
- 282 Magyar Külkereskedelmi Kirendeltség Bern: Általános áttekintés Svájc gazdasági helyzetéről vom 2. März 1948. PIL 274.12.248.
- 283 Világosság, 23. Mai 1948.
- 284 Ebd.
- 285 EPD an die Schweizerische Bankiervereinigung, 17. Juni 1948. BAR E 2001 (E) -/1/335.
- 286 Weitere Hemmnisse seien neben den noch nicht geregelten finanziellen Fragen auch die Trockenheit im Sommer 1947. Magyar Külkereskedelmi Kirendeltség Bern: Általános áttekintés Svájc gazdasági helyzetéről, 2. März 1948. PIL 274.12.248.
- 287 János Nyerges an MKP állampolitikai osztály, 23. März 1948. PIL 274.12.248.
- 288 Vgl. Protokoll der 15. ordentlichen Generalversammlung der GESUWA vom 3. Juni 1948. SWA Handschriften 424.
- 289 Vgl. NZZ Nr. 1980, 23. September 1948.
- 290 Vgl. Antrag des EVD in Bezug auf die Wirtschaftsverhandlungen mit Ungarn vom 17. September 1948. DDS, www.dodis.ch, DoDiS-2956.
- 291 Vgl. Notiz über die Vorbesprechung der Verhandlungen in Budapest vom 9. September 1948. BAR E 2001 (E) -/1/335.
- 292 Vgl. Antrag des EVD bezüglich der Wirtschaftsverhandlungen mit Ungarn vom 17. September 1948. DDS, www.dodis.ch, DoDiS-2956.
- 293 Die NZZ berichtete über Einfuhren von 91 und Ausfuhren von 58,5 Millionen Franken. Vgl. NZZ Nr. 2294, 2. November 1948.
- 294 Vgl. Antrag des EVD bezüglich Wirtschaftsverhandlungen mit Ungarn vom 2. November 1948. DDS, www.dodis.ch, DoDiS-2977.
- 295 Die Strategie der Einzelforderungen wurde mit der Tschechoslowakei versucht und für unbefriedigend befunden. Mit Jugoslawien, Polen und Ungarn wurden Globallösungen erarbeitet. Vgl. Antrag EPD bezüglich Nationalisierungsmassnahmen in Osteuropa vom 10. Dezember 1948. DDS, www.dodis.ch, DoDiS-3003.
- 296 Antrag EPD bezüglich Nationalisierungsmassnahmen in Osteuropa vom 10. Dezember 1948. DDS, www.dodis.ch, DoDiS-3003.
- 297 Eine andere mögliche Massnahme, die gegenüber Rumänien angewendet wurde, war die Sperre der rumänischen Guthaben in der Schweiz am 17. August 1948, die als Unterpfand

- für eine künftige rumänische Entschädigungszahlung angesehen wurden. Vgl. Antrag EPD bezüglich Nationalisierungsmassnahmen in Osteuropa vom 10. Dezember 1948. DDS, www.dodis.ch, DoDiS-3003.
- 298 Eduard Thurneysen und Walter Lüthi 1951.
- 299 Vgl. László Révész 1972, S. 72f.
- 300 Vgl. Mihály Bucsay 1977, S. 99f.
- 301 Vgl. László Révész 1972, S. 87ff.
- 302 In den 1920er und 1930er Jahren bereisten verschiedene ungarische Theologen die westlichen Bruderkirchen, meistens im Zusammenhang mit grossen reformierten Kongressen. Aber auch Karl Barth und Emil Brunner besuchten Ungarn in den 1930er Jahren. Vgl. László Pap et al. 1955; Mihály Bucsay 1979, S. 164.
- 303 Bischof László Ravasz berichtet in seinen Erinnerungen, in seiner Ausbildung auch Werke u.a. von Alexander Schweizer und Alois Emmanuel Biedermann gelesen zu haben, aber auch von den Schriften Emil Brunners und Karl Barths beeindruckt gewesen zu sein. Vgl. László Ravasz 1992, S. 73, 76 und 111. In den 1930er Jahren erreichte die dialektische Theologie Karl Barths durch zahlreiche reformierte und auch durch einige evangelische Theologen Ungarn. Zu Karl Barths Einfluss vor allem auf jüngere ungarische Theologen vgl. Mihály Bucsay 1979, S. 139 und 200. Zwischen 1935 und 1944 erschienen sechs Werke von Karl Barth in ungarischer Übersetzung. Vgl. René Geoffroy 1995, S. 252.
- 304 Vgl. László Ravasz 1992, S. 221. Delegierte entsandt wurden u.a. an den Kongress des Presbyterianischen Bundes 1929 in Boston, 1933 in Belfast und 1948 in Genf. Regionale Treffen fanden 1923 in der Schweiz, 1926 in Genf, 1927 in Budapest, 1928 in Den Haag statt. Die Vereinigung *Life and Work* veranstaltete 1924 eine Konferenz in Mürren. Vgl. ebd., S. 228f. Weitere Kongresse werden bei Béla Dezsényi 1946, S. 208f. erwähnt. Der ungarische Bischof László Ravasz besuchte die Schweiz auf Einladung des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes im November 1935. Vgl. László Ravasz 1992, S. 245.
- 305 Vgl. László Pap et al. 1955, S. 164f.
- 306 Vgl. László Ravasz 1992, S. 316f.
- 307 Aus dieser Verbindung entstand eine persönliche Freundschaft. Zwischen den Herren Irlet und Ravasz fand ein reger Briefwechsel statt, der sich im Nachlass in einem Privatarchiv befindet. Zu Carl Irlet vgl. auch ebd., S. 224.
- 308 Zweiter Jahresbericht des HEKS 1946/47, S. 11f.
- 309 Dritter Jahresbericht des HEKS vom 16.IV.–31.XII. 1947, S. 19. Die kleine Diasporakirche in Ungarn war von der Seelenzahl mit der Grösse der Schweizer Kirchen vergleichbar. Insgesamt erhielt Ungarn von 1945 bis 1949 Hilfe für Kirchengebäude, für kirchliche Arbeiter, Literaturhilfe, Hilfe für kirchliche Anstalten und Werke, Naturaliensammlungen und andere Hilfe im Wert von 976'818 Franken, was zwar nur 5% der gesamten für Hilfszwecke aufgewendeten Summe ausmachte, hinter Deutschland, Österreich, den Niederlanden und Frankreich belegte aber Ungarn auch hier den fünften Platz der begünstigten Länder.
- 310 Zur Geschichte des Diakonissenhauses Riehen vgl. Doris Kellerhals et al. 2002.
- 311 Vgl. Bericht und Wiederaufbauplan der Philadelphia [=Filadelfia] Diakonissenanstalts-Stiftung Budapest von Bischof László Ravasz, 5. März 1946. Archiv des Diakonissenhauses Riehen. Ungarn-Ordner.
- 312 Das Filadelfia war allerdings nicht das einzige Diakonissenhaus in Ungarn. Ähnliche Einrichtungen gab es in Debrecen (reformiert, Richtung unterschiedenes Christentum), Győr (lutheranisch), Békéscsaba (evangelisch-lutheranisch) und Nyíregyháza (reformiert). Zu erwähnen sind auch die bis zum Kriegsende zeitweilig auf ungarisch kontrolliertem Gebiet stehenden Häuser in Klausenburg und Novi Vrbas (Jugoslawien). Vgl. Internes Papier über die dem Verband Ungarischer Mutterhäuser angehörenden ehemaligen Diakonissenhäuser in Ungarn. Heidelberg 1981. Archiv des Diakonissenhauses Riehen. Ungarn-Ordner.
- 313 Richard Bodoky 1999, S. 56.
- 314 Brief von László Ravasz an Fritz Hoch, 14. Dezember 1935. Archiv des Diakonissenhauses Riehen. Ungarn-Ordner.

- 315 Vgl. Ferenc Nagy 1990, Band 1, S. 68.
- 316 Vgl. A Filadelfia Diakonisszaintézeti alapítvány jelentése az 1944. november 1 – 1945 október 31-ig terjedő időszakról. Archiv des Diakonissenhauses Riehen. Ungarn-Ordner.
- 317 Vgl. Brief von Franz Wanger an Fritz Hoch, 22. Februar 1946. Archiv des Diakonissenhauses Riehen. Ungarn-Ordner.
- 318 Vgl. Archiv des Diakonissenhauses Riehen. Ungarn-Ordner.
- 319 A Filadelfia Diakonisszaintézeti alapítvány évi jelentése az 1945 nov. 1-től – 1946 okt. 31-ig terjedő időszakról. Archiv des Diakonissenhauses Riehen. Ungarn-Ordner.
- 320 Brief von Richard Bodoky an Fritz Hoch, 30. Juni 1946. Archiv des Diakonissenhauses Riehen. Ungarn-Ordner.
- 321 Brief von Fritz Hoch an Eduard Thurneysen, 19. Mai 1949. Archiv des Diakonissenhauses Riehen. Ungarn-Ordner.
- 322 Filadelfia, Geschichte, Zusammenfassung, die sich stützt auf: Richárd Bodoky: Die Mutterhausdiakonie in der Kirche. Budapest 1942, und auf weitere bis heute unveröffentlichte Manuskripte. Archiv des Diakonissenhauses Riehen. Ungarn-Ordner.
- 323 Karl Barth hielt sich im Herbst 1936 für zwei Wochen in Ungarn und Siebenbürgen auf. Zuvor war er 1935 auf der Durchreise zwei Tage im Land, ohne einen nachhaltigen Eindruck erhalten zu haben. Den Ausschlag für die neuerliche Reise von 1948 gab Pfarrer Heinrich Hellstern, der nach seinem Aufenthalt im Rahmen der HEKS-Hilfsaktion für Ungarn Barth eine Reise nach Ungarn im Interesse der dortigen Reformierten Kirche dringend empfahl. Vgl. Charlotte von Kirschbaum: Bericht über die Ungarnreise von Prof. Karl Barth vom 17. April 1948. Karl Barth-Archiv Basel. Ordner: Karl Barth und Ungarn 1931–1949, Ms. Stoevesandt I.
- 324 Die heutige Jugend, ihr Erbe und ihre Verantwortung. Rede, gehalten in Sárospatak und Budapest März/April 1948. In: Karl Barth 1948, S. 13f.
- 325 Vgl. Karl Barth: Aus der Diskussion in Budapest am Vormittag des 1. April 1948. In: Karl Barth 1948, S. 27–54.
- 326 Karl Barth: Die christliche Gemeinde im Wechsel der Staatsordnungen. Vortrag, gehalten in Sárospatak und Budapest im März 1948. In: Karl Barth 1948, S. 35–37.
- 327 Diese Episode erzählt Barth in: Karl Barth: Reformierte Kirche hinter dem «eisernen Vorhang». In: Karl Barth 1948, S. 57. Weitere Aspekte der Ungarnreise finden sich im Bericht von Charlotte von Kirschbaum: Bericht über die Ungarnreise von Prof. Karl Barth vom 17. April 1948. Karl Barth-Archiv Basel. Ordner: Karl Barth und Ungarn 1931–1949, Ms. Stoevesandt I.
- 328 Karl Barth 1948, S. 55f.
- 329 Karl Barth: Reformierte Kirche hinter dem «eisernen Vorhang». In: Karl Barth 1948, S. 55–58.
- 330 Vgl. in diesem Buch S. 185f.
- 331 Eduard Thurneysen: «Der Gott der Hoffnung». In: Eduard Thurneysen et al. 1949, S. 16f.
- 332 Ebd.
- 333 Ebd. Zu diesen Fehlgängen zählte er auch die Bodenfrage, die Schulen als Mittel der Kirchenpolitik, die Frage des Einzelkindes etc. Die Einzelkindfrage durchzog den Reformdiskurs der 1930er Jahre, die teilweise in Vorstellungen vom Tod der Nation gipfelten. Vgl. David Tréfás 2000, S. 78ff.
- 334 Vgl. ebd.
- 335 Vgl. Iván Pető 1989, S. 79–83.
- 336 Vgl. in diesem Buch S. 131ff. Während des Ungarnaufstands 1956 belieferte Honti die französische Zeitung *Le Monde* mit Artikeln.
- 337 Der Fürstprimas ist jeweils der Bischof von Esztergom (Gran), welcher den ersten Rang unter den ungarischen Bischöfen einnimmt.
- 338 Vgl. Kurt Imhof et al. 1996, S. 249ff.
- 339 Vaterland, 7. Juni 1947.
- 340 Vgl. Eidgenössische Fremdenpolizei an Hollosy, 15. Mai 1948. BAR E 2001 (E) 1967/113/44.

- Ein Angriff auf Hollósy-Holländer findet sich im *Vorwärts* vom 14. Januar 1949 mit dem Titel «Hitler war sein Trauzeuge».
- 341 «Die Heilige Rechte ist ausserhalb des Landes, aber sie ist da!» NZN Nr. 159, 11. Juli 1945.
- 342 NZN Nr. 194, 22. August 1947.
- 343 Schweizerische Kirchen-Zeitung Nr. 41, 1947, S. 483f. Die Zeitung behauptete sogar, Mindszenty sei auch «an der Spitze des Widerstandes» gegen die deutschen Besatzer gestanden.
- 344 Schweizerische Kirchen-Zeitung Nr. 20, 1948.
- 345 Vaterland, 17. Juni 1948.
- 346 Vgl. Schweizerische Kirchen-Zeitung Nr. 26, 24. Juni 1948.
- 347 Kundgebung der Schweizer Katholiken zum ungarischen Schulkampf. Abgedruckt in der Schweizerischen Kirchen-Zeitung Nr. 29, 1948.
- 348 Schweizerische Kirchen-Zeitung Nr. 2, 1949.
- 349 Schweizerische Kirchen-Zeitung Nr. 4, 1949. Zu den Protesten in Sachen Mindszenty vgl. in diesem Buch S. 53.
- 350 Vgl. in diesem Buch S. 197ff.
- 351 Allenfalls lässt sich Allgemeines berichten: Die Schweiz hat in der gesamten jüdischen Welt eine besondere Bedeutung, fanden doch in der Schweiz zwischen 1897 und 1946 14 der insgesamt 22 Zionistenkongresse statt, darunter der erste in Basel. In Basel fanden die Zionistenkongresse in den Jahren 1897, 1898, 1890, 1901, 1903, 1905, 1911, 1927, 1931 und 1946, in Zürich 1929 und 1937, in Luzern 1935 und in Genf 1939 statt. Vgl. Bettina Zeugin 1997, S. 244–249.
- 352 Vgl. in diesem Buch S. 116.
- 353 Vgl. in diesem Buch S. 104.
- 354 An dieser Stelle ist noch das Hilfswerk des Herrn Bányaï zu nennen, welches im Rahmen der Schweizer Spende die Hilfe jüdischer Kreise in der Schweiz für ihre Glaubensgenossen in Ungarn organisierte. Leider sind auch zu den Tätigkeiten von Herrn Bányaï keinerlei Quellen vorhanden.
- 355 Vgl. François Fejtő 1997, S. 352f.
- 356 Vgl. Peter I. Hidas 1992.
- 357 Vgl. ebd.
- 358 Vgl. Veszprémy-Bangha an die Zentrale, 14. Juni 1947. MOL XIX-J-1-j. IX-75.
- 359 Vgl. in diesem Buch S. 190.
- 360 Vgl. Gyula Borbándi 1999.
- 361 Vgl. in diesem Buch S. 100ff.
- 362 Es handelt sich dabei um Ernő Gerő, József Révai, Mihály Farkas, Imre Nagy, Zoltán Vas und Mátyás Rákosi.
- 363 Typisch für die kommunistische Lesart ist István Pintér 1986. Vgl. auch Gyula Kállai 1948. Hier werden nicht-kommunistische Widerstandsgruppen nicht einmal ansatzweise erwähnt. Eine ausgewogene Gesamtschau ist noch immer nicht vorhanden.
- 364 Vgl. David Tréfás 2000.
- 365 Vgl. Gyula Kállai 1948, S. 96.
- 366 Vgl. MOL XIX-J-21-a-1944–1960. Statuten der Schweizer Organisation der Ungarischen Nationalen Unabhängigkeitsfront MNFF vom 28. April 1945.
- 367 Brief der Kossuth an die Hungaria in Genf vom 3. März 1945. MOL. Külügyminisztériumi Levéltár: K 107, 185. csomó: «Hungaria» svájci magyar diákegyesület levelezése 1944–1945.
- 368 Insbesondere beschwerte sich der ehemalige Präsident Sárossy beim amtierenden Präsidenten, dass von der MNFF «nur diese vier Buchstaben bekannt» seien und dass die monatlich erscheinende Zeitschrift keine Namen beinhalte, was sie nicht davon abhalte, andere Ungarn zu verleumden. Vgl. Brief von Sárossy an den Vorsitzenden der Hungaria am 7. Oktober 1944. MOL K 107, 185; Hungaria svájci magyar diákegyesület levelezése 1944–1945.
- 369 Vgl. MOL XIX-J-21-a-1944–1960: Jegyzőkönyv a Magyar Nemzeti Függetlenségi Front svájci ideiglenes választmányának 1945 április 28.-án, a zürichi Kongresszhaus különtermében megtartott üléséről.

- 370 Während die MKP in der Schweiz ca. 15 Mitglieder hatte, verzeichneten andere ungarische Vereine wesentlich mehr Mitglieder: der Zürcher Ungarnverein um die 100 und die Genfer Studentenverbindung Hungaria 50 Mitglieder. Dazu kamen noch 25 Mitglieder des studentischen Sprengvereins Kossuth in Lausanne. Vgl. Rapport adressé au Comité Central du Parti Communiste Hongrois sur l'activité de parti déployée en Suisse de 1939 jusqu'à mars 1945. Verfasst von Iván Földi und Tamás Varga. PII. 274.10.109. Blatt 4–20. Die Angaben gelten für die Jahre 1943–1944.
- 371 MOL XIX-J-21-a-1944–1960: Jegyzőkönyv a Magyar Nemzeti Függetlenségi Front svájci ideiglenes választmányának 1945 április 28.-án, a zürichi Kongresszhaus különtermében megtartott üléséről.
- 372 Vgl. Odette Rosenberg 1991, S. 93.
- 373 Vgl. Interview von Werner Schweizer mit Lydia Woog vom 9. Juli 1993 in Zürich.
- 374 Protokoll der Stadtpolizei Zürich über die Befragung von Franz Weiss am 21. Mai 1942. StAZH ZA 1987/028.49, Dossier 372.
- 375 Georg Hermann Hodos 1989, S. 93.
- 376 Vgl. Interview von Werner Schweizer mit Rosa Demeter 21. August 1991 in Szentendre.
- 377 Diese Zahl ist einem Dokument vom März 1942 zu entnehmen. Vgl. Bericht an Rothmund zur Zuschrift des Herrn Schulratspräsidenten vom 10. März 1942 sowie zum an diesen gerichteten Schreiben des Landesverbandes der ehemaligen Mitglieder des Zürcher ungarischen Vereins vom 14. Februar 1942 über die Behandlung der jüdischen ungarischen Studenten der E.T.H. BAR E 4800.1 (-) 1967/111/73. Dossier 329.
- 378 Die genannten Dokumente befinden sich in MOL XIX-J-21-a P. 309.
- 379 Vgl. MOL XIX-J-21-a-1944–1960: A Magyar Nemzeti Függetlenségi Front svájci szervezetének jelentése a Budapesti Nemzeti Bizottságba tömörült négy demokratikus párt vezetőségének vom 24.VIII.1945.
- 380 Vgl. Interview von Werner Schweizer mit Iván Földi 12. Juli 1993 in Zürich.
- 381 Vgl. Interview von Werner Schweizer mit Rosa Demeter 21. August 1993 in Szentendre. Vgl. auch MOL XIX-J-21-a-1944–1960: A Magyar Nemzeti Függetlenségi Front svájci szervezetének jelentése a Budapesti Nemzeti Bizottságba tömörült négy demokratikus párt vezetőségének vom 24.VIII.1945.
- 382 Vgl. Interview von Werner Schweizer mit Rosa Demeter 21. August 1991 in Szentendre.
- 383 Einer anders lautenden Version zufolge soll Vági zu Jahresbeginn 1944 den schon erwähnten Noel H. Field aufgesucht haben, er solle ein längeres Denkschreiben über die Tätigkeit der MNFF in der Schweiz an Allen Dulles mit der Bitte übergeben, eine Vertretung der MNFF zu empfangen. Brief von Noel H. Field aus dem Staatssicherheitsgefängnis in Budapest an das Zentralkomitee der KPdSU, März 1954, zit. in: Bernd-Rainer Barth 2002, S. 268f.
- 384 Vgl. James Srodes 1999, S. 330. Die Gruppe hatte mit grösster Wahrscheinlichkeit auch keine Kontakte zum Betreiber der Roten Kapelle, Alexander (Sándor) Radó, unter dessen Leitung drei Abhörstationen in Genf und Umgebung in Betrieb waren. Theo Pinkus, Herausgeber des kommunistischen Zeitdienstes, war mit Radó und mit Szőnyi in Kontakt und sollte Radó 1956 noch in Budapest besuchen. Vgl. Rudolf M. Lüscher et al. 1987, S. 285 und 287–291.
- 385 Vgl. Zeugenaussage von Dr. András Kálmán im Rajk-Prozess. In: Rajk László és társai a népbíróóság előtt. Budapest 1949, S. 205f.
- 386 Schweizerische Armee Militär-Justiz, Lausanne, le 29 mars 1945. STAZH ZA 1987/028.49, Dossier 372.
- 387 Vgl. Interview von Werner Schweizer mit Ivan Földi 12. Juli 1993 in Zürich.
- 388 Eine parallele Geschichte lässt diesen Schluss zu: «Lydia [Woog] bat ihn [Mischa Lompar]: «Mischa, ich habe da einen Singgrüppler, könntest Du ihm nicht eine jugoslawische Uniform geben und ihn mit den Internierten nach Jugoslawien transportieren? Er will zwar nach Rumänien, aber ist er erst einmal in Belgrad, wird er schon weiterkommen!» «Ein Jugoslawe mehr oder weniger spielt keine Rolle – wir nehmen ihn mit!» hatte Mischa grosszügig versprochen. Die Singgrüppler hatten gelacht, als Oski die jugoslawische Uniform anzog. [...]

Oski war wohl nach Belgrad gelangt und von dort zu Fuss nach Bukarest, doch dort war er verhaftet worden. Seine Geschichte hatte ihm niemand geglaubt. Ein schweizerischer Rumäne in jugoslawischer Uniform, das konnte nur ein Spion sein!» Odette Rosenberg 1991, S. 91.

- 389 Vgl. Interview von Werner Schweizer mit János Dobó 20. November 1993 in Budapest.
- 390 Vgl. Georg Hermann Hodos 1989, S. 94.
- 391 Vgl. MOL XIX-J-21-a-1944–1960: A Magyar Nemzeti Függetlenségi Front svájci szervezetiének jelentése a Budapesti Nemzeti Bizottságba tömörült négy demokratikus párt vezetőségének vom 24.VIII.1945.
- 392 Vgl. MOL XIX-J-21-a-1944–1960: Jegyzőkönyv a MNFF svájci szervezetének Végrehajtó Bizottsági üléséről, Zürichben 1945. augusztus 10-én.
- 393 Dieser wurde ein Ungarn ausgeliefert und von einem Volksgericht zum Tod verurteilt. Vgl. in diesem Buch Anm. 434. Vgl. A MNFF svájci szervezetének jelentése a Budapesti Nemzeti Bizottságba tömörült négy demokratikus párt vezetőségének. 1945. aug. 24. PIL 274.10.110. Blatt 10–21. Vgl. Auch MOL XIX-J-21-a P. 309.
- 394 Vgl. A MNFF svájci szervezetének jelentése a Budapesti Nemzeti Bizottságba tömörült négy demokratikus párt vezetőségének. 1945. aug. 24. PIL 274.10.110. Blatt 10–21.
- 395 Vgl. Kopie einer Bewilligung für die Einreise von 20 Automobilen für medizinische Versorgung und für Vagi Ferenc, Demeter Rose von Ungarn in die Schweiz und zurück; Tamas Haas, Paula Kalman, Anna Hoffmann, Peter Nagy und Stefan Eisenberg in umgekehrter Richtung für den 30. August 1945. Nachlass der CSS in der Handschriftenabteilung der Zentralbibliothek Zürich. 160.70.10: Allgemeine Korrespondenz bez. Ungarn 1944–46 (& 50). Es handelte sich also vor allem um die Ehefrauen der Gruppe, die schon im Januar über Marseille ausgereist war. Im Anhänger des Wagens hatten sie ihre persönlichen Sachen verstaubt. Vgl. Interview von Werner Schweizer mit Rosa Demeter 21. August 1993 in Szentendre.
- 396 Vgl. A MNFF svájci szervezetének jelentése a Budapesti Nemzeti Bizottságba tömörült négy demokratikus párt vezetőségének. 1945. aug. 24. PIL 274.10.110. Blatt 10–21.
- 397 Vgl. MOL XIX-J-21-a-1944–1960: Jegyzőkönyv a Magyar Nemzeti Függetlenségi Front svájci ideiglenes választmányának 1945 április 28.-án, a zürichi Kongresszhaus különtermében megtartott üléséről.
- 398 Vgl. A MNFF svájci szervezetének jelentése a Budapesti Nemzeti Bizottságba tömörült négy demokratikus párt vezetőségének. 1945. aug. 24. PIL 274.10.110. Blatt 10–21.
- 399 Vgl. in diesem Buch ab S. 131.
- 400 Rapport adressé au Comité Central du Parti Communiste Hongrois sur l'activité de parti déployée en Suisse de 1939 jusqu'à mars 1945 von Földi Iván und Varga Tamás. PIL 274.10.109: Magyar Kommunista Párt Központi vezetősége iratai. A svájci magyar kommunista párt-csoport jelentése háboru alatti működéséről, konferenciájának üdvözlete és jelentése a svájci sajtómunkáról. Blatt 4–20.
- 401 Vgl. Georg Hermann Hodos 1989, S. 76. Der Arbeit von George Hodos für die NZZ ist es zu verdanken, dass O. Matter, der Wirtschaftsredaktor der NZZ, im Rajk-Prozess als amerikanischer Agent bezeichnet wurde!
- 402 Vgl. MOL XIX-J-21-a-1944–1960: Jegyzőkönyv a Magyar Nemzeti Függetlenségi Front svájci ideiglenes választmányának 1945 április 28.-án, a zürichi Kongresszhaus különtermében megtartott üléséről.
- 403 Vgl. A MNFF svájci szervezetének jelentése a Budapesti Nemzeti Bizottságba tömörült négy demokratikus párt vezetőségének. 1945. aug. 24. PIL 274.10.110. Blatt 23–25.
- 404 Protokoll der 45. Sitzung der GESUWA vom Mittwoch, den 12. September 1945. Genossenschaft zur Förderung des Schweizerisch-Ungarischen Warenverkehrs, GESUWA, Zürich. 1932–1955. Berufsverband. SWA Handschriften 424. Diese abwertende Wortwahl Borns erstaunt, weil er als IKRK-Delegierter in Budapest sehr engagiert und unter Übertretung seiner Kompetenzen gegen den Vernichtungsfeldzug gegen die Juden auftrat, was ihm posthum den ehrenhaften Titel «Gerechter unter den Völkern» der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem einbrachte.

- 405 Vgl. Noel Field 2005, S. 270. Siehe auch Bernd-Rainer Barth 2002, S. 199–285.
- 406 Über seine genaue Tätigkeit ist wenig zu erfahren. Man darf spekulieren, dass er mit der Auflösung der MNFF in der Schweiz beauftragt war: vermutlich vom 21. März 1946 bis 11. April 1946; eventuell auch um den 2. Juli 1946, 24. Juli 1946 und um den 28. August 1946 herum. Vgl. Protokoll der Stadtpolizei Zürich vom 4. Februar 1948. STAZH ZA 1987/028.49, Dossier 372. Er könnte aber auch den aus MNFF-Zeiten bekannten László Tarr ermuntert haben, seine Spionagetätigkeit in der Schweiz weiterzuführen. Dies geht aus den Prozessakten zum Fall László Tarr hervor. Vgl. StAZH B Spruchbuch III Kammer. Straf-Appell. 1948 3-Reg. YY 10a.59, S. 2341–2445.
- 407 György Aczél wurde in der Regierungszeit János Kádárs ein mächtiger Kultusminister. Vgl. Interview von Werner Schweizer mit György Aczél 23. März 1991 in Budapest.
- 408 Zu jenem Zeitpunkt war mit dem Sieg der Kommunisten über die anderen Parteien auch die kommunistische Identitätskonstruktion zum Durchbruch gelangt. Vgl. in diesem Buch S. 154.
- 409 Vgl. George Hermann Hodos 1991, S. 15–17.
- 410 Vgl. László Varga 2000, S. 11–25. Die Field-Affäre hatte den Slánsky-Prozess in Prag 1952 zur Folge und führte auch in Polen und der DDR zu einer Welle von Verhaftungen. Vgl. Werner Schweizer 1996. Vgl. auch Bernd-Rainer Barth et al. 2005.
- 411 Vgl. Béla Szász 1986.
- 412 Rajk László és társai a népbíróság előtt. Budapest 1949, S. 17–18.
- 413 Ebd., S. 19.
- 414 Diejenigen, die den Prozess überlebten, wurden 1954 amnestiert. Von den 14 Angeklagten der Schweizer Gruppe erlebten drei die Amnestie nicht mehr: Tibor Szőnyi und Ferenc Vági wurden hingerichtet, Antonia Dobó-Drittenbass starb im Gefängnis, weil man ihr das lebensnotwendige Insulin entzog. Ihr kleiner Sohn wie auch der Sohn der ebenfalls verhafteten Frau Szőnyi wurden unter falschem Namen in einem staatlichen Kinderheim untergebracht. Vgl. Georg Hermann Hodos 1989, S. 207. Die Schweizer Botschaft in Budapest hatte sich wiederholt für Toni Drittenbass eingesetzt, allerdings ohne Erfolg. Am 27. September 1955, also nach dem Tod von Toni Drittenbass, beklagte sich der Schweizer Geschäftsträger bei Alfred Zehnder: «In sehr zahlreichen, seitens der Gesandtschaft dem ungarischen Aussenministerium unterbreiteten Angelegenheiten ist auch nach langer Zeit keine Antwort oder Erledigung zu erreichen.» BAR E 2001 (E) 1970/217/112. Die Strafen der übrigen Mitglieder: Lebenslänglich erhielten András Kálmán, Iván Földi, György Demeter; 15 Jahre erhielten Gyula Kuti und János Dobó; 10 Jahre erhielten Tamás Ács, Péter Balabán, György Somló; 8 Jahre erhielten Endre Rosta, György Aczél (nicht in der Schweiz gewesen), György Hódos; 6 Jahre erhielt Antonia Dobó-Drittenbass; 5 Jahre erhielt Rosa Demeter. Vgl. Georg Hermann Hodos 1989, S. 148. András Kálmán beging in der Gefängniszelle Selbstmord. Vgl. Interview von Werner Schweizer mit Georg Hodos 1989. 1956 verliessen die Demeters Ungarn Richtung Brasilien, Iván Földi kehrte in die Schweiz zurück (obwohl es gegen ihn eine Einreisesperre gab), Georg Hódos blieb vorerst in Wien und wanderte später nach Kalifornien aus.
- 415 Vgl. Gábor Kiszely 2000, S. 155.
- 416 Vgl. James Srodes 1999, S. 413. Mária Schmidt weist auf die zu gleicher Zeit stattfindenden Aktivitäten des House Committee on Un-American Activities hin und sieht einen Zusammenhang zwischen amerikanischer und russischer Spionagehysterie, stellt den Rajk-Prozess sogar als «Gegenprozess» dar. Noel Field hätte im Prozess gegen den mutmasslichen Sowjetagenten Alger Hiss aussagen sollen, doch kamen diesmal die osteuropäischen Geheimdienste den amerikanischen zuvor, indem sie ihn im Mai 1949 in Prag entführten. Ohne Zweifel verschärfen die pseudojuristischen Machenschaften der grossen Rivalen den Kalten Krieg und vertiefen den Graben zwischen Ost und West. Vgl. Mária Schmidt 1998.
- 417 Zum Konflikt Jugoslawiens mit Stalin siehe Bruno Heidlberger 1989, insbesondere S. 207–246. Dass die USA in der Folge versuchten, über Jugoslawien die kommunistische Welt zu spalten, zeigt Lorraine M. Lees 1997.

- 418 Vgl. Arthur Schlesinger Jr. 1965.
- 419 Vorwärts Nr. 224, 26. September 1949.
- 420 Ebd.
- 421 Zehnder an Oprecht, 21. Juni 1949. BAR E 2802(-)1967/78/ 11.
- 422 Schweizer Gesandtschaft in Budapest an Chef du Département, 8. Dezember 1949. BAR E 2001 (E) 1967/113/521.
- 423 Die Gruppe war sehr heterogen. Sie bestand aus Soldaten, Polizisten, Gendarmen, Leventes (Jugend-Militär), Beamten, Angestellten evakuierter Organisationen und Betriebe, Studenten, Flüchtlingen vor der Roten Armee, Politikern, Pfeilkreuzlern, Volksdeutschen, Journalisten, Künstlern, von den Deutschen verschleppten Personen und aus Konzentrationslagern befreiten Juden.
- 424 Eine umfassende Monographie zu den Flüchtlingsproblemen nach dem Zweiten Weltkrieg liefert Mark Wyman 1989. Sehr viel statistisches Material verarbeitet Malcolm J. Proudfoot 1956.
- 425 Vgl. Malcolm J. Proudfoot 1956, S. 285. Die grosse Zahl von Rückkehrern verursachte nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Probleme. Im Juni 1945 berichtete der spätere kommunistische Innenminister László Rajk in einer Sitzung des Budapester Nationalkomitees, dass sich unter ihnen auch ehemalige Reaktionäre und Pfeilkreuzler befänden, die sich in der Heimat als Demokraten ausgaben und sich auch wieder im Staatsapparat einnisteten. Rajk verlangte die Einführung von scharfen Kontrollen an der Westgrenze. Der Vorschlag wurde an das Innenministerium in Debrecen weitergeleitet. Vgl. Jegyzőkönyv a Budapesti Nemzeti Bizottság VIII. ülésén 1945. június 13. In: Gáspár Ferenc und László Halasi 1975, S. 171f.
- 426 Vgl. Malcolm J. Proudfoot 1956, S. 356 und 364.
- 427 Die Internationale Flüchtlings-Organisation IRO ist die Rechtsnachfolgerin des Intergovernmental Committee on Refugees IGC und der UNRRA, die beide auf den 1. Juli 1947 liquidiert wurden. Die Sonderorganisation der Vereinten Nationen hatte die gelenkte Emigration in alle an der Einwanderung von Arbeitskräften interessierten Staaten als Hauptaufgabe. Die Schweiz war als 19. Unterzeichnerin Vollmitglied der Organisation. Die Zentrale der IRO befand sich in Genf. Vgl. Satzung der Internationalen Flüchtlings-Organisation IRO 1951.
- 428 Malcolm J. Proudfoot 1956, S. 426. Die grössten Kontingente nahmen auf: USA 16'718, Australien 13'320, Kanada 7479, Israel 7191, Frankreich 3655, Brasilien 3146, England 3013, Venezuela 1999. Die restlichen 2413 Ungarn wurden auf 11 Länder weltweit verteilt. (Quelle von Proudfoot ist eine Statistik der IRO.)
- 429 Die wohl detaillierteste Abhandlung über die ungarische Emigration nach 1945 stammt von Gyula Borbándi 1985. Dieser im Westen entstandenen Monografie entspricht eine qualitativ wesentlich schlechtere, in Ungarn herausgegebene: Kázmér Nagy 1984.
- 430 Vgl. Justine Faure 2004, S. 259. Vgl. auch James Jay Carafano 1999, S. 1–38.
- 431 Vgl. Carl Ludwig 1966, S. 290–356.
- 432 Zwischen 1950 und 1956 waren es nur noch 16. Allerdings reisten auch in derselben Periode 173 wieder aus, nur bei 47 Juden ist keine Ausreise vermerkt. Die Daten wurden mit Hilfe der AfZ IB VSJF-Personendossiers erstellt.
- 433 Vgl. Flüchtlingsdossiers des SAH, Sozialarchiv Ar.20.896.1.
- 434 Der Schmuggler Cla Famos erinnert sich: «Damals kam auch der ungarische Kriegsminister an die Grenze, ein ganz toller Typ. Er war hier mit seiner Frau und seinen kleinen Kindern und beantragte Asyl in der Schweiz. Acht Tage wohnten sie bei uns. Der Minister wusste mehr von der schweizer Geschichte als ich, sogar von der Bündner Geschichte. Nach acht Tagen Verhandlungen mit Bern hiess es: «Nein, er erhält kein Asyl. Er muss raus.» Etwa zwei Wochen später sah ich in einer Illustrierten das Bild des Mannes und der Frau – erhängt in Budapest.» Cla Famos zit. in: Christof Dejung et al. 2002, S. 199f. Bárdossy traf am 4. Oktober 1945 zusammen mit den gesuchten Köpfen des Pfeilkreuzlerregimes in Budapest ein. Vgl. NZZ Nr. 1494, 5. Oktober 1945. Einen Monat später wurde er wegen Hochverrats – er hatte der Sowjetunion eigenmächtig den Krieg erklärt, ohne Einschaltung des Parlamentes

- und gegen die Interessen Ungarns – zum Tod durch Erhängen verurteilt. Vgl. NZZ Nr. 1661, 5. November 1945.
- 435 Vgl. Gyula Borbándi 1989. Band I, S. 222.
- 436 Vgl. in diesem Buch ab S. 52 und S. 177.
- 437 Die Ungarn bilden in dieser Beziehung keine Ausnahme. Justine Faure hat den gleichen Sachverhalt für die tschechoslowakischen Emigranten in den USA festgestellt. Vgl. Justine Faure 2004, S. 198.
- 438 Ferenc Nagy 1990. Band 2, S. 29.
- 439 Ebd., S. 124.
- 440 Anonyme Aufzeichnung im EPD vom 31. Mai 1947. BAR E 2001 (E) 1967/113/521.
- 441 Eine erste praktische Hilfe leistete George Mantello, der für die Familie Nagy ein Häuschen in Genf mietete. Mit Hilfe des ungarischen Gesandten in Bern, Ferenc Gordon, konnte er dem Kállay-Fonds Geld entnehmen und so seine nächste Zukunft ohne finanzielle Sorgen in Angriff nehmen. Nach einigen Monaten gelangte er in die USA, wo er einer der wichtigsten Führer der ungarischen Emigration wurde. Vgl. István Csicsery-Rónay und Géza Cserenyey 1998. Zum Kállay-Fonds vgl. in diesem Buch S. 51.
- 442 Vgl. EPD an EJPD, 23. Juni 1947. BAR E 2001 (E) -/1/36: 1946–1948: Personnel de la Légation Royale de Hongrie à Berne. Dossier Gordon.
- 443 Ferenc Nagy 1990, Band 2, S. 160.
- 444 Von den drei wichtigsten Führern der Partei der kleinen Landwirte waren also zwei in die Schweiz geflohen, während der dritte, Béla Kovács, von den sowjetischen Behörden in Gefängnissen und in Straflagern bis 1956 gefangengehalten wurde. Sein Schicksal hätten vermutlich auch Nagy und Varga erlitten, wäre es ihnen nicht gelungen, in der Schweiz unterzutauhen. Allerdings sah Varga seine Flucht in die Schweiz nur als Zwischenstation auf dem Weg zu seinem endgültigen Ziel, den USA. Vgl. Károly Kapronczay 1998. Zu Béla Kovács vgl. Mária Palasik 2002.
- 445 Auszug aus einem Bericht von Karl Peyer vor dem Ungarischen National-Komitee über seine europäischen Erfahrungen. Veröffentlicht in Nr. 5. des offiziellen Organs des ungarischen National-Komitees in New-York vom November 1949. Sozialarchiv Ar.1.260.57.
- 446 Gemäss anderer Quellen soll Peyer trotz seiner Vorwürfe und Denunziationen vom SAH unterstützt worden sein. SAH an SPS, 13. Juni 1949. Sozialarchiv Ar.1.260.57.
- 447 Bericht der Kommission über die Differenzen der ungarischen Sozialdemokraten im Exil. Zürich, 10. April 1949. Sozialarchiv Ar.1.260.57.
- 448 Tätigkeitsbericht des Schweizerischen Caritasverbandes 1949/50, S. 24–25.
- 449 Vgl. Gyula Borbándi 2000, S. 13–33.
- 450 Die Weltwoche. 15. Jg. Nr. 689, 24. Januar 1947; Nr. 691, 7. Februar 1947; Nr. 705, 14. Mai 1947; Nr. 708, 6. Juni 1947; Nr. 709, 13. Juni 1947; Nr. 720, 29. August 1947; Nr. 721, 5. September 1947 und Nr. 734, 5. Dezember 1947.
- 451 Über die Haltung der katholischen Presse in der Schweiz und ihre Verbindung zu ungarischen Emigranten vgl. in diesem Buch ab S. 85.
- 452 Ferenc Nagy 1990, Band 2, S. 141.
- 453 Vgl. MOL XIX-J-21-a-1944–1960: Jegyzőkönyv a MNFF svájci szervezetének Végrehajtó Bizottsági üléséről, Zürichben 1945. augusztus 10-én.
- 454 PII 274.10.109: A svájci magyar kommunista pártcsoporth jelentése háboru alatti működéséről, konferenciájának üdvözlöte és jelentése a svájci sajtómunkáról. D.n. 1945. nov. 11–28. Blatt 4–20: Rapport adressé au Comité Central du Parti Communiste Hongrois sur l'activité de parti déployée en Suisse de 1939 jusqu'à mars 1945.
- 455 Vgl. MOL XIX-J-21-a-1944–1960: Jegyzőkönyv a MNFF svájci szervezetének Végrehajtó Bizottsági üléséről, Zürichben 1945. augusztus 10-én. Obwohl die Vorwürfe nicht bekannt sind, bietet sein Lebenslauf eine ganze Reihe von Angriffsflächen: Der 1907 geborene Tarr promovierte in Ungarn 1930 zum Dr.rer.pol. und war seit 1931 bei der ungarischen Nachrichtenagentur MTI als Journalist angestellt. Vom November 1940 bis Dezember 1941 arbeitete er als Sekretär an der Seite des damaligen Präsidenten der MTI, Nikolaus Kozma, der

- zu jener Zeit Regierungskommissär in der Karpatho-Ukraine war. Im März 1942 wurde er als Berichterstatter der MTI zuerst nach Bern und sodann im November 1942 nach Zürich versetzt, wo er zugleich auch als Pressereferent des ungarischen Generalkonsulates arbeitete. Im März 1944 gab er nach der Besetzung Ungarns durch Deutschland die Erklärung ab, dass er die neu gebildete Regierung in Ungarn nicht anerkenne. Fortan erhielt er bis zur Wiederaufnahme seiner Arbeit kein Gehalt mehr. Er war Mitglied der MNFF und eine Zeit lang Redaktor ihres Blattes.
- 456 Vgl. III. K. B Nr. 221 App. 5. November 1948. In: B Spruchbuch III Kammer. Straf-Appell. 1948 3-Reg. YY 10a.59, S. 2341–2445, hier S. 2442. Der Polizeidirektion der Stadt Zürich war das dennoch zu wenig. Sie beantragte den dauernden Landesverweis, was der Regierungsrat des Kantons Zürich denn auch bewilligte. Vgl. Protokoll des Regierungsrates 1949. STAZH ZA 1987/028.310.
- 457 Ernst Feisst an Max Petitpierre, 13. Februar 1948. DDS, www.dodis.ch, DoDiS-5140.
- 458 Ebd.
- 459 Ebd.
- 460 Ebd.
- 461 Offenbar wurden die ungarischen Emigranten auch von Schweizerischer Seite beobachtet. Vgl. Georg Kreis 1993.
- 462 Vgl. in diesem Buch S. 29. Erscheint die Benutzung der Hilfsbereitschaft auch zwielichtig, steht dieser Fall in der Geschichte der Hilfsaktionen im internationalen Vergleich keineswegs alleine da. Amerikanische Forscher betonten, dass der amerikanische Einsatz für notleidende Menschen in aller Welt nicht zuletzt aus politischen Erwägungen geleistet werde. Aber auch die von den (West-)Alliierten gegen Ende des Zweiten Weltkriegs ins Leben gerufene UNRRA konnte auf politische Beweggründe nicht verzichten. Die UNRRA war dem amerikanischen State Department angegliedert und setzte auch in der Höhe der Hilfeleistungen politische Prioritäten. Die Tschechoslowakei erhielt nach China, Polen, Italien und Jugoslawien am meisten Hilfe, obwohl das Land im Vergleich zu anderen Ländern in Europa nur wenige Zerstörungen aufwies. Vgl. Justine Faure 2004, S. 65 und S. 89.
- 463 Vgl. András Gianone 2003, S. 92f. Andere Länder, die der katholischen Organisation Hilfsgüter zukommen liessen, waren der Vatikan, Belgien, die Niederlande, Dänemark, Norwegen, Schweden, Irland, England, Schottland, Portugal, Australien, Südafrika, Argentinien und Kanada.
- 464 Vgl. Iván Pető et al. 1985, S. 47.
- 465 Vgl. Theo Tschuy 1998, S. 103–122.
- 466 Vgl. David Kranzler 2000, S. 123.
- 467 Die Aktion von Carl Lutz stand keineswegs allein. Der schwedische Diplomat Raul Wallenberg ist vielleicht die bekannteste Figur der Rettungsaktionen, aber auch zahlreiche andere, unbekanntere Personen ausländischer oder ungarischer Herkunft waren in irgendeiner Form beteiligt.
- 468 Vgl. Arieh Ben-Tov 1990.
- 469 Der Umgang mit Carl Lutz war allerdings auch unter den Schweizer Juden nicht widerspruchsfrei. Dies wurde im Zuge einer Ehrverletzungsklage im Jahr 1947 deutlich. Vgl. Hanna Zweig-Strauss 2004, S. 306–313.
- 470 Otto Walliser 1955, S. 7. Zum Begriff des Hereinholens vgl. Antonia Schmidlin 1999, S. 21–25.
- 471 Vgl. Jörg Weidmann 1993, S. 143–146.
- 472 Die Bibliothek wurde 1946 in die Schweizerische Landesbibliothek integriert, von wo sie 1953 zunächst ausgegliedert, 1956 aber wieder eingegliedert wurde. Nach der Auflösung der Schweizerisch-Ungarischen Gesellschaft 1960 wurde sie von einer Trägerschaft betreut. Erst nach der Überführung des Bestandes in die Zentralbibliothek Zürich 1990 wurde auch die seit 1960 bestehende Trägerschaft aufgelöst. Vgl. György Csernyik 1993, S. 15.
- 473 Einige dieser Herren flohen nach dem Einmarsch der Roten Armee in Ungarn vorübergehend in die Schweiz.

- 474 Vgl. Brief Carl Irlet an László Ravasz vom 9. Dezember 1945. Ráday levéltár RL C/141.
- 475 Brief Carl Irlet an László Ravasz vom 24. November 1946. Archiv der Schweizerisch-Ungarischen Gesellschaft (SchUG). Kiste I.
- 476 Brief Carl Irlet an Rodolfo Olgiati vom 21. Januar 1945. BAR J II.142 (-) 1971/115/647.
- 477 Notiz über die Sitzung mit den schweizerischen an einer Hilfe für Ungarn interessierten Kreisen vom 7. September 1945. BAR J II.142 (-) 1971/115/647.
- 478 Vgl. Brief von László Ravasz an Carl Irlet vom 28. Dezember 1945. Archiv SchUG. Kiste I.
- 479 Notiz über eine Sitzung in Olten zur Gründung einer Vereinigung von Ungarn-Freunden für die Hilfe an die Bevölkerung Ungarns. Olten, 1. März 1945. BAR J II.142 (-) 1971/115/647.
- 480 Präsidial-Bericht anlässlich der Generalversammlung der Schweizerisch-Ungarischen Gesellschaft vom 29. November 1952 in Bern. [Im Besitz des Verfassers]
- 481 Vgl. Schweizerisch-Ungarische Gesellschaft 1955, S. 46f.
- 482 Sie war es auch, die im März 1946 zwei Tonnen Textilien nach Ungarn schicken konnte. Vgl. Brief von Carl Irlet an László Ravasz vom 3. März 1946. Archiv SchUG. Kiste I. Verteilt wurden die Gaben gemäss einem vereinbarten Schlüssel von Irlets Freund und Stellvertreter in Ungarn, László Ravasz. Offenbar war Carl Irlet von der Sektion Ostschweiz nicht begeistert: «[...] die Sektion Ostschweiz ist noch eine sehr geringe Hilfe und von unseren, früheren Mitarbeitern in Basel will ich lieber gar nicht sprechen.» Damit war der Kreis um Max Vischer gemeint. Vgl. Carl Irlet an László Ravasz, 4. August 1946. Archiv SchUG. Kiste I.
- 483 Wie Ravasz berichtet, wurde der zuständige Beamte im Ministerium auf die sogenannte B-Liste gesetzt und damit entlassen. Die B-Liste umfasste solche Personen, die aus politischen Gründen nicht zuverlässig und deshalb grösstenteils geächtet wurden. Vgl. Brief von László Ravasz an Carl Irlet, 9. September 1946.
- 484 Vgl. Brief von László Ravasz an Carl Irlet, 1. Juli 1946. Archiv SchUG. Kiste I.
- 485 Vgl. Brief von Carl Irlet an László Ravasz vom 24. November 1946. Archiv SchUG. Kiste I.
- 486 Die im Nachlass von Carl Irlet gefundenen Briefe deuten auf den Höhepunkt des Briefwechsels in den Jahren 1946–1947 hin, mit 25 Briefen aus Ungarn an die Schweiz. In den Jahren 1948 bis 1952 waren es nur noch 8. Drehten sich die Inhalte zunächst um geplante Hilfsaktionen und auch politische Themen, so handelte es sich ab 1948 praktisch nur noch um Neujahrsgrüsse mit kurzen Informationen über die Familien. Im Briefwechsel von Irlet und Ravasz drückt sich dies zum einen in einer quantitativen Abnahme des Briefwechsels aus, zum anderen im Gehalt des Briefinhaltes.
- 487 Eine undatierte Mitgliederliste, die vermutlich aus dem Jahre 1948 stammt, umfasst 98 Namen, davon sehr viele ungarische. An der Vorstandssitzung vom 27. März 1954 wurden 41 Beitrittsgesuche von ungarischen Emigranten angenommen. Die Liste befindet sich im Archiv SchUG. Kiste I.
- 488 Vgl. György Csernyik 1993, S. 15.
- 489 László Ravasz an Carl Irlet, 9. September 1946. Archiv SchUG. Kiste I.
- 490 Vgl. Berta Hohermuth 1944, S. 309–314.
- 491 Vgl. Daniel Möckli 2000, S. 53. Die Motor-Columbus AG war stark exportorientiert, weshalb die Erholung der ausländischen Märkte ein ureigenes Bedürfnis darstellte.
- 492 Ernst Speiser zit. in: Jörg Kistler 1980, S. 29.
- 493 Vgl. Die Schweizer Spende 1944–1948. Tätigkeitsbericht. Zürich 1949, S. 19–33.
- 494 Vgl. ebd., S. 21.
- 495 Ebd., S. 86–87.
- 496 Dieser Ausdruck entstammt dem Titel eines 1946 vom schweizerischen Pfadfinderbund herausgegebenen Erinnerungsbuches. Vgl. Schweizerischer Pfadfinderbund 1946.
- 497 Und in der Tat: Wie der Spätherbst 1956 zeigte, war die Hilfsaktion der Schweizer Spende und des Roten Kreuzes noch in lebhafter Erinnerung, die Schweiz schien tatsächlich im Ausland das Image erhalten zu haben, welches sie bezweckt hatte, wengleich ein Anteil der Ehre auch Carl Lutz und Friedrich Born gebührt. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob das Wirken von Friedrich Born im Rahmen des IKRK eine schweizerische Hilfe

- war, ist das IKRK doch eine selbständige internationale Organisation, das Rote Kreuz nicht das Schweizerkreuz. Mag das IKRK sich auch als internationale Organisation verstehen, so war es doch für lange Zeit eine rein Genfer Angelegenheit, bevor die Tore auch für die restlichen Schweizer geöffnet wurden. Das Emblem des Roten Kreuzes wurde ganz bewusst in Anlehnung an das Schweizer Wappen gewählt, lediglich in umgekehrter Farbwahl. Vgl. Schweizerisches Rotes Kreuz 1997, S. 4.
- 498 Schweizer Illustrierte Zeitung Nr. 9, 28. Februar 1945.
- 499 Kurt Stampfli 1945.
- 500 Ungarische Botschaft in Bern an den Aussenminister. MOL XIX-j-1-k Svájç (Admin) 90915.
- 501 Vgl. Therese Steffen 1996. Vgl. in diesem Buch ab S. 28.
- 502 Haas Tamás, 1946. január 9.-I jelentésének kivonata. (90081/1946). MOL XIX-j-1-k.
- 503 Die Öffentlichkeit wurde am 5. März und am 9. April 1945 informiert. In einem kurzen Communiqué wurden alle interessierten Kreise aufgerufen, sich bei Max Vischer zu melden. Vgl. NZZ Nr. 394, 5. März 1945 und NZZ Nr. 598, 9. April 1945.
- 504 Notiz über eine Sitzung in Olten zur Gründung einer Vereinigung von Ungarn-Freunden für die Hilfe an die Bevölkerung Ungarns, 1. März 1945. BAR J II.142 (-) 1971/115/647.
- 505 Egger im BAR J II.142 (-) 1971/115/11: Sitzungsprotokolle des Arbeitsausschusses der Schweizer Spende 1944–1949. Protokoll der Sitzung vom 10. April 1946.
- 506 Vgl. Leichenrede für Max Vischer-von Planta. StABS LA 1975 Juli 30.
- 507 Protokoll der Sitzung des Arbeitsausschusses der Schweizer Spende vom 10. April 1946. BAR J II.142 (-) 1971/115/11.
- 508 Jürg Frischknecht et al. 1979³, S. 12.
- 509 Vgl. Christian Werner 2000, S. 80–197.
- 510 Vgl. ebd., S. 356.
- 511 Vischer an Wetter, 8. März 1946. BAR J II.142 (-) 1971/115/647.
- 512 BAR J II.142 (-) 1971/115/647.
- 513 Vgl. Protokoll vom 29. Juni 1946 in Budapest. Sozialarchiv. Ar.20.896.1. In einem anderen Dokument heisst es: «L'opinion du public suisse dépendit longtemps de quelques articles sensationnels parus dans la presse ainsi que de l'attitude souvent équivoque de certains Hongrois de Suisse.» Ar.20.896.1. Document 7. Vischer befasste sich auf seiner Reise nach Budapest im Juli 1946 nicht nur mit den Hilfemöglichkeiten in Ungarn, sondern auch mit Fragen der 4%-Anleihe der Stadt Budapest von 1911, wo Vischer im Auftrag der Schweizerischen Bankiervereinigung als Treuhänder auftrat. Er trat sowohl mit Vertretern der Stadtverwaltung als auch mit Staatssekretär Vásárhelyi vom Finanzministerium zusammen, um Einzelheiten in dieser Frage «eingehend» zu besprechen. Max Vischer an Schweizerische Bankiervereinigung, 10. Juli 1946. Archiv der Schweizerischen Bankiervereinigung. No. 34m: Ville de Budapest, Trustee IV. du 1. VII. 1938–31. XII. 1946.
- 514 Protokoll, aufgenommen über die Vorstandssitzung der Schweizerischen Ungarn-Hilfe vom 29. März 1946 in Zürich. ZBZ CSS 160.70.12: Schweizerische Ungarn-Hilfe.
- 515 Das Végh-Quartett wurde in Budapest gegründet und bestand aus den Musikern Sándor Végh (1912–1997), Sándor Zöldy, György Janzer und Pál Szabó. Das von 1940 bis 1978 bestehende Quartett prägte während langer Zeit das Basler Musikleben.
- 516 Das Innenleben der Ungarn-Hilfe kann nur noch schwer rekonstruiert werden. Der Aktenbestand wurde 1994 vernichtet. Nur wenige Protokolle und Briefe in verstreuten Beständen blieben erhalten. Eine unschätzbare Quelle bilden die Aussagen von Frau Annelies Bodoky und Frau Helen Nyikos, ohne deren freundliche Mithilfe ich kaum die Geschiehe der Ungarn-Hilfe hätte erhellen können. Die folgenden Ausführungen basieren denn auch vorwiegend auf Interviews mit Frau Bodoky in Budapest im Juni 2002 und Mai 2003 sowie mit Frau Nyikos in Riehen am 16. August 2003.
- 517 Protokoll der Sitzung des Zentralkomitees der Schweizerischen Ungarnhilfe vom 10. Juli 1946 in Neuenburg und Mitteilungen des Zentral-Komitees der schweizerischen Ungarnhilfe an die kantonalen Komitees, 5. Juli 1946. SRK XXVII A-01,1. Es ist erstaunlich, wie

- stark Basel in der Ungarn-Hilfe vertreten war. Hier befanden sich neben Max Vischer, Lajos Nyikos, Fritz Verzár auch eine ganze Anzahl unbekannter Helferinnen und Helfer. Stellvertretend für viele nenne ich nur Herrn József Tomcsik-Duschnitz (1898–1964), Professor für Bakteriologie und Hygiene an der Universität Basel. Er war befreundet mit seinem Arbeitskollegen Fritz Verzár, griff aber nicht politisch in die Ungarn-Hilfe ein. Statt dessen half er vorab seinen ehemaligen Berufskollegen und Freunden in Ungarn, die nach der zerstörerischen Belagerung Budapests Not litten. Er organisierte Geldspenden, Materialspenden, lud Kinder über das SRK, Kh als Ferienkinder ein (allerdings ohne Erfolg), vermittelte Patenschaften etc. «[...] und nicht nur die Beantwortung Hunderter Briefe aus Ungarn, sondern die Teilnahme an zahlreichen ungarischen Hilfsaktionen, was für Olga bedeutete, viele Tage auf den Bahnhöfen Sortier- und Verpackungsarbeiten zu leisten. Auch für Sommerferien hatten wir keine Zeit, wir arbeiteten ohne Unterbrechung.» Nachlass József Tomcsik-Duschnitz. UB Basel NL 0121, C 040, 2: Brief Jozsef Tomcsik an Laci und Klári Meduna in Chicago, 20. Dezember 1946. Ebenso wie Lajos Nyikos und seine Frau arbeiteten die Tomcsiks unentgeltlich.
- 518 Protokoll der 42. Sitzung der GESUWA vom 16. März 1945. SWA Handschriften 424. Zur GESUWA vgl. in diesem Buch ab S. 60.
- 519 Sitzungsprotokolle des Arbeitsausschusses der Schweizer Spende 1944–1949. Protokoll der Sitzung vom 26. April 1946. BAR J II.142 (-) 1971/115/11.
- 520 Über eine Konferenz mit Rodolfo Olgiati berichtete Max Vischer: «Die Schweizer Spende [unlesbar] nun einfach mit der Centrale Sanitaire und gibt unter anderem als Grund die Wiederaufnahme der Beziehungen zur Sowjetunion an. Uns gegenüber hüllen sich die Herren der Schweizer Spende in verdächtiges Schweigen.» Brief von Max Vischer an seine Frau, 23. März 1946. Brief in Privatbesitz.
- 521 Vgl. 50 Jahre Centrale Sanitaire Suisse: Ein historischer Abriss, 1937–1987. Zürich 1987, S. 6–16.
- 522 Das Parteiorgan der Ungarischen Kommunistischen Partei MKP, *Szabad Nép*, titelte am 11. September 1945: «Schweizer Antifaschisten schicken Medikamente im Werte von 75 Millionen P[engő]».
- 523 Vgl. Protokoll der Sitzung vom 10. April 1946. BAR J II.142 (-) 1971/115/11.
- 524 Vgl. MOL XIX-J-21-a 1944–1960. P. 309.
- 525 A Magyar Nemzeti Függetlenségi Front svájci szervezete iratai. D.n. 1945. aug. 24–1946. szept. 5. Blatt 10–21: A MNFF svájci szervezetének jelentése a Budapesti Nemzeti Bizottságba tömörült négy demokratikus párt vezetőségének. 1945. aug. 24. PIL 274.10.110.
- 526 Die MNFF-Aktivistinnen Tamas Haas, Paula Kalman, Anna Hoffmann, Peter Nagy und Stefan Eisenberg erhielten ein Visum zur Begleitung des Konvois. Vgl. ZBZ CSS 160.70.10: Allgemeine Korrespondenz bez. Ungarn 1944–46 (&50).
- 527 CSS an Molnár Erik, 24. August 1945. ZBZ CSS 160.70.10: Allgemeine Korrespondenz bez. Ungarn 1944–46 (&50)
- 528 Protokoll Nr. 17 der 11. Sitzung vom 23. Mai 1945. BAR J II.142 (-) 1971/115/11.
- 529 Protokoll Nr. 19 der 13. Sitzung vom 25. Juli 1945. Ebd.
- 530 Vgl. Die Schweizer Spende 1944–1948. Tätigkeitsbericht, S. 206.
- 531 Ferenc Gordon an Gyöngyösi (Aussenminister), 25. Dezember 1946. A Svájci Magyar Segélybizottság feloszlása. MOL XIX-j-1-k Svájc (Admin). Der Rücktritt Kövérs geschah auf Anraten der MNFF in der Schweiz. A svájci magyar kommunista pártcsoport jelentése háboru alatti működéséről, konferenciájának üdvözlése és jelentése a svájci sajtómunkáról. D.n. 1945. nov. 11–28. Magyar Kommunista Párt Központi vezetősége iratai. PIL 274.10.109. A Magyar Nemzeti Függetlenségi Front svájci szervezete iratai. D.n. 1945. aug. 24–1946. szept. 5. Blatt 10–21: A MNFF svájci szervezetének jelentése a Budapesti Nemzeti Bizottságba tömörült négy demokratikus párt vezetőségének. 1945. aug. 24. PIL 274.10.110:
- 532 Für nähere Informationen zu diesem Bulletin vgl. in diesem Buch ab S. 97.
- 533 Vgl. MOL XIX-j-1-k Svájc (Admin) 90182/1946.

- 534 Vgl. in diesem Buch ab S. 48. Vgl. Vischer an die verehrlichen Mitglieder der Komitees für die schweizerische Ungarn-Hilfe, 20. Dezember 1945. ZBZ CSS 160.70.12: Schweizerische Ungarn-Hilfe.
- 535 Karitatív kapcsolatok, segélyakciók, Vöröskereszt, jótékonyági ügyek, gyermeknyaraltatás, gyermekvédelmi delegáció Ferenc Nagy an den Aussenminister, 18. März 1947. MOL XIX-J-1-j.
- 536 Ferenc Honti setzte sich als Pariser Korrespondent einer Budapester Zeitung nach dem Friedensvertrag von Trianon 1920 für die Revision ein. 1943 gelangte er nach Genf, wo er erst 1944 als Honorarkonsul akkreditiert wurde. 1944 demissionierte er separat vom diplomatischen Korps. Er betrachtete sich als Vertreter der *Partei der kleinen Landwirte* in der Schweiz.
- 537 Vgl. Ferenc Gordon an den Aussenminister, 29. Januar 1947. MOL XIX-j-1-k. Tárgy: Svájci Magyar Segélybizottság.
- 538 Dissolution du Comité Hongrois de Secours en Suisse. Resolution adaptée par le Comité Central du Comité Hongrois de Secours en suisse dans sa séance du 27 février 1947. SRK XXVII A-01,1.
- 539 Elsbeth Kasser gehört zu den herausragenden Persönlichkeiten der schweizerischen Hilfstätigkeit.
- 540 Bericht der Schwester Elsbeth Kasser an die Zentrale in Bern vom 24. Juni 1946. SRK XXVII A-01,2.
- 541 Vgl. Schlussbericht der Delegation Ungarn Mai 1946–November 1948. SRK XXVIII B-01,2.
- 542 Brief von G. Pohl an FrL Jöhr, 3. Januar 1948. SRK XXVII A-01.3.
- 543 Die Bestände der Caritas zu den Aktionen in diesem Zeitraum wurden zum grössten Teil vernichtet, weshalb ich mich vor allem auf Sekundärliteratur und die Jahresberichte stützen muss. Vgl. Caritas 2002.
- 544 Die ungarische Actio Catolica wurde 1932 gegründet. Grundlage war die Enzyklika von Papst Pius XI. Ubi arcano Die von 1922, in der von der Rechristianisierung die Rede war. Die Actio Catolica wurde in Ungarn zum eigentlichen Zentrum der katholischen Mission. Besonders nach der Bodenreform, die die katholische Kirche durch den Verlust ihrer Ländereien in arge finanzielle Nöte gebracht hatte, war die Actio Catolica die schlagkräftigste katholische Organisation. Sie wurde in Folge der Kirchenverfolgung 1949 eine Organisation der regimetreuen Friedenspfarrer und am Ende der kommunistischen Ära 1991 aufgelöst. Vgl. András Gianone 2003, S. 79–126.
- 545 Vgl. Nadia Ilyin 1948, S. 22.
- 546 Vgl. Tätigkeitsbericht des Schweizerischen Caritasverbandes 1945/46–1950.
- 547 «Diese Art des direkten Dienstes am Einzelnen muss – trotz und gerade wegen vielfacher Behinderung – immer wieder versucht werden in Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei und Jugoslawien. Da in diesen Ländern hinter dem Eisernen Vorhang aus nur zu bekannten Gründen ganze Gruppen von Menschen von jeder örtlichen Fürsorge total ausgeschlossen werden, sind unsere Einzel-Sendungen vor allem an Alte, Kranke, Kinder, an Seelsorger und Ordensleute, die vom kommunistischen Regime besonders hart bedrängt werden, vielfach die einzige Hilfe, die sie noch erreicht. [...] Der Gesamtwert der in die Oststaaten vermittelten Hilfe beträgt Fr. 36'875.05.» Tätigkeitsbericht des Schweizerischen Caritasverbandes 1954, S. 22f.
- 548 Vgl. MOL XIX-j-1-k Svájci (Admin). 90574/1946. Das HEKS entfaltet allerdings eine weit grössere Hilfstätigkeit. Auch einzelne Institutionen, wie beispielsweise das Diakonissenhaus Riehen, sandten Hilfsgüter an befreundete Institutionen in Ungarn. Vgl. In diesem Buch ab S. 76.
- 549 Brief von Matter, Ausschuss beider Basel des AHW an SAH, 2. April 1946. Anfrage, ob man 2 Delegierte in die Ungarnhilfe entsenden will. «In Basel wird in letzter Zeit immer darauf hingewiesen, dass nur die Centrale-Sanitaire Aktionen in Ungarn ausführe!» Sozialarchiv Ar.20.896.1.
- 550 Brief SAH an SGB, 9. Juli 1946. Sozialarchiv Ar.20.896.1.

- 551 Ebd.
- 552 Von Arburg an H.R. Gautschi, 1. Januar 1947. SRK XXVII A-01.2.
- 553 Ebd.
- 554 Gertrud Merz an FrL. Jöhr, 25. November 1947. SRK XXVII A-01.2.
- 555 Gertrud Merz an FrL. Jöhr, 22. Mai 1948. SRK XXVII A-01.3.
- 556 Vgl. MOL XIX-C-1-a-IIIIt-20.521-20.974-1948, 2. doboz: Népjóléti Minisztérium Elnöki főosztály 20.792.
- 557 Vgl. MOL XIX-C-1-a-IIIIt-20.521-20.974-1948, 2. doboz: Népjóléti Minisztérium Elnöki főosztály 20.974.
- 558 Vgl. Gertrud Merz: Rapport über die Tätigkeit des Schweiz. Roten Kreuzes, Kinderhilfe Delegation in Ungarn. Mai 1946–November 1948, S. 36. SRK XXVIII B-01.2.
- 559 Vgl. MOL XIX-C-1-a-IIIIt-20.521-20.974-1948, 2. doboz: Népjóléti Minisztérium Elnöki főosztály 29.535.
- 560 Vgl. András Gianone 2003, S. 101–121.
- 561 Vgl. ebd., S. 124.
- 562 Der Wiederaufbau wurde in der zeitgenössischen Publizistik als grosse Tat der Ungarn be-
zungen. Stellvertretend für andere vgl. Zoltán Zelk: Új hídavatás [Neue Brückeneinweihung].
Zuerst erschienen in Szabadság, 1. August 1948. In: Zoltán Zelk 1984, S. 256f.
- 563 Jöhr an Mitarbeiterinnen in Budapest, 30. Juli 1948. SRK XXVII A-01.3.
- 564 Protokoll der Geschäftsleitung der SRK, Kh vom 9. Dezember 1948. BAR J.II.15. Aktenzei-
chen 291.
- 565 Gesandtschaft an Innenministerium, AVH, 13. September 1948. MOL XIX-j-1-k. Tárgy:
Pestalozzi faluban levő magyar gyermekek hazahozatala.
- 566 Pestalozzi faluban levő magyar gyermekek hazahozatala. Bericht vom 5. April 1949. MOL
XIX-j-1-k.
- 567 Die Idee des Pestalozzi-Kinderdorfes in Trogen wurde auch in anderen Gebieten Europas
aufgegriffen. Vgl. Martin Birchler 1998, S. 64.
- 568 Kurt Imhof et al. 1999, S. 121.
- 569 FrL. Jöhr zit. in: Protokoll der Arbeitsausschuss-Sitzung des SRK Kinderhilfe, 11. Dezember
1947. BAR J.II.15. Aktenzeichen 288.
- 570 FrL. Jöhr an Baumann, 8. September 1948. SRK XXVII A-01.3.
- 571 Vgl. SRK XXVII A-02.3.
- 572 Jahresbericht des Schweizerischen Roten Kreuzes für das Jahr 1946, S. 149.
- 573 Ebd., S. 152.
- 574 Ebd., S. 155.
- 575 Jahresbericht des Schweizerischen Roten Kreuzes für das Jahr 1947, S. 113.
- 576 Protokoll der Sitzung der GL des SRK, Kinderhilfe, 26. August 1948. BAR J.II.15. Akten-
zeichen 291.
- 577 Christoph Graf 1988, S. 23f.
- 578 Seine Tochter Anna Elisabeth hatte nach ihrer Lehre als Krankenpflegerin in der Schweiz im
Diakonissenhaus in Budapest gearbeitet, wo sie auch ihren Mann, den Arzt György Bodo-
ky, kennen gelernt hatte. Zwischen den Vischers und den Biberauers (der frühere Name der
Bodokys) hatten bereits familiäre Verbindungen bestanden.
- 579 Vgl. Anna Jakob-Pozsar 1999; Eva Bruckböck 2000.
- 580 Zit. in Eva Bruckböck 2000, S. 8.
- 581 Eva Bruckböck 2000, S. 8.
- 582 Volksrecht Nr. 284, 3. Dezember 1947.
- 583 Vgl. Tibor Fábíán, János Taraba, Marjai: Feljegyzés. Kollégiumi előterjesztés a magyar-svájci
viszonyról. MOL XIX-J-1-j. Svájc – IV-26.
- 584 Schweizer Illustrierte Zeitung Nr. 29, 14. Juli 1948.
- 585 «Die internationale Lage spitzt sich zu.» Zitat aus dem Spielfilm: A tanú [Der Zeuge]. Un-
garn 1969. Der Film ist eine Satire über die 1950er Jahre während des Rákosi-Regimes.
- 586 Vgl. Gerhard Wettig 1974.

- 587 Interne Weisung Nr. 7 vom 2. Mai 1951: Behandlung der Einreisegesuche von ungarischen Staatsangehörigen. BAR E 4800.1 (-) 1967/111/73. Dossier 330.
- 588 Die am 18. Januar 1956 gegründete Nationale Volksarmee der DDR wurde zehn Tage später in den Warschauer Pakt integriert. Vgl. Anatoli Gribkow 1995.
- 589 Zur kommunistischen Identitätskonstruktion vgl. in diesem Buch ab S. 154.
- 590 Kurt Imhof 1996, S. 177.
- 591 Vgl. Katharina Bretscher-Spindler 1997, S. 203.
- 592 Ebd., S. 204–208.
- 593 Georg Kreis 1998, S. 131–169.
- 594 Der SAD knüpfte enge Beziehungen zur Bundesanwaltschaft und zur Bundespolizei. Verbindungsmann war der Sekretär des SAD E.O. Stauffer. Dem SAD standen die Bundesräte Eduard von Steiger, Markus Feldmann, Traugott Wahlen und Ludwig von Moos nahe. Bundesanwalt Lüthi und die Chefs der Bundespolizei Werner Balsiger und Dr. Dick arbeiteten mit dem SAD ebenso zusammen wie die Chefs der kantonalen Polizeinachrichtendienste Zürich, Dr. Benz und Dr. Marthaler, sowie Leute bei ähnlichen Stellen in St. Gallen und Basel-Stadt. Wichtige Kontaktperson in der Bundesanwaltschaft war Dr. Burckhardt. Vgl. Georg Kreis 1993, S. 210–214.
- 595 Vgl. Georg Kreis 1997, S. 553.
- 596 Vgl. Katharina Bretscher-Spindler 1997, S. 202. Widerstände waren insbesondere bei der Einführung des Fernsehens auszumachen. Vgl. Charly Liebherr 1994, S. 146–149. Selbst das Engagement für das Frauenstimmrecht roch für gewisse Beobachter in der Schweiz nach Kommunismus. Die traditionelle Familie, für deren Zusammenhalt die Frauen als Ehefrauen und Mütter in besonderem Masse beitrugen, wurde als wichtiges Bollwerk gegen den Kommunismus, von katholisch-konservativer Seite auch als Bollwerk gegen die Moderne betrachtet. Vgl. Daniel Neval 2003, S. 385.
- 597 Hans Frick 1952, S. 47–72. Hier S. 61.
- 598 Der tschechoslowakische Gesandte in der Schweiz sprach wiederholt von einer regelrechten Kriegshysterie. Vgl. Daniel Neval 2003, S. 361.
- 599 Vgl. Katharina Bretscher-Spindler 1997, S. 148f.
- 600 Vgl. Daniel Neval 2003, S. 399.
- 601 Vgl. Daniel Möckli 2000, S. 264. Alfred Zehnder hatte rückblickend den Eindruck, das Schweizer Volk interessiere sich überhaupt nicht für die Aussenpolitik des Landes. Vgl. Alfred Zehnder 1980, S. 64.
- 602 Daniel Möckli 2000, S. 272ff. Vgl. auch Dominique Dirlwanger et al. 2004, S. 22.
- 603 Peter Hug et al. 1999, S. 102.
- 604 Vgl. Linus von Castelmur 1992, S. 408.
- 605 Vgl. Katharina Bretscher-Spindler 1997, S. 161.
- 606 Die Terminologie stammt von Bernhard Giesen. Vgl. in diesem Buch Anm. 23.
- 607 Vgl. Therese Steffen 1995, S. 64–73. Die Presse bildete wohl in den Kontakten mit allen kommunistisch regierten Staaten einen steten Zankapfel. Vgl. Daniel Neval 2003, S. 355–358.
- 608 Dies wurde von osteuropäischen Beobachtern als Hinweis gedeutet, dass die Schweiz von den USA abhängt. Vgl. Daniel Neval 2003, S. 364. Die Vorlagen zur neuen Truppenanordnung und zum Rüstungsprogramm scheiterten am 6. Juli 1952 am Volks- und Ständemehr. Vgl. Katharina Bretscher-Spindler 1997, S. 163. Die NZZ sprach angesichts der Abstimmungsniederlage der Bürgerlichen von einem «Rückenschuss» der Sozialdemokraten und witterte einen Angriff auf die helvetische Identitätskonstruktion: «Sollten solche Methoden, mit denen ganz allgemein Stimmung gegen den Staat gemacht wird, in unserer Politik üblich werden, so würden unsere demokratischen Institutionen schweren Schaden leiden und schliesslich funktionsunfähig werden.» NZZ Nr. 1488, 7. Juli 1952.
- 609 Gemäss Daniel Trachsler konnte sich dies die Schweiz während den Jahren des Kalten Krieges erlauben, da letztlich auch sie als Trittbrettfahrerin vom Schutzschild der transatlantischen Verteidigungsbemühungen profitierte. Vgl. Daniel Trachsler 2002, S. 320.
- 610 Lutz Niethammer 2000, S. 157.

- 611 András Gerő 1998, S. 18. Kossuth, Petőfi und Táncsics gehören zum Heldenkanon der 1848er Revolution in Ungarn. Insbesondere Kossuth und Táncsics wurden von der kommunistischen Geschichtsschreibung hervorgehoben. Zur Geschichtsumdeutung in der Rákosi-Ära vgl. David Tréfás 2006.
- 612 Vgl. János Kornai 1995, S. 48.
- 613 János Kornai 1995, S. 60ff.
- 614 Aber nicht nur prominente Politiker, sondern auch einfache Bürger gerieten in die Mühlen der politischen Verfolgung. Zwischen 1951 und 1953 sprach die Polizei 850'000 Strafen aus, die Gerichte strengten in dieser Zeit Prozesse gegen rund 650'000 Personen an, wovon 387'000 verurteilt wurden. Wichtigste Waffe war die bereits in den ersten Tagen der interimistischen Regierung in Debrecen 1944 ins Leben gerufene politische Polizei AVO, bzw. AVH. Die Strafen gingen von Geldstrafen über Deportationen, Arbeitslager bis zu Todesstrafen. Im Sommer 1951 wurden aus Budapest mehr als 12'000 Personen in entlegene Landesgegenden deportiert, eine noch höhere Zahl musste die Provinzstädte verlassen. Eine Opposition war nicht mehr auszumachen.
- 615 46,4% aller Mandate wurden von neuen Leuten besetzt. Vgl. Ferenc Pölöskei et al. 1992, S. 214.
- 616 Vgl. A magyar dolgozók pártja határozatai 1948–1956. 1998, S. 7. Vgl. auch László Borhi 2000, S. 71–77.
- 617 Vgl. János Kornai 1995, S. 380.
- 618 Vgl. in diesem Buch Anm. 879.
- 619 Magyar történelmi társulat 1952, S. 4.
- 620 Vgl. Magyar történelmi társulat 1952, S. 11.
- 621 Ebd., S. 31.
- 622 Vgl. László Borhi 2000, S. 44.
- 623 Vgl. ebd., S. 62; Eric Roman 1999, S. 94.
- 624 Vgl. Eric Roman 1999, S. 91.
- 625 Eric Roman 1996, S. 302.
- 626 Nach 1949 wurden aus Mangel an geeignetem Personal nur noch unerfahrene Diplomaten in die Hauptstädte der westlichen Länder geschickt, auch in die Schweiz. Die Säuberungen hatten aber schon früher begonnen: Die aussenpolitische Kommission der KP verlangte im Dezember 1947 eine Säuberungswelle im Aussenministerium: 50 Mitarbeiter sollten in ein anderes Ministerium versetzt, 30 entlassen und die frei gewordenen 80 Stellen mit Kommunisten aufgefüllt werden. Vgl. MKP Külügyi Bizottság albizottság jegyzőkönyve vom 15. Dezember 1947. PIL 274.10.1. Im April 1948 beauftragte die Kommission die Kaderabteilung, vertrauenswürdige Industriearbeiter zu finden, die Fremdsprachen sprechen. Mit ihnen könne man den Kurierdienst und nach geeigneter Ausbildung auch den Fachreferentenstab ersetzen. Vgl. MKP Külügyi Bizottság albizottság jegyzőkönyve vom 14. April 1948. PIL 274.10.1.
- 627 Vgl. Iván Pető et al. 1985, S. 101–134; vgl. auch János Kornai 1995, S. 377–406.
- 628 Vgl. Iván Pető et al. 1985, S. 154ff.
- 629 János Kornai warnt davor, den RGW zu überschätzen. «Es stand wenig realer Inhalt hinter den Zeremonien der offiziellen Sitzungen; sie verliehen höchstens den Aussenhandelsbeziehungen, die hauptsächlich auf bilateralen Verhandlungen basierten, einen losen Gesamtrahmen.» Vielmehr verstärkte der RGW die Rigidität der Wirtschaftsbürokratie, indem bilaterale Verträge auch noch vom RGW gebilligt werden mussten! János Kornai 1995, S. 404ff.
- 630 Vgl. Iván Pető et al. 1985, S. 162ff.
- 631 Vgl. László Borhi 2000, S. 87.
- 632 Vgl. Iván Pető et al. 1985, S. 195. Bei einigen Bestellungen zeigte sich, dass wegen der schlechten Qualität der Waren 30–50% nicht dem ausländischen Besteller übergeben werden konnten. Bei bestimmten Produkten erreichte diese Quote fast zwei Drittel!
- 633 Vgl. Iván Pető et al. 1985, S. 172.

- 634 Vgl. ebd., S. 185 und S. 204. Der Getreideimport war in den Jahren 1954 und 1955 teurer als der Exporterlös. Auch traditionelle Exportgüter wie Wein mussten importiert werden. Viele Tiere verendeten wegen der widrigen Verhältnisse in ihren Ställen.
- 635 Vgl. Ivan T. Berend 1990, S. 5. Vgl. auch János Kornai 1995.
- 636 Vgl. László Borhi 2000, S. 99.
- 637 Vgl. László Ritter 2006. Zu den politischen «Säuberungen» in der ungarischen Armee vgl. Peter Gosztonyi 1994.
- 638 In den 1950er Jahren kursierte in Budapest ein Witz: Drei Gefangene unterhalten sich über den Grund ihrer Festnahme. Der erste sagt: Ich wurde verhaftet, weil ich gegen Gábor Péter war. Der zweite: Ich wurde verhaftet, weil ich für Gábor Péter war. Danach wenden sie sich an den Dritten: Warum bist Du hier? Antwort: Ich bin Gábor Péter!
- 639 Zu den antisemitischen Handlungen des Staatsapparates vgl. in diesem Buch ab S. 190.
- 640 Vgl. Eric Roman 1999, S. 321.
- 641 Imre Nagy wurde 1955 aus allen seinen Ämtern enthoben und als Premierminister der junge András Hegedüs ernannt.
- 642 Vgl. László Borhi 2000, S. 98f.
- 643 Vgl. MKP Külügyi Bizottság jegyzőkönyvei 1947. június 25. PIL 274.10.1.
- 644 Vgl. Werner Balsiger, Chef des Polizeidienstes der Bundesanwaltschaft, an EPD, 24. Juni 1949. BAR E 2001 (E) -/1/36.
- 645 Aktennotiz über Besprechung mit Herrn Dr. Balsiger über den Bericht der Bundesanwaltschaft vom 7. Februar 1949 betreffend den ungarischen Gesandtschaftssekretär, Herrn Joseph Szall. BAR E 2001 (E) -/1/36.
- 646 Vgl. Zehnder an Bundesanwalt, 24. August 1950. BAR E 2001 (E) -/1/36.
- 647 Vgl. in diesem Buch Anm. 624.
- 648 Feljegyzés az 1950. október 21-én tartott konferenciáról. Jelen voltak: Berei Andor államtitkár, Köves András követ, Rózsa Irén főosztályvezető h., Száll József főosztályvezető h., Fái Boris osztályvezető, Vilányi Antónia előadó, Kazimir László előadó, Simonyi Pál előadó. Vgl. MOL XIX-J-1-j. II-13.
- 649 Vgl. András Köves an Gyula Kállai, 2. Juni 1950 und 22. August 1950. MOL XIX-J-1-j. 16. doboz. XVIII-181. Zum West-Ost-Handel der Schweiz vgl. André Schaller 1987.
- 650 Vgl. Aspekte der politischen Arbeit der Gesandtschaft vom 25. September 1950. MOL XIX-J-1-j. II-13.
- 651 András Köves an Kállai, 25. Januar 1951. MOL XIX-J-1-j. II-13. 1. doboz.
- 652 Vgl. Pál Korbacsics an Károly Kiss, 31. Oktober 1951. MOL XIX-J-1-j. II-12. 1. doboz.
- 653 Vgl. Korbacsics an Kiss, 16. August und 28. Oktober 1952. MOL XIX-J-1-j. II-12. 1. doboz.
- 654 János Taraba an János Boldoczki im Januar 1955. MOL XIX-J-1-j. XVIII-181. 16. doboz. Diese deutlichen Wertungen gingen allerdings auch dem Aussenministerium zu weit. Der eine Beamte wollte den Bericht loben, der andere meinte, Stellen wie «die schmutzigen Geschäfte» des Schweizer Finanzkapitals oder der biblische Ton einiger Sätze sei zu phrasenreich und vollkommen überflüssig.
- 655 Vgl. András Köves an Gyula Kállai, 7. August 1950. MOL XIX-J-1-j. 15. doboz.
- 656 Vgl. Imre Pehr an Gyula Kállai, 15. März 1951. MOL XIX-J-1-j. 15. doboz. Die Gesandtschaft war vom Aussenministerium angewiesen worden, oppositionelle Gruppen reichlich mit Propagandamaterial zu versorgen. Vgl. Aspekte der politischen Arbeit der Gesandtschaft vom 25. September 1950. MOL XIX-J-1-j. II-13. Am 16. Mai 1950 berichtete der Geschäftsträger ad interim aus Bern, an der 1. Mai Kundgebung in Zürich hätte eine 15-20-köpfige Gruppe ein Transparent mit der Aufschrift «Freiheit für Toni Drittenbass» mittragen wollen. Für den Berichterstatter ein weiterer Beweis für die trotzkistischen Verbindungen der Szőnyi-Gruppe. Vgl. Geschäftsträger an Gyula Kállai, 16. Mai 1950. MOL XIX-J-1-j. II-15. 5. doboz.
- 657 Vgl. Imre Pehr an Károly Kiss, 13. August 1951. MOL XIX-J-1-j. 15. doboz. Die Frage, inwieweit Tarnfirmen die kommunistischen Organisationen in der Schweiz finanziell unterstützten, ist auf Grund der lückenhaften Quellenlage nicht eruierbar. Selbst André Rauber

- hat in seiner Monographie zu dieser Frage kaum Stellung bezogen. Vgl. André Rauber 2003. Einen Einzelfall schilderte Lydia Woog: Lydia Woog arbeitete für eine Zürcher Textilhandelsfirma, die gerne ihre guten Beziehungen zu den sozialistischen Staaten in Anspruch nahm. Da stellte sich heraus, dass die Bundespolizei einen Direktor angeheuert hatte, alles über die Geschäfte Woogs nach Bern zu berichten. Darauf musste Lydia Woog ihren Dienst für die Firma quittieren. Vgl. Odette Rosenberg 1991, S. 129f. Für Österreich liegen in neuerer Zeit erste Forschungen vor. Vgl. Gertrude Enderle-Burcel 2005.
- 658 Vgl. Boris Burri 2004, S. 161.
- 659 Die rechtliche Grundlage hiezu bildeten die Bundesratsbeschlüsse vom 24. Februar 1948 betreffend politische Reden von Ausländern und vom 29. Dezember 1948 betreffend staatsgefährliches Propagandamaterial.
- 660 Botschafter Korbacsics berichtete am 16. August 1952 dem Aussenminister, dass sich die Schweizer Presse in grossem Stil mit der Verleumdung der Sowjetunion und der Volksdemokratien beschäftige. Vgl. Pál Korbacsics an Aussenminister Károly Kiss, 16. August 1952. MOL XIX-J-1-j. II-13. Für Wirbel sorgte u.a. die Verurteilung von Emil Arnold, Redaktor des *Vorwärts* in Basel, der sich 1951 vor Gericht im Zusammenhang mit einer im Mai 1951 in Budapest gehaltenen Rede verantworten musste. Arnold wurde nach einem langen Bundesstrafverfahren am 28. April 1953 für schuldig erklärt und zu einer Strafe von acht Monaten verurteilt, «weil er anlässlich der Budapester Tagung des Vollzugsausschusses der kommunistisch orientierten «Internationalen Journalisten-Organisation» vom 10. bis 12. Mai 1951 unwahre und entstellende Behauptungen über die Schweiz aufgestellt hatte, insbesondere über die Neutralitätspolitik des Bundesrates, die neutrale Haltung von Volk und Armee sowie über die Pressefreiheit in der Schweiz.» Dagegen sah das Bundesstrafgericht den mit eingeklagten Strafbestand des Landesverrats «aus vorab subjektiven Gründen» als nicht erfüllt. Vgl. Daniel Neval 2003, S. 379.
- 661 Im Sommer 1950 waren es vier Schweizer Gewerkschafter, 1953 sechs, 1954 fünf PdA-Funktionäre. Vgl. MOL XIX-J-1-j. 15. doboz. Ein Bericht über einen Aufenthalt von Schweizern in Ungarn vom September 1951 lautet: «Die Gäste wurden auf dem Ostbahnhof [von Budapest] festlich empfangen, in schönen Hotels untergebracht und für zwei Wochen in die Ferien nach Balatonlelle gebracht. Das hat eine Zufriedenheit über Erwarten gebracht. Die Gäste haben auch andere Ferienkolonien besucht und konnten sich so davon überzeugen, dass man sich in Ungarn um jeden Werktätigen sorgt. In Siófok hinterliess die Kinderkolonie der Mátyás Rákosi Werke einen guten Eindruck. Nach dem Aufenthalt am Balaton besuchten sie eine Woche lang die Sehenswürdigkeiten der Hauptstadt und des ganzen Landes. Besonders hatte es ihnen der Besuch der Fabriken, vor allem aber die Ausstellung über den Fünfjahresplan und die Giesserei von Dunapentele angetan. Am letzten Tag gab es zu ihren Ehren einen Presseempfang, an welchem sie sich objektiv über die Verhältnisse in der Schweiz äusserten. [...] Die Delegierten versicherten, dass sie ihre Erfahrungen in ihrem Kampf für die Werktätigen verwenden und die über Ungarn verbreiteten Verleumdungen widerlegen werden.» Bericht der ungarischen Gesandtschaft in Bern vom 25. September 1951. MOL XIX-J-1-j. 15. doboz.
- 662 Als titoistische Organisationen wurden die Zeitungen *Echo du Travail* und *Proletarische Aktion* genannt. Ausserdem bestete in Winterthur und Basel eine Gruppe namens KORA, welche sich vor allem an Lehrpersonen richtete. Auch in einigen Gewerkschaften gebe es titoistische Tendenzen.
- 663 Vgl. Boris Fai, Abteilungsleiter im Aussenministerium, an die ungarische Gesandtschaft, 22. Januar 1953. MOL XIX-J-1-j. XVII-173. 15. doboz.
- 664 Feljegyzés az 1950. október 21-én tartott konferenciáról. Vgl. MOL XIX-J-1-j. II-13.
- 665 Vgl. ebd. Zur Emigrantenpolitik Ungarns vgl. in diesem Buch ab S. 199.
- 666 Max Grässli an EPD, 26. Juli 1951. BAR E 2001 (E) 1967/113/522.
- 667 Schweizer Geschäftsträger a.i., Alfred Wacker, an Zehnder, 27. September 1955. BAR E 2001 (E) 1970/217/112.
- 668 Népszava, 13. März 1949.

- 669 Thalmann: Notiz betreffend ungarische Presseangriffe im Zusammenhang mit dem Woog-Prozess an Zehnder vom 25. März 1949. BAR E 2001 (E) 1969/121/25.
- 670 Schweizer Gesandtschaft an EPD, 9. März 1949. BAR E 2200.50 Budapest 1969/83/10.
- 671 Vgl. Politika Nr. 41, 8. Oktober 1949.
- 672 Ebd.
- 673 Ebd.
- 674 Szabad Szó, 23. April 1950.
- 675 Vgl. Szabad Nép, Nr. 179, 28. Juni 1954, von Tibor Méray. Vgl. auch BAR E 2001 (E) 1969/121/25.
- 676 Vgl. László Perczel an Gesandtschaft in Bern, 18. November 1954. MOL XIX-J-1-j. 16. doboz. XIX-186.
- 677 Vgl. Péter Rubin, Hauptabteilungsleiter im Aussenministerium, über die Arbeit der Gesandtschaft in Bern, 16. Juni 1955. MOL XIX-J-1-j. II-13.
- 678 Tibor Fábrián und János Taraba: Notiz: Kollégiumi előterjesztés a magyar-svájci viszonyról. 18. August 1956. MOL XIX-J-1-j. IV-26.
- 679 Ebd.
- 680 Zum Hotz-Linder-Abkommen vgl. in diesem Buch S. 175.
- 681 Vgl. BAR E 2001 (E) 1967/113/737.
- 682 Vgl. Besprechungen von Herrn F. Bieri, Gesandtschaftssekretär bei der Schweizerischen Gesandtschaft in Budapest, gehalten am 10. Januar 1951 beim Sitz Lausanne der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung. BAR E 2001 (E) 1967/113/737.
- 683 Haltung der Schweiz im West-Ost-Handel. Antrag des EVD an den Bundesrat, 27. Juli 1951. DDS, www.dodis.ch, DoDiS-7230.
- 684 Ebd.
- 685 André Schaller 1987, S. 95.
- 686 Klaus Ammann 2005, S. 127.
- 687 Vgl. János Kornai 1995, S. 392ff.
- 688 Pro Memoria vom 15. August 1949. BAR E 2001 (E) 1967/113/737. Einerseits sorgte die Verstaatlichung schweizerischer Unternehmen in Rumänien und andererseits die aufgedeckte Spionagetätigkeit eines rumänischen Botschaftsangestellten in Bern für den Abbruch der Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Schweiz und Rumänien. Vgl. Severin Gerber 1999, S. 225.
- 689 Gesandtschaft Budapest an EVED, 14. Januar 1949. BAR E 2001 (E) 1967/113/737.
- 690 Ebd.
- 691 Ebd.
- 692 NZZ Nr. 1883, 10. September 1950.
- 693 Ebd.
- 694 Vgl. NZZ Nr. 2017, 27. September 1950.
- 695 NZZ Nr. 2314, 31. Oktober 1950.
- 696 Max Petitpierre an den Bundesrat, 28. Mai 1951. BAR E 2001 (E) 1969/121/176.
- 697 Gesandter in Budapest an Handelsabteilung EVD, 29. September 1949. BAR E 2001 (E) 1967/113/11.
- 698 «Die Trennung der Inlandspreise von den Import- und Exportpreisen, die auf dem Auslandsmarkt bezahlt und erhalten werden, hängt eng mit dem Fehlen eines einheitlichen Wechselkurses zwischen der inländischen Währung und allen ausländischen Währungen zusammen. [...] Letztendlich kann man nicht sagen, was ein Rubel in Dollars wert ist. Die inländischen Kosten, einen Dollar zu verdienen, mögen in einem Exportgeschäft dreissig Kopeken und in einem anderen vier Rubel betragen.» János Kornai 1995, S. 387f.
- 699 Vgl. Geschäftsträger a.i. an Alfred Zehnder, 18. August 1952. BAR E 2001 (E) 1969/121/377.
- 700 Troendle: Notiz betr. unsere wirtschaftlichen Beziehungen mit den Oststaaten, vom 10. November 1952. BAR E 2001 (E) 1969/121/377.
- 701 Ebd.
- 702 Notiz über die Sitzung der ständigen Wirtschaftsdelegation vom 12. November 1952. BAR E 2001 (E) 1969/121/377.

- 703 Pál Simonyi an Imre Kutas: Aufzeichnung von den ungarisch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen vom 17. September 1952. MOL XIX-J-1-j. XIX-186. 16. doboz.
- 704 Vgl. Pál Simonyi an Imre Kutas: Aufzeichnung von den ungarisch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen vom 30. September 1952. MOL XIX-J-1-j. XIX-186. 16. doboz. Die Ungarn waren über Troendles Verhalten empört. Er habe einen Ausflug zu Ehren der Schweizer Delegation abgesagt, sich unhöflich verhalten und immer wieder mit seiner Abreise gedroht. Allerdings sei auch auf ungarischer Seite einiges schief gelaufen. Unter anderem habe eine wichtige Person der ungarischen Delegation unentschuldigt gefehlt oder sein Kommen in letzter Minute abgesagt. Vgl. Kálmán Ujlaki an Berner Gesandtschaft, 19. November 1952. MOL XIX-J-1-j. XIX-186. 16. doboz. Bezeichnend für die damalige Organisation der Aussenpolitik in Ungarn war, dass die ungarische Gesandtschaft in Bern keine Kenntnis vom Ausgang der Verhandlungen hatte!
- 705 Vgl. NZZ Nr. 850, 14. April 1953 und Nr. 2906, 2. Dezember 1953. Die ungarische Delegation musste sich eingestehen, dass sie mit ihrer Taktik nichts erreicht hatte, ja sogar Zugeständnisse machen musste, während die Schweiz auf der ganzen Linie erfolgreich war.
- 706 «Antisemitische Motive sind zwar nicht direkt nachweisbar, noch weniger aber ein Anti-Antisemitismus.» Ähnlich wurde auch gegenüber Polen verfahren. Vgl. Peter Hug et al. 1999, S. 105. Vgl. auch Peter Hug und Marc Perrenoud 1997.
- 707 Vgl. János Taraba an János Boldoczki, 28. Juni 1955. MOL XIX-J-1-j. XVIII-181. 16. doboz.
- 708 Vgl. Vendel Susán: Aufzeichnung vom 25. Juni 1955. MOL XIX-J-1-j. XIX-186. 16. doboz. Mit den Handelshemmnissen waren vor allem die Schwierigkeiten im ungarischen Textilexport gemeint. Dazu gab es ungarischerseits eine ganze Reihe von Beschwerden.
- 709 Vgl. Kulturális, tudományos, művészeti és sport ügyek. MOL XIX-J-j. 14. doboz. XV-140.
- 710 Vgl. Aufzeichnung des Schweizer Referates im ungarischen Aussenministerium vom 27. April 1956. MOL XIX-J-1-j. XIX-186. 16. doboz.
- 711 MOL XIX-J-1-j. IV-33.
- 712 Vgl. Protokoll des Treffens im Aussenhandelsministerium über die Beziehungen zwischen der Schweiz und Ungarn, 28. Juni 1956. MOL XIX-J-1-j. XIX-186. 16. doboz. Dazu gehörte auch die Verbesserung der Koordination der ungarischen Aussenhandelspolitik. Der Gesandte in der Schweiz, Béla Némety, schilderte in einem ausführlichen Bericht die Schwierigkeiten der Gesandtschaft beim Handel mit den «Kapitalisten»: Während die Antwort auf eine Anfrage in der Schweiz 24-28 Stunden auf sich warten lasse, dauere dies in Ungarn 10 bis 14 Tage. Die Koordination zwischen Gesandtschaft und Handelsvertretung stimme nicht, die Zahlungen aus Ungarn erfolgen nicht gemäss Vereinbarung. So sei es fast unmöglich, mit den Schweizern ins Geschäft zu kommen. Vgl. Némety an Boldoczki, 28. Januar 1956. MOL XIX-J-1-j. II-19.
- 713 Vgl. István Beck: Prinzipien für das II. und III. Quartal 1956, 21. April 1956. MOL XIX-J-1-j. II-13.
- 714 Vgl. Stefan Frech 2001, S. 39.
- 715 Vgl. Peter Hug et al. 1999, S. 56.
- 716 Karl Barth an Albert Bereczky, 6. Januar 1952. Karl Barth-Archiv Basel. Ordner: Karl Barth und Ungarn 1931-1949, Ms. Stoevesandt I.
- 717 Vgl. László Ravasz 1992, S. 320f. Zu Bereckys Freunden gehörten u.a. János Victor und János Péter, die eng mit dem ungarischen Staat verbunden waren. Letzterer war auch Zoltán Tildys Sekretär. Vgl. Mihály Bucsay 1979, S. 169.
- 718 Vgl. László Ravasz 1992, S. 329ff.
- 719 Vgl. ebd., S. 333-335. Ravasz wurden Mitgliedschaften in nationalistischen und dezidiert reaktionären Vereinigungen vorgeworfen. Ausserdem würde Ravasz keine Gewähr dafür bieten, dass die Reformierte Kirche den ungarischen Staat unterstütze. Zur Reise Karl Barths nach Ungarn vom 22.3.-5.4.1948 vgl. in diesem Buch ab S. 82.
- 720 Karl Barth: An ungarische reformierte Christen. In: Karl Barth 1984, S. 141.
- 721 Karl Barth: An meine Freunde. Ebd., S. 143. Hervorhebung im Original.
- 722 Ebd., S. 146f. Hervorhebung im Original.

- 723 Emil Brunner: Wie soll man das verstehen? Offener Brief an Karl Barth [abgefasst vor dem 6. Juni 1948]. In: Karl Barth-Forschungsstelle an der Universität Göttingen 2000, S. 356.
- 724 Karl Barth: Theologische Existenz «heute». Antwort an Emil Brunner. In: Ebd., S. 159–166.
- 725 Ebd.
- 726 Ungarn wurde zwar geflissentlich genannt, diente aber nur als Aufhänger zur Kritik an Karl Barth. Vgl. Brief an die Kirchenvorsteherschaft der evangelisch-reformierten Gemeinde in Wattwil (SG), die die Frage erörterte, ob «die Kirche Karl Barths» mit dem Kommunismus paktiere. Vgl. Karl Barth 1984, S. 176–178.
- 727 Vgl. Karl Barth: An die Basler Nachrichten 1949. In: Karl Barth 1984, S. 195–199. Barths Auseinandersetzungen mit dem Berner Regierungsrat und späteren Bundesrat Markus Feldmann ist ein Paradebeispiel für die eingeschränkten Diskussionsmöglichkeiten im Kalten Krieg schweizerischer Prägung. Vgl. Karl Barth 1948, S. 214–273. Dazu auch Frank Jehle 1999, S. 113.
- 728 Mihály Bucsay 1979, S. 169.
- 729 Eine Zusammenfassung des Textes des Abkommens findet sich ebd., S. 172f.
- 730 Ungarn 1931–1949, Ms. Stoevesandt I. Hervorhebung im Original.
- 731 Ebd.
- 732 Der Briefwechsel zwischen Karl Barth und Albert Berezcky ist abgedruckt in: Karl Barth 1984, S. 274–289.
- 733 Karl Barth an Albert Berezcky, 6. Januar 1952. Karl Barth-Archiv Basel. Ordner: Karl Barth und Ungarn 1931–1949, Ms. Stoevesandt I.
- 734 Karl Barth an Albert Berezcky, 31. Mai 1956. Karl Barth-Archiv Basel. Ordner: Karl Barth und Ungarn 1931–1949, Ms. Stoevesandt I.
- 735 Prof. László Pap über seine Beziehungen zu Karl Barth und wichtige Stationen seines Lebens. Versuch einer Rekonstruktion seiner Erzählung am 29. April 1980 in Gegenwart der Ehepaare Rohkrämer und Stoevesandt. Karl Barth-Archiv Basel. Ordner: Karl Barth und Ungarn 1931–1949, Ms. Stoevesandt I.
- 736 Albert Berezcky an Karl Barth im November 1951. Karl Barth-Archiv Basel. Ordner: Karl Barth und Ungarn 1931–1949, Ms. Stoevesandt I.
- 737 András Köves an Aussenminister Gyula Kállai, 25. Februar 1950 über die «Kriegshetze des Schweizer Radios». MOL XIX-J-21-a. 44. doboz.
- 738 Vgl. Jenő Gergely 2001, S. 44.
- 739 Basler Nachrichten Nr. 60, 9. Februar 1949.
- 740 Die Nation Nr. 7, 16. Februar 1949.
- 741 András Köves an Aussenminister Gyula Kállai, 25. Februar 1950, über die «Kriegshetze des Schweizer Radios». MOL XIX-J-21-a. 44. doboz.
- 742 Vgl. Csaba Szabó 2000, S. 17–69.
- 743 József Száll an Kállai 1950. január 17.: Titoizmus nyomai Svájceban. Vgl. MOL XIX-J-21-a. 44. doboz.
- 744 Vgl. Peter I. Hidas 1992.
- 745 Trotz dieser hohen Zahl an Auswanderern konstatiert François Fejtő: «Il reste que parmi tous les pays de l'Est, la Hongrie est le pays où après la Shoah, le plus de Juifs ont choisi de continuer à vivre, de s'intégrer à la société nationale, au lieu d'émigrer.» Vgl. François Fejtő 1997, S. 358.
- 746 Jüdische Rundschau – Maccabi Nr. 21, 22. Juli 1949.
- 747 Ebd.
- 748 Új Élet, israelitische Wochenzeitschrift, 13. November 1952. BAR E 2200.50 Budapest, 1969/84/11.
- 749 Ferenc Fejtő 1967, S. 57f.
- 750 Karl Barth an Albert Berezcky, 6. Januar 1952. Karl Barth-Archiv Basel. Ordner: Karl Barth und Ungarn 1931–1949, Ms. Stoevesandt I.
- 751 Wichtig für die Geschichte der Schweizer Kolonie in Ungarn ist der Aktenbestand der deutschsprachigen Kirchengemeinde an der Hold utca in Budapest. Insbesondere den Proto-

- kollen der Presbytersitzungen verdanke ich die Einblicke in das Leben der Gemeinde. Ich danke an dieser Stelle insbesondere der dortigen Pfarrerin Nicole Häfeli.
- 752 Vgl. Gemeindebrief vom Reformationsfest 1947, gezeichnet von Kurator Eduard Stahel, Presbyter A. Coray und Pfarrer Bucsay. Archiv der deutschsprachigen Gemeinde ADGB in Budapest. Ohne Signatur.
- 753 Protokoll der Presbytersitzung vom 7. Dezember 1947. ADGB
- 754 Protokoll der Jahres-Gemeindeversammlung vom 8. Mai 1949. ADGB
- 755 Vgl. Protokoll der Presbytersitzung vom 11. April 1949. ADGB
- 756 Vgl. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 5. November 1950. ADGB
- 757 Vgl. Bericht über das Gemeindeleben der Deutschsprachigen Filialgemeinde der Reformierten Kirche in Budapest in den ersten 11 Monaten des Jahres 1952. Gezeichnet: Pfarrer Mihály Bucsay, 7. Dezember 1952. ADGB.
- 758 Schweizer Unterstützungsverein für Ungarn, Budapest, an Auslandschweizerwerk der NHG, 28. Februar 1950. BAR E 2200.50. Budapest, 1969/83/7.
- 759 Gemäss einer Aussage der Auslandschweizerin Annelies Bodoky in einem Gespräch am 26. Juni 2002 konnte man es sich nicht leisten, auf der Strasse eine andere Sprache als Ungarisch zu sprechen. Besucher aus der Schweiz überbrachten oft Informationen über Familienangehörige, die Post wurde streng kontrolliert, ebenso das Telefon.
- 760 Schweizer Unterstützungsverein für Ungarn, Budapest, an Auslandschweizerwerk der NHG, 28. Februar 1950. BAR E 2200.50. Budapest, 1969/83/7.
- 761 Ebd.
- 762 Vgl. Journal des Schweizer Vereins Ungarn SVU vom November 1995. Für ihr Engagement erhielt Raymonde Berthoud den Auslandschweizerpreis der FDP im Jahr 2002.
- 763 Jahresbericht der Schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingshilfe SZF 1948, S. 5.
- 764 Über die Rezeption der schweizerischen Flüchtlingspolitik seit dem Zweiten Weltkrieg vgl. Georg Kreis 1997, S. 552–579.
- 765 Die rigorosen Einreisebestimmungen der Schweiz wurden in Ungarn durch den spöttischen Kommentar von Ilja Erenburg bekannt: Er stellt die an ihn gestellten Anforderungen denjenigen gegenüber, die einem amerikanischen Offizier gestellt wurden, der offenbar freundlicher behandelt wurde: «Übrigens kommt den Schweizern ihre Neutralität erst in den Sinn, wenn sie den Polen oder Tschechen ihre Uhren andrehen wollen.» Ilja Erenburg 1950, S. 17.
- 766 Besuch von Herrn Minister Dr. E. Feisst am 27. Mai 1948. BAR E 4800.1 (-) 1967/111/73. Dossier 330.
- 767 Ebd.
- 768 Ebd.
- 769 Unter der Regierung István Bethlen gelang Ungarn der Ausbruch aus der Isolation nach dem Ersten Weltkrieg. Bethlen hatte das Land wirtschaftlich konsolidiert, seine Politik aber war den alten Honoratioren verpflichtet.
- 770 Vgl. Zsitvay Tibor 1999, S. 19–44.
- 771 Interne Weisung Nr. 7 vom 2. Mai 1951. Behandlung der Einreisegesuche von ungarischen Staatsangehörigen. BAR E 4800.1 (-) 1967/111/73. Dossier 330.
- 772 Dahingehend äusserte sich auch die Bundesanwaltschaft, die Rothmund berichtet, dass Aurel Kern, der Freund Zsitvays, seine Polizisten, die sich im Exil befanden, organisieren wollte. Vgl. Bundesanwaltschaft an Rothmund, 8. März 1951. BAR E 4800.1 (-) 1967/111/73. Dossier 330.
- 773 MOL XIX-J-1-j. 14. doboz. XII-115.
- 774 MOL XIX-J-1-j. 14. doboz. XII-117.
- 775 Imre Pehr an János Boldoczki, 10. September 1953. MOL XIX-J-1-j. 14. doboz. XII-116.
- 776 Ungarische Gesandtschaft in Bern an Imre Horváth, 2. Oktober 1956. Ebd.
- 777 Imre Pehr an Erik Molnár, 9. Mai 1953. MOL XIX-J-1-j. 14. doboz. XII-115.
- 778 István Beck an Gesandtschaft, 8. Juli 1955. Ebd.
- 779 György Ránki 1983.

- 780 «Denn der politische Spielraum eines neutralen Kleinstaates im internationalen System besteht immer darin, «sorgfältig abzuwägen, wie viel Widerstand möglich und wie viel Anpassung nötig ist.»» Walter Spahni 1977.
- 781 Walter Matthias Diggelmann 1965, S. 280.
- 782 Zwar war der innenpolitische Druck zur Einstellung des Osthandels gestiegen, zu einer ernsthaften Diskussion kam es aber nicht. Vgl. Peter Hug et al. 1999, S. 113.
- 783 Vgl. auch György Gyarmati 1998.
- 784 Paul Lendvai 1999, S. 503.
- 785 Die französische Zeitung *Le Monde* beschrieb die Situation treffend: «Le calme qui régnait dans le monde l’an dernier, au moment de la conférence de Genève, est décidément bien rompu. D’un bout à l’autre du vieux continent ce ne sont que révoltes, violences, massacres. L’Afrique du Nord connaît une période de tension dramatique. Le Proche-Orient est à tout moment au bord de la guerre. Singapour, après Hong-Kong, est à feu et à sang, et il n’est pas jusqu’à Bandoeng, symbole de l’anticolonialisme, où des forces gouvernementales doivent tenir tête, comme en Birmanie, à des rebelles armés.» *Le Monde* Nr. 3659, 28./29. Oktober 1956.
- 786 Vgl. Anthony Gorst et al. 1997.
- 787 Gustav Schmidt 1999, S. 654.
- 788 Eine empfehlenswerte Zusammenstellung der Ereignisse findet sich auf der Website des *1956er Instituts* in Budapest. www.rev.hu. Stand vom 7. Februar 2006.
- 789 Markus Feldmann 2002. Eintragung vom 26. Oktober 1956, S. 164.
- 790 Die *Basler Nachrichten* meldeten im Morgenblatt des 25. Oktober einen Bürgerkrieg, im Abendblatt berichteten sie über die Niederschlagung des Aufstandes, um am folgenden Tag zu bekennen, dass die Situation in Ungarn «undurchsichtig» sei. *Basler Nachrichten* Nr. 454 und 455, 25. Oktober 1956 und Nr. 456, 26. Oktober 1956.
- 791 *Neue Zürcher Nachrichten* Nr. 251, 26. Oktober 1956.
- 792 *Vaterland* Nr. 251, 27. Oktober 1956.
- 793 *Basler Nachrichten* Nr. 454, 25. Oktober 1956.
- 794 *Basler Nachrichten* Nr. 466, 1. November 1956.
- 795 *Vorwärts* Nr. 248, 25. Oktober 1956.
- 796 Vgl. Rudolf M. Lüscher et al. 1987, S. 297f.
- 797 Der Historiker Ferenc Fejtő schrieb in seinem Buch über den Antisemitismus in Osteuropa: «Eine der grossen Überraschungen – um nicht zu sagen: das Wunder – des ungarischen Aufstandes von 1956 war das Fehlen jeglichen Antisemitismus. Für jene, die wie ich das alte Ungarn, das Ungarn unter dem Horthy-Regime, das Ungarn der Pfeilkreuzler gekannt haben, mutet diese Tatsache fast unglaublich an, und erst nach minutiös genauer Befragung vieler Flüchtlinge und der Pressekorrespondenten, welche die dramatischen Ereignisse im Oktober und November miterlebt hatten, kann dieser Umstand als erwiesen betrachtet werden.» Ferenc Fejtő 1967, S. 79. Erst neuere Untersuchungen zeigen, dass diese Einschätzung nicht richtig gewesen ist. Bereits 1956 gab es entgegengesetzte Einschätzungen: «Es ist aber ebenso wenig unbestreitbar, dass in der zweiten Phase der revolutionären Bewegung sehr üble Elemente ehemaliger Pfeilkreuzler und anderer antisemitischer Organisationen der Horthy-Ära sichtlich in Erscheinung getreten sind. Bei der Exekution einiger Offiziere der politischen Polizei, die jüdischer Abstammung waren, ist es zu abstossenden jüdenfeindlichen Demonstrationen dieser Elemente gekommen, bei denen das Hitlersche «Juda verrecke!» – auf Ungarisch – im Sprechchor gerufen wurde. Diese Gruppen riefen ebenfalls im Sprechchor: «Die schmutzigen Juden an die Bäume!» [...] Diese antisemitischen Gruppen waren zweifellos eine Minderheit, ihre Ausschreitungen wurden von der grossen Masse der Freiheitskämpfer abgelehnt, soweit ihnen in der absoluten Anarchie dieser Tage derartige Aktionen überhaupt zur Kenntnis kamen.» *Israelitisches Wochenblatt*, 23. November 1956. Vgl. auch Éva Standeisky 2004.
- 798 Markus Feldmann 2002. Eintragung vom 30. Oktober 1956, S. 174. Gegen die Verschiebung der Beglaubigung protestierte der designierte Gesandte József Marjai bei Alfred Zehnder

- heftig. Ebd., S. 180. Der Bundesrat liess sich ständig über die neusten Entwicklungen ins Bild setzen.
- 799 Alle Zitate stammen aus der Berichterstattung des Volksrechts Nr. 262, 2. November 1956.
- 800 Die Tat Nr. 298, 30. Oktober 1956.
- 801 Volksstimme Nr. 254, 30. Oktober 1956.
- 802 Vaterland Nr. 254, 31. Oktober 1956.
- 803 Basler Nachrichten Nr. 466, 1. November 1956.
- 804 Die Tat Nr. 302, 3. November 1956.
- 805 Die Weltwoche Nr. 1199, 2. November 1956.
- 806 Vgl. Daniel Neval 2003, S. 435.
- 807 Markus Feldmann 2002. Aufzeichnung vom 5. November 1956, S. 191f. Die Animosität zwischen Markus Feldmann und Max Petitpierre zieht sich wie ein roter Faden durch die Aufzeichnungen Feldmanns. Vgl. Peter Moser 2001, S. 68ff.
- 808 NZZ Nr. 3123, 5. November 1956.
- 809 Ebd.
- 810 Vgl. NZZ Nr. 3141, 7. November 1956.
- 811 NZZ Nr. 3171, 9. November 1956. Anmerkung des Autors.
- 812 Bundesrat Paul Chaudet an den Bundesrat, 23. November 1956. DDS, www.dodis.ch, DoDiS-10168.
- 813 Markus Feldmann 2002. Aufzeichnung vom 28. November 1956, S. 238f.
- 814 Vgl. Daniel Neval 2003, S. 445. Es gelang allerdings nicht ganz, die Stimmung infolge des Ungarn-Aufstandes für innenpolitische, bzw. militärpolitische Vorstösse zu nutzen. Am 3. März 1957 lehnte das Stimmvolk die Verankerung des Zivilschutzes in der Bundesverfassung ab, was Bundesrat Markus Feldmann als grosse Niederlage empfand: «[...] die Ungarn-Emotion hat sich als ein Strohfeuer erwiesen». Markus Feldmann 2002. Aufzeichnung vom 3. März 1957, S. 281.
- 815 Die Sicht, wonach die Armee allein die Schweiz im Zweiten Weltkrieg vor dem Zugriff Hitlers gerettet hatte, hielt sich hartnäckig bis in die 1990er Jahre. Vgl. Georg Kreis 2002.
- 816 NZZ Nr. 2184, 21. August 1955. Zit. in: Georg Kreis 1988, S. 47. Diese Ansicht war schon in den frühen 1950er Jahren präsent. Vgl. in diesem Buch S. 153.
- 817 Markus Feldmann 2002. Aufzeichnung vom 4. November 1956, S. 187.
- 818 Ebd., S. 229.
- 819 Ebd., S. 232.
- 820 Vgl. Béla Rásky 2001, S. 3.
- 821 Diese Sicht spielte auch in den Diskussionen um die Verschärfung des Asylrechts in Österreich Ende der 1990er Jahre eine wichtige Rolle. Vgl. ebd., S. 1. Die Aufnahme der ungarischen Flüchtlinge festigte zwei der wesentlichsten Legenden der zweiten österreichischen Republik, nämlich Österreich als neutrales Land und Österreich als Asylland. Vgl. Erich Wendl 2000, S. 45. Vgl. die kritische Auseinandersetzung mit der österreichischen Asylpraxis bei Gernot Heiss et al. 1995.
- 822 Protokoll der Sitzung der ständerätlichen Kommission für auswärtige Angelegenheiten vom 20./21. Mai 1957. BAR E 2800 (-) 1990/106/13.
- 823 Flugblatt der «Aktion Niemals Vergessen» vom Dezember 1956. Sozialarchiv 32 52b Z1.
- 824 Vgl. Jürg Frischknecht et al. 1979, S. 71. An der Armeeschau 1957 in Bern waren die Studenten auch mit dabei. Vgl. 10 Jahre Aktion Niemals Vergessen... (ANV). Sozialarchiv 32 52b Z1. Aber auch andere Vorbereitungen wurden getroffen: Am Sonntag, den 18. November 1956 wurde ein Sonntagsfahrverbot für Motorfahrzeuge erlassen, weil man insbesondere wegen der Suezkrise zur Erkenntnis gelangte, dass die Rohstoffversorgung des Landes in Gefahr war. Vgl. Markus Feldmann 2002. Aufzeichnung vom 18. November 1956, S. 225.
- 825 Vgl. Bericht des Humanistischen Gymnasiums Basel über das 366. bis 370. Schuljahr 1954/5 bis 1958/59.
- 826 NZZ Nr. 3301, 20. November 1956.

- 827 Vgl. Alte und Neue Musik 1977, S. 401.
- 828 Volksrecht Nr. 261, 5. November 1956.
- 829 NZZ Nr. 3126, 5. November 1956.
- 830 Vaterland Nr. 257, 5. November 1956.
- 831 Mit 1948 ist der kommunistische Putsch in Prag gemeint. NZZ Nr. 3188, 11. November 1956. Ins gleiche Horn stiess Peter Sager, der Präsident des Hilfskomitees für die Opfer des Kommunismus: «Wir sind bedroht. Wir müssen stark bleiben. Sind wir einverstanden, die Landesverteidigung ohne dauernde Anfechtungen zu stützen? Sind wir überhaupt zu Opfern bereit? An ihren Taten wollen wir die Kommunisten erkennen, an unseren Taten aber die Kraft der Freiheit messen.» Der Bund Nr. 274, 18. Juni 1957.
- 832 Die Weltwoche Nr. 1200, 9. November 1956. Der Historiker Walther Hofer äusserte sich folgendermassen: «Es ist nach den Ereignissen in Ungarn auch nicht mehr erlaubt, Salonkommunist zu sein. Wer es immer noch sein will, sollte auch nicht mehr als Narr oder Sonderling angesehen werden, sondern als geistig unzurechnungsfähig oder moralisch defekt.» Walther Hofer: Der Freiheit eine Bresche. In: Ungarns Freiheitskampf. Betrachtungen aus der Distanz eines Jahres. Bern 1957, S. 26f.
- 833 Neue Zürcher Nachrichten Nr. 262, 9. November 1956.
- 834 Basler Nachrichten Nr. 476, 8. November 1956 und Nr. 484, 13. November 1956.
- 835 Nationalzeitung Nr. 518, 7. November 1956.
- 836 Nationalzeitung Nr. 520, 8. November 1956 und Nr. 542, 21. November 1956.
- 837 Basellandschaftliche Zeitung, 6. November und 16. November 1956.
- 838 Vgl. in diesem Buch ab S. 33.
- 839 Vgl. Jürg Frischknecht et al. 1979, S. 70–73. Zum SAD vgl. Georg Kreis 1993, S. 347–364.
- 840 Vgl. 40 Jahre Schweizerische Vereinigung Pro Libertate für Freiheit, Demokratie, Menschenwürde. Bern 1996.
- 841 Nationalzeitung Nr. 530, 14. November 1956.
- 842 Partei der Arbeit Basel-Stadt 1957.
- 843 Vgl. Martha Farner et al. 1976, S. 27–53. Das genannte Buch lag wohl auch einem Dokumentarfilm über die Reaktionen der Schweiz auf den Ungarn-Aufstand in der Schweiz zu Grunde. Vgl. Helen Stehli Pfister 1996. Die Aktionen gegen Farner veranlassten den Schriftsteller Werner Matthias Diggelmann zu seinem Roman «Die Hinterlassenschaft», für welchen er keinen Schweizer Verleger gewinnen konnte. Das Buch stellt möglicherweise zum ersten Mal die Verbindung zwischen der antisemitischen Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg und der Verfolgung Konrad Farners her. Vgl. in diesem Buch S. 203.
- 844 Tagebuchblatt Nr. 10 vom 23. August 1957. Sozialarchiv 32 52b Z1.
- 845 Vgl. Martha Farner et al. 1976, S. 46.
- 846 Louis de Montmollin an Chaudet, 20. November 1956. DDS, www.dodis.ch, DoDiS 13216.
- 847 «Do han ich mi in dr ganze Schwiiz verruefe gmacht, will ich nid mitghulfe ha z'schimpfe über d'Kommuniste, dort isch also nid öppis gsi was i gsait ha, sondern öppis, was i nid gsait ha, will i nid iiträtte bi uf dä Chor vo Akläger wo dort uffträtte sind.» Karl Barth in der Sendung Musik für einen Gast. Roswita Schmalenbach und Karl Barth im Gespräch, 17. September 1968.
- 848 Jean Rudolf von Salis 1969, S. 197. Antikommunismus als allgemeine Bedrohung war allerdings ein Phänomen, das die gesamte westliche Welt teilte. Vgl. Iring Fetscher 1986, S. 60.
- 849 Unter anderen sammelten die Luzerner Jungkonservativen 10'102 Unterschriften für einen Abbruch der Beziehungen zur Sowjetunion. BAR E 2800 (-) 1990/106/13.
- 850 Max Petitpierre an den politischen Ausschuss des Landesrings der Unabhängigen, 20. November 1956. BAR E 2800 (-) 1990/106/13.
- 851 Max Petitpierre an Léopold Boissier, 20. November 1956. DDS, www.dodis.ch, DoDiS-12323.
- 852 Rundschreiben des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins am 17. Dezember 1956. DDS, www.dodis.ch, DoDiS-12320.
- 853 BAR E 2001 (E) 1970/217/465. Vgl. auch Die Ostschweiz Nr. 62, 6.2.1957.
- 854 Notiz über den Besuch von Decroux, 3. Januar 1957. BAR E 2001 (E) 1970/217/92.

- 855 Verhandlungsprotokoll des Bundesrates vom 30. November 1956 bzw. vom 5. Februar 1957. BAR E 2800 (-) 1967/60.
- 856 Vgl. BAR E 2800 (-) 1990/106/13.
- 857 Jürg Frischknecht et al. 1979, S. 14f.
- 858 Vgl. Tamás Kanyó 2002, S. 177. Die Oral History Untersuchung liegt nur in der ungarischen Fassung vor.
- 859 Jürg Frischknecht et al. 1979, S. 69.
- 860 Vgl. Tätigkeitsbericht Studentische Direkthilfe Schweiz-Ungarn 1957.
- 861 Jahresbericht des Schweizerischen Roten Kreuzes für das Jahr 1956, S. 43.
- 862 Die Caritas meldete in ihrem Jahresbericht von 1957: «Nach Ungarn direkt (ohne Versand nach Österreich für ungarische Flüchtlinge) gingen an Sachspenden 1268 Kisten im Gewicht von 63'793 kg und 2125 Postsendungen im Gewicht von 9500 kg und im Totalwert von Fr. 552'260.39. An Barspenden, teils aus eigenen Mitteln, grösserenteils im Auftrag verschiedener Länder und Caritasorganisationen, überwiesen wir Fr. 378'334.60. Für die Ungarnhilfe warf die Caritas eine Summe von Fr. 1,2 Mio auf.» Tätigkeitsbericht des Schweizerischen Caritasverbandes 1957, S. 27.
- 863 Tip, 30. April 1957. Der Auszug enthält Anspielungen auf die damals sehr erfolgreichen ungarischen Fussballer, die in der Schweiz spätestens seit dem Weltmeisterschaftsendspiel 1954 in Bern ein Begriff waren.
- 864 Basellandschaftliche Zeitung, 8. November und 10. November 1956.
- 865 Vgl. Isabelle Vonèche Cardia 1999, S. 49f. Die Schweiz belegte auf der Rangliste der Geldspenden nach der Bundesrepublik Deutschland Platz zwei, noch vor den Niederlanden und Schweden. Bei den Naturalgaben lag die Schweiz auf Platz vier. Rund die Hälfte aller Naturalgaben hatte die Bundesrepublik beigetragen.
- 866 Vgl. Jürg Frischknecht et al. 1979, S. 73.
- 867 Bericht des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements über die schweizerische Asylpraxis in neuester Zeit. In: Carl Ludwig 1966, S. 410–416, hier: S. 411.
- 868 Ebd., S. 416.
- 869 Markus Feldmann an den Bundesrat, 23. Januar 1957. DDS, www.dodis.ch, DoDiS-11283.
- 870 Ebd.
- 871 Ebd.
- 872 Vgl. Katalin Soós 2002, S. 57–60.
- 873 Vgl. Markus Feldmann an den Bundesrat, 6. November 1956. DDS, www.dodis.ch, DoDiS-12321.
- 874 Vgl. Emil Pintér 1969, S. 20f. Die Zahlenangaben stammen von der Schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingshilfe. Gemäss der historischen Statistik der Schweiz befanden sich Ende August 1957 9930 Ungarnflüchtlinge im Land. Vgl. Heiner Ritzmann-Blickenstorfer 1996, S. 997. Judit Birkás kommt in ihrer Berechnung dagegen auf 13'438 Flüchtlinge. Vgl. Judit Birkás 1984, S. 17–19.
- 875 In Sopron soll es bis 1975 keine Fachärzte gegeben haben, die ganze forstwissenschaftliche Fakultät war zudem geflohen. Vgl. Béla Rásky 2001, S. 4. Zugleich trat eine demografische Kehrtwende in Ungarn ein, die bedingt war durch die Flüchtlingswelle, die Unlust zur Familiengründung und die Legalisierung der Abtreibung im Jahre 1956. Vgl. Ferenc A. Szabó 1999, S. 353–361.
- 876 Emil Pintér 1969, S. 4f.
- 877 Vgl. Eva Varga 1999, S. 115–125.
- 878 Vgl. Béla Rásky 2001, S. 3.
- 879 Vgl. Eva Varga 1999, S. 115f.
- 880 Hier ist insbesondere die Arbeit von Tamás Kanyó zu erwähnen, der 20 ungarische Flüchtlinge befragte. Vgl. Tamás Kanyó 2002, S. 42–46. Einzelaussagen finden sich auch bei Emil Pintér 1969.
- 881 Emil Pintér 1969, S. 63; István Tollas 1957.
- 882 Rudolf Karlen 1984, S. 19.

- 883 Vgl. Tamás Kanyó 2002.
- 884 Agota Kristof 2004, S. 38.
- 885 Nationalzeitung Nr. 503, 30. Oktober 1956.
- 886 Nationalzeitung Nr. 514, 5. November 1956. Mit der Zeit gingen den Redaktionen die Begriffe aus, und so konnte man Wortschöpfungen wie «unabhängigkeitsstolz» lesen. Nationalzeitung Nr. 542, 21. November 1956.
- 887 Nationalzeitung Nr. 518, 7. November 1956.
- 888 Nationalzeitung Nr. 524, 11. November 1956.
- 889 Nationalzeitung Nr. 544, 22. November 1956.
- 890 Agota Kristof 2004, S. 39f.
- 891 Generalstabsleitung: Ungarn-Hilfe. Schluss-Bericht über die von den Dienstabteilungen des Eidg. Militärdepartementes geleistete Hilfe vom 29. November 1956 bis 18. Februar 1957, S. 69.
- 892 Jahresbericht der Schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingshilfe SZF 1957.
- 893 Tätigkeitsbericht des Schweizerischen Caritasverbandes 1957, S. 19–20.
- 894 Ebd.
- 895 Tip, 30. April 1957.
- 896 Hans Gut 1957. Hervorhebung durch dt.
- 897 Ebd.
- 898 Markus Feldmann 2002. Aufzeichnung vom 4. Januar 1957, S. 260.
- 899 Generalstabsleitung 1957, S. 25.
- 900 Ebd.
- 901 Ebd.
- 902 Hans Gut 1957, S. 7.
- 903 Generalstabsleitung 1957, S. 69. Hier möge man sich auch daran erinnern, dass von offizieller ungarischer Seite die Schweizer Wurstwaren als gänzlich ungeniessbar dargestellt wurden. Vgl. in diesem S. 182.
- 904 Nur 2500 Personen nahmen die Hilfe der Caritas auch tatsächlich in Anspruch. Vgl. Tätigkeitsbericht des Schweizerischen Caritasverbandes 1957, S. 18. Von den 500 Flüchtlingen, die in der Kaserne Liestal untergebracht waren, befanden sich auch 49 Juden. Diese wurden von der Israelitischen Fürsorge Basel unterstützt. Die allermeisten bedurften aber keiner Hilfe. Nur solche, welche krank, alt oder auch arbeitsunfähig waren, bzw. Lehrlinge, die ihren Lebensunterhalt noch nicht selbst verdienten, mussten voll unterstützt werden. Vgl. Die Israelitische Fürsorge Basel im Jahre 1956, S. 4f.
- 905 Die Wertung der deutschen Historiographie, die Ungarn seien mit den Hunnen identisch, wurde im Laufe des 13. Jahrhunderts von ungarischen Chronisten übernommen und so zum Eigenbild der Ungarn. Ein Paradigmenwechsel in der deutschen Geschichtsschreibung trat erst im 15. und 16. Jahrhundert im Schatten der Türkenkriege ein, «als man die gefürchtete Kriegstüchtigkeit der Ungarn zur Tugend aufwertete und die bis dahin unzivilisierten Barbaren zu edlen Beschützern des Christentums hochstilisierte.» Márta Fata 2004, S. 18.
- 906 Vgl. in diesem Buch S. 17.
- 907 Vgl. NZZ Nr. 2349, 18. August 1958.
- 908 Zum Kadarismus vgl. Holger Fischer 1999, S. 215ff.
- 909 *Année Politique Suisse* 1967. Bern 1968, S. 19. Siehe auch NZZ Nr. 2677, 19. Juni 1967. Im selben Jahr sorgte auch ein Einbruch in das Gebäude der ungarischen Gesandtschaft in Bern für diplomatischen Wirbel. Vgl. NZZ Nr. 2855, 30. Juni 1967.
- 910 Gemäss Holger Fischer lässt sich das Kádár-System «nicht als eine totalitäre, sondern als eine autoritäre Diktatur mit einem Hegemonie-, jedoch keinem Monopolanspruch der Partei charakterisieren. Das Kádár-System definierte sich als ein paternalistisch-autoritärer, sozialistischer Wohlfahrtsstaat mit relativ grossem Freiheitsgrad für die Bevölkerung.» Holger Fischer 1999, S. 220. Der Kádár-Ara gilt zur Zeit die Aufmerksamkeit einer Reihe von ungarischen Zeithistorikern.
- 911 Zu nennen wären die Streichung der Visumpflicht von 1990, die Einreise mit der Identitäts-

karte für Schweizer ab 1997 und für Ungarn ab 2000, ein Abkommen über die Zusammenarbeit im Umweltbereich von 1991, ein Rückschaffungsabkommen für Asylbewerber von 1995 und ein Abkommen zur Bekämpfung der Kriminalität von 2002, sowie ein Abkommen über die soziale Sicherheit von 1998.

912 Vgl. Manfred Linke 1995, S. 303.

913 Vgl. Basler Zeitung Nr. 211, 11. September 1997.

914 Angaben des ungarischen Aussenministeriums vom 31. Mai 2005. Vgl. zudem Tages-Anzeiger, 15. August 2005.

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Ungedruckte Quellen

1.1. Schweizer Archive

Archiv der Schweizerischen Bankiervereinigung, Basel (SBV)

184. Sitzung des Verwaltungsrates der Schweizerischen Bankiervereinigung, 26. September 1947;

No. 34m: Ville de Budapest, Trustee IV. du 1.VII.1938–31.XII.1946.

Archiv der Schweizerisch-Ungarischen Gesellschaft, Twann (SchUG)

Kiste I.

Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich (AfZ)

Verband Schweizerischer Jüdischer Flüchtlingshilfen / Fürsorgen (IB VSJF)

Schweizerisches Bundesarchiv, Bern (BAR)

Politische Direktion: E 2001 (E) -/1/36; E 2001 (E) -/1/335; E 2001 (E) -/1/336; E 2001 (E) 1967/113/521; E 2001 (E) 1967/113/11; E 2001 (E) 1967/113/521; E 2001 (E) 1967/113/522; E 2001 (E) 1967/113/737; E 2001 (E) 1969/121/25; E 2001 (E) 1969/121/71; E 2001 (E) 1969/121/176; E 2001 (E) 1969/121/377; E 2001 (E) 1970/217/92; E 2001 (E) 1970/217/112; E 2001 (E) 1970/217/465;

Schweizerische Auslandvertretungen: E 2200.50 Budapest 1969/83/4; E 2200.50 Budapest 1969/83/7; E 2200.50 Budapest 1969/83/10; E 2200.50 Budapest 1969/84/11;

Politische Direktion (Politische Berichte der Auslandvertretungen): E 2300 Budapest/6;

Persönliche Sekretariate der Departementsvorsteher und Chefbeamten (Handakten Max Petitpierre): E 2800 (-) 1967/60; E 2800 (-) 1990/106/13; E 2800 (-) 1990/106/20;

Persönliche Sekretariate der Departementsvorsteher und Chefbeamten (Handakten Alfred Zehnder): E 2802 (-) 1967/78/11;

Handakten Heinrich Rothmund: E 4800.1 (-) 1967/111/48; E 4800.1 (-) 1967/111/73;

Schweizer Spende an die Kriegsgeschädigten / Schweizer Europahilfe: J II.142 (-) 1971/115/647; J II.142 (-) 1971/115/11;

Zentralsekretariat des Schweizerischen Roten Kreuzes, SRK: J.II.15. Aktenzeichen 288, Aktenzeichen 291.

Archiv des Diakonissenhauses Riehen

Ungarn-Ordner.

Karl Barth-Archiv, Basel

Ordner: Karl Barth und Ungarn 1931–1949, Ms. Stoevesandt I.

Archiv des Schweizerischen Roten Kreuzes, Bern (SRK)

XXVII A-01 Croix-Rouge Suisse – Secours aux Enfants, Actions de Secours en Hongrie; XXVIII B-01: Croix-Rouge Suisse – Secours aux Enfants, Actions de Secours en Hongrie; XXVII A-02: Croix-Rouge Suisse – Secours aux Enfants, Actions de Secours en Hongrie, Extraits des Revues.

Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich

Ar.20.896.1; Ar.1.260.57; Ar.20.896.1.

32 52b Z1 Flugblatt der Aktion Niemals Vergessen vom Dezember 1956.

KVH ZA, Zeitungsausschnitte über Ungarn 1944–1956.

Schweizerisches Wirtschaftsarchiv, Basel (SWA)

Handschriften 424: Gesellschaft für den Schweizerisch-Ungarischen Warenaustausch GESUWA.

Staatsarchiv Basel-Stadt (StABS)

IGB-REGa H Israelitische Fürsorge (vormals Armenkasse, Israelitisches Hilfscomité, Armenpflege): Jahresbericht im Jahre 1956.

LA 1975 Juli 30. Leichenrede für Max Vischer-von Planta.

Staatsarchiv Zürich (StAZH)

ZA 1987/028.49, Dossier 372; ZA 1987/028.310.

B Spruchbuch III Kammer. Straf-Appell. 1948 3-Reg. YY 10a.59, S. 2341–2445.

Universitätsbibliothek Basel

NL 0121, C 040, 2: Nachlass József Tomcsik-Duschnitz

Zentralbibliothek Zürich (ZBZ)

CSS 160.70.10: Nachlass der CSS in der Handschriftenabteilung der Zentralbibliothek Zürich; CSS 160.70.12: Schweizerische Ungarn-Hilfe.

1.2. Ungarische Archive

A dunamelléki Református Egyházkerület Ráday levéltára, Budapest [Reformierter Kirchenbezirk Donau, Ráday Archiv] (RL)

C/141: Családi levelezés Ravasz László

Archiv der deutschsprachigen Gemeinde in Budapest (ADGB)

Einzeldokumente (keine Signaturen).

Magyar Országos Levéltár, Budapest [Ungarisches Landesarchiv Budapest] (MOL)

Külügyminisztériumi Levéltár: K 107, 185. csomó: XIX-A-1-j 1946-VIII-7748.

Népjóléti Minisztérium Elnöki főosztály: XIX-C-1-a-III-t–20.521–20.974–1948, 2. doboz;

Külügyminisztérium Svájc TÜK-iratok: XIX-J-1-j. 5. doboz.; XIX-J-1-j. II-12; XIX-J-1-j. XX-199; XIX-J-1-j. TÜK-iratok 16. doboz. XIX-186; XIX-J-1-j. IX-75;

XIX-J-1-j. Svájc – IV-26; XIX-J-1-j. IV-26; XIX-J-1-j. IV-33; XIX-J-1-j. II-19; XIX-J-1-j. I. doboz. II-13; XIX-J-1-j. I. doboz. II-12; XIX-J-1-j. 14. doboz. XII-115; XIX-J-1-j. 14. doboz. XII-117; XIX-J-1-j. 14. doboz. XII-116; XIX-J-1-j. 14. doboz. XV-140; XIX-J-1-j. 15. doboz; XIX-J-1-j. 15. doboz. XVII-173; XIX-J-1-j. 16. doboz. XIX-186; XIX-J-1-j. 16. doboz. XVIII-181;
Külgyminiszterium Svájc (Admin): XIX-j-1-k Svájc 90182/1946;
Külgyminiszterium Levelezések: XIX-J-21-a. 44. doboz; XIX-J-21-a-1944-60; XIX-J-21-a P. 309; XIX-J-21-a. I. doboz ; XIX-J-21-a-1944-60 (101).

Politikatörténeti Intézet Budapest [Institut für Politik] (PIL)

A Magyar Kommunista Párt iratai:

Külgügyi osztály: 274.10.1 A külgügyi bizottság üléseinek jegyzőkönyvei 1945–1948; 274.10.109: A svájci magyar kommunista pártcsoport jelentése a háború alatti tevékenységükről 1945; 274.10.110: A Magyar Nemzeti Függetlenségi Front svájci szervezetének iratai 1945–1946; 274.10.111: Gordon Ferenc svájci magyar követ és a követség beosztottjainak levelei, jelentései az MKP és a Külgyminiszterium vezetőihez. 1945–1948;

Állampolitikai osztály: 274.12.196: Gazdasági szakértők jelentései és levelezése a külföldi üzleti kapcsolatokról, tárgyalásokról 1945–1948; 274.12.248: A magyar-svájci gazdasági kapcsolatokra, tárgyalásokra vonatkozó feljegyzések, jelentések 1945–1948.

2. Gedruckte Quellen und Publikationen mit Quellencharakter

A magyar dolgozók pártja határozatai 1948–1956. Budapest 1998. [Die Beschlüsse der ungarischen Partei der Werktätigen.]

Aufstand der Freiheit. Dokumente zur Erhebung des ungarischen Volkes. Zürich 1957.

Barth, Karl: Christliche Gemeinde im Wechsel der Staatsordnungen. Dokumente einer Ungarnreise 1948. Zürich 1948.

Barth, Karl: Offene Briefe 1945–1968. Zürich 1984.

Barth, Karl: Karl Barth-Forschungsstelle an der Universität Göttingen (Hg.): Karl Barth Gesamtausgabe. Band V. Briefe. Zürich 2000.

Bibó, István: A mai külföld szemlélete a magyarságról. In: Bibó István összegyűjtött munkái. Bd. 4. Bern 1984, S. 1207–1213. [Die Ansicht des heutigen Auslandes über das Ungarntum.]

Bodoky, Richard: Jövevények és vándorok. Band 3: égi sziget. Budapest 1999. [Ankömmlinge und Wanderer. Band 3: Himmlische Insel.]

Böhm, Vilmos: Másodszor emigrációban... Íródott a politikus halála előtt, 1948–49-ben – Stockholmban. Ohne Ort 1990. [Zum zweiten Mal in der Emigration... Geschrieben vor dem Tod des Politikers in Stockholm.]

Borbándi, Gyula: Nem éltünk hiába. Az Új Látóhatár négy évtizede. Budapest 2000. [Wir haben nicht umsonst gelebt. Die vier Jahrzehnte des Neuen Horizontes.]

Bosshardt, Oscar: Die Schweizer Hilfsaktion für die hungernde Stadt Wien und die Entwicklung auf schweizerischem und internationalem Boden, sowie ihre wirtschaftliche, politische und ethische Bedeutung. Bern 1921.

- Bruckböck, Eva: Auf ins Schlaraffenland. Kindertransport in die Schweiz 1945. Leonding 2000.
- Csifray, István: Magyar nemzeti szakácskönyve. Budapest 1888. [Das nationale ungarische Kochbuch von István Csifray.]
- Dálnoki Miklós Béla Kormányának (Ideiglenes Nemzeti kormány) Minisztertanácsi Jegyzőkönyvei 1944. december 23. – 1945. november 15. Magyar Országos Levéltár Budapest 1997. [Die Ministerratsprotokolle der Regierung Miklós Béla Dálnoki.]
- Dezsényi, Béla: Magyarország és Svájc. Budapest 1946. [Ungarn und die Schweiz.]
- Diggelmann, Walter Matthias: Die Hinterlassenschaft. München 1965.
- Documents Diplomatiques Suisses. Diplomatische Dokumente der Schweiz. Documenti Diplomatici Svizzeri. 1945-1961, Internet-Datenbank DoDiS, <http://www.dodis.ch>.
- Eichenberger, Hans Hermann: Von der Aare bis zur Wolga. Wandererinnerungen eines Schweizer Handwerkers. Meiringen und Leipzig 1938.
- Erenbüy, İlja: Öt ország. Budapest 1950. [Fünf Länder.]
- Esterházy, Péter: Javított kiadás. Budapest 2002. [Verbesserte Edition.]
- Farner, Martha, Lydia Woog, Amalie Pinkus, Werner Lehmann, Robert Hemann, Hans Zogg, Jakob Lechleiter, Klara und Gusti Kaufmann, Fritz Rüegg, Helene Fausch-Bossert, Theo Pinkus: Niemals vergessen! Betroffene berichten über die Auswirkungen der Ungarn-Ereignisse 1956 in der Schweiz. Zürich 1976.
- Fazsy, Rudolf: Die Geschichte der Ungaren vom Jahre 876 bis 1914. Bern 1957.
- Feldmann, Markus: Tagebuch 1923–1958. Quellen zur Schweizer Geschichte. Bearbeitet von Peter Moser. Herausgegeben von der Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte. Basel 2002.
- Frey, Oskar: Budapest und wir. Schaffhausen 1956.
- Frey, Theo: 3 Monate Ferien in der Schweiz. Ein Erinnerungsbuch für unsere jungen Gäste. Zürich [o.D.].
- Frick, Hans: Die Schweiz als strategisches Problem. In: Die Schweiz im Notstand der Gegenwart. Vorträge von Max Petitpierre, Werner Näf, Oberstkorpskommandant Hans Frick. ETH Kultur- und Staatswissenschaftliche Schriften 79. Zürich 1952, S. 47–72.
- Frisch, Max: Ungarische Skizzen. In: Gesammelte Werke in zeitlicher Folge 1931–1944. Band 1.1. Frankfurt am Main 1976, S. 39–45.
- Gáspár Ferenc und László Halasi (Hg.): A Budapesti Nemzeti Bizottság jegyzőkönyvei 1945–1946. Budapest 1975. [Die Protokolle des Budapester Nationalkomitees.]
- Generalstabsleitung: Ungarn-Hilfe. Schluss-Bericht über die von den Dienstabteilungen des Eidg. Militärdepartementes geleistete Hilfe vom 29. November 1956 bis 18. Februar 1957.
- Gordon, Francis (Ferenc): Report on the real events in Hungary from the beginning of 1945 to the end of 1947. Buenos Aires 1948.
- Gut, Hans: Gedanken zum Ungarnproblem der Schweiz. Separatabdruck aus der Neuen Zürcher Zeitung Nr. 373 vom 9. Februar 1957.
- Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz HEKS: Zweiter Jahresbericht des HEKS 1946/47. Zürich 1947.
- Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz HEKS: Dritter Jahresbericht des HEKS vom 16.IV.–31.XII.1947. Zürich 1948.

- Hohermuth, Berta: Schweizerische Nachkriegshilfe für kriegsgeschädigte Länder. In: Nachkriegshilfe. Separatabdruck der Schweizerischen Zeitschrift für Gemeinnützigkeit. Heft 7. 1944, S. 301–322.
- Homburger, Heinrich: Schwerpunkte der schweizerischen Handelspolitik seit dem Zweiten Weltkrieg. In: Université de Neuchâtel (Hg.): Max Petitpierre. Seize ans de neutralité active. Aspects de la politique étrangère de la Suisse (1945–1961). Neuchâtel 1980, S. 55–67.
- Ilyin, Nadia: Nachkriegshilfe des Schweizerischen Caritasverbandes/Caritaszentrale Luzern 1945–1948. Diplomarbeit der Schweizerischen sozial-caritativen Frauenschule Luzern 1948.
- Izsák, Lajos, und Miklós Kun (Hg.): Moszkvának jelentjük... Titkos dokumentumok 1944–1948. Budapest 1994. [Wir melden Moskau... Geheime Dokumente.]
- Immendörfer, A., W. Gerlai und J. Sziklay: Nach und durch Ungarn. I. Bändchen. Von Wien nach Budapest. Mit 41 Illustrationen von J. Weber und zwei Karten. Zürich 1889.
- Jakob-Pozsar, Anna: Pannika oder Änneli: eine Lebensgeschichte, erzählt von Anna Jakob-Pozsar. Niedergeschrieben von Friedel Schalch. Schöpfheim 1999.
- Kállai, Gyula: A magyar függetlenségi mozgalom (1936–1945). Budapest 1948. [Die ungarische Unabhängigkeitsbewegung.]
- Kapronczay, Károly (Hg.): A nemzetgyűlés elnöke volt. Kilenc évtized a 20. századból. (Varga Béla vallomásai életútjáról, 1991-ben). Budapest 1998. [Er war der Präsident der Nationalversammlung. Neun Jahrzehnte aus dem 20. Jahrhundert. (Béla Varga über seine Laufbahn, 1991).]
- Kertész, István: Magyar békeillúziók 1945–1947. Budapest 1995. [Ungarische Friedensillusionen.]
- Kosztolányi, Dezső: Omelette à Woburn. In: Esti Kornél Kalandjai. Budapest 2000.
- Kristof, Agota: L'alphabète. Récit autobiographique. Genève 2004.
- Ludwig, Carl: Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart. Bern 1966.
- Magyar történelmi társulat: Rákosi Mátyás és a magyar történettudomány. Budapest 1952. [Mátyás Rákosi und die ungarische Geschichtswissenschaft.]
- Márai, Sándor: Land, Land. München 2001.
- Nagy, Ferenc: Küzdelem a vasfüggöny mögött. Budapest 1990 [nach dem Originalmanuskript von 1947]. [Ringen hinter dem Eisernen Vorhang.]
- Partei der Arbeit Basel-Stadt: Die Ereignisse in Ungarn, die Schweiz und die Partei der Arbeit. Genf 1957.
- Petitpierre, Max: La Suisse dans le monde actuel. In: Die Schweiz im Notstand der Gegenwart. Vorträge von Max Petitpierre, Werner Näf, Oberstkorpskommandant Hans Frick. ETH Kultur- und Staatswissenschaftliche Schriften 79. Zürich 1952.
- Pintér, Emil: Wohlstandsflüchtlinge. Eine sozialpsychiatrische Studie an ungarischen Flüchtlingen in der Schweiz. Basel, New York 1969.
- Rajk László és társai a népbíróság előtt. Budapest 1949. [László Rajk und Konsorten vor dem Volksgerichtshof.]
- Ravasz, László: Emlékezéseim. Budapest 1992. [Meine Erinnerungen.]
- Ring, Éva (Hg.): Helyünk Európában. Nézetek és koncepciók a 20. századi Magyarországon. Budapest 1986. [Unser Platz in Europa. Ansichten und Konzepte im Ungarn des 20. Jahrhunderts.]

- Rosenberg, Odette: Lydia Woog, eine unbequeme Frau. Schweizer Aktivistin und Kommunistin. Zürich 1991.
- Sager, Peter und Walther Hofer: Ungarns Freiheitskampf. Betrachtungen aus der Distanz eines Jahres. Bern 1957.
- Schneider-Schl ath, Amalie: Basler Kochschule. Eine leichtfassliche Anleitung zur b urgerlichen und feineren Kochkunst. Basel 1888³.
- Schweizer Hilfe für Ungarns Flüchtlinge (Hg.): Ungarns Freiheitskampf und seine Hintergründe. Dokumente und Tatsachenberichte über die Bolschewisierung Ungarns und über die Volkserhebung im Herbst 1956. Luzern [o.D.].
- Schweizer Spende: Tätigkeitsbericht 1944–1948. Zürich 1949.
- Schweizerischer Caritasverband: Tätigkeitsbericht 1945/46. Luzern 1946.
- Schweizerischer Caritasverband: Tätigkeitsbericht 1949/50. Luzern 1950.
- Schweizerischer Caritasverband: Tätigkeitsbericht 1954. Luzern 1955.
- Schweizerischer Caritasverband: Tätigkeitsbericht 1957. Luzern 1958.
- Schweizerischer Pfadfinderbund (Hg.): Kriegsgesch digte Kinder bringen Glück und Freude in unser Land. Eine Erinnerungsschrift für alle Pflegeeltern, die ein Auslandskind aufnahmen, für die Leiter der Erholungslager für kriegsgeschädigte Kinder und ihren vielen Helfern. Ein Wegweiser für alle Schweizer, die mit wahrer Menschlichkeit der notleidenden Kriegsjugend in irgend einer Weise dienen wollen. Bern 1946.
- Schweizerisches Rotes Kreuz: Jahresbericht für das Jahr 1946. Bern 1947.
- Schweizerisches Rotes Kreuz: Jahresbericht für das Jahr 1947. Bern 1948.
- Schweizerisches Rotes Kreuz: Jahresbericht für das Jahr 1956. Bern 1957.
- Schweizerische Zentralstelle für Flüchtlingshilfe: Jahresbericht 1948. Zürich 1949.
- Schweizerische Zentralstelle für Flüchtlingshilfe: Jahresbericht 1957. Zürich 1958.
- Stampfli, Kurt: Die Zukunft der Kriegsjugend. In: Das Rote Kreuz. 53. Jg. Nr. 17 vom 26. April 1945.
- Sz sz, Béla: Freiwillige für den Galgen. Die Geschichte eines Schauprozesses. Nördlingen 1986.
- Szerb, Antal: A vil girodalom története. Budapest 1941. [Geschichte der Weltliteratur.]
- Sz cs, L szl  (Hg.): Dinnyés Lajos els  korm ny nak minisztertan csi jegyz k nyvei 1947. j nius 2. – szeptember 19. Budapest 2000. [Die Ministerratsprotokolle der ersten Regierung Lajos Dinnyés.]
- Sz cs, L szl  (Hg.): Nagy Ferenc els  korm ny nak minisztertan csi jegyz k nyvei 1946. febru r 5. – 1946. november 15. (2 B nde) Budapest 2003. [Die Ministerratsprotokolle der ersten Regierung Ferenc Nagy.]
- Thurneysen, Eduard: «Der Gott der Hoffnung». In: Eduard Thurneysen und Walter Lüthi (Hg.): Basler Predigten. 13. Jg. Nr. 3. vom Juli 1949.
- Thurneysen, Eduard und Walter Lüthi: Vorwort zu den Basler Predigten. 15. Jg. Nr. 1 vom Mai 1951.
- Tollas, Istv n: Wir kämpften für unsere Freiheit. Ein Tatsachenbericht vom ungarischen Freiheitskampf. Liestal 1957.
- Vecsey, Josef: Ausschnitte aus der Mindszenty Dokumentation. Warum lehnte die Kirche Ungarns die Koexistenz mit den Kommunisten ab? St. Gallen 1959.
- von Waldkirch, E.: Von einer Ungarnfahrt. Sonderabdruck aus dem Bund. Bern 1923.
- Wir schweigen nicht! Die Antwort des Hilfskomitees auf die Angriffe ungarischer Regierungsstellen. Bern 1958.

- Zehnder, Alfred: Politique extérieure et politique du commerce extérieur. In: Publication de l'institut universitaire de hautes études internationales Nr. 27. Genève 1957, S. 7–79.
- Zehnder, Alfred: Die aussenpolitische Lage der Schweiz am Ende des Zweiten Weltkrieges. In: Université de Neuchâtel (Hg.): Max Petitpierre. Seize ans de neutralité active. Aspects de la politique étrangère de la Suisse (1945–1961). Neuchâtel 1980.
- Zsitvay, Tibor: Magyarország 1921–1941: Zsitvay Tibor emlékiratai. Szerkesztette, a bevezető tanulmányt, a jegyzeteket és a személyes adattárt írta Sipos Péter. Sajtó alá rendezte és a szerkesztésben közreműködött Csiffáry Tamás. Készült a Magyar Tudományos Akadémia Történettudományi Intézetében. Budapest 1999. [Memoiren von Tibor Zsitvay.]

3. Zeitungen

Basellandschaftliche Zeitung
 Basler Nachrichten
 Nationalzeitung
 Neue Zürcher Nachrichten
 Neue Zürcher Zeitung
 Schweizer Illustrierte Zeitung
 Schweizerische Kirchen-Zeitung
 Vorwärts
 Weltwoche

4. Mündliche Quellen

Es werden hier nur jene Interviews mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen aufgeführt, die im Text erwähnt werden. Die Interviews wurden auf Kassette aufgenommen und protokolliert. Jene Passagen, die im Text zitiert werden, wurden transkribiert. Die Kassetten, Gesprächsprotokolle und Transkripte befinden sich bei David Tréfás, Zürich.

Interview von Werner Schweizer mit Georg Hodos 1989.
 Interview von Werner Schweizer mit György Aczél 23. März 1991 in Budapest.
 Interview von Werner Schweizer mit Rosa Demeter 21. August 1991 in Szentendre.
 Interview von Werner Schweizer mit Lydia Woog 9. Juli 1993 in Zürich.
 Interview von Werner Schweizer mit Iván Földi 12. Juli 1993 in Zürich.
 Interview von Werner Schweizer mit János Dobó 20. November 1993 in Budapest.
 Interviews des Autors mit Frau Bodoky im Juni 2002 und Mai 2003 in Budapest.
 Interview des Autors mit Frau Nyikos am 16. August 2003 in Riehen.

5. Filme

Schweizer, Werner: Noel Field der erfundene Spion. Film. Dschoint Ventschr 1996.
 Stehli Pfister, Helen: Use mit de Russe. Film. SF DRS 1996.

6. Literatur

- 40 Jahre Schweizerische Vereinigung Pro Libertate für Freiheit, Demokratie, Menschenwürde. Bern 1996.
- 50 Jahre Centrale Sanitaire Suisse: Ein historischer Abriss, 1937–1987. Zürich 1987.
- Alte und Neue Musik II. Das Basler Kammerorchester (Kammerchor und Kammerorchester) unter Leitung von Paul Sacher 1926–1975. Zürich 1977.
- Ammann, Klaus: Swiss Trade with the East in the Early Cold War. In: Jari Eloranta and Jari Olaja: East-West Trade and the Cold War. *Jyväskylä Studies in Humanities*. Nr. 36. Jyväskylä 2005, S. 113–131.
- Balogh, Sándor: Magyarország külpolitikája 1945–1950. Budapest 1988². [Ungarns Aussenpolitik 1945–1950.]
- Barth, Bernd-Rainer: Die Lebensbeichte eines Quäker-Kommunisten: Der Brief des geheimen Gefangenen Noel H. Field aus dem Staatssicherheitsgefängnis in Budapest an das Zentralkomitee der KPdSU vom März 1954. In: *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung* 2002, S. 199–285.
- Barth, Bernd-Rainer und Werner Schweizer (Hg.): Der Fall Noel Field. Schlüsselfigur der Schauprozesse in Osteuropa. 2 Bände. Berlin 2005.
- Birchler, Martin: Das Kinderdorf Pestalozzi 1944–50. Basel: Unveröffentlichte Lizenziatsarbeit 1998.
- Caritas (Hg.): Von der katholischen Milieuorganisation zum sozialen Hilfswerk. 100 Jahre Caritas Schweiz. Luzern 2002.
- Békés, Csaba, Malcolm Byrne, János M. Rainer: The 1956 Hungarian Revolution: A History in Documents. Budapest, New York 2002.
- Ben-Tov, Arieh: Das Rote Kreuz kam zu spät. Zürich 1990.
- Berend, Ivan T.: The Hungarian Economic Reforms 1953–1988. Cambridge 1990.
- Birkás, Judit: Die Ungarnflüchtlinge von 1956 in der Schweiz. Ihre Aufnahme und Eingliederung. Basel: Unveröffentlichte Lizenziatsarbeit 1984.
- Bojkó, Béla: Államkapitalizmus magyarországon (1919–1945). Budapest 1997. [Staatskapitalismus in Ungarn.]
- Borbándi, Gyula: A magyar emigráció életrajza 1945–1985. Bern 1985. [Lebenslauf der ungarischen Emigration.]
- Borbándi, Gyula: A magyar emigráció életrajza 1945–1985. Budapest 1989. [Lebenslauf der ungarischen Emigration.]
- Borhi, László: A vasfüggöny mögött. Magyarország nagyhatalmi erőtérben 1945–1968. Ister 2000. [Hinter dem Eisernen Vorhang. Ungarn im Kräftefeld der Grossmächte.]
- Boterbloem, Kees: The Life and Times of Andrei Zhdanov, 1896–1948. Montreal 2004.
- Bretscher-Spindler, Katharina: Vom heissen zum kalten Krieg. Vorgeschichte und Geschichte der Schweiz im Kalten Krieg 1943 bis 1968. Zürich 1997.
- Bucsay, Mihály: Der Protestantismus in Ungarn 1521–1978. Ungarns Reformationskirchen in Geschichte und Gegenwart. Teil I: Im Zeitalter der Reformation, Gegenreformation und katholischen Reform. Wien 1977.
- Bucsay, Mihály: Der Protestantismus in Ungarn 1521–1978. Ungarns Reformationskirchen in Geschichte und Gegenwart. Teil II: Vom Absolutismus bis zur Gegenwart. Wien 1979.
- Burri, Boris: Notrechtliches Vorgehen gegen die Kommunisten. Der Umgang der

- Schweizer Behörden mit ausländischer Propaganda nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1953). In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte. Band 54. Nr. 2. 2004, S. 158–172.
- Chiquet, Simone, Pascale Meyer, Irene Vonarb (Hg.): Nach dem Krieg / Après la guerre. Grenzen in der Regio 1944–1948 – Frontières dans la région 1944–1948. Zürich 1995.
- Csernyik, György: A Svájci Magyar Könyvtár. In: Világszövetség, 2. Jg. Nr. 6 vom 16. März 1993, S. 15. [Die ungarische Bibliothek in der Schweiz.]
- Csicsery-Rónay, István und Géza Cserenyey: Koncepció per a független kisgazdapárt szétzűzésára 1947. Budapest 1998. [Schauprozess gegen die Partei der kleinen Landwirte.]
- Csöppös, István: Die ungarische Exclearingpolitik mit besonderer Berücksichtigung des Agrarexports in die Schweiz (1920–1944). In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte. Band 34. 1984, S. 38–68.
- Dahrendorf, Ralf: Gesellschaft und Freiheit. Zur soziologischen Analyse der Gegenwart. München 1961.
- Dalos, György: Ungarn. Mythen – Lehren – Lehrbücher. In: Monika Racke (Hg.): Mythen der Nationen: ein europäisches Panorama. München, Berlin 1998, S. 528–556.
- Dejung, Christof, Thomas Gull, Tanja Wirz: Landgeist und Judenstempel. Erinnerungen einer Generation 1930–1945. Zürich 2002.
- Dirlwanger, Dominique, Sébastien Guex, Gian-Franco Pordenone: La politique commerciale de la Suisse de la Deuxième guerre mondiale à l'entrée au GATT (1945–1966). Zürich 2004.
- Dougherty, James E. und Robert L. Pfaltzgraff Jr.: Contending Theories of International Relations. A comprehensive survey. New York 2001^f.
- Enderle-Burcel, Gertrude: Cloaked Companies: KPÖ-related Austrian Firms' Eastern Trade. Vortrag, gehalten an der Konferenz der European Business History Association 2005 in Frankfurt am Main vom 1.–3. September 2005.
- Fabinyi, Thomas: Quinze années de relations économiques hungaro-suisse (1931–1945). Zürich 1948.
- Fata, Márta (Hg.): Das Ungarnbild der deutschen Historiographie. Schriftenreihe des Instituts für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde. Band 13. Stuttgart 2004.
- Faure, Justine: L'ami américain. La Tchécoslovaquie enjeu de la diplomatie américaine. Paris 2004.
- Fejtő, Ferenc: Judentum und Kommunismus. Antisemitismus in Osteuropa. Wien 1967.
- Fejtő, François: Hongrois et Juifs. Histoire millénaire d'un couple singulier (1000–1997). Contribution à l'étude de l'intégration et du rejet. Paris 1997.
- Fetscher, Iring: Zum Umgang mit Freund- und Feindbildern. In: Peter Michael Pflüger (Hg.): Freund- und Feindbilder. Begegnung mit dem Osten. Olten 1986, S. 45–69.
- Fischer, Holger: Eine kleine Geschichte Ungarns. Frankfurt am Main 1999.
- Földes, Margit: A Szövetséges Ellenőrző Bizottság felszámolása Magyarországon. In: Fordulat a világban és magyarországon 1947–1949. Budapest 2000, S. 90–97. [Die Liquidation der Alliierten Kontrollkommission in Ungarn.]
- Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg (Hg.): Dokumente. Heft 1. Frankfurt am Main 1951.

- Frech, Stefan: Clearing. Der Zahlungsverkehr der Schweiz mit den Achsenmächten. Veröffentlichungen der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg UEK. Band 3. Zürich 2001.
- Frech, Stefan, Martin Meier, Thomas Gees, Blaise Kropf: Schweizerische Aussenwirtschaftspolitik 1930–1948. Strukturen – Verhandlungen – Funktionen. Veröffentlichungen der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz–Zweiter Weltkrieg UEK. Band 10. Zürich 2002.
- Frei, Daniel: Die Aera Petitpierre, 1945–1961 – Rückblick auf eine Epoche schweizerischer Aussenpolitik. In: Université de Neuchâtel (Hg.): Max Petitpierre. Seize ans de neutralité active. Aspects de la politique étrangère de la Suisse (1945–1961). Neuchâtel 1980.
- Frischknecht, Jürg, Peter Haffner, Ueli Haldimann, Peter Niggli: Die unheimlichen Patrioten. Politische Reaktion in der Schweiz. Ein aktuelles Handbuch. Zürich 1979³.
- Fuchss, Werner: Béla Bartók und die Schweiz. Eine Dokumentensammlung. Bern und UNESCO 1973.
- Fügedi, Márta: Das unterhaltsame Exotikum. Die Rolle einiger ungarischer Volksgruppen im Fremdenverkehr der Zwischenkriegsjahre. In: Acta Ethnographica Hungarica. Band 44. Nr. 3–4. 1999, S. 323–339.
- Ganser, Daniele: Gladio. NATO's top secret stay-behind army, CIA terrorism in Western Europe, and the democratic failure to control secret services. Dissertation Universität Basel 2002.
- Gees, Thomas, Andreas Kellerhals-Maeder, Daniela Meier: Die Verwaltung der schweizerischen Aussenpolitik 1914–1978. Bundesrat und Bundesverwaltung: Entscheidungsprozesse und Netzwerke in der Landwirtschafts- und Umweltschutzpolitik. Zürich 2002.
- Geoffroy, René: Veröffentlichungen deutschsprachiger Emigranten in ungarischen Verlagen. In: Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch. Band 13. 1995. Kulturtransfer im Exil, S. 237–264.
- George, Alexander and Robert Keohane: The concept of national interests: Uses and limitations. In: Alexander George: Presidential Decisionmaking in Foreign Policy. Boulder 1980, S. 217–238.
- Gerber, Severin: Ein wirtschaftliches Eldorado des Ostens? Die schweizerisch-rumänischen Handelsbeziehungen 1919–1924 und 1940–1954. In: Peter Hug und Martin Kloter 1999, S. 203–231.
- Gergely, Jenő: A Mindszenty-per. Budapest 2001. [Der Prozess gegen Mindszenty.]
- Gerő, András: Az álamosított forradalom 1848 centenáriuma. Budapest 1998. [Die verstaatlichte Revolution.]
- Gianone, András: A magyar Actio Catholica tevékenysége 1945–1948-ban. In: Múltunk 2003. Nr. 1, S. 79–126. [Die Tätigkeit der ungarischen Actio Catholica.]
- Giesen, Bernhard: Kollektive Identität. Die Intellektuellen und die Nation. Frankfurt am Main 1999.
- Goñi, Uki: The real Odessa. Smuggling the Nazis to Perón's Argentina. London 2002.
- Gosztonyi, Peter: Die politischen Säuberungen in der ungarischen Armee 1945–1963. 1. Teil. Österreichische Militärische Zeitschrift. 32. Jg. Nr. 2. 1994, S. 159–166.
- Graf, Christoph: Die Haltung der schweizerischen Behörden. In: Hans Thalberg (Hg.): Österreich-Schweiz: Nachbarn, Konkurrenten, Partner. Österreichisches Institut für Internationale Politik. Wien 1988, S. 19–40.

- Gribkow, Anatoli: Der Warschauer Pakt. Geschichte und Hintergründe des östlichen Militärbündnisses. Berlin 1995.
- Grorst, Anthony und Lewis Johnman: The Suez Crisis. London 1997.
- Gyarmati, György: Március hatalma, a hatalom márciusa. Fejezetek március 15. ünneplésének történetéből. Budapest 1998. [Die Macht des März, der März der Macht. Kapitel aus der Geschichte der Feiern zum 15. März.]
- Haber, Peter: Die Aufnahme der Schweizer Gesandtschaft. In: Stefan August Lütgenau (Hg.): Paul Esterházy 1901–1989. Ein Leben im Zeitalter der Extreme. Innsbruck 2005, S. 39–59.
- Habermas, Jürgen: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt am Main 1973.
- Habermas, Jürgen: Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt am Main 1995.
- Hall, Rodney Bruce: National Collective Identity. Social constructs and international systems. New York 1999.
- Harter, Stefanie, Jörn Grävingholt, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder: Geschäfte mit der Macht. Wirtschaftseliten als politische Akteure im Russland der Transformationsjahre 1992–2001. Bremen 2003.
- Heidlberger, Bruno: Jugoslawiens Auseinandersetzung mit dem Stalinismus. Historische Voraussetzungen und Konsequenzen. Frankfurt am Main 1989.
- Heiss, Gernot und Oliver Rathkolb (Hg.): Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914. Wien 1995.
- Herren, Madeleine und Sacha Zala: Netzwerk Aussenpolitik. Internationale Kongresse und Organisationen als Instrumente der schweizerischen Aussenpolitik 1914–1950. Zürich 2002.
- Hidas, Peter I.: A Brief Outline of the History of the Jews of Hungary. A Speech delivered on 13 December 1992 at the Temple Emanu – El Beth Solom, Westmount, Quebec, Canada. <http://www3.sympatico.ca/thidas/Hungarian-history/outline.htm>.
- Hodos, Georg Hermann: Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948–54. Zürich 1989.
- Hodos, George Hermann: Schauprozesse in Osteuropa 1948 bis 1954. In: Wolfgang Maderthaner, Hans Schafranek, Berthold Unfried (Hg.): «Ich habe den Tod verdient». Schauprozesse und politische Verfolgung in Mittel- und Osteuropa 1945–1956. Wien 1991, S. 15–31.
- Hug, Peter und Marc Perrenoud: In der Schweiz liegende Vermögenswerte von Nazi-Opfern und Entschädigungsabkommen mit Oststaaten. Bericht über historische Abklärungen, erstellt im Auftrag der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten, Task force, 29. Oktober 1996. Herausgegeben vom Schweizerischen Bundesarchiv, Bern, 13. Dezember 1996/Januar 1997. Bundesarchiv Dossier 4.
- Hug, Peter und Martin Kloter (Hg.): Aufstieg und Niedergang des Bilateralismus: schweizerische Aussen- und Aussenwirtschaftspolitik 1930–1960: Rahmenbedingungen, Entscheidungsstrukturen, Fallstudien. Zürich 1999.
- Imhof, Kurt: Widergeburt der geistigen Landesverteidigung: Kalter Krieg in der Schweiz. In: Kurt Imhof, Heinz Kleger, Gaetano Romano (Hg.): Konkordanz und Kalter Krieg. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit. Reihe Krise und sozialer Wandel, Band 2. Zürich 1996, S. 173–247.

- Imhof, Kurt, Patrik Ettinger, Boris Boller: Flüchtlinge als Thema der öffentlichen politischen Kommunikation in der Schweiz 1938–1947. Beiheft zum Bericht Die Schweiz und die Flüchtlinge zur Zeit des Nationalsozialismus. Unabhängige Expertenkommission Schweiz-Zweiter Weltkrieg UEK. Bern 1999.
- Iriye, Akira: Culture and International History. In: Michael J. Hogan, Thomas G. Patterson: Explaining the History of American Foreign Relations. Cambridge 1991, S. 214–225.
- Iriye, Akira: Cultural Internationalism and World Order. Baltimore 1997.
- Jakab, György: Kalandozás a történelemtanítás kánonja körül. In: Élet és Irodalom vom 28. Mai 2004. [Streifzüge um den Kanon der Geschichtsdidaktik herum.]
- Jehle, Frank: Lieber unangenehm laut als angenehm leise. Der Theologe Karl Barth und die Politik 1906–1968. Zürich 1999.
- Kaltenecker, Krisztina: Solidarität und legalisierte Willkür. Die Darstellung der Vertreibung der Deutschen aus Ungarn in der Bonner Dokumentation. In: Márta Fata (Hg.): Das Ungarnbild der deutschen Historiographie. Stuttgart 2004, S. 168–191.
- Kanyó, Tamás: A magyar forradalom és Svájc. Svájci 1956-os emlékek – Nyomkeresés. In: Ders. (Hg.): Emigráció és identitás. 56-os menekültek Svájcban. Budapest 2002. [Die ungarische Revolution und die Schweiz. Schweizer Erinnerungen an 1956 – Spurensuche.]
- Karlen, Rudolf: Flüchtlinge – wer sind sie? In: Heinz Däpp und Rudolf Karlen: Asylpolitik gegen Flüchtlinge. Basel 1984, S. 9–44.
- Kellerhals, Doris, Lukrezia Seiler, Christine Stuber: Zeichen der Hoffnung. Schwesterngemeinschaft unterwegs. Basel 2002.
- Kistler, Jörg: Das politische Konzept der schweizerischen Nachkriegshilfe in den Jahren 1943–1948. Dissertation an der Universität Bern 1980.
- Kiszely, Gábor: ÁVH. Egy terroriszervezet története. Budapest 2000. [ÁVH. Geschichte einer Terrororganisation.]
- Kornai, János: Das sozialistische System. Die politische Ökonomie des Kommunismus. Baden-Baden 1995.
- Kranzler, David: The Man Who Stopped the Trains to Auschwitz. George Mantello, El Salvador, and Switzerland's Finest Hour. Syracuse 2000.
- Kreis, Georg: Ein Blick in die schweizerische Publizistik. In: Hans Thalberg (Hg.): Österreich-Schweiz: Nachbarn, Konkurrenten, Partner. Österreichisches Institut für Internationale Politik. Wien: Wilhelm Braumüller 1988, S. 41–54.
- Kreis, Georg (Hg.): Staatsschutz in der Schweiz. Die Entwicklung von 1935–1990. Eine multidisziplinäre Untersuchung im Auftrag des schweizerischen Bundesrates. Bern, Stuttgart, Wien 1993.
- Kreis, Georg: Die schweizerische Flüchtlingspolitik der Jahre 1933–1945. In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte. Band 47. 1997, S. 552–579.
- Kreis, Georg: Das Verfassungsjubiläum von 1948. In: Schweizerisches Bundesarchiv (Hg.): Studien und Quellen. Nr. 24. Bern 1998, S. 131–169.
- Kreis, Georg: Zurück in den Zweiten Weltkrieg. Zur schweizerischen Zeitgeschichte der 80er Jahre. In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte. Band 52. 2002. Nr. 1, S. 60–68.
- Kreis, Georg: Einleitung zum Themenheft Aus der Ära des Kalten Krieges. Schweizerische Zeitschrift für Geschichte. Band 54. Nr. 2. 2004. S. 119–122.

- Kühnhardt, Ludger: Wahrnehmung als Methode. Mentalität, Kultur und Politik «des Anderen» vor neuen Herausforderungen. In: Biergit Aschmann, Michael Salewski (Hg.): Das Bild «des Anderen». Politische Wahrnehmung im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart 2000, S. 9–20.
- Lees, Lorraine M.: Keeping Tito afloat. The United States, Yugoslavia, and the cold war. The Pennsylvania State University 1997.
- Lehmkuhl, Ursula: Diplomatiegeschichte als internationale Kulturgeschichte. Theoretische Ansätze und empirische Forschung zwischen Historischer Kulturwissenschaft und Soziologischem Institutionalismus. In: Geschichte und Gesellschaft 27. 2001, S. 394–423.
- Lendvai, Paul: Die Ungarn. Ein Jahrtausend Sieger in Niederlagen. München 1999.
- Liebherr, Charly: Am liebsten hatten sie einen «Bunten Abend» in schwarz-weiß. In: Arne Andersen: Perlon Petticoats und Pestizide. Mensch-Umwelt-Beziehung in der Region Basel der 50er Jahre. Basel und Berlin 1994, S. 146–149.
- Linke, Manfred: Schweizerische Aussenpolitik der Nachkriegszeit (1945–1989). Eine von amtlichen Verlautbarungen des Bundesrates ausgehende Darstellung und Analyse. Dissertation St. Gallen 1995.
- Loth, Wilfried und Jürgen Osterhammel (Hg.): Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten. München 2000.
- Lüscher, Rudolf M. und Werner Schweizer: Amalie und Theo Pinkus-De Sassi. Leben im Widerspruch. Zürich 1987.
- McMahon, Robert J. und Thomas G. Paterson (Hg.): Problems in American civilization. The Origins of the Cold War. Boston, New York 1999⁴.
- Meyer, Christoph Lukas: Innenpolitische Aspekte des schweizerischen Osthandels 1950–1971. Basel: Unveröffentlichte Lizenziatsarbeit 1997.
- Möckli, Daniel: Neutralität, Solidarität, Sonderfall. Die Konzeptionierung der schweizerischen Aussenpolitik der Nachkriegszeit, 1943–1947. (Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung Nr. 55.) Zürich 2000.
- Moser, Christoph: Beziehungen zwischen der Schweiz und Holland. Basler Aspekte der schweizerischen Hilfeleistungen zugunsten der Niederlande 1944–1947. Basel: Unveröffentlichte Lizenziatsarbeit 1990.
- Moser, Peter: Einleitung. In: Markus Feldmann Tagebuch 1923–1958. Band XIII/6. Basel 2001, S. 9–72.
- Nagy, Kázmér: Elvezsett alkotmány. A magyar politikai emigráció 1945–1975. Budapest 1984. [Verlorene Verfassung. Die ungarische politische Emigration.]
- Neval, Daniel: «Mit Atombomben bis nach Moskau». Gegenseitige Wahrnehmung der Schweiz und des Ostblocks im Kalten Krieg 1945–1968. Zürich 2003.
- Niethammer, Lutz: Kollektive Identität. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur. Reinbek bei Hamburg 2000.
- Nonaka, Ikujiro und Hirotaka Takeuchi: Die Organisation des Wissens. Frankfurt am Main 1997.
- Palasik, Mária: Kovács Béla 1908–1959. Budapest 2002.
- Pap, László und Mihály Bucsay (Hg.): A Budapesti református teológiai akadémia története 1855–1955. Budapest 1955. [Die Geschichte der reformierten theologischen Akademie von Budapest.]
- Pető, Iván und Sándor Szakács: A hazai gazdaság négy évtizedének története 1945–1985. I. Az újjáépítés és a tervutasításos irányítás időszaka 1945–1968. Budapest

1985. [Die Geschichte der heimischen Wirtschaft 1945–1985. I. Die Periode des Wiederaufbaus und der Planwirtschaft.]
- Pető, Iván: Három illegális lapszám. In: József Martin (Hg.): Magyar Nemzet 50 év emlékkönyv 1938–1988. Budapest 1989, S. 79–83. [Drei illegale Ausgaben.]
- Pickering, Michael: Stereotyping. The Politics of Representation. New York 2001.
- Pintér, István: Hungarian Anti-Fascism and Resistance 1941–1945. Budapest 1986.
- Pölöskei, Ferenc, Jenő Gergely und Lajos Izsák (Hg.): Magyarország története 1918–1990. Budapest 1992. [Ungarns Geschichte.]
- Proudfoot, Malcolm J.: European Refugees 1939–52. A Study in Forced Population Movement. Evanston, Illinois 1956.
- Ránki, György: Mozgásterek, kényszerpályák. Válogatott tanulmányok. Budapest 1983. [Spielräume und Eingrenzungen.]
- Rásky, Béla: Flüchtlinge haben auch Pflichten. Österreich und die Ungarnflüchtlinge 1956. In: Kakanienrevisited. 1. Oktober 2001.
- Rauber, André: Formierter Widerstand. Geschichte der kommunistischen Bewegung in der Schweiz 1944–1991. Zürich 2003.
- Révész, László: Die helvetische Reformation und Gegenreformation in Ungarn. In: Ungarn-Jahrbuch. Band 4. 1972, S. 72–100.
- Ritzmann-Blickenstorfer, Heiner (Hg.): Historische Statistik der Schweiz. Zürich 1996.
- Roman, Eric: Hungary and the Victor Powers 1945–1950. Houndsmill 1996.
- Roman, Eric: The Stalin Years in Hungary. Lewiston 1999.
- Romsics, Ignác (Hg.): Trianon és a magyar politikai gondolkodás 1920–1953. Budapest 1998.
- Romsics, Ignác (Hg.): Mítoszok, legendák, tévhitek a 20. századi magyar történelemről. Budapest 2002.
- Schaller, André: Schweizer Neutralität im West-Ost-Handel: Das Hotz-Linder-Agreement vom 23. Juli 1951. Bern 1987.
- Schlesinger, Arthur Jr.: Book Review of Red Pawn: The story of Noel Field. In: New York Review of Books vom 11. Februar 1965.
- Schmidlin, Antonia: Eine andere Schweiz. Helferinnen, Kriegskinder und humanitäre Politik 1933–1942. Zürich 1999.
- Schmidt, Gustav: Die Auswirkungen der internationalen Vorgänge 1956 auf die Strukturen des Kalten Krieges. In: Winfried Heinemann und Norbert Wiggershaus: Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, Band 48. München 1999, S. 639–688.
- Schmidt, Mária: A Rajk-per és az amerikai kapcsolat. In: Korunk. 3. Jg. IX/5. Mai 1998 (Internetausgabe). [Der Rajk-Prozess und die amerikanische Verbindung.]
- Schmitz, Markus: Westdeutschland und die Schweiz nach dem Krieg. Die Neuformierung der bilateralen Beziehungen 1945–1952. Zürich 2003.
- Schweizerisches Rotes Kreuz: Das Rote Kreuz. Von der Entstehung bis heute. Bern 1997.
- Slapnicka, Helmut: Die Dekrete des Präsidenten. In: Heiner Timmermann et al. 2005, S. 244–257.
- Smith, Tony: New Bottles for New Wine: A Pericentric Framework for the Study of the Cold War. In: Diplomatic History. Vol 24. Nr. 4. Fall 2000, S. 567–591.
- Soós, Katalin: 1956-os magyar menekültek a statisztikai adatok tükrében. In: Levéltári

- Szemle. 52. Jg. Nr. 3. 2002. S. 57–60. [1956er Flüchtlinge aus Ungarn im Spiegel der Statistik.]
- Spahni, Walter: Der Ausbruch der Schweiz aus der Isolation nach dem Zweiten Weltkrieg. Untersucht anhand ihrer Aussenhandelspolitik 1944–1947. Frauenfeld 1977.
- Späti, Christoph: Die Schweiz und die Tschechoslowakei 1945–1953. Wirtschaftliche, politische und kulturelle Beziehungen im Polarisationsfeld des Ost-West-Konflikts. Zürich 2000.
- Srodes, James: Allan Dulles. Master of Spies. Washington 1999.
- Standeisky, Éva: Antisemitizmus az 1956-os forradalomban. In: *Élet és Irodalom* vom 27. Februar 2004. [Antisemitismus in der 1956er Revolution.]
- Stammer, Otto und Peter Weingart: Politische Soziologie. München 1972.
- Steffen, Therese: Gegensätzliche Partner – die Beziehungen Schweiz-Sowjetunion 1946–1956. In: *Studien und Quellen*. Nr. 21. Bern 1995, S. 45–91.
- Steffen, Therese: Die Aufnahme und Entwicklung von diplomatischen Beziehungen zur UdSSR aus schweizerischer Sicht. In: *Schweizerisches Bundesarchiv* (Hg.): *Integration oder Isolation? Die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und den Staaten Mittel- und Osteuropas seit dem Zweiten Weltkrieg*. Publikation zum Kolloquium im Schweizerischen Bundesarchiv Bern am 29. Oktober 1996. Bundesarchiv Dossier 3, S. 23–28.
- Steffen Gerber, Therese: *Das Kreuz mit Hammer, Zirkel, Ährenkranz: die Beziehungen zwischen der Schweiz und der DDR in den Jahren 1949–1972*. Berlin 2002.
- Stirnemann, Charles: *Der Weg in die Nachkriegszeit 1943–1948. Ein Beitrag zur politischen Sozialgeschichte des «Roten Basel»*. Basel 1992.
- Straub, Jürgen: Personale und kollektive Identität. Zur Analyse eines theoretischen Begriffs. In: Peter Wagner 1998, S. 73–104.
- Straub, Jürgen: Identität. In: Friedrich Jaeger et al. (Hg.): *Handbuch der Kulturwissenschaften*. Stuttgart 2004, S. 277–303.
- Suri, Jeremi: *The early Cold War*. In: Robert D. Schulzinger (Hg.): *A Companion to American foreign Relations*. Blackwell Publishing 2003, S. 215–229.
- Suter, Bruno: *Der Ausbau der schweizerischen diplomatischen Vertretung in den Nachfolgestaaten der Donaumonarchie 1918 bis 1921*. Bern 2001.
- Szabó, Csaba: *A katolikus egyház magyarországon 1945–1953*. In: Ders. (Hg.): *Egyházügyi hangulat – Jelentések 1951, 1953*. Budapest 2000, S. 17–69. [Die katholische Kirche in Ungarn.]
- Szabó, Ferenc A.: *Demográfiai problémák biztonságpolitikai vonatkozásai egykor és ma*. Budapest 1999. [Die sicherheitspolitischen Bewandnisse der demografischen Probleme einst und heute.]
- Székely, Gábor: *A Kominform, 1947–1949*. In: *Fordulat a világban és magyarországon 1947–1949*. Budapest 2000.
- Szekfű, Gyula: *Három nemzedék és ami utána következik*. Budapest 1934. [Drei Generationen und was danach folgt.]
- Szidiropulosz, Archimedesz: *Trianon utóélete: Válogatás a magyar nyelvű irodalom bibliográfiájából, 1920–2000*. Budapest 2002. [Das Nachleben von Trianon. Bibliographische Auswahl aus der ungarischsprachigen Literatur.]
- Szöllösy-Janze, Margit: *Die Pfeilkreuzlerbewegung in Ungarn: historischer Kontext, Entwicklung und Herrschaft*. München 1989.
- Tanner, Jakob: *Aufbruch in den Frieden? Die Schweiz am Ende des Zweiten Welt-*

- krieges. In: Schweizerisches Bundesarchiv (Hg.): Aufbruch in den Frieden? Die Schweiz am Ende des Zweiten Weltkrieges. Bundesarchiv Dossier 1. Publikation zur Ausstellung im Schweizerischen Bundesarchiv Bern, 21. August–13. Oktober 1995. Bern 1996.
- Tarnóczy, Loránt: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der schweizerisch-ungarischen Handelsbeziehungen. Basel 1945.
- Timmermann, Heiner, Emil Voráček und Rüdiger Kipke (Hg.): Die Beneš-Dekrete. Nachkriegsordnung oder ethnische Säuberung: Kann Europa eine Antwort geben? Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen Bd. 108. Münster 2005.
- Tóth, Pál Péter: Haza csak egy van? Menekülők, bevándorlók, új állampolgárok magyarországon (1988–1994). Budapest 1997. [Gibt es nur eine Heimat? Flüchtlinge, Einwanderer, neue Staatsbürger in Ungarn.]
- Trachsler, Daniel: Neutral zwischen Ost und West? Infragestellung und Konsolidierung der schweizerischen Neutralitätspolitik durch den Beginn des Kalten Krieges, 1947–1952. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung Nr. 63. Zürich 2002.
- Tréfás, David: Identitätskonzepte in Ungarn Ende der 1930er Jahre: Das Konzept der «Geistigen Landesverteidigung» (Szellemi Honvédelem) von Zoltán Szabó. Basel: Unveröffentlichte Lizenziatsarbeit 2000.
- Tréfás, David: The Squaring of the Circle: The Reinvention of Hungarian History by the Communist Party in 1952. In: Studies in Ethnicity and Nationalism, Special Issue: Nations and their Pasts. Vol. 6, Nr. 2. 2006, S. 27–39.
- Tschuy, Theo: Carl Lutz und die Juden von Budapest. Zürich 1998.
- Ungváry, Krisztián: Budapest Ostroma. Budapest 1998. [Die Belagerung von Budapest.]
- Ungváry, Krisztián: Magyarország szovjetizálásának kérdései. In: Ignác Romsics (Hg.): Mítoszok, legendák, tévhitek a 20. századi magyar történelemről. Budapest 2002, S. 279–308. [Fragen der Sowjetisierung Ungarns.]
- Varga, Eva: Technische und mentalitätsgeschichtliche Aspekte des Eisernen Vorhangs an der österreichisch-ungarischen Grenze 1949–1956. In: Peter Haslinger (Hg.): Grenze im Kopf. Beiträge zur Geschichte der Grenze in Ostmitteleuropa. Frankfurt am Main 1999, S. 115–125.
- Varga, László: A Rajk-per háttérében. Ferenczi Edmond és Noel Haviland Field. In: Évkönyv 2000 VIII. Magyarország a jelenkorban. Budapest: 1956-os intézet 2000, S. 11–25. [Was sich im Hintergrund des Rajk-Prozesses abspielte.]
- Vass, István G.: Amerikai kapcsolat. Bakach-Bessenyei György titkos tárgyalásai 1943–1944. In: Rubicon 1994. Nr. 7. [Der amerikanische Kontakt. Geheimverhandlungen von György Bakach-Bessenyei.]
- von Castelmur, Linus: Schweizerisch-Alliierte Finanzbeziehungen im Übergang vom Zweiten Weltkrieg zum Kalten Krieg. Zürich 1992.
- Vonèche Cardia, Isabelle: Hungarian October between Red Cross and Red Flag. The 1956 action of the International Committee of the Red Cross. Genf 1999.
- von Klimó, Árpád und Jürgen Danyel: Die ungarische Nachkriegsgeschichtsschreibung. Neuere Trends und Tendenzen. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. 47. Jg. Nr. 10. 1999, S. 869–873.
- von Salis, Jean Rudolf: Giuseppe Motta. Dreissig Jahre eidgenössische Politik. Zürich 1941.

- von Salis, Jean Rudolf: Schwierige Schweiz. Beiträge zu einigen Gegenwartsfragen. Zürich 1969².
- Wagner, Peter: Fest-Stellungen. Beobachtungen zur sozialwissenschaftlichen Diskussion über Identität. In: Aleida Assmann und Heidrun Friese: Identitäten. Erinnerung, Geschichte, Identität 3. Frankfurt am Main 1998.
- Walliser, Otto: Carl Irlet. Gründer und Leiter der «Schweizerischen Hilfsaktion für ungarische Kinder» und der «Schweizerisch-ungarischen Gesellschaft» in Dankbarkeit und Liebe. Herausgegeben von der Schweizerisch-ungarischen Gesellschaft. Olten 1955.
- Weber, Max: Ethnische Gemeinschaften. In: Ders.: Wirtschaft und Gesellschaft. Die Wirtschaft und die gesellschaftlichen Ordnungen und Mächte. Nachlass. Tübingen 2001.
- Weidmann, Jörg: Ursprünge der schweizerischen Entwicklungshilfe. Spuren des Entwicklungshilfedankens in der Auslandhilfe privater Hilfswerke während der Krisen- und Kriegsjahre 1918–1947. In: Peter Hug, Beatrix Mesmer (Hg.): Von der Entwicklungshilfe zur Entwicklungspolitik. Studien und Quellen 19. Bern: Schweizerisches Bundesarchiv 1993, S. 142–155.
- Wendl, Erich: Der Nachbar Österreich – 1956 und danach. In: Heiner Timmermann, László Kiss (Hg.): Ungarn 1956: Reaktionen in Ost und West. Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen. Band 91. Berlin 2000, S. 45–59.
- Wendt, Alexander: Social Theory of International Politics. Cambridge 1999.
- Wenger, Andreas und Jon A. Fanzun: Schweiz in der Krise – Krisenfall Schweiz. In: Bulletin 1997/98 zur schweizerischen Sicherheitspolitik, S. 12–39.
- Wernecken, Jens: Wir und die anderen... Nationale Stereotypen im Kontext des Sports. Berlin 2000.
- Werner, Christian: Für Wirtschaft und Vaterland. Erneuerungsbewegungen und bürgerliche Interessengruppen in der Deutschschweiz 1928–1947. Zürich 2000.
- Westad, Odd Arne: Reviewing the cold war. Approaches, Interpretations, Theory. London, Portland 2000.
- Wettig, Gerhard: Kontakt und Kommunikation als Problem der Ost-West-Beziehungen in Europa. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Nr. 54. Köln 1974.
- Willems, Herbert und Alois Hahn: Einleitung. Modernisierung, soziale Differenzierung und Identitätsbildung. In: Ders. (Hg.): Identität und Moderne. Frankfurt am Main 1999, S. 9–29.
- Wodak, Ruth, Rudolf de Cillia, Martin Reisigl, Karin Liebhart, Klaus Hofstätter, Maria Kargl: Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität. Frankfurt am Main 1998.
- Wyman, Mark: DP. Europe's Displaced Persons, 1945–1951. London 1989.
- Zeugin, Bettina: Die 22 Zionistenkongresse bis zur Staatsgründung Israels. Ein kurzer Überblick. In: Heiko Haumann (Hg.): Der Erste Zionistenkongress von 1897 – Ursachen, Bedeutung, Aktualität. Basel 1997, S. 244–249.
- Zweig-Strauss, Hanna: Zum Verhältnis von Juden zu «Judenrettern» unmittelbar nach Kriegsende. Loyalität um jeden Preis oder Rückkehr zur «gewöhnlichen» Ethik? In: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte. Band 54. Nr. 3. 2004, S. 306–313.